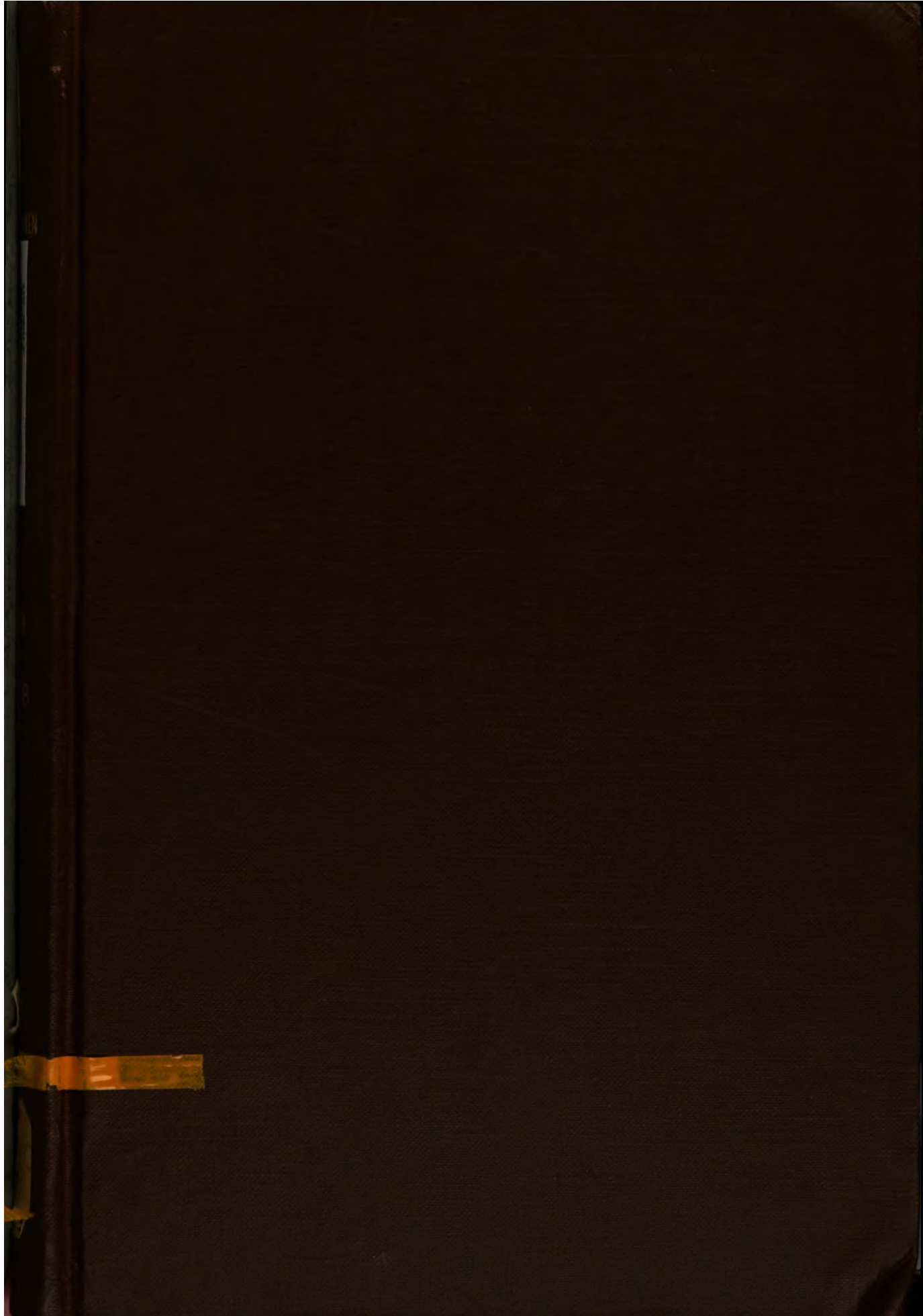






Die Grenzboten

Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst

Herausgegeben von Georg Cleinow

77. Jahrgang

Jährlich 52 Hefte

Nr. 27

Der neue tschechische Kurs. Von Professor Dr. Spina	1
Ein Blick auf Finnland. Von Hauptmann Ernst Liljedahl, Mit- glied des schwedischen Reichstages	8
Bevölkerungspolitik oder Geburtenpolitik? Von Dr. Hermann Werner Siemens	15
Maßgebliches und Unmaßgebliches	19
Soll Herr von Kühlmann zurücktreten?	
Materialien zur Polenpolitik. Von H.	20
Die Thronrede zur Eröffnung des polnischen Staatsrates (S. 20). Die austro-polnische Lösung (S. 21). Zur Dombrowski-Feier (S. 22). Zum Wahlsiege Korsantys im Reichstagswahlkreise Gleiwitz-Lublinitz (S. 23).	
Neue Bücher	25



Herausgegeben am 5. Juli 1918

60 Pf.
das Heft

Berlin SW. 11

Tempelhofer Ufer 35a

7,50 Mark
vierteljährlich

Amerikan-Applikation durch
den Verlag der Grenzboten,
Berlin SW 11, und durch
die Annoncen-Expedition.

Anzeigen

Anzeigenpreis
2 Pf. die 5 gespaltene
Zeilenbreite oder deren
Raum.

Wildunger „Helenenquelle“

altbewährt bei Nieren- und Blasenleiden, Narkose und Erweiss. Nach den neuesten Forschungen ist sie auch dem Zuckerkranken wegen ihres günstigen Natrium- und Kalkgehalts in erster Linie zu empfehlen. Für werdende Mütter und Kinder in der Entwicklung ist sie für die Knochenbildung von hoher Bedeutung. — Die Helenenquelle ist die Hauptquelle Wildungens

und steht in ihrer überaus glücklichen Zusammensetzung einzig in der Welt da. Daher ist Vorsicht gegenüber allen Empfehlungen von Ersatzmitteln geboten. — Schriften frei durch Fürstliche Wildunger Mineralquellen A.-G., Bad Wildungen. — 1913 14664 Badegäste und 2278876 Flaschenversand. Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Unterichts-Anstalten

Dr. Fischersche Vorbildungsanstalt

Berlin W 57, Zietenstrasse 22—23 — Leiter Dr. Schünemann — Gegründet 1888

für Fahnenjunker, Kriegsfreiwillige, überhaupt alle Militär- und Schul-Exam., auch für Damen. Empfehlungen aus ersten Kreisen, hervorragende Erfolge, Stamm altbewahrter Lehrkräfte. Unterricht während der Kriegszeit ohne Einschränkung. Bis 1. Jan. 18 bestanden 5045 Zöglinge u. a. 3196 Fahnenjunker, 1917 u. a. noch 33 Abit. (5 Damen), 22 Prim., 144 Einjähr. Vorbereitung Beurlaubter und Kriegsteilnehmer zu allen Prüfungen.

Die Militär-Vorbereitungsanstalt an Gross-Lichterfelde, Ringstrasse 105

bereitet seit 1904 besonders auf die Fähnrichprüfung u. Prüfung für Prima vor. Unterricht durch 7 Professoren und 2 Oberl. in kleinen Klassen. Prospekt frei. Hempel, Professor, früher langjähriger Lehrer im Cadettenkorps.

Vorbildung z. Einj., Prim., Abit.-Prüf.
i. Dr. Harangs Anst., Halle-S. 71.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg.
Seit 1895: 393 Einjährige, 227 Primaner.
(7/8 Kl.) Einzelbehandlg. Arbeitsstunden.
Sport, Spiel, Wandern, Familienheim.

Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11

Eine Reform des preussischen Wahlrechts

Von Albrecht Graf zu Stolberg-Wernigerode

Preis M. 1.—. Teuerungszuschlag 25%

Graf Stolberg bestreitet nicht die Reformbedürftigkeit des preussischen Wahlrechts, im Gegenteil, er redet ihr eindringlich das Wort. Aber er will, daß Fehler vermieden werden, wie sie früher gemacht wurden, als man die Arbeiterklasse von der Anteilnahme an der Selbstverwaltung so gut wie ausschloß und ihnen damit die Möglichkeit nahm, sich für eine parlamentarische Tätigkeit praktisch vorzubereiten. So kommt er denn zu dem Vorschlag, man solle das preussische Abgeordnetenhaus organisch erwachsen lassen aus den Selbstverwaltungskörpern der Kreise und Provinzen: Kreistag und Provinziallandtag, die wieder aus Wahlen hervorzuziehen hätten auf Grund einer Einteilung der Bevölkerung in Kurien nach den gewerblichen Ständen.

Am Taunus bei Frankfurt am Main. — Sommer- und Winterkurbetrieb.

Bad-Nauheim

Sämtliche neuzeitliche Kurmittel. Hervorragende Heilerfolge bei Herzkrankheiten, beginnender Arterienverkalkung, Muskel- u. Gelenkrheumatismus, Gicht, Rückenmarks-, Frauen- u. Nervenleiden. Herrl. Park- u. Waldspazierg.

Man fordere die neueste Auskunftsschrift 128 vom „Geschäftszimmer Kurhaus Bad-Nauheim“.

LIBRARY OF
CALIFORNIA

Die Grenzboten

27. Jahrgang. Drittes Vierteljahr

70 1984
1984 1984

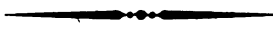
Univ. of
California

Die

Grenzboten

Zeitschrift für
Politik, Literatur und Kunst

Herausgeber
Georg Kleinow



77. Jahrgang
Drittes Vierteljahr

Berlin
Verlag der Grenzboten G. m. b. H.
1918

70 1041
40004130

HP30

G7

4.7713

Inhaltsverzeichnis

Jahrgang 1918. Drittes Vierteljahr

	Seite		Seite
Politik, Geschichte, Kolonialwesen, Militär		Politik, Literaturische —, von Dr. Hermann Ullmann	81, 106
Landfrage, Die — von Conrad Bornhaf . . .	84, 206	Politische Geschichtsfälschungen	28, 47
Landfrage f. Ostsee, Im Kampf um die — von Georg Kleinow	84, 196	Politische Klarheit, Mehr —, von Dr. Karl Buchheim	36, 238
Baltikum f. Ein Feldpostbrief	31, 124	Polnischen Problems, Des — neueste Phase, von Georg Kleinow	36, 238
Baltikum, Schwankendes im — von einem rügenfer Ballen	32, 129	Preußen und Kurbrandenburg, Dreihundert Jahre —, von Dr. Siegfried Fitté	34, 185
Dänen, Die nationale Abgrenzung in —, von Professor Dr. Robert Sieger	32, 143	Handloffen zum Tage. An den Herausgeber, von Remo 28, 41; 30, 98; 32, 147; 33, 171; 35, 226;	87, 278
Elb-Lothringischen Frage, Ideale und Irrtümer der —: 3. Bismarck und die Begründung des Reichslandes, 4. Inner- und außenpolitische Strömungen im neuen Reich und im Reichsland, 5. Neue Probleme, von Dr. Paul Wengle (vgl. II, 25, 295; 28, 828)	28, 31; 29, 56; 31, 108	Regierung und Parlament in Deutschland	30, 80
Englische Umklammerung Europas, Die, — von Dr. Bütsche	33, 158	Reichsländliche Erfahrungen und östliche Verhandlungsfragen, von Habubert	37, 260
Feldpostbrief, Ein — von E. L.	31, 124	Rußland, Um —, von Georg Kleinow	30, 73
Finnland, Ein Bild auf —, von Hauptmann Ernst Viljebahl	27, 8	Schweidische Gemeindevahlreform, Die —, von Prof. Dr. Conrad Bornhaf	31, 118
Friedensoffensive, von Georg Kleinow	28, 26	Sowjetrepublik, die Verfassung der —, ...	34, 189
Gelandtenmord, Der — in Moskau, von G. Kleinow	28, 46	Tschechische Kurs, Der neue —, von Prof. Dr. Spina	27, 1
Gogol, von R. R.	33, 175	Ungarn und Bosnien, von Professor Dr. Robert Sieger	30, 91
Ginge, Herr von — Staatssekretär des auswärtigen Amtes, von G. Kleinow	28, 45	Völkerverbund, Der —, von Dr. Krautmann	34, 177; 35, 216
Gistorischen Interessens, Wandlungen des —, von Dr. Richard Müller-Freienfels	36, 241	Weltgleichgewicht, Das politische —, als Ziel des Weltkriegs, von Dr. R. W. Friederichs	39, 305
Kritik, von Georg Kleinow	33, 153	Weltvölkerverbund und Weltgleichgewicht, von Dr. R. W. Friederichs	30, 100
Kühmann, Soll Herr von — zurücktreten? von G. Kleinow	27, 19		
Kühmann, Bon — zu — Herling, von Georg Kleinow	29, 49	Volkswirtschaft, Verwaltung, Sozialwesen	
Leiten und Führen, Die Behandlung der —, von Habubert	39, 313	Baltischen Provinzen, Deutsche Bauernfleblung in den —, von Dr. Karl Keller	38, 238
Obriegteitsmaat, Der preuhische —	38, 292	Verdölerungspolitik oder Geburtenpolitik? Bon Dr. Herm. Werner Siemens	27, 15
Östliche Verhandlungsfragen, Reichsländliche Erfahrungen und — von Habubert	37, 260	Geldes, Die Entwertung des —, von Dr. jur. und phil. Dalberg	37, 276
„Östliche Neuorientierung“, Die —, von Habubert	35, 209	Jugendämter? Beschäft brauchen wir ein Reichsgeleß über —, von Professor Dr. Chr. J. Klumfer	36, 247
Ostsee, Im Kampf um die —, Die Landfrage, von Georg Kleinow	34, 196	Staatssozialismus und kein Ende, von Junius	33, 165
Palästinaaprobem, Das — in seiner Bedeutung für die deutsche Politik, von Schulrat Eberhard	28, 28	Wirtschaft, Soratio! von Junius	37, 270
Parteiprogramme, Neue	39, 322		
Polen, Die — am Scheidewege. Eine Antwort an Herrn Bl. Studnicki, von Georg Kleinow	37, 257	Rechtsfragen, Bildung und Erziehung, Kirche	
Polenpolitik, Materialien zur —, 27, 20; 28, 43; 29, 67; 33, 174; 34, 203; 39, 328		Jugendpolitik, Jugendrecht und Jugendwohlfahrt, von Wirkl. Geh. Admiraltätsrat Dr. Feisch	33, 168
Polen?, Was wollen die —, von Georg Kleinow	38, 281	Prozeßführung und Presse, von Domenicus	34, 208

Kulturgeschichtliches,	
Länder-, Völker- und Sprachkunde	
Sammler, von C. B.	85, 232
Kulturgefühl, Das angelsächsische —, von Dr. Karl Hoffmann	82, 186
Bogisländischen Mundart, Verben und Verbalformen der —, von Theodor Hofmann	81, 122
Portogeographie der hochdeutschen Umgangssprache, von Professor Dr. Karl Brugmann	29, 70
Zahlwörter, Bessere —, von Dr. Albert Schälte	28, 253

Literatur, Kunst, Philosophie

Englands Bild in den Augen der deutschen	
Klassiker, von R. Nobel von Jabelitz	34, 199; 85, 228; 86, 253
Ethik, Politik und Krieg, von Dr. Gustav Abb	87, 266
Gogol, von R. A.	88, 175
Historischen Interesses, Wandlungen des —, von Dr. Richard Müller-Freienfels	86, 241
Kulturgefühl, Das angelsächsische —, von Dr. Karl Hoffmann	82, 186
Kollegger, Peter — der Feuerwart, von R. Rechner	80, 96

Romane, Novellen, Gedichte.

Auf der Markbrau, von Bogislav von Selchow	82, 106
Der Bauer und der Adelsstand. Sittenspiegel	88, 298
Ein Feldpostbrief, von C. L.	81, 124
Von einem, der nicht zur Kirche ging. Sittenspiegel	88, 298
Wille. Gedicht von Otto Goebel	28, 27

Bücherbesprechung.

Ob B anstelle der Seitengahl bedeutet Bücherliste im Angelegenheit des betr. Festes.

Kamus, Gymnasialdirektor Wilhelm: Notizen an höheren Schulen (Prof. Dr. W. R. Beder)	81, 126
Barthel, Max: Freiheit (R. A.)	27, 28
Berger, Karl: Vom Weltbürgertum zum Nationalgedanken (Prof. Dr. W. R. Beder)	89, 328
Bojunga, Dr. Claudius: Deutschunterricht und Deutschkunde (Prof. Dr. Gerh. Bubbe)	80, 108
Brüder, Karl: Soldaten der Erde (R. A.)	27, 24
Carl, Erzherzog von Österreich: Ausgewählte Schriften (G. Kleinow)	28, 27
Cartellieri, Alexander: Gobineau (Prof. Franz)	80, 102
Dillon: The Eclipse of Russia (Dr. Krautmann)	85, 222
Diplomat: Die Landfrage (G. Kleinow)	84, 196
Feldmann, Dr. jur. Max: Die Landfrage. Denkschrift an die finnische Regierung (G. Kleinow) (Conrad Borchst)	84, 196, 207
Gobineau: Frankreichs Schicksal im Jahre 1870 (Prof. Franz)	80, 101
Gogol: Ukrainische Geschichten (R. A.)	88, 175
Goldmann, Arthur: Geschichte der Stadt Wien. (Dr. Th. D. Hehl)	88, 800
Handel-Ragetti, Enrica von: Illo Smutniaf, der Ulan	83, B
Jordan, Hermann: Reformation und gelehrte Bildung in der Markgrafschaft Ansbach-Bayreuth (Dr. Th. D. Hehl)	88, 801
Kapp, Wilhelm: Ist Elsas-Lothringen als autonomer Bundesstaat möglich? (Dr. P. Benzke)	81, 111
Kaufmann, Erich: Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung (Dr. P. Benzke)	81, 114
Kleis, Dr. Karl: Petersbüttel, ein Friedensziel in den Vogesen (Prof. Dr. Conrad Borchst)	87, 280
Krethamer, Professor Paul: Portogeographie der hochdeutschen Umgangssprache (Prof. Dr. Karl Brugmann)	29, 70
Kühn, Joachim: Aus französischen Kriegsgedichten (G. D. R.)	88, 808

Fest Seite	
Bersch, Heinrich: Deutschland (R. A.)	27, 28
Biermann, R.: Von Aelter Professoren (Dr. Th. D. Hehl)	88, 801
Bislandischer Kalender 1918	82, 132
Richels, Victor: Goethe und Jena (Dr. Th. D. Hehl)	88, 802
Pilot: Das Parlamentarische System	80, 84
Preßler, Rudolf: Glückliche Fänder	80, B
Rossegger, Peter: Gesammelte Werke (R. Rechner)	80, 96
Stemens, G. B.: Die biologischen Grundlagen der Rassenhygiene und der Bevölkerungs-politik	27, 17
Sprenkel, Joh. Og.: Das Staatsbewußtsein in der deutschen Dichtung seit Heinrich von Kleist (Prof. Dr. W. R. Beder)	89, 328
Stier, Comlo, J.: Vom parlamentarischen Wahlrecht in den Kulturstaaten der Welt (Dr. G. D. Hehl)	81, 126
Universitäten, Zur Geschichte der deutschen — Sammelbericht von Dr. Thomas Otto Hehl	88, 800
Wagener, Hermann: Die elsa-lothringische Versorgungsfrage (Dr. P. Benzke)	81, 108

Mitarbeiter-Verzeichnis

Abb, Dr. Gustav: Ethik, Politik und Krieg	87, 266
Beder, Prof. Dr. W. R.: Kriegsaufsätze eines Schulmeisters von Wilhelm Kamus	81, 128
—, „Staatsbewußtsein und Dichtung“	89, 327
Borchst, Prof. Dr. Conrad: Die schwedische Gemeinbewehrreform	81, 118
—, Die Landfrage	84, 206
—, „Petersbüttel, ein Friedensziel in den Vogesen“ von Dr. R. Kleis	87, 280
Brugmann, Prof. Dr. Karl: Portogeographie der hochdeutschen Umgangssprache	29, 70
Buchheim, Dr. Karl: Mehr politische Klarheit	86, 298
Bubbe, Prof. Dr. Gerhard: Deutschunterricht und Deutschkunde von Dr. R. Bojunga	80, 108
C. B.: Sammler	85, 232
C. L.: Ein Feldpostbrief	81, 124
Kleinow, Georg: Soll Herr von Rühlmann zurücktreten?	27, 19
—, Friedensoffensive	28, 25
—, Herr von Hing Staatssekretär des auswärtigen Amtes	28, 45
—, Der Gefandtenmord in Moskau	28, 46
—, Von Rühlmann zu — Hertling	29, 49
—, Um Rußland	80, 73
—, Kritik	88, 153
—, Im Kampf um die Ostsee. Die Landfrage	84, 196
—, Des politischen Problems neueste Phase	86, 298
—, Die Polen am Scheidewege. Eine Antwort an Herrn Hl. Stubnicki	87, 267
—, Was wollen die Polen?	88, 281
Dalberg, Dr. jur. und phil.: Die Entwertung des Geldes	87, 276
Domenicus: Prozeßführung und Presse	84, 208
Eberhard, Schulrat: Das Palästina-Problem in seiner Bedeutung für die deutsche Politik	28, 28
Felisch, Winkl. Geh. Admiraltätsrat Dr.: Jugendpolitik, Jugendrecht und Jugendwohlfahrt	88, 168
Fitte, Dr. Siegfried: Dreihundert Jahre Preußen und Kurbrandenburg	84, 186
Friedrichs, Dr. R. W.: Weltvölkerverbund und Weltgleichgewicht	80, 100
—, Das politische Weltgleichgewicht als Ziel des Weltkriegs	89, 306
Goebel, Otto: Wille, Gedicht	28, 27
Gabubert: Die östliche Neuorientierung	85, 209
—, Reichsländliche Erfahrungen und östliche Behandlungsfragen	87, 280
—, Die Behandlung der Letten und Esten	89, 313
Hoffmann, Dr. Karl: Das angelsächsische Kulturgefühl	82, 186
Hoffmann, Theodor: Verben und Verbalformen der bogisländischen Mundart	81, 122
G. D. R.: „Aus französischen Kriegstagebüchern“ von Joachim Kühn	88, 808
Junius: Staatssozialismus und kein Ende	88, 106
—, Wirtschaft, Horatio!	87, 270

	Heft	Seite		Heft	Seite
Reichner, R.: Peter Hofegger, der Feuerwart	80,	96	Schülle, Dr. Albert: Bessere Wahlwörter . . .	88,	253
Keller, Dr. Karl: Deutsche Bauernsiedlung in den baltischen Provinzen . . .	88,	288	Selchow, Bogislav von: Auf der Warschau . . .	82,	105
Kramler, Prof. Dr. Chr. V.: Weshalb brauchen wir ein Reichsgesetz über Jugendämter? . . .	86,	247	Sieger, Prof. Dr. Robert: Ungarn und Bosnien . . .	80,	91
Kranz, Professor: „Frankreichs Schicksal im Jahre 1870“ von Gobineau . . .	80,	101	Stemens, Dr. Hermann Werner: Bevölkerungs- politisch oder Geburtenpolitik? . . .	27,	15
Bljebahl, Hauptmann Ernst: Ein Blick auf Finnland . . .	27,	8	Spina, Prof. Dr.: Der neue tschechische Kurs . . .	27,	1
Reisner, Dr. G. Otto: „Vom parlamentarischen Wahlrecht in den Kulturstaaten der Welt“ von F. Etier-Somlo . . .	81,	198	Trantmann, Dr.: Der Völkerbund . . .	84,	177; 85, 216
R. R.: Gogol . . .	83,	175	Ullmann, Dr. Hermann: Literarische Politik . . .	81,	105
Rüller-Fretensfeld, Dr. Richard: Wandlungen des historischen Interesses . . .	86,	241	Wengke, Dr. Paul: Ideale und Irrtümer der elsass-lothringischen Frage (vgl. II, 26, 295; 28, 329) . . .	28, 81; 29, 55; 81,	108
Remo: Wandglossen zum Tage. An den Herausgeber 28, 41; 80, 98; 82, 147; 83, 171; . . .	85, 225; 87,	278	Wätschke, Dr.: Die englische Umklammerung Europas . . .	83,	158
Schade, Maria: Von einem, der nicht zur Kirche ging. Litauisches Märchen . . .	29,	64	Zobel von Zabelitz, Dr. R.: Englands Bild in den Augen der deutschen Klassiker 84, 189; . . .	85, 228; 86,	252
—, Der Bauer und der Adelsstand. Litauisches Märchen . . .	88,	298	✠ Politische Gesichtserscheinungen . . .	28,	47
			—, Regierung und Parlament in Deutschland . . .	80,	80
			—, Die Verfassung der Sowjetrepublik . . .	84,	189
			—, Der preussische „Obrigkeitsstaat“ . . .	88,	292
			—, Neue Parteiprogramme . . .	89,	322





Der neue tschechische Kurs

Von Professor Dr. Spina



Der Absolutismus des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh hat auf den Tschechen in den beiden ersten Kriegsjahren besonders schwer gelastet: aus den bekannten schwerwiegenden Gründen der Kriegs- und Staatsraison stand das politisch und national regsamste österreichische Volk bis zum Beginn des Jahres 1917 unter einem jede öffentliche politische Betätigung niederhaltenden schweren Druck. Seine Politik war in dieser Zeit durch den Absolutismus und durch die zeitweilige Ausschaltung des Panlawismus infolge der Niederwerfung Rußlands und Serbiens passiv geworden. Revision der österreichischen (cisleithanischen) Verfassung bei Wahrung des Dualismus war 1915 und 1916 ihr höchstes Ziel, also ein opportunistischer, austroslawischer Standpunkt mit Vermeidung einer stark betonten staatsrechtlichen Tendenz. Noch im Mai 1917 hatte die parlamentarische Kommission des tschechischen Abgeordnetenverbandes ursprünglich eine staatsrechtliche Deklaration sanktioniert, die in einer Revision der österreichischen Verfassung ausklang.

Die Neubelebung der tschechischen Politik ging in drei Etappen vor sich: im Mai 1917 im Aufruf des Rates der tschechischen Schriftsteller an die Abgeordneten, die Ende Mai den wiedererstandenen Reichsrat beziehen sollten; in der staatsrechtlichen Deklaration der Abgeordneten aller Parteien in der ersten Sitzung des Reichsrates am 30. Mai 1917; in dem „Generallandtag“ der tschechischen Abgeordneten von Böhmen, Mähren und Schlesien vom 6. Jänner 1918, der bekannten Dreikönigsdeklaration, die am 13. April 1918 durch den „Schwur von Prag“ neu bekräftigt wurde: Solidarität der tschechischen Parteien auf der Grundlage des souveränen tschechischen Staates und Solidarität der Tschechen mit den Südslawen.

Das erregende Moment, das die tschechische Politik aus ihrer Stagnation in das neue Fahrwasser des extremsten Radikalismus drängte, war der Aufruf der tschechischen Schriftsteller, eine politische Tat von gewichtigsten Folgen.

Durch ihn hat ein berufsmäßig nicht politischer Kreis die Führung der Politik in die Hand genommen oder ihr wenigstens die Richtung nach einem Ziele von bisher nie angestrebter Höhe bestimmt. Stärker als es real denkende Verußpolitiker vermocht hätten, haben hier die Idealisten und Theoretiker durch eine Steigerung ins Uferlose die national wie politisch großartig disziplinierten und stets leicht entzündlichen breiten Schichten gewonnen. Die „aktivistische“ Politik, die auf ein positives Verhältnis zur Monarchie aufbaute (der Sozialistenführer Dr. Eméral, der Jungtscheche Dr. Tobolka und sein Kreis) wurde in den Hintergrund gedrängt. Ein staatsrechtlicher Ton von bisher unerreichter Schärfe, die

Forderung eines aus dem Rahmen der Monarchie losgelösten souveränen Staates als Frucht der Demokratisierung Europas durch den Weltkrieg wurde erst durch den Aufruf der Schriftsteller herausgeführt, der nachdrücklich die Wirksamkeit des Abgeordnetenverbandes bestimmt hat. Aufhebung aller hemmenden Fesseln des Absolutismus, allgemeine Amnestie und sofortige Ergänzungswahlen für den Reichsrat sind die engeren Forderungen dieses an das Forum von ganz Europa und der Übersee ausdrücklich appellierenden Aufrufes. Die tschechische Frage (die im Gegensatz zur polnischen und südslawischen eine rein innerösterreichische, durchaus keine europäische ist), soll als ein Teil der Weltpolitik erscheinen, durch den Aufruf wird für die Weltfriedenskonferenz der Anteil der Tschechen an der „Welt-ernte der französischen Revolution“ angemeldet. Unbeirrt durch die innere und äußere Politik Österreichs, unbeirrt durch die Kriegslage soll die tschechische Politik im engen Bunde mit Polen und Slowenen den Weg zum eigenen Staate gehen.

Die unmittelbaren Früchte dieses Aufrufes sind die beiden Deklarationen der Abgeordneten. Die erste vom 30. Mai 1917 verlangt: Aufhebung des Dualismus, Umgestaltung der habsburg-lothringischen Monarchie in einen Bundesstaat von freien und gleichberechtigten Nationalstaaten, sowie Verbindung aller Zweige des tschechischen Volkes mit Einschluß der ungarischen Slowaken zu einem demokratischen tschechischen Staate.

Zwei Prinzipien müssen zur Begründung dieser Forderung dienen: in erster Reihe das Nationalitätenprinzip, das Halbwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die Entente sichtbar von den Slawen übernommen hat — es findet sich schon in Bakunins „Aufruf an die Slawen“ aus den vierziger Jahren und öfter in tschechischen Proklamationen, so im staatsrechtlichen Memorandum vom 8. Dezember 1870*). In zweiter Reihe wird als Verstärkung des Naturrechtes tritt in der Maideklaration die Berufung auf die „unverzichtbaren, durch Staatsakte voll anerkannten historischen Rechte“ auf — also eine absonderliche Mischung moderner und antiquiert historischer Prinzipien. Wie meisterhaft die beiden logisch nicht immer vereinbaren Prinzipien verquickt werden, um den letzten Zielen dieser Deklaration zu dienen — zur Gewinnung der Sozialdemokraten, zum Anspruch auf die Slowaken und zur machiavellistischen Begründung der Herrschaft über die Sudetendeutschen muß bald das eine bald das andere herhalten — und warum das hohe Palladium der tschechischen Politik, das historische Staatsrecht, in dieser Deklaration vor der naturrechtlichen Selbstbestimmung zurücktreten muß, das zeigt in eindringlich dialektischer Schärfe die sehr beachtenswerte Schrift von Dr. L. E. „Gedanken zum böhmischen Staat“, Prag 1918, aus der Sammlung: Flugchriften der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen.

Die Dreikönigsdeklaration, die vorzugsweise nach Litauisch-Brest gerichtet war, wo Graf Czernin am 22. Dezember 1917 zu verhandeln begonnen hatte, hat die Idee des Bundesstaates gleichberechtigter und freier Nationalstaaten im Rahmen der Monarchie und das Interesse der Dynastie, das in der Maideklaration noch bekräftigt worden war, völlig fallen gelassen. Mit scharfer Spitze gegen Czernins Absicht, die nationale Selbstbestimmung in jedem Staate auf verfassungsmäßigem Wege zu regeln, verlangt diese Deklaration im Bunde mit „allen Demokratien der Welt“ und mit neuerlicher erhöhter Berufung auf das vom „neuen Rußland“ aufgestellte Prinzip der absoluten Selbstbestimmung einen nach außen wie nach innen selbständigen, souveränen, demokratischen, tschechischen Staat in den historischen Grenzen der Länder und Sitze des Volkes und seines slowakischen Zweiges. Die Auflösung von der Monarchie ist expressis verbis in der Deklaration nicht enthalten, aber Presse wie Politiker behandeln die Frage übereinstimmend nur auf der Grundlage vollster, also eindeutiger Souveränität. In der

*) Vgl. zur Kritik dieses Begriffes H. Cunow, Marz und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, die „Neue Zeit“, 88. Jahrg. S. 577 ff., und Ludw. Spiegel, „Die Verfassungsfrage in Österreich“, Schmollers Jahrb., Bd. 42, 1; 1918 S. 211 ff.

fortschreitenden Diskussion in der Presse werden die Grenzen des neuen Staates immer weiter gezogen und das Volk durch den Zuwachs der Slowaken zu einem Zehnmillionenvolk hinaufgeschraubt. Selbstbestimmung und Staatsrecht, kühnste Ausnutzung und Vermengung ethnographischer und geographischer Momente müssen die Rechtsmittel für immer maßlosere Ansprüche schaffen: nicht nur ungarisches Staatsgebiet wird beansprucht, sondern auch Olaz und die Lausitz — Preußisch-Schlesien bleibt, um den neuen Staat nicht mit einer deutschen Mehrheit zu belasteten, aus dem Spiele! —, eine geographische Verbindung mit dem zu schaffenden südslawischen Staate wird verlangt und ganz ernstlich die Neutralisierung der Elbe und Hamburg als internationaler Hafen. Die erwähnte Schrift von V. E., die auch die Unverträglichkeit der bundesstaatlichen Gestaltung Österreichs mit der Forderung nach Souveränität gründlich und scharf klarlegt, zeigt uns, daß in diesem Staate gegen 62,5 Prozent Tschechen 37,5 Andersnationale (Deutsche, Polen) stehen, ja, wenn das Slowakengebiet hereingezogen wird, gar 59 Prozent Tschechen gegen 41 Prozent Deutsche, Polen und Magyaren. Die ständige Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht hindert also die Tschechen nicht, dieses gegen andere Völker auf das Gröblichste zu verlegen. Ausdrücklich wird den Deutschen der Sudetenländer, die nur Kolonisten seien und weder geographisch noch wirtschaftlich oder politisch ein Ganzes bilden, die Selbstbestimmung abgesprochen.

So stellt sich die Dreikönigsdeklaration als Ausfluß eines politischen Maximalismus hin, dessen Verwirklichung nur bei einem katastrophalen Kriegsausgang oder bei völligem inneren Zusammenbruch der Monarchie möglich wäre. In den Ideen dieser Deklaration ist heute die Volksmehrheit vereinigt, auf ihrem Boden stehen auch Parteien, die in der staatsrechtlichen Einheitspartei nicht aufgegangen sind.

Ausgangspunkt dieses Maximalismus ist der Aufruf der Schriftsteller. Dieser wieder hat seine Keimzelle in der politischen Wochenschrift „Národ“ (Die Nation), die im März 1917 an Stelle der mit Kriegsbeginn eingestellten Revue „Přehled“ (Überblick) zu erscheinen begann. Der Kreis des „Národ“, ursprünglich eine freie Vereinigung von Schriftstellern aus verschiedenen politischen Lagern zum Zwecke der Gegenwirkung gegen den Stürgkischen Absolutismus und die austroslawische „aktivistische“ Politik, hat sich nach und nach zu einer festen organischen Körperschaft entwickelt, die die Vereinigung der tschechischen politischen Parteien zu einer Einheitspartei und eine Wiederbelebung der Politik im staatsrechtlichen Radikalismus zur Grundforderung ihres Programms gemacht hat. Der Kreis des „Národ“ hat, stützend auf den Beratungen der tschechischen Parteien im mährischen Badeort Luhatšowiz (1917) den folgenschweren Aufruf der Schriftsteller vorbereitet, er ist also der eigentliche Begründer der neuen politischen Ära der Tschechen. Ihm gelang die Konzentration der Parteien und der Volksmehrheit in der neuen staatsrechtlich demokratischen Partei des Dr. Kramár, die sich als solche am 10. Februar 1918 konstituiert hat und die in sich umfaßt: ehemalige Jungtschechen, Realisten (Masarykpartei), radikale Staatsrechtler und Fortschrittler und Mitglieder der mährischen fortschrittlichen Volkspartei (Gruppe des Abg. Dr. Stránský). Es ist bezeichnend und für eine kommende politische Entwicklung wichtig, daß gerade hervorragende Mitglieder einzelner Parteien heute noch außerhalb der Einheitspartei stehen, auch nähere Freunde Kramárs selbst. Auch der Organisator der Luhatšowitzer Beratungen, der Nationalsozialist Křofác, ist ihr nicht beigetreten. Mit allem Terrorismus hält die Einheitspartei die politischen Äußerungen der Außenstehenden, besonders der dissidenten Aktivisten von austroslawischer Tendenz nieder.

Diese Wiederbelebung der tschechischen Politik bedeutet eine extreme Radikalisierung. Sie äußert sich zunächst — neben dem Rücktritt des Alttschechen Dr. Matuša von der Leitung des Nationalrates —, in der Radikalisierung der größten tschechischen Tageszeitung „Národní listy“ (Volksblatt), des Hauptorgans der ehemaligen jungtschechischen Partei und der unentwegten Vertreterin der pan-

slawistisch-russophilen, gegen das Bündnis mit Deutschland gerichteten Politik des Dr. Kramár in der Vorkriegszeit. Dieses führende Blatt hatte 1915/16, geleitet von dem Aktivisten Tobolka unter dem Einfluß des Absolutismus und der im Mai 1915 günstig gewordenen Kriegslage gegen Rußland eine mehr transigente austroslawische Haltung angenommen. Eine Frucht dieser Haltung ist auch das bekannte, in Deutschland und Österreich in usum Delphini massenhaft verbreitete Sammelwerk des Abgeordneten Dr. Tobolka „Das böhmische Volk. Wohngebiete, körperliche Tüchtigkeit, geistige und materielle Kultur“ (Prag, 1916), das mit stark austroslawischem Akzent die Tschechen als ein Volk mit mitteleuropäisch-deutscher Kulturtendenz hinstellt, also eine Abgabe an den politischen Panlawismus bedeutet. Kenner der Verhältnisse hielten diese Abkehr vom bündnisfeindlichen Radikalismus nicht für echt, zum mindesten nicht für die Meinung der Mehrheit. Der Umschlag trat tatsächlich sofort ein, als der Amnestie-Erlaß dem wegen Hochverrates verurteilten Dr. Kramár die Zügel der tschechischen Politik in die Hände drückte: die gemäßigten Tobolka-Gruppe wurde von der Leitung der „Národní listy“ entfernt und das Blatt unter der Leitung des Kreises des „Národ“ völlig zur Bühne der Kramárschen Politik gemacht, des extremen staatsrechtlich-demokratischen Radikalismus der Dreikönigsdeklaration.

Heute bildet der „Národ“ mit dem „Národní listy“ und mit der Monatschrift „Česká Revue“, von deren Leitung Tobolka ebenfalls entfernt wurde, dann mit der Frauenzeitschrift „Ženský svět“ (Frauenwelt) und einer Reihe von Provinzblättern einen Konzern von Blättern radikalster staatsrechtlich-demokratischer Observanz. Durch das Aufgehen der selbständigen Parteien in der Einheitspartei hat der Konzern in seinen führenden Mitarbeitern die heterogensten, vor nicht langer Zeit einander noch feindlichen Elemente vereinigt. Die geistigen Leiter dieses Konzerns sind Dr. Kramár und der Dichter Viktor Dyk, ein Vertreter des bedingungslosen staatsrechtlichen Radikalismus.

Heute beherrscht diese Zeitungsgruppe durch ihre sehr energische Agitation, die schon den kommenden Reichstagswahlen gilt, und durch ihren Terrorismus gegen die Vertreter des politisch Erreichbaren die öffentliche Meinung der Volksmehrheit — die Steigerung des politischen Ideals von der Maideklaration 1917 zum hemmungslosen, die Monarchie sprengenden Imperialismus der Dreikönigsdeklaration ist vorzugsweise ihrem Einfluß zuzuschreiben.

Unter dem Einfluß des Konzerns steht fast die gesamte tschechische Presse. Die staatsrechtlich-demokratische Idee ist richtungsgebend für die Agrarier (Hauptblatt „Venkov“), deren linker Flügel, die Gruppe des gewesenen Ministers Präsef. vollständig im staatsrechtlichen Radikalismus aufgegangen ist — (der Führer der gemäßigten tschechischen Agrarier Mastalka ist Aktivist). Unter dem Einfluß des Konzerns stand bis vor kurzem die autonomistisch-separatistische Gruppe der tschechischen Sozialdemokratie (Gruppe Modráček, Habermann) mit den Blättern „Nová Doba“ (Neue Zeit), „Socialistické listy“ (Soz. Blätter), „Mladý Socialista“ (Der junge Sozialist), „Omladina“ (Jugend) u. a. In engster Verbindung mit dem Konzern steht das aus der ehemaligen staatsrechtlich-radikalen „Samostatnost“ (Selbstständigkeit) hervorgegangene Wochenblatt „Neobvislost“ (Unabhängigkeit), dann die ehemals parteilose „Národní politika“ (Volkspolitik), die meistverbreitete tschechische Zeitung, das Blatt des kleinen Mannes, und der größte Teil der Provinzpresse — der jüngst gegründete „Byhol“ in Pardubitz ist der ostböhmische Ableger des Konzerns. Auch der „Rozhled“ (Umschau), das Propagandablatt der starken tschechisch-jüdischen Assimilationbewegung, muß hier genannt werden.

Neben den Tagesblättern des Konzerns wirkt in seinem Sinne, doch radikaler und offener in der Aufdeckung der letzten Ziele des souveränen Staates, eine Flut von Revuen und Zeitschriften, die zum größten Teil im letzten Halbjahr entstanden sind. Unter den älteren Revuen steht die von Masaryk, dem Begründer der staatsrechtfeindlichen Realistenpartei, dem ehemaligen austroslawischen Realpolitiker und nunmehrigen Ententeagenten, gegründete sehr seriöse Monatsschrift „Naše Doba“ (Unsere Zeit) völlig im Dienste von Kramárs staatsrechtlicher Demo-

kratie; ebenso unter den Zeitschriften der Tschechen evangelischen Bekenntnisses besonders der „Kalič“, der im Sinne der staatsrechtlichen Idee die Ablehr der tschechischen Protestanten von der deutschen Reformationsidee und die Zuwendung zum altnationalen böhmischen Brüdertum, die Vereinigung der tschechischen evangelischen Bekenntnisse in eine Einheitskirche und die Befreiung von der evangelischen Wiener Zentrale propagiert.

Zu diesen Zeitschriften gesellt sich eine erstaunlich große Reihe von Neugründungen, die alle, meist gut geleitet, die Idee des souveränen Staates als Ganzes oder Teilprobleme propagieren: „Mirový list“ (Friedensblatt), „Nové Čechy“ (Das neue Böhmen), „Nový věk“ (Die neue Zeit), die Studentenzeitschrift „Mladá Generace“ (Die junge Generation), selbst der vorzugsweise ästhetischen Interessen gewidmete „Kmen“ (Stamm) u. a. m. Näherischen Verhältnissen ist gewidmet die Revue „Moravsko-slezský Sborník“.

Außerhalb von der Einflußsphäre des Národní-listy-Kongresses und im Gegensatz zu Kramárs Einheitspartei, doch völlig auf dem Boden des souveränen tschechischen Staates steht die unlängst gegründete „Česká stráž“ (Tschechische Wacht), herausgegeben von einer wegen abweichender Ansichten in der Judenfrage im Kongress nicht ausgegangenen Gruppe ehemaliger Masarykscher Realisten. Diese Gruppe hat sich in den letzten Wochen mit der national-sozialistischen Kłosák-Partei vereinigt, die als „Tschechische Sozialistenpartei“ zum Ersatz für das eingestellte Parteiblatt „České slovo“ die Blätter „Pondělák“ (Montagsblatt) und „Český socialista“ (Der tschechische Sozialist) gegründet hat.

Auf austro-slavischem Standpunkt und damit auf dem Boden des alten föderalistischen Staatsrechtes stehen die Reste der alttschechischen Presse: „Glas národa“ (Volksstimme) und die klerikalen Blätter „Čech“ (Der Tscheche), „Kafinec“ (Landsmann), „Glas“ (Die Stimme), „Selské hlasy“ (Bäuerliche Stimmen) u. a. Die Domäne des tschechischen Klerikalismus ist bekanntlich Mähren (Führer: Abgeordneter Dr. Šrubaň). Der niedere Klerus zeigt freilich starke staatsrechtlich-demokratische Neigungen. Neuerdings haben auch die „Aktivistin“ eine Wochenzeitschrift gegründet: „Česká Svoboda“ (Tschechische Freiheit).

Geradezu in eine kritische Lage geriet durch die staatsrechtlich-nationalistische Woge die tschechische Sozialdemokratie, Tagesblatt „Právo lidu“ (Volksrecht) und die Revue „Akademie“. Auf diese Partei, die 1913 in der Resolution des Führers Dr. Šméral die Erfüllung der staatsrechtlichen Wünsche für das größte Unglück des tschechischen Volkes erklärt hatte, hat stärker als auf die Internationale anderer Völker die nationale Idee abgefärbt. Dem tschechischen Sozialdemokraten stand seit jeher der nationale tschechische Bourgeois näher als jeder nichttschechische Proletarier. Bis ungefähr 1910 war die tschechische Sozialdemokratie, besonders die gewerkschaftlichen Organisationen, mit den deutschen, polnischen und den anderen österreichischen in einer Zentralorganisation vereinigt. Nach dieser Zeit beginnt die Gründung tschechisch-nationaler Gewerkschaften. Bereits 1911 war die Entwicklung soweit, daß ein Teil der in den Reichsrat gewählten tschechischen Sozialdemokraten den zentralistischen Standpunkt aufgegeben und eine unabhängige tschechische Sozialistengruppe gebildet hat.

Durch die neue staatsrechtliche Bewegung ist der Kampf zwischen tschechischen Zentralisten und Autonomisten noch verschärft worden: die autonomistische Gruppe, die auch gegen den kollektivistischen Sozialismus zugunsten des genossenschaftlichen eintritt, die also marxistische Theorien gegen solche des französischen und englischen Sozialismus eintauscht, ist als „radikalsozialistische“ Richtung völlig der bürgerlich-staatsrechtlichen Ideologie beigetreten. Innerhalb der Partei schien vor kurzem die zentralistische Gruppe an Boden gewonnen zu haben. Unlängst ist aber die autonomistische Gruppe, die schon seit längerer Zeit ein mechanisches Zusammenfließen mit der Kłosák-Partei verlangt hat, mit dieser eine Fusion eingegangen, obwohl diese Partei radikalnationalistisch ist und den Marxismus wegen seines deutschen Ursprunges verwarf. Die Spitze dieser Fusion geht ausdrücklich gegen die als „kapitalistische Demokratie“ aufgefaßte Einheitspartei des Dr. Kramár

Die Einheitspartei einerseits, die Gruppenbildung Mosac andererseits sind die beiden gegenwärtig deutlich sichtbaren Kristallisationspunkte des tschechischen Parteilebens.

Die zentralistischen Sozialdemokraten haben sich gegen Fusionen mit nationalistischen bürgerlichen Parteien in der richtigen Einsicht gewehrt, daß bei aller Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes und der daraus erfließenden tschechischen Forderungen die tschechische Sozialdemokratie sich nur unter Preisgabe sehr prinzipieller Parteipflichten vor den Wagen des bürgerlichen nationalen Imperialismus spannen lassen kann.

Der herrschende Kongern der „Národní listy“ baut systematisch eine auf das Volksganze in allen Schichten gehende Organisation der staatsrechtlichen Demokratie aus und bereitet den souveränen Staat durch Erörterung aller seiner Grundlagen vor. Geschichte, Staatsrecht, Wirtschaft und Autarkie, soziale, nationale und finanzielle Verhältnisse, die Minderheitenfrage, die Aufteilung von Grund und Boden und andere Probleme werden allzu hastig, um einwandfrei zu sein, und einzig vom völkisch-imperialistischen Standpunkt behandelt. Konsequenter werden alle Vorteile ausgenutzt, die den Tschechen durch den Besitz der „inneren“ geographischen Linie und durch ihre kompakte Siedlung gegen die deutsche Rand-sässigkeit und Zersplitterung erwachsen. Eine eindeutige Präzision der den Deutschen im künftigen tschechischen Staate zu gewährenden politischen Rechte wird nirgends gegeben.

Die letzten Ziele dieser Politik sind sehr realpolitisch erfakt. Schon der in der Maidellaration geforderte Bundesstaat von österreichischen Völkern, diese minimalistische, den Einheitsstaat in ein Kleinstaatengefüge auflösende Forderung, ist bestimmt, den Plan eines wirtschaftlichen und politischen Mitteleuropa zu zunichte zu machen. Getrieben von einer panischen Angst vor der mitteleuropäischen Idee, die auch die Prager Handelskammer zur schärfsten Abweisung jeder Zollunion mit Deutschland führte, erstrebt die staatsrechtlich-demokratische Politik die Rahmlegung des sudetenländischen Deutschtums und des mitteleuropäischen überhaupt, Schaffung eines selbständigen tschechischen und eines südslawischen Staates als Querriegel, die die wirtschaftliche deutsche Ausdehnung nach dem Balkan und den Weg zur Adria absperren sollen. Das sind Probleme, die nur gegen den erbittertsten deutschen und magyarischen Widerstand zu verwirklichen sind. Diese Ziele werden gar nicht bestritten und sind nicht neu, wie die Verhandlungen der neoslavischen Konferenzen und die Verbindung mit dem französischen und englischen Geldmarkt gezeigt haben. Die Tschechen, auch wirtschaftlich das selbständigste und fortgeschrittenste slawische Volk, waren zur Zeit des Neoslavismus (Projekt der slawischen Vant) die treibende Kraft der Expansion des slawischen Kapitals. Das tschechische Geld- und Wirtschaftswesen, das heute völlig auf eigenen Füßen steht, national organisiert ist (Verbände der tschechischen Banken, Versicherungsgesellschaften und der Industrie) und durch den Krieg eine ungeheure Stärkung erfahren hat, wird auch nach dem Kriege Organisator und Führer der übrigen Slawen sein — der kulturelle und politische Panславismus des neunzehnten Jahrhunderts wird durch den wirtschaftlichen des zwanzigsten Jahrhunderts nachhaltig ergänzt werden.

Der neue politische Kurs hat auch eine ganz neue kulturelle Denkrichtung gezeitigt: völlige Abkehr von allen deutschen Beziehungen. Radikaler als aus den Tageszeitungen tönt, angewendet auf die verschiedensten Wissenschaftsgebiete, aus den staatsrechtlichen Reben die Idee der vollständigen Separation von der deutsch-tschechischen kulturellen Wechselwirkung entgegen. Hier liegt ein sehr bedauerlicher, die realen Grundlagen der tschechischen Existenz absichtlich mißachtender Rückfall in jenen nationalistischen Romantismus vor, der bis in die achtziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts die innere Entwicklung des Tschechentums gelähmt hat. Böhmen, Germaniens „Gergland“, das, durch die Urursachen der Natur unentrinnbar an Mitteleuropa gekettet ist, hat stets in den deutschen Kulturkreis gehört. Die Entwicklung des geographisch und ethnographisch exponiertesten, zur

Symbiose mit dem deutschen Element unabwendbar vom Völkerschicksal bestimmten slawischen Volkes ist geradezu ein Schulbeispiel für die zwingende Macht der Geographie. Es sei (mit Verweisung auf die Ausführungen über das tschechische Problem in der „Deutschen Arbeit“, November/Dezember 1917) nur auf ein Moment verwiesen: der soziale Aufbau, die Klassengliederung des tschechischen Volkes ist eine ganz andere als die polnische oder russische, sie ist identisch mit der deutschen. Als in den achtziger Jahren der neue Geist auch in die tschechische Wissenschaft einzog, die 1886 sich heroisch gegen die Wut der auch damals führenden „Národní listy“ und der Volksmehrheit von dem Bahn der gefälschten Hand-schriften befreit hat, da ging sie auch der Aufdeckung der deutschen Kultureinflüsse nicht aus dem Wege, es schien auch die Politik eine Zeitlang der realen, nie lösbaren räumlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbundenheit mit dem deutschen Wesen Rechnung tragen zu wollen. Heute verlieren auch sehr ruhig denkende Männer der Wissenschaft die Tatsächlichkeit unter den Füßen, wenn sie die fast durch ein Jahrtausend wirksamen Verhältnisse abschwächen oder leugnen. Und doch können die in den jetzigen Tagen mit solcher Ostentation in den Vordergrund gerückten kulturellen Beziehungen zum lateinischen Westen weder an Dauer und Intensität, noch an Wert und Unmittelbarkeit sich mit den deutschen messen. Dem Deutschtum der Sudetenländer wird in der staatsrechtlichen Presse nicht nur die politische Selbstbestimmung, sondern auch jede kulturelle Wertigkeit abgesprochen. Die politischen und die kulturell-wissenschaftlichen Gedankengänge verlieren sich immer mehr in eine irrealer Phantasiwelt, ja direkt in mythisch-messianistische Verzückungen, wenn sie, wie es jetzt üblich geworden ist, von dem tschechischen Volke als dem „auserwählten Volke, dem Volke Gottes“ sprechen.

Die Konzentration der Parteien in Kramárs Einheitspartei ist eine Zweckgründung, die solange dauern wird, bis die politischen Ideale erfüllt oder an der Wirklichkeit gescheitert sein werden. Wahrscheinlich aber wird die Differenzierung schon früher eintreten, da die gewaltigen wirtschaftlichen, sozialen und nationalpolitischen Aufgaben der Nachkriegszeit der Parteienbildung ganz andere Wege weisen werden als die heutige Zeit leidenschaftlicher Umwälzungsversuche. Die Anziehungskraft der Einheitspartei scheint bereits eine Grenze gefunden zu haben, schon zeigen sich markante Konturen künftiger Parteibildungen. Gegen den bürgerlich nationalistischen Radikalismus hat sich die neue tschechische Sozialistenpartei erhoben, in der die nationalsoziale Kłosácpartei sich mit dem oppositionellen Flügel der Sozialdemokraten, den Anarchisten und Kommunisten und den in der Einheitspartei nicht vertretenen Realisten vereinigt hat. Diese neue sozialistische Partei steht auf dem Boden der vollsten staatlichen Souveränität des tschecho-slowakischen Volkes, hat aber, soviel man sehen kann, den bisher von der Kłosácpartei abgelehnten Klassenkampf des marxistischen Sozialismus in ihr Programm aufgenommen. Nimmt die neue Partei, der das Kapital einer ungeheuren Popularität der ehemaligen Kłosácpartei sehr zugute kommen wird, die 80 Prozent tschechischer Proletarier, die das Parteiorgan „Český Socialista“ gegen 20 Prozent „Kapitalisten“ annimmt, für sich in Anspruch, so bedeutet das für Kramárs Einheitspartei in absehbarer Zeit die härtesten Kämpfe um den Mittelstand, der bisher gerade die jungtschechischen Reihen gefüllt hatte. Ob wohl die staatsrechtliche Demokratie so konsequent demokratisch sein wird, daß allgemeine gleiche Gemeinbewahlrecht für Männer und Frauen einzuführen?

Eine weitere Bedrohung wird vom austrophilen Aktivismus der in die Partei nicht eingetretenen Politiker herkommen. Vor kurzem wurde über den bevorstehenden Beitritt aktivistischer Abgeordneter zur neuen Kłosácpartei berichtet. Einerseits dürfte der im Kriege zu großem Reichtum gelangte bäuerliche Kern des Volkes aus materiellen Gründen für die letzten Konsequenzen der Katastrophenpolitik nicht zu haben sein, andererseits kann die naturgemäße Ernährung nach dem jetzigen Höhenrausch einzig einer austro-slawischen Realpolitik zugute kommen.

Eine tiefe Kluft trennt ferner die Einheitspartei vom einflußreichen Konservatismus und Merkantilismus in der Auffassung des Verhältnisses zum Staate.

Die Kundgebung der tschechischen Pairs im Herrenhause (4. Mai 1918) und die Stimme des Bischofs von Königgrätz, Dr. Doubrava, in der „Reichspost“ zeigen trotz mancher Unausgeglichenheit dieser Kundgebungen diesen Gegensatz sehr deutlich. Es zeigt sich, daß die heute im Hintergrund stehenden austro-slawischen Elemente, zu denen auch einige wenige Ausläufer der höchsten tschechischen Intelligenzschicht gehören, die zweite Garnitur bilden, die zur Übernahme der politischen Führung bereitsteht, wenn die staatsrechtlich-demokratische Garnitur abgekämpft sein wird. Ob schließlich der sich immer mehr überspizende Radikalismus auf die Dauer auf die Gefolgschaft der politisch sehr kühl rechnenden Polen wird bauen können, ist zweifelhaft. Polen und Tschechen, deren inneres Verhältnis trotz aller Verbrüderungsversuche des Panlawismus immer kühl war, scheidet, wie jüngst eine hitzige Polemik gezeigt hat, trotz der Übereinstimmungen der beiderseitigen radikalen Gruppen, stark die Frage Ostschlesiens, auf das beide Anspruch erheben, und das seinerzeitige Verhältnis der Tschechen zum zaristischen Rußland.

Wie alle Maßlosigkeit wird auch der Radikalismus der tschechisch-staatsrechtlichen Demokratie an sich selbst zerfallen. Er hat, indem er die tschechische Frage als Kampfmittel gegen die Monarchie verwendet, die Erfüllung des Kriegszieles der Entente zur notwendigen Voraussetzung der Verwirklichung seiner Pläne gemacht. Andererseits ist an der tschechischen Politik, die mit naturgegebenen, kleinräumigen Verhältnissen zu rechnen gewohnt ist, eine sehr wichtige Kriegslehre vorbeigegangen: daß in der kommenden Epoche der Menschheitsgeschichte auch Großstaaten im alten Sinne keine selbständige Wirkung mehr üben werden, geschweige denn Staaten von sechs- oder selbst zehnmillionenbüßkern, sondern einzig größere und größte Gruppen. Es scheint sich in unseren Tagen die Tragik der tschechischen Geschichte zu wiederholen, daß ein begabtes und in seiner materiellen wie geistigen Arbeit rüstig aufstrebendes, aber seine Bedeutung wie seine Ziele maßlos überhebendes Volk an dem Gegensatz zwischen Tatsächlichkeit und Wollen zu scheitern droht.



Ein Blick auf Finnland

Von Hauptmann Ernst Liljedahl, Mitglied des schwedischen Reichstages



ie bei der Beendigung des Weltkrieges bevorstehenden großen Veränderungen werden die zerrissene Menschheit wohl zu der Selbstbrennung bringen, die in einem gefügigeren Sichanschließen an den Willen der Weltgeschichte und dem Verlassen der Wege, die zu der Uneinigkeit und dem Kriege geführt haben, liegt. Auf dem Grunde des geschichtlichen Geschehens liegen größere Geheimnisse verborgen, als die Männer des Tages gewöhnlich ahnen. Dort finden wir die Ideen der Jahrhunderte und nicht die Einfälle des Tages. Dort ruht das Generationen hindurch weiterlebende Unsterblichkeitsbewußtsein der Völker, das sich weder durch Unglück noch durch Unterdrückung, weder durch sibirische Verbannungsorte noch durch politischen Untergang ersticken läßt.

Selten hat ein Mensch das erlangt, was er selbst am heftigsten ersehnt hat. Selten ist auch ein Volk zu Aufgaben berufen worden, die ihm selber verlockend und vielversprechend erschienen. Anstatt dessen wurden ihm andere gestellt, die es niemals freiwillig übernommen haben würde und mit denen es sich erst befaßt hat, als die harte Notwendigkeit es dazu zwang. Unter Gustav Adolf kam es auf diese Weise zu Schwedens und Finnlands größter Leistung, gleichwie Deutschlands Sieg in dem jetzt vor sich gehenden Kriege eine europäische Soli-

baritätspolitik, die mehrere der Völker Europas zu einem großen Bunde freier, autonomer Staaten vereint, auf dem Wege der harten Notwendigkeit vorbereiten kann. Dann dem deutschen Siege an der Ostfront schlägt den schwergeprüften Völkern Rußlands die Befreiungstunde. Uns interessiert nun zunächst nicht das Problem, wohin die vielen nicht-großrussischen Völker des großen Reiches eigentlich gehören und ob der Gedanke an „die Vereinigten Staaten Rußlands“ völkerpsychologisch überhaupt möglich ist. Wir wollen uns hier nur mit dem weltgeschichtlichen Geschehe Finnlands und dem Verhältnisse zwischen Schweden und Finnland unter Berücksichtigung der bevorstehenden Umgestaltung der Karte Europas beschäftigen und erst einmal feststellen, zu welchem Kulturkreise, dem westeuropäischen oder dem osteuropäischen, Finnland eigentlich gehört. Eine derartige Untersuchung muß sich in die Geschichte Finnlands vertiefen und das darin herrschende und wirkende Wesen erforschen. Sonst erhalten wir nie einen Begriff von dem, was der gegenwärtige Krieg in Beziehung auf die Zukunft Finnlands und damit auch auf die Schweden in seinem Schoße trägt. Denn die umwälzenden Tagesereignisse sind nicht um ihrer selbst und ebensowenig um ihrer Träger willen da, sondern werden durch das übergeschichtliche Wesen, das die Geschichte regiert, herbeigeführt.

Seit ihrer frühesten Epoche trägt die Geschichte Finnlands das Gepräge des Hinundhergerissenwerdens zwischen zwei kämpfenden Völkern, den Schweden und den Russen, die beide versucht haben, sich ein möglichst großes Gebiet des schönen Landes der tausend Seen anzueignen. Beide Nebenbuhler trugen das Kreuz Christi auf ihrem Banner und versuchten sich mit Feuer und Schwert in dem neuen Lande zu befestigen. Hierdurch gelangte das zwischen beiden liegende Finnland trotz aller Verheerungen unter den Einfluß europäischer Kulturströmungen und entging dem Schicksale, als ein abseitsliegendes, zum Stehenbleiben in seiner Entwicklung verurteiltes Volk der Wildnis dahinzuwelken. Dieser Gewinn aber führte den Verlust der staatsbildenden Kraft mit sich, jener Kraft, die ein Volk zum Herrn in seinem eigenen Hause und seine Einrichtungen zu unmittelbaren Ausdrücken seines eigenen Wesens macht. Diese Kraft starb zwar nicht, aber sie versank in jahrhundertelangen Schlummer, um erst in diesem denkwürdigen Jahre 1918 an Deutschlands Seite wieder aufzuwachen.

Während der langwierigen Völkerwanderung nach dem Norden hinauf, die zu der ersten Besiedlung Schwedens und der Entstehung seines vielleicht zehntausendjährigen Volkes führte, bildete sich als Hauptzug des Charakters der Schweden der Sinn für das Abenteuerliche, Gefährliche, Großzügige, Unsichtbare und Fernliegende aus, kurz die Vorliebe für das Phantasiereiche, die der Schwede nie wieder verloren hat und die das am typischsten Schwedische in unserer Geschichte erklärt. Hierher gehören die Wikingerfahrten, die Kreuzzüge, die Kriegsfahrten Gustav Adolfs, Karls des Zehnten und Karls des Zwölften, Sven Hedins Reisen, Andréas Balloureise nach dem Nordpole, Swedenborgs Visionen, die welt Erobernden Nobelpreise, die Auswanderung usw. Eine Äußerung dieses unseres Volkscharakters — die Kreuzzüge — führte zu der tief eingreifenden Gemeinsamkeit Schwedens und Finnlands. Damit begann eine sechshundertjährige schwedisch-finnische Epoche.

Als der Schwedenkönig Erik der Heilige um 1157 herum einen Kreuzzug nach Finnland unternahm, war dies nicht das erste Händeschütteln über den baltischen Meerbusen hinweg, denn schon in noch älteren Zeiten hatten die Schweden an der Küste Finnlands festen Fuß gefaßt gehabt. Doch erst mit den Kreuzzügen wurde die Gemeinsamkeit der einander gegenüber liegenden Länder zur Tatsache, als jener König seine bedeutungsvollen Heerfahrten ostwärts unternahm. In der „Geschichte Finnlands“ meint Schybergson, daß vor allem die Gegend um Åbo herum Gegenstand des Glaubenseifers und der staatsmännischen Leistungen König Erlis geworden sei. Diese Gegend wurde später zum Ausgangspunkte der Verbreitung der schwedischen Kultur in Finnland. Der Schwedenkönig nahm seinen Upsalabischof Henrik mit, damit dieser, unterstützt durch andere Priester, in dem

neuen Lande schwedisches Wesen und christlichen Glauben befestige und verbreite. Die Finnländer haben diesem ihrem urchristlichen Apostel ein gutes Andenken bewahrt, und in einer alten finnischen Heiligenlegende erhält er folgenden schönen Nachruf: „Oh, wie groß war doch der Glaubenseifer und das in dem Herzen des frommen Bischofes brennende Feuer göttlicher Liebe, als er auf den Überfluß, die Freunde und die glänzende Stellung, die er in Upsala hatte, verzichtete und sich, um einige arme Schäflein zu retten, zahlreichen Todesgefahren aussetzte. Er folgte darin dem Beispiele des guten Hirten, der die neunundneunzig Schafe in der Wüste zurüdlief, um das einzige verlorene aufzusuchen, und der, als er es endlich gefunden, es auf seinen eigenen Schultern wieder in die Hürde trug.“

Im übrigen zeichnete sich die Zeit zwischen dem ersten Kreuzzuge und dem zweiten gerade nicht durch feste Verbindung zwischen Schweden und Finnland aus. Das letztere Land wurde auch von Osten her durch russischen Einfluß angegriffen, und in Ostkarelen fanden die Nowgoroder Großfürsten Bundesgenossen. Durch den Umstand, daß die Russen den griechischen Katholizismus in Karelen verbreiteten, die Schweden aber in Westfinnland den römischen, entstand hier so wohl ein religiöser Gegensatz wie auch ein politischer, der in dem scharfen Gegensatz zwischen abendländischer Kultur und der morgenländischen wurzelte.

Der vermutlich im Jahre 1249 unter Führung des großen Staatsmannes Birger Jarl unternommene zweite Kreuzzug der Schweden, der wahrscheinlich mit einer Landung an der Südküste Nylands begann, vermehrte das schwedische Element in Finnland, führte zur Anlage des Lavastehus (Schloß Kronoborg) und bewirkte, daß die unterworfenen Tavaster getauft wurden. „Der größere Teil der Bevölkerung Finnlands“, sagt Schybergson in seinem großen Werke über die Geschichte des Landes, „nahm die römisch-katholische Form des Christentums an, und zugleich schlugen schwedische Bildung, schwedisches Gesetz und schwedische Gesellschaftsverfassung so mächtige Wurzeln in unserem Lande, daß sie späterhin wesentliche Bestandteile unserer Entwicklung gebildet haben. Daher nimmt der Name Birger Jarls einen Ehrenplatz auf einem der Hauptblätter unserer Geschichte ein.“

Der dritte Kreuzzug der Schweden nach Finnland fand unter dem Markst Torgils Knutsson im Jahre 1293 statt. Mit großer Truppenmacht landete er in der Wiborger Bucht. Der Zweck war, den russischen Einfluß in Ostfinnland zu hemmen und dem schwedischen Reiche auch Karelen zu gewinnen. Wiborg („geheilte Burg“) wurde auf einem strategisch wichtigen Punkte angelegt, um die Erweiterung der schwedischen Herrschaft nach Osten hin zu sichern, und von dort aus setzten, nachdem Torgils Knutsson nach Schweden zurückgekehrt war, die Schweden ihr Vordringen mit geistlichen und weltlichen Waffen fort, so daß sie Nowgorod bedrohten. Unter heißem Ringen mit den Russen wurde der Ladogasee erreicht, aber ein späterer Versuch, bis an die Nawa vorzubringen, mißlang (im Jahre 1300). Neben der kriegerischen Eroberung wurde auch die christliche fortgesetzt, wobei ein schwedischer Bischof, Petrus Clavi aus Västerås, an der Bekehrung der Finnen gearbeitet haben soll. Nach fünfundsiebenzigjährigen Kämpfen nahm die Friedenssehnsucht überhand und führte zum Frieden von Nöteborg (1323), worin die Ostgrenze Finnlands zum ersten Male altentwässert festgestellt worden ist. Die friedenschließenden Parteien verpflichteten sich zu „ewigem Frieden und küßten das Kreuz“. Die zwischen den beiden Reichen Schweden und Nowgorod anerkannte Grenze erstreckte sich, der Angabe nach, von der Mündung des Systerbäcks ins Meer bis zum Saiflusse, der sich in den Vuoren ergießt, von wo aus sie sich in der Richtung über Nysslott hinzog, also bedeutend westlicher lag als Finnlands jetzige Grenze. Nord-Ostbotten stand unmittelbar unter der Herrschaft Schwedens, das seine kirchlichen und weltlichen Verhältnisse bestimmte, während das übrige Finnland gewöhnlich von einem besonderen Herzoge und unter ihm durch die Oberbefehlshaber in den drei Schlössern Abo, Lavastehus und Wiborg, regiert wurde.

Während Magnus Erikssons Regierungszeit (1319 bis 1363) verbreitete die schwedische Kultur sich immer weiter in Finnland. Das Gesetz wurde mit neuen

Stadwerken ausgebaut, die eine weite Aussicht über die Gebiete des Rechtes und der Freiheit hin erschlossen. Das kirchliche Gemeindeleben entwickelte sich, besonders durch die Tätigkeit des eifrigen Bischofs Hemming, zu immer festeren Formen.

Der Kampf um das Gleichgewicht zwischen Schweden und dem russischen Nowgorod schlug auch zu Magnus Erikssons Zeit in seiner Pendelschwingung über Finnland, aber diesmal wurde es für Schweden ein Rückschlag. Nach siebenmonatlicher Belagerung ging Nöteborg an die Nowgoroder verloren, und von innen her wurde Schwedens Kraft durch die unheimliche Pest und die finanziellen Schwierigkeiten, zu denen der Einkauf Schonens und anderer Provinzen von Dänemark geführt hatte, verzehrt. Nachdem die Russen die Gegend um Wiborg herum entseßlich verheert hatten, nahm der Krieg durch einen wahrscheinlich 1351 in Dorpat abgeschlossenen Waffenstillstand ein Ende.

Es war eine Zeit erschütternder Ereignisse in Schweden, als man zur Ordnung der Angelegenheiten des Reiches ausländische Hilfe erbat. Damit wurde der Grund zu einem fremden Einflusse gelegt, der nicht umhin konnte, die nationale Kraft zu schwächen und jegliches Sichzusammenschließen der alten Provinzstaaten im Geiste und in der Wahrheit zu erschweren. Die Herrschaft der Großen des Reiches bedrohte den monarchischen Gedanken und damit die Einheit der Nation. Königin Margaretes Gedanke einer Vereinigung des Nordens war im Grunde großartig, aber er kam zu früh, ehe der schwedische Nationalstaat sich seiner selbst völlig bewußt war. Ein Staatenbund ohne freie Völker trägt den Keim der Auflösung in sich; legt er sich aber zu seinem Weiterleben den nationalen Freiheitsgedanken zugrunde, so kann er Bestand behalten, wenn gemeinsame Gefahr die Nationen zu gegenseitiger Hilfe zusammenbringt.

Von dieser Krankheit genäß Schweden durch die operativen Eingriffe, die in den Jahrhunderten, welche in seiner Geschichte die berühmten Namen der Freiheitshelden Engelbrekt, Sture und Gustav Wasa tragen, vorgenommen worden sind.

Schon als sich im vierzehnten Jahrhundert Engelbrekt gegen die dänische Unterdrückung erhob, stand ein Teil Finnlands auf seiner Seite und erwies sich dadurch als Stütze bei der Durchführung des Befreiungswerkes. Der Oberbefehlshaber des nordschwedischen Norrland, Erik Puke, der auch Osterbotten in Finnland regierte, schloß sich dem Helden an. Unter dem Befehlshaber Johann Folkesson begaben sich die Bewohner Osterbottens nach den Ålandsinseln und organisierten dort den Volksaufstand. Im übrigen verhielt sich das finnische Volk passiv, unterstützte jedoch, im großen gesehen, die schwedische Bewegung in dem Maße, wie diese sich zur Herrschaft tauglich erwies. Der Wirrwarrkehrte jedoch bald wieder und führte dazu, daß die Stures an die Spitze der vaterländischen Partei traten.

Während sich diese Begebenheiten im Schwedenreiche abspielten, war ein russisches im Entstehen begriffen, nämlich durch die vergrößerte Macht der Fürsten von Moskau und ihren Sieg über die Republik Nowgorod nach dem Zerfall des Mongolenreiches. Iwan der Dritte (1462 bis 1505) führte dann die Einheit Rußlands durch, das eine neue Gefahr für Schweden wurde. Es wurde immer notwendiger, daß man an Finnland ein festes Bollwerk gegen den Osten besaß.

Es fehlt uns an Zeit, hier bei den übrigens unzähligen Kämpfen, die immerfort in Finnland infolge russischer Angriffe stattgefunden haben, zu verweilen. Nicht immer ist es Schweden leicht geworden, dem Bruderlande die erforderliche Hilfe zu bringen, und zwar einerseits wegen der beschwerlichen Verbindungen, andererseits wegen der für ein großes Heer schlechten Einquartierungsverhältnisse im Osten des Bottnischen Meerbusens, wozu auch noch die oft auslobernden inneren Streitigkeiten in Schweden kamen. Wir wollen uns damit begnügen, daran zu erinnern, mit welcher Leichtigkeit König Gustav der Erste, Wasa, der Schöpfer des neuen Schwedens, im großen gesehen die Reformation in Finnland durchführen konnte, weil dort das neue Staatswesen nicht wie in Schweden durch Landschaftszwiste erschüttert wurde, aber auch weil es dem finnischen Bischofsstifte nach dem 1522 erfolgten Tode Arvid Kurds an einem Oberhirten fehlte, der den Kampf für den alten katholischen Glauben hätte aufnehmen können. Andere ver-

suchten es freilich, aber ohne Erfolg. Gustav Wasa verfuhr in allem, was den Glauben und den Kultus anbelangt, sehr schonend in Finnland, griff jedoch in die Wirtschaft der Kirche mit sehr fester Hand ein. Forrell berechnet („Die innere Geschichte Schwedens von Gustav dem Ersten an“), daß der König in Finnland 601 Kirchengüter als Kroneigentum einziehen ließ, wozu noch mehrere „unchristliche Kirchenberaubungen“ kamen, nämlich Beschlagnahme der Wertsachen und Schmuckstücke.

Gustav Wasa selbst zog während seines Krieges gegen die Russen im Herbst 1555 nach Finnland, wo er Helsingfors, Borga, Wiborg und andere Orte besuchte und sich im Jahre darauf nach Åland begab. Die Zahl der von ihm über Finnlands Regierung ausgefertigten Briefe ist bedeutend, und tief drangen die guten Wirkungen seines kraftvollen Regiments in Schweden auch in Finnland ein.

Während der Kriege, die sein Sohn Johann der Dritte mit Rußland führte, hatten die Bewohner Finnlands viele Leiden zu erdulden, nicht zum wenigsten durch die schlechte Disziplin der Soldatenhorden, deren Mangel an Manneszucht oft mit zügelloser Willkür vereint war, worüber Schybergson allerlei zu vermelden weiß. Dann kam es wieder zu inneren Streitigkeiten in Schweden, als Herzog Karl, später Karl der Neunte, Gustav Wasas jüngster Sohn, gegen den katholischen König Sigismund auftreten mußte. Der Kampf berührte in seinen Rückwirkungen auch Finnland, wo zuerst Klas Fleming, später aber Arvid Stalarm die Partei des Königs ergriffen. Der schließliche Sieg Karls über den nach Polen fliehenden Sigismund hat sowohl Finnland wie Schweden großen Nutzen gebracht. Die Reichseinheit und die Ruhe wurden wieder hergestellt, und zugleich fand sich nun Zeit zur Durchführung innerer Reformen. Die Reformation war auch gerettet für immer.

Das bisher über Schwedens und Finnlands gemeinsame Geschichte Ange deutete mag, wie so manches andere in der Weltgeschichte, meistens wie ein endloses Gezänke ohne Sinn erscheinen, worin der Kampf gegen Rußland den schrillsten Ton darstellt. Doch das auf geschichtliche Ereignisse fallende Licht kommt gewöhnlich aus der Zukunft. Die heranannahende Großmachtszeit des schwedischen Reiches unter Gustav Adolf bedurfte zu ihrer Weltmission auf deutschem Boden einer breiten Operationsbasis, deren Flanken sowohl im Osten gegen Rußland und Polen wie auch im Westen gegen Dänemark völlig gesichert waren. Durch seine kraftvollen Könige Gustav Wasa und Karl dem Neunten nahm Schweden eine Stellung fühner Bereitschaft zu dem Entscheidungskampfe zwischen Luthertum und Katholizismus ein, welche Gustav Adolf später gut ausnützen sollte.

Die große weltgeschichtliche Aufgabe Schwedens, und damit auch Finnlands, war vorbereitet, ohne daß es sich vielleicht auch nur ein einziger Mensch in beiden Ländern klarmachte. Die Geschichte teilt mit anderen Dramen das Los, daß man sie sich nicht aus ihrem ersten Akte, sondern erst aus einem späteren erklären kann.

Durch die beständigen Fehden an der Ostgrenze Finnlands zwischen dem schwedischen und dem russischen Reiche bis zu Gustav Adolfs siegreichem Frieden zu Stolboda im Jahre 1617 wurde Finnland zu einem kräftigen Bollwerk gegen die aus Osten drohende Gefahr. Es wurde der Kulturschutz gegen Gewalt und Barbarei, weil seine Kultur höher stand als die von Osten her andrängende. Nyssott, Wiborg, Årholm und Ladoga bedeuteten strategische Stützpunkte von großem Gewichte beim Anlegen und Aufrechterhalten der Flankenstellung Schwedens gegen Osten, während Gustav Adolf seine große Mission in Deutschland ausführte. Schwer mußte Finnland unter diesen beständigen Kämpfen mit dem russischen Nachbarn leiden, aber es hielt durch und zeigte, daß es geistig mit abendländischer Kultur verknüpft war. Die zwischen Schweden und Finnland vorkommenden Zwistigkeiten konnten manchmal recht arg sein, hingen aber oft eng mit den inneren Streitigkeiten des ersteren Landes zusammen.

Die Gemeinsamkeit, die trotz aller wechselnden Geschichte noch heute das schwedische Volk und das finnische als Vertreter einundderselben Kultur dastehen läßt, erhielt ihr stärkstes Band durch Gustav Adolfs Hand. Als er im Jahre 1617 in Verbindung mit der Beendigung des russischen Krieges Finnland zum zweitenmal besuchte, ließ der große König das finnische Volk an einer Begebenheit teilnehmen,

die sich noch nie in der Geschichte des Landes zugetragen hatte. Er berief die Stände Finnlands zu einer Versammlung und beriet mit ihnen die allgemeinen Angelegenheiten. Er erkannte dabei die Treue des Volkes und sah, daß es seinen Wünschen mit aufopferndem Eifer entgegenkam.

Der Krieg knüpfte das Blutsband. Während der Beteiligung Schwedens am dreißigjährigen Kriege stand Finnland ihm die ganze Zeit hindurch im Felde zur Seite. Schybergson hat berechnet, daß es sogar verhältnismäßig ein größeres Kontingent stellte als Schweden. Nach seiner Angabe betrugen die Aushebungen in Finnland 1639 im ganzen 2048 Mann und im darauffolgenden Jahre 1821, während sie in diesen beiden Jahren in Finnland und Schweden zusammen 5427 und 5337 Mann ausmachten. Finnland stellte also etwa zwei Fünftel und Schweden ein Drittel der ganzen Kriegerzahl, während die Bevölkerung des erstgenannten Landes sich nicht auf mehr als ein Viertel der gesamten Volksmenge beider Länder belaufen haben dürfte. Die finnischen Soldaten wurden in eigene Regimenter eingereiht, welche die Namen ihrer Landesteile trugen.

Während des Jahres 1625 ließ Gustav Adolf in Finnland acht Regimenter zu je acht Kompagnien aufstellen, die im Feldzuge gegen Polen Dienst taten, und bei Beginn des deutschen Krieges wurden die finnischen Truppen noch mehr verstärkt. In den Jahren 1631 bis 1647 hat Finnland 12000 bis 13000 Mann Fußvolk gestellt, während man die gesamte Stärke der Infanterie Schwedens und Finnlands auf 34000 bis 37000 Mann berechnet. Der Beitrag Finnlands war also im Verhältnisse zur Volksmenge größer als der Schwedens.

Was nun die Kavallerie anbetrifft, so ist im Jahre 1635 von drei finnischen Reiterregimentern die Rede, dem Abos-, dem Nylands- und dem Wiborgsregimente, die zusammen 3600 Mann umfaßten, während sich die gesamte einheimische Kavallerie Schwedens und Finnlands auf etwa 11000 Mann belief. Die finnischen Truppen wurden teils als Festungsbesatzungen auf wichtige Punkte der Ostgrenze des Landes verteilt, teils in Deutschland mit den schwedischen Truppen zusammen verwendet. Die zu dieser Aufgabe beorderten finnischen Truppen, zwei Regimenter Fußvolk und sieben „Kompagnien“ Reiterei, im ganzen gegen 3000 Mann, langten im Juli 1630 unter dem Befehle des Generals Gustav Horn in Stettin an. Im September unternahm der König mit einem Teile des Heeres, darunter dem größten Teile seiner finnischen Truppen, einen Streifzug nach Medlenburg, und in der Weihnachtszeit beteiligten sich die Finnen an der Erstürmung Greifenhagens und dem Zuge nach Garz. Bei Bergstell und Werben erwarben sich die Finnen durch ihre bewiesene Tapferkeit die besondere Gewogenheit des Königs und erhielten von nun an den Ehrenplatz auf dem rechten Flügel der ersten Linie des Heeres. Dort pflegte der Feind mit seinem Angriffe zu beginnen. So auch bei Breitenfeld, wo die Finnen mit zwei Schwadronen unter Stalhandtske und Wunsch zuerst Pappenheims Ansturm auszuhalten hatten. Als Lillj im April 1632 am Vech Gustav Adolf Hülfe gebot, ließ dieser 300 Finnen unter Major Wrangel in Rähnen über den Fluß setzen. Diese Aufgabe wurde unter dem Feuer des Feindes erfolgreich gelöst. Die Finnen bißen sich am anderen Ufer fest, bis eine Brücke fertig war, um Gustav Adolfs übrige Truppen hinüberzuführen. Der Sieg am Vech erschloß ihm dann den Weg nach Augsburg und München.

Auch bei der Alten Feste vor Nürnberg standen die Finnen im heißen Kampfe, und bei Lützen finden wir die auf 500 Mann zusammengeschmolzene finnische Reiterei unter Stalhandtske auf dem rechten Flügel der Schweden. Sie wurde unter den besten Regimentern zuerst in der Schlacht eingesetzt. Nach dem Tode Gustav Adolfs errang die schwedische und finnische Waffenbrüderschaft bei Wittstock und Chemnitz unter Banér neue Siege und bedeckte sich unter dem Finnen Torstenson sowohl bei Breitenfeld wie in dem Feldzuge gegen Dänemark mit neuem Ruhme.

„Finnland hat im dreißigjährigen Kriege große Opfer gebracht“, sagt Schybergson in seiner Chronik der Heldentaten Finnlands, „aber das, was gewonnen wurde, nämlich die Erhaltung der protestantischen Glaubensfreiheit, ist für unser Volk von unschätzbarem Werte.“ Das Schicksal hat es so gefügt, daß

vierhundert Jahre nach dem ersten Auftreten des Protestantismus Schweden und Finnland vor einer Weltkrise stehen, die trotz hundertjähriger politischer Trennung deutlich geoffenbart hat, warum die russische Revolution, als sie bei ihrem Ausbrechen Finnland ein Paradies mit dem Frühlingshauche einer „neuen“ russischen Kultur darbot, das finnische Volk dennoch nicht zu einer Annäherung an seinen Nachbarn im Osten verlocken konnte. Sechshundert Jahre gemeinsamen Lebens mit Schweden standen dem im Wege. Blut- und Entbehrungsopfer, schwere Kämpfe an der eigenen Grenze im Osten und draußen in fremden Ländern, glänzende Siege und unsterbliche Tapferkeit in Waffenbrüderschaft mit Schweden — alles dies steht der Umarmung entgegen, um welche Rußland das Land der tausend Seen stets vergeblich bitten wird oder mit der es ihm droht.

Mit dieser kurzen geschichtlichen Übersicht habe ich als Schwede, nicht Finne — keiner meiner Vorfahren war in Finnland, aber mein Stammvater ist ein Deutscher gewesen —, im Interesse der Wahrheit den unbestreitbaren Anteil, den Finnlands Volk an dem großen auf deutschen Boden verlegten Werke Gustav Adolfs hat, betonen wollen. Die liberal-sozialistische Regierung, die zum Schaden Schwedens die Macht hatte, als in diesem Jahre 1918 der Freiheitskampf Finnlands anfang, verwehrt unserem alten Bruderlande das Eintausen der zur Bezwingung der roten Aufrührer nötigen Waffen. Als wir schwedischen Bürgersleute dies hörten, verbargen wir unser Gesicht in den Händen, damit niemand unser schwedisches Antlitz sehe. Aber die Scham wich dem Grolle, und dieser drückte sich auf echt-schwedische Weise im Handeln aus. Eine Freiwilligenbrigade wurde aufgestellt und sammelte sich in Tornea, von wo aus sie mit blutigem Ruhme den schweren Sieg bei Tammerfors ermöglicht hat. Finnen und Schweden haben gemeinsam Nord- und Mittelfinnland von Russen und roten Garbisten befreit, während die sieggewohnten deutschen Truppen den südlichen Teil des Landes gefäubert haben und in seiner Hauptstadt eingezogen sind.

Gute Taten sterben nie. Einstmals ermöglichten Gustav Adolfs Schweden und Finnland das Weiterbestehen eines lutherischen Deutschlands, jetzt ermöglicht Wilhelm des Zweiten Deutschland, indem es die Hand über die Ostsee hinüberstreckt, daß Finnland sein freies Leben führen kann, und hierin liegt auch eine unschätzbare Erleichterung für Schweden, das in den letzten hundert Jahren die Russenhand sich durch ihre Gewaltmaßregeln in Finnland gegen seine Freiheit hat ballen sehen. Durch die Befreiung Finnlands aus seiner unheimlichen Notlage strömt auch in Schweden eine Lichtflut hinein.

Schwedisch-lutherische Kultur liegt der Sympathie zwischen den beiden Völkern des baltischen Meerbusens zugrunde. Mag dieser Grund auch in Finnland von dem schwedisch-finnischen Rassen Gegensatz durchsprengt sein, so daß Germane und Mongole einander im inneren Leben des Landes, wo eine ganze halbe Million Schweden neben drei Millionen Finnen wohnt, einander oft erbittert gegenüberstehen, so wurzelt doch ein gemeinsames Schicksal, das sich gegen die russische Gefahr abgezeichnet hat, viel tiefer in den beiden Nationen Finnlands als die Wirklichkeit der Zersplitterung.

Die Weltbegebenheiten haben Deutschland den beiden östlichen Völkern des skandinavischen Kulturkreises immer näher gebracht. Wir begrüßen diesen Schritt mit Sympathie und Vertrauen. So gut wie alle Gebildeten und in der Geschichte Bewanderten in Schweden haben Deutschland eifrig den Sieg im Weltkriege gewünscht, und dieses Gefühl steht fest. Doch die Krankheit des Sozialismus sucht auch unser Land heim. Brantings Partei hat gegenwärtig die Macht über das offizielle Schweden, aber die Opposition ist so wohl gerüstet und qualitativ überlegen, daß es schwerlich lange dauern wird, bis die Volksmeinung sich in so starker Weise Bahn bricht, daß Schweden wieder in die Hände eines Staatsmannes gerät. Nach der Besiegung Rußlands ist unsere Hauptgefahr das englische Reich, und ich stimme in die Worte ein, die Schwedens größter Denker Vitalis Norström 1914, zwei Jahre vor seinem plötzlichen Tode, geäußert hat: „Mich persönlich friert bei der Berührung mit den langen, kalten englischen Fingern“.

Bevölkerungspolitik oder Geburtenpolitik?

Von Dr. Hermann Werner Siemens



Der bekannte Rassenhygieniker Geza von Höffmann hat vor nicht allzu langer Zeit den Ausspruch getan, daß unter dem Namen „Bevölkerungspolitik“ alle möglichen Teilgebiete der Rassenhygiene*) systemlos durchwühlt würden. In der Tat ist es allmählich dahin gekommen, sämtliche öffentlichen Bestrebungen, die überhaupt irgendwie sich auf die Bevölkerung beziehen lassen, als „bevölkerungspolitisch“ zu bezeichnen. Ob man für Siedlungspolitik oder für Pflege der schulentlassenen Jugend, ob man für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten oder für Einrichtung von Jugendbüchereien, ob man für Beschaffung gesunder Nahrungsmittel oder für Vertiefung der religiösen Erziehung eintritt: immer treibt man „Bevölkerungspolitik“ und fühlt sich stolz als „Bevölkerungspolitiker“; denn seit ein Vertreter des preussischen Ministeriums des Innern die Bevölkerungsfrage als die Frage des Jahrhunderts bezeichnet hat, ist ja die „Bevölkerungspolitik“ für alle Zwecke eine schöne zeitgemäße Empfehlung.

Unter diesen Umständen mußte es natürlich mit der Zeit dahin kommen, daß der Begriff Bevölkerungspolitik alles und gar nichts mehr besagt. Jede Frage des öffentlichen Lebens kann letzten Endes irgendwie auf die Bevölkerung bezogen werden, und so ist die Bevölkerungspolitik schon nahezu ein Synonym für Politik überhaupt geworden. Wenn man sagt, wir brauchen in dem künftigen Friedensschluß neues Land, so kann man das „bevölkerungspolitisch“ damit begründen, daß in den neu erworbenen Landstrichen vielen deutschen Bauernfamilien Existenzmöglichkeit gegeben ist; wenn man sagt, wir brauchen eine Kriegsschädigung, so kann man „bevölkerungspolitische“ Gründe dafür ins Feld führen, weil durch eine Kriegsschädigung unsere Wirtschaftslage gehoben und dadurch die Aufzucht einer zahlreichen Kindercharakter erleichtert würde. In ähnlicher Weise kann man auch die Tätigkeit der Kriegsgesellschaften oder ihre Aufhebung, und die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes in Preußen oder die Erhaltung des Dreiklassenwahlrechtes je nach dem politischen Standpunkt als „bevölkerungspolitische“ Forderungen bezeichnen, und so bleibt von der ganzen „Bevölkerungspolitik“ schließlich nichts weiter übrig als ein neues Schlagwort, gut geeignet für jedermann, um seinen jeweiligen Zielen eine gern gesehene, der Jetztzeit gemäße Aufschrift zu geben.

Das ist nicht immer so gewesen. Als das Wort Bevölkerungspolitik entstand, verband man damit einen ganz bestimmten Sinn. Denn die Bevölkerungspolitik verdankte ursprünglich ihr Dasein der ernsten Sorge, die immer weitere Kreise unseres Volkes angeht, des unaufhaltsam fortschreitenden Geburtenrückganges ergriff. Ursprünglich war also die Bevölkerungspolitik ein zusammenfassendes Wort für die praktischen Mittel, die der Bekämpfung des Geburtenrückganges dienen. Nun wird heutzutage mancherlei als Mittel gegen den Geburtenrückgang empfohlen. Wir müssen deshalb, wenn wir den Charakter der Bevölkerungspolitik erkennen wollen, uns die Frage vorlegen, worauf es bei der Bekämpfung des Geburtenrückganges eigentlich ankommt.

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns einmal grundsätzlich klar machen, was der „Geburtenrückgang“ eigentlich ist. Seinem Wesen nach besteht nun der Geburtenrückgang ganz kurz gesagt darin, daß eben die Zahl der Geburten zurückgeht; das sagt ja schon das Wort. Als praktische Mittel gegen den Geburtenrückgang können daher — ganz allgemein und grundsätzlich ausgedrückt — nur solche Maßnahmen in Betracht kommen, die geeignet erscheinen, den Rückgang

*) Die Rassenhygiene (Bloch) ist die Lehre von den Erhaltungs- und Entwicklungsbedingungen der Rasse, d. h. des dauernd fortlebenden Volkstörpers.

der Geburtenzahl aufzuhalten, positiv ausgedrückt: die Zahl der Geburten in unserem Volke zu vermehren. Dies und nichts anderes war der ursprüngliche Sinn der „Bevölkerungspolitik“; und nur eine solche Bevölkerungspolitik, d. h. eine Bevölkerungspolitik, die eine Vermehrung der Geburtenzahl anstrebt, kann geeignet erscheinen, unser Volk vor dem Massenelbstmord des Geburtenrückganges zu behüten.

Nun kann man allerdings sagen, daß es auf die Geburtenzahl an sich eigentlich gar nicht ankomme, sondern auf den Geburtenüberschuß, und daß dieser ebensogut durch eine Verminderung der Sterblichkeit wie durch eine Vermehrung der Geburten erreicht werden könne. Eine derartige Ausdrucksweise würde aber, trotzdem sie theoretisch nicht unrichtig ist, zu einer gänzlich schiefen Auffassung der tatsächlichen Verhältnisse führen. Sie würde dazu verleiten, den fortschreitenden Charakter des Geburtenrückganges zu übersehen. In diesem fortschreitenden Charakter liegt es aber begründet, daß eine weitere Verminderung der Sterblichkeit den eigentlichen Geburtenrückgang zwar noch eine Weile vertuschen aber niemals das dauernde Anwachsen der Gefahr, die der Geburtenrückgang bedingt, aufhalten könnte. Durch solche Vertuschung würden also wohl oberflächliche Köpfe eine Zeitlang beruhigt werden, das eigentliche Verhängnis müßte aber, sobald die Verminderung der Sterblichkeit ihre natürliche Grenze erreicht hat, nur um so katastrophaler zum Ausbruch kommen. Selbstverständlich muß auch weiterhin alles, was möglich ist, getan werden, um die Sterblichkeitsverhältnisse unseres Volkes möglichst günstig zu gestalten. Aber es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung zu glauben, daß man damit das Fortschreiten des Geburtenrückganges verhindern könnte. Seit Jahrzehnten hat ja bei uns die Sterblichkeit in überrauschender Weise abgenommen. Ist aber denn nicht trotzdem der Geburtenrückgang unaufhaltsam fortgeschritten, ja, hat er nicht trotzdem eine Höhe erreicht, die schon die weitesten Kreise mit Sorge um die Zukunft unseres Volkes erfüllt?

In einem Geschäftsbetrieb würde es gegen eine fortschreitende, auf den Nullpunkt zusteuende Verminderung des Umsatzes nur ein Heilmittel geben: die Vermehrung des Umsatzes. Ebenso kann es gegen eine fortschreitende Verminderung der Geburten nur ein Heilmittel geben: die Vermehrung der Geburten. Insofern die Bevölkerungspolitik ursprünglich zur Bekämpfung des Geburtenrückganges begründet worden ist, war sie deshalb eine Politik der Vermehrung der Geburten. Sie konnte nichts anderes sein. Was aber hat man unterdessen alles unter den Begriff der Bevölkerungspolitik zusammengeworfen und in ihn hineingepropft! Ich möchte ganz absehen von „bevölkerungspolitischen“ Bestrebungen, den Dienstmädchen freie Zeit zur Erledigung ihrer Korrespondenz einzuräumen, billige Brunnenanlagen zu schaffen, und von ähnlichen Vorschlägen, wie sie tatsächlich von bevölkerungspolitischer Seite gemacht worden sind, und ich möchte nur als noch verhältnismäßig vernünftiges Beispiel auf die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hinweisen. Natürlich ist die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit eine „bevölkerungspolitische“ Angelegenheit, denn die Säuglinge sind unbestreitbar ein Teil unserer Bevölkerung; aber mit dem ursprünglichen Sinn der Bevölkerungspolitik hat die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit nichts zu tun. Das Fortschreiten des Geburtenrückganges beruht nicht darauf, daß immer mehr Säuglinge sterben, sondern daß immer weniger geboren werden. Die Säuglingssterblichkeit steht sogar in einem notwendigen parallelen Verhältnis zur Geburtenzahl: je höher die Geburtenzahl einer Bevölkerung ist, desto größer muß auch ihre Säuglingssterblichkeit werden, weil die höheren Geburtennummern erfahrungsgemäß eine größere Sterblichkeit haben. Umgekehrt ist die Verminderung unserer Säuglingssterblichkeit in den letzten Jahrzehnten zu einem guten Teil gerade dem Geburtenrückgang zu verdanken.

Bekanntlich ist nämlich aus sozialen Gründen die Säuglingssterblichkeit bei den ersten Kindern am geringsten und nimmt dann mit steigender Geburtennummer zu. Der Geburtenrückgang mit seinem Ein- und Zweitkindersystem läßt nun die

hohen Geburtennummern mit ihrer größeren Sterblichkeit ausfallen. So betrugen in Berlin von den ehelichen Kindern

die Erstgeborenen	1880	bis 18% aller Kinder
	1906	aber 33% „ „
die 4. bis 6. Geborenen	1880	32% „ „
	1906	nur noch 20% „ „

Demnach ist der Geburtenrückgang selbst mit eine Ursache der Verminderung unserer Säuglingssterblichkeit.

Man kann also nur durch einen unmittelbaren Verstoß gegen die Logik in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ein Mittel gegen den fortschreitenden Rückgang der Geburten erblicken. Solange man in der „Bevölkerungspolitik“ eine Politik der Bekämpfung des Geburtenrückgangs, also eine Politik der Geburtenvermehrung sah, war also die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, so erstrebenswert sie sonst sein mag, durchaus keine Förderung der Bevölkerungspolitik.

Aber es liegt wohl in dem Ausdruck „Bevölkerungspolitik“ selbst begründet, daß der durch ihn begrenzte Begriff allmählich immer verwackelter werden mußte. Es würde deshalb ein zweckloses Beginnen sein, wenn man den Begriff der Bevölkerungspolitik in seine ursprünglichen Grenzen zurückverweisen wollte. Um so notwendiger aber erscheint es uns, daß, was die Bevölkerungspolitik ehemals eigentlich leisten wollte und was nun immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird, in einen klaren Ausdruck zusammenzufassen. Wenn wir die Lebensgefahr erkannt haben, die unserem Volke durch den Geburtenrückgang droht, und wenn wir es für notwendig halten, gegen diese ernsteste Bedrohung alle guten Mächte aufzurufen, so wollen wir unsere Blicke auf den Kernpunkt der Frage richten und unsere Bestrebungen als solche zur Hebung der Geburtenzahl, also als geburtenpolitische Bestrebungen bezeichnen. Ich habe mich schon seit Jahr und Tag bemüht, den charakterlosen und abgegriffenen Ausdruck „Bevölkerungspolitik“ durch das unmißverständliche Wort „Geburtenpolitik“ zu ersetzen.*) Denn vor allen Dingen muß man sich doch klar darüber sein, was man will. Will man ganz allgemein und auf alle möglichen Weisen günstig auf die Bevölkerung einwirken, so kann man mit Recht von Bevölkerungspolitik sprechen; man soll aber nicht dabei vergessen, daß es gefährlich ist, zwölferlei auf einmal zu wollen. Will man andererseits den Geburtenrückgang bekämpfen, das heißt die Verminderung der Geburten aufhalten und in eine Vermehrung umwandeln, so kann nur die Geburtenpolitik die Fahne sein, unter der man sich zur Rettung des bedrängten Vaterlandes zu sammeln hat.

Die Geburtenpolitik ist also der gegebene Begriff, um alle Mittel, die sich zielbewußt gegen den Geburtenrückgang wenden, zusammenzufassen. Die Geburtenpolitik strebt danach, die fortschreitende, einer Katastrophe zutreibende Verminderung der ehelichen Geburten aufzuhalten, sie strebt danach, die eheliche Geburtenzahl zu vermehren. Bei dem Geburtenrückgang handelt es sich aber nicht nur um die Bedrohung unserer Volkszahl (Quantität), sondern auch um die Gefährdung der guten durchschnittlichen Beschaffenheit (Qualität) unseres Volkes. Denn die Geburtenverhütung, die die Ursache des Geburtenrückgangs ist, wird bekanntlich viel tatkräftiger und erfolgreicher von solchen Bevölkerungskreisen betrieben, die im allgemeinen eine überdurchschnittliche Tüchtigkeit aufweisen, als von solchen, die nur eine sehr geringe Zahl besonders tüchtiger Erbämme enthalten. (Näheres darüber findet man in meiner oben erwähnten Broschüre.) Man hat deshalb eine quantitative Bevölkerungspolitik von einer qualitativen unterschieden, will heißen: eine quantitative Geburtenpolitik von einer qualitativen. Eine rein quantitative Geburtenpolitik kann natürlich nicht unser eigentliches Ziel sein; denn Menschen wird es immer geben; das, worauf es ankommt, ist, daß die Menschen

*) H. W. Siemens, „Deutsche Geburtenpolitik“, in „Deutsche Politik“. Weimar 1916. Jahrg. I, Heft 44. H. W. Siemens, „Die biologischen Grundlagen der Rassenhygiene und der Bevölkerungspolitik“. München 1917. Mit 8 Abbildungen (80 S.). Preis 1.80 M.

auch unserer oder höherer Art sein werden. Es liegt deshalb die Verführung nahe, der qualitativen Geburtenpolitik das Wort zu reden. Aber auch das hat viel Verwirrung gestiftet. Denn unklare Köpfe waren schnell bereit, daraus die Forderung abzuleiten, daß man nur wenig Kinder in die Welt setzen und diesen wenigen dafür eine möglichst üppige, möglichst gute Erziehung zuteil werden lassen soll. Daß bei einer solchen Wirtschaft „gut“ erzogener Einkinder unser Volk nicht würde bestehen können, bedarf keines Beweises. Das Problem der Qualität ist zudem bei der Geburtenpolitik viel weniger ein Problem der Erziehung als ein solches der Erbanlagen. Insofern ist hier aber das Problem der Qualität gerade ein solches der Zahl. Darauf kommt es letzten Endes nämlich an, daß diejenigen Menschen, die ihren Erbwerten nach über dem Durchschnitt stehen, einen zahlenmäßig größeren Nachwuchs stellen als die unterdurchschnittlich Befähigten. Weder die quantitative noch die qualitative Geburtenpolitik kann daher unser letztes Ziel sein. Die Zahl der qualitativ Guten ist es vielmehr, also die Fruchtbarkeit der Tüchtigen, auf die allein alles ankommt. Eine Geburtenpolitik wird deshalb nur dann den Namen einer rassenhygienischen Geburtenpolitik verdienen, den Namen also einer Geburtenpolitik, die die Erhaltungsbedingungen des dauernd fortlebenden Volkskörpers zur Richtschnur nimmt, wenn sie sich bemüht, die Fruchtbarkeit vornehmlich solcher Bevölkerungsgruppen zu vermehren, deren durchschnittliche erbliche Leistungsfähigkeit über dem Gesamtdurchschnitt des Volkes liegt. Dieses rassenhygienische Programm ist schon vor Jahrzehnten von Francis Galton, Darwins genialem Vetter, aufgestellt worden.

Daß eine solche rassenhygienische Geburtenpolitik möglich ist, sobald die maßgebenden Stellen ihre Notwendigkeit erkannt haben, ist gewiß. Ihre praktischen Mittel würden einerseits in einer moralischen Beeinflussung der Bevölkerung bestehen, um die massensuggestive Kraft der Geburtenverhütung zu brechen, andererseits in wirtschaftlichen Maßnahmen. Hier muß man besonders eine tiefgreifende Berücksichtigung des Familienstandes bei der Veranlagung zur Einkommensteuer und bei der Beamtenbesoldung fordern, sobald eine in gleicher Richtung liegende Änderung unseres Erbrechtes und schließlich eine geburtenpolitische Siedlungspolitik, das heißt eine Siedlungspolitik, bei der, wie es Fritz Lenz und Max von Gruber vorgeschlagen haben, das dauernde Innehaben und die Erblichkeit der Siedlungen an die Bedingung geknüpft ist, daß der Siedlungsinhaber eine noch näher zu bestimmende, die Erhaltung der Familie gewährleistende Kinderzahl aufgezogen hat.

Versuche zur Durchführung derartiger Reformen werden ohne Zweifel kommen, ja, sie sind schon auf dem Marsche, denn das „Kinderprivileg“ bei der Einkommensteuer und die Familienzulagen bei vielen Beamten sind bereits zaghafte Anfänge dazu. Aufgabe der Geburtenpolitiker ist es nun, dafür Sorge zu tragen, daß man bei diesen Anfängen nicht stehen bleibt, die Gewissen zu schärfen, damit der zögernd begonnene Weg ruhig weiter beschritten wird. Dieser Aufgabe wird aber nur gewachsen sein, wer sich völlig klar ist über das eigentliche Ziel. Man darf nicht mit allen möglichen schönen Nebensachen Zeit und Kräfte verzetteln, sondern muß direkt auf die Bekämpfung des Geburtenrückgangs losmarschieren. Bevölkerungspolitische Schriftsteller und bevölkerungspolitische Ziele anstrebende Vereinigungen werden genau in dem Maße wirklichen Segen für unser Volk erwirken können, als sie sich auf ihre ursprüngliche Bestimmung besinnen, in dem Maße also, in dem sie sich von „bevölkerungspolitischen“ Schriftstellern und „bevölkerungspolitischen“ Gesellschaften zu geburtenpolitischen hindurchmauern. Es ist hohe Zeit, daß diese Häutung erfolgt, denn die alte Haut ist in dem Trübel der letzten Jahre arg verstaubt; von ihrer ursprünglichen Farbe, welche „Bekämpfung des Geburtenrückgangs“ hieß, ist nicht mehr viel zu sehen. Die trostlose Zerplitterung und oberflächliche Alleswollerei der neuesten Bevölkerungspolitik muß ein Ende haben. Lasset uns deshalb für alle Kräfte, die sich zur Bekämpfung des todverheißenden Geburtenrückgangs regen, unter dem Zeichen der Geburtenpolitik zum Sammeln blasen! Freilich, wenn man nicht

weiß, was man will, so soll man nur „fortwurfeln“ und seine Finger überall hineinstecken. Weiß man aber, worauf es ankommt, weiß man, daß der Geburtenrückgang die große Not war, die uns „Bevölkerungspolitiker“ zur Abwehr aufgerüttelt hat, so muß man auch den Mut finden, das Ziel fest ins Auge zu fassen. Schriftsteller und Gesellschaften, die „Bevölkerungspolitik“ betreiben, haben wir genug; wir brauchen jetzt vor allem Männer und Vereinigungen, die unbeirrt das Ziel verfolgen, mit der verheerend über unser Volk hereingebrochenen Flut der Geburtenverminderung fertig zu werden. Denn entweder wir werden des Geburtenrückgangs Herr — oder wir gehen zugrunde. Tertium non datur.

Sagen wir also furchtlos und ohne die üblichen „bevölkerungspolitischen“ Kläusen, was not tut: not tut uns die Bekämpfung des deutschen Geburtenrückgangs, not tut uns — deutsche Geburtenpolitik.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Soll Herr von Kühlmann zurücktreten?
Die nationalen Parteien des Reichstags haben das Anathema über den Staatssekretär des Äußern gesprochen. Nicht erst nach seiner Rede vom 24. Juni! Schon lange gilt er ihnen als durchaus ungeeignet, des Deutschen Reiches auswärtige Angelegenheiten zu leiten. Seine Ausführungen am Montag haben das volle Faß des Unwillens zum Überlaufen gebracht. Nicht eigentlich ihr Inhalt, sondern mehr die Form, die Kühle und müde Resignation, mit der die Dinge vorgetragen wurden, die von Sein oder Nichtsein der ganzen Nation handeln, haben die Verstimmung aufs höchste gesteigert. Seine Freunde suchen ihn damit zu entschuldigen, daß er angegriffen und müde war. Er war es tatsächlich in dem Maße, daß er den Maßstab dafür verloren hatte, was er vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt sagen durfte. Seine Rede wäre hingegangen für eine vertrauliche Sitzung des Ausschusses, — für die öffentliche Sitzung des Reichstags war sie unmöglich.

Wir geben also das Auftreten des Staatssekretärs am 24. und 25. Juni preis. Dennoch kommen wir zu ganz anderen Forderungen wie unsere Freunde von rechts; wir finden, daß die Kritik an Herrn von Kühlmanns Rede sich vom Standpunkte der Parteien aus taktisch nicht rechtfertigen läßt. Es geht doch, wie jeder weiß, nicht in erster Linie um die Person des Herrn von Kühlmann, sondern

um das Erbe Bethmann Hollwegs im Auswärtigen Amt. Dies Erbe muß erst verwirksam gemacht werden, und wir sind im Begriff es zu verwirksam machen durch die großen Siege im Westen. Diese Siege sind es auch, die schließlich die innere Situation in Berlin klären werden, nicht aber ein Personenwechsel zu dieser Stunde. Daher raten wir entschieden davon ab, die Situation im Innern durch einen Personenwechsel retten zu wollen. Sie ist dadurch nicht zu retten, sie wäre nur noch zu verschlimmern, und wenn man selbst den Fürsten Bülow oder einen berühmten General auf den Schild erheben wollte. Jeder Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wäre mit zwei Erbschaften belastet: mit dem außenpolitischen Erbe Bethmann Hollwegs und dem veralteten Apparat, der sich Auswärtiges Amt nennt; als Drittes könnte man dazu noch die Ungebuld der Linksparteien rechnen. Das außenpolitische Erbe Bethmann Hollwegs kann nur die Armee draußen ummodellieren, nicht etwa umstoßen; zu vieles ist vorentschieden, und das Grundsätzliche über die künftigen Beziehungen der Völker untereinander ist Notwendigkeit. Allein auf die Macht gestützt läßt sich kein Welthandel treiben; dazu gehört auch der gute Wille der anderen; diesen freilich müssen wir noch erzwingen mit militärischen und diplomatischen Mitteln. — Eine tief einschneidende Reform des Auswärtigen Dienstes dem antizipierenden Staatssekretär in

dieser Zeit zumuten zu wollen, zeugt von vollständiger Verkennung der Größe der Aufgabe. Herrn von Kühlmann ist eine Arbeitslast aufgebürdet, wie sie keinem Chef des Stabes bei irgendeiner Armee zugemutet wird. Herr von Kühlmann befindet sich mit seinem unzureichenden Apparat, der durch die Reform des Pressedienstes seit Hamanns Abgange nicht etwa leichter zu handhaben ist, in ähnlicher Lage wie der Franzose Foch, von dem Clemenceau in der Kammer berichtete, er habe sein müdes Haupt auf die Karten sinken sehen. Was Herrn von Kühlmann an persönlichen Strapazen allein in den letzten Wochen zugemutet worden ist, ginge über die Kraft noch robusterer Naturen. Man vergegenwärtige sich doch: die Tätigkeit der Friedensschlüsse, die Unterhandlungen wegen Mitteleuropa, wegen Polen, die Ausgleichsbemühungen zwischen den Bundesgenossen, die wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit den Neutralen als tägliches Brot; dazu der gesamte innere Amtsdienst mit seinen Be-

suchen und Empfängen, die Reisen zu den Fürstenthöfen, Besprechungen in Hamburg, Vorträge, Kommissionsfiguren, Reichstag! Wann bleibt dem Manne eine Stunde übrig, einmal den Problemen nachzudenken, wie etwa Ludendorff einen Schlachtplan durchdenkt?

Wir wollen in diesen ersten Stunden uns nicht von Gefühlen leiten lassen, sondern alle Faktoren kühlen Kopfes heranziehen, die für und gegen die Beseitigung des Herrn von Kühlmann sprechen. Ist die Lage so, daß die Herausführung einer inneren Krise dem allgemeinen Wohle dienlich wäre, so sollten die verantwortlichen Stellen das ihrige tun, um sie möglichst schnell durchzubringen. Ich vermag die Notwendigkeit einer Krise in diesem Augenblick nicht zu sehen.

Uns fehlt vorläufig noch kein neuer Staatssekretär, sondern dem vorhandenen Staatssekretär fehlt Zeit, der großen Politik zu leben. Das ist die Lehre vom 24. Juni.

G. Kleinow



Materialien zur Polenpolitik

Die Thronrede zur Eröffnung des polnischen Staatsrates. Am 22. Juni wurde zu Warschau der Staatsrat des Königreiches Polen feierlich eröffnet. In der vom Fürsten Lubomirski im Namen des Regentschaftsrates vorlesenen Thronrede heißt es:

„Der heutige Tag bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts in der Entwicklung der Kräfte des polnischen Staates. In der Gestalt des Staatsrates erhalten wir denjenigen Faktor der Staatsgewalt, dessen Anwesenheit sowohl die unumgänglichen allgemeinen Bedingungen für die Gestaltung der polnischen Verfassung als auch die eiligen Bedürfnisse des täglichen Lebens verlangen. Daher begrüßt der Regentschaftsrat, ohne seine Augen vor dem Umstand zu verschließen, daß die Grundsätze, auf denen in der ungewöhnlichen Lage der Staatsrat aufgebaut werden mußte, Mängel aufweisen, auch ohne zu vergessen, daß die Zusammensetzung des Staatsrates kein genaues Bild der Ver-

teilung der schöpferischen Kräfte des Volkes wiedergeben wird, in Ihrer Versammlung die erste maßgebende gesetzgebende Körperschaft seit vielen Jahren mit der tiefen und freudigen Zuerkennung, daß Ihre patriotische Besonnenheit, Ihr Eifer und Ihre Kenntnis der Noie des Landes eine Bürgschaft für fruchtbare Arbeit und zutreffende Entscheidung in allen denjenigen wichtigen Aufgaben sein wird, die auf ihre Entscheidung warten...

Unser Land, das polnische Volk und auch die Nachbarvölker, werden ihr Augenmerk auf Sie gerichtet haben, und im mächtigen Donnergetöse des Weltkrieges, der immer noch Europa mit Blut übergießt, wird Ihre Stimme dennoch laut erschallen. Sie werden, indem Sie den Willen Polens zum Leben feststellen, über seine inneren Angelegenheiten entscheiden und das Maß der nüchternen Notwendigkeiten auf sie anwenden, das nationale Interesse umfichtig vor den Gefahren des schwierigen Augenblicks be-

schützen und an eine solche Staatseinrichtung denken, die gestatten wird, alle Kräfte der Nation in ihrem vollen Umfange dem Wohle des Vaterlandes zuzuwenden. Auf Grund derjenigen Gesetzesentwürfe, die Ihnen als Regierungsvorlage zugehen werden und von dem gemeinschaftlichen Wunsche angespornt, den Augenblick näherzubringen, in dem eine gehörig gewählte Vertretung im nationalen Landtag die wichtigsten Lebensfragen endgültig wird bestätigen können, werden Sie nichts versäumen, was notwendig erscheinen wird, um das Gleichgewicht des Landes zu erhalten, ihm Rechtsformen zu verleihen, solche Staatseinrichtungen zu schaffen, die den eigenen Kräften und den äußeren Bedingungen entsprechen. Sie werden daher neben dem Landtagswahlgesetz und den damit verbundenen grundsätzlichen Vorschriften für den Augenblick der Entstehung des Landtages, die seine Verfassung und seine Tätigkeit bestimmen sollten, den Entwurf eines Militärgesetzes einer Prüfung unterziehen, darauf bedacht, daß es die erste Pflicht eines Volkes ist, welches frei werden will und soll, dem Vaterlande das Recht zu verleihen, die Staatsbürger zu seiner Verteidigung zu berufen.

Eng mit diesen beiden Fragen verbunden und notwendig mit der schon in Angriff genommenen Übernahme der Verwaltung verknüpft ist das Bedürfnis der Feststellung eines Entwurfes für die eigene Verwaltungsverfassung und die eigene Finanzverfassung. Diese beiden Gebiete müssen durch eine Reihe von Gesetzen geregelt werden, die den Wirkungskreis der Selbstverwaltung einerseits und die Befugnisse des Staates andererseits normieren sollen.

Ein weites und dankbares Arbeitsgebiet werden dem Staatsrat diejenigen Entwürfe eröffnen, die sich auf die eiligen wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse beziehen, deren Lösung die seit langer Zeit von der fremden Regierung vernachlässigten und heute durch die Kriegsnot tief untergrabenen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des Landes verlangen. Das polnische Volk auf die Bahn zu leiten, die ihm Wohlstand und Bildung sichern, durch weise Finanzgriffnahme der Agrarreform, durch Wiederaufbau und Vermehrung der Werkstätten der Arbeit, durch Bildung

alter und neu zu schaffender Erwerbsquellen, durch die Zugänglichmachung der allgemeinen und der Fachbildung, durch Vorbeugung von elementaren Verheerungen, durch Schutz vor Krankheit, durch Fürsorge für die Armut, das sind die allgemeinen Postulate, auf die die einzelnen Gesetzesentwürfe gestützt werden müssen, deren Gesamtheit für die Richtlinien der sozialen Reformen entscheidend ist, die für ein geregeltes soziales und nationales Leben unbedingt erforderlich sind.

Diese Aufgaben sind groß und verantwortungsvoll. Man darf sie weder hinauschieben noch daran zweifeln, daß die Kräfte zu ihrer Inangriffnahme und Durchführung unzureichend sind. Mit aller Ruhe und vollem Eifer müssen Sie, meine Herren, sich mit den Aufgaben befassen. Der Regentenschaftsrat und die polnische Regierung hegen die feste Überzeugung, daß das ganze Volk zu Ihnen steht in dem Bestreben nach einem freien und unabhängigen Dasein, daß dieses Bestreben durch die unerschütterliche Logik der Geschichte unterstützt ist, die durch den großen Krieg zur Befreiung der Völker und zur staatlichen Neugestaltung im Osten Europas führt. Wir stützen uns auf den großherzigen Akt der mächtigen Herrscher, die Polens unabhängiges Dasein verbürgen. Diese Bürgschaft ist einerseits die Quelle tiefer Dankbarkeit für die Monarchen, andererseits für uns und unsere Regierung die Grundlage der Überzeugung, daß die Verwirklichung der staatlichen Unabhängigkeit Polens, in ihrem engen Einklang mit den beiden Zentralmächten fortschreitend, in einem festen Bündnis mit diesen zum Ausdruck kommen wird.

Indem wir diesen Weg gehen, wünschen wir, daß Polen seine geschichtliche Sendung im Osten Europas verwirklicht, und wir glauben fest, daß unser Erfolg in hohem Maße davon abhängt, welche kulturelle und politische Reife wir im Innern unseres eigenen Volkes erlangen werden. Und deshalb, meine Herren, legen wir das größte Gewicht auf Ihre Arbeit, auf deren Verlauf und deren Ergebnisse. Tiefgerührt stehen wir Gott um seinen Segen für Sie an, der zugleich auch für Polen ein Segen werden wird.

Die austro-polnische Lösung. Die „Neue Freie Presse“ bringt in dem Morgenblatte

form 18. Juni 1918 eine beachtenswerte Unterredung ihres Mitarbeiters mit dem sogenannten „Minister für Galizien“ von Twardowski.

Eine Lösung der polnischen Frage konnte Graf Burian in der knappen, ihm zur Verfügung stehenden Zeit naturgemäß nicht erzielen. Gelegentlich der Wiener Anwesenheit des Grafen Hertling dürften aber wesentliche Fortschritte zu gewärtigen sein. Man ist der Meinung, sagte Minister Twardowski, daß die polnische Frage noch im Laufe dieses Sommers ihre endgültige Erledigung finden wird.

Und in welcher Form ist diese Lösung geplant?

Nach meiner Meinung wird Graf Burian an der austro-polnischen Lösung festhalten. In welcher Gestalt diese austro-polnische Lösung gedacht wird, steht im einzelnen noch nicht fest. Der Grundgedanke bleibt jedenfalls, daß das ungeteilte Galizien nebst dem ungeteilten Kongreß-Polen im Verlande der Monarchie unter Habsburgischem Joch vereinigt werden soll.

Was würde eintreten, wenn unerwarteterweise die austro-polnische Lösung doch aufgegeben werden würde? Ist in diesem Falle eine andere Lösung in Vorschlag gebracht worden?

Darüber ist mir nichts bekannt; doch eines muß ich betonen, daß, wie immer auch die Lösung der polnischen Frage ausfallen wird, sie auf jeden Fall im wesentlichen von den wirtschaftlichen Abmachungen zwischen den Staaten Mitteleuropas abhängen wird. Der Komplex der zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu treffenden wirtschaftlichen Fragen und die Lösung der polnischen Frage bilden also auch zeitlich eine unlösbar verbundene Gruppe.

Welchen Eindruck haben die Polen bei Ihrem Besuche in Budapest empfunden?

Die historisch bewährten Gefühle der Zusammengehörigkeit haben sich auch diesmal nicht verleugnet. Die Polen haben mit größter Befriedigung gesehen, daß sie auf die Hilfe der ungarischen Nation zur Erreichung ihrer politischen Ziele unbedingt rechnen können, um so mehr, da die polnischen und ungarischen Interessen parallel laufen.

Unser Gespräch wendete sich der Frage der angeblichen bevorstehenden Zweiteilung Galiziens zu. Ich erwähnte, daß man die

Neugestaltung der inneren Struktur Österreichs auch in Ungarn mit größtem Interesse verfolgt. Man sei nämlich dort der Ansicht, daß die Zweiteilung Galiziens, das heißt die Schaffung eines an Ungarn grenzenden ukrainischen Staates und das befürchtete Entstehen einer ruthenisch-irredentistischen Bewegung das ungarische Staatswesen alterieren werde. Das sei ja auch der Grund, weshalb Dr. Bekerle gegen eine solche Neuordnung der staatlichen Verhältnisse Einspruch erhoben hat. Ich fragte Twardowski, ob dies auch bei dem Besuche der Polen in Budapest zur Erörterung kam. Der Minister antwortete bejahend und fügte hinzu, daß auch in der Frage der Zweiteilung Galiziens die polnischen Politiker in Budapest vollste Übereinstimmung mit ihren Ansichten konstatieren konnten.

Zur Dombrowski-Feier. Aus Anlaß der hundertjährigen Wiederkehr des Todestages des polnischen Generals schreibt „Głosina Polska“ (Głos), Nr. 152 vom 6. Juni 1918:

„Trotz seines polnischen Namens und seiner polnischen Abstammung war dieser große polnische Patriot viel mehr ein polonisierter Deutscher als ein Pole. Bis zum Ende seines Lebens hat er nicht richtig polnisch sprechen gelernt, und er hat in deutscher Sprache eine Autobiographie für seine Kinder geschrieben, dieses Gedächtnisbuch einer bedeutenden großpolnischen Bewegung. Ein großer Verehrer der deutschen Poesie, namentlich des edlen und schwungvollen Dichters Schiller, trennte er sich nie von seinen Werken, sogar in den schweren Kampftagen nicht. In der Schlacht bei Robi rettete ihm ein Band Schiller das Leben, da er die Kugel auffing, die die Brust des Generals getroffen hatte. Am 29. August 1755 in Pierzchowice bei Wodnia geboren, stammte Jan Henryk Dombrowski aus einer alten Soldatenfamilie. Sein Großvater kämpfte mit dem König Sobieski bei Wien, sein Vater war sächsischer Offizier. Seine Mutter war eine Tochter des Oberstleutnants von Lettow. Er wurde in Sachsen erzogen und trat in jungem Alter in das sächsische Heer ein, in dem er zweiundzwanzig Jahre diente. Er lebte sich völlig in sein angenommenes Vaterland ein und verheiratete sich mit einer Deutschen, der Tochter des

Oberst Radel. Er dachte nicht daran, nach Polen zurückzukehren, sogar damals nicht, als der vierjährige Reichstag die Aufstellung einer Armee von 100 000 Mann beschloß und die polnischen Offiziere zum Eintreten in dieselbe einlud. Um die Einstellung des Dombrowski bemühte sich der Marschall Malachowski und der Fürst Czartoryski. Nach langem Zaudern entschloß sich Dombrowski hierzu im Jahre 1792, als der Krieg mit Rußland schon entbrannt war.

Zum Wahlsiege Korsantys im Reichstagswahlkreise Gleiwitz-Lublinz schreibt der „Dziennik Rujawski“ Nr. 129 vom 6. Juni 1918: Nicht nur als Symbol des Sieges, sondern auch als Symbol des polnischen Charakters Schlesiens flattert heute lustig die weißrote Fahne im Wahlkreise zur Beschämung der Kleinmütigen und den Gegnern als Zeichen ihrer Niederlage. Es sei nicht zu bezweifeln, daß vom 6. Juni 1918 ab in der nationalen Entwicklung Schlesiens eine neue Etappe beginne, die durch den Glauben an die eigene Kraft des oberschlesischen Volkes veranschaulicht werde.

Der „Dziennik Bydgoski“ (Bromberg, Nr. 128 vom 8. Juni 1918) meint: Mehr noch als der Sieg Korsantys falle der Unterschied zwischen den polnischen und Zentrumsstimmen auf, gegen den die früheren Siege sich geradezu armselig ausnahmen. Das habe neben der beliebten Persönlichkeit des Abgeordneten Korsantys das Eindringen des nationalen Selbstbewußtseins in immer breitere Massen des polnischen Volkes in Oberschlesien bewirkt, und Lügen würden diejenigen gestraft, die den polnischen Geist in Oberschlesien zu unterdrücken trachteten.

„Gazeta Gruzdiadzka“ (Graubenz Nr. 66 vom 8. Juni 1918): Unter Hinweis auf die vom Abgeordneten Korsantys in Gleiwitz für die Deutschen abgehaltene Wählerversammlung empfiehlt die „Gazeta Gruzdiadzka“ den Polen, in Zukunft mehr solcher Versammlungen zu veranstalten, damit die gegen die Polen vorgebrachten Lügen berichtigt werden könnten. Durch eine solche Agitation unter den Deutschen könnte in Zukunft noch mancher Wahlkreis von den Polen errungen werden.

h.

Neue Bücher

In Heft 20 der „Grenzboten“ vom Jahre 1916 hat Alfred Nello über Kriegsliryt deutscher Arbeiter berichtet, die der Verlag von Eugen Diederichs in Jena gesammelt und herausgegeben hat. Derselbe Verlag legt jetzt je einen neuen Band von Heinrich Versch, Max Barthel und Karl Bröger vor. Sie sollten sowohl im künstlerischen, als auch im sozialpsychologischen Interesse gebührende Beachtung finden.

Heinrich Versch, der rheinische Reflesschmied, strömt in seinem Gedichtbuch „Deutschland“ (Preis 3 M.) eine heiße Seele aus. Kraftvoll wie seine Gefühle sind seine Worte. In seinem starken Lebensdrange ergreift ihn Entsetzen über den Krieg, doch verbindet ihn ein unlösbarer Band der Gemeinschaft mit seinen Kameraden. „Kamerad, was du nicht hast — das will auch ich nicht haben!“ und im Bewußtsein der ungeheuerlichen Größe des Blutopfers findet er die stolzen Worte: „Und nun muß Deutschland unser gedenken und für uns stehen, sonst mag und wird Deutschland zugrunde gehen“. Zu seinen schönsten Gedichten zählt „Der eiserne Hauptmann“ — die geradezu plastische Schilderung einer Szene aus der Champagneschlacht, das „Bekenntnis“: „Ich glaub an Deutschland, wie an Gott!“ und „Heimweh“, das in die Worte ausklingt: „nach meiner Arbeit sehnt ich mich und diese sich nach mir.“

Aus den Versen des Arbeiters Max Barthel in dem Bande „Freiheit“ (Preis 2 M.) spricht ein gezügelteres Temperament. Auch in ihm lebt das Leid um den Krieg: „Der Himmel hat mit den Soldaten kein Erbarmen. Wir sind die Armsten von allen Armen“. Aber er findet doch die Kraft zur Überwindung und zum Preise der Tat: „In die Zukunft weist mein Sinn. Massengräber, endlos viele ... Aber auf zu neuem Ziele reißt die Tat, die Siegerin!“ Seine Aufgeschlossenheit für die Schönheit kann ihm auch das furchtbarste Geschehen nicht rauben: Rembrandt, Beethoven sind ihm in der Schlacht nahe.

„Und bist du, Herz, in dieses Loben, in diesen Blutrausch hingestellt:
So glüh' empor, so schlag nach oben ein Flammenzeichen hochgehoben
in Nacht und Qual der Welt!“

Karl Bröger, der einst die schönen Verse schrieb: „Herrlich zeigte es aber deine größte Gefahr, daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war. Denk es, o Deutschland“ hat in dem vorliegenden Bände „Soldaten der Erde“ (Preis 1,80 M.) besonders prächtige Gedichte vereinigt. Gleich das erste „Der Soldat an die Erde“ offenbart uns seine Art, seine tiefe Liebe zur Mutter Erde, die sich in noch mächtigeren Worten in dem wundervollen Gedicht „Erdenfahrt“ kundtut:

Heut ist im Himmel wieder großer Appell.
Fünftausend Tote sind neu zur Stell',
Fünftausend, die an einem Tag
Eisen und Feuer fraß, Minen- und Bombenschlag.
Die Hand
zur Ehrenbezeugung am Mäusenrand,
melbet der Tod, während Erzengel psalmen und beten:
„Fünftausend Mann vollzählig angetreten!“
Durch die gestaffelten Reihen geht ein Ruck,
wagt kein Gesicht mehr einen Wuck,
als die eiskalte Stimme schallt . . .
Nur ein blutjunger Offizier,
vorderster Mann in seinem Glied zu vier,
achtet sie nicht und hebt die Faust geballt.
Wie er die Faust von ihren Fingern entkühlt,
ist sie mit Erde, mit brauner Erde gefüllt.
Gott, Engel und Tod sind zauberisch gebannt,
starren und staunen nur immer auf die erdgefüllte Hand.
„Wann ich in meinem Flugzeug die schwanfende Leiter der Luft erklommen,
immer hab ich mir eine Handvoll von drunten herausgenommen.
Wo nur Äther und Luft verräterisch mich umgaben,
preßt ich die Hand um die Erde, Gefühl des Lebens zu haben,
lentte dann kinderfischer des Flugzeugs rasenden Lauf,
war, als reichte die Erde mir eine Hand herauf . . .
Gestern, bei meinem Sturz in die himmlischen Gassen,
krampft ich die Faust, um nicht meine Erde zu lassen.
Euren herrlichen Himmel, er könnte zehntausendmal herrlicher sein,
tauscht ihr mir nicht um die Handvoll Erde ein.
Hier in hohler Fläche meiner gespreizten Hand
breitet sich endlos unvergeßliches Menschenland.
Rauschende Bäume an einem klaren Strom,
drinnen spiegeln sich Häuser, ein altersgrauer Dom . . .
Alles der Krume entleimt, die meine Hand umschlossen hält . . .
Erde sind meine Gedanken, Erde ist meine Welt . . .“

Hervorzuheben sind auch „Die Glockenkanonen“, deren ungewandelter Glocken-geist sein urewiges Lieb „Friede, Friede“ über der Schlacht klagt und jubelt, und „Das Vermächtnis“, das in den Worten gipfelt „Klagt nicht — — schaff!“

Es ist selbstverständlich, daß nicht alle Schöpfungen dieser Männer künstlerisch auf gleicher Höhe stehen, aber das bedeutet nicht viel um der Tiefe und des Ernstes der Lebensauffassung willen, die überall zutage treten. Angesichts der Schrecken des Todes lebt in ihnen ein männlich starker Wille zum Leben. Mühseligkeit sucht man vergebens. Aus den breiten Massen geboren, erscheinen uns diese blutvollen dichterischen Erzeugnisse kennzeichnend für unser Volk. Die besten sollten daher Gemeingut unseres Volkes werden, auf daß die Volkspoesie wieder aufblühe. Das wäre der schönste Dank für die Kämpfer und Dichter und eine Ehrung, die das Volk sich selbst bereitet.

M. K.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Dichtersfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Dichtersfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bayow 6610.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Defauer Straße 36/37.



Friedensoffensive

Von Georg Kleinow



In den letzten Tagen hatte ich Gelegenheit, in einem guten Buche zu blättern, in den ausgewählten Schriften eines bedeutenden Mannes und in Habsburgs Vanden hochgeachteten Feldherrn, des Erzherzogs Carl von Österreich. Im sechsten Bande des von den Erzherzögen Albrecht und Wilhelm angeregten Werkes findet sich auf Seite 540 folgender Satz: „Um einen ehrenvollen Frieden zu erhalten, biete man ihn dem Feind nach jedem erfochtenen Sieg an.“ Der Satz ist vor etwa hundertfünfundzwanzig Jahren gegen Ende eines erfolgreichen Soldatenlebens aus einer Fülle reicher Lebenserfahrung in Krieg und Frieden geschrieben. Er ist so einfach, daß er wahr sein sollte! Aber in den abgelaufenen fünfviertel Jahrhunderten hat sich das Leben der Völker so kompliziert, und ihre Beziehungen zueinander sind so verwickelt und unübersichtlich geworden, daß es schwer fällt, bis auf den Grund zu gelangen, der unerschüttert geblieben ist und seit Jahrtausenden der einzige sichere Träger der Beziehungen der Menschen zueinander geblieben ist: eben bis zur Wahrheit! Wahrheit ist nicht die subjektive Auffassung der verschiedenen Menschen von den einzelnen Dingen, — Wahrheit ist ein von allen Menschen anerkannter Zustand. Und Krieg ist, weil die Menschen die in den letzten fünfzig Jahren gewordenen Verhältnisse glaubten nicht mehr anerkennen zu können. Das ist die einzige Wahrheit über die Schuld am Kriege; alles andere, was darüber geschrieben und gesprochen worden ist, ist die Wahrheit überwucherndes Beiwerk. Fort damit! Der Krieg würde uns der Wahrheit wieder näher gebracht haben, wenn die Parteien gesonnen wären, die Entwicklung als berechtigt anzuerkennen, die das Völkerleben vor dem Kriege genommen hatte, wenn es möglich wäre, Besprechungen und Verhandlungen da aufzunehmen, wo sie 1912, 1913, 1914 abgebrochen wurden, nur mit dem Unterschied gegen früher, daß auch niemand mehr heimlich den Gedanken hegte, seine Ansprüche unter allen Umständen und sei es durch die Gewalt der Waffen durchzusetzen, wie es Rußland und Frankreich wollten, was wieder dazu führte, daß Deutschland und Österreich-Ungarn sich für den Gegenstoß rüsten mußten.

Ich glaube, die Wiederaufnahme jener alten Verhandlungen wäre gar nicht so schwierig, wenn die Regierenden aller Länder offen zugeben wollten, daß ihre Völker des blutigen Morbens überdrüssig sind und wenn alle Patrioten von rechts ebenso wie die von links den Mut fänden, auch die bei jedem einzelnen von ihnen schlummernde Friedenssehnsucht offen zum Ausdruck zu bringen, statt sich ihrer wahren Gesinnung zu schämen. Die Tirpitz, Westarp, Stresemann haben für das Wohlergehen ihres Volkes mindestens eben solch ein warmes Gefühl und inbrünstiges Wollen, wie Scheidemann und Erzberger es so gern zur Schau tragen. Der ganze Unterschied zwischen den beiden Richtungen besteht darin, daß diese immer noch an die Macht des im berebten Wort geformten Gedankens, während jene ausschließlich an die Macht der Waffen glauben, die Völker wieder zu verbinden, d. h. sie wieder unter die Autorität einer gemeinsamen Wahrheit zu zwingen. Beide Richtungen sind verwirrt durch die Fülle der technischen Hilfsmittel, die ihnen zur Erreichung ihres Zieles zur Verfügung stehen, beide auch unsicher durch die Fülle der Sonderinteressen und Sonderwünsche, von denen sie glauben, daß sie erfüllt werden müssen. Besonders verwirrend hat die Überschätzung der Vielseitigkeit der internationalen Weltorganisationen auf die Freunde des Verständigungsfriedens gewirkt. Man denke an die katholische Kirche und an die Sozialisten aller Länder: im Grunde genommen haben sie sich doch nur als neue Parteien mit durchaus egoistischen Ansprüchen erwiesen und dem Frieden nicht ein Zola genügt. Ebensonenig haben die vielfachen Versuche genügt, von Rednerpult zu Rednerpult eine Annäherung herbeizuführen. Und doch wollen wir alle den Frieden, einen Frieden, der es uns ebenso wie Engländern und Franzosen, Österreichern und Ungarn und Italienern, mit einem Wort allen Völkern und Menschen der Erde ermöglicht, sich frei nach ihren Kräften und ihrem Wert für die Gesamtheit zu betätigen.

Nach allen mehr oder minder offiziellen Versuchen, die hier im Heft 26 im Zusammenhange dargestellt wurden und die allesamt ohne jede Wirkung geblieben sind, sollte man endlich sich des militärischen Grundsatzes erinnern, daß im Kriege nur die einfachsten Maßnahmen Aussicht auf Erfolg haben. Einfach ist jedes Unternehmen, das sich auf der Wahrheit aufbaut, — schwer dabei ist nur die Wahrheit zu finden, und hat man sie gefunden, so fällt es häufig genug schwer, sie anzuerkennen und auszusprechen. Eine jener Wahrheiten, die gegenwärtig so schwer auffindbar erscheinen, liegt in dem Satz des Erzherzogs: „Um einen ehrenvollen Frieden zu erhalten, biete man ihn dem Feinde nach jedem erfolgtenen Siege an“. Der Satz gilt heute genau so wie vor hundertfünfundsanzig Jahren nur muß ihn der anwenden, der die Autorität dazu hat, also nicht die Diplomaten und die Presseleute, Professoren, Abgeordnete, Kleriker oder Sozialisten, sondern einzig der Soldat, der siegreiche Heerführer.

Wenn im geeigneten Zeitpunkt, heute oder morgen, Feldmarschall Hindenburg einen Parlamentär an den Verbandsfeldherrn Foch senden und ihm die Einleitung des Friedenszustandes antragen wollte, so dürfte der Verband nicht ausweichen, wie er es bisher allen unseren Friedensfühlern gegenüber getan hat, und müßte eine Antwort geben, die uns dem Frieden selbst dann näher brächte, wenn sie ablehnend sein sollte. „Verwirft, um mit Erzherzog Carl zu schließen, der Gegner den Vorschlag, so wird man dadurch berechtigt, von der Nation neue Anstren-

gungen zu fordern, welche durch wiederholte Siege doch endlich zu dem erwünschten Zweck führen müssen. Brennus wurde durch Camillus geschlagen, weil er, nicht zufrieden mit dem errungenen Vorteile, sein Schwert in die Wagschale legend, noch größere forderte.“ *)

*) „Ausgewählte Schriften Beiland Seiner Kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Carl von Oesterreich.“ Herausgegeben im Auftrage seiner Söhne, der Herren Erzherzoge Albrecht und Wilhelm. Mit Karten und Plänen. 6. Band, S. 541. Wien und Leipzig, Wilhelm Braumüller, 1894.



Wille

In uns schwingen Atome
Preisend um Samen,
Atome des Leibes,
Des Geistes, der Seele.

Bewegung alles und Fluß,
Zum Ich vereinet
Durch ordnenden Willen.

Wer bist du, Wille?
Geheimnisvoller
Knecht du und Herr,
Zum Bauen befähigt
Wie zum Zerstören,
Bekämpfer der Umwelt,
Streiter gegen dich selbst,
Dich selbst verneinend,
Dich selbst bejahend,
Schöpfer eigener Gesetze
Und doch gebunden,
Bedrückt von allem,
Was Augen sehen,
Ohren hören

Und Nerven fühlen,
Besiegt vom Rauschen
Des Bluts in den Adern,
Begrüßend zwischen
Feindlichen Polen.
Wer bist du, Wille?

Strahlengesandter
Des ruhenden
Mittelpunktes
Der Welten,
Des ordnenden Geistes,
Um den sich alles
In Flammen drehet.

Gesandt, den Atomen
Zwecke zu setzen,
Sich selbst zu proben
In dornigem Werden,
Die Heimkehr zu finden
Aus wirbelndem Tange

So wolle mein Wille!

Otto Goebel



Das Palästina-Problem in seiner Bedeutung für die deutsche Politik

Von Skurat Eberhard



ernächst wird das neugegründete Komitee „Pro Palaestina. Deutsches Komitee zur Förderung der Jüdischen Palästina-Siedlung“ mit seinen ersten Veröffentlichungen an eine breitere Öffentlichkeit treten und Aufschluß geben über die Beweggründe des Zusammenschlusses und die angestrebten Ziele.

„Pro Palaestina“ ist keine zionistische, überhaupt keine jüdische Vereinigung, sondern in ihm haben sich unter dem Vorsitz des Gesandten a. D. Erzellenz Raschdau Vertreter der führenden politischen Parteien Deutschlands von Scheidemann über Gothein bis Graf Westarp, und neben ihnen Männer der Wissenschaft, der Kunst und der Presse wie Professor Meinhoff-Hamburg, Professor Poesch-Berlin, Professor Max Weber-Heidelberg, Georg Kleinow-Berlin, Dr. Grabowsky u. a. zu einem Ausschuß zusammengeschlossen, der der Schaffung eines großzügigen Kolonisationswerkes in Palästina die moralische Unterstützung der öffentlichen Meinung und der deutschen Politik sichern will. Die Gesellschaft geht dabei von der durch die Zeitverhältnisse in den Vordergrund gerückten Überzeugung aus, daß die wirtschaftliche und kulturelle Stärkung der Türkei ein wesentliches und dringendes Interesse der deutschen Auslandspolitik ist und daß sich die seit Jahren mit wachsendem Erfolge gepflegten Bestrebungen der zionistischen Organisation diesem Lebensinteresse besonders wirksam einfügen.

Es handelt sich hier keineswegs um Einflußnahme auf innerjüdische Fragen, sondern um das Gebiet der allgemeinen Politik, für die heute der Zionismus dank den Regierungserklärungen der West- wie der Mittelmächte zur Frage der jüdischen Palästina-Siedlung ein nicht mehr zu übersehender Faktor geworden ist. Dabei erscheint es von symptomatischer Bedeutung, daß in diesem Komitee deutsche Politiker von rechts und links ebenso wie ausgesprochen christliche und freigeistige Anschauungen durch das Verständnis für den allgemein-politischen Wert der zionistischen Pläne zu einer Interessengemeinschaft zusammengeführt worden sind. Diese Gemeinschaft berührt nicht entfernt die besonderen persönlichen Anschauungen der Motive, die die einzelnen Komiteemitglieder mit dem Palästina-Problem verbinden. Da paart sich der Standpunkt reiner Menschlichkeit mit dem biblisch-eschatologischen Hoffnungen; oder neben der Ablehnung der Nationseigenschaft für die westlichen Juden kommt ein warmes Verständnis für das Bedürfnis des jüdischen Nationalismus zum Ausdruck; hier wieder geht es um die rein sachliche Förderung des sozialen Werkes der Siedlung um seiner selbst willen, und dort handelt es sich mehr um die politischen Ausstrahlungen des Problems „der Zionismus im Weltkrieg“ auf die türkische oder die deutsche Reichsregierung. Gemeinsam wirkt in allen nur die Überzeugung, die in den Zielen des Pro Palaestina-Komitees zur Geltung kommt:

„Das im Zionismus verkörperte Streben nach unbehinderter und organischer Entfaltung nationaler jüdischer Kultur und Wirtschaft in der alten Heimat des jüdischen Volkes ist geeignet, aus dem durch Mangel an Bevölkerung und durch wirtschaftliche Vernachlässigung verarmten Palästina ein blühendes Wirtschaftsgebiet zu machen. Das Ausblühen Palästinas dient in gleichem Maße dem Interesse der mit Deutschland verbündeten Türkei wie der Ausbreitung deutscher Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen im vorderen Orient. Es muß daher von Deutschland gefördert werden.“

Um zwei Gedankenreihen handelt es sich also in der Pro Palaestina-Bewegung: 1. Was bedeutet das Streben des Zionismus nach der Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina unter der Landeshoheit für den türkischen Staat? 2. Was bedeutet es für die deutsche Außenpolitik?

1.

Die Zukunft des türkischen Staates hängt von zwei Bedingungen ab: von der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der Zuführung neuer kräftiger Menschenmassen in die dünn besiedelte und noch dünner angebaute Türkei, und von dem Aufbau der Gesellschaft, insbesondere ihrer inneren Erneuerung durch den Willen zur schaffenden Arbeit.

Beiden Bedürfnissen läßt sich durch eine Förderung des jüdischen Einwandererstromes entsprechen. Denn die durch jüdische Siedler in Stadt und Land Palästinas geleistete Arbeit hat bereits, wie jeder des Landes Kundige weiß, Werte geschaffen, die im Verhältnis zu der Schwierigkeit der Aufgabe wohlansprechend genannt zu werden verdienen und einen Maßstab für die Abschätzung der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten an die Hand geben. Die ideale Beziehung des Juden zu dem „Land der Väter“ und der Ewigkeitsgehalt des Wortes „Erez Israel“ (= Land Israel) verbürgt aber auch für alle Zukunft, daß diese zähe und arbeitswillige, strebsame und kulturfördernde, wirtschaftlich und geisteswissenschaftlich anregende jüdische Mitarbeit nicht versagen wird. Besteht doch auch eine wechselseitige Beziehungsgemeinschaft zwischen dem jüdischen Element und der türkischen Staatsregierung, sofern jenes in der Festigung des Reiches die beste Gewähr für seine eigene Sicherheit findet.

Für den türkischen Staatsfödel aber reden die Tabellen über den Steuerzuwachs in den Gegenden, die jüdische Siedlungen aufweisen, und über den dort zu verzeichnenden Wertzuwachs an Grund und Boden eine überzeugend deutliche Sprache, und auch die sinngemäße Übertragung der ertragbringenden Grundstücke europäischer Bewirtschaftung, industrieller Verwertung und handelspolitischer Beziehungen steigert die Erzeugung und erhöht die Aus- und Einfuhrziffern des Landes. Das trägt aber nicht nur zu dem Gedeihen der jüdischen Gründungen, sondern auch zu der wirtschaftlichen Gesundung und der finanziellen Unabhängigmachung der Zentralregierung bei, es schafft ihr neben Menschen und Geld auch moralische Werte, insbesondere die Verwirklichung des Arbeitsgedankens in der Welt des Islams, und es liefert endlich der Hohen Pforte ein schaffensstarkes, der neuen Heimat frohes und staatsgetreues Bevölkerungselement, hinter dem keine fremde europäische Macht mit ihren Einflußbestrebungen steht.

Im Gegenteil, die ottomanische Regierung würde schon aus selbsteigenen jüdischen Interessen an dieser neuen Gruppe von Untertanen ein den Reichsgedanken stärlendes Element gewinnen, und die Naturalisierung der einwandernden Juden, die von der zionistischen Organisation von jeher als eine innere Notwendigkeit betont worden ist, würde nunmehr nach der Aufhebung der Kapitulationen und der Schaffung neuer Rechtsnormen die Regel für die Niederlassung im Lande werden.

Wirtschaftlich nutzbringend, politisch nicht gefährlich, das rückständige arabische Fellachenelement befruchtend, würde der Türkei in den Juden ein Teil der Hilfe — und zwar aus der eigenen Mitte und auf eigener Scholle — erwachsen, ohne die sie nicht bestehen kann, und aus ihrem Eingehen auf die jüdischen Palästina Wünsche würde sachliches und persönliches Glück erblühen: die Zufriedenheit der Palästinajuden und die dankbare Verbundenheit des Judentums in aller Welt, aber auch der vielseitigste Zuwachs an Steuer-, Nähr- und Wehrkraft für eine aufstrebende Türkei fiele ins Gewicht.

2.

Eine solche äußere und innere Erstarkung der Türkei muß aber auch den deutschen Interessen willkommen sein, wenn die wirtschaftliche Entwicklung des östlichen Bundesgenossen um der eigenen und der fremden Belange willen das Ziel der deutschen Orientpolitik ist und bleiben muß. Wenn es einwandfrei feststeht, daß die jüdische Siedlung in Palästina dem Lande, dem Volke und dem Staate nur von Vorteil ist und die Kräfte steigert, dann sollte der Strom der deutschen Politik auch die zionistische Welle entschlossen aufnehmen und nicht zu zaghaft weitertragen.

Gewiß befindet sich Deutschland dem Zionismus gegenüber in einer schwierigeren Lage als England. Wenn Englands amtliche Sprache, wie das in dem berühmten Brief Balfours an Lord Rothchild vom 2. November 1917 geschah, hemmungslos im Sinne der zionistischen Wünsche über das ihm zeitweilig zugefallene Gebiet verfügt, so muß sich Deutschland stets von der Rücksicht auf die politischen Empfindungen, nicht alttürkisch-nationalistische Empfindlichkeiten, des östlichen Bundesgenossen leiten lassen. Aber da nun die Erklärung des Großwesirs Talaat Pascha den jüdischen Bestrebungen zum erstenmal anerkennend, wenn auch noch begrenzt, entgegenkommt, so braucht es für die deutsche Reichsregierung nicht bei platonischen Sympathiefundgebungen zu bleiben, wie sie am 5. Januar d. J. der Staatssekretär des Auswärtigen von dem Russen erließ, zumal da Österreich durch den Mund des Grafen Czernin bereits unabhängig von der türkischen Stellungnahme und vor ihr, fast gleichzeitig mit der die ganze Frage ins Rollen bringenden englischen Erklärung, seine Geneigtheit gegenüber den zionistischen Palästina Wünschen zu erkennen gegeben hatte. Die wohlverstandenen Interessen der deutsch-türkischen Außenpolitik weisen vielmehr auf eine energische Inangriffnahme des zionistischen Problems hin, und an Ansätzen zu solch förderndem Eintreten für die jüdisch-palästiniische Siedlung hat es jetzt auch während des Krieges zufolge der Dankesfundgebung der deutschen Zionisten an die Reichsregierung vom Dezember d. J. nicht gefehlt; die belgischen Zionisten rühmten auf ihrer jüngsten Jahreskonferenz im April d. J. ausdrücklich die Sympathien des Deutschen Kaisers für den Zionismus, dessen Gründer, Theodor Herzl, 1898 als der erste in Jerusalem unter einem hebräisch beschrifteten Triumpfbogen den Kaiser begrüßt hatte.

Gewiß gewinnt der Zionismus durch das Medium der Türkei eine bemerkenswerte politische Bedeutung für Deutschland; aber auch die eigene Zukunftsfstellung in dem vorderen Orient, insbesondere die Ausbreitung deutscher Kultur, die Förderung des deutschen Handels, die Einflußsphäre der deutschen Sprache, überhaupt die deutsche Vormachtstellung im östlichen Mittelmeergebiet müßte ihren wohlverdienten Lohn aus der Anerkennung und der Förderung der jüdisch-palästiniischen Wünsche empfangen. Denn nicht umsonst besteht in der sogenannten Deutschsprachigkeit der für die Einwanderung in Betracht kommenden Juden ein Interessenband, das den Geschäftsverbindungen zwischen Palästina und Deutschland und den Unternehmungen des deutschen Handels und der deutschen Industrie im Orient sehr vorteilhaft werden könnte. Hier ist ein realer Weg für die Verwirklichung unseres Orientprogrammes gegeben, den aber merkwürdigerweise unsere Illusionspolitiker über ihren ausschweifenden Hoffnungen, die so viele Köpfe in der Heimat verwirren, nicht sehen. Auf diese deutsch-jüdische Interessengemeinschaft hat bereits im Jahre 1912 und früher der deutsche Vizekonsul von Jaffa in seinem Handelsbericht empfehlend, der englische Konsul bedauernd hingewiesen; zweifellos liegt es mit an dem jüdischen Einwanderungselement, daß sich der deutsche Handel nach Jaffa in den sechs Jahren von 1903 bis 1909 vervierfacht hat. Der deutsche Konsularbericht glaubt darum diese Interessengemeinschaft noch weiter verfolgen zu sollen, indem er der deutschen Industrie sogar die Verwendung der im Heiligen Lande lebendig gewordenen hebräischen Sprache zu Reklamezwecken empfiehlt.

Mit dem Ausbau dieser Gemeinschaft würde England ein Pfahl in das wuchernde Fleisch getrieben, und mit der Errichtung einer geschlossenen jüdischen Siedlung in Palästina mittels deutscher Fürsprache würde der ganze großangelegte englische Wirtschaftszug im Osten gesprengt werden. Denn Palästina ist der Westpfeiler der Brücke, die der englische Imperialismus von Ägypten über Land nach Indien zu schlagen gedenkt, und auch der hier in Aussicht genommene autonome Judenstaat wird der englischen Politik nur ein Mittel zur Sicherung der Verbindungsbrücke zwischen seinem afrikanischen und asiatischen Kolonialbesitz sein; er wird darum der türkischen Herrschaft in der Hand Englands immer ein bedrohlicher Nachbar sein und eine Gefährdung nicht bloß des deutschen Orienthandels, sondern des ganzen Weltfriedens darstellen. Hier könnte durch eine praktische

Förderung des zionistischen Palästina-Problems die deutsch-türkische Staatskunst dem hochpolitischen Schachzug Englands einen wirksamen Gegenzug entgegenzusetzen und dem Gegner ein Kriegsmittel aus der Hand winden, das nun der eigenen Politik die Freundschaft und Unterstützung des jüdischen Einflusses in der ganzen Welt zuwendet.

Diese Einheitlichkeit des jüdischen Volkswillens haben weite und maßgebende Kreise bei uns, wie es scheint, noch nicht voll begriffen; sie sehen unter Zugrundelegung bloß deutscher Verhältnisse das Jüdische noch zu sehr unter dem althergebrachten Gesichtspunkt des Konfessionellen und der Religionsgemeinschaft. Sie übersehen, daß heute das Gesamtjudentum auch ein Volkstum und damit einen politischen Faktor darstellt, dessen internationale Tragweite die anglo-amerikanische Weltmacht längst erkannt und sich zunutze gemacht hat.

Aber auch ganz anders eingestellte Stimmen haben sich aus rein nationalen deutschen Interessen, nicht aus grundsätzlicher Zustimmung zu den national-jüdischen Wünschen, für eine Förderung der zionistischen Palästina-pläne durch die deutsche Reichsregierung ausgesprochen. Sie weisen darauf hin, daß die Ablenkung des Zuflußstromes an jüdischen Wanderern aus den besetzten Gebieten des Ostens, namentlich Polen und Litauen, nach Palästina die Gefahr einer ostjüdischen Einwanderung über die Westgrenze nach Deutschland abwenden würde.

So sind es mancherlei Gründe, welche die deutsche Realpolitik veranlassen könnten, zu prüfen, welche Bedeutung dem zionistischen Problem in der Gegenwart zukommt und welchen Rang es unter den mancherlei Interessenreihen der deutschen Außenpolitik einzunehmen hätte. Denn übersehen oder übergehen läßt sich heute die weltpolitische Bedeutung des Zionismus nicht mehr; die jüngste Wendung im Weltkriege, die Jerusalem in den Brennpunkt des östlichen Interesses rückte, und die diplomatische Stellungnahme aller Weltmächte zu der Frage der jüdischen Palästinasiedlung hat das Gewicht des Zionismus auch dem Uneinsichtigen klar gemacht*). Und die Förderung, die diese Bewegung in den letzten Monaten erfahren hat, wird sich vermutlich nach Wiederherstellung des Friedens sehr bald in mehr oder weniger weitgreifende praktische Erfolge umsetzen. Durch diese Sachlage ist das Recht der Begründung von „Pro Palaestina“ aus rein deutschen, vaterländischen Interessen heraus erwiesen; es gilt nun die Aufklärung der öffentlichen Meinung in Deutschland über die Bedeutung des Palästina-Problems für die Weltmächte.



Ideale und Irrtümer der lothringischen Frage

Von Dr. Paul Wenzke

3. Bismarck und die Begründung des Reichslandes.



ft genug sind die wenigen Zeugnisse zusammengestellt worden, die wir aus der Zeit seines politischen Werdens und Wachstums für Bismarcks Stellung zur elsass-lothringischen Frage besitzen. Deutsche und preußische Gedanken, militärische Abneigung gegen den Erbfeind und nationale Sehnsucht einen sich im pommerischen Landebelmann, der sich beim Blick auf die Landkarte über den französischen Besitz von Straßburg ärgert und durch den Besuch von Heidelberg, Speyer und der Pfalz rachsüchtig und kriegerisch gestimmt wird. Bestimmte

*) Dabon wird des weiteren geredet in meiner demnächst bei Reimer Hobbing in Berlin erscheinenden Schrift „Der Zionismus auf dem Wege“.

politische Gesichtspunkte fügte König Wilhelm von Württemberg hinzu, als er im Krimkrieg den heranreisenden Diplomaten mahnte: „Geben Sie uns Straßburg, und wir werden einig sein für alle Eventualitäten. Solange Straßburg aber ein Ausfallstor ist für eine stets bewaffnete Macht, muß ich befürchten, daß mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor mir der deutsche Bund zu Hilfe kommen kann. Der Knotenpunkt liegt in Straßburg; denn solange das nicht deutsch ist, wird es immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich der deutschen Einheit, einer nationalen deutschen Politik, ohne Rückhalt hinzugeben.“ Mit realpolitischer Schärfe beleuchtet dies Wort den tiefen Zusammenhang zwischen der deutschen Einheit im Innern und ihrer notwendigen Sicherung gegen den westlichen Nachbarn. Nachdrücklich hat es der Kanzler daher in seiner Reichstagsrede vom Mai 1871 wiederholt: „Der Keil, den die Erde bei Weißenburg in Deutschland hineinschneidet, trennte Süddeutschland wirksamer als die politische Mainlinie vom Norden.“ — Nichts kennzeichnet besser die wechselseitige Bedingtheit innerer und äußerer Politik, die vor allem im allseitig umdrohten Kernlande Mitteleuropas inhaltsschwere Wahrheit ist!

Nur von innen heraus jedoch ließ Bismarck die ganze Fülle der nationalen Sehnsucht wirken, die im Grunde auch diese Erwägungen durchfluten. Mit Meisterhand wußte der Kanzler, der schon 1858 Kammern und Presse das mächtigste Hilfsmittel der auswärtigen Politik Preußens genannt hatte, auch jetzt gerade dies Instrument zu spielen. Nach außen aber schob er durchweg lediglich militärisch-politische Gründe in den Vordergrund, als er im Hochsommer 1870, unmittelbar nach Weißenburg und Wörth, in den diplomatischen Kampf um das Grenzland eintrat. Denn das eine war klar: die elsass-lothringische Frage aufzuwerfen, hieß zugleich das europäische Gleichgewicht bedrohen, daß der Wiener Kongreß so überkünstlich gestützt und das die Großmächte bisher zum wenigsten in Mitteleuropa ängstlich zu wahren gewußt hatten. Jede Territorialverschiebung am Rhein mußte Deutschland oder Frankreich das Übergewicht im europäischen Areopag verschaffen. Gerade in dieser Beziehung aber hatte es Bismarck aus trefflichsten Verstanden, den Weg für eine allein deutsche Politik im Kreise der eifersüchtigen Nachbarn frei zu machen. Vier Jahre zuvor noch hatte er den Niddoltsburger Frieden nur in umsichtiger Schonung aller der Eigenwünsche, die Frankreich, Rußland und England vorbrachten, schließen können: im Spätsommer 1870 dagegen sah er sich einer überaus günstigen internationalen Konstellation gegenüber. Wohl wartete in Österreich Graf Beust sehnlichst auf eine Gelegenheit, die Scharte von Königgrätz auszuweichen, in Italien machte König Viktor Emanuel kein Geheimnis aus seiner werktätigen Sympathie für das bedrohte Frankreich. Aber hier wie dort lehnte die öffentliche Meinung tatkräftig jede Feindseligkeit gegen Deutschland ab, das jetzt um die Vollendung seiner Einheit rang. Am russischen Kaiserhofe glaubte man von der Niederlage Frankreichs die Öffnung des Schwarzen Meeres erhoffen zu dürfen, das die Westmächte nach dem Krimkriege für die russische Flotte geschlossen hatten. Während die Petersburger und Moskauer Presse bereits leidenschaftlich für die in Frankreich bedrohte „Sache der Zivilisation“ Partei ergriff, hielt sich die Regierung Alexanders des Zweiten vorsichtig zurück. Und auch England vor allem sah nicht ungern den Stern des dritten Napoleon sinken. Bismarcks Enthüllungen über die luxemburgische und belgische Frage hatten dem Inselreich zu deutlich bewiesen, daß der Kaiser der Franzosen die Hand sogar nach der flandrischen Küste auszustrecken wagte. In glänzender Isolierung glaubte der britische Löwe dem Kampf auf dem Kontinent zusehen zu können, solange die „Kleindeutschen“ Ansprüche seine Seeherrschaft nicht berührten. Angesichts dieser weltpolitischen Lage ließ Bismarck von vornherein den Ansprüchen der deutschen Presse freien Lauf. Zeitweise sah er auch überspannte Wünsche nicht ungern, um diesen spontanen Äußerungen des Volkswillens gegenüber die eigene Mäßigung im diplomatischen Spiel voll zur Geltung zu bringen: „damit man wenigstens was Ordentliches bekommt, wenn auch nicht alles, was man fordert.“ Er selbst hielt als verantwortlicher Staatsmann von Anfang an fest und bestimmt an der

ersten Friedensbedingung fest, die das deutsche Selbstbewußtsein klar und deutlich seit Jahrzehnten geprägt hatte: Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen mit Metz. Nur dies Kriegsziel konnte und durfte eine Erörterung im Auslande finden, weil nur hier eine internationale Frage vorlag. Aber bezeichnend für die Wichtigkeit, die gerade Bismarck dem Verhältnis zu den übrigen Großmächten beilegte, ist doch die Tatsache, daß seine ersten Andeutungen über die Möglichkeit einer deutschen Gebietserweiterung in diplomatischen Noten und Entwürfen erscheinen, die für das Ausland, nach Rußland und England, bestimmt waren.

Am 11. August schon, fast unmittelbar also nach den ersten Siegen im Elsaß, diktierte der Bundeskanzler eine Depesche nach Petersburg, „man werde sich mit dem etwaigen Sturze Napoleons nicht begnügen können.“ Vier Tage später folgte ein neues Telegramm, in welchem es offen hieß, „daß wir, wenn es Gottes Wille, das Elsaß behalten würden“. Gleichzeitig begann ein vortrefflich geleiteter Feldzug in der ausländischen, vor allem in der englischen Presse. Zunächst nur in ganz allgemeinen Umrissen, dann sehr bald in festumrissener Forderung. Nachdrücklich wiesen alle diese Artikel darauf hin, daß der Besitz von Elsaß und Deutsch-Lothringen die wichtigste Bürgschaft nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas gegen Frankreichs dauernde Friedensstörungen sei. „Daily News“, das einflußreiche Organ der englischen Liberalen, betonte bereits am 20. August, daß die Bevölkerung des Elsaß nach Abstammung, Sprache und Lebensweise durch und durch deutsch sei. Die übrigen Zeitungen, deren Korrespondenten damals mehrfach von Bismarck selbst empfangen wurden, folgten eifrig ihrem Beispiel. Am 7. September verkündete sogar das Orakel der öffentlichen Meinung Europas, die allmächtige „Times“, daß die Abtretung von Deutsch-Lothringen mit Metz und des Elsaß zwischen Posen und Rhein „die geringsten und bescheidensten Bedingungen seien, welche die friedfertigen Deutschen als Grundlage zu Friedensverhandlungen gelten lassen können.“ Ähnlich klingt in denselben Tagen der Widerhall, den Bismarcks Andeutungen in den führenden Zeitungen von Petersburg und Washington, von Rom und Wien fanden.

Zweifelsohne bedeutete diese Zustimmung der ausländischen Presse zu den deutschen Wünschen und Forderungen zugleich, daß auch die Mächte selbst der weiteren Entwicklung der Gebietsfrage wohlwollend zusehen wollten. Erst als der leitende Staatsmann des Norddeutschen Bundes darüber beruhigt sein konnte, trat sein Sprachrohr, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, am 31. August offen auf den Plan. In einem Aufsatz, den Bismarck selbst drei Tage zuvor durchgesehen und gebilligt hatte, führte Moritz Busch aus, daß die ungeheuren Opfer an Geld und Blut, die das deutsche Volk in diesem Kriege gebracht, vergeblich gewesen wären, wenn Frankreichs Angriffskraft nicht geschwächt, Deutschlands Verteidigungskraft nicht gestärkt würde: „Das Mindeste also, was wir fordern müssen, das Mindeste, womit die deutsche Nation in allen ihren Teilen, vorzüglich aber unsere Stamm- und Kampfgenossen jenseits des Rheins sich befriedigt erklären können, ist die Abtretung der Ausfallspforten Frankreichs nach der deutschen Seite hin, die Eroberung von Straßburg und Metz für Deutschland.“ Wenige Tage darauf begannen die Vorbesprechungen, diese Forderungen auch diplomatisch zur Geltung zu bringen. Der militärische Besitz von Straßburg und Metz galt auch hier als wichtigstes Ziel: „Nicht um Elsaß und Lothringen wieder an Deutschland zu bringen, sondern nur um den Franzosen einen neuen Angriffskrieg zu erschweren, müssen wir die beiden Festungen besitzen.“ Am 13. und 16. September ergingen an die auswärtigen Vertreter des Norddeutschen Bundes amtliche Mitteilungen über die deutschen Bedingungen, die im wesentlichen dieselben Motive hervorheben, die in der neutralen und in der deutschen Presse bereits ausgiebig erörtert worden waren. Deutschland muß, so war ihr Sinn, in erster Reihe materielle Bürgschaften für seine Sicherheit gegen Frankreichs künftige Angriffe erstreben, Bürgschaften zugleich für den europäischen Frieden, der von Deutschland keine Störung zu befürchten hat. „Wir müssen daher Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche und namentlich auf die bisher ganz schutzlose süddeutsche

Grenze dadurch erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurücklegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen. Solange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive stärker als unsere Defensive bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist im Besitz Frankreichs eine stets offene Einfallspforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitz gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter."

Geschicht entwand Bismarck dem Auslande mit diesen kurzen, bestimmten Sätzen jede Handhabe, über die staatsrechtliche Zukunft der eroberten Länder mitzusprechen. Indem er das linksrheinische Vorland lediglich als das Glacis der deutschen Festung in Anspruch nahm, vermied er sorgfältig jeden Hinweis auf die nationale Not des deutschen Volkes. Wohl fehlte es auch in den nächsten Monaten, wie wir bereits wissen, nicht an diplomatischen Anregungen, die neu-erwonnenen Länder zu neutralisieren. Doch in strenger Folgerichtigkeit ließ sich der Kanzler nie und nirgends auch nur auf die geringste Erörterung ein, die zu leicht eine innere Verfassungsfrage des deutschen Volkes zum Spielball internationaler Begehrlichkeiten und Zufälligkeiten gemacht hätte. Als im Februar 1871 im englischen Unterhause nochmals eine Einmischung der Neutralen zugunsten Frankreichs verlangt wurde, hatte Bismarck bereits die endgültigen Verhandlungen mit Thiers und Favre begonnen, die von vornherein die vorbehaltlose Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen mit Metz zum Ziele hatten: nicht als Gebiets-erweiterung, wie Bismarck in diesen Besprechungen offen betonte, die dem neuen Besitzer eitel Gewinn und Vorteil bringe, sondern als eine unerfreuliche Fron mit der er das neue Haus der deutschen Nation von vornherein belasten müsse. Unbeirrt von den ihn umwallenden Gegensätzen hatte der Gründer und leitende Staatsmann des Norddeutschen Bundes inzwischen das Deutsche Reich zusammen-ge schmiegt. Und zugleich war damals schon das staatsrechtliche Schicksal der von Frankreich zu erwerbenden Gebiete so entschieden, wie es dem Kanzler seit langem vorschwebte.

Auch die Besprechungen zwischen den deutschen Regierungen selbst, die in gerader Linie der Bearbeitung des Auslandes parallel laufen, waren ja — das wird häufig vergessen — zunächst ebenfalls internationaler Natur. Bei den Fürsten und Dynastien, nicht bei der Publizistik in Parlament und Presse lag der Schlüssel zur gesamtdeutschen Politik, solange Norddeutscher Bund und Südstaaten selbständige völkerrechtliche Einheiten blieben. Aber geschickt ließ Bismarck auch in diese diplomatischen Kämpfe die Unterströmung nationaler Begeisterung ein, die das Schicksal Elsaß und Lothringens seit 1815 mit der staatsrechtlichen Gestaltung des neuen Deutschland selbst verflochten hatte.

Wie Gneisenau und seine Freunde stellte auch der eiserne Kanzler bei der Befürwortung der Angliederung beider Länder die Glacis-theorie in erste Reihe. Und ähnlich fügt sich die Anschauung vom künftigen „Reichsland“, die Bismarck von vornherein festhielt, ganz zwanglos in die Gedankenreihen ein, die von Belle-Alliance über die Paulskirche weg in die Zeit der Reichsgründung hineinführen. „Für Deutschland“ schlechthin, so hatte der alte Vorkämpfer von Kaiser und Reich, der Reichsfreiherr vom Stein, das Geschick der linksrheinischen Lande entscheiden wollen. Und Görres, der von einer Teilung der Herrschaft im großen Deutschland zwischen Habsburg und Hohenzollern träumte, wollte Österreich und Preußen zu Wächtern des Oberrheins setzen. „Die Festigkeit und Sicherheit Deutschlands“, so schrieb er in der uns schon bekannten Begründung, „wird sich dadurch vermehren und die innere Lebenskraft unseres Vaterlandes dadurch einen Zuwachs und einen erhöhten Schwung ihrer Tätigkeit gewinnen.“ Lückenlos fast fügt sich dieser Auffassung des großen Publizisten ideengeschichtlich die erste Äußerung an, die wir von Bismarck über die staatsrechtliche Bestimmung einzelner Teile des Elsaß besitzen. Eine kurze Notiz nur, die jedoch blitzartig den steinigten Pfad be-

leuchtet, den auch der preußische Staatsmann vom Ideal des preußisch-österreichischen Dualismus im großdeutschen Mitteleuropa zum notwendigen Übel einer kleindeutschen Einigung überwinden mußte. Schon im August 1864 hatte Bismarck gelegentlich mit dem Vertreter Österreichs über einen deutschen Feldzug gegen Frankreich gesprochen. Als er zwei Jahre später nochmals eine Teilung der Herrschaft zwischen Habsburg und Hohenzollern vorschlug, verband er damit aufs neue die Aufforderung zu einem Angriffskrieg gegen Napoleon, um die Herausgabe des Elsaß zu erzwingen. Österreich sollte dann Straßburg als Bundesfestung erhalten, Preußen Mainz. Wie Görres und Ernst Moritz Arndt wollte auch Bismarck die beiden führenden Mächte Deutschlands zu Wächtern der bedungslosen Grenze am Mittel- und Oberrhein bestellen. Wohl schloß dann der Kampf um die Vorherrschaft Österreich aus dem neuen Deutschland aus. Aber wir wissen, wie der eiserne Kanzler damals zunächst Bayern die lösende Aufgabe stellte, der süddeutsche Führerstaat zu werden. Auch im Sommer 1870, noch in den ersten Wochen des neuentbrannten Krieges, blieb dieser Gedanke zunächst lebendig. In solchem Zusammenhang erst kommt die bereits erwähnte Tatsache recht zur Geltung, daß Preußen selbst damals Bayern Gebietserwerbungen am Oberrhein anbot. Staatssekretär Thile wünsche, schrieb Ende Juli 1870 der bayerische Gesandte in Berlin, „daß die deutschen Waffen das Elsaß zurückerobern, daß dieses Land mit der Pfalz vereinigt werde und Bayern dort künftig die Vormacht Deutschlands bilde“. Wie die Präsidialmacht des Norddeutschen Bundes am Nieder- und Mittelrhein, so sollte der Führerstaat des Südens die Grenzwehr am Oberrhein übernehmen!

Nicht Landgewinn schlechthin jedoch bedeutet dieser Vorschlag: es ist der Gedanke des Reichslandes, der diese Entwicklungsreihe des Dualismus Österreich—Preußen zum Dualismus Bayern—Preußen überwölbt. Und von selbst treibt ihn das eigene Schwergewicht zur Anschauung vom Gesamtbefiz der verbündeten Fürsten und Städte, sobald der Dualismus verschwindet, der unitarische Bundesstaat, Kaiser und Reich an seine Stelle treten. Als Weißenburg, Wörth und Spichern dank der Tapferkeit der Truppen aller deutschen Stämme Süddeutschland von französischem Drucke befreit hatten, und das Ausfalltor Straßburg mit eherner Mauer geschlossen war, konnte Bismarck als Vollstrecker der deutschen Einheitswünsche endlich auch diese letzte Schranke niederlegen. Wohl wirkten die Vordringen vom Südbund und von Abtretung des Elsaß, die Bismarck selbst anfangs gebilligt hatte, zunächst stark nach. Geschickt wußte der Kanzler noch monatelang die widerstrebenden Bayern immer aufs neue durch das Angebot von Entschädigungen im Elsaß auf seinem Wege zur Einheit festzuhalten. Noch kurz vor dem Abschluß des Präliminarfriedens hat Bismarck persönlich in Gegenwart der Vertreter anderer süddeutscher Staaten die Notwendigkeit betont, wenigstens Weißenburg den Bayern zu überlassen, trotzdem innerlich, wie gesagt, diese ganze Frage damals bereits überwunden war. An Stelle der beiden nebeneinander stehenden Mächte, Preußen und Bayern, übernahm das neue Reich alle Rechte und Pflichten, die der Befiz der neu erworbenen Länder mit sich brachte.

Am 13. August 1870 hatte der Bundeskanzler es zum ersten Male offen und rückhaltlos ausgesprochen: „Elsaß und Lothringen nie wieder herauszugeben“. Wenige Tage darauf bezeichnete er in Pont-à-Mousson dem Kronprinzen Albert von Sachsen gegenüber die Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen als wichtigste Friedensbedingung. „Die abgetretenen Länder“, berichtet der Kronprinz an seinen Vater über die Unterredung, „sollen im Befiz von Gesamtdeutschland bleiben; dadurch werde sich ein näheres Verhältnis von Nord und Süd am natürlichsten herstellen lassen.“ Offensichtlich waren diese Bemerkungen zur Übermittlung an die sächsische Regierung bestimmt, der Bismarck damit die Initiative zu den nun beginnenden Verhandlungen zuschieben wollte. Wie schon seit 1866 im Rahmen des Norddeutschen Bundes erhielt das Königreich der jüngeren Wettiner die doppelte Aufgabe, als Wellenbrecher gegen die heranrauschende Flut der unitarischen Strömung und als Lockmittel für die süddeutschen Staaten zu

wirken. Und Schlag auf Schlag fast folgte dieser ersten diplomatischen Ankündigung in der Tat die amtliche Feststellung der Friedensbedingungen, die der bereits erwähnte Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen“ aller Welt kundtat. Gleichzeitig wurde Rudolf von Delbrück beauftragt, in Dresden „die Zukunft der von uns eroberten und in dem künftigen Frieden festzuhaltenden französischen Landesteile zu besprechen“. Daß Preußen sie nicht für sich begehre, durfte Delbrück dabei ausdrücklich erklären und hervorheben. Es ist einer der feinsten Züge der Bismarckschen Diplomatie, wie der Kanzler hier von der rein materiellen Frage der Nutznießung des Siegespreises aus die überragende Verhandlung über die Reichsverfassung selbst aufrollte und damit den Übergang von internationalen Abmachungen zwischen selbständigen verbündeten Mächten zur Besprechung rein nationaler Schicksalsfragen fand. „Wenn wir Elsaß und Lothringen nicht nehmen wollen“, warf Graf Friß Eulenburg ein, als ihm Delbrück den Inhalt seines Auftrages mitteilte, „und da Baden sie nicht nehmen kann, was sollen sie dann werden?“ — „Reichsland“, erwiderte Delbrück. — „Ein Reichsland ohne Reich?“ war die Gegenfrage. — „Vielleicht“, meinte Delbrück, „erwächst aus dem Reichsland das Reich“.

Ganz den Anweisungen des Meisters folgend, führte in der Tat Delbrück die Sachsen in Dresden von der Erörterung des Anschlusses der süddeutschen Staaten auf die zunächst wichtigste Frage, „was mit Elsaß und Lothringen werden solle“. Er wiederholte: „Preußen wolle unter keinen Umständen neue Erwerbungen machen, eine Annexion der abzutretenden Länder von Baden oder Bayern werde von beiden (!) Staaten voraussichtlich abgelehnt werden, die Bildung eines besonderen Staates aus denselben werde aber auch große Schwierigkeiten darbieten usw.“ Der sächsische Minister führte darauf den angeschlagenen Gedankengang fort: „Wenn der König von Preußen jetzt erkläre, er wolle neue Erwerbungen nicht für Preußen machen, sondern für Deutschland, so sei das gewiß sehr edel und hoher Anerkennung wert, erhalte aber eine praktische Bedeutung doch erst dann, wenn festgestellt sei, in welchem Umfange und in welcher Verfassung Deutschland künftig bestehen werde.“ Was der Bundeskanzler beabsichtigte, war mit dieser theoretischen Fragestellung schon halb erreicht. Mit Genugtuung konnte Delbrück als die Meinung der sächsischen Regierung berichten, „daß die eroberten Landesteile nicht mit einem einzelnen deutschen Staate, sondern mit der Gesamtheit der deutschen Staaten zu vereinigen sein würden, als ein eigenes, in Gesetzgebung und Verwaltung von dieser Gesamtheit abhängiges Staatswesen. Die Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auf die süddeutschen Staaten erschien als die notwendige Voraussetzung für die Regelung des Verhältnisses der eroberten Gebiete.“ Mit schnellen, geschickten Griffen hatte damit Bismarck das Schicksal von Elsaß und Lothringen mit dem Schicksal der Reichsverfassung überhaupt verknüpft. Den allgemeinen Verhandlungen, die jetzt ernsthaft begannen, hatte er gleichzeitig einen festen Weg gewiesen, von dem sie im wesentlichen nicht abweichen konnten. Das „Reichsland“ aber, wie es Bismarck so von vornherein als politische Notwendigkeit hinstellte, bildete nicht nur den Anknüpfungspunkt der Verhandlungen. Vor allem den bayerischen Bevollmächtigten und ihrem Könige half schon der Kaisertitel über so manche Beklemmungen hinweg. Ähnlich mag doch auch der Anteil am Gesamtgebiet, als der Gedanke des Ländertausches aufgegeben werden mußte, als Vordrittel zum Eintritt in die Inhabergemeinschaft gebient haben. Auf der anderen Seite war den Staatsmännern, die von der streng festgehaltenen Einheitsidee herkamen, der Gedanke eines „Reichslandes“ von vornherein verheißungsvoll für die Weiterentwicklung der Reichsverfassung selbst. Was ein Münchener Brief des „Schwäbischen Merkur“ schon am 10. August 1870 in nationaler Sehnsucht verkündet hatte, wurde in der Tat zum Angelpunkt auch der nükhternen Verhandlungen der Diplomaten: „Der, welcher diesen Krieg siegreich zu Ende führt und Elsaß-Lothringen wieder zu Deutschland bringt, soll deutscher Kaiser sein.“

Am 3. September 1870 schreibt Kronprinz Friedrich Wilhelm in sein Tagebuch: „Bismarck besucht mich, wir behalten Elsaß in deutscher Verwaltung für Bund oder Reich“. Zum 12./14. September folgt die Notiz: „Elsaß-Lothringen: Reichslande ohne Dynastie, Verwaltungsrat aus Eingeborenen, es kommt darauf an, sie vom französischen Staatskörper loszulösen, sie aber fühlen zu lassen, daß sie Mitglieder eines großen Staates und nicht verurteilt sind, die Kleinstaaterei mitzumachen“. — Es ist die liberale und unitarische Wertung des Begriffs des „Reichslandes“, die hinter diesen trockenen Aufzeichnungen steht. Schärfer noch bewegt sich in diesem Gedankentriebe der Großherzog von Baden. Offen bemerkt er: „Sei es aus Gründen der europäischen Politik untunlich oder nicht ratsam, die volle Vereinigung dieser Provinzen mit der preussischen Monarchie in Aussicht zu nehmen, so möge man sie als reichsunmittelbaren Erwerb behandeln und mit einer Statthalterschaft unter Kaiser und Reich stellen; dafür gebe es, wenn man an Traditionelles anknüpfen wolle, in der deutschen Reichsgeschichte Analogien genug“. Dieser Auffassung kam Bismarck scheinbar entgegen, als er die große badische Denkschrift beantwortete: „Die definitive Bestimmung über das für Deutschlands bessere Verteidigung gegen den nächsten Angriff der Franzosen erstrebte Vorland wird der gemeinsamen Verständigung der deutschen Fürsten vorbehalten bleiben können. Einstweilen wird dasselbe als gemeinsames unmittelbares Reichsland im Namen und zum Vorteil der Gesamtheit der deutschen Verbündeten zu verwalten sein.“ Auf's neue tritt hier wie im ganzen Verlauf der amtlichen Verhandlungen das militärische Interesse ausschlaggebend in den Vordergrund. Nicht mit Unrecht hat man daher wohl sagen können, daß die Erwerbung von Elsaß und Lothringen für Bismarck zunächst nur eine Fortsetzung des Krieges mit den Mitteln der Politik bedeutete. Sicherlich ist gerade diese Erwägung in der Tat auch für die staatsrechtliche Form der Einverleibung mitbestimmend gewesen. Der neue Gesamtbefiz des deutschen Volkes sollte nicht nur vom preussischen Heere gehalten werden. In dem nächsten deutsch-französischen Kriege sollten an der Verteidigung der wiedererrungenen Lande möglichst alle deutschen Kontingente unmittelbares Interesse haben. Wie all diese Verhandlungen aber mit den deutschen Regierungen im einzelnen verliefen, darüber wissen wir nur wenig. Allzuviel Widerstand wird Bismarck weder im Norddeutschen Bund noch bei den Südstaaten gefunden haben, als er Anfang September in Reims, der alten Kronungsstadt der französischen Könige, die aufgehäuften diplomatischen Korrespondenzen erledigte. In den Kämpfen um die Reichsgründung war damals der neue Begriff des „Reichslandes“, obwohl in sich selbst noch unsicher und ungefestigt, doch bereits ein Werkzeug der diplomatischen Kunst des Kanzlers geworden. Der Abschluß der Bündnisverträge mit Baden und Hessen am 15. November 1870 besiegelte auch das staatsrechtliche Schicksal der von Frankreich abzutretenden Gebiete im neuen Reich. Das entscheidende Wort sprachen hier wie dort die Dynastien.

Wichtiger für die Zukunft Elsaß-Lothringens nicht nur, sondern des Reiches insgesamt jedoch war es, in welchem Sinne der Schöpfer der Reichsverfassung selbst damals den Begriff des „Reichslandes“ auffaßte. Ich erinnere vor allem daran, wie die unitarischen Parteien in dem Worte weit mehr als eine hohle Form sahen, wie sie die Hoffnung aussprachen, daß aus dem „Reichslande“ ein unitarischer Zug ins „Reich“ hinübergehen werde. Und es erhebt sich hier von selbst die Frage, wie sich der Kanzler persönlich zu diesen Erwägungen stellte. Sicher scheint doch, daß in Bismarck auch 1870 noch die Eindrücke leise nachwirkten, die die Pläne der Erbkaiserlichen, der Männer um Gagern, in dem „tätigen und intelligenten Adjutanten“ der konservativen Kamarilla von 1848 geweckt hatten. Schon was die unitarischen Großherzöge von dem Kaisertitel erwarteten, daß er „den ärgsten aller Partikularismen, den preussischen“, töten werde, hätte den Minister Wilhelms des Ersten von vornherein warnen müssen. Aber er hatte in diesem Falle bereits dafür gesorgt, daß in alter Größe hinter dem „Kaiser“ der „König von Preußen“ stehen blieb. Ohne Gefahr für die

inneren, staatsbildenden Kräfte des Preußentums konnte er Begriff und Wesen des neuen deutschen „Reiches“ zur Vollenkung seiner Politik benutzen. Und ähnlich stand es doch auch mit der Frage der Einverleibung von Elsaß und Lothringen. Wenn Bismarck die Forderung ablehnte, die wiedereroberten Lande Preußen anzugliedern, so kam er mit dieser scheinbaren Uneigennützigkeit nicht nur den süddeutschen Regierungen und den Neutralen entgegen. Für Preußen, dem bereits durch die Annexionen von 1866, durch Welfen und Kurhessen, eine starke innere Opposition erwachsen war, errang er gleichzeitig den Vorteil, daß die deutschfeindlichen Elemente der neuen Provinzen nicht allzu tief auf den alten Geist des Hohenzollernschen Staates einwirkten. Durch Fernhalten der Elsässer und Lothringer vom preußischen Landtag entzog er diesem eine ganze Reihe fremder, demokratischer und klerikaler Kräfte, die in Zukunft etwa seine Kreise stören konnten. Bismarck und Treitschke, der Realpolitiker und der Historiker, haben sich damals vielleicht am stärksten von all der Überschwenglichkeit und dem Idealismus freigehalten, mit dem man 1870 wie 1815 die „wiedergewonnenen deutschen Brüder“ begrüßte. Auf der anderen Seite aber fesselte der Kanzler auch die Unitarier durch ein greifbares Eingehen auf ihren Gedankengang an seine Pläne. Der Besitz der neuen Provinzen, so hatte die „Spenerische Zeitung“ am 27. September geschrieben, soll ein neues Band der Einheit werden, „die gemeinsame Bürgerschaft des ewigen Bundes zwischen dem Norden und Süden“. Und ähnlich pries doch der größte Teil der liberalen Presse den Gedanken des „Reichslandes“. Hinter dem Schutzschild der Glacétheorie knüpfte Bismarck vorausschauend die Fäden, die Elsaß und Lothringen mit seiner preußischen und mit seiner deutschen Politik in der Zukunft verbinden sollten. In schroffem Gegensatz zur unitarischen, reichsterroristischen Bewegung von 1848 hat Bismarck durch die ureigene Kraft des preußischen Staates die deutsche Frage gelöst. Bewußt stützt sich seine Reichsgründung auf die moralischen Eroberungen, die der Staatsmann der Hohenzollern bei den Dynastien machte. Als starke Unterströmung aber benutzte auch er die gewaltige Flut, die seit den Tagen der nationalen Romantik und seit dem großen Erlebnis auf dem Schlachtfeld von Leipzig in immer wechselndem Wellenschlage die starren Felsen des deutschen Territorialstaates umbrandete. Die mühsam erungene Einheit festzuhalten und zu kräftigen, bedurfte auch Bismarck der Formeln, die eine jahrhundertelange Sehnsucht tief in Herz und Geist des deutschen Volkes gesenkt hatte. Mit den drei Worten „Reich, Kaiser und Reichsland“ fesselte er dauernd die unitarischen Gedanken an sein Werk. In uralter, nie vergessener Überlieferung umschloß das Reich alle deutschen Stämme und Parteien; hoch über den Dynastien schwebte die Kaiserkrone. Eckstein und Symbol der endlich erungenen Einheit war und blieb, als Bismarck am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Versailler Schlosses die Vollenkung seines Wertes aller Welt verkünden ließ, das „Reichsland!“

Die Verhandlungen und Beratungen der gesetzgebenden Körperschaften des neuen Reiches, des Bundesrates und des Reichstages, konnten nach all den Abmachungen, die Bismarck gepflogen hatte, nur mehr einen Epilog bilden. Aber offen brachte der Bericht des Verfassungsausschusses der Verbündeten Regierungen, den der württembergische Justizminister von Mittnacht am 17. April 1871 erstattete, zum Ausdruck, daß die Mehrheit im Bundesrat auch jetzt noch die Einverleibung Elsaß und Lothringens in Preußen als das einzig Naturgemäße betrachtete. „Was Preußen erwirbt“, heißt es hier in deutlicher Anlehnung an die uns bekannten Stimmen der öffentlichen Meinung, „ist zugleich Deutschland, dem Reiche, erworben.“ — Die Interessen des Reiches und Preußens in Elsaß und Lothringen sind durchaus identisch. Die übrigen Glieder des Reiches würden nicht glauben, beeinträchtigt zu sein, würden den mit Deutschland wieder vereinigten Gebieten nicht ferner stehen, wenn Preußen statt als Mandatar des Reiches kraft eigenen Rechtes die Souveränität über Elsaß und Lothringen übernehme.“ Und fast unwillig klingt der Verzicht: „Ob durchschlagende und dauernde

Gründe gegen die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit der preußischen Monarchie vorliegen, darüber habe selbstverständlich das Ermessen der königlich preußischen Regierung zu entscheiden. Hier sollte nur konstatiert werden, daß mindestens kein Widerstreben einer solchen Lösung entgegengetreten würde.“

Ebenso wenig konnte die langwierige Aussprache im Reichstage, die sich seit dem 20. April im wesentlichen um das verfassungsrechtliche Verhältnis des Reichslandes zum und im Bundesstaat drehte, an dieser politischen Entscheidung irgend etwas ändern. Nur Bismarck selbst ließ in seiner glänzenden Eröffnungsrede noch einmal alle die Möglichkeiten vorüberziehen, die für ihn bei der Einverleibung von Elsaß und Lothringen in den deutschen Bundesstaat in Frage zu kommen schienen. Eine Schleifung der Festungen, so führte er aus, konnte nicht genügen und ebenso wenig die Bildung eines neutralen Pufferstaates, dessen Neutralität Deutschland niemals sicher gewesen wäre. Im Gegenteil: in erster Reihe müsse ein festes Glasis geschaffen werden, das eine wirkungsvolle Verteidigung gegen Frankreich erleichtere, ja überhaupt erst ermögliche. Als staatsrechtliche Form, diese Aufgabe auf das Deutsche Reich zu übertragen, bot sich nur der gemeinsame Besitz, wenn auch die Einzelheiten dieser neuen Schöpfung nur ein Provisorium sein konnten. Aber die Beratungen in der Kommission, die nun folgten, sind wir nur spärlich unterrichtet. Wir wissen jedoch, daß gerade hier die unitarischen und föderativen Anschauungen, die bereits seit August 1870 in den Äußerungen der öffentlichen Meinung zutage traten, noch einmal eifrig erörtert wurden. Aber zu bestimmten Abänderungsvorschlägen kam es nicht. Da Preußen offen jede Angliederung ablehnte, trat die Mehrheit des Ausschusses im wesentlichen für Annahme des Gesetzesentwurfes ein, den die Verbündeten Regierungen vorgelegt hatten. Die Erklärung Bismarcks: „den Gedanken, aus Elsaß und Lothringen ein staatliches Gebilde zu schaffen, habe er nicht, und der Begriff eines Reichslandes sei mit dem eines selbständigen Staatswesens nicht kongruent“, beschwichtigte die Bedenken, die aus dem Provisorium einen unheilvollen Zwitterzustand emporkwachsen sahen. Willig empfahl der Ausschußbericht die Regierungsvorlage, das neue „Reichsland“ als gemeinsamen Pflégling der gesamten deutschen Nation, des gesamten deutschen Reiches, aller seiner Faktoren zu übernehmen.

Unter diesen Umständen konnte auch die Redeschlacht der Vollsitzen, in der die Führer aller Parteien in die Bahn traten, an dem Ergebnis nichts ändern. In der zweiten Lesung zwar schienen sich anfangs das Feld zu weiten, als Heinrich von Treitschke in wunderbaren Worten noch einmal sein Bedauern aussprach, daß Elsaß und Lothringen nicht sofort dem preußischen Staate einverleibt wurden. „Die Aufgabe“, so mahnt er eindringlich, „diese entfremdeten Stämme deutscher Nation unserem Lande wieder einzufügen, ist so groß und schwer, daß man sie nur erprobten Händen anvertrauen darf, und wo ist eine politische Kraft im Deutschen Reiche, die die Gabe, zu germanisieren, erprobt hat, wie das alte glorreiche Preußen? Die Elsässer sind uns nur zu fremd geworden als Mitglieder eines zentralisierten fremden Staates; mit um so größerer Energie sollte man sie hineinzwingen in einen deutschen Einheitsstaat, in jene fest geschlossene Kraft des preußischen Staatslebens. Und endlich, es wäre für Preußen wie für Deutschland ein Glück gewesen, wenn der Staat, der Deutschland leitet, auch in seinem Inneren zahlreiche süddeutsche Elemente enthielte. Preußen muß, wenn es Deutschland verstehen und leiten soll, in seinem Inneren süddeutsche Eigenart schätzen und würdigen lernen.“ Aber auch der überzeugte Unitarier gesteht, daß es jetzt gelte, nicht kleinlich an dem Ergebnis der Regierungsberatungen zu mäkeln, sondern in ernster Arbeit das neue Reichsland in Wahrheit zu einem Gliede des Deutschen Reiches zu machen — trotzdem die geschichtlichen Erfahrungen wenig Vertrauen auf einen Erfolg wecken! In ehrlicher Anerkennung der zu Recht bestehenden Bundesverfassung müssen dabei alle unitarischen und föderalistischen Bestrebungen zurücktreten. Doch unerfüllbar wird und muß auf jeden Fall der Wunsch bleiben, die Provinz Elsaß und Lothringen zu einem Staat umzuwandeln. Einen neuen Staat zu bilden aus drei Departements und einigen benachbarten Splintern, die

niemals in der Geschichte ein Staat waren, einen neuen halbdeutschen Partikularismus an der hart gefährdeten Grenze großzuziehen, wäre ein Schlag ins Angesicht der neuen deutschen Einheit. Nur eine Provinzialvertretung, nicht ein Landtag darf daher in Straßburg gebildet werden. Und ebensowenig darf sich als Selbstherrscher ein eigenes Beamtentum festsetzen. Nur die Freizügigkeit eines zahlreichen Reichsbeamtentums kann die praktische Einheit des Reiches und die unlösliche Verbindung der neuen Lande mit Kaiser und Reich gewährleisten.

Mit wahrhaft prophetischem Ernst hatte damit der größte Vertreter der unitarischen Gedanken alle Hoffnungen und Befürchtungen erörtert, die der Begriff des Reichslandes für das Reich und für die neu erworbenen Länder selbst in sich schloß. Die Kraft seiner Worte war groß genug, unter dem zwingenden Bann der großen Tage der Reichsgründung selbst auch die Gegner zur Vorsicht zu mahnen, die in den nächsten Tagen und Wochen die unitarische Wirkung dieser Rede zu bekämpfen suchten. Vor allem Windhorst, der rüstigste Vorfechter der jungen Zentrumsparthei, wollte in der Schöpfung des „Reichslandes“ eher bereits den Keim eines „besonderen Staates“ erblicken. Klar und bestimmt, meint er, hätte sonst der Entwurf die Vereinigung der neu erworbenen Länder mit einem bereits bestehenden Staate aussprechen müssen. Und eifrig sprangen ihm die Fortschrittler bei, die kaum laut genug die Werbetraft gerade des deutschen Partikularismus für die stammverwandte Eigenart der Elsässer und Lothringer zu rühmen wußten. Doch, wie gesagt, neue Anschauungen kommen in all diesen Erörterungen nicht zur Geltung. Nur um geringfügige Änderungen in Form und Fassung konnte es sich handeln, bis am 3. Juni 1871 auch die frei gewählte Vertretung des deutschen Volkes mit großer Mehrheit ihre Zustimmung erklärte. Als am 9. Juni das Gesetz betreffend die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit dem Deutschen Reiche veröffentlicht wurde, fügte Bismarck damit den Schlußstein ins Werk der Reichsgründung.

Es war Bismarcks eigenes Werk, das er damit beschloß. Nichts ist richtiger! Aber gilt für diese Schöpfung des „Reichslandes“ nicht auch zugleich das schöne Wort Rudolfs von Bennigsen, daß „Verfassungen überhaupt nur da gelingen, wo eine ganze Nation zur Arbeit berufen wird?“ Als ich vor sieben Jahren in den Süddeutschen Monatsheften die Grundzüge der vorliegenden Studien veröffentlichte, hat André Tardieu seinen elsässischen und französischen Lesern ihr Ergebnis in einem geistreichelnden Satze deutlich zu machen gesucht. Das Reichsland, schrieb er, sei der Amboss, auf dem die brutale Faust Bismarcks das deutsche Siegfriedsschwert schmiedete. Selbstverständlich verzerrt diese Auslegung die geschichtliche Wahrheit aufs gröblichste. Elsaß und Lothringens Stellung im Rahmen der Reichsgründung, so will sie in bitterer, aufreizender Schärfe predigen, verurteilt das Land trotz aller „Verfassungsreformen“ auf die Dauer zur Unfreiheit, aus der es nur Frankreich wieder erlösen kann! Trotz dieser bewußten Einseitigkeit aber wird Tardieu der Bedeutung der Erwerbung der oberrheinischen Gebiete und ihrer Gestaltung zum Reichslande im großen Ganzen doch gerecht. Auf alle Fälle ist sein Urteil tiefer und sachkundiger, als die landläufige Meinung, die das Werk Bismarcks kurzweg als „Verlegenheitschöpfung“ zu erklären versucht. Aus dem, was aus Elsaß-Lothringen geworden ist, wird nur zu leicht gefolgert, was beide Länder als Reichsland staatsrechtlich und politisch dem werdenden Reiche waren und was sie ihm werden konnten.

Mit Zug und Recht paßt vielmehr das Urteil Harry Breßlaus, daß preußische und deutsche Gedanken bewußt und ungetrennlich im Werk und Wesen des großen Kanzlers verbunden sind, vor allem auf unser Problem.

Gerade die in staatsrechtlicher Theorie unfassbare Gestalt, die die von Frankreich abgetretenen Gebiete in seiner Hand erhielten, spiegelt in fast erschreckender Klarheit die tausendjährige Geschichte des deutschen Volkes. Kreuz und quer durchziehen föderative und unitarische Strömungen das Bild der öffentlichen Meinung, wie es uns in Briefen, Aufsätzen und Reden von Staatsmännern und

Publizisten Nord- und Süddeutschlands vor Augen trat. Die diplomatischen Verhandlungen selbst werden von internationalen Rücksichten, vom Gegensatz der Dynastien und der Stämme beherrscht. Reife klingt bereits miktönig der Streit wirtschaftspolitischer Interessen hinein, während von außen her die Eiferucht der europäischen Großmächte drohend die Entscheidung beschleunigt. Und über all dem die großen Linien weltbürgerlicher und nationaler Staatsanschauung, die im Kleinen und Großen um die Herrschaft ringen. In diesem Gewirr einen Ausgleich zu schaffen, der alle größeren Parteien und alle Verbündeten befriedigen konnte, war die Aufgabe, die Bismarck nicht nur in der Reichsgründung im Ganzen, sondern insbesondere auch in der Schöpfung des „Reichslandes“ gestellt wurde. Daß die Lösung, die er fand, noch unvollkommen war, gestand er selbst offen im Reichstag ein. Oft genug hat der gewaltige Staatsmann betont, daß Politik nur die Kunst des Möglichen und des für den Augenblick Erreichbaren ist, daß sie sich das Ziel, das absolut Beste und Wünschenswerte zu schaffen, nicht stecken darf. Auch der „Bundesstaat“, der über dem „Reichsland“ stand, trug ja dieselben Züge eines „kunstvollen Chaos“. Sollen wir daher auch das „Reich“ nur als eine „Verlegenheitschöpfung“ ansprechen? Wer, wie der Bundeskanzler selbst, an die Zukunft Deutschlands glaubte, mußte auch Vertrauen gewinnen zur Zukunft Elsaß und Lothringens. Auf welchem Wege aber diese Entwicklung vor sich gehen werde, das konnten Staatsmänner und Parteiführer nur wünschen und anstreben: Die staatsrechtliche Form war geschaffen; ihr Leben und Inhalt zu geben, übernahm die Nation, der von nun an inniger denn je vorher Begriff und Wesen des „Reichslandes“ verbunden war.



Randglossen zum Tage

An den Herausgeber



Ärtliche Bauern beklagen den Diebstahl der Kleidung ihrer Vogelscheuchen von den Feldern. Ein Vogelscheuchenkleiberdieb bekannte, daß er und seine Kollegen mit der zwangsweisen Entkleidung von Vogelscheuchen ein Geschäft machen, weil die Kleider gut bezahlt werden. Zu derselben Zeit las man im Bericht über das Entmündigungsverfahren gegen den Prinzen Leopold (Sohn), daß der Prinz (Sohn) bei einem Schneider für 38 000 Mark Kleider machen ließ, darunter 48 Salkoanzüge, was auch für einen Prinzen eine immerhin ausreichende Bekleidung darstellt. Hier offenbaren sich die Gegensätze einer Zeit, die von der ungeheuersten Anhäufung von Geld- und Barentapital zur Höhlenmenschenbedürftigkeit übergehen mußte. Es war ein eigenartiger Genuß, gerade jetzt in jenem Prozeßbericht die Untersuchungen über die Frage zu verfolgen, bei welcher Form des Kunstgenusses, welcher Art der Tischgesellschaft und welcher Höhe der hinausgeworfenen Summen für einen Prinzen die Entmündigungsgrenze erreicht ist. Man merkte wieder einmal, was Überfluß ist, Überfluß an Geld bei dem Prinzen und Überfluß an Zeit bei den Leuten, die gerade jetzt nichts Wichtigeres zu tun haben, als einen solchen Prozeß öffentlich austragen zu lassen. Daß Prinz und Prinz zweierlei ist, lehren die Prinzen, die den Soldatentod gestorben sind und daß bürgerliche Erben und Zerstörer großer Vermögen auch zuweilen 48 Salkoanzüge besitzen, ist bekannt. Aber die Prinzen umgibt auch im Zeitalter der Arbeit, der Demokratie und der Vernunft noch ein Nimbus, der ihre Affären über die der Herren Meyer und Schulze hinaushebt. Dieser Nimbus

ist der Faden, der uns mit der Vergangenheit verbindet. Er wird manchmal rauh zerstört, zum Beispiel durch einen Entmündigungsprozeß, gerade so wie der noch viel stärkere Nimbus, der das Haupt der Könige umgibt, manchmal durch einen verbrecherischen Krieg, den sie führen und in dem sie unter den Schlitten der Weltgeschichte kommen, rauh zerstört wird. Das schadet aber dem Nimbus auf die Dauer nicht. Wie immer in einem Prozeß mit einem Prinzen umgegangen wird, die Leute bleiben doch stehen, wenn er vorüberfährt oder in einen Laden geht, um sich neue Sackanzüge zu bestellen. Ob ein König wie Ferdinand der Bekneipte von Rumänien sein Volk ins Unglück stürzt oder nicht; wenn er Glück hat, darf er weiterregieren, und wenn es warm wird, seine Sommerresidenz beziehen, und langsam stellt sich der Nimbus wieder ein. Müssen nicht Prinzen und Könige Froniter werden, gerade wenn sie nichts getan haben, um den echten, soliden Nimbus zu erringen, der ihre wertvollen Standesgenossen umstrahlt? Man denkt darüber nach, wenn man den Entmündigungsprozeß liest, daß Ferdinand Potator jetzt fruchtfröhlich, als wäre nichts geschehen, seine Sommerresidenz bezieht. Man denkt daran, daß die Zeit, die eine Anzahl gekrönter Häupter beseitigt hat, eine Anzahl neuer Anwartschaften auf Kronen schuf. Man denkt, daß es nichts Neues unter der Sonne gibt; Königreiche vergehen, Königreiche kommen, und es geht alles nebeneinander her, neue Demokratie und die alte Geschichte, daß, solange es Menschen gibt, menschliche Gemeinschaften fürstliche Spitzen mit dem dazugehörigen Apparat haben wollen und haben werden, von höherem oder geringerem Wert. Auch die geringwertigen sind manchen Leuten so teuer, wie in der fleiderlosen Zeit die märktischen Vogelscheuchenzüge, und Ferdinand der Alkoholische ist unter den Königen, was die Vogelscheuche unter den Herrenanzügen.

Welches Volk kann ruhiger der Fortsetzung der unterbrochenen Laufbahn eines minderwertigen Königs zusehen, als das deutsche, in dem nicht nur Prinzen keine prinziplichen Freiheiten mehr genießen, sondern, und das ist die Hauptsache, ein Fürstentypus entstanden ist, der alle Ummälzungen überdauert, weil er unter allen Umständen die Begabung der Pflichttreue hat und sich vom Bürger in keiner Bürgertugend übertreffen läßt. Das bürgerliche Jahrhundert hat uns die guten Bürger auf den Thronen gebracht, und je bürgerlicher die Fürsten wurden, desto fester ward der solide, realistische Vernunftmonarchismus, der nicht wankt, weil er auf dem festen Grunde klarer Einsichten und richtiger Urteile über das innere Wesen großer Demokratien ruht. So kann das Weiterregieren des schlotterigen Königs von Rumänien im toleranten Deutschland keinen Schaden am monarchischen Gedanken anrichten, und es bleiben an ihm und seiner Gattin, die diesen König regiert, nur die schweren politischen Bedenken haften. Vom Standpunkt des monarchischen Gedankens aus ist auch der Prinzenprozeß eine harmlose Affäre, im übrigen ist er ein Zeitbild, dessen Vorführung jetzt besser unterblieben wäre. Die öffentliche Verhandlung dieser Affäre ist eine Sünde wider den sozialen Takt und wider den Geist der Zeit. Wenn Menschen aller Art, Klasse, Schicht sterben und Menschen aller sozialen Stufen — bis auf die Minderheit, die sich die Zigarette mit Hundertmarkscheinen anzünden kann, wenn sie in der Laune ist — das Notwendigste im Leibe und am Leibe entbehren müssen, ist es widerwärtig, spaltenlange Untersuchungen über die Verschwendung eines jungen Herrn lesen zu müssen, der, was immer er zu wenig haben mag, sicher viel zu viel Geld für Nebenausgaben in Händen hatte.

Man hänge eine Zerkelaturstift in ein Schaufenster und man wird Wirkliche Geheimräte sehnsüchtig davor stehenbleiben sehen, länger, wie vor der Auslage einer Spezialbuchhandlung für Staatswissenschaften. Wären die guten alten Volkssäfte nicht leider ausgestorben und damit der schöne Brauch der Kletterbäume mit hoch an der Spitze aufgehängten Preisen, so könnte man die vollkommenste Demokratie erleben im Wettbewerb der Kletterer nach ein paar Stiefeln und ähnlichen sonst mit Geringschätzung behandelten Dingen. Professoren des Kirchenrechts würden ebenso wie Sanitätsräte keinen Augenblick daran denken, daß sie eine Würde preiszugeben haben, hinge nur oben, was die verrückte Zeit selten gemacht

hat, wie Höflichkeit bei einem Chauffeur. In Birmasens aber, in Birmasens haben, wie eine Gerichtsverhandlung enthüllte, Lehrlinge von fünfzehn und sechzehn Jahren mit verbotenen Lederhändeln Vermögen von 50000 bis 60000 Mark verdient. Die soziale Entwicklung führt Grotesktänze auf und was täglich tausendfach geschieht, reißt Wunden in Existenzen, Seelen, Weltanschauungen, Würden und bisher unerschütterlich gewesene Begriffe. Da ist größer noch, als das Bedürfnis nach Butter und Eiern, das Bedürfnis nach Takt. Takt von denen, die auf der Buttersette des Kriegsschicksals sitzen, Takt von Händlern und Besitzern aller Art. Takt von den für Dinge, wie den Prinzenprozeß Verantwortlichen, Takt von jedem, der auch nur ein kleines Stückchen der so unendlich verschärften Staatsautorität verwaltet. Auch daheim brennen tausend empfindliche Wunden und brennen am schärfsten, wenn von tölpelhaften Händen das Salz der Taktlosigkeit hineingestreut wird. Ein neuer Knigge sollte neue Regeln über den Takt im Heimkrieg und den Umgang mit den wirtschaftlich und sozial Kriegsbeschädigten aufstellen. Es sollte, um mit dem Kleinen aber Wichtigsten zu beginnen, auseinandersehen, wie taktlos es ist, irgendwie zu zeigen, daß man hat, was andere nicht haben, daß man „gottseidank“ keinerlei Mangel leidet. Es ist taktlos, öffentlich und förmlich demonstrativ gut zu leben, taktlos, mit Eleganz zu proken, taktlos, Wucherpreise zu zahlen, taktlos, irgendwie eine Ausnahmestellung den Nöten der Zeit gegenüber zu markieren. Es ist stets taktlos, Leute, die sich aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen nicht wehren können, herrisch zu behandeln. Heute, da draußen alle die gleichen Gefahren, daheim die wirtschaftlich Schwachen zehnfache Nöte tragen und zur Rettung und Erhaltung des Vaterlandes alle gleich nötig und gleich bereit sind, ist das zehnfach taktlos. Jede Art der Unritterlichkeit gegen Frauen verstößt heute um so mehr gegen den Takt, als sich Schutzlosigkeit der Frauen und Anforderungen aller Art an die Leistung der Frauen umgekehrt quadratisch gesteigert haben und steigern werden. In diesem Sinne müßte Knigge redivivus ein neues Reglement aufstellen, das natürlich um erhebliche Kapitel länger ausfallen müßte, wenn es einigermaßen alle widerwärtigen Zeitererscheinungen erfassen wollte. Sehr wichtig wäre ein Sonderkapitel für Staatsmänner, Politiker und Zeitungsschreiber über den Umgang mit den redenden und schreibenden Feinden und von der durch mehr oder weniger bewußte Taktfehler oder eitler, streberischer Rechthaberei und Sucht, das kritische Lichtlein ja recht hell aus dem Zeitartikeln oder der geölten Rede herauszuschimmern zu lassen, betriebenen unfreiwilligen Waffenlieferung an diese. Dieses Kapitel müßte er zuerst schreiben, der neue Knigge. Meinen Sie nicht?

Ihr

Nemo



Materialien zur Polenpolitik

Das Polentum in der Ukraine. Die „Ukrainischen Blätter“ (Wien, Nr. 2 vom 21. Juni 1918) bringen einen Aufsatz vom W. Sriblanskij (Kiew) über die polnische Kinderheit in der Ukraine, dem wir folgende Angaben entnehmen:

„Allerdings haben die Polen Anlaß zur Sorge. Vor allem für ihren Großgrundbesitz in der Ukraine, in dessen Besitz sie widerrechtlich in der Zeit der günstigsten geschichtlichen

Konjunktur gelangt sind. Man beachte nur die unermesslichen Latifundien, die sie in der rechtsseitig vom Dnjepr gelegenen Ukraine innehaben. (Tabelle umseitig.)

Dieser Grundbesitz ist Privateigentum der ehemaligen „Gensowiki“, d. h. von insgesamt 6050 Personen, von denen 8247 auf Wolhynien, 1804 auf Kiew und 1408 auf Podolien entfallen. Was nun die ziffermäßige Stärke der polnischen Bevölkerung in der

Gouvernement	Eigentum der polnisch		Semstwo wähler:		zusammen	
	Deffätinen	Prozent	Deffätinen	Prozent	Deffätinen	Prozent
Bolhynien . . .	1 030 927,29	45,7	1 224 879,61	53,8	2 255 806,90	100
Kiew	638 782,93	41,1	914 653,41	58,9	1 553 436,34	100
Podolien	686 848,95	58,0	564 280,23	47,0	1 200 609,18	100
	2 866 059,17	46,0	2 703 293,25	54,0	5 009 852,42	100

rechtsseitigen Ukraine anbelangt, so ergibt sich folgendes Bild:

	Seelen	Prozent der Gesamtbevölkerung
Bolhynien	22 780	6,7
Kiew	128 262	2,8
Podolien	68 488	2,0

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn man die Konfessionsstatistik heranzieht. Danach gab es Römisch-Katholische, darunter Tschechen, Polen, Deutsche und Ukrainer:

Bolhynien	858 597 Seelen
Kiew	148 115 „
Podolien	805 078 „

801 790 Seelen

das sind 6,8 Prozent der Bevölkerung.

Die Polen bringen es also selbst unter Zugrundelegung der optimistischsten Berechnung noch nicht auf 1 Million, was im Vergleich zur Bevölkerung der gesamten, also auch linksseitigen Ukraine kaum 2 Prozent ausmacht. Bei dieser Berechnung möchte ich auch noch kurz auf die amtlichen russischen Angaben vom Jahre 1897 hinweisen. Danach gab es in dem Gebiet der heutigen Ukraine: 76,9 Prozent Ukrainer, 12,4 Prozent Juden, 4,8 Prozent Russen und nur 3,8 Prozent Polen. Diese kaum ins Gewicht fallende polnische Minderheit besitzt jedoch in der rechtsseitigen Ukraine 46 Prozent des gesamten Gebietes. Das ist eine Tatsache, die geradezu lähmend wirkt. Dazu kommt dann noch, daß dieser polnische Grundbesitz den Stempel der feudalen Latifundien an sich trägt, der unseren demokratischen Staatseinrichtungen schon von vornherein fremd und feindselig gegenüberstehen muß.

Welche Folgen muß nun diese ungerechte Verteilung des Bodenbesitzes auf unser Verhältnis zu den Polen haben? Viele Tatsachen, namentlich das sehr fragwürdige Verhalten der Polen während der Bolschewikenherrschaft in der Ukraine, sprechen dafür, daß

uns die Polen, mit Ausnahme des ziffernmäßig sehr schwachen demokratischen Flügels, hassen. Sie können sich nicht in den Gedanken hineinfinden, daß wir uns ein eigenes Staatswesen errichten und uns von der polnischen Bevormundung frei machen. Polnische Unduldsamkeit, polnischer Größenwahn und polnische Herrschsucht lassen eine Verständigung beinahe als aussichtslos erscheinen.

Auf welcher Basis sollten wir uns überhaupt einigen? Unser demokratischer Zug ist ihnen fremd, das gleiche gilt von der Sprache und unsere Tradition ist so ziemlich das Gegenteil von der polnisch-aristokratischen Überlieferung. Ukraine und Polen bilden unvereinbare Gegensätze und ein gütiges Zusammenleben läßt sich kaum ausdenken. Das polnische Element wird sich daher in der unabhängigen Ukraine immer fremd fühlen, in einem Staate, dessen bloßer Bestand schon die Stagnation des großpolnischen Gedankens, des sogenannten „historischen Polenreiches“, darstellt. Der polnische Kapitalismus wird auch auf die polnische Demokratie einwirken und auch in dieser nationale Ausdehnungsbestrebungen wachrufen. Politische Klugheit gebietet es also, die polnische Demokratie nicht nur nicht abzustößen, sondern in einen möglichst innigen Kontakt mit dem ukrainischen Staatswesen zu bringen. Wir wollen ja die nationalen Minderheiten in der Ukraine nicht etwa nach galizischem Muster der Polen unterdrücken. Das beweist allein schon die Tatsache, daß wir ihnen volle nationale Autonomie eingeräumt haben.

Englands Interesse an Großpolen. Die „Morning Post“ vom 12. Juni 1918 schreibt in einem Leitartikel: In Deutschland wird Rußland jetzt als deutsches Hinterland betrachtet. Finnland und die anderen baltischen Provinzen Rußlands werden bereits germanisiert, und durch diese Ausdehnung Deutschlands nach Osten ist Polen für Deutschland

wichtiger als je geworden. Die österreichische Lösung der polnischen Frage ist Deutschland nicht mehr genehm. Die deutschen Kaufleute lenken ihre Blicke zurück zu den Tagen der Hanse, in denen der russische Handel in Nowgorod von den preussischen Städten streng monopolisiert war; sie denken nicht daran, den russischen Handel mit Österreich zu teilen, und bestehen daher darauf, daß Polen in deutschen Händen bleibt. Österreich soll so geschwächt und in eine so untergeordnete Stellung gebracht werden, daß es künftig zu selbständiger Aktion ebenso unfähig wird wie Bayern oder Sachsen.

Deutschland beabsichtigt dazu das allerwirksamste Mittel anzuwenden, die Zollunion. Österreich, auf diese Weise wirtschaftlich an Deutschland gefesselt, wird nicht länger in der Lage sein, eine unabhängige polnische Politik zu treiben. Alle wahren Freunde Polens — und Polen hat mehr falsche als wahre Freunde — müssen sich gefreut haben über die neueste Erklärung der Westmächte, daß sie den Versuch machen wollen, ein unabhängiges Polen mit freiem Ausgang zur See bei Danzig zu schaffen. Gelingt das, so wäre es aus mit dem Popanz Mitteleuropa. Ein unabhängiges und völlig wieder vereinigtes Polen würde Europa und die Welt von der drohenden preussischen Herr-

schaft befreien. Es würde die baltischen Nationen und vielleicht auch Rußland retten. Böhmen könnte mit einem solchen Nachbarn wieder einmal an seine Freiheit denken und würde sicherlich die Unabhängigkeit Italiens und der Balkanstaaten fügen. Man bedenke, was es für das baltische und östliche Europa bedeuten würde, wenn eine starke freie Nation sich zwischen Deutschland und Rußland einschleibt. Alle Schwärmer für Freiheit und freies Selbstbestimmungsrecht der Nationen würden dabei auf ihre Rechnung kommen. Wir für unser Teil sind für die Wiederaufrichtung Polens aus keinem erhabeneren Grunde, als weil wir sie für ein britisches Interesse halten. Sie würde zur Wiedherstellung des europäischen Gleichgewichts beitragen und die militärische Macht Preußens schwächen, die zum großen Teil auf Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen beruht, und auch Preußens wirtschaftliche Kraft würde in Schlesien und dem Weichsellal getroffen werden. Es würde ein mit dem deutschen rivalisierendes politisches und wirtschaftliches System entstehen. All das liegt im Interesse Großbritannien, das jetzt von der deutschen Herrschaft und Kontrolle über Europa bedroht wird und jede Waffe gebrauchen sollte, um diese Gefahr zu vermindern.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Herr von Hinzke Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Herr von Kühlmann hat also doch zurücktreten müssen. Er scheidet weniger infolge seiner persönlichen Differenzen mit der Obersten Heeresleitung, als wegen des allgemeinen Mißtrauens, das seine Haltung seit Brest-Litowsk allenthalben bei den Parteien hervorgerufen hat. An seine Stelle tritt eine Persönlichkeit, die eine gewisse Gewähr dafür zu geben scheint, daß sich nunmehr das Zusammenarbeiten von Armee und Politik reibungslos vollzieht. Herrn von Hinzke begleitet ebenso wie einst Herrn von Kühlmann der Ruf, ein besonders tüchtiger Diplomat zu sein, — als Staatsmann ist er noch nicht

herorgetreten. Wie Herr von Kühlmann i. Zt. hat er eine vertrauende Gefolgschaft hinter sich. Von den politischen Anschauungen des neuen Staatssekretärs zu sprechen, erübrigt sich, da nicht er für die Leitung der auswärtigen Politik verantwortlich ist, sondern der Reichskanzler. Dennoch darf man die Ernennung des Herrn von Hinzke als eine Konsolidierung der Kräfte derjenigen Richtung betrachten, die von der Überzeugung ausgeht, daß England niedergeworfen werden muß, ehe an die Möglichkeit des Friedens gedacht werden kann, ein Standpunkt, den ich hier in Heft 1 u. 26 d. J. nachdrücklich vertreten habe. Wirkungen der Wahl Hinzkes sind

zunächst auf dem Gebiet der inneren Politik zu erwarten: von sozialdemokratischer Seite sicher, von freisinniger und erzbergerischer vielleicht werden dem neuen Staatssekretär Schwierigkeiten bereitet werden. Von diesem Gesichtspunkt aus warnte ich vor acht Tagen davor, in diesem Augenblick einen Wechsel im Staatssekretariat vorzunehmen. Die Anforderungen an Herrn von Hinzke werden jedenfalls noch höher steigen, wie an seinen Vorgänger. Herrn von Hinzke wünschen wir deshalb für Berlin dieselben guten Kerben, die er bisher in Petersburg, Mexiko und Christiania in so hohem Maße bewiesen hat. S. Kleinow

Der Gesandtenmord in Moskau. Die Scheußlichkeiten dieses Krieges sind um eine neue Gemeinheit vermehrt worden: Gesandtenmord! In Moskau wurde am Sonnabend, den 6. d. M. vormittags der deutsche Botschafter Graf Mirbach in seinem Empfangszimmer in Gegenwart des Geheimrats Dr. Mezler und noch eines Herrn von zwei Individuen durch Revolvergeschüsse und Handgranatenwurf ermordet. Die Mörder entkamen!

Graf Mirbach ist das Opfer der innerpolitischen Kämpfe in Rußland. Die Beziehungen des Gesandten zu den Regierungsvertretern, insbesondere zu Tschischewin, dem Kommissar der auswärtigen Angelegenheiten, waren gut und wuchsen sich immer mehr zu einem Vertrauensverhältnis aus. Graf Mirbach hat es in hohem Maße verstanden, der Moskauer Regierung Verständnis dafür einzufloßen, welchen Nutzen sie und die Entwicklung Nordrußlands unter ihrer Leitung von einer Anlehnung an Deutschland haben werde, und die Haltung der russischen Regierung in allen schwebenden Fragen nahm in letzter Zeit immer mehr den Charakter vertrauensvoller Hinnneigung zu uns an. Es hat daher Berechtigung, wenn gefolgert wird, daß der Mord von jener Seite in Szene gesetzt wurde, die der Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen nur mit Mißbehagen zusehen konnte, von seiten der Entente. So angesehen, wäre der Gesandtenmord von Moskau geeignet, ein sehr großes Licht auf Stimmung und Lage bei unseren Gegnern zu werfen: sähen sie sich nicht dem Zusammenbruch gegenüber, sie könnten als Antwort auf die ver-

söhnliche Haltung der deutschen Diplomatie nicht mit dem furchtbarsten Verbrechen antworten, eben mit Gesandtenmord. Es wäre ein vollständiges *va banque*-Spiel, das sich vor unseren entsetzten Augen entrollt, nur denkbar unter der Voraussetzung, daß die Entente kein ehrliches Kriegsmittel mehr kennt, um ihre Stellung in diesem Ringen zu retten.

Neben einer solchen Auslegung des Mordes und seiner Motive sind aber noch genug Tatsachen vorhanden, die auf näherliegende Ursachen deuten. Der politische Mord ist die übliche Reaktion der Russen gegen Druck von oben. Die Regierung der Bolschewiki hat mit denselben und härteren Mitteln versucht, die Ordnung in Rußland wieder herzustellen, wie die gestürzte Regierung des Zaren. Täglich fallen die Opfer der maximalistischen Regierungsmethoden, und nach Tausenden sind die Todesurteile zu beziffern, die ohne ordentliche Gerichte, ohne sorgfältige Voruntersuchung, ohne ordentlichen Spruch, vielfach auf unbewiesene Denunziationen hin, gefällt wurden. Daneben gedeiht das Bestechungsunwesen unbehüllter denn je, und die Ausplünderung der Gegner der Regierung hat einen Umfang und Formen angenommen, wie sie vielleicht in den orientalischen Staaten früherer Jahrhunderte geblickt haben mögen. Vor einigen Wochen erfolgte seit Jahren der erste terroristische Akt im neuen Rußland durch die Ermordung des Petersburger Presselommissars, der die bürgerliche Presse in unbegrenzter Nichtachtung jeden Gesetzes drangsalierte. Die deutsche Presse hat von jenem Vorgange nur wenig Bemerk genommen.

Gewiß, es war ein blutiges Opfer mehr in diesem Kriege! aber es war doch mehr: es war das Zeichen zur Rückkehr der russischen Gesellschaft zum Terror, von dem man sich nach der Ermordung Plewes abgesagt hatte. Das zweite Opfer ist nun unser Gesandter, als Vertreter der Macht, die als die stärkste moralische Stütze der maximalistischen Regierung gilt. Ich fürchte, nach dem geglückten Attentat werden weitere folgen, und sie werden sich ebenso gegen die Sowjetleute wie gegen deren augenscheinliche Bundesgenossen, die deutschen Regierungsvertreter richten. Auf

diese Möglichkeit deutet auch der Umstand hin, daß die beiden Mörder in ein von Sozialrevolutionären besetztes und mit Maschinengewehren verteidigtes Haus gesteckt sind.

Ob nach Lage der Dinge diese Entwicklung in Rußland den Ententeregierungen willkommen sein kann, mag dahin gestellt bleiben; jedenfalls wäre es von ihrem Standpunkt aus fehlerhaft, wenn sie sie nicht nützen wollten.

Eine wesentlich neue politische Situation wird durch die Ermordung für uns nicht geschaffen. Die Frage, ob wir ernstlich die maximalistische Regierung stützen wollen, schält sich nur schärfer umrissen aus dem ganzen Fragenkomplex im Osten hervor. Ich halte ja unsere Freundschaft mit den gegenwärtig regierenden Herren für unnatürlich, und ich denke mir, daß sie in dem Augenblick aufhört, wo eine andere Regierung an ihre Stelle tritt. Zu Gunsten einer der uns im innern ihrer Seele feindlichen Parteien, seien es Sozialrevolutionäre oder Kadetten, zu intervenieren, haben wir jedenfalls keinen Anlaß.

G. Cleinow

Politische Gesichtsfälschungen. Es ist eine traurige, aber wahre Beobachtung, daß Beharrlichkeit auch für schlechte Zwecke zum Ziele führt. Wie die Propaganda der Entente durch planmäßiges Trommelfeuer das Publikum in den eigenen und zum Teil auch in den neutralen Staaten mürbe und gläubig macht, davon weiß ein Lied zu singen, wer sich mit dieser trüben Materie auch nur flüchtig beschäftigt hat. Der Hydra der Verleumdung wachsen stets neue Köpfe, wieviele man ihr herunterzuschlagen mag. Leider ist auch unser innerpolitisches Leben von dergleichen Erscheinungen nicht frei, und die Entwicklung von der Erfindung und Legende von heute zur Tatsache von morgen nur eine Frage der Zeit und — des Holzpapiers. Aber vielleicht ist die Abwehr hier leichter, wenn sie früh genug einsetzt, weil die öffentliche Meinung im allgemeinen ehrlicher Belehrung zugänglicher erscheint als im Auslande. In diesem Sinne soll Protest eingelegt werden gegen die bedenkenlose Art (wir vermeiden schärfere Worte), wie ein Teil der Presse die parlamentarischen Vorgänge anläßlich des Antrages Hagemeister beleuchtet und ortsbauernd aus ihnen Kapital schlägt.

Es handelte sich dabei bekanntlich um die Gewährung einer Zusatzstimme an die Kriegsteilnehmer, die im letzten Augenblick (kurz vor der vierten Lesung der Wahrscheinlichkeitsvorlage) von der Linken aufs Tapet gebracht wurde. Der Antrag war — das ist sogar von liberaler Seite zugegeben worden — von vornherein als eine Falle für die Kompromißparteien gedacht und nicht (oder nicht nur) aus sachlichen, sondern aus parteitaktischen Gründen gestellt. Deshalb hatte man in ihm die Zusatzstimme für Kriegsteilnehmer mit einer solchen für die Besitzer eines selbständigen Hausstandes und einer abgemilderten „Tüchtigkeits“-Stimme verknüpft, und zwar unter Ausschluß getrennter Abstimmung, zu welcher Klausel die Antragsteller nach der Geschäftsordnung berechtigt waren. Der freiservative Abgeordnete Dr. Arendt betonte, und der Präsident Graf Schwerin-Löwig stellte im Anschluß hieran ausdrücklich fest, daß die Antragsteller zu einer Einzelabstimmung nicht bereit waren. Damit entfiel für den Sozialdemokraten Hirsch jede Berechtigung zu seiner Behauptung, daß die Rechte es in der Hand gehabt habe, getrennte Abstimmung über den Antrag vornehmen zu lassen. Und seine pathetischen Drohungen, die Entrüstung ins Volk zu tragen, das bigotte Augenverdreßen über ein „Spiel“ mit den Rechten der Kriegsteilnehmer enthüllen sich als übelste Demagogie. (Zu den widerlichsten Erscheinungen der Tagespolitik gehört das Hineinzerren unserer Feldgrauen in den Kampf der Parteien. Unser Volksheer sollte zu heilig sein, um als politische Handelsware gemarktet zu werden!) Wie soll man aber vollends das Verhalten des „Vorwärts“ bezeichnen, der zwar die Anwürfe seines Parteivertreters in aller Ausführlichkeit abdruckt, dagegen die Rede des Abgeordneten Arendt und die formelle Feststellung des Präsidenten unterdrückt. (!) Es ist ja nur zu bekannt, welch höchst einseitiges Bild unsere Tageszeitungen je nach ihrer politischen Obervang dem Leser von den parlamentarischen Verhandlungen übermitteln, aber bis zur offenen Fälschung durch Auslassung sollten sich doch diese Methoden nicht verirren dürfen! Nun ließe es sich ja noch zur Not ertragen, wenn die Sache mit der einmaligen Verzicht-

erstattung abgetan wäre. Unsere Zeit lebt so rasch, daß jede neue Zeitungsnummer die Erinnerung an ihre Vorgängerin im Hirn des Durchschnittslesers auszulöschen pflegt. Um das aber zu verhindern, setzt gerade jene Beharrlichkeit des stetig höhenden Tropfens ein, von der wir im Anfange sprachen. Denn nachdem einmal durch strupellose Fälschung der Boden vorbereitet ist, wird keine Gelegenheit vorübergelassen, das Samenkorn der Legende zur robusten Pflanze eines historisch-politischen Faktums zu entwickeln. Auch hier geht die Spekulation auf das kurze Gedächtnis der Mitwelt nicht fehl. Wer hat nach einer Woche noch die Einzelheiten des parlamentarischen Vorganges bei der Hand, um dem dreisten Fälscher in die Parade zu fahren!? Also nur immer kühn drauf los geschmählt, es bleibt nicht nur „etwas“, sondern das ganze Kitzelgewebe an den Beschuldigten „hängen“. So wetzeln denn Blätter wie der „Vorwärts“ und das „Berliner Tageblatt“ im eblen Verein, bei jedem sich bietenden Anlaß den angeblich kriegsteilnehmerfeindlichen Wahlrechtsgegnern eins auszuwichsen. Wie bei der Forderung des gleichen Wahlrechtes überhaupt der Appell an die Gleichheit „vor der Granate“, so bietet dieser besondere Fall eine glänzende Gelegenheit, an der warmen Flamme des Gefühls für unser kämpfendes Volk, die Parteisuppen zu kochen. So zieht man denn in rührender Teilnahme für unsere Helden an der Front gegen die bösen „Wahlrechtsverschwörer“ vom Leder, die zwar das weiteste Herz für eine Besserstellung der Kriegsgewinnler und Kriegswucherer haben, das Wahlrecht der Kriegsteilnehmer dagegen „schlankweg“ ablehnen (Vorwärts); oder man veröffentlicht eine Prostriptionsliste derjenigen Abgeordneten, die gegen den Antrag Hagemeister gestimmt haben, wobei besondere „Lieblinge“ gesperrt gedruckt werden, um den Wählern die Namen jener

Männer einzuprägen, die „allen möglichen Leuten Mehrstimmen gewähren wollen, sie aber den Kriegsteilnehmern versagten.“ (Berl. Tageblatt.) Man sieht, die weiche Masse der Legende ist bereits zur historischen Tatsache erstarrt. Lustig wird die Sache (wenn sie nicht so traurig wäre), sobald man sich in die Defensive gedrängt fühlt. Da haben diese „Wahlrechtsverschwörer“ den unangenehmen Einfall gehabt, den Kriegsteilnehmern, deren Zusatzstimme sie vor der Hand, wie die Dinge lagen, ablehnen mußten, auf andere Weise entgegenzukommen. Die Konservativen beantragten für sie Steuererleichterungen und Darlehen zum Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit, ähnliche Erleichterungen schlugen auch die Nationalliberalen um Fuhrmann vor. Was aber sagt der „Vorwärts“ dazu: „Es ist unschwer zu erraten, daß diese Anträge nur aus agitatorischen Gründen gestellt sind; sie gehen von denselben Parteien aus, die das gleiche Wahlrecht und die Zusatzstimme für die Kriegsteilnehmer abgelehnt haben und die sich nun offenbar bei den Kriegsteilnehmern wieder in empfehlende Erinnerung bringen wollen.“ Nach altem Spruche ist im Handeln des Menschen „ein bißel Falschheit allweil dabei“; der politische Mensch scheint die Falschheit selber zu sein, wenn man ihn im Spiegel seines Parteigegners erblickt. Im übrigen: „nur aus agitatorischen Gründen“ . . . über die fromme Linke, deren Handlungen nie von solchen Motiven verdunkelt werden! Es ist wirklich schwer, in rebus politicis „satiram non scribere“.

Solche Fälle, wie der eben geschilderte, gehören leider nicht zu den Seltenheiten unseres politischen Lebens, wenn sie auch zum Glück nicht immer so weitreichende Folgen zeitigen können, wie die Heßlegende von der kriegsteilnehmerfeindlichen Haltung der Rompromispartei.



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
 An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
 Beiratspräsident des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 86/87.



Don Kühlmann zu — Hertling

Don Georg Kleinow

Weichheit ist gut an ihrem Ort,
Aber sie ist kein Lösungswort!
Kein Schild, keine Klinge und kein Griff,
Kein Panzer, kein Steuer für dein Schiff,
Du ruderst mit ihr vergebens.
Kraft ist die Parole des Lebens. . . .

Friedrich Theodor Vischer



Das große allgemeine Ziel der deutschen Reichspolitik war vor dem Kriege, abgesehen von dem systemlosen Kolonialtreiben auf der Linie des geringsten Widerstandes, die Verhinderung einer Einkreisung Deutschlands durch die Mächte des wirtschaftlichen Wettbewerbes auf dem Erdball, ist während des Krieges die Sprengung des durch die feindlichen Mächte dennoch geschaffenen Ringes. Die Sprengung hat so nachhaltig zu erfolgen, daß Deutschland und die Mittelmächte bei einem Generalfrieden nicht der Gefahr ausgesetzt sein dürfen, durch eine Mehrheit unter englischer oder amerikanischer Führung von dem Platz an der Sonne ferngehalten zu werden, der ihnen entsprechend ihrem physischen Bedürfnis und ihrer moralischen Kräfte zukommt. Vor dem Kriege dienten diesem Ziele neben anderen Schritten vor allen Dingen die politischen Ausgleichsversuche mit Rußland und Frankreich zur Amtszeit Ribbentrop-Wächters und mit England in der Ära Bethmann Hollweg, Fürst Bismarck, von Kühlmann; sie waren begleitet durch den Ausbau der Armee und energisch betriebenen Aufbau einer Achtung gebietenden Flotte. Nach dem Zusammenbruch unserer auswärtigen Politik im Anschluß an den Mord von Sarajewo durch die Schurkerei Sushomlinows und die Unversöhnlichkeit des britischen Kabinetts trat an die Stelle der Diplomatie das im Frieden herangebildete Kriegsinstrument, die oberste Heeresleitung, in den Vordergrund, und der Erreichung desselben Zieles dienen seit vier Jahren nach- und nebeneinander eine offensive Kriegsführung zu Lande und zur See, die aufbauende Außenpolitik und die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest. Die Politik hat deutlich erkennbare Aufgaben und mußte daher offensiv werden. Nur in militärischer Be-

ziehung und auch nur zum Teil ist das Ziel, die Einkreisung zu durchbrechen, erreicht: der militärische Ring, der uns umgab, ist im dritten Kriegsjahr durch die Energie unserer U-Boot- und Kreuzerführer auf allen Meeren durchlöchert und im vierten Kriegsjahre, nach dem Ausschleiden Rußlands aus der Reihe der Kämpfenden, im Osten zerbrochen; — wenigstens barst dort ein innerer Ring.

Das Mißgeschick unserer Diplomatie vor dem Kriege hat sie nicht verhindern können, auch nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen einen starken Einfluß auf die Führung der Gesamtpolitik auszuüben in dem berechtigten Wunsche, die militärischen Erfolge ungesäumt politisch auszunützen. Die Ara Falkenhayn in der Obersten Seeresleitung (1915) gab ihr eine den Kriegsverhältnissen nicht ganz angepaßte Ausbreitungsmöglichkeit, der erst ein Ziel gesetzt werden konnte nach neuen unzweifelhaften Mißerfolgen, denen um so einschneidendere militärische Erfolge gegenübertraten. Diese Entwicklung, die durch die Verhältnisse des Koalitionskrieges sowie durch die jahrelange Erziehung der Diplomaten zu einer tastenden Methode in der Politik, eine naturgemäße Förderung erhielt, hatte nun im Gefolge, daß das tatsächlich vorhandene gewaltige politische Kriegsziel, die Zertrümmerung des feindlichen Ringes unter ihren Händen zu zerflattern drohte und sich an seine Stelle der Wunsch zu schieben begann, den Krieg so schnell wie möglich zu beendigen. Unsere Maßnahmen in Polen und die einleitenden Sitzungen der Friedensverhandlungen zu Brest standen unter dem Zeichen solcher Inkonsequenz. Die diplomatische Auswertung, der Siege im Osten im Sinne der eingangs gekennzeichneten Aufgabe ist durch die Friedensschlüsse und die Schaffung neuer Staaten zwar eingeleitet, aber weder in Polen, noch in Finnland, Rumänien, in der Ukraina und Moskau sichergestellt: keiner der genannten Staaten ist so fest in unserer Hand oder so eng mit unserem Wohlergehen verbunden, daß er genötigt wäre mit uns zu stimmen, wenn etwa morgen allgemeine Friedensverhandlungen beginnen sollten. Schon 1916 wurden wichtige Faustpfänder, die wir von Rußland in Polen erobert hatten, durch die berühmte Novemberakte preisgegeben. Alles, was wir seitdem erreichten, ruht noch auf der Spitze unserer Bajonette.

Die scheinbare Fruchtlosigkeit der militärischen Erfolge in politischer Beziehung führte im Sommer 1917, der überdies durch die Ernährungschwierigkeiten stark belastet war, jenen Nervenzusammenbruch in Berlin herauf, der in der Resolution der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli seinen unerfreulichen, die Kraft der Feinde belebenden Ausdruck fand. Hatte die Verabschiedung des Herrn von Bethmann Hollweg auch schon die Luft wohlthuend erfrischt, so fand der Zeretzungsprozeß an der inneren Front doch erst ein Ende durch den Rücktritt der Regierung Dr. Michaelis und die Übernahme des Reichskanzlergeschäfts durch den alten Zentrumsführer und gewiegten Parlamentarier, den Grafen Hertling.

In jener Übergangszeit von Bethmann zu Graf Hertling hat der damalige Leiter des auswärtigen Amtes, der Staatssekretär Dr. von Kühlmann, eine nicht zu unterschätzende Vermittlerrolle zwischen der Regierung, der Obersten Seeresleitung und den Parteien des Reichstages gespielt; er hat sich dabei um so mehr das Vertrauen der Linken erwerben können, als er sich nicht scheute dahin zu wirken, daß das ganze innerpolitische Programm Bethmann Hollwegs von der Regierung Hertling übernommen wurde. Ohne Frage hat diese Taktik, wenn sie

lediglich unter dem einen Gesichtspunkt der vorläufigen Befriedigung der Linken und der vorübergehenden Stärkung der inneren Front betrachtet wird, gewisse Erfolge gezeitigt. Die Übernahme der Reichskanzlergeschäfte durch den Grafen Hertling bedeutete für den damaligen Augenblick eine starke innerpolitische Entlastung, und seine ruhige, vornehme, Vertrauen heischende Geschäftsführung hat sich wiederholt bewährt. Die Festigung der inneren Front ging um so leichter von statten, als bald auch die großen militärischen Siege in Italien die Stimmung allenthalben neu belebten und während des Winters Ernährungsschwierigkeiten, wenigstens in Deutschland, nicht eintraten.

Herr Graf Hertling legte sich damals, am 29. November, der Reichstagsmehrheit gegenüber auf jenes Programm fest, als dessen Träger in den Augen der Linken Herr von Kählmann galt. Das war der Angelpunkt zu Kählmanns Stellung im Reichstag. Darum war es auch kaum zu vermeiden, daß die Stimmung wieder abzuflauen begann, als die Friedensverhandlungen in Dreß-Litowsk jene gewaltsame Korrektur erfuhr, die sich äußerlich an den Namen des Generals Hoffmann knüpfte; auch die großen militärischen Erfolge des abgelaufenen Frühjahrs vermochten sie nicht oder doch nur sehr vorübergehend zu beleben. Die Unerfreulichkeiten des Monats Juni, die sehr grelle Schlaglichter auf die Verhältnisse bei unserem Bundesgenossen an der Donau warfen, schienen sie völlig umzuwerfen. Die nationalen Parteien waren empört durch die Art, wie die Verhandlungen geführt wurden, die Linke dagegen beleidigt, daß wir in Dreß-Litowsk nicht ohne weiteres alle von Rußland gewonnenen Faustpfänder herausgaben und die von uns besetzten Gebiete räumten; sie rief nach der Verpflichtung vom 29. November und verwies die Regierung auf die Entscheidung vom 19. Juli, „keine Annexionen, keine Kontributionen!“ Die Furcht tauchte wieder auf und wurde von der Linken und von Männern, die dem Staatssekretär als befreundet galten, geflüstertlich weiter getragen, daß die Dreßer Methoden niemals zum Frieden führen würden. Herr von Kählmann verlor, als man auf der Linken zu bemerken glaubte, daß er in Dreß-Litowsk eine Politik gegen seine Überzeugung führte, an Vertrauen. Dann kam der Friede von Bukarest. Er ist wohl der Gesamtheit des deutschen Volkes unverständlich geblieben: keine nennenswerte Kriegsschädigung als Strafe für den gemeinen Verrat Rumäniens, keine Beseitigung des willensschwachen Königs! Herr von Kählmann aber trat als Träger einer bestimmten Richtung immer mehr in den Vordergrund. Natürlich umgeben von der eigenartig nebligen Atmosphäre, die die Luft des Diplomaten ist; sie läßt den Kämpfer selten in scharf umrissenen Linien erscheinen, wo sein Hauptverteidigungsmittel die Verschleierung ist. Kählmann erschien auch seinen Freunden nicht als der heroische Vorkämpfer für den Vorteil seines Landes, als den sie ihn sich gewünscht haben, sondern als ein verschmitzter und durchaus vorurteilsloser Diplomat, der alle Verhältnisse nur kaltsblütig benutzte, um ein eigenes, zunächst nicht klar erkennbares Programm schließlich durchzusetzen, wenn es so weit sein würde. Die Angriffe der alldeutschen Presse ließen das persönliche Element in Kählmanns Politik noch schärfer hervortreten. Es war bald nicht mehr von der Politik des Reichskanzlers, sondern von der Kählmanns die Rede. Graf Hertling schien für die auswärtige Politik abgedankt zu haben, wenn er auch wiederholt Gelegenheit nahm zu betonen, daß

er allein verantwortlich für die Politik des Reiches sei. Und dann geschah das, was der Diplomat unter allen Umständen vermeiden muß, solange er seinen Zweck nicht erreicht hat: Herr von Kühlmann nahm seine Zuflucht zu einer Demonstration. In der Morgenausgabe der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ vom 24. Juni finden wir die Mitteilung von einem parlamentarischen Abend beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, in der abgesehen von hohen Beamten und und Parlamentariern der Linken nur die Professoren Meinede, Troeltzsch, Alfred Weber, Hans Delbrück und Gerdner, das sind sozusagen die wissenschaftlichen Träger des Pessimismus in Berlin, aufgeführt sind. Die Tagespresse hatte wohl keine Zeit mehr, diese Kundgebung zu unterstreichen; an anderer Stelle ist sie nicht unbeachtet geblieben. Am 24. Juni bedachte dann Herr von Kühlmann seine Karten vollends auf, wie sich nachträglich herausstellte, ohne sich darüber auch nur mit einer dafür amtlich in Frage kommenden Stelle ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Die Fühlungnahme mit einem süddeutschen Bundesfürsten, der die Oberste Seeresleitung unterrichtet haben mochte, genügte jedenfalls nicht. Der Herr Reichstanzler wurde vollkommen überrascht, der „Vorwärts“ schrieb jenen empörenden Glau-macher-Artikel.

Herr von Kühlmann ist also nicht eigentlich das Opfer irgendwelcher Intrigen und Gegensätze zu „anderen Faktoren“, sagen wir offen heraus zur Obersten Seeresleitung, sondern seiner eigenen Fehler. Ob nun Ungebulb oder Erbitterung über die Machtlosigkeit der Diplomatie oder andere Gründe Herrn von Kühlmann bestimmt haben, möge dahingestellt bleiben. Herr von Kühlmann mag von dem Bestreben geleitet gewesen sein, der Politik einen stärkeren Einfluß auf die Kriegführung zu erringen und dadurch in einen sachlichen Gegensatz zu Hindenburg und Ludendorff geraten sein, — über ihn brauchte er nicht zu fallen, denn er ist natürlich und gesund und wird bis zu einem gewissen Grade immer bestehen bleiben, solange auf beiden Seiten noch ein Fünkchen Lebensenergie flackert. Worüber der Staatssekretär fiel, ist sein offener Versuch, den Willen der Zufallsmehrheit vom 19. Juli 1917 zum allein gültigen zu machen und mit dieser gegen die wirkliche Strömung im Lande, von der Graf Hertling sich vorsichtig tragen läßt, zu regieren.

Damit soll nicht gesagt sein, daß Herr von Kühlmann zurücktreten mußte. Sein Verbleiben oder Rücktritt war eine Nervenfrage, die er selbst gegen sich entschieden hat, vielleicht infolge der Erkenntnis, daß er die Kräfte, auf die er sich stützen wollte, überschätzte. Jedenfalls erweckt sein Rücktritt den Eindruck, als habe er einen kühnen Handstreich führen wollen und in seinem eigenen Interesse läge es, wenn dieser Eindruck durch gewisse Ausstreuungen aus dem Kreise seiner Umgebung nicht noch verstärkt würde! War ihm um die Sache, für die er zu kämpfen schien, so viel zu tun, wie man nach seinem Auftreten glauben sollte, so mußte er versuchen, sich unter allen Umständen im Amt zu halten, wenn er sich seine Stellung auch schon außerordentlich erschwert hatte. Nun Herr von Kühlmann auf seinem sofortigen Rücktritt bestanden hat, erscheint es mir von persönlichen wie von politischen Gesichtspunkten aus unpraktisch, sein Verhältnis zur Obersten Seeresleitung als Hauptursache in den Vordergrund zu rücken, während doch der wirkliche Grund in Kühlmanns Nervenzusammenbruch unter dem Einfluß der in der Großstadtluft verkümmerten Stimmung der Kreise, mit denen er sich umgab, zu

finden ist. Man könnte glauben, daß Herr von Kählmann, wie er die letzten Wochen sich einem ungehemmten Pessimismus hingab, nun auch bezüglich seiner eigenen politischen Zukunft zusammen mit dem „Berliner Tageblatt“ und der „Frankfurter Zeitung“ à la baisse spekuliere.

Für den Augenblick hat der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes weder inner- noch außenpolitisch einen irgendwie erschütternden Eindruck gemacht. Das Aufatmen, das vor einem Jahre gelegentlich des Rücktritts des damaligen Reichskanzlers durch alle Kreise des Landes und der Hauptstadt ging, ist diesmal nicht zu spüren. Das bedeutet, daß Herrn von Kählmanns Rücktritt keine tief empfundene Notwendigkeit war. Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Erklärungen des Grafen Hertling im Hauptausschuß des Reichstages, — ja, aus diesen Erklärungen wird sogar recht deutlich, daß Herr von Kählmann in diesem Augenblick nicht gehen durfte, sondern den Zeitpunkt seines Rücktritts dem Ermessen des Reichskanzlers überlassen mußte. Eine der wichtigsten Künste, die der Diplomat beherrschen muß, ist die, sein Tun zu verschleiern, um für jede Bewegung, die aus der Richtung der Politik herauschlagen könnte, gedeckt zu sein. Darin hätte der geschiedene Staatssekretär seinen Regierungschef unterstützen müssen. Herr von Kählmann hat den Reichskanzler im Gegenteil gezwungen, sich noch einmal vor aller Welt auf jenes Programm festzulegen, daß, durch die militärischen Erfolge und die Notwendigkeiten längst überholt, Freund und Feind verlocken wird, die Friedensschlüsse im Osten als Provisorien zu betrachten, die jederzeit umgestoßen werden können. Die wiederholte Erklärung des Grafen Hertling über Belgien hat solcher Auffassung besonders kräftige Nahrung gegeben. So vorsichtig sie abgefaßt ist, so klar in ihrer hypothetischen Form, sie ist dennoch geeignet, auf die Stimmung in Belgien ungünstig zu wirken und besonders unter der blamischen Bevölkerung ein Stügen hervorzurufen, während die Feinde jenseits der Schützengräben in ihnen eine Bestätigung des Eindruckes von der wankenden inneren Front, die Kählmanns Neben am 24. und 25. Juni hervorriefen, finden werden.

Damit erschöpft sich vorläufig der politische Sinn des Wechsels im Auswärtigen Amt. Im übrigen bringt er die Vereinigung der Gesamtpolitik des Reiches in den Händen seines Kanzlers; es ist kein Schritt von Kählmann zu Sinke getan, keine neue Ära mit neuen Zielen bricht an, sondern es erfolgte lediglich eine Korrektur des ausbrechenden Staatssekretärs in Richtung auf die Politik des Grafen Hertling.

Die Bedeutung der Berufung des Herrn von Sinke liegt im Augenblick außerhalb der reinen Politik. Für solche Auffassung spricht der Umstand, daß der neue Staatssekretär nicht sofort vor dem Reichstage zu erscheinen brauchte. Der Reichskanzler hat alle politischen Fragen vor diesem Forum persönlich erörtert und klargelegt und sich bezüglich des neuen Mitarbeiters auf den Hinweis beschränkt, daß alle Garantien für ein loyales Zusammenarbeiten gegeben seien. Herr von Sinke tritt sein neues Amt in einem Augenblick an, in dem die Politik ganz automatisch vor den kriegerischen Ereignissen zurücktritt. Wenn diese Zeilen in der Öffentlichkeit erscheinen, sind wahrscheinlich wieder große Kämpfe im Gange und die Meere ringen um eine Veränderung der politischen Lage. Vom Reichstage befreit, wird Herr von Sinke die Möglichkeit finden, sich sein Amt ein wenig genauer von innen anzusehen, um nach dem nächsten Schlage draußen um

so gerüsteter auf das diplomatische Parfett treten zu können. Dies entspricht auch durchaus den Bedingungen seines Erscheinens an der Spitze des Auswärtigen Amtes. Wie ein frisches Reis wird er auf einen alten Stamm gepfropft! Ein Außenseiter, noch dazu aus dem Ressort hervorgegangen, das in erbittertester Rivalität gegen das Auswärtige Amt durch ein Jahrzehnt und länger der auswärtigen Politik des Reiches die von seinen Leitern als notwendig erkannte Richtung zu geben trachtete. Herr von Hinzke ist von Haus aus Marineoffizier, der seine diplomatische Begabung schon als junger Flaggoffizier nachzuweisen Gelegenheit hatte. Er wuchs auf und bildete seinen politischen Charakter an den positiven Aufgaben, die dem Admiralstab und dem Reichsmarineamt seit Beginn der großzügigen und weitblickenden Flottenpolitik Kaiser Wilhelms des Zweiten gestellt waren. Das Auswärtige Amt hat eine solche Erziehung seinem jungen Nachwuchs im allgemeinen nicht angebeihen lassen können. Der Charakter seiner Politik war dazu verdammt, passiv zu sein; es mußte die starken Individualitäten unter seinem Nachwuchs unterdrücken und zurückdämmen, und nie ist es darin rücksichtsloser vorgegangen, als zur Zeit der Reichskanzlerschaft des Fürsten Bülow. Dennoch wird der neue Chef manch eine hervorragende Kraft unter seinen Mitarbeitern finden und auch Charaktere, wie sie die Zeit benötigt. Es gilt, sie zu finden und ihnen den ihnen gebührenden Platz anzuweisen. Doch wie dem auch sei: mit Herrn von Hinzke zieht in jedem Falle ein neuer Geist in das alte Gebäude in der Wilhelmstraße. Ob er darin wird heimisch werden können, das hängt von der Art ab, wie er sich und dem Amt die großen politischen Aufgaben stellt. Bleiben sie wie bisher defensiver Natur, und stehen sie nicht im Einklang mit dem mächtigen Aufwärtstreiben der Nation, das sich in der Entwicklung unserer industriellen und sonstigen Unternehmungslust ebenso offenbarte wie seit vier Jahren in den gewaltigen Leistungen von Heer und Flotte, so wird auch Herr von Hinzke nicht imstande sein, neues Leben in die Diplomatie zu bringen, und er wird sich, wie seine Vorgänger, in Ressortkämpfen und Parlamentsmiseren zerreiben. Kann aber die Diplomatie freier wie bisher und ungehindert durch die Berliner Stimmungen an die militärischen Erfolge anknüpfen, und sich unbeirrt durch schwachherziges Philosophieren und Aesthetentum der großen Aufgabe, den diplomatischen Ring um uns zu zerbrechen, widmen, mit einem Wort, wird Herr von Hinzke die Kraft haben, Deutschland durch die zwar noch enge Bresche zu führen, die Gindenburg und Sudendorff schon jetzt zur Freiheit geschlagen haben, dann wird er auch der von uns allen ersehnte Mann am Steuer sein, und in der Geschichte der großen Politik des Deutschen Reiches könnte dann vielleicht ein wichtiger Abschnitt sehr wohl heißen von Bethmann Hollweg zu Hinzke. Das eben beschlossene Kapitel, das nichts anderes erzählen kann wie die Entwicklung der Politik von Kählmann zu Hertling, wäre des Abschnittes zweiter Teil.



Ideale und Irrtümer der elsass-lothringischen Frage

Von Dr. Paul Wenzke

4. Inner- und außenpolitische Strömungen im neuen Reich und im Reichsland



on 1815 bis 1870 konnte unsere Darstellung nahezu lückenlos die ideengeschichtliche Vertiefung und Wandlung der Begriffe Reich und Reichsland verfolgen. Vor allem durfte sie hervorheben, wie der gewaltige Strom der großen deutschen Einheitsbewegung immer wieder gerade in der Wertung von Kaiser, Reich und Reichsland die Dämme eigensüchtiger territorialstaatlicher und parteipolitischer Interessen durchbricht und dem deutschen Volke fruchtbares Neuland für sein nationales Leben gewinnt. In der Zeit nach der Reichsgründung ist die dämonische Wucht dieser Ideen gebrochen. In ruhigeren Bahnen fließt der breiter gewordene Fluß dahin. Im Ausbau der Reichsverfassung und der auf ihr ruhenden Weltpolitik werden seine Kräfte fast restlos zu nutzbringender wirtschaftlicher Arbeit herangezogen. Die Einheit und mit ihr die Worte Kaiser, Reich und Reichsland sind etwas Alltägliches geworden, über deren Bedeutung nachzugrübeln zwecklos wäre. Nur zeitweise blüht aus der Tiefe der goldene Schatz hervor, über dessen Geschichte, Wert und Wesen die öffentliche Meinung gemeinhin gern hinweggeht.

Dem oberflächlichen Beschauer erscheint daher heute die bisherige Entwicklung des „Reichslandes“ nur als das Ringen einiger Gebietsteile, die zufällig verfassungsrechtlich mit dem Deutschen Reiche verbunden sind, um größere Selbstständigkeit. So pflegen vor allem auch die Führer der elsass-lothringischen Parteien selbst die Erörterung zu führen. Sie wollen darüber hinweggleiten, daß Bismarck den Reichstagsausschuß für die Schöpfung des Reichslandes nur durch die ausdrückliche Erklärung gewann, daß der neue Begriff den Gedanken an einen selbständigen Bundesstaat ausschließe. Sie vergessen absichtlich, daß der Reichstag bei Beratung und Beschluß über die Vereinigung beider Länder mit dem Reich die Nebenformel „Die Staatsgewalt in Elsaß und Lothringen übt der Kaiser aus“ zum Mittelpunkt des neuen Gesetzes gemacht hat. Bewußt legte die überwiegende Mehrheit der deutschen Volksvertretung damit im Gewirr der föderativen Fäden, die den Begriff des „Reichslandes“ umspannen, den unitarischen Kern bloß. Und in wundervoller Stärke bewahrten bisher in der Tat diese Worte die Schöpfung Bismarcks und der Nation vor dem Herabsinken zum Bundesstaat. Nicht nur militärisch haben Elsaß und Lothringen ihre Aufgabe als Glacis und als gemeinsame Vorpostenstellung gegen den stärksten und gefährlichsten Feind des Reiches getreulich erfüllt. Die unendliche Reihe von frischen Helbengravern, die sich von Pfirt über den Hartmannsweiler Kopf und durch die Lothringer Ebene bis in die klassischen Gefilde der Auguſtschlachten von 1870 hinzieht, ist dafür der größte und ruhmvollste Beweis. Auch staatsrechtlich bedeutet die Einrichtung des Reichslandes weit mehr als nur die Anfügung eines unfruchtbaren und seelenlosen „Staatsfragments“ an die Gesamtheit der deutschen Bundesstaaten. Weit hinaus über die Macht, die dem „Bundespräsidium“ nach den trockenen Formeln der Reichsverfassung im „Bundesstaate“ zusteht, hat der „Kaiser“ seinen Einfluß im „Reiche“ tatsächlich ausgedehnt. Die wichtigste staatsrechtliche Stütze dieser „kaiserlichen“ Gewalt aber ist das „Reichsland“ geworden. In Anknüpfung an Ausführungen, die Eduard Lasker schon im Mai 1871 im Reichstage machte, wies nachdrücklich noch vor wenigen Jahren einer der bedeutendsten Kenner des deutschen Staatsrechts auf die besondere Wichtigkeit dieser Stellung hin. Durch die Ausübung der Herrschaft im Reichsland, sagt Paul Laband, „hat das Kaisertum eine territoriale Grundlage erhalten, welche nicht zugleich preussischer Kronbesitz ist. Das Kaisertum wird dadurch über die Präsidialstellung der Reichsverfassung emporgehoben, denn die Regierung eines Landes wie Elsaß-Lothringen

ist ein Recht ganz anderer Art als die im Bundespräsidium enthaltenen Befugnisse.“ Nach dem, was ich oben ausführte, dürfen wir den hier angeschlagenen Gedanken noch schärfer fassen. Indem Bismarck die Verhandlungen über die Erweiterung des Norddeutschen Bundes unmittelbar an die Idee des „Reichslandes“ anknüpfte, gab er dem neu zu schaffenden Bundesstaat einen Unterbau, dessen unitarischer Charakter nach der tausendjährigen Geschichte des deutschen Volkes unzweifelhaft feststand. Der föderalistischen Verfassung des Reiches wurde damit ein Element eingefügt, welches in schroffem Gegensatz zu den gewaltigen Pfeilerbündeln steht, die die Verfassungsurkunde selbst tragen.

Vor allem in den ersten Jahren des neuen Reiches, solange der Besitz von Elsaß und Lothringen der einzige oder doch wenigstens der wichtigste Besitztitel war, den alle Bundesstaaten, Fürsten, Städte und Stämme in gemeinsamer Arbeit errungen hatten, kam diese staatsrechtliche Bedeutung des „Reichslandes“ auch politisch zum Ausdruck. Noch immer war die Möglichkeit vorhanden, die neue Schöpfung, die vorerst nur langsam in das Gefüge des Reiches hineinwuchs, in der Tat zur Reichsprovinz zu machen. Und vor allem blieben Wunsch und Hoffnung lebendig, daß der Weg zur Einverleibung in Preußen nicht verschlossen sei. Hatte doch Bismarck selbst im Reichstage offen erklärt, daß er ein klares Bild dessen, was eigentlich das Reichsland sei, und wie es staatsrechtlich funktionieren sollte, nicht besitze. Jeder Umschwung in der inneren Politik, in Verfassung und Verwaltung Preußens und des Reiches konnte und mußte auch im „Reichsland“ wirksam werden. Längere Zeit wurden damals Erörterungen gepflogen, „ob es nicht richtiger sei, von der Schaffung eines Oberpräsidiums abzusehen und unter Beibehaltung der Präfekturverfassung ein dem Reichskanzler unmittelbar untergeordnetes Ministerium in Berlin zu errichten.“ Die Reichshauptstadt sollte dieselbe politisch leitende Bedeutung und Anziehungskraft für das Reichsland gewinnen, die in der französischen Zeit Paris besaß. Von der anderen Seite schien auch manchem Unitarier die Neuordnung der preussischen Provinzialverfassung, die bereits nach 1867 in Angriff genommen worden war, die Lösung des preussisch-deutschen Problems und damit auch die entscheidende Wandlung der neuen elsäß-lothringischen Frage zu bringen.

Das Reichsland, heißt es schon im Sommer 1871 in einem Brief aus Schwaben, „steht man gleichsam als eine Versuchstation an für die freiere Entwicklung der trefflichen Grundlagen der preussischen Verwaltung, als einen dankbaren Boden für die Neugestaltung eines deutschen Verwaltungsrechts unter der Ägide des Reichskanzlers.“ Und 1872 nahm selbst ein so einflußreicher Publizist wie Konstantin Höpker die Gedanken an ein Aufgehen Preußens in Deutschland, die vom Kern der Erbkaiserpartei von 1848 zur Reichsgründung hinüberleiten, bewußt wieder auf. „Im Deutschen Reich“, schrieb er, „ist ein unmittelbares Reichsland bereits errichtet, und der größte Fortschritt, den die deutsche Reichsentwicklung nach innen machen kann, wird darin bestehen, daß der preussische Staat zum unmittelbaren Reichsland erklärt wird.“ Aber den Weg, der dahin führen konnte, verlegte Bismarck gerade in den folgenden Jahren aufs neue. Wohl schuf er beim Erlaß der neuen Provinzialordnung 1875 durch die selbständige Dotation der Provinzen und durch Errichtung einer eigenen Verwaltungsgerichtsbarkeit eine gewisse Selbstverwaltung der territorialen Glieder des preussischen Staates. Aber er vereitelte durch dies teilweise Entgegenkommen doch auch zugleich alle Hoffnungen, die bislang noch auf eine Auflösung Preußens und auf seine Umwandlung in Reichsland gerichtet waren: ein Widerspiel zur Ostroptierung der ersten Verfassung des preussischen Gesamtstaates vom 5. Dezember 1848, die scheinbar den Forderungen der Frankfurter Erbkaiserpartei zu folgen schien, gleichzeitig aber auch der Verbekraft ihrer Ideen eine unübersteigliche Schranke gezogen hatte!

Günstiger war die Aussicht, zunächst das bestehende „Reichsland“ zur preussischen Provinz zu machen. Wie 1813/15 die provisorische Verwaltung der

am Nieder- und Mittelrhein neu erworbenen Länder von Anfang an in preußischem Sinne wirkte, preußische Art und preußische Staatsgesinnung einzuführen suchte, so konnte auch in Elsaß-Lothringen der neue Oberpräsident die Überleitung des Landes in eine endgültige staatsrechtliche Form tatkräftig vorbereiten. Daß Eduard von Moeller, der erste Leiter der reichsländischen Landesverwaltung, hier wie früher in Hessen-Nassau in diesem Sinne und in dieser Hoffnung eine ausgedehnte, gesegnete Tätigkeit entfaltete, ist bekannt. Aber ungewiß bleibt zunächst, ob auch Bismarck, in dessen Reichskanzleramt alle Fäden mündeten, diese preußische Politik des Oberpräsidenten bewußt billigte, oder ob er ihr stillschweigend und abwartend zusah, ohne selbst eine bestimmte politische und staatsrechtliche Weiterentwicklung Elsaß-Lothringens anzustreben. Von vornherein, das ist kaum scharf genug zu betonen, war eine nationale Politik in der westlichen Grenzmark ja gerade für ihn niemals Selbstzweck. Nach wie vor blieb das „Reichsland“, das er als Bollwerk gegen Frankreich erwarb und zum Grundstein seiner Reichsgründung machte, in der Innenpolitik des Reiches wie dem Ausland gegenüber nur ein Turm auf dem diplomatischen Schachbrett seiner Staatskunst: ein Turm, der bald den König seines Spieles, die Außenpolitik, bald die Königin, die staatserhaltenden Interessen des Bundesstaates, in Angriff oder in Verteidigung decken mußte. Deutlich zeigte sich diese Aufgabe, als der Wechsel im Kurs des Reichsschiffes, der in den Jahren 1875 bis 1879 einsetzte, mit Wissen und Willen des Reichskanzlers auch die Entwicklung des Reichslandes aus der bisher verfolgten Bahn riß. Ob Bismarck damals wirklich bereits, wie zuletzt Dietrich Schäfer vermutet hat, eine künftige Autonomie Elsaß und Lothringens vor Augen schwebte, erscheint mir sehr fraglich. Und ebenso werden neuerdings die persönlichen Beweggründe, die den Kanzler zur Empfehlung des kaiserlichen Günstlings Edwin von Manteuffel für die neue Würde eines Statthalters im Reichslande führten, doch wohl allzu scharf betont. Verständlich wird die Entwicklung vielmehr erst dann, wenn man sie in den großen Rahmen der inneren und äußeren Politik der ereignisvollen Jahre einfügt, die dem Sieg der föderativen Parteien im Reiche und dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses in Mitteleuropa vorausgingen. Nationale und internationale Motivenreihen begleiten bestimmend das Schicksal der wiedererrungenen Länder.

Die klassische Blütezeit des deutschen Liberalismus im Zeichen unitarischen Strebens wurde damals bereits abgelöst von dem überwiegenden Interesse an wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, in deren Erörterung sich unter dem zwingenden Einfluß der Reichsregierung eine neue Mehrheit zusammenfand. Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Jahres 1873 leitete den Umschwung ein. Die Reichseisenbahnpläne, in denen die Gedanken Detkers, vom Reichsland aus die Immediatisierung der Einzelstaaten einzuleiten, auf dem Gebiete der Verkehrs- politik durchgeführt werden sollten, scheiterten. Es folgten der Sieg des Schutz- zolles und der Steuer- und Wirtschaftsreform über den Freihandel und endlich der Zwist mit den Nationalliberalen und die offene Verbindung des Kanzlers mit den föderativen Elementen des Reichstags. Als der 1874 berufene elsäß-lothringische Landesausschuß durch Gesetz vom 2. Mai 1877 gesetzgebende Körperschaft wurde, war der große Schlag innerlich bereits wohl vorbereitet. Die Verlegung der Landesverwaltung nach Straßburg im entscheidungsschweren Jahre 1879 brachte ihn auch äußerlich zum Abschluß. „Die Reichsflut ist rüchläufig geworden: wir gehen einer Ebbe darin entgegen“, mußte Bismarck schon am 10. März 1877 gestehen. Aber er selbst ließ sich nicht ungern von dieser zurück- flutenden Welle tragen, als ihn der unitarische Golfstrom ins Unbekannte fort- zureißen drohte! Als er am 22. Februar 1878 endgültig mit den Nationalliberalen brach, ließ der Kanzler am gleichen Tage dem bayerischen König befriedigt ver- sichern, daß er „nur in dem föderativen Bande des Reichsvertrages die sichere Grundlage der Einheit erblickte“.

Schon die einfache Aneinanderreihung dieser allbekannten Tatsachen zeigt deutlich, wie eng die verfassungs geschichtliche Entwicklung Elsaß-Lothringens ver-

strickt ist mit dem Kampf der Parteien im Reiche und in Preußen. Wenn man mit Recht immer aufs neue in der Reichsverfassung Bismarcks die geniale Ausgleichung der unitarischen und föderalistischen Kräfte der Nation bewundert hat, so kennzeichnet gerade dies Bild trefflich auch den Unterschied, der zwischen der liberalen und der konservativen Periode in der Politik des Reichskanzlers Elsaß und Lothringen gegenüber besteht. Bis zu den wirtschaftspolitischen Kämpfen von 1877 beschweren Begriff und Bedeutung des „Reichslandes“ die Tragchale des Unitarismus. Seit der Begründung der Statthalterchaft unterstützt der Charakter des neuen, halb selbständigen Elsaß-Lothringens die Definition und Auslegung des Reiches als eines föderativen Bundesstaates.

Wie in der inneren Politik Deutschlands bereitete sich im Jahre 1875 aber auch nach außen ein entscheidungsvoller Umschwung vor. Aber Erwarten schnell hatte Frankreich seine Niederlage überwunden und rüstete zu neuen Kämpfen. Noch im Oktober 1876 bot Bismard dem leitenden Staatsmann Rußlands Unterstützung im Orient an, wenn er dafür einen Garantievertrag für Elsaß-Lothringen erhalte. Erst als Fürst Gortschakoff ablehnte, begannen die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn, die 1879 zur Sicherung und Vollenbung des Wertes von 1866 und 1870 führten. Nur als Verteidigungswaffe gegen die mächtigen Nachbarn im Osten und Westen war ja das neue Bündnis gedacht. Angstlich bemühte sich der Kanzler, die Reibungsflächen hüben und drüben zu mildern. Mit einem peinlich genau arbeitenden „System von Aushilfen“ suchte die politische Strategie Bismarcks die Weltkatastrophe hintanzuhalten, die auch er von der Zukunft befürchtete. Oft genug ist dabei der Rückversicherungsvertrag mit Rußland als das glänzendste Zeugnis dieser Staatskunst, „der gerade durch ihre Mittelstellung ein höheres Maß von Verantwortlichkeit als anderen auferlegt wurde“, gepriesen worden. Aber war die Zurückhaltung, mit der von Berlin aus in diesen Jahrzehnten die Frage der staatsrechtlichen Zukunft Elsaß und Lothringens in der Schmebe gehalten wurde, nicht das Gegenstück im Westen? Wer mit den Augen des Realpolitikers die Kräfte und Zusammenhänge der großen Mächte abwog, mochte nur ungern das junge Mitteleuropa schon in seinen noch unfertigen Grundpfeilern mit der Hypothek der französischen Revanchepolitik belasten. Die Erkenntnis, daß Wien und Triest, Lemberg und Budapest in erster Reihe am Rhein zu verteidigen sind, ist ja heute noch einem großen Teil der Ungarn und Polen, von Tschechen, Südslawen und Pazifisten zu schweigen, fremd. In der Tat wird man von diesem Gesichtswinkel der deutschen Außenpolitik aus die Errichtung der Statthalterchaft im „Reichsland“ geradezu als ein Pfand für die Erhaltung des europäischen Friedens ansehen dürfen. Offen gestanden die österreichischen Staatsmänner im Jahre 1879, daß nur die „verständige und friedliebende Weigerung der französischen Regierung“ den Abschluß eines russisch-französischen Bündnisses und damit die gefährlichste Kriegsdrohung verhindert habe. Der Gedanke der Autonomie Elsaß und Lothringens wurde integrierender Bestandteil der Versöhnungspolitik, die das Deutsche Reich seitdem ein Menschenalter hindurch Frankreich gegenüber getrieben hat, um sich und damit Europa den kaum auszubedenkenden Vernichtungswillen eines Weltkrieges zu ersparen.

Bei allem Verständnis aber, das wir mit diesem Überblick über die Zusammenhänge der inneren und äußeren Politik Deutschlands im Spiegel seines Reichslandes gewinnen, darf doch das harte Urteil nicht fehlen, daß mit dem Entscheidungsjahre 1879 für Elsaß und Lothringen eine Leidensgeschichte anhebt, deren Darstellung nicht Aufgabe dieser Blätter sein kann. Wenn das „Reichsland“ bisher ein unitarischer Ring war, der den Bundesstaat zusammenhielt, so konnte das Reich kaum mehr als ein Jahrfünft nach seiner Gründung bereits dieser Stütze entbehren. Die neuen Schutzzölle, die kaum zu bewältigende Fülle sozialpolitischer Gesetze und Verordnungen, der Kampf um Reichsmonopole und Steuern, das neu erwachende Interesse an Seegeltung, an Kolonien und Flotte und endlich die gemeinsam begonnene Weltpolitik: all das schmiedete die Einzelstaaten, Stämme und Dynastien fester zusammen, als die Vaterlandsfreunde von 1815, von 1848

und 1870 es je erhofft hatten. Als Edwin von Manteuffel am 1. Oktober 1879 sein neues Amt in Straßburg antrat, schien die Aufgabe, die die Nation und ihr Kanzler dem „Reichslande“ im diplomatischen und politischen Kampfe um die Reichsverfassung zugewiesen hatten, gelöst. Ihre Weiterführung hatten andere, modernere Kräfte übernommen, die das staatliche Wesen des Reiches mit neuem Leben und Inhalt erfüllten. Seitdem erst ist das vereinigte Elsaß und Lothringen das Zwittergebilde zwischen Provinz und Staat geworden, dessen innere und äußere Entwicklung weit abführte von den idealen Anschauungen, die die unitarischen und liberalen Parteien Deutschlands noch im Jahre 1870 vom „Reichsland“ hegen durften.

Nicht der wechselnden Landesverwaltung, Statthaltern und Ministerien, wird man daher die größte Schuld an allen Mißgriffen und Verschämnissen zuschreiben dürfen, an denen die neueste Geschichte Elsaß und Lothringens so überreich ist. In erster Reihe tragen Volksvertretung und Regierung im Reiche die ungeheuer große Verantwortung. Als Bismarck den Föderalismus zum Kampfschiff gegen den unitarisch gerichteten Parlamentarismus ertor, entlagte er jeder Teilnahme am folgerichtigen staatsrechtlichen Ausbau Elsaß-Lothringens. Sein Gegenspieler gar, der Reichstag, hat fast seit der Erwerbung der oberrheinischen Grenzmark das Recht und die Zukunft des „Reichslandes“ sowie die politischen Überzeugungen seiner Bevölkerung zum Spielball der eigenen inneren Parteikämpfe gemacht. Wie in der Vorgeschichte der Reichsgründung verbanden sich Partikularismus und Demokratie zu unheilvollem Bunde. An Stelle des Partikularismus der Dynastien trat der der Parteien, von denen sich das deutsche Volk selbst auch in nationalen Fragen leiten ließ. Langsam aber stetig gewannen im Kampf der nationalen und internationalen Kräfte, die wir bereits 1870 und 1879 in Begründung und Ausgestaltung des „Reichslandes“ lebendig sahen, außenpolitische Rücksichten die Oberhand.

Nur einmal ist, soviel wir heute wissen, der Gedanke ernsthaft erwogen worden, die unitarischen Ideale, die sich 1870 mit dem „Reichsland“ verbanden, wenigstens zum Teil durchzuführen. Der längst drohende Zweifrontenkrieg um das Dasein des Reiches schien zur Wahrheit zu werden, als die aufflammende Revanchelust Frankreichs im Februar 1887 auch die öffentliche Meinung in Rußland zu Taten rief. „Rußland werde jetzt die Orientfrage an die zweite Stelle rücken“, hieß es in Petersburg, „und die Vorgänge am Rhein überwachen; sein eigener Vorteil verbiete ihm, einem möglichen deutsch-französischen Krieg mit der gleichen wohlwollenden Unparteilichkeit wie im Jahre 1870 zuzusehen“. Die beiden schlimmsten Gegner des jungen Reiches, Panlawismus und französischer Revanchegebanke, reichten sich über Mitteleuropa hinweg die Hand. In dieser Gefahr suchte Bismarck den Zaren bekanntlich zunächst durch eine scharfe Polenpolitik gefügig zu machen. 1885 begannen große Ausweisungen in Posen, wo man plötzlich „slawische Sympathien“ entdeckt hatte. Ein Jahr später erschien das erste An siedlungsge setz als „Maßregel zur Germanisierung der Provinz“. Als dies Entgegenkommen in Petersburg nicht, wie bisher so oft, genügte, zeigte der Reichskanzler nacheinander Zuckerbrot und Peitsche: der Rückversicherungsvertrag vom Juni 1887 rief noch einmal die gute Überlieferung der Dreikaisertage wach; die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages im Februar 1888 sollte als Warnungsschuß das russische Schlachtschiff zum Weidrehen zwingen. Nach Westen hin, wo Boulanger offen zum Machekrieg rüstete, richtete der Kanzler gleichzeitig das Mahnwort: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts auf der Welt“, nachdem er bereits im Jahre zuvor mit ganz ungewohnter Schärfe gegen Hoch- und Landesverrat auf dem elsass-lothringischen Glacis des Reiches eingeschritten war. Als gleichzeitig die Reichstagswahlen im Reichslande selbst der schärfsten, unverföhnlichen Richtung der Protestler auf der ganzen Linie den offenen Sieg brachten, wurden im Reiche aufs neue Bestrebungen wach, die in den schweren Tagen des Kulturkampfes und der wirtschaftspolitischen Neuorientierung fast völlig vergessen zu sein schienen.

Papst Leo's des Dreizehnten Anregung vom März 1887 freilich, durch Neutralisierung von Elsaß und Lothringen kriegerische Verwicklungen zwischen Deutschland und Frankreich zu verhüten, mußte bei Bismarck auf unfruchtbaren Boden fallen. Die Mehrheit der nationalen Presse aber betonte unter dem Druck der neuen Kriegsaussichten im Westen und Osten jetzt nachdrücklich die unbedingte Notwendigkeit einer durchgreifenden Änderung im staatsrechtlichen Charakter des Reichslandes. Man fühlte das Bedürfnis, die nationalen Interessen in der Westmark gegenüber den überwuchernden internationalen Rücksichten endlich nachhaltig und dauernd zu stärken. Wie Fürst Hohenlohe berichtet, wurde im Bundesrat und Reichstag wiederum ernsthaft von einer Teilung zwischen Preußen, Bayern und Baden und von einer Rückkehr zum Oberpräsidium gesprochen. Der Gedanke an ein „Kronprinzenland“ mußte angesichts der Krankheit des Thronfolgers bald fallen gelassen werden. Die Schöpfung einer neuen Dauphinée im deutschen Bundesstaat erwies sich von vornherein als staatsrechtlich und politisch unfruchtbar. Treue Freunde des Landes empfahlen vielmehr aufs neue dringend die Einverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen. Wohl unbewußt knüpfte dabei die Berliner „Nationalzeitung“ fast unmittelbar an die Gedankengänge an, die uns aus der Zeit der Reichsgründung bekannt sind. In einer Reihe von Aufsätzen, denen Lujo Brentano, damals Professor in Straßburg, nachstand, empfahl sie dringend den Ausbau Elsaß-Lothringens als Provinz des Reiches, in der der Landesausschuß lediglich die Rechte und Pflichten eines Provinziallandtages erhalten solle. Nach einer offiziellen Nachricht scheint das preukische Staatsministerium damals in der Tat beschlossen zu haben, diese Überleitung des „Reichslandes“ zur „Reichsprovinz“ in Angriff zu nehmen. Die Anregung soll jedoch nie vor den Bundesrat gekommen sein: angeblich, weil Kaiser Wilhelm der Erste seinen Statthalter, den getreuen Fürsten Eitel-Friedrich Hohenlohe, nicht verletzen wollte. In Wahrheit wird die Meinung Bismarcks den Ausschlag gegeben haben, der um der elsass-lothringischen Frage willen sicherlich weder zwischen den Parteien im Reich und in Preußen, noch nach außen einen entscheidungsschweren Streit entfesseln wollte.

Bereits im März 1888 wurde Boulanger gestürzt. Die noch schwebenden Grenzstreitigkeiten mit Frankreich legte der Reichskanzler mit weitgehendem Entgegenkommen bei. Die gleichzeitig im nahen Osten zwischen Rußland und Österreich-Ungarn aufsteigenden Kriegswolken wurden durch Vermittlung Deutschlands zerstreut, das jetzt in Gemeinschaft mit Frankreich und Rußland den Sultan zur Absetzung Fürst Ferdinands von Bulgarien veranlaßte. Wenn sich auch trotz all dieser Bemühungen schon Ende 1888 das entscheidende Band zwischen dem Kapitalismus der französischen Republik und der russischen Autokratie knüpfen sollte: der Weltfrieden blieb auch in dieser schwersten Krisis, die Europa seit der Gründung des Deutschen Reiches zu bestehen hatte, gesichert. Und ebenso brachte in der Innenpolitik Deutschlands das Wahlkartell, das damals auch die National-liberalen wieder zur Mehrheitsbildung und zur Unterstützung der Reichsregierung heranzog, den unitarischen Gedanken nur einen Pyrrhussieg. Überraschend schnell verebbte die kurze Einheitswelle, die in diesen Tagen durch das deutsche Volk ging, als Bismarck selbst zur alten Versöhnungspolitik im Innern und nach außen zurückkehrte. Besaß doch nach der Ansicht des Kanzlers nur die konservative und föderative Mehrheit die Kraft, dauernd die ungeheure Wucht der Rechte und Pflichten zu tragen, mit denen seine Sozial- und Wirtschaftspolitik seit einem Jahrzehnt den Staat belastet hatte. Nur sie schien das Verständnis für die vorsichtig abwägende Staatskunst zu bewahren, die das Gezeig unseres Daseins in Mitteleuropa ist. Fester denn je suchte Bismarck in der Folge Halt und Stütze an den Einzelregierungen und Dynastien, deren Bedeutung als Bindemittel der Nation er bald darauf fast überschwenglich pries.

Auch in der Behandlung der elsass-lothringischen Frage kehrte unter diesen doppelten Auspizien der deutschen Gesamtpolitik schon im Dreikaiserjahr die alte nationale Gleichgültigkeit zurück. Wer Land und Volk kennt, würde immer neue

„Fälle“ nachweisen können, in denen die Pflichten, die das Reich mit der Einverleibung Elsaß und Lothringens in der doppelten Eigenschaft als Glacis und als „Reichsland“ übernommen hatte, aufs gröblichste verletzt wurden. Während die Mehrheitsparteien von 1870 als Organe des nationalen Gewissens im Reichsland das unitarische Symbol des Kaisers sahen, sank sein Begriff etwa in den achtziger Jahren immer mehr zur Ausbeutung eines „Staatsfragments“ herab. Das Schlagwort vom „autonomen Bundesstaat“, das einst Graf Beust als Gegner der kleindeutschen Einheit in den internationalen Formelschatz aufgenommen hatte, gewann neues Leben. Fast mit Stolz und Bewunderung begrüßte man in „Altdeutschland“ — schon der Name zeigt noch nach fünf Jahrzehnten gemeinsamer Geschichte die Entfremdung! — die üppig emporkuchernde Erbschaft der „Doppeltkultur“. Überschwenglich pries die neu einsetzende Friedensströmung Elsaß und Lothringen als das natürliche Bindeglied zweier weltgebietender Kulturvölker. Die Vorkämpfer und Anhänger der Völkerrechts- und Schiedsgerichtsbewegung, die Nachfolger der für europäisches Gleichgewicht schwärmenden Diplomaten des ancien régime, behandelten Elsaß und Lothringen bereits als ein „Niemandsland“ zwischen feindlichen Schützengräben. Der Gedankengang vom Herbst 1870, der vom internationalen Pufferstaat zum nationalen Reichsland geführt hatte, ward aufs neue lebendig — nur daß er diesmal mit umgekehrten Vorzeichen einsetzte und in der deutschen „Mentalität“ bloß bis zum „autonomen Bundesstaat“ gedieh. In unverbeßerlicher Oberflächlichkeit gab man sich im Reichstag zufrieden, als die verschiedenen Interessengruppen in Elsaß und Lothringen zum Teil wenigstens Bezeichnungen annahmen, die rein äußerlich eine nahe Verwandtschaft mit den geschichtlich aus Weltanschauungskämpfen erwachsenen Parteien des Reiches anzudeuten schienen. Im Stimmenkampf um die arg umstrittene Mehrheit und damit um die politische Macht glaubte man auch offenen Protektoren nicht die Türe weisen zu dürfen. Mußten doch gut deutsch gefinnte Kreise im Lande selbst willig oder gezwungen dem Nationalismus Zugeständnisse machen, wollten sie nicht von vornherein auf jeden Einfluß verzichten. Mittelbar und unmittelbar wurde durch diese ganze Entwicklung nur der Protest selbst gekürt, der sich jetzt unter den Schutz der „Autonomie“ zurückzog und diesen Begriff, der ursprünglich von wohlmeinenden Elsässern wie Graf Dürckheim und August Schneegans als eine Art deutschen Partikularismus aufgenommen worden war, von innen heraus umgestaltete.

Wie sich diese Entwicklung im einzelnen vollzog, bis sie mit der sogenannten „Verfassungsreform“ von 1911, an der Schwelle des Weltkrieges, ihre letzte Stufe erreichte — eine solche Darstellung ist zurzeit noch nicht möglich. Das eine aber darf und muß schon heute betont werden, daß sich in diesem letzten Vierteljahrhundert des neuen Deutschen Reiches wie in den siebziger und achtziger Jahren nationale und internationale Rücksichten und Interessen in der Behandlung des „Reichslandes“ schneiden. Auch in der preussischen Polenpolitik wird eine ordnende, unparteiisch abwägende Hand immer wieder den tiefen Einfluß der auswärtigen Politik des Reiches entdecken können. Aber die Versöhnungspolitik gegenüber dem Zaren zog doch wenigstens keine unmittelbaren nationalen Verluste nach sich! In Elsaß und Lothringen aber, das ist das unsagbar Tragische in der neueren deutschen Geschichte dieser Länder, bedeutete ein Nachgeben gegenüber Frankreich zugleich ein Nachlassen der nationalen Spannkraft. Während die Friedenspolitik Bismarcks selbst und seiner Nachfolger die wirtschaftlichen Kräfte des Reiches zu erhalten und zu stärken suchte, gab sie gleichzeitig im Westen fruchtbares Land preis, das mit dem Blute des ganzen deutschen Volkes als Symbol seiner Einheit erkaufte war. Und mittelbar reizten diese Versöhnungsversuche doch immer gerade aufs neue die Begehrlichkeit des Gegners. Seit die Wege vom „Reichsland“ zur Reichsprovinz oder zur Angliederung an einen der alten Bundesstaaten verlassen waren, schien Deutschland Elsaß und Lothringen, wenn auch zögernd, frei geben zu wollen. Wohl sank nach dem Zusammensturz des „Boulanger-Kummels“ der „Protest“ zunächst in sich zusammen. Aber sehr

balb schon führten ihm die Patriotenliga und verwandte Körperschaften neues Blut zu. Im Kampf um die „Gleichberechtigung“ der französischen Sprache im gelobten Lande der „Doppeltkultur“ konnten solche unzuverlässige Männer wie der Altertumsfälscher Dr. Bucher in Straßburg ihren Minenkrieg selbst unter die Grundmauern der bodenständigen Verwaltung tragen. Mit bewundernswerter Geschicklichkeit heuteten die Vorkämpfer der Revancheidee in Paris die Haltlosigkeit der stratsrechtlichen Stellung des „Reichslandes“ „als Reizmittel für die schlafte Stimmung in Frankreich“ aus. Für Frankreichs Welt- und Rechtsanschauung war spätestens im Jahrzehnt vor dem Kriege die künftige Entwicklungsreihe klar vorgezeichnet, die vom deutschen Bundesstaat über die Brücke des Völkerrrechts zum französischen Einheitsstaat führen mußte. Vom autonomen Bundesstaat Elsaß-Lothringen wiesen die Wegzeichen über den neutralen Pufferstaat und über das Protektorat der Republik hinweg zur Desannexion und zur Aufnahme in den Mutterseß Frankreichs, dessen Kultur die geraubten Provinzen ja nie entsagt hatten!

Aufs deutlichste zeigte diese Mittelstellung des elsass-lothringischen Problems die große Weltkrisis von 1909 bis 1911, die wie die Entscheidungsjahre von 1878/79 und von 1887/88 auch äußerlich wieder die staatsrechtliche Entwicklung des „Reichslandes“ in den Vordergrund nationalen und internationalen Interesses rückte. Während die Einkreisungspolitik König Eduards des Siebenten Faden für Faden um die Mittelmächte schlang, suchte sich der verantwortliche Leiter der Reichspolitik immer aufs neue durch Nachgeben nach allen Seiten der lebensbedrohenden Umfriedung zu erwehren. Vielleicht darf schon der neue Gesetzeswurf vom Jahre 1907 zur Stärkung des Deutschtums in Ostpreußen und Posen, der sich mittelbar gegen den Neoslawismus richtete, hier eingestellt werden. Auf alle Fälle begannen dann 1909 bewußt Verständigungsverhandlungen mit England als letztes Mittel, „einer Panik und einem kampfartigen Weltrüsten“ vorzubeugen. Gleichzeitig sollte der Besuch des Zaren auch nach außen eine weitgehende deutsch-russische Annäherung bezeugen. Wieder betonte der Reichskanzler dabei, „daß das alte vertrauensvolle Verhältnis der beiden Staaten bekräftigt und Sicherheit geschaffen sei, daß kein Staat sich in etwas einlasse, was eine aggressive Spitze gegen den anderen kehren würde.“ Dem dritten Genossen endlich im Dreiverband galt — das wird auch in der neuesten Erörterung über die Vorgeschichte des Weltkrieges ganz übersehen! — das Versöhnungszeichen der elsass-lothringischen „Verfassungsreform“ von 1911. Wohl war diese selbst längst innerpolitisch vorbereitet. Linksliberaler Doktrinarismus und der wohlbegründete deutsche Gedanke vom Wert der Selbstverwaltung trafen hier zusammen mit der klaren Erkenntnis, daß die Zustände im „Reichsland“ unhaltbar seien. Alle Versuche, Elsaß und Lothringen wirtschaftlich unlösbar an die übrigen Bundesstaaten zu ketten, wurden durchkreuzt und vereitelt von dem unseligen politischen und staatsrechtlichen Provisorium, das seit mehr als einem Menschenalter auf dem Lande lastete. Aber diese nationalen Erwägungen führten doch nur in die Reformgedanken selbst ein: die Tat an sich löste erst die internationale Lage aus. Es ist nicht anders: weltpolitisch steht die Verfassungsreform Elsaß-Lothringens in der Reihe der Zugeständnisse, mit denen das Deutsche Reich unmittelbar vor der Marokkokrises noch einmal den Frieden vom Dreiverband erkaufte. Fast resillos unterbrach das Verfassungsgesetz vom Mai 1911 in der Tat die Entwicklung, die dem „Reichsland“ noch immer trotz der einschneidenden staatsrechtlichen Änderungen von 1879 den Charakter als Reichsprovins wahrten. „Die Mitwirkung des Bundesrats bei der Gesetzgebung“, daran hat Laband noch vor kurzem erinnert, „und die subsidiäre Zuständigkeit des Reichstags wurden beseitigt.“ In seinen äußeren Verfassungsformen sieht Elsaß-Lothringen seitdem „ganz wie ein Bundesstaat aus, ist ganz ebenso eingerichtet und scheint dem Reiche ganz ebenso wie ein Bundesstaat, wie ein Mitglied des Reichsverbandes gegenüberzustellen.“ Nur drei wichtige Zusammenhänge bleiben zwischen den alten Begriffen „Reich“ und „Reichsland“ bestehen! Als Organ des Reiches, nicht als Landesherr, übt der

Kaiser die Staatsgewalt aus. Die kaiserliche Ernennung und Entlassung des Statthalters muß vom Reichskanzler gegengezeichnet werden. Vor allem ist das Verfassungsgesetz für Elsaß-Lothringen ein Reichsgesetz und kann nicht durch einen Akt der Landesgesetzgebung geändert werden.

Wie wenig jedoch diese äußeren Sicherungen den inneren, nationalen Zusammenhang Elsaß und Lothringens mit dem Reiche zu gewährleisten vermögen, hat noch die letzte Friedenszeit unter der Wirkung des neuen Gesetzes gezeigt. Vor allem aber konnte das Opfer, das das Reich mit dieser Reform brachte, den westlichen Nachbar in keiner Weise versöhnen. Im Gegenteil: wenn England gegenüber auch dank dem Entgegenkommen des Reichskanzlers in den nächsten Monaten eine Entspannung eintrat, so wurde auf der anderen Seite der russische Panlawismus der rüstige „Fortseher der Eintreibungspolitik“ des siebenten Eduard. Hinter ihm aber stand mit der Spekulation der Revanchepolitik Frankreich. Schon die Beratung der elsass-lothringischen Verfassungsreform im Reichstag hatte es am 26. April 1911 mit dem Vormarsch nach Fez beantwortet. Und Schlag auf Schlag folgten jetzt unter der Präsidentschaft des Lothringers Poincaré die Versicherungen, daß Elsaß und Lothringen nicht aufgegeben seien: „Mit dem Marokkofieber verband sich das Revanchefieber“. Es ist bekannt, wie auch friedensfreundliche Politiker in Paris in der Kette der Zugeständnisse, die Deutschland in der Marokkofrage brachte, nur ein Zeichen immer wachsender Schwäche sehen konnten. Aber viel zu wenig wird beachtet, wie daneben gerade die Entwicklung der reichslandischen Frage in der letzten Friedenszeit, insbesondere die Aufnahme des „Falles Sabern“ in der öffentlichen Meinung des Reiches die Begehrlichkeit Frankreichs ins Maßlose gesteigert hat. Immer deutlicher und offener schien Deutschland — Regierung und Volk — zu erkennen zu geben, daß es nicht die Fähigkeit besäße, Elsaß und Lothringen auf die Dauer festzuhalten, geschweige denn sich innerlich anzueignen. Die Reden der Wetterlé und Blumenthal, der Helmer, Weill und Collin, die ungeschont ihre Agitation nach Frankreich hinübertragen durften, bekräftigten in Paris selbst wie in den französischen Ostprovinzen den Glauben, daß die Entwicklung vom „Reichsland“ zum Pufferstaat und schließlich zur Rückkehr in das angestammte Mutterland der westlichen Kultur „auf dem Marsche“ sei. Die Zwischenstufe dieses „autonomen Bundesstaates“, so durften sie mit Fug und Recht versichern, werde bald überwunden sein. „Die Abgeordneten Elsaß-Lothringens“, schrieb damals Maurice Barreé im „Gaulois“, „sind Geuchler; sie stellen sich im Reichstage zahm und hüten doch den heiligen Deutschenhaß im Herzen. Ehre diesen klugen Männern!“ Und selbst Jean Jaurès, dessen Versöhnungspolitik in Deutschland so übermäßig gepriesen wird, betonte unter dem Eindruck dieser Nachrichten: Eine hohe Mauer durchzieht den französischen Wald; aber Wurzeln und Kronen der Bäume verschlingen sich darüber und darunter: „Der Wald hat nur eine Seele!“ Während das Deutsche Reich auf die Lösung der nationalen elsass-lothringischen Frage freiwillig verzichtete, wurde die Zugehörigkeit des „Reichslandes“ zu Deutschland schon vor dem Kriege zum Gegenstand internationaler Erörterung.

Wohl schien dann das große Erlebnis der Augusttage von 1914 anfangs auch im Reichsland wie im Reich die Luft zu reinigen von all der dumpfen Schwüle, die sich atembeklemmend über Land und Volk gelegt hatte. In der allzulangen Kriegszeit ist diese Hoffnung zunichte geworden. Die immer noch wachsenden Ausbürgerungen, die heute über siebentausend Namen umfassen, — trotzdem noch nicht einmal die Hälfte der schwebenden Fälle erledigt ist, — beweisen deutlich die Ausdehnung des Giftfloßes, der vor dem Weltkriege fast ungehindert am Mark des Reichslandes zehren durfte. Aber noch sind unendlich viel Reichsfeinde und Reichsnörgler im Lande, ganz abgesehen von dem gewaltigen Meer, das die Gleichgültigen und die staatlich und national Geschlechtslosen stellen. Unter dem schweren wirtschaftlichen und politischen Druck, den Elsaß und Lothringen als Grenzland und als Kriegsgebiet auszuhalten haben, gewinnen sie fast täglich neue Anhänger

und Mitläufer. Und im Reich sieht man gemeinhin wie früher halb verachtungsvoll, halb mitleidig, auf jeden Fall ohne jedes tieferes Interesse, der Entwicklung zu. Man tröstet sich mit der Erinnerung an die gewundene, innerlich unwahre Loyalitätserklärung, die der Präsident des elsäß-lothringischen Landtages unter dem persönlichen Druck der Regierung im Sommer 1917 abgab. Daß selbst diese Sätze nur eine ganz knappe Mehrheit gefunden hatten, darüber mußte die deutsche Presse schweigen. Man will im Reich nicht verstehen, mit welcher ungeheurer Bucht das staatsrechtliche Geschick des Reichslandes aufs neue einer Krisis entgegenbrängt, wie aufs neue, inniger und fester noch wie in der Zeit der Reichsgründung, die Zukunft des Reiches verknüpft ist mit der elsäß-lothringischen Verfassungsfrage. In neuer Fassung tauchen die alten nationalen und internationalen Probleme auf, die die Geschichte der deutschen Einheitsbewegung seit mehr als hundert Jahren durchziehen.



Von einem, der nicht zur Kirche ging

Litauisches Märchen

Von Maria Schade



or vielen, vielen Jahren lebte tief in den großen Wäldern ein Greis. Ganz hatte er sich von dem Leben und den Menschen zurückgezogen. Seine Rippen berührten kein Fleisch. Wurzeln, Pilze und Beeren dienten ihm zur Nahrung; die Quelle stillte seinen Durst. Er arbeitete nicht. Seine Hauptbeschäftigung war, über einen Graben zu springen. Auf der einen Seite sagte er:

„Hier, Gott mir —“.

Und wenn auf der anderen Seite seine Füße den Boden berührten, rief er:

„Da, Gott dir —“.

So gingen seine Tage dahin in Gedanken an den mächtigen Schöpfer aller Dinge, dem er in seiner Einsamkeit diente. Seine Seele war wie die eines Kindes; kein böses Begehren in seinem Herzen. Friede in ihm und um ihn; heiter strahlten seine Augen.

Den Teufel verdroß es, den Alten so gut und so glücklich zu sehen. Er wollte die Reinheit seines Glaubens zerstören, das schöne, stille Leben mit Unruhe erfüllen. Aber wie? Viel dachte er darüber nach. Jeder Versuch, sich dem frommen Greise zu nähern, scheiterte.

„Ich muß ihn unter die Menschen bringen“, sagte der Böse zu sich selbst. „Wenn ich ihn erst aus der Einsamkeit des Waldes heraus habe, wird schon sein Unglück beginnen.“

Doch wie sollte der alte Einsiedler dazu gebracht werden, die ihm so lieb gewordene Stille zu verlassen? — Der Teufel sann und sann. Endlich stieß er einen häßlichen medernden Freudenruf aus.

„Ich hab's!“ rief er.

Rasch nahm er die Gestalt eines Pfarrers an, und schon stand der nun würdig Aussehende in langem schwarzen Rode vor dem guten Greise, der gerade wieder über den Graben sprang.

„Was tust du da?“ sagte er mit ernster Stimme, „weißt du denn nicht, daß heute ein großer Feiertag ist?“

„Alle meine Tage sind Feiertage“, erwiderte der Alte, „denn Gott ist mir immer nahe.“

„Gott wird dir näher sein, wenn du in seiner Kirche zu ihm betest.“

Der Einsiedler horchte auf. Er sollte zur Kirche gehen? Dazu müßte er ja seinen Wald verlassen . . . Auf der Straße, in dem Dorfe würde er Menschen treffen . . . Dieser Gedanke ließ ihn erschrecken. Er schüttelte das Haupt mit dem wallenden weißen Haar.

„Du hast lange nicht die Gloden gehört. Sie rufen, sie rufen auch dich. Alle Frommen, Andächtigen gehen zu dem Hause Gottes, nur du springst wie ein Bod über den Gräben und sprichst und sprichst und weißt selbst nicht, was du da sagst.“

„Ich bete.“

„Solche Gebete bringen nicht bis zum Throne des Allmächtigen. Unser Vater im Himmel will, daß man ihm anders dient. Du bringst deine Seele um ihr Heil.“

Der Alte horchte auf. Sollte es nicht das Richtige sein, was er tat . . . ?

Und nun sprach der Teufel. Er war ein gewandter Redner. Und der Einsame hatte so lange nicht die Stimme eines Menschen gehört. Ganz benommen war er. Seine Gedanken verwirrten sich. Und ehe er sich's recht versah, hatte er dem immer bringender werdenden in Gottes Namen gelobt, noch heute zur Kirche zu gehen.

Als der Alte wieder allein war, fiel ihm sein Versprechen schwer aufs Herz, gern hätte er es rückgängig gemacht. Aber er hatte sein Wort gegeben — im Namen Gottes. Also mußte er den ungewohnten Gang antreten, so schwer es ihm auch wurde.

Und er ging.

Nicht sah er rechts, nicht sah er links; nur immer geradeaus blickte er, dorthin, wo der Turm der Kirche zum ewigen Himmel wies. So kam er an einen großen See. Alle Leute gingen um den See herum; er aber schritt mitten hindurch. Und siehe, die Füße wurden ihm nicht einmal naß.

Nun stand er vor der Kirche. Durch die weit geöffneten Türen strömten die Menschen, kaum daß er noch einen Platz fand. Das bunte Gewoge betäubte ihn. Er dachte an seinen lieben stillen Wald . . . In alter Gewohnheit richtete er den Blick nach oben. Doch da . . . Was sah er da . . . ? Unter der Kuppel saßen zwei Teufel. Sie schrieben und schrieben . . . Was schrieben sie denn? — Und der Fromme wurde gewahr, daß die Teufel alle Sünden aufzeichneten, die die Menschen in der Kirche begingen.

In der Kirche Sünden . . . ? War es möglich, die Menschen begingen in dem Heiligtum Sünden! Der fromme Greis erschauerte. Er schloß mit Gewalt die Augen, um nichts mehr zu sehen. Und doch wurden seine Augen immer weiter, immer geöffneter: sie sahen das, was die anderen ringsumher nicht sahen. Denn für die Menschen, die ihn umgaben, waren die Teufel dort oben unter der Kuppel unsichtbar, sie und ihr Tun. Ja, ihr Tun . . . Der einsame Alte legte die Hände vor's Gesicht: er schämte sich, daß er ein Mensch war, auch zu denen gehörte, die hier saßen.

Seine Blide hatten Seherkraft: das Verborgene wurde ihnen offenbar. Der Mann dort, der sich so tief über das Gesangbuch beugte, weit, weit waren seine Gedanken von dem frommen Buche: sie wühlten in dem gleißenden Golde, das er daheim in verborgener Truhe aufgesammelt hatte, er zählte die schmutzigen Münzen, die er mehr liebte als seinen Herrn und Schöpfer. Und wie war er zu diesem Reichtum gekommen? Nicht in ehrlicher Arbeit hatte er ihn erworben. Blut, Tränen, Flüche der Armen, deren Kraft er ausgezogen, klebten an dem unseligen Gut.

Und da der Dide mit dem fatten Lächeln um den Mund . . . Freute er sich des Festtages, der Gemeinschaft mit seinem Herrn und Heiland? Er freute sich auf den Festtagsbraten, den er verzehren würde — allein, denn zu dem Tische des reichen Schlemmers war nie ein Gast geladen. Nichts mußte er vom Geben, vom Wohltun; nur an sich dachte er, an seinen verwöhnten Gaumen, seinen feisten Leib.

Wie lieblich drüben die Jungfrau anzusehen war in ihrem schlichten Kleide, das die Farbe der Unschuld hatte. Ganz versunken saß sie da. Gewiß träumte sie von ihrem Erlöser . . . Nein, sie träumte von heißen, heimlichen Nächten, von verbotenen Liebkosungen . . .

Entsetzlich! Und das hier, hier an geweihter Stätte! Fort, fort von dieser Verderbnis, fort den Blick von ihr! Nach Atem ringend, wandte sich der fromme Greis ab. Auf der anderen Seite die Frau, die Matrone . . . Sie, sie mußte gute Gedanken haben, denn die Torheit der Jugend lag hinter ihr. Gewiß war sie tief versunken in das heilige Wort. Wie still sie dafast! Aber sah er richtig? Ihre Hände glätteten die Spitzen des Kleides, zogen den zierlichen Stragen zurecht. Und nun . . . War es möglich? Betrogen ihn nicht etwa seine alten Augen? — Unter dem Gesangbuch hielt sie einen Spiegel verborgen, einen kleinen Spiegel. Vorsichtig klappte sie den Deckel zurück, auf dem das Kreuz stand, das Kreuz des Dulders . . . Und nun liebäugelte sie mit ihrem eigenen Bilde. Nicht hörte sie den Gesang, die Gebete . . . Ganz verloren war sie in ihren Fuß, ihren eiteln Fuß . . . Für sie war der Feiertag nur da, um ihrer Gefallsucht zu fröhnen; in die Kirche ging sie, um das neue Kleid zu zeigen . . .

Dem Einsiedler, der alles Äußere von sich geworfen hatte, rann es kalt durch die Glieder. Weiber . . . Unselig in ihrer Schwäche . . . Die Junge . . . Die Betagte . . . verdorben . . . vergiftet . . . Weg von diesen Bildern des Scheines! Wie hilfesuchend klammerten sich die Blicke des Ehrwürdigen an einen Jüngling. Frisch saß er da, seine Augen bligten. Da war noch Gesundheit, Natur. Wie er in seiner Kraft an den Werktagen arbeiten mochte, an den Feiertagen dem Herrn dienen! Im Geiste sah ihn der Greis schaffen, beten. Wie schön, daß er nicht sah, wo die Spötter saßen, sondern Lust hatte zum Worte des Herrn! Doch, was war das . . .? Voller Ungeduld rüdte der Jüngling hin und her. Er zog die Uhr aus der Tasche, er räusperte sich. Begehrnd glitten seine Augen hinüber zu einem Mädchen . . . Die erwiderte seinen Blick . . . Die beiden hatten eine geheime Sprache: zu lange währte ihnen der Gottesdienst. Wenn der Pfarrer nicht bald verstummte, so blieb ihnen nicht Zeit genug für ihr verborgenes Zusammensein. In die Kirche waren sie gegangen, um die Eltern zu täuschen. Aber nach der Kirche . . .

Und der fromme Greis, der nur gewohnt war, den kindlichen Lauten der Natur zu lauschen, mußte das sündige Zwiegespräch eines Tagediebes und einer Dirne mit anhören; denn seine Augen und Ohren hatten ja die Kraft, das Sich-verbergende zu sehen und zu hören. Und das . . . das dicht vor dem Altar da, wo der Engel niederzuschweben schien, der Engel, der in seinen Händen die heilige Tausschale hielt . . .

Dem Allen grauste. Er wollte aufspringen, forteilen; aber seine Glieder waren wie gelähmt, er konnte sich nicht rühren. Und wieder richtete er in frommer Gewohnheit seine Blicke nach oben . . . Und wieder mußte er auf die Teufel sehen . . .

Noch immer schrieben sie . . . Schon hatten sie ihr ganzes Zell vollgeschrieben. Kein Platz war mehr für eine neue Sünde, und doch waren noch so viele Sünden zu verzeichnen, so viele . . . Die Unholde bemühten sich, ihr Zell auseinanderzuziehen. Dabei verloren sie das Gleichgewicht, stürzten hinunter, mit Gepolter und Gestanz fielen sie auf den Boden der Kirche. Dem einen brach sogar das Horn ab. Es rollte und rollte . . . Dicht an den Stufen des Altars blieb es liegen.

Mit Entsetzen folgte der Alte dem widerlichen Vorgange. Und die Menschen . . .? Keiner ringsumher merkte etwas von dem Geschehnis. Sie saßen da, wie sie zuvor dageessen hatten: nur beschäftigt mit ihren sündigen Gedanken.

Da verstummte der Gesang . . . Die letzten Klänge der Orgel . . . Weit öffneten sich die Türen. . . .

Der alte Einsiedler war unter den Ersten, die hinaus ins Freie drängten. Er lief So rasch ihn seine zitternden Füße tragen konnten, lief er davon. Der See . . . Wieder wollte er wie auf dem Hinwege mitten hindurchgehen . . . Aber jetzt versank er . . . Schon schlug das Wasser an seine Kniee . . . seine Brust . . . Nur mit Mühe erreichte er das Ufer. Naß, zitternd schleppte er sich weiter. Und er fühlte eine Ohnmacht, eine Schwäche, wie er sie noch nicht gefühlt hatte. Nichts, nichts hatte er mehr vor den anderen voraus: gleich all den übrigen Kirchgängern mußte er rund um den See herum gehen. Tief beschämt senkte er das Haupt. Gewiß standen auch seine Sünden auf dem Felle des Teufels: die Sünden, die er in der Kirche begangen hatte.

Von neuem schüttelte ihn das Grausen — mehr noch als zuvor. Ja, auch er hatte gesündigt im Hause Gottes. Denn seine Gedanken, waren sie bei dem heiligen Wort gewesen, bei der heiligen Handlung? Nicht in sich hatte er geschaut, nur um sich . . .

Und er lief und lief . . . Ihm war es, als ob die Teufel ihn jagten. Aber seine Füße waren schneller als die ihren, denn die Felle der Bösen waren zu schwer von all den Sünden, die darauf standen. Nur langsam kamen sie unter der unseligen Last vorwärts.

Der Wald . . . sein lieber, lieber Wald . . . Laut jubelte er . . . Weit breiteten sich seine Arme aus . . . Er sank, sank an das Herz der sündlosen Natur. So blieb er eine Weile liegen; heiße Tränen quollen ihm aus den Augen.

Dort sein Graben . . .

„Gier, Gott, mir“ — flüsterte er leise in tiefer Andacht.

Und laut jubelnd klang seine Stimme, als die Füße, die nun nichts mehr von Zittern und Müdigkeit wußten, auf der anderen Seite das frische, reine Waldgras berührten:

„Da, Gott, dir.“ —

Von diesem Tage an verließ der Greis nie mehr seine heilige Einsamkeit, tiefer denn zuvor beugte er sich in Demut vor dem Gewaltigen, der den stillen frommen Wald erschaffen hatte. Und nicht mehr wagte der Teufel zu dem nun ganz von der sündigen Welt losgelösten zu treten.



Materialien zur Polenpolitik

Die polnische Heeresfrage. „Kowa Reforma“ (Krakau), Nr. 282 vom 4. Juni 1918:

Bei Raniowo fiel der letzte Stein auf das Grab der vierjährigen Anstrengungen, unserem armen Volke ein eigenes, reguläres, gut ausgebildetes und bewaffnetes Heer zu geben, das fähig wäre, seine Interessen und berechtigten Aspirationen wirksam zu verteidigen.

Die Frage der Bildung des polnischen Heeres ist von der Tagesordnung abgesetzt. Wenn wir uns nicht Illusionen und leeren Hoffnungen hingeben und die Augen vor der trüben Wahrheit nicht verschließen wollen, so müssen wir feststellen, daß keine Aussichten vorhanden sind, daß diese Sache, die für

unsere Zukunft so wichtig ist, bald wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden wird.

Das Volk hat keine genügende geistige und moralische Organisationskraft bewiesen, um ein polnisches Heer zu organisieren und alle die außerordentlich günstigen Gelegenheiten auszunützen, die sich im Laufe dieses Krieges nach dieser Richtung hin geboten haben. Die Okkupanten haben schon längst das Interesse an der Bildung dieses Heeres verloren. Im Gegenteil haben sich ihre Interessen im Laufe der Zeit und der Kriegseignisse in entgegengesetzter Richtung entwickelt. Das Ergebnis war, daß die Bildung des polnischen Heeres zu Fall kam. Alle

die Formationen aber, die der natürliche Grundstoß dieses Heeres werden konnten, haben den Boden unter den Füßen verloren und fielen in mehr oder weniger tragischer Weise auseinander.

Die Regionen als Kadets des polnischen Heeres gingen durch die Passivität der einen und die wahnsinnigen Berechnungen der anderen verloren. Während die Rechte ein Heer überhaupt nicht wollte, da sie es für unnötig oder direkt für schädlich hielt, weil es den Zorn der Entente auf uns herabziehen konnte, wünschte die Linke kein Heer, das irgend jemand anderem, aber nicht dieser Partei unterstellt wäre und nicht die Bürgerschaft bieten würde, daß es ein williges Werkzeug in ihrer Hand sein wird.

Nach der vorjährigen Katastrophe mit dem Fahnenraub wurden die Regionen ihrer Stellung als österreichisches Hilfskorps enthoben. Kaiser Karl hatte versprochen, sie dem polnischen Staate in dem Augenblicke zurückzugeben, in dem die Bildung des Heeres, also die Rekrutierung, dort beginnen wird. Leider kamen, ehe die Rekrutierung begann, die Drestfer Ereignisse. Die Kerben des polnischen Soldaten, die um der Treue gegenüber der geliebten Idee willen von den eigenen Landsleuten solange und hartnäckig mißhandelt wurden, hielten dies nicht aus. Es geschah ein Unglück, durch das auch der Rest der organisierten, moralischen und politischen Ergebnisse der blutigen Opfer der Regionen aufzuheben wurde. Das Hilfskorps hatte aufgehört zu existieren. Sein trauriger Epilog wird sich in nächster Zeit vor dem Kriegsgericht in Marmarosz Sziget abspielen.

Es blieb die Hoffnung auf die polnischen militärischen Formationen, die auf den Trümmern des ehemaligen zarischen Heeres entstanden sind. Nachdem diese verschiedenes durchgemacht hatten, kristallisierten sie sich schließlich in zwei großen Formationen in Gestalt von zwei Korps, desjenigen Rusnicks in der Gegend von Minsk und Dninsk in der Ukraine. Da sie schwankende rechtliche Grundlagen hatten und in der Luft schwebten, bildeten sie ganz naturgemäß ein dauerndes Fragezeichen. Die soziale und politische Agitation, die in ihrem Schoße geführt wurde, machte ihre Zukunft noch problematischer.

Dem Korps Rusnick gelang es jedoch, ein bestimmtes, wenn auch mehr theoretisches als praktisches Verhältnis zum Regentenschafterrat als der höchsten polnischen Behörde zu erlangen. Es leistete ihm den Eid der Treue und wartete auf den Moment der Rückkehr in die Heimat, um zum Grundstoß des polnischen Heeres umgewandelt zu werden.

Dem Korps Dninsk gelang es aus verschiedenen Gründen nicht, seine politischen Verhältnisse so schnell zu konsolidieren. Es stand unter dem Einflusse weit auseinandergehender Strömungen und hatte unerwartete Komplikationen durchzumachen, durch die die Konsolidierung hinausgeschoben wurde. Schließlich wurde es klar, daß die Okkupanten ihm nicht gestatten werden, der Stamm des polnischen Heeres zu werden. Da das Korps am Dnjepr ringsum eingeschlossen war, war es schon seit einigen Wochen zur Auflösung verurteilt. Diese hätte sich ohne Blutvergießen und ohne ungeheure politische Verluste vollzogen, wenn nicht die verspätete und auf einem Mißverständnis beruhende Intervention der polnischen Regierung gewesen wäre. Der bereits fertige Vertrag über die Entwaffnung wurde infolge dieser Intervention gebrochen. Es entstand eine Schlacht mit allen ihren Folgen. Das Schlimmste dabei ist, daß die deutsche Heeresleitung infolge des Streites gerade für dieses Korps dem Regentenschafterrat das Recht der politischen Mitwirkung an der Bildung des polnischen Heeres genommen hat.

Obwohl das Recht jener politischen „Mitwirkung“ sehr unklar und schwer bestimmbar war, gab es doch dem Regentenschafterrat den Anspruch auf verschiedene Akte, die für die Bildung des polnischen Heeres von grundsätzlicher Bedeutung sind, wie z. B. die Anordnung der Rekrutierung. Der Regentenschafterrat, der das Recht jener politischen Mitwirkung an der Bildung des polnischen Heeres verloren hat, kann natürlich die Rekrutierung nicht anordnen. Ohne Rekrutierung kann es aber kein Heer geben. Und darf man fragen, ob ein Staat ohne ein Heer möglich ist?

Die unmittelbare Folge des Verlustes dieses Mitwirkungsrechtes war die, daß der Regentenschafterrat das Korps Rusnick seines Eides entbunden hat. Da dieses keine recht-

liche Grundlage und keinen politischen Träger besaß, mußte es das deutsche Ultimatum der Auflösung annehmen. Es ist ein Glück, daß dieser traurige Akt sich unter innerer Zustimmung, aber ohne unnötiges und völlig hoffnungsloses Blutvergießen vollzogen hat.

Auf diese Weise haben beide jenseits der Grenzen befindlichen polnischen Formationen, von denen manche glaubten, daß sie an Stelle der Regionen als Stamm des polnischen Heeres treten werden, aufgehört zu existieren. Die ganze polnische bewaffnete Macht ist jetzt bis auf die fünf- oder sechshundert Soldaten zusammengeschrumpft, die sich im deutschen Okkupationsgebiet als der Anfang des von den Deutschen organisierten Heeres befinden. Diese kleinen Abteilungen, die bereits bis zur Höhe einer zirkusartigen Aquilibristik ausgebildet sind, fallen jedoch der aufgezwungenen Arbeitslosigkeit zum Opfer. Der Soldat einer Ausbildungsabteilung, der kein Material zur Ausbildung bekommt und es nicht bald bekommen wird, langweilt sich, verliert die Hoffnung und wird in seiner soldatischen Moral erschüttert. Die Nachrichten über die geistige Verfassung dieser kleinen Abteilungen lauten sehr ungünstig.

Polnischer Handel und polnische Industrie in Posen. Der „Kraj“ (Lissa i. P.) veröffentlicht von Nr. 128 (2. Juni 1918) fortlaufend den Bericht des Vorstandes der (polnischen) Fabrikanten-Genossenschaften in Posen. Ihm sind folgende Angaben entnommen:

„An erster Stelle soll man die bedeutende Erhöhung der eigenen Kapitalien durch die Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften in Posen vermerken. Im letzten Jahre wurden nämlich neue Emissionen im Betrage von 18 Millionen Mark ausgegeben, die mit den früheren zusammen ein Aktienkapital von 24 Millionen Mark bilden.

Das Programm der Bank der Erwerbsgenossenschaften erfuhr gleichfalls eine große Erweiterung, und zwar in industrieller Richtung, was wir Gewerbetreibenden mit besonderer Befriedigung begrüßen. Während bis jetzt unsere Banken ihren Kredit lieber auf Grund und Boden sowie auf städtische Realwerte stützten und die Industrie den Kredit einzig nur gegen Unterlagen und

lästige Giro's ausnützen konnte, ergreift gegenwärtig die Verbandsbank der Genossenschaften die Initiative und ist bereit, nicht nur Kredit zu gewähren, sondern, wo die Verhältnisse es erlauben, oder offensichtliches Bedürfnis dafür vorliegt, die Industrie zu begründen.

Zum Zwecke der Untersuchung und Vorbereitung von Projekten wurde bei der Bank u. a. ein „Gewerblicher Ausschuß“ gebildet, der über erstklassige Sachkräfte und reichliches statistisches und Hilfsmaterial verfügt.

Dieselbe günstige Entwicklung, wenn auch in kleinerem Maßstabe, macht sich bei der Bauernbank (Bank Włościanst) bemerkbar, die im verflochtenen Jahre ihren Namen in „Handelsbank“ (Bank Handlowy) geändert hat. Auch diese Bank hat ihre Kapitalien bedeutend erhöht; und schon die Namensänderung allein weist auf die Richtung hin, nach der sich diese Institution entwickelt. Früher bereits wegen seiner freundlichen Behandlung industrieller Angelegenheiten und kühnen Initiative bekannt, schreitet sie auf diesem Wege rüstig weiter.

Das Bedürfnis einer Erhöhung der Kapitalien und Erweiterung des Arbeitsprogramms hat sich auch bei der Bank Krolecki, Piotcki u. Comp. und bei manchen anderen größeren Unternehmungen bemerkbar gemacht.

Zu finanziellen Zwecken der Industrie, besonders in ihren Anfängen, wurde bereits im Jahre 1915 die „Genossenschaft zur Unterstützung der Industrie“ gegründet. Ihre Tätigkeit soll beginnen, sobald die Verhältnisse es zulassen, was wahrscheinlich vor Beendigung des Krieges nicht geschehen wird.

Für unsere wenig entwickelte Industrie eröffnen sich daher günstige Aussichten. Während früher wegen Mangels an Kapital und finanzieller Unterstützung die besten Ideen aufgegeben wurden, und die bestehende Industrie sich nicht entwickeln konnte und ein schwindsüchtiges Dasein führte, während unsere Ingenieure, Techniker und Erfinder ihre Kräfte und Gedanken in der Fremde verwerten mußten, sind jetzt diese Hindernisse beseitigt. Es fehlt uns nicht an finanziellen Mitteln, daher ist „für den Tüchtigen die Bahn frei“.

Indem wir unsere Industriellen, Ingenieure, Kaufleute und Arbeiter darauf aufmerksam machen, müssen wir noch einmal die

weittragende Bedeutung" der Abteilung für Industrie bei der Bank der Erwerbsgenossenschaften (Bank zwiagzu Spolek) hervorheben.

Innerhalb unserer Verbände der „Industriellen und kaufmännischen Vereinigung“ gründete man im Jahre 1917 eine Engros-

Leber-Einkaufsgenossenschaft und eine Einkaufszentrale für Kolonialwaaren. Innerhalb der Schuhmacherinnung ist eine Schuhmacher-genossenschaft entstanden. Außerdem wurde auf Anregung der Bank zwiagzu eine „Holz-zentrale“ gegründet, die sich mit Holzhandel beschäftigen soll. H.



Wortgeographie der hochdeutschen Umgangssprache

Don Professor Dr. Karl Brugmann



eder Deutsche, der nicht stets nur auf der Scholle geseßen, auf der er das Licht der Welt erblickt hat, ist mehr oder minder bekannt mit landschaftlichen Verschiedenheiten im deutschen Wortschatz, wie etwa Spind Schrank Kasten, Böttcher Fassbinder Küfer Böttner Schächler, Fuß Wein, Januar Jänner, Sonnabend Samstag, fegen lehren, schlittern gleitsen schurren schlindern schusseln schleifen. Solche geographische Unterschiede der Sprache erstrecken sich zumeist auf die allergebräuchlichsten Bestandteile des Wortvorrates, und sie können der Verkehrssprache, auch bei den Gebildeten, in dem Maß ein eigenes Gesicht verleihen, daß — abgesehen vom Artikel, von Zahlwörtern, Fürwörtern und ähnlichen zum eisernen Bestand der Gesamtsprache gehörigen Wörtern — jedes dritte oder vierte Wort ein anderes ist als in anderen Gegenden. Man höre z. B. einen echten Berliner neben einem echten Münchener oder gar einen echten Berliner neben einem echten Wiener reden. Landschaftliche Abweichungen treten in dieser „Umgangssprache“ bekanntlich auch im rein Lautlichen (Phonetischen), im Flexivischen und im Syntaktischen hervor, z. B. in Berlin Schosse (chaussée) mit Endsilbenbetonung, in Frankfurt a. M. Schöffe, dort Arme (Mehrzahl zu der Arm), hier Arme, dort gehauen, in Wien gehaut, dort etwas vergessen, hier auf etwas vergessen. Aber derartige Unterschiede sind geringfügig und für das gegenseitige Verstehen der Gesprächspersonen kaum ins Gewicht fallend im Vergleich mit jenen lexikalischen Besonderheiten der verschiedenen Gegenden.

Welche Stelle nimmt die Umgangssprache im Rahmen der deutschen Gesamtsprache ein? Sie ist erstens die Redeweise nur der Gebildeteren unter uns, und sie lebt zweitens so gut wie ganz nur im mündlichen Gebrauch. Durch die letztere Eigenschaft stellt sie sich also unserer Schriftsprache (Literatursprache) gegenüber, die schulmäßig erlernt werden muß, durch erstere den Volksmundarten; diese leben vornehmlich auf dem Land, während die Umgangssprache ihren Hauptsitz in den Städten hat. Nirgends aber ist die Umgangssprache gleichmäßig und fest, vielmehr nähert sie sich auch bei ein und demselben Sprecher, je nach der verschiedenen Gelegenheit ihrer Anwendung, bald mehr der Schriftsprache, bald mehr dem Volksdialekt.

Neben und über den deutschen Volksmundarten konnte sich die deutsche Umgangssprache in der Art wie sie heute besteht erst entwickeln, nachdem wir uns eine einigermaßen gleichmäßige Schriftsprache erworben hatten, also erst seit der Zeit etwa des Ausgangs des achtzehnten Jahrhunderts, und sie wäre rascher entstanden und rascher zu ihrer heute vorhandenen Verbreitung gelangt, wenn ihr nicht der Gebrauch des Französischen in den höheren Gesellschaftskreisen solange ihren Werdegang erschwert hätte. In jeder Hinsicht in ständiger Fortentwicklung und Veränderung begriffen, wie ja alles und jedes Sprachliche, ist sie überall ab-

hängig von den Wandlungen, die im kulturellen Leben an den Dingen und in den Vorstellungen der Menschen vor sich gehen, und die sie notwendig widerspiegelt. Man denke etwa an Ragd Mädchen Fräulein oder Chaise Fater Kutsche Droschke oder Krawatte Binde Schlipf, deren Bedeutungsinhalt in der Umgangssprache, seit sie in dieser aufgetreten sind, nicht nur in geographischer Hinsicht, sondern auch im Bewußtsein aller auf der Scholle Geliebener, soweit sie nicht zu kurz gelebt haben, Verschiebungen erfahren hat und so mit vielem anderen auch weiterhin erfahren wird.

Daß die wortgeographischen Verschiedenheiten der Umgangssprache im Bereich der deutschen Umgangssprache so gewaltig sind im Vergleich mit denen, die man in Frankreich und England antrifft, ist in erster Linie natürlich darin begründet, daß uns ein sprachliches Zentrum von der Art fehlt, wie es die Franzosen in Paris, die Engländer in London haben. Die Zersplitterung und Buntheit, wie wir sie haben, hat gewiß und unverkennbar ihre Nachteile. Man denke nur an die Mißverständnisse, auch völliges Nichtverstehen, denen der in eine fremde Gegend Kommende bei so vielen Bestandteilen des Wortschatzes ausgesetzt ist. Künstlich abzuhelpen, künstlich zu uniformieren ist nicht möglich. Die Umgangssprache ist eben nicht die Schriftsprache, der man durch Reglementierung von obenher beikommen kann. Vorschläge zur Abhilfe sind freilich gemacht worden. Keiner taugt. So viel sei hier zu ihnen übrigens noch bemerkt, daß nicht die Ausdrucksweise einer größeren Haupt- und Residenzstadt zur Norm zu machen wäre, sondern maßgebend müßten vor allem sein der Gesichtspunkt der größten Verbreitung, die ein Wort bereits hat, und der der größten Zweckmäßigkeit, die dem Wort nach seiner Eigenart und seiner Stellung zu den anderen Bestandteilen des Wortschatzes innewohnt. Jedoch hat unsere Mannigfaltigkeit, was in der Regel übersehen wird, auch ihre großen Vorzüge. Nur einer, den ich für den größten halte, kann hier erwähnt werden. Jede Schriftsprache, nachdem sie sich von der urwüchsigsten Volkssprache, aus der sie geboren ist, erheblich entfernt hat, muß erstarrten, verkümmern, veröden und damit ihren höchsten Beruf verfehlen, wenn sie nicht aus der Volkssprache immer neue Nahrung saugt. Dies kann aber im großen Ganzen nur durch Vermittlung der Umgangssprache der Gebildeten geschehen. Diese stellt den natürlichen Förderschacht nach obenhin dar, und gerade der große Reichtum an Ausdrücken, über den sie verfügt, und den sie bei ihrem ständigen lebendigen Zusammenhang mit den niederen Volksdialekten aus diesen schöpft, ist für die Befruchtung und Ernährung, die die Schriftsprache zu erfahren hat, das am meisten Maßgebende und Förderliche. Freilich spielen hierbei Wörter, deren Begriff fest begrenzt ist, wie etwa Kartoffel und Erdapfel, Sonnabend und Samstag, kaum eine Rolle, wohl aber die große Masse derjenigen, die im Gebrauch der Gebildeten der verschiedenen Gegenden diese oder jene zartere oder härtere Bedeutungsschattierung aufweisen, wie z. B. Schmutz Dred Rot, artig brav geschickt, sehen schauen gucken, sich bemühen trachten. Die Verwertung dieses lebendigen Vorrats, den unsere Umgangssprache über das ganze Sprachgebiet hinweg zeigt, bewahrt, solange er bleibt, unsere Schriftsprache vor jener Kahlheit und Dürre, der weiland die Schriftsprache der alten Römer mehr und mehr verfallen ist, und der in der Gegenwart die seit langen akademisch eingeschnürte Schriftsprache der Franzosen mit raschen Schritten entgegengeht.

Jeden muß es nun wundern, daß unsere Deutschphilologen, die doch schon länger als ein Jahrhundert in den verschiedensten Richtungen die Erforschung des Entwicklungsgangs unserer Sprache emsigst und oft bis in die entferntesten Winkel hinein betreiben, gerade das Gebiet der in Rede stehenden Wortgeographie bisher mit keinem Fuß betreten haben. Erst jetzt ist endlich ein Forscher in die Sacke getreten, um sie wenigstens auf eine größere Strecke hin auszufüllen, und wiederum merkwürdigerweise ist der erste Bearbeiter dieses Feldes kein künftiger Germanist, sondern ein Vertreter der indogermanischen, sogenannten vergleichenden Sprachwissenschaft und zwar einer, dessen Arbeitsgebiet bisher wesentlich das Alt- und Neugriechische gewesen ist, Professor Paul Kretschmer an der Wiener Uni-

verfälscht, ein geborener Berliner. Der Titel seines soeben erschienenen Werkes über den Gegenstand ist der diesem Aufsatz gegebene Titel; das Buch, 638 Seiten stark, ist bei Vandenhoeck u. Ruprecht in Göttingen erschienen. Den reichen von ihm verarbeiteten Stoff hat Kretschmer teils aus der ganzen vorliegenden, weithin zerstreuten Literatur über die neuhochdeutsche Sprache, insonderheit über ihre Dialekte, zusammengetragen — an sich schon eine Riesearbeit —, teils und hauptsächlich durch Ausfragen von Fragebogen; diese sind (von 1909 an) nach ungefähr 150 Orten von Petersburg bis Bern gegangen und haben über die Bezeichnung von etwa 350 Begriffen Auskunft verlangt und erhalten. Die Verarbeitung des zusammengebrachten Materials, die überall Gewissenhaftigkeit, Umsicht und Scharfsinn zeigt, ist ganz des Verfassers Werk. Eine längere Einleitung erörtert lichtvollst die allgemeinen Gesichtspunkte. Dann kommt der Hauptteil, das Wörterbuch; in ihm ist jedem Artikel als Stichwort der Berliner Ausdruck vorangestellt. Es bietet aber keine trockene Aufzählung, sondern alles ist geistvoll belebt.

Möge jeder gebildete Deutsche dem prächtigen Buche näher treten*). Hier wird ihm zum erstenmal die Sprache, die er tagtäglich im Munde führt, ihren wichtigsten Bestandteilen nach beschrieben und erläutert, und er lernt gar manches von dem, was er von unserer Schreibsprache weiß, und von dem, was er von unseren Volksmundarten weiß, namentlich aber das Verhältnis zwischen diesen beiden Extremen, weil es in einen neuen Zusammenhang gestellt ist, besser verstehen und würdigen.

Wenn ich zum Schluß für eine künftige Neubearbeitung, die sicherlich kommen wird, noch einen Wunsch anbringen darf, so wäre es der, daß in dieser nicht versäumt werde, soweit sie zu ermitteln sind, die sprachästhetischen Empfindungen mitzuteilen, die einer bei fremdlandschaftlichen Ausdrücken hat, deren Sinn ihm zwar durch den Zusammenhang ohne weiteres verständlich wird, gegen die jedoch sein eigenes Sprachgefühl irgendwie rebelliert: wenn es z. B. Kretschmer, dem Berliner, einen Stich durchs Herz gibt, wenn er von einem Süddeutschen gehaut statt gehauen zu hören kriegt (S. 5), so fühlt sich der Süddeutsche seinerseits z. B. bei dem Berlinismus schön schmecken statt gut schmecken betroffen (S. 436). Über solche gefühlsmäßige Ablehnung, die bei dem, der so reagiert, vielfach, auch wenn er in das Gebrauchsgebiet des betreffenden Ausdrucks ganz überfiebelt, Jahrzehnte ungeschwächt immer wiederkehren kann, läßt sich bei Gelegenheit der wortgeographischen Umfragen mancherlei ohne große Mühe ermitteln, und solches Material wird der Sprachpsychologie zu schätzen wissen.

*) Leider ist der Preis des Buches selbst für die gegenwärtigen Zeiten merkwürdig hoch: geh. 24 M., geb. 27 M.



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Nichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
 An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
 Fernsprecher des Herausgebers: Amt Nichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Sâgow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Deffower Straße 36/37.



Um Rußland

Von Georg Kleinow



or dem Kriege war es bequemer, über Rußland politisch zu schreiben. Der Begriff war klar: jene grüne Fläche auf den Landkarten, die sich über Osteuropa und Nordasien ausdehnend, den fünften Teil der Erdoberfläche ohne die Meere einnahm. Das war Rußland. Die Spinne aus Eisenbahntkreuzungen inmitten des europäischen Teiles, Moskau, war das wirtschaftliche Herz, oben am kühlen Finnischen Meerbusen hämmerte das leidenschaftliche politische Herz dieses Giganten unter den Weltstaaten. Dies sehr einfache, sehr unkomplizierte, in seinen Weltbeziehungen leicht zu kontrollierende Rußland ist verschwunden. Vor uns liegt das andere, das Rußland der Geheimbünde, der Sektierer, das vielgestaltige Babylon mit fünfzig und mehr Sprachen, mit hundert Parteien, das Rußland der Dostojewski, Tolstoi, aber auch das Rußland der Gortki, Plechanow, Lenin, der Tschcheidse und Maschjabeli. Politisch ist dies Rußland ein noch unfertiges Mosaik: die Verbindungssteine zwischen den einzelnen Figuren fehlen, ebenso wie der Kitt, der alles zusammenhalten soll. Es weiß wohl niemand genau, in wie viele Teile Rußland zerfallen ist und wo sie aneinander grenzen. Am sichersten sind noch die Gebiete zu überblicken, die Deutschland und Österreich-Ungarn eroberten; aber auch deren östliche Grenzen sind unsicher. Sprechen wir in Zukunft von Rußland, so meinen wir jene fünfzig Gouvernements mit rund neunzig Millionen Einwohnern, von denen die Sowjetregierung zu Moskau behauptet, sie unterstützen ihrer Notmäßigkeit. Dazu gehören also Sibirien und die Murmanküste ebenso wie die Donrepublik, der Kaukasus und Russisch-Zentralasien. Ausgeschlossen sind Finnland, die baltischen Provinzen, Litauen, Polen, Weißrußland, die Ukraina, das von den Rumänen besetzte Bessarabien, die tatarische Republik der Krim und die von Türken und Russen gleich stark bedrohte Republik Georgien.

Nach dem Abschluß des Vertrages von Brest-Litowsk und der Schilderhebung Skoropadskis in Kijew sollte uns eigentlich die „Föderative sozial-revolutionäre Räterepublik Rußland“ als ein verendender Riese kaum noch etwas angehen. Nordrußland sollte für uns für die Dauer des Krieges kaum in Betracht

kommen, da es uns weder Lebensmittel noch Rohmaterial in irgend nennenswerter Menge liefern kann. Theoretisch könnten wir, genügend an anderer Stelle beschäftigt, das Land sich selbst und seinen Vernichtern überlassen, wenn nicht einige sehr wichtige Gründe dagegen sprächen. Rußland birgt einen uns höchst kostbaren Schatz: die deutschen Kriegsgefangenen; sie müssen befreit werden. Dann aber wäre Rußland als neutraler Staat vollständig und zu unserem Schaden den Einwirkungen unserer Gegner ausgeliefert, wenn wir uns daraus politisch zurückzögen, und der im Osten mühsam zertrümmerte Ring unserer Feinde könnte sich wieder schließen, ehe wir ihn auch im Westen in Trümmer legten. Ferner birgt Rußland in viel höherem Maße wie die Ukraina alte deutsche Anlagen in Industrie und Handel, nämlich Werte von etwa 8 bis 9 Milliarden Rubel, — nicht zu reden von den deutschen Kolonisten längs der Wolga. Alle diese Umstände zwangen die Reichsleitung, die Wiedereröffnung friedlicher Beziehungen zunächst von Regierung zu Regierung nach Möglichkeit zu beschleunigen. Ob alle Maßnahmen, die zu diesem Zweck in Moskau und St. Petersburg — so und nicht mehr Petrograd heißt die Newastadt wieder seit Lenins Regierungsantritt — getroffen wurden, zweckmäßig sind, mag unerörtert bleiben. Genug, wir haben eine Gesandtschaft eingerichtet, die bei aller Zurückhaltung dem innerrevolutionären Prozeß gegenüber eben diesen Prozeß und die Tätigkeit der Ententevertreter aufmerksam verfolgt.

Die Ermordung unseres Gesandten, des Grafen Mirbach, führte aller Welt deutlich vor Augen, daß in Rußland durchaus nicht alles in Ordnung ist: Rußland steht im Anfang eines neuen Umsturzes und ist außenpolitisch bedroht durch das Eingreifen der Entente an der Murmanküste und Archangelsk, sowie durch Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika in Sibirien, als deren Vortruppen die tschecho-slowakische Armee ebenso, wie die Regimenter einiger gegenrevolutionärer Generale, wie Krasnow und Kornilow, anzusprechen sind. Starke Kräfte scheinen sich von allen Seiten gegen die Macht der Räteregierung zusammenzuziehen, um diese zu stürzen. Mit dieser Räteregierung aber hat Deutschland den Frieden von Brest-Litowsk geschlossen, der uns einen Arm freimachte.

Die Frage, die uns angesichts dieser Tatsachen zu beschäftigen hat, ist, was hat Deutschland zu tun, um seine Interessen im Osten während des Krieges und über den Krieg hinaus sicherzustellen? Wie erhalten wir uns die durch die militärischen Siege errungenen Früchte? Sie sind zum wenigsten auf das äußerste gefährdet, sobald der Moskauer Kontrahent des Vertrages von der politischen Bühne abtritt. Die Frage nach der Sicherung unserer russischen Interessen umschließt also auch die Frage, ob wir die Räteregierung unterstützen und halten wollen oder ob wir mit verschränkten Armen ihrem Zusammenbruch zusehen oder schließlich, ob wir selbst an der Schaffung einer uns genehmen Regierung mitwirken müssen. Die bisherige Haltung der deutschen Regierung hat Herr von Kühlmann in seiner Rede vom 24. Juni unfrohen Andenkens also gekennzeichnet: scharfe Beobachtung, Nichteinmischung und weise Zurückhaltung! Demgegenüber hat die Entente nichts versäumt, um die gegen uns gerichteten Kräfte in Rußland zu sammeln und alle Verhältnisse dahin zuzuspitzen, daß wir gezwungen werden, in Rußland einzugreifen. Diesem edlen Ziele dient die Besetzung der Murmanküste durch die Engländer, dient die Tätigkeit der tschecho-slowakischen Armee unter

französischer Anleitung, diene der Gesandtenmord, sollte auch ein bewaffneter Aufstand in Moskau am 2. Juli, dem Tage des Zusammentritts der Provinzialräte im Kreml dienen, soll schließlich die Intervention Japans in Sibirien, die nach den neuesten Reuterdepeschen bereits zur Tatsache geworden sein soll, dienen. Ganz klar liegen alle diese Dinge nicht, da die Berichterstattung über die Vorgänge und Zustände in Rußland denkbar unvollkommen ist.

Die Beantwortung unserer Frage in diesem Augenblick ist somit eine Nervensache. Es liegt klar auf der Hand, daß die Ententegegnen die Schlacht an der Marne zum zweiten Male dadurch entscheiden möchten, daß sie uns zwingen, wie im Herbst 1914 Divisionen vom Westen nach dem Osten zu werfen. Sie übersehen dabei nur, daß es sich damals darum handelte, den in Ostpreußen eingebrungenen Feind aus dem Lande zu vertreiben, während es sich gegenwärtig lediglich um die endgültige Sicherung von politischen Stellungen handelt, die noch einigen Aufschub verträgt. Rein militärisch ist somit die Frage ziemlich einfach und unzweideutig zu erledigen: unsere Divisionen gehören dahin, wo sie den größten militärischen Effekt erzielen. Sie ist damit nicht abgetan, politisch wird sie immer drängender, wegen ihrer Rückwirkung auf Finnland, auf die baltischen Provinzen, auf die Ukraina und Georgien.

* • *

Als wir uns dem Rußland Nikolaus des Zweiten gegenüber zur Wehr setzten, war unser militärisches Kriegsziel die Zertrümmerung seines Reiches. Wir haben es gründlicher erreicht, wie es vielen von uns lieb sein mag. Die Eigenart unserer wirtschaftlichen Interessen im Osten zwang uns sofort an den Aufbau von Gebilden heranzutreten, die, nach Auffassung der Bethmannschen Richtung in unserer Politik, uns das alte Rußland ersetzen würden. Der Aufbau unseres wirtschaftlichen Interessengebietes begann, viel zu früh und ohne einen klaren Plan, mit der Errichtung eines polnischen Staates, der, so wie er nur noch ins Leben treten kann, immer der Hauptträger aller Feindschaft gegen das Deutschtum sein muß, selbst wenn er Teilhaber an einem mitteleuropäischen Bunde werden sollte. Ist dies Vorgehen in polnischen Dingen noch verständlich im Hinblick auf die Interessen Österreich-Ungarns und das Entstehen des ukrainischen Staatswesens, so fällt es dem nüchternen Sinn um so schwerer zu begreifen, warum der im Baltikum begonnene Staatsbau ruht und trotz aller Bitten der Dänen und Esten nicht zum Abschluß gelangen kann. Daß es nur juristische Spitzfindigkeiten sein sollten — oder Befehle der sogenannten Reichstagsmehrheit —, die uns hindern, dort oben das Bollwerk zu schaffen, von dem nun schon seit Jahr und Tag die Rede ist, ist schwer zu glauben. Die innerpolitischen Verhältnisse im Baltikum liegen so, daß dort sehr schnell eine uns genehme Regierung geschaffen werden könnte, die auch den Lebensnotwendigkeiten der Bevölkerung entspräche. Eine solche Regierung wäre imstande und sicher eher bereit, wie die polnische ein Hilfskorps aufzustellen, den Schutz ihrer Landesgrenzen im weitesten Ausmaß zu übernehmen und bei dem über kurz oder lang eintretenden Zusammenbruch der Mätegewalt ein sehr gewichtiges Wort mitzusprechen. Die Gestaltung unserer Beziehungen zu einem künftigen Rußland würde dadurch nicht mehr belastet, als sie schon durch die polnische und die ukrainische Hypothek belastet ist.

Und doch scheint gerade die Rücksicht auf unser Verhältnis zu dem in nebelhafter Ferne liegenden Rußland unsere Initiative im Baltikum zu lähmen. Ist dies gerechtfertigt?

Das künftige Rußland ist, nach allem was geschehen, für mich denkbar nur als ein Reich, dessen Grundmauern eben in der Ukraina emporenwachsen. In Kiew haben sich die Trümmer der alten russischen Armee zusammengefunden und unter den Oberbefehl des Hetmann Skoropadski gestellt, — nach Kiew strömen immer stärker die Überbleibsel der Petersburger Beamtenschaft, teils um sich vor der sinnlosen Wut der Leninisten zu retten, teils um in positiver Arbeit am Aufbau des Vaterlandes zu helfen. In der Ukraina herrscht großer Mangel an geschulten Kräften: in Rußland werden sie, soweit sie sich nicht restlos auf den Standpunkt der Maximalisten begeben, systematisch vernichtet.

In derselben Richtung wirkt die fortschreitende Aristokratifizierung der Selbstverwaltungszweige zunächst in den Städten der Ukraina. Dort hat das gleiche Wahlrecht einem abgestuften weichen müssen, und an die Stelle der Diktatur des ungebildeten, halbwillden Proletariats tritt eine verantwortungsbewußte Städteverwaltung aus bürgerlichen Elementen.

Die Bedeutung dieser Entwicklung für die weltpolitische Gesamtlage entgeht naturgemäß unseren Feinden nicht, und da sie sich dem Verdacht nicht aussetzen wollen, als wollten sie den Wiederaufbau Rußlands behindern, trachten sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften danach, Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen. Der Boden ist für eine kluge Ententearbeit in der Ukraina günstiger, als der Fernerstehende ohne weiteres anzunehmen braucht. Das Erstarren eines Regierungsapparates in der Ukraina, der sich je länger um so mehr auf die Angehörigen der Petersburger Bürokratie stützen muß, wird naturgemäß von den demokratischen Elementen des Landes mit Scheelen Augen angesehen, die mit einem gewissen Recht befürchten müssen, daß sie nach den alten Prinzipien regiert werden sollen, gegen die sie sich vor dem Kriege durch Jahrzehnte auflehnt hatten. Es fehlt auch schon nicht an Stimmen, die dies offen aussprechen. Dunkle Elemente, Parteigänger der Maximalisten und Freunde der Entente nutzen die Stimmung nach Kräften aus und setzen eine zugleich regierungs- und deutschfeindliche Agitation überall dort an, wo örtliche Verhältnisse Anlaß zu Unmut oder Unzufriedenheit geben. In diesem Zusammenhange wird man die Bedeutung des Eisenbahner-Ausstandes erst recht zu würdigen wissen. Man unterschätze die Tatsache nicht, daß an der Südwestbahn unter dem mittleren und oberen technischen Personal sehr viele Polen angestellt sind, die es während der Auflösung des alten Zarenstaates verstanden haben, unter Überschreitung aller Stats um ein Mehrfaches, ihren ganzen Anhang bei der Bahn unterzubringen. Greift nun Skoropadski mit Entlassung von Beamten ein, so erzeugt das naturgemäß zunächst große Unzufriedenheit und schafft seinen Feinden willkommenen Agitationsstoff gegen die Regierung des Hetman und gegen Deutschland.

Der Einfluß der Entente wird in der Ukraina in dem Maße wachsen, je mehr Beamte aus Petersburg ins Land kommen und die deutsche Regierung die „korrekten“ Beziehungen zur Moskauer Mätereipublik aufrecht erhält, oder mit anderen Worten: solange die Politik Deutschlands den Anschein erweckt, als wolle sie Nord- und Südrußland mit allen Mitteln auseinanderhalten.

Ich habe schon wiederholt darauf hingewiesen, daß ein solcher Versuch scheitern würde, weil alle elementaren Volkskräfte ebenso wie die wirtschaftliche Entwicklung zur Vereinigung der beiden Rußland drängen. Daher kann es nicht unsere Aufgabe sein, unsere Kräfte an einer Sisyphusarbeit zu vergeuden, sondern uns darüber zu entscheiden, ob sich die Wiedervereinigung Rußlands unter der Entente oder unter unserer Führung vollziehen soll. Die Antwort auf solche Frage kann theoretisch nur im Sinne unserer Mitwirkung an der Wiedervereinigung Rußlands beantwortet werden. Das wäre der Preis, den wir dafür zu zahlen haben, daß Rußland aus dem Ententeringe auch beim und nach dem allgemeinen Friedensschluß herausbleibt. In der Praxis würden sich einer solchen klaren Entschließung die größten Schwierigkeiten entgegenstellen, weil unsere Beziehungen zu den beiden Teilen Rußlands auf dem Frieden von Brest-Litowsk beruhen. Wir können uns gegenwärtig in einem möglichen Streit zwischen Kiew und Moskau nicht mischen. Wir können konsequenterweise nur hoffen, die Ukraina so stark zu machen, daß sie demnächst die Führung Rußlands übernehmen kann und dürfen unter keinen Umständen den Anschein erwecken, als wollten wir sie hindern, diese ihre natürliche Aufgabe durchzuführen. Wer unsere Politik in der Ukraina unvoreingenommen verfolgt, wird auch finden, daß sie den hier vorgezeichneten Weg geht.

* * *

Dem Rußland der Lenin und Trozki können wir trotz aller unserer kapitalistischen Interessen an ihm nur abwartend und beobachtend gegenüber stehen bleiben. Es ist eine Chimäre, ein juristischer Begriff, der seine Aufgabe für uns erfüllt haben dürfte, sobald die Moskauer Regierung die deutschen Gefangenen ausgeliefert hat. Die Maximalisten sind vielleicht mehr unsere geschworenen Feinde, wie die Ententegenossen. Sie sind Vertreter des unserem bürgerlichen Staate feindlichsten Prinzips, und kein Friedensschluß hält sie ab, gegen uns zu wüten. Ich glaube auch, daß in den Berichten, die wir aus Rußland bekommen, sehr tiefe Ründen vorhanden sind. Die zusammenhängenden Darstellungen der Parteiverhältnisse in Moskau selbst entsprechen auch nicht einzelnen Tatsachen und den Beobachtungen, die ich im Frieden beim Studium der innerrussischen Verhältnisse machen konnte. Die Maximalisten sind nicht nur Theoretiker, sondern auch wütende Hasser, ohne ein Quentchen Gefühl für das Leid, das sie über ihr Land täglich neu bringen.

Kürzlich wurde Lenin, der in Wirklichkeit Uljanow heißt, von einem seiner Landsleute, N. Rubakin, in einer geistvollen Studie gekennzeichnet.^{*)} Der in der Schweiz lebende Verfasser — wir folgen einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ vom 15. Juli — erinnert daran, daß ein Bruder Lenins, Alexander Iljitsch Uljanow, 1887 gehängt wurde, weil er an einem mißglückten Attentat auf Alexander den Dritten teilgenommen hatte. Rubakin vermutet, daß dieses Ereignis in der Seele Nikolaj Iljitsch Uljanows, der unter dem Pseudonym Lenin weltbekannt geworden ist, starke Spuren zurückließ, ihn vielleicht zu seiner politischen Laufbahn drängte. Die beiden Brüder stammten aus der Familie eines Pro-

^{*)} N. Rubakin, „Lenin als Mensch und Revolutionär“, „Internationale Rundschau“, Zürich 1918.

vinzialgymnasialprofessors und waren in Nischnij-Nowgorod geboren; beide wuchsen unter den nämlichen Bedingungen auf, die in ihnen einen starken Haß gegen das soziale System Rußlands hervorriefen. Die Wirkungen dieser Jugenbeindrücke erkennt Rubakin im ganzen Lebenswerke Lenins wieder.

Lenin selbst, erklärt der russische Autor, ist vor allem ein Gefühlsmensch. Als Willensmensch kämpft er nicht nur, sondern rast; und er erdrückt alles, was sich ihm in den Weg stellt; als Gefühlsmensch ist er einer übertriebenen Liebe und eines übertriebenen Hasses fähig. Da dem Willen die Gefühle zugrunde liegen, muß man vor allem von ihnen sprechen. In dieser Beziehung ist Lenin ein vom Haß besessener Mensch. Er kann nicht so stark lieben, wie er zu hassen vermag; sein Haß richtet sich aber nicht gegen Menschen, sondern gegen ein System, — gegen das von ihm verfluchte „bourgeoise Sozialsystem, gegen dessen Grundfesten die Sozialisten ankämpfen sollten“, das heißt, Lenin ist Marxist und Sozialdemokrat. Er ist also vor allem der Vertreter eines ideellen und unpersönlichen Hasses, eines Hasses, den er einen „heiligen“ nennt, der trotzdem aber immer ein Haß bleibt. Lenin haßt die Bourgeoisie viel stärker, als er „sein“ Proletariat liebt. Und überhaupt, — was die Liebe betrifft, so scheint auch sie in der Seele Lenins, seinen Schriften nach zu urteilen, ebenso unpersönlich und ideell zu sein, wie sein Haß. Diese Liebe und dieser Haß umgeben Lenin wie eine Mauer und verhindern, daß er die wirklichen, lebendigen, alltäglichen Menschen wahrnimmt. Jede abweichende Meinung bringt ihn in Harnisch; das Gefühl des Hasses gegen das Bourgeois-Sozialsystem überträgt sich von seiner Idee und ihrer Erscheinung nicht nur auf die Gegner des Sozialismus, sondern auch auf seine persönlichen Gegner, auf alle, die nicht seine Anschauungen teilen, die nicht der gleichen sozialdemokratischen Fraktion wie er selbst angehören. Unter solchen Umständen erübrigt es sich für uns, auch nur von der geringsten Duldsamkeit gegen Andersdenkende bei Lenin zu reden. Es kann nur von seinem grenzenlos unduldsamen Fanatismus die Rede sein, einem leidenschaftlichen, rücksichtslosen, absichtlich beleidigenden Fanatismus. Die Unduldsamkeit ist eine der Haupttriebfedern Lenins.

Solche Menschen gehen unter, wie auch Lenin wahrscheinlich untergehen wird. Selbst der Tod hat seine Logik. Von ihrer Sache und ihren Ideen treten solche Menschen aber bis zum Augenblick ihres Todes nicht zurück; sie verhalten sich ihnen gegenüber ehrlich. Ihre kühne Forderung heißt: biegen oder brechen. Lenin ist aber auch in seinen Handlungen, in seinen Syllogismen, in seiner Logik überhaupt geradlinig, wenn dieselbe seinem Haß und seiner Liebe dient. Besonders aber in seinem Haß auf die bestehende bürgerliche Gesellschaft! Er ist in der Tat ein Logiker — und auch ein Dialektiker, der sogar in Schwachhaftigkeit ausarten kann. Es ist interessant, an der Hand seiner eigenen Werke den Nachweis dafür zu führen; wenn er leidenschaftlich ist, wird er weitschweifig, und wenn er Syllogismen konstruiert, läßt er sich von der Leidenschaft fortreißen. Fast jeder seiner Schriften liegt irgendeine sozialdemokratische, marxistisch enge Parteithese zugrunde; ob sie folgeschwer oder bedeutungslos ist, das ist für Lenin vollkommen einerlei. Verlassen wir uns deshalb nicht zu sehr auf seine Logik. Nicht sie ist es, die ihn geradlinig macht, sondern seine Affekte und sein Wille: Lenin versteht stark zu wollen.

Bei Lenin dominiert die Politik unbedingt über die Ethik; die Ethik erscheint nur als armselige Magd der Politik. Auf ethischem Gebiete ist Lenin durchaus nicht ein so unbedingter Feind von Kompromissen, wie auf dem Gebiete der Politik und der sozialistischen Dogmen. Er wird kaum jemals die Grundprinzipien der Ethik, unter anderem das Prinzip des Guten und Bösen, analysiert haben. Alles, was zur Herrschaft des Proletariats führt, ist für ihn gut; was diese Herrschaft hindert — ist böse; dieses Prinzip läßt sich in allen Worten und Handlungen Lenins nachweisen. Das Kriterium seiner Ethik ist jene Diktatur des Proletariats, — eine Diktatur des Proletariats um jeden Preis, wieviel Opfer sie auch kosten mag. Und das nennt sich eine proletarische Ethik?! Von hier aus ist es nicht mehr weit bis zum Prinzip: „Der Zweck heiligt die Mittel“. — Warum sollte man, Lenins Meinung nach, sich nicht auch eines unsittlichen Mittels bedienen, wenn man das Herauskommen der Diktatur des Proletariats beschleunigen könnte? Die Wahlen in die Konstituyente haben „seinen“ Maximalisten nicht die Mehrheit gebracht! Fort mit ihr! Wählen wir eine andere, eine neue! Das allgemeine Wahlrecht? Es darf nur dann anerkannt werden, wenn es die erhofften Ergebnisse zeitigt! Die Freiheit der Rede, der Presse, der Persönlichkeit? Sie sind zwar geheiligte Güter der sozialistischen Gesellschaftsordnung, — aber auch mit ihnen wird, wenn es im Augenblick zweckmäßig erscheint, ausgeräumt! . . .

Was hier über Lenin ausgeführt wurde, trifft als Charakteristik seiner gesamten Partei zu: es ist eine Horde von Barbaren, an die das Christentum und der Humanismus noch nicht herangekommen ist. Lenins und seiner Leute Ziel ist, jeden Rest der bürgerlichen Gesellschaft auszurotten, in Rußland sowohl, wie im Westen. Je mehr sich die Völker untereinander zerfleischen, um so näher glauben diese Sektierer ihrem Ziele zu kommen.

Diese Erkenntnis mag die Führer der Kadettenpartei Miljukow, Winawer, Mandelstam und andere bewogen haben, sich nach Bundesgenossen außerhalb Rußlands umzusehen. Ihr Besuch in Kiew, ihr augenscheinliches Bemühen, die deutsche Regierung zur Einmischung in Rußland, d. h. zur Absendung von Truppen nach Moskau und Petersburg zu veranlassen, mag sich durch ihre Furcht vor den Maximalisten erklären lassen. Aber auch eine andere Auffassung ist zulässig. Die Partei der konstitutionellen Demokraten hat von ihrem ersten Auftreten vor zwanzig Jahren eine Richtung in der auswärtigen Politik Rußlands gutgeheißen, die unter der Losung ging: Los vom deutschen Einfluß! Deutschland und das Deutschtum ist von keiner Seite in Rußland so als der Hauptschuldige am Niedergang Rußlands hingestellt worden, wie von der Kadettenpartei. Ich neige sehr dazu, den Schritt der Kadetten als eine Unternehmung zugunsten der Entente, als eine politische Entlastungsoperation zu betrachten, um eine Zersplitterung unserer militärischen Kräfte im Westen, unserer politischen im Osten herbeizuführen. Aber ich kann mich in diesem Punkte irren. Darum mag es genügen, darauf hinzuweisen, daß die Kadetten heute keinerlei Autorität in Rußland besitzen, vielmehr hoffen, mit unserer Hilfe zur Macht zu gelangen, die sie eingestandenermaßen gleich gegen uns zu nützen wünschen, indem sie schon jetzt die Herausgabe der Baltischen Provinzen fordern! Ein Einmarsch deutscher Truppen in das Rätegebiet würde vielleicht das Signal zur Niedermetzelung aller Deutschen

in Moskau und anderen von den Maximalisten beherrschten Orten geben, wahrscheinlich aber auch zum Einmarsch japanischer Truppen in Sibirien, sowie zum Angriff der Rätegruppen auf Finnland, Eisenbahnstreik und Sabotage in der Ukraine, — und wenn es uns auch gelingen würde, über Jahr und Tag die Städte des europäischen Rußland zu beruhigen, so wüßten wir am Ende nicht, für wen wir gearbeitet hätten: aller Voraussicht nach wäre alsdann die dünne bürgerliche Schicht in Rußland völlig verschwunden, und wir stünden einem finsternen, unorganisierten Bauern- und Proletariervolk gegenüber, das überhaupt erst von neuem organisiert werden müßte.

So ist denn eine Intervention in Rußland auch vom politischen Standpunkte aus lediglich als eine Nervenfrage zu behandeln und zu verwerfen. Unsere Aufgabe Rußland gegenüber ist die Befestigung unserer Macht in den Baltischen Provinzen und die Stärkung der Ukraine bis zu dem hohen Maße, daß sie befähigt wird, das Rußland der Räte unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Gewiß werden wir bei einer solchen besonnenen Politik zusehen müssen, wie noch manches deutsche Kulturgut vernichtet wird, und daß im fernen Osten ein Vakuum eintritt, das auszufüllen die historische Aufgabe der gelben Rasse würde. Dafür würde uns eine sichere Brücke zum Orient und zum Indischen Ozean geöffnet, die wir gemeinsam mit dem neuen Rußland beherrschen könnten. Hat der Hetman Skoropadski seine große Mission an der Seite der Deutschen erkannt, und läßt er sich von russischen Emissären der Entente nicht umgarnen, dann steuern wir gemeinsam einer sehr glücklichen und aussichtsreichen Zukunft im Osten entgegen, so aussichtsreich, daß auch die Polenfrage ihre Schärfe für den mittel- und osteuropäischen Ausgleich verlieren könnte, und daß eine grundsätzliche Erledigung der baltischen Frage nach den Wünschen der Balten selber unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland nicht zu beeinträchtigen brauchte.



Regierung und Parlament in Deutschland



Der Rücktritt von Kühlmanns hat das Problem unserer Regierungsform wieder einmal akut werden lassen. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat seinen Posten räumen müssen, ohne daß das Parlament vorher in irgendeiner mitberatenden oder mitbeschließenden Form herangezogen worden ist. Auch hinsichtlich der Person des Nachfolgers ist das Entscheidende ohne seine Mitwirkung geschehen. Im Gegensatz zu dem bei Ernennung des Kanzlers und Vizekanzlers beobachteten Verfahren hat man den neuesten Wechsel in der Regierung nach den alten autoritativen Methoden vorgenommen, wobei es ja gleichgültig ist, welche Kräfte sonst noch im Spiele waren, ob insbesondere Herr von Hinzpfe durch das Zivilkabinett

oder „andere“ Instanzen vorgeschlagen wurde. Das Ganze ist charakteristisch für die völlig unfertigen und ungeklärten Formen unseres Regierungssystems. Wir leben offensichtlich in einer Zeit des Übergangs, wo alte und neue Grundsätze noch im Gemenge miteinander liegen, und die politische Klirberreinigung scheint noch gute Weile zu haben. Unser Reichsparlament zeigt eine Mehrheit, die sich als eine Art Regierungspartei betrachtet, aus deren Mitte der einzige verantwortliche Minister und sein Stellvertreter hervorgegangen sind, nicht ohne sich an bestimmte Richtlinien gebunden zu haben. Aber diese Mehrheit stellt nicht nur in sich eine brüchige Masse dar, die alle Augenblicke durch sozialdemokratische Extratouren vor dem Auseinandergehen steht, sondern sie hat auch gegenüber „ihrer“ Regierung nicht jenes sichere Zusammengehörigkeitsverhältnis, wie man es von den parlamentarischen „Ins“ gewohnt ist. Wir haben im Laufe des Winters zwischen den neuen parlamentarisch gestützten Ministern und „ihren“ Parteien des Absonderlichen genug erlebt, worüber ein Anhänger des „party system“ den Kopf schütteln würde, die eigentümliche Verbindung der preußischen mit den deutschen Verhältnissen erhöhte die Schwierigkeiten und heillosen Situationen, und jetzt setzt der Fall Rühlmann-Sinke an Stelle eines bestätigenden Schlüsselpunktes ein großes Fragezeichen hinter den bisherigen Lauf der Entwicklung.

Auf Seiten derer, die sich der munter gedeihenden Parlamentarisierung bei uns zulaube freuten — mögen sie sich nun die entfaltete Blüte so oder so vorstellen —, hat dieser unerwartete politische Kältefall begreiflicherweise unliebsames Aufsehen erregt. Die schärfsten Konsequenzen zieht man im parlamentarisch-orthodoxen Lager des Linksliberalismus. Bereits am 10. Juli stellte die Frankfurter Zeitung die Kabinettsfrage: Graf Hertling müsse eine Erklärung abgeben, daß „der Reichstag nicht wieder in eine Lage wie die jetzige gebracht werde“. Andernfalls „entspräche es den Forderungen einer realen Politik“, wenn die Mehrheitsparteien, in erster Reihe die Volkspartei, die Verantwortung für die Weiterführung einer solchen Politik dadurch ablehnen, daß sie aufhören, sich hinter die Regierung zu stellen. Auch der Rücktritt von Bayern sei dann unvermeidlich. Prompt sekundiert das Berliner Tageblatt der Frankfurter Kollegin. Inwieweit diese Stimmung durch das Verhalten der amtlichen Stellen bedingt ist, steht hier nicht zur Erörterung, jedenfalls ist es alles andere als im Sinne des „Systems“, wenn man resigniert und verärgert den Parlamentarismus gleichsam durch Herausziehen der eigenen Aktien liquidiert und sich im übrigen den Teufel drum schert, was aus den anderen Teilhabern wird. Auch dies eine deutsche Eigentümlichkeit, die uns wiederum zeigt, daß wir bei der Sache die Kinderstube noch nicht ausgezogen haben.

Von jenen anderen Teilnehmern spielte ja die Sozialdemokratie von jeher die Rolle des wilden Pferdes, das zwischen dem gezähmten Fortschritt und Zentrum den Parlamentswagen ziehen sollte. Eine Weile schien alles gut zu gehen, besonders unter dem besänftigenden Einfluß von rechts und links, doch schon in den Tagen des Streiks gab es die erste gefährliche Erschütterung und schließlich verweigerte die Partei ihrer eigenen Regierung — denn das war das Kabinet Hertling-Bayer-Friedberg doch gewissermaßen immer noch — den Stuhl! Ein weiteres Kuriosum unseres Parlamentarismus. Für die Sozialdemokratie ist also die Affäre Rühlmann keine Staatsaktion, denn das „Vertrauen“ hat sie dem Grafen Hertling schon durch Scheidemanns letzte Rede gekündigt (vgl. „Vorwärts“ vom 11. Juli). Nur das Zentrum, der Dritte im Bunde, stellte das Fähnlein der Aufrechten, wo es allenthalben zu wanken begann. Ein mit — r. gezeichneter Artikel der Germania glaubte schon am 12. Juli feststellen zu können, daß sich die „politischen Wogen wieder geglättet“ hätten und bemerkte erleichtert, daß die fortschrittliche Volkspartei nicht daran dächte, sich „auf die von der Frankfurter Zeitung empfohlene sehr gefährliche Bahn zu begeben“. War hier für den Abgeordneten Ergaberger vielleicht noch der Wunsch Vater des Gedankens, so scheint die bisherige Entwicklung der Dinge seinem Optimismus recht zu geben, was ja das Unfertige unserer Zustände erst recht bekräftigt.

Angeichts der letzten Ereignisse wirft das Berliner Tageblatt die Flinte ins Korn. Der „gegenwärtige Zustand habe mit wirklichem Parlamentarismus auch nicht die geringste Ähnlichkeit“, aber nach dieser „Übergangszeit“ werde die wahre Ara der Parteiregierung schon kommen. Der Vorderatz ist zweifellos irrig, denn trotz der letzten Erfahrung ist ein Fortschritt in der Entwicklung unseres Regierungssystems unverkennbar — die Beweise sind mit Händen zu greifen —, der Nachsatz aber gibt uns Anlaß zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen über das künftige Verhältnis von Regierung und Parlament in Deutschland.

* * *

Der Streit der Meinungen geht bekanntlich darum, ob, bezw. bis zu welchem Grade unser bisheriges „konstitutionelles“ (oder monarchisch-konstitutionelles) System durch das parlamentarische ersetzt werden soll. Ersteres pflegt man neuerdings häufig auch das bürokratische zu nennen, ein sprachlich und inhaltlich gerechtfertigter Vorgang, denn unter „konstitutioneller“ Regierungsweise versteht man anderorts, z. B. in England, gerade die parlamentarische, und dann entspricht es auch dem Sachverhalt besser, statt durch die monarchische Einzelpersonlichkeit den Begriff Regierung durch die ihm konformere Vielheit des verantwortlichen Beamtentums wiederzugeben, ohne daß damit die eigentümliche Stellung der deutschen, insbesondere der preussischen Monarchie, verkannt werden soll. In einem früheren Aufsatz (Grenzboten, Heft 23 d. J.) ist von dem charakteristischen Unterschiede zwischen „Beamten“ und (parlamentarischen) „Politikern“ die Rede gewesen. Dementsprechend läßt sich die zwiefache Entwicklungsrichtung moderner Verfassungen auch noch anders bestimmen. Bei einer Beamtenregierung liegt der Schwerpunkt und also die Stärke auf dem Gebiete der Verwaltung, bei der parlamentarischen Geschäftsführung auf dem der Verfassung im engeren Sinne, das heißt in der Art und Weise, wie die Kompetenzen der obersten Staatsorgane unter sich zugunsten des parlamentarischen Faktors geregelt sind. Sucht man sich zu diesen theoretischen Unterscheidungen die praktischen Beispiele, so erscheinen natürlich sofort Deutschland und England auf der Bildfläche. Und zwar für den geschichtlichen Blick nicht erst seit gestern. Schon vor hundert Jahren drang durch den Chor der Englandschwärmer à la Montesquieu die Stimme des preussischen Staatsmannes Niebuhr, der das große Werk der Städteordnung aus der Erkenntnis ableitete, daß die Freiheit mehr in der Verwaltung als in der Verfassung zu suchen sei. So dachten wohl viele der damaligen Reformer, auch vom Freiherrn von Vinde, Steins Amtsnachfolger in Westfalen und Mitarbeiter, werden uns ähnliche Worte bezeugt. Heute aber sind gerade unsere Liberalen solchem Geiste abtrünnig geworden, so gern sie auch die Männer jener Zeit als ihre Kronzeugen zu zitieren pflegen. Denn sie opfern mit vollen Händen im Tempel des Parlamentarismus, den schon der verzückte Rüdert „nach Albions Exempel“ erbaut sehen wollte. Andere, dem stolzen Reichsfreiherrn noch unbekannte Volksgenossen, haben sein Erbe angetreten; Sozialdemokraten kämpfen jetzt unter dem Banner des Verwaltungsstaates gegen das parlamentarische Manchestertum der liberalen Bourgeoisie; und mit besserem Rechte als diese konnte jüngst der ministrabel gewordene Genosse August Müller den Freiherrn vom Stein gegen die Schatten Peels und Gladstones beschwören.

Wir werden auf den grundlegenden Dualismus der Verfassungssysteme noch zurückkommen. Wie steht es nun um ihre Wertung? Ist wirklich der Übergang vom bürokratischen Verwaltungsstaat zur Herrschaft der Partei-„Politiker“, eine „unvermeidliche“ Notwendigkeit, wie es von gewisser Seite heute dargestellt wird? Wir erinnern hier an die früher besprochene Weber'sche Schrift. (Heft 23 d. J.) Wenn man, wie es dort geschieht, von dem Beamtenregiment, trotz beiläufiger Anerkennung, höchst Bedenkliches, vom Parlamentarismus, trotz beiläufiger Kritik, höchst Erfreuliches erfährt, und dann noch über die Stellung des Monarchen unter letzterem freundlichst „beruhigt“ wird, so mag man allerdings die Schlußfolgerungen des Autors ganz einleuchtend finden. Ist das aber ein absolut

gültiges Bild der tatsächlichen Verhältnisse, wäre es nicht ein Leichtes, die Farben anders zu mischen, die dunklen und hellen Stellen umzulehren wie beim Photographieren? Was nützt uns die tröstliche Berufung auf den Einfluß Eduards des Siebenten, der den Friedrich Wilhelm des Dritten, des „absolut“ Regierenden, sicher weit übertraf. Deswegen bleibt der parlamentarische König doch der die umgeworfenen Minister wieder aufrichtende „Regelung“ seines Parlaments oder, wenn dies Bonmot Labands zu „deutsch“ empfunden ist, der Segelmaß eines mit Motorkraft betriebenen Schiffes, wie es der Amerikaner Lawrence Lowell einmal ausdrückt! Man kann gewiß hinsichtlich der parlamentarischen Regierungsweise Optimist sein, und niemand wird die großen Impulse und inneren Kräfte einer „Volks“regierung leugnen wollen. Wenn nur nicht die bisherige Erfahrung lehrte, daß die ursprüngliche politische Idee des Parlamentarismus, gleich mancher ihrer religiösen Schwestern, getrübt wird vom Gebrauche der Völker, daß sich hierarchisch-parteiliche Sonderinteressen an die „Lehre“ heften und daß schließlich etwas ganz anderes in die Erscheinung tritt als ihre Stifter und Theoretiker gewollt haben. Zum Beweise dessen braucht man nur aus den vollen Quellen zu schöpfen, die in den Heimatländern des Parlamentarismus selbst Klagen, Spott und Verdruß über das angeblich überlegene System hervorprudeln.

Fassen wir die romanische Form des Parlamentarismus ganz beiseite — bei ihr dürften auch begeisterte Verehrer des Grundsatzes sich nicht mehr ganz sicher fühlen — und halten wir uns bloß an das Land der politischen Erbweisheit. Auch hier aber brechen die Vorwürfe gegen das „party system“ nicht ab und neben jede Hymne des Auslandes, zumal des deutschen, ließe sich die bittere Satire eines heimischen Engländers stellen. Die Dinge sehen eben von innen anders aus als von außen. Beispiele zu geben ist überflüssig, da man sie heutzutage auch in unseren liberalen Blättern bequem abgedruckt finden kann. Wer diese Literatur kennt, wundert sich nicht darüber, daß immer häufiger von einer Krise des Parlamentarismus die Rede ist, den ein Vamprecht schon vor geraumer Zeit nicht mehr als moderne Erscheinung, sondern als „Schluß und letzten Scheitelpunkt einer seit dem sechzehnten Jahrhundert verlaufenden, in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts abnehmenden Entwicklung“ aufgefaßt wissen wollte.

Hier stünde also Auffassung gegen Auffassung. Wenn aber die Optimisten ihrer Natur entsprechend auf deutschem Neuland wegen der angeblich günstigeren Bedingungen keine solche Entartungen der eingeführten fremden Pflanze befürchten, so scheint uns dies Verfahren mit Wechseln auf lange Sicht politisch noch unsicherer als sonst.

Wir halten diese ganze Methode des Schwarz-weißmalens nicht für glücklich. Denn da es keine idealen Verfassungen gibt, wird man stets imstande sein, bei einseitiger Parteinahme für einen bestimmten Typus den Gegenbeweis anzutreten. Und, da jedes Ding, auch die Regierungsform eines Volkes, zwei Seiten hat, so gelingt es fast immer, das vom Partner gefundene Gebrechen mit einem selbstentdeckten Vorzug auszugleichen, ja oft genug ihn mit denselben Waffen zu schlagen. Nur ein paar Beispiele.

Was soll der Hinweis auf den Welterfolg englischer Politiker. Zunächst ließe sich noch darüber streiten, ob dieser Welterfolg eine Frucht des Systems ist, ob der Riesenbau des empire und die parlamentarische Regierungsform gleichsam politische Komplementärfarben darstellen; auch darf man wohl die Frage aufwerfen, wie in Zukunft die Dinge sich gestalten werden, wo infolge der veränderten politischen Verhältnisse dem bequemen *laissez faire, laissez aller* in Englands Volkswirtschaft das letzte Stündlein geschlagen hat. Daß man drüben mitten in einer sozialen Revolutionierung steht, hat Paul Lensch überzeugend nachgewiesen. Doch davon abgesehen, würde denn nicht jenes Bewährungsmoment gerade auch auf den vielgeschmähten preussisch-deutschen „Obrigkeits“staat anwendbar sein, und zwar in so starkem Maße, wie es der überzeugteste Calvinist nur wünschen möchte? Zwar nicht auf dem Gebiete des Landerwerbs, „expansion“ genannt, wo uns allerdings ähnliche Leistungen fehlen mußten — wie sollte bloß das zersplittert-

Deutschland des neunzehnten Jahrhunderts an so etwas denken! — wohl aber in der Prüfung dieses Weltkrieges, wie sie früher und später nicht ihres gleichen sah und sehen wird. Denn man komme uns doch nicht mit der doppelten Buchführung „militärischer“ und „politischer“ Tüchtigkeit, wo es sich um die untrennbare Einheit völkisch-staatlicher Leistung handelt.

Und ferner: Man hört bei uns häufig das Bedauern, es fehle der deutschen Politik an Einheitlichkeit, was ihr bitter not tue, sei Stabilität. Auch das Ausland sieht in der „*manque d'unité dans la direction politique*“ eine chronische Krankheit des Deutschen Reiches. Die Schuld wird sowohl auf die Verschiedenheit der Wahlsysteme in Preußen und dem Gesamtstaate geschoben, wie auf den Mangel einer Parteiverantwortlichkeit und, dadurch verursacht, fester Ziele im Parlament nach innen und außen. Auch die unberechenbaren „Ueberraschungen“ von seiten des „persönlichen“ Regimes spielen bei der Begründung eine Rolle. Gewiß steckt in diesen Ueberlegungen viel Wahres. Also müßte man das parlamentarische System herbeiwünschen, um die Dinge zu bessern? Das wäre ein Mittel; nur daß man damit den Teufel durch Beelzebub austriebe, denn gerade in Ländern mit Parlamentsherrschaft erleben wir das chronische Leiden des beschleunigten Ministerwechsels — f. vor allem Frankreich! — und die dadurch bedingte Unmöglichkeit eines auf längere Zeit und höhere Interessen eingerichteten Programms. Noch heute hat die französische Republik keine Einkommensteuer. Daß sich der Organismus der Parteiregierung durch Selbstschutz einen Ausgleich für diesen Schaden schafft, indem die Parteien, um allzu plötzliche Störungen des Regierungskurses zu vermeiden, aufeinander Rücksicht nehmen und infolgedessen namentlich in England die prinzipiellen Unterschiede zwischen Whigs und Tories mit der Lupe zu suchen sind, ändert nichts an dem Tatbestand und kann vor allem nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Gerade in dieser Beziehung bietet nun wieder das Beamtenregiment mit seinem ruhigen, gleichmäßigen Entwicklungsgange unschätzbare Garantien für die Stetigkeit und Sicherheit der Geschäftsführung. Um so mehr als jene parlamentarische Praxis gegenseitiger Schonung ein neues Uebel im Gefolge hat: schon 1843 schrieb ein kluger Beobachter des französischen Staatslebens, dort opponierten die Führer nicht, um ein anderes System zur Herrschaft zu bringen, sondern um Minister zu werden und hüteten sich vor Anträgen, deren Annahme ihnen als künftigen Ministern selbst unbequem fallen könnte. Das wäre, fügt der Autor hinzu, „nur dann ein Vorteil, wenn es in Frankreich nichts anzutragen, nichts zu verbessern gäbe“. 1917 hörten wir die gleichen Klagen aus dem Munde des Exministers Augagneur: man verändere ja nur die Minister, nicht das System.

Zum dritten, damit wir nicht der Parteilichkeit geziehen werden: in Deutschland dünkt man sich sehr erhaben über die Korruption in parlamentarisch regierten Ländern und betont den schädlichen Einfluß des Kapitals, der dort herrsche. Aber auch unser eigenes politisches Leben ist von jenen kapitalistischen Einflüssen nicht frei, das hat neuestens Max Weber wieder scharf unterstrichen. Ob nun gerade, wie er meint, „Kapitalismus und Bureaucratie intim zusammen gehören“, kann dahingestellt bleiben, richtiger scheint es uns, mit Rathenau die „Herrschaft einer gewaltigen Plutokratie in der gesamten zivilisierten Welt“ als unentrinnbares Schicksal anzunehmen, ohne persönliche Spizen zu machen. Aber darauf kommt es im Augenblicke nicht an. Wir wollten nur mit diesen Beispielen zeigen, wie leicht es einseitige Kritik ermöglicht, auf einen Schelmen anderthalbe zu setzen oder doch wenigstens mit gleicher Münze zu dienen.

Immer kommt es auf den Standpunkt an, von dem aus man die Dinge sieht und dementsprechend sie dem einen rund oder als Punkt, dem anderen eckig oder als Linie erscheinen. Wer weitere Belege wünscht, — ihre Zahl ist Legion — der lese in der kürzlich erschienenen Schrift *Pilots*)* das Plaidoyer zwischen

*) „Das Parlamentarische System. Eine Untersuchung seines Wesens und Wertes.“ 2. Aufl. B. Rothschild. Berlin 1917.

dem „ehrlichen“ Republikaner und Monarchisten, wo die verschiedene Auffassung deutscher und englischer Regierungsweise sehr hübsch durchgefochten wird.

Nie darf man auch vergessen, daß notwendige Mißverständnisse im Ethos der Völker begründet sind. Was der Deutsche als Fehler empfindet, gilt dem Engländer als Vorzug, und umgekehrt, beispielsweise der Streit, ob das Verfassungsrecht zu kodifizieren sei oder nicht.

Diese Erkenntnis von der Relativität aller Urteile über Regierungssysteme soll ja nun keinesfalls einer vergleichenden Betrachtung sowie daraus geschöpftem Anlaß zu Wertung und eventueller Nachahmung fremder Einrichtungen einen Niegel vorschieben. Rathenau macht einmal die feine Bemerkung, daß die Verfassungsformen im allgemeinen reifen, indem sie sich „von ihren Ursprüngen hinwegbegeben“, die Republik also durch Enttabilitisierung die Monarchie, durch Zugeschändnisse an den genossenschaftlichen Faktor im Staatsleben. Dieser Beobachtung liegt das — man möchte sagen — Naturgesetz von der gegenseitigen Anpassung der Staatsformen zugrunde. Es ist ja keine Frage mehr, daß das englische und deutsche System einander ähnlicher geworden sind, nicht zum letzten Grade infolge der Einwirkung des Krieges. Auf beiden Seiten hat die Verwegung sich gegen die wunden Punkte gerichtet. Während unsere „Neuorientierung“ nach dem Pole eines verstärkten parlamentarischen Einflusses hin gravitierte — aus dieser Richtung kann die politische Magnetnadel durch Vorgänge, wie wir sie beim Rücktritt von Bühlmanns erleben, nur vorübergehend abgelenkt werden — „bureautratifizierte“ sich das englische Kabinett durch Aufnahme von Fachleuten, so die empfindlichen Nachteile der „Dilettantenregierung“ zu beheben versuchend. Dieses beim Feinde trotz alles Kaiserümpfens über unsere „Unfreiheit“ deutlich erkennbare Streben, eigene Mängel eingestandenermaßen oder nicht nach dem verhassten deutschen Muster zu verbessern, muß natürlich auch auf unserer Seite im gegebenen Falle freie Bahn finden. Denn wir würden uns durch chinesenhafte Abschließung nur selber schaden. Wohl aber ist es ein ganz erheblicher Unterschied, wie man diese Korrekturen durchführt, ob man dazu mit fliegenden Fahnen ins gegnerische Lager übergehen muß. Die Parlamentaristen halten es für unermesslich. Wir möchten dahinter vorläufig noch ein Fragezeichen machen.

Bergegenwärtige man sich die Lage: soweit es sich nicht um fanatische und unbelehrbare Dogmatiker handelt, setzt man bei uns die eigentümlich „deutsche“ Form des kommenden Parlamentarismus voraus, weil man vernünftig genug ist, die z. T. stark abweichenden heimischen Zustände nicht in die spanischen Stiefel des fremden Rechtes zu pressen. Nachteile und Gefahren des neuen Systems werden, meist unwillig und verhüllt, zugegeben mit der tröstlichen Versicherung, daß es bei den Deutschen — hier verändert sich plötzlich die Wertung ihrer politischen Fähigkeiten! — schon nicht so schlimm werden könnte. Auch die Verfechter des „Volksstaates“ beeilen sich zu versichern, daß sie ein „Schattenkaiserium“ beileibe nicht wollen. Auf der anderen Seite müssen sie zugeben, daß der Gegner die von uns sehnlichst erstrebte Position z. T. schon aufgegeben hat und im Begriffe ist, sich unter recht veränderten Umständen einzufügen. Gerade Gegner des bureautratifischen Systems verkünden den unaufhaltsamen Siegeszug der Bureautratifizierung durch die Welt. Sie wollen ihn durch das Gegenmittel der parlamentarischen Geschäftsführung aufhalten. Aber, wenn nun hier der Sturm schon ficht, den es zu bekämpfen gilt? Daß auch die Parteien — vor allem die sozialdemokratische — immer mehr bureautratifische Züge annehmen, geben jene selbst zu. Aber die Krankheit geht viel weiter, sie hat auch die höchsten Spitzen im parlamentarischen Staate ergriffen. Gerade an jener Stelle, wo angeblich die verantwortlichen, freien und wahren „Politiker“, d. h. Nichtbureautraten, schalten, äußert die Abhängigkeit vom Bureau, vom „Tschinownik“ ihre bleierne Wirkung, auch in England geht der Geist der Holsteins um, nur unter dem Namen eines Garding oder Nicolson. Es ist dieselbe Erscheinung des maßgebenden Einflusses unverantwortlicher Stellen, die tausend unsichtbare, aber um so zähkere Fesseln dem „leitenden“ Staatsmanne anlegen, wie sie schon Gardenberg in den Kabinetts-

sekretären seiner Zeit, dem Ministerium „hinter der Gardine“, bekämpfen mußte. Und zu dem allen gedenke man der Klagen, die auch im Mutterlande des Politikers über die Unfähigkeit und das Fiasko der Diplomatie während des Krieges laut geworden sind, genau wie bei uns. — — — Das sind die Prämissen, und da soll die Schlußfolgerung wirklich immer noch lauten: „Einführung“ parlamentarischer Regierungswelke, wofern sich die erkannten Schwächen unseres Systems auf andere Art beheben lassen!?

Hier allerdings liegt der springende Punkt, denn, wenn gewisse Erscheinungen unseres Staatslebens, deren Reformbedürftigkeit zutage liegt, auch nach den Erfahrungen dieser Epochenjahre nicht geändert werden können, dann bliebe uns wohl — angefichts der spröden Mechanik der Regierungssysteme — jene ultima ratio in der Tat nicht erspart.

Ist es zu fein gesponnen, ist es übermenschlich, sich die Vorteile des „anderen“ Systems sichern zu wollen, ohne die Nachteile mit in den Kauf nehmen zu müssen? Weißt jenes Naturgesetz gegenseitiger Anpassung nicht den richtigen Weg, dem die Völker sich mit oder ohne Bewußtsein fügen, um im Existenzkampfe durchzuhalten? Gibt es wirklich nur das rigorose Entweder—Oder der Exaltados, von denen wir früher an dieser Stelle sprachen,*) oder können die Moderados mit ihrem veröhnenden Sowohl—Alsauch Gehör beanspruchen?

* * *

Der Krieg hat sogar in politisch teilnahmelosen Kreisen der Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß es so nicht mehr weiter gehen kann. Es ist keine Frage mehr, wir müssen aus der Isolierung heraus, auf dem Gebiete der inneren wie der äußeren Politik. Denn diese Vereinsamung nach beiden Seiten hin ist es doch letzten Endes, die den Gefahrenpunkt unseres Systems am deutlichsten veranschaulicht. Eines Systems, das man unter dem Brennglas der Kritik in dem einen Worte „Bureautratismus“ zusammenfassen kann, gerechterweise aber doch nie anders, als daß man sich dabei die komplexe Fülle dieses Begriffs und seine historische Bedingtheit ständig vor Augen hält. Gleichwohl, wir brauchen dringend eine intensivere Ergänzung nach der genossenschaftlich-parlamentarischen Seite hin, unsere innere und auswärtige Politik muß von dem Merkmal der Exklusivität befreit werden, die Maschine des Staates darf nicht immer vorzugsweise mit dem einen Motor laufen, sondern muß sich das im anderen verborgene Krafterelement stärker als bisher zunutze machen. Die im Wege des parlamentarischen Ausleseverfahrens gewonnenen Führernaturen müssen den bisherigen Inhabern der Macht an die Seite treten, Parteipolitiker und Beamte in gemeinsamer Arbeit den neuen Typ des sachverständigen Politikers oder, was dasselbe besagt, des politisch denkenden Verwaltungsfachmanns heranwachsen lassen.

Unter Friedrich Wilhelm dem Ersten, Preußens größtem „inneren König“, wie ihn Schön genannt hat, machte die Rivalität der beiden behördlichen Verwaltungsorganisationen, der sogenannten Kammern und Kommissariate, viel Sorge und Kopfzerbrechen. Wie Feuer und Wasser schieden sie sich in Auffassung und Interessengebieten ihrer öffentlichen Tätigkeit. Kurz entschlossen verfügte der Monarch ihre Zusammenlegung, und aus den feindlichen Brüdern entstanden die glänzend funktionierenden Regierungsbehörden des achtzehnten Jahrhunderts. Sollte eine ähnliche Verschmelzung der modernen Regierungskräfte nicht ebenso möglich sein? Auch hier könnte der monarchische Faktor das Beste dazu tun.

Das Einstürzen lebendigen politischen Geistes in unser bürokratisches System ist — darin stimmen wir seinen Gegnern reslos zu — die Forderung der Stunde. Man mag abrücken von Gemeinplätzen wie: „Unsere Diplomatie hat versagt, unser Obrigkeitsstaat ist an allem schuld“, denn, wer seine Ohren nicht mit dem Eigenfinn des Nichtskritikers verschließt, hört jenseits der Grenzen die verwandte Melodie: „Unser auswärtiger Dienst hat einen Zusammenbruch

*) Vgl. Heft 11 dieses Jahrgangs S. 811.

erlitten, das Parteiſystem iſt die Wurzel alles Übels“. Trotzdem, die Bilanz iſt nicht gleich, der äußerliche Erfolg iſt auf ſeiten unſerer Gegner. Und ſelbſt, wenn die Fehler ſich aufwögen, würde das keinesfalls die Dringlichkeit der Reform abſchwächen.

Der Weg iſt erkannt, er iſt auch beſchritten. Unſere Kabinette ſpiegeln den wachſenden Einfluß des Parlaments, und auch das Kapitel „Diplomatie“ liegt aufgeſchlagen im Buche des Staates, um von neuem überarbeitet zu werden. Die Frage iſt nur, ob die Bewegung Stetigkeit beſitzt und der ehrliche Reformeiſer nicht im Sande verläuft. Gerade der aufrichtige Freund preußiſch-deutſcher Traditionen darf am wenigſten wünſchen, daß die Regierung Hertling-Payer-Friedberg ein politiſches Kriegsverſatzmittel bleibt, daß die noch von Kühlmann einderufene Kommiſſion zur Neugeſtaltung des auswärtigen Dienſtes das Schickſal ſo vieler Vorgängerinnen ſelig verſchiedenen Angedenkens teilt.

Entſcheidend iſt der in der Wilhelmſtraße herrſchende Geiſt. Trotz vieler Einzelforderungen, wie ſie die hochinteressante Denſchrift der Hamburger Auslandsfirmen für die nachgeordneten Stellen unſeres diplomatiſchen und konſulariſchen Dienſtes entwickelt, Aufgaben, die ganz unabhängig von der Frage des Regierungſystems als ſolchem in Angriff genommen werden müſſen, auf das Verhalten der Zentralſtelle kommt alles an, und hier mühte allerdings die Jaghaftigkeit und Unſicherheit, die Herrſchaft der Ideologen, Theoretiker und Juristen, kurzum der heilloſe Bureaukrtismus ſeinen Platz dem politiſchen Latmenſchen und geborenen Führer räumen, wie ihn das britiſche „foreign office“ trotz aller auch dort begegnenden Menſchlichkeiten in biſher noch unerreichter Weiſe züchtet.

Ob die Blutmiſchung mit dem Parlamentariertum bei uns die gleichen Ergebnisse zeitigen wird, iſt vorerſt nur Hoffnung und Vermutung. Willigerweiſe wird man den Erfolg abwarten und den Beteiligten Zeit zum Einleben in die neuen Produktionsverhältnisse zuſtehen müſſen. Indem das Parlament durch ſeine Führer zur Mitverantwortung an den Geſchiden des Staates herangezogen wird, gibt man ihm die Möglichkeit, eine Arena politiſcher Talente zu werden. Es iſt anzunehmen, daß dann allmählich die Scheu vor der Verantwortung, der parlamentariſche „Kretinismus“, wie Marx die beſonders in den Reihen ſeiner Partei ſtark graſſierende Krankheit genannt hat, ſchwindet. Aber der Zwed wäre doch nur vorübergehend erreicht, wenn bei Übernahme eines Miniſterpoſtens der biſherige Abgeordnete die Fühlung mit ſeiner Partei verlöre. Das hieße erſt die neuen Kräfte und Säfte ſorgſam in die Spigen des ſtaatlichen Organismus emporſteigen zu laſſen, um dieſe dann abzubrechen und ſo ihrer lebenspendenden Wurzeln zu berauben, aus denen ſie ja gerade die Fähigkeit gewinnen ſollen, die politiſchen Stürme und Wetter zu beſtehen! Auch von den Parteien ihrerſeits wird Verſtändnis für die neuen Verhältnisse verlangt. Was ſich jezt die Reichstagsfraktion des Zentrums gegenüber der Regierung Hertling und die Nationalliberalen (in vermindertem Maße) gegenüber Friedberg geleistet haben, iſt noch mehr als jenes „Mitgehen bis zur Tür“, wie man in Schweden das Verhältnis zwiſchen dem parlamentariſchen Miniſter und ſeiner Partei kennzeichnet, und ſtimmt für die Zukunft unſeres Parlamentariſmus nicht gerade optimiſtiſch.

Gefchähe weiter nichts als ein Hinübernehmen von Vertrauensmännern der Fraktionen in die Regierung, ſo würde ja bloß der eine oder andere durch den Vorhang vom parlamentariſchen Schauerraum auf die Regierungsbühne wechſeln und der Vorhang ſchließe hinter ihm zuſammen. Manchmal könnte man bei den Schickſalen der Friedberg und Payer mutatis mutandis an das alte Mirabeauſche Wort erinnert werden, daß Jakobiner als Miniſter keine Jakobinerminiſter mehr ſind. Aber gerade jene Scheidewand, das unſelige Erbe des deutſch-rechlichen Konſtitutionaliſmus, der von Anbeginn die Sphären der Regierung und der geſinnungsſtändigen Oppoſition ängſtlich auseinanderhielt, gilt es zu beſeitigen. In Preußen iſt die Möglichkeit der Perſonalunion gegeben, im Reiche bekanntlich nicht (Art. 9 R. B.). Die Schwierigkeit liegt in beiden Fällen darin, den richtigen Mittelweg zu finden, der ſowohl den trampfhaften Umſall der Miniſtrablen nach

der Regierungsseite hin (vgl. Möller, Miquel) wie ihr ebenso radikales Einschwenken in die Bahnen des „party system“ mit seinen Folgen grotesker Parlamentspatronage, des Unterschachers, der Korruption und Demagogie vermeidet. Ob im Reiche der Vorschlag, parlamentarische Staatssekretäre ohne Portfeuille zu ernennen, die im Reichstag bleiben und im Bundesrat beratende Stimme haben, genügt, um die dauernde Verbindung zwischen Parlament und Regierung befriedigend herzustellen, sei hier nur zur Diskussion gestellt.

Die andere technische Hauptschwierigkeit ist natürlich die polar entgegengesetzte: wie werden die Interessen des Monarchen mit der neuen Wandlung der Dinge in Einklang gebracht? Der leidige Zufall bei der Ministerernennung muß ausgeschaltet bleiben. Werden damit aber die Kronrechte angetastet? Wir glauben nicht. Mit Recht betonte der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Friedberg jüngst im Herrenhause, daß nur „in Übereinstimmung aller in Betracht kommenden Faktoren das Staatsschiff sich in dieser schweren Zeit mit Erfolg steuern“ lasse. Die Worte galten den Vorgängen, die zur Ernennung des gegenwärtigen Kanzlers geführt haben, und in dem damals geübten Verfahren sehen wir allerdings immer noch den richtigen Weg der mittleren Linie, wie er einem auch von Dr. Friedberg gebilligten „deutschen“ Parlamentarismus gut entsprechen würde. Die Regierungsmethoden sind dem Wandel der Zeiten unterworfen und mit Vorliebe zeichnen kriegerische Ereignisse die Cäsur zwischen das innerpolitische Gestern und Heute. Natürlich liegt eine Art Zugeständnis des monarchischen Faktors vor, wenn er die durch das Parlament sich ausdrückende öffentliche Meinung bei Personenwechseln in den entscheidenden Ämtern in Rechnung stellt, aber „Kryptoparlamentarismus“, wie Graf Posadowsky argwöhnt, ist das noch lange nicht. Wenn der Monarch „gewisse Vorschläge aus eigener freier Entschliebung guthießt“ (Friedberg), so tut er nicht mehr als einst die durch Verfassungen sich selbst beschränkenden Fürsten des beginnenden neunzehnten Jahrhunderts, denen diese Tat — wenigstens in Deutschland — durchaus nicht zum Unheil ausgeschlagen ist, wie die damalige Reaktion düster prophezeite. Aber auch die Gegenseite könnte damit zufrieden sein, um so mehr, je geschicktere Hand bei Auswahl der nächsten Staatsmänner bewiesen wird und je klarer man sich über die Schattenseiten des reinen „party system“ geworden ist. Ohne politisches Tatgefühl freilich wird es nicht abgehen, aber in ihm liegt ja stets das balanzierende Moment bei dem oft recht labilen Zustande politischer Machtverhältnisse.

Jene „Übereinstimmung aller in Betracht kommenden Faktoren“, von der der Minister am 9. Juli sprach, ist bei dem tags zuvor entschiedenen Rücktritt von Kühlmanns als nicht erforderlich erachtet worden. Graf Hertling versichert uns allerdings kategorisch, daß er als einziger verantwortlicher Minister die Politik mache, und daß bei ihr der Kurs der alte bleibe. Da also hiermit der Leiter des Auswärtigen Amtes im Bismarckschen Sinne nur als Handlanger des Kanzlers betrachtet wird, wäre an dem Verfahren bei seiner Entlassung de jure nichts auszusetzen. Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß de facto die Dinge etwas anders liegen. Die Frankfurter Zeitung kann nicht ohne Grund darauf hinweisen, daß der allein die Politik bestimmende Kanzler bei wichtigen Anlässen den Staatssekretär reden ließ und sich selbst im Hintergrunde hielt. Auch der Auslandspolitiker der Kreuz-Zeitung, Otto Hoeksch, mag die verwunderte Frage nicht unterdrücken, warum — wenn es sich so verhält, wie Graf Hertling behauptet — „bis zum Juli 1917 in der auswärtigen Politik der Reichskanzler von Bethmann Hollweg angegriffen und verteidigt wurde und seit dem August 1917 der Staatssekretär von Kühlmann, nicht der Kanzler Graf Hertling.“ (Mittwochs-Artikel vom 17. Juli.) Das soeben genannte konservative Organ statte schon früher der Regierung ausdrücklich seinen Dank ab, weil sie dem bedenklichen Gewohnheitsrecht einer parlamentarischen Mitwirkung bei den Ministerernennungen die Wurzeln abgegraben habe. Wie Graf Hertling über diese Dinge denkt, wird jetzt um so zweifelhafter, als er doch schon früher das bei seiner und von Bayers Ernennung geübte Verfahren wohl mehr als

Kriegserfolg betrachtet hat^{*)}). Wir müssen offen gestehen, daß uns diese Auffassung, wenn sie — im Gegensatz zu den oben zitierten Worten Dr. Friedbergs — an maßgebenden Stellen bestehen sollte, nicht glücklich erscheint. Gemmen kann sie die allgemeine Entwicklung der Dinge auf die Dauer schwerlich, wohl aber könnte, ganz abgesehen von der schädlichen Wirkung auf das Ausland, die Stauung eine um so reißendere Strömung erzeugen, was wir gerade ebenso vermieden wissen möchten.

Die Forderung einer gesunden Mischung beider Regierungssysteme, wie sie hier vertreten wird, ist unabhängig von der Spekulation, ob die heute sich anbahnenden Veränderungen im preußisch-deutschen Verfassungsrecht nur den Anfang des sich „naturnotwendig“ einstellenden rein parlamentarischen Regimes bedeuten oder ob es gelingt, auf halbem Wege im Sinne eines Kompromisses zwischen dem Alten und dem Neuen Halt zu machen. Auch die mit elementarer Festigkeit ins Leben getretenen Ideen von 1789 haben den hart im Raum sich stoßenden Dingen, dem Schwergewicht der Tradition und des Allzumenschlichen ihren Tribut zahlen müssen. Im übrigen hat noch keine Generation gewußt, wie ihre Enkel sich das politische Wohnhaus einrichten werden. Wenn man aber der Zeit dienen will, wie Weber es in der oben erwähnten Schrift von sich bekennet, muß man doch dem Zeitgeiste — der „opinion“, für die Hardenberg ein so hellhöriges Ohr besaß — in allen seinen Äußerungen lauschen. Und dazu gehört nicht zuletzt das Urteil unserer politischen Praktiker in den Parlamenten.

* * *

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß man bei unseren Parteien von einer Einheitsfront in Sachen des Parlamentarismus ganz und gar nicht reden könne. Wir haben insbesondere auf die entschiedene Ablehnung gewisser sozialistischer Kreise das Augenmerk gerichtet. Eine fast photographisch genaue Bestätigung des Bildes, das wir in Heft 11 dieses Jahrganges von dem Stande der Dinge entwarfen, liefert die jüngste Debatte für und wider den Parlamentarismus in der Zweiten württembergischen Kammer.

Der sozialistische Unterstaatssekretär August Müller bemerkt in seinen höchst beachtenswerten „Randglossen zum Parlamentarismus“^{**)}: dieser und das Mandarientum seien Geschwister. Den gleichen Gedanken finden wir in dem seinerzeit von uns herangezogenen Aufsatz Ernst Heilmanns in der „Glocke“^{***)}: in beiden Fällen liegt der innere Gegensatz der staatssozialistischen Genossen dieser Regierungsform gegenüber zutage.

Ganz programmäßig entfesselte nun in Württemberg der Abgeordnete der alten Manchester-Partei, Konrad Haufmann vom Fortschritt, den Streit der Meinungen, indem er ohne Einschränkungen für „sein“ System eine Lanze brach. Unter Berufung auf die Verhältnisse im Reich und die angeblich feststehende Tatsache, daß „schon heute im württembergischen Parlament eine große Mehrheit dafür sei“, erklärte er es für die Pflicht der Regierung, „auf dem Wege der Entwicklung des konstitutionellen Rechtes mit aller Entschiedenheit, vor allem jetzt im Kriege, weiterzuarbeiten“.

Wie stand und steht es nun aber mit der behaupteten großen Mehrheit in den Reihen der schwäbischen Volksvertreter?

Von der selbstverständlichen Haltung der Konservativen können wir absehen. Das Zentrum äußerte durch den Mund des Vizepräsidenten Dr. von Kiene seine strikte Abweisung des parlamentarischen Systems. „Eine wahrhaft konstitutionelle, vom Vertrauen des ganzen Volkes getragene und mit der Volksvertretung eng verständnisvoll zusammenarbeitende Regierung ist es, was wir wollen, und dazu

^{*)} Vgl. Frhr. von Zebly im „Roten Tag“ vom 22. Dezember v. J.

^{**)} Im neuesten Heft des Schmollerschen „Jahrbuches für Gesetzgebung und Verwaltung“ (nach einem Vortrag in der Deutschen Gesellschaft von 1914).

^{***)} Vergl. Heft 11, S. 309.

gehört auch die Besetzung der verantwortlichen Stellen in der Regierung nicht nur mit tüchtigen Beamten, sondern auch mit hervorragenden Vertrauensmännern des Volkes . . . Aber damit ist keine Parlamentsregierung gegeben, die wir nicht wollen.“ Die Nationalliberalen schlossen sich unter Ablehnung des von Hausmann geforderten Koalitionsministeriums den Ausführungen des Zentrumsredners an und blieben damit auf der Linie, die wir von gelegentlichen Äußerungen der Friedberg und Stresemann her kennen. Sehr interessant war nun die Haltung der Sozialdemokratie. Ihr Sprecher Reil meinte, er sei „kein begeisterter Verherrlicher des parlamentarischen Regierungssystems, wenn er auch die Gottähnlichkeit der Bureaucratieregierung nicht anerkennen könne. Im Rahmen eines konstitutionellen Staates — d. h. der eigentümlich deutschen Regierungsform! — sei für eine parlamentarische Regierung ebensoviel Raum, wie für eine bürokratische“. Auch das neue „Aktionsprogramm“ der Sozialdemokratie stellt sich ja keineswegs auf den Standpunkt rein parlamentarischer Regierungsweise, wie in der Mehrzahl der Blätter seinerzeit behauptet worden ist. Die völlig ablehnende Haltung des in der „Glocke“ sich vereinigenden sozialistischen Kreises (Heilmann, Lensch, Leschemacher u. a.) ist schon wiederholt erwähnt.

Wie steht es also mit der kühnen Voraussage des Herrn Hausmann? Sie hat in der Praxis vollkommen Schiffbruch erlitten. Mit Recht konnte der Ministerpräsident von Weisfäcker abschließend feststellen, daß das parlamentarische System im württembergischen Landtage keine Mehrheit habe. Der Mann des „Fortschritts“ kämpft in glänzender Isolierung. Wie scharfe Gegensätze zwischen ihm und den anderen bestehen, das erhellt auch aus dem Bericht, den die Germania aus Stuttgart über die Verhandlungen gibt, wo vom „Stedenpferd“ des Herrn Hausmann und von seinem „Hinüberschielen auf Frankreich und England“ die Rede ist. Den Kommentar ihres Gewährsmannes druckt das leitende Berliner Zentrumsorgan*) anstandslos ab. Fürwahr, in diesem Punkte gibt es keine „Reichstagsmehrheit“.

Wenn aber solches in Württemberg geschieht, dem Lande, das sich — mit gewissen Rechten — seines streng „konstitutionellen“ Wesens rühmt, wo man vor hundert Jahren, als der Artikel 13 der Wiener Bundesakte die Einführung landständischer Verfassungen proklamierte, stolz entgegen konnte, in unserer Heimat in das nicht nötig, denn hier hat die ständische Entwicklung, das „alte, gute Recht“, nie vor dem Absolutismus kapitulieren müssen, — dann kann man vom „dürren Holze“, den anderen Staaten, nicht viel erwarten. Insbesondere erhebt sich vor derhand die Vermutung Piloths, daß „in Württemberg . . . die bestehenden Parteiverhältnisse einen solchen Versuch — parlamentarischer Regierungsweise nämlich — am ersten rechtfertigen“, da hier „das Parteileben am längsten und konsequentesten nach der Richtung des parlamentarischen Systems sich schon vorentwickelt hat und die politische Durchschnittsbildung des Volkes . . . eine höhere ist, als in den meisten anderen deutschen Staaten“.

Auch in der Politik soll man die Völker nach ihrer Fassung selig werden lassen, und diesem Grundsatz widerspricht ein fanatisches Verkünden neuer Lehren eben so sehr, wie das verknöcherte Festhalten an der Überlieferung. ❖

*) Aber seine Haltung zur Sache vergl. Heft 11, S. 308.



Ungarn und Bosnien

Von Professor Dr. Robert Sieger



Bei der Erörterung der südslawischen Frage wird zumeist, so auch von mir in den Grenzboten, Heft 16 und 23, der von Ungarn erhobenen „historischen“ und „staatsrechtlichen“ Ansprüche auf Bosnien und die Herzegowina nur insofern gedacht, als sie die Grundlage für eine Erweiterung des kroatischen „Subdualismus“ bilden sollen. Zwar waren im ersten Kriegswinter, als die Erörterung der „Kriegsziele“ noch uneingeschränkt und sehr beliebt war, Gerüchte verbreitet, wonach der leitende Staatsmann Ungarns die unmittelbare Angliederung des Gemeinsamen Verwaltungsgebietes und wohl auch Dalmatiens an Ungarn anstrebe und Österreich dafür Serbien, Montenegro und Albanien überlasse. Aber sie verloren sich aus begreiflichen Gründen immer mehr. Um die Zeit der Niederwerfung Serbiens und Montenegros und nachher wußten dann wieder „politische Kreise“ von Teilungsplänen zu reden, wobei vielfach der Norden der südslawischen Gebiete als ungarischer, ihr Süden mit oder ohne Albanien als österreichischer Anteil bezeichnet wurde. In einer anonymen Schrift, die als Manuskript gedruckt wurde und die aus Offizierskreisen der Südmarmee stammen dürfte*) — sie fand vielfach Anklang, so scharf sie die Politiker des Hinterlandes auch verurteilten — und in der Agitation eines vielgenannten politischen Schriftstellers, der ihrer Entstehung wohl sehr nahe stand, finden wir neben anderen, zum Teil recht seltsamen Neugestaltungsplänen auch diese Teilung, „so daß Ungarn das nördliche Dalmatien, Bosnien und Nordserbien erhält, Österreich aber Süddalmatien (von dem geschichtlich nicht zum Königreich Dalmatien gehörigen Gebiet von Ragusa an), die Herzegowina, Südserbien, Montenegro und Albanien.“ Diese österreichischen Außenbesitzungen, die noch stärker vom Hauptlande abgetrennt wären, als heute Dalmatien, sollen als Königreich Illyrien mit der Hauptstadt Durazzo ein Nebenland Österreichs bilden, wie auch Galizien und das ruthenische Lodomerien. Wenn dabei in bemerkenswerter Andeutung von den „Ansprüchen Ungarns, die wohl in seiner Aufnahmefähigkeit ihre Grenze finden“, die Rede ist, so wurde von dem Vertreter des Vorschlags österreichischen Politikern vorgehalten, daß Ungarn noch viel mehr wünsche und daß Österreich sich höchstens die südlichen Gebiete sichern könne; dabei dachte er wohl auch daran, daß diese von den „historischen“ Ansprüchen Ungarns nicht oder doch weniger betroffen werden.

Daß solche Gerüchte und Gedankengänge weit weniger phantastisch waren, als wir meist annahmen, lehrten uns dann die Zeitungsmeldungen in der zweiten Juniwoche 1918. Ungarische Blätter traten für die unmittelbare Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Ungarn ein, die kroatische Frank- und Starcevic-Partei veröffentlichten Verwahrungen gegen die Zerreißung des kroatischen Gebietes und im Agramer Landtag wurde interpelliert, man erfuhr von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Landtagsmehrheit, von Beratungen der ungarischen Regierung mit der gemeinsamen und der österreichischen, aber auch mit den Vertretern Kroatiens, dem Dalmatien, aber auch nur dieses, zugebach sein soll. In der österreichischen Presse wurde nur gelegentlich und vergeblich eine Stellungnahme der Regierung, der Abgeordneten und Parteien zu dem neuen Programm verlangt; deutsche Blätter, wie das „Fremdenblatt“ vom 13. und die „Reichspost“ vom 18. Juni, verwurten die Notwendigkeit, daß Österreich rechtzeitig zu Wort komme, als Argument für die Einberufung des Parlaments. In der Sache selbst denken die einen mehr an Gegenleistungen, die anderen an eine glatte Ablehnung der ungarischen Forderungen, während die „Reichspost“ sogar die Erklärung verlangt, daß „Österreich unter keinen Umständen die Losreißung irgendeines Ge-

*) Ich kenne sie in zwei Gestalten: „Ein starkes Österreich“ (Dezember 1916) und „Österreichs staatsrechtliche Neugestaltung“ (Januar 1917), die auch inhaltlich verschieden sind. Ich zitiere nach der späteren Form.

biesteiles dulden werde, weder im Südosten, noch im Nordosten, noch im Südwesten, daß Österreich niemals die Überlassung Bosniens und der Herzegowina an Ungarn allein zulassen werde.“ Das christlich-soziale Blatt lehnt im Zusammenhang damit auch die sogenannte austropolnische Lösung ausdrücklich ab und hält ebenso ausdrücklich am österreichischen Besitze Dalmatiens fest. Auf der anderen Seite meint ein so hervorragender politischer Schriftsteller, wie Paul Samassa, daß Österreich angesichts der wirklichen Machtverhältnisse — und namentlich, wenn Ungarn eine selbständige Armee erhalten wird — wohl erreichen könne, daß alles noch eine Zeitlang beim alten bleibe; wenn es aber in Verhandlungen über die südslawischen Probleme eintritt, habe es keine Aussicht, den erweiterten Subdualismus gegen die ungarische Forderung eines Vanates Bosnien durchzusetzen. Ja, so führt er im „Grazer Tageblatt“ vom 15. Juni aus, wenn wir mit Ungarn (und dieses, nicht Kroatien, ist nach der Rechtslage unser Verhandlungspartner) über die Gegenleistungen für den Verzicht auf Dalmatien und auf das Mitbestimmungsrecht in Bosnien verhandeln, so haben wir wirtschaftliche und finanzielle Forderungen, die uns näher liegen, als die künftige Stellung der ihm überantworteten Gebiete innerhalb Ungarns. Solche Forderungen habe ich in meinen früheren Aufsätzen geltend gemacht; Samassa betont noch besonders die Übernahme eines entsprechenden Teils unserer Staatsschuld und der Kriegsschulden. Es ist klar, daß der Machtgewinn Ungarns — wenigstens äußerlich und für die nächsten Jahre, vielleicht auch dauernd — bei der unmittelbaren Angliederung Bosniens erheblich größer, daher auch die Forderung Österreichs nach Entschädigung noch berechtigter wäre, als bei der mittelbaren.

Um einem solchen Gedankengang die Spitze abzubrechen, bezeichnet man in Ungarn die eigene Forderung nach Gebietsgewinn als „Kompensationsforderung“ für den großen Machtzuwachs, den Österreich durch die austropolnische Lösung erhalten soll! Das ist bezeichnend dafür, daß man sie um einen billigen Preis durchzusetzen hofft und weder die Widerstands-, noch die Urteilskraft des Partners hoch einschätzt. Der Name „austropolnische Lösung“ darf uns ja nicht irreführen. Eine Personalunion des um Galizien oder doch Westgalizien vergrößerten Kongregipolen mit der Monarchie — und an eine solche denkt man zumeist — aber auch eine engere staatsrechtlich-politische Verbindung dieses Gebiets mit Österreich, sei es in der Form des Subdualismus oder einer irgendwie begrenzten Realunion, bedeutet keineswegs einen Machtgewinn Österreichs im Vergleich zu Ungarn. Die Personalunion käme nur der Dynastie als solcher zugute; die anderen, eher als „austropolnisch“ zu bezeichnenden Formen bedeuten eine Verkleinerung des unmittelbar österreichischen Gebiets und den Zuwachs eines von Österreich nur lose abhängigen Gebiets, dessen politische Kräfte auch auf Österreich selbst nicht unbedingt förderlich wirken müssen; dessen Wirtschaftsleben aber dürfte mit Ungarn und dem Deutschen Reiche, die auf viel größeren Strecken mit ihm zusammenstößen, vermutlich in viel engere Beziehungen kommen, als mit dem eigentlichen Österreich. Der erwähnte Aufsatz der „Reichspost“ meint geradezu, die sogenannte austropolnische Lösung würde wahrscheinlich eine hungaropolnische werden. Für diese Auffassung sprechen sowohl politisch-nationalpolitische, wie geographisch-wirtschaftliche Gründe. Trotzdem hofft man von der Abtrennung Galiziens vielfach eine den äußeren Machtverlust aufwiegende Kräftigung Österreichs durch die Sicherung seiner inneren Einheitlichkeit (auch ich bin dieser Meinung), wie man ja auch vielfach von der Ausdehnung Ungarns über südslawische Gebiete eine den äußeren Gebietsgewinn aufwiegende innere Schwächung je nach dem Standpunkt fürchtet oder hofft. Von solchen Erwägungen gehen aber diejenigen nicht aus, welche eine Entschädigung Ungarns für die Gebietsverschiebungen im Nordosten verlangen und sie womöglich früher sichern wollen, als diese Verschiebungen selbst Gewißheit geworden sind. Für sie gelten lediglich räumlich-quantitative Gesichtspunkte.

Wie immer dem sei, das Problem des mit Ungarn in unmittelbare Beziehungen gebrachten, von einem Vanus verwalteten Bosnien ist zur Erörterung

gestellt. Wir wollen es lediglich geographisch betrachten. Die Frage, ob die historischen Ansprüche Ungarns, die bei der Annexion Bosniens einseitig erhoben wurden, voll gerechtfertigt sind und ob sie von dem König von Ungarn als solchem oder nur als Herrscher Kroatiens erhoben werden können, soll hier ebenso wenig erörtert werden, wie die rechtliche Stellung Dalmatiens und die oben erwähnte, neuerlich vom Abg. Dr. von Licht in einer Vertrauensmännerversammlung (Abendausgabe der „Ostauer Zeitung“ vom 17. Juni) wieder betonte Tatsache, daß die Republik Ragusa und die Buchten von Cattaro „niemals mittelbar oder unmittelbar mit Ungarn oder seinen Nebenländern in staatlicher Verbindung gestanden“ sind. Auch die moralischen Anrechte Österreichs und der Österreicher auf das Mitbestimmungsrecht im Gemeinsamen Verwaltungsgebiet, ihre Leistungen für dieses und ihre Kulturarbeit in diesem in Vergleich zu jenen Ungarns sollen nicht besprochen werden. Es soll lediglich gefragt werden: was bedeutet die unmittelbare Herrschaft Ungarns über Bosnien für Ungarn und für Österreich und welche geographischen Verhältnisse sprechen für oder gegen sie?

Die Angliederung des Gemeinsamen Verwaltungsgebiets an Ungarn bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß dieses die Gesamtmonarchie in der Vermittlerstellung nach dem Südosten vollends ablöst, aber auch zwischen Kroatien-Slawonien und die Staaten der Südosthalbinsel einen Kiegel vorschiebt. Es würde also für Mitteleuropa, im besonderen auch für das Deutsche Reich, jene Rolle übernehmen, welche die Anhänger der jugoslawischen Idee ihrem Nationalstaat zuweisen wollen: die des Pfortners, der nach Belieben zu- und durchlassen oder absperren kann — nach freiem Belieben, auch ohne die Hemmungen, die das autonome Kroatien auszuüben vermag, sobald es ans Ausland grenzt. Das müßte Ungarns Stellung in Mitteleuropa überaus verstärken, ja — wenn rechtzeitig verwirklicht oder auch nur gut vorbereitet — diesem Staate schon bei den Verhandlungen über den Zusammenschluß Mitteleuropas (im engeren wie im weiteren Sinn) ein weitaus größeres Gewicht verleihen, als er sonst beanspruchen kann. Denn er kann dann Österreichs Südostverkehr so gut wie ganz auf den Seeweg drängen. Die Stellung Dalmatiens ist dabei von geringer Bedeutung, denn es vermittelt nur den Zugang von der See nach Bosnien und der Herzegowina, aber keinen selbständigen Südostweg. Seine enge verkehrsgeographische Verbindung mit dem heutigen Gemeinsamen Verwaltungsgebiet wird es in wachsendem Maße von diesem und seinem Wirtschaftsleben abhängig machen, auch wenn es politisch bei Österreich bleibt oder an Kroatien kommt. Und damit wird Ungarn auch die Wege von der Adria nach Serbien immer mehr in der Hand haben. Eine nichtungarische Südostverbindung steht Mitteleuropa dann nur in der außerkarpathischen Linie über Lemberg—Ternopol—Jassy zu Gebote und deren Wert könnte durch eine ungeschickte Lösung des polnischen und ukrainischen Problems wesentlich beeinträchtigt werden. In jedem Fall stellt sie einen Umweg dar. Man könnte noch auf den Donauweg hinweisen; aber abgesehen von seinen behebbaren und unbehebaren Mängeln unterliegt auch er dem ungarischen Einfluß — faktisch mehr als nach den Verträgen an sich. Die Stellung, die Ungarn durch die unmittelbare Herrschaft über Bosnien, in Verbindung mit Grenzberichtigungen gegen Serbien, vor allem aber mit dessen verkehrsgeographischer Einklammerung und der unmittelbaren Berührung zwischen Ungarn und Bulgarien, zu erlangen vermag, gewinnt um so mehr an Bedeutung, je wichtiger der Landweg Berlin—Bagdad und seine europäischen Teil- und Parallelstrecken werden. Das Zwischenglied, das diese Stellung wesentlich begründen soll, ist aber bedroht durch den Jugoslawismus — der in kurzer Zeit vielleicht schon in dem übrig gelassenen Rest des serbischen Königreichs ein neues „Piemont“ suchen mag — und es ist wohlverständlich, daß Ungarn dessen Abwehr nicht dem Kroatentum überlassen will, dessen Kraft erst die Zukunft erproben muß. Die Magyaren überwinden also ihre Scheu vor unmittelbarem Anschluß größerer südslawischer Gebiete an Ungarn und werden offenbar dem Vanus von Bosnien (dem die bisherigen überwiegend magyarischen gemeinsamen Finanzminister schon gut vorgearbeitet haben)

eine feste Stellung und sehr bestimmte Aufgaben zumeisen. Das Land hat ausgiebigen Raum für Kolonisation, und wenn die magyarische Auswanderung von Amerika ab und hierher gelenkt oder wenn die Ausbreitung der kinderreichen Schwaben über Bosnien begünstigt wird (diese Absicht schrieb man 1914/15 dem Grafen Tisza zu), so bedarf es nicht einmal einer scharfen Magyarisierungspolitik, um das heute rein slawische Land mehr und mehr zu einem sprachlichen Mischgebiet zu machen. Ethnographisch bunte Gebiete in erstaunlich kurzer Zeit unter ihre nationale Herrschaft zu bringen, verstehen aber die Magyaren trefflich. So mag ihr Gedanke auch dahin zielen, die jugoslawische Gefahr dadurch zu bannen, daß zwischen das autonome Gebiet Kroatiens und Dalmatiens im Westen und den serbischen Staat im Osten ein magyarisch verwaltetes Bosnien als trennender Kegel gelegt werde. Es mag aber auch sein, daß man das neuangestrebte Nebenland dem alten nur deshalb nicht angliedern will, um dieses nicht zu einer Ausdehnung und Volkszahl gelangen zu lassen, die seine subdualistische Unterordnung gefährden könnte.

Die Widerstände, die sich gegen die ungarischen Pläne und die damit etwa verbundenen weiteren Absichten geltend machen, sind schwer zu beurteilen. Von den äußeren, soweit sie von Österreich ausgehen können, haben wir das bereits erkannt. Ob von reichsdeutscher Seite solche zu erwarten sind, kann ich nicht beurteilen, möchte aber bezweifeln, daß die Ausbreitung magyarischen Machtbereichs von dort aus auf ernste Hindernisse stoßen würde. Wie stark sich die inneren Widerstände innerhalb des Südslawentums erweisen werden, läßt sich um so schwerer sagen, als wir die Politik, die Ungarn im Banat Bosnien gegen die drei Volksteile einzuschlagen gedenkt, nicht voraussagen können. Bisher hat die wesentlich von Ungarn her bestimmte Regierungspolitik dort das naheliegende „Divide et impera“ immer mehr aufgegeben und, so wie in Kroatien, die Serben oder doch die vornehmlich von diesen beeinflussten serbisch-kroatischen Koalitionen begünstigt. Man hat diese Politik zumeist als kurzfristig und selbstmörderisch, als eine Förderung des verfestigten Jugoslawentums beurteilt, das äußerlich den magyarischen Forderungen Rechnung trage, aber nach der Zurückdrängung des monarchietreuen Kroatentums sein wahres Antlitz enthüllen werde. Daran ist viel Wahres. Aber trotz der Kriegserfahrungen scheint man in Budapest nicht geneigt, die Bundesgenossenschaft der „reinen Kroaten“ zu suchen. Und man mag wohlwogene Gründe dafür und verborgene Absichten dabei haben. Jedenfalls vermag die Forderung, die Ungarn heute erhebt, die Großkroaten und Großserben aller Richtungen zu gemeinsamer Abwehr, für den Augenblick wenigstens, zu vereinigen und solcherart Zusammenschlüsse kommen immer den entschiedeneren Richtungen zugute. So mag Öl ins Feuer des Jugoslawismus gegossen werden. Wenn aber Ungarn erst seine Forderung durchgesetzt hat, läßt sich sehr wohl denken, daß seine Politik in Bosnien und Kroatien die inneren Gegensätze im Südslawentum zu immer härterer Entfaltung zu bringen vermag. Sie muß ja auch keineswegs in beiden Ländern die gleichen Wege einschlagen. Wir wollen indes von Vermutungen um so mehr absehen, als ja eben die geringere oder größere Kraft der südslawischen Gegenwehr selbst zur Entscheidung über die Verwirklichung oder Nichtverwirklichung der besprochenen Pläne wesentlich beitragen muß.

Nicht unerwähnt lassen darf ich aber die Folgerungen, die sich aus der geographischen Zwischenlage Kroatiens und Slawoniens zwischen dem eigentlichen Ungarn und Bosnien ergeben. Diese beiden grenzen nirgends aneinander und würden eine territoriale Verbindung erst durch denjenigen Streifen serbischen Gebiets erhalten, den Ungarn zweifellos zur Sicherung der Save-Donaugrenze verlangen wird. Das Urteil über die notwendige Breite dieses Verbindungsgürtels kann auch das Urteil über die Ausdehnung der notwendigen Grenzverbesserung beeinflussen. Jedenfalls gehört in diesen Zusammenhang die hohe Wichtigkeit, die man in Ungarn der Nordwestecke Serbiens, der Macva, zuerkennt und der Nachdruck, mit dem bei ihrer Eroberung historische Rechte Ungarns auf dieses Banat geltend gemacht wurden. Der Streifen mag aber breiter oder

schmäler, seine Höhen mehr oder weniger beherrschend sein, in keinem Fall vermag er die Lastade zu befeitigen, daß die wichtigsten und geradesten Wege von Ungarn nach Bosnien durch Kroatien und Slawonien führen. Ungarn hat allerdings auch dort das Eisenbahnwesen in der Hand und das slawonische Zweifstromland ist seinerseits ein schmaler Landstreifen, der zwischen Ungarn und Bosnien förmlich eingeklemmt ist. Immerhin ist das Bestreben der ungarisch-bosnischen Eisenbahnpolitik, die Hauptzugänge des Landes in den schmäleren und von ungarischem Gebiet härter umfaßten Teil dieses Zwischenstreifens zu verlegen, neben rein wirtschaftlichen und neben gegen Österreich zielenden verkehrspolitischen Erwägungen in den Bahnbauprojekten der Vorkriegszeit erkennbar. Insbesondere in der geplanten reichlichen Ausstattung Nordostbosniens mit Bahnen, vor allem aber in der Verlegung des Anschlusses nach Budapest und damit des Haupteingangs ins Land von Bosnisch-Brod nach Samac, die übrigens eine durchaus berechnete Begünstigung darstellt.

Fassen wir Bosniens Lage zu Ungarn, als ein diesem enger als Kroatien angegliedertes Gebiet, ins Auge, so erscheint es ohne die vorausgesetzte Grenzregulierung als eine vorgelagerte Insel, mit ihr als eine durch einen schmalen Hals angegliederte Grenzhalsinsel. Ein Blick auf die Karte zeigt uns aber auch die seltsame Gestalt Kroatiens, die durch die Angliederung Bosniens erst Fülle und Rundung erhielte. Sollte Dalmatien zu dem dreieinigem Königreich kommen, so würde dieses in ähnlicher Weise Bosnien im Norden und Westen umranken, wie das heutige Österreich in größerem Maßstab Ungarn umrandet. Die Kritik, die sich gegen dessen „unmögliche“, die einheitliche Zusammenfassung verhindernde Gestalt richtet, würde also auch auf Kroatien zutreffen. Der Landgewinn würde dessen Einheitlichkeit nicht fördern, im Gegenteil den Gegensatz der drei oder vier natürlichen Landschaften, die dann beisammen, aber nur mangelhaft verbunden wären, deutlicher ausprägen. Das alte Verlangen nach dem Gebiet, das Kroatien allein einfache Umrisse, Abrundung und eine lebensfähige Gestalt geben kann, würde um so mehr verstärkt, je schärfer seine Verwaltung und innere Politik es von den Lebensverhältnissen Kroatiens und Dalmatiens absondert. Die daraus hervorgehenden Spannungen würden um so fühlbarer, je stärker die Zwischengrenze in die natürlichen Verkehrsverhältnisse einschneidet. Und man muß annehmen, daß die Vorkämpfer einer unmittelbaren Angliederung Bosniens an Ungarn diese Zwischengrenze hoch bewerten und voll zur Geltung bringen wollen; wäre dies nicht der Fall, so könnten sie ja der Ausdehnung des kroatischen Subdualismus zustimmen. So würde ein Zustand entstehen, der gegenüber dem gegenwärtigen recht verwickelt erscheint. Zugleich entfielen mit dem Gemeinsamen Verwaltungsgebiet ein Bindeglied zwischen Ungarn und Österreich; Ungarn würde in der Auseinandersetzung mit den Südslawen von Österreich getrennte Wege einschlagen können, was sowohl Vorteile wie Nachteile in sich schließen kann. Scheint der Augenblick aus mancherlei Gründen der Verwirklichung weitgreifender Pläne günstig, so müssen Ungarns Staatsmänner sich gleichwohl die geographischen Verhältnisse und die Hemmungen, die aus ihnen künftig erwachsen können, sorgsam vergegenwärtigen, ehe sie mit dem Gedanken des großkroatischen Subdualismus, der in Österreich wenig Widerspruch findet, endgültig brechen. Man darf auf ihre Entscheidung gespannt sein.



Peter Rosegger, der Feuerwart

Ein Gedenkblatt zum 31. Juli 1918

Don M. Kehlner



ielgestaltig wie der Boden Deutschlands ist sein Volkstum. Anders lebt es in Nord und Süd, in Ost und West, an den Küsten der Meere, auf weiter binnenländischer Ebene, in den Tälern der Alpen. Dennoch bildet es im tiefsten Wesen eine Einheit, ein gegenseitiges Verstehen webt hin und her und befundet verwandten Geistes Art.

Draußen in der Steiermark steht ein deutscher Stamm auf Borposten. Apler sind es, eigen und stark in ihrer Treue zum Altüberkommenen, denn sie wollen im Anprall fremder Völkerschaften nicht untergehen. Ein Brauch, dem eine steirische Berggemeinde vor noch nicht allzulanger Zeit huldigte, erscheint wie ein Sinnbild dieses Volkstums: sie pflegte alljährlich, so erzählt Peter Rosegger in seinem Roman der „Gottsucher“, bei Anbruch des sommerlichen Sonnenwendtages zu einer Bergmatte emporzusteigen und daselbst der Lebenspenderin zum Gruß ein Feuer zu entzünden. Vor Erlöschen des Brandes mußte einer der Ältesten der Gemeinde einen Funken mit sich nehmen und in seinem Hause hüten, um bei der nächsten Sonnenwende den neuen Brand damit zu entzünden. So nahm die unaussrottbare Sehnsucht der Menschenbrust nach Unsterblichkeit bei jenen Bauern im „Ahnfeuer“ Gestalt an. Der Feuerwart aber, der Hüter des Lebensfunken, genos, seinem weisheitsvollen Amt entsprechend, in der Gemeinde besonderes Ansehen: die Menschen kamen zu seinem Herde, auf dem die Glut nicht erlosch, und holten Feuer zum Ausräuchern ihrer Häuser, wenn sie von schweren Seuchen heimgesucht wurden. —

Dieser Brauch in seiner Schönheit und Gedankentiefe tut uns kund, daß das Volk sich selbst ein Heiliges, Unbegreifliches ist, in dem es den Weltgeist spürt aber nicht zu fassen vermag, und uns, die wir aus seinem Kreise heraustraten und zu ihm Stellung zu nehmen suchen, geht es nicht anders.

Getragen von dem gleichen Gefühl, einem Letzten gegenüber zu stehen, betrachtete auch Peter Rosegger sein steirisches Bauernvolk. Wie das unendliche Meer erschien es ihm, das man nicht ausschöpfen und nicht bezwingen kann. Er fand in ihm weit über die körperliche Tüchtigkeit hinaus von altersher unermessliche Schätze aufgespeichert, die uns im Wirbel der sozialen Entwicklung als Wegweiser dienen müssen, sofern wir an Leib und Seele gesund bleiben wollen. Des Volkes durch die großen Linien des Lebensprozesses bestimmte Auffassungen, seine Sitten und Bräuche, in denen sich die Ehrfurcht und Scheu des täglich mit der übermächtigen Natur ringenden Menschen spiegeln, erschienen ihm als ein heiliges Vermächtnis ungezählter Geschlechter, zu dessen Hütern er, der steirische Bauernsohn, sich berufen fühlte. Und in der Tat: Peter Rosegger, der Tag für Tag, Stunde für Stunde mit den Bauern seiner Waldheimat gebetet, gescherzt, gejauchzt, gestritten und gelitten hat, war wie kein anderer zum Feuerwart seines Volkstums außersehen. Ganz anders als der von einer schalen Kultur übersättigte Aristokrat Leo Tolstoi war er dem Volke nahe, umfaßte er es mit der inbrünstigen Liebe restlosen Verstehens. Selbst durchtränkt von dem gesunden Bauernsaff der Realität, aber herangereift zur Fähigkeit, sich über einzelnes und Greifbares zur nachdenklichen Durchdringung des Menschentums schlechthin zu erheben, sah er im schlichten Manne aus dem Volke die Verlebenbigung letzter Lebensweisheit: in rastloser Arbeit den vollen Ernst des Lebens zu erkennen, ohne zu klagen zu entsagen und trotzdem die Lebensfreude zu bewahren. Begabt mit der wunderbaren Gestaltungsraft des im Nährboden aller Kunst, der lebendigen Wirklichkeit, wurzelnden Erzählers, hat Peter Rosegger, der Feuerwart, sein Amt treu verwaltet. Unermüdet in der Beobachtung und Erforschung seines Volkes, trug er jeden lebensfähigen Keim urwüchsigter Geistigkeit herbei und schuf das unabsehbar reiche,

lebensvolle Bild seiner Heimat als Denkmal unerschöpflicher Urkraft. Wer mag an ihr achtlos vorübergehen? Einer Warnung gleich sehen wir in jener Berggemeinde die Geringschätzung des Ahnfeuers in Fluch sich wandeln: im ungestümen Selbsterhaltungstrieb flammert sich zwar das Volk selbst an das ihm überkommene Heiligtum als man es ihm nehmen will, aber es ist seinem zelotischen Pfarrherrn gegenüber machtlos, häuft in jähem Troze Schuld auf Schuld, um schließlich zu verderben und zu sterben. — Wer mag da Peter Kosegger, dem Feuerwart, nicht danken? Wer mag von seinem Herd kein Feuer holen? —

Doch der Mensch ist wichtiger als die Bücher, die er hinterläßt. Peter Kosegger dem Menschen gilt an seinem fünfundsiebzigsten Geburtstag unser Gedenken. Als wir uns zum Feste rüsteten, ist er gestorben, und unser Weg führt auf den Friedhof von Krieglach, wo er nach seinem Wunsch in einfacher Weise, „wie jeder Krieglacher“, begraben wurde. Nach einem schönen Wort Koseggers geht niemand unbelohnt über Friedhofserde: „diese Schollen fühlen die Leidenschaften und erwärmen die Herzen, und nicht allein des Todes Frieden steht auf den Blumenhügeln geschrieben, sondern auch des Lebens Wert“. Er hat den Tod nicht gefürchtet. „Nach dieser Welt des Unrechts, der Unruhe und der Leiden ist der Tod eines jeden Anrecht, ein milder Erlöser, der wieder mit dem Leben versöhnt, weil er sein Unrecht gutmacht, seine Unruhe aushebt, sein Leiden endet. Der Tod gibt das, was wir vom Leben verlangen; er ist das letzte Band, das uns loslösend noch einmal mit der Menschheit verbindet, er ist die Pforte, wo wir mit stillem Nächeln allen begegnen, die für oder wider uns waren auf Erden. Nach den goldenen Tagen der Glücklichen, welch schöneres Ende ist denkbar als der Schlummer! Nach dem kummervollen Dasein der Armen, was soll denn kommen zum Trost und zum Entgelte, als die tiefe Rast? Soll sich das Elend in Freude und Lust verwandeln, um wieder vor neuem Jammer zu zittern? Diese Erde ist ja so reich an Sonnenlicht und Freuden, aber erst der Hinblick auf den Tod gibt allem die Weiße. Nur der Tod macht das Leben schön und das Leben den Tod. . . .“ Kosegger hat gern gelebt, denn er hatte das Talent „an Gott und an die Menschen zu glauben den Sieg der Freude zu erhoffen und zu lieben den Sonnenschein, der vom Himmel kommt.“ „Ich bin's so zufrieden“, schrieb er einst. „Vereut es mein Gott nicht, mir das irdische Licht auf eine Weile geliehen zu haben: ich will nicht klagen.“ Die Schuldigkeit unserer Seele aber ist, den Leib, in dem sie diese schöne Welt genossen hat, dankbar und willig hinzulegen zu seiner Ruhe.“

So mag er in Frieden schlafen, der Begnadete, dem sein Wunsch, in der Heimat zu sterben, in Erfüllung ging. Wir aber breiten segnend unsere Hände über den Hügel eines Mannes, „der mit eherner Kraft an der Vorzeit hing, der in diesem Anbild sein Herz geläutert und seinen Willen gestählt hat“.

Eine vom Verfasser neubearbeitete und neueingeteilte Ausgabe seiner „Gesammelten Werke“, die die Schriften auf vierzig Bände verteilt, verdanken wir dem Verlage von L. Staackmann in Leipzig. Peter Kosegger hat die in jeder Beziehung ausgezeichnete Ausgabe, in der er die letzte Hand an sein Lebenswerk legt, mit seiner Lebensbeschreibung eingeleitet. Wir empfehlen sie dringend weitester Verbreitung. Die hübschen Pappbände kosten nur 2,50 M. In Halbpergament sind sie zu 4 M. erhältlich. Allerdings werden nur je 10 Bände, die zusammen eine Abteilung bilden, geschlossen abgegeben. Wer die „Gesammelten Werke“ nicht anschaffen will, sei auf die im gleichen Verlage erschienenen Einzelbände verwiesen. Wir erinnern auch gern an die von Moriz Rader besorgte deutsche Ausgabe der Koseggerbiographie von A. Bulliob (L. Staackmann, 1913, M. 6). Es ist eine fleißige Arbeit und sie gibt gute Anhaltspunkte, wenn man sich anders als rein genießend mit Kosegger beschäftigen will.



Randglossen zum Tage

An den Herausgeber



ndlich ist auch der Sommer zur Offensive übergegangen und da die Parlamente verstummt sind, hat man außer einem nachträglichen Anfall von Grippe nichts Unangenehmes zu befürchten. Jede Parteileitung geleitet mit ihren Segenswünschen ihren Demosthenes an die See, oder ins Gebirge, wo gute Verpflegung zugesichert ist, hoffend, daß das sirapazierete rednerische Maschinengewehr mit erhöhter Durchschlagskraft aus der Reparaturwerkstatt der Sommerfrische zurückkehre. Aber wir brauchen uns trotzdem nicht zu fürchten. Auch hinter dem weit aufgerissenen Rachen der Löwen des Hauptausschusses wird immer das freundliche Gesicht des Schreiners Schnod erscheinen, der beruhigend versichert, daß er kein Löwe sei, sondern ein Parteiführer. Aber ob gebrüllt, oder geflüstert wird, wir haben gesehen, daß keine Wand und keine Abspernung so dicht sind, daß nicht die Indiskretion hindurchbringt und die Zwangslage schafft, die zur Veröffentlichung von Kanzlerreden führt. Dabei wird neuerdings die bewährte Methode befolgt, die empfohlen wird, wenn man dem Hund den Schwanz abschneiden will, ohne ihm allzu weh zu tun: die stückweise, und die andere Methode, die sich bewährt, wenn man eine Sau aus dem Stall bringen will, indem man sie nötigt, in verkehrter Richtung zu gehen. Es ist eine der Besonderheiten der Biologie des Parlaments, daß sich durch Abspaltung ein neues parlamentarisches Lebewesen gebildet hat, das schnell größer und kräftiger geworden ist, als das Muttertier und ihm die beste Lebensnahrung wegfrißt. Der Ausschuß ist jetzt das wahre Parlament und die Verhandlungen des Plenums tragen den Charakter parlamentarischer Ausschuß-Ware. Die Zuhörerschaft ist bei beiden Versammlungen gemischt, mit dem Unterschied, daß sie bei den unwichtig gewordenen Plenarsitzungen sorgfältiger auf Legitimation angesehen wird. Der Zeitungskleser aber hat die Freude, alles in zwei Aufgüssen zu genießen, einen, der das aufregende Alkaloid der politischen Bedeutsamkeit enthält, und den anderen, der verdünnt ist wie Kriegsbier, wenn nicht gerade einem Staatssekretär das Gehör für die Wirkung der Tonart abhanden gekommen ist. Glückselig sind nur die großen Redetanonen, die jetzt zu jeder Frage zweimal feuern dürfen. Immerhin, wir sind die Aufgüsse und die Ausschuß-Indiskretionen los bis in den Herbst, und wenn jetzt die Staatsmänner gelegentlich den Waffenlärm mit wohlüberlegten Rede-Geräuschen begleiten, kann das nützlich wirken, vorausgesetzt, daß sie so gut sprechen, wie die draußen schießen. O, möchten sie, ehe sie ihre Reden halten, einen strammen Gang oder Ritt im Tiergarten machen und nicht müde von ermüdender Altenarbeit kommen! Möchten sie bedenken, daß nun einmal die politischen Sitten und Gewohnheiten, jedes Wort auf seinen Schwung, sein Feuer, seinen Stimungs- und Gefühlshintergrund zu prüfen gebieten, daß der Ton des redenden Staatsmannes die Musik macht und daß das Schweigen zu allem, was die Lloyd George e tutti quanti so fleißig reden, nicht Gold ist, sondern Gold kostet.

Himmelherrgottdonnerwetternoch einmal, so redet doch, ihr Herren, endlich einmal die Gesellschaft drüben in den Grund-Erds-Boden hinein! Sagt ihnen doch, was das ganze deutsche Volk einig fühlt, wenn sie sich schreiend geberden, als könnten und würden sie uns den Frieden diktieren, als glaubten sie wirklich, sie könnten den Krieg weiterzwingen, bis wir in Saft und Asche getrocknet kommen! Setzt doch auf einen Schelmen anderthalbe, findet doch Worte für den Hohn, den das verlogene Propaganda-Gedröhn verdient, probiert einmal mit der englisch-französischen Methode, schlägt auf die Landkarte, stoßt sie mit der Nase auf die Quadratkilometer, die sie verloren haben, enthüllt sie schonungslos in ihrer militärischen Ohnmacht, reißt den Lloyd George, den Clemenceau die Segen vom Leib und peitscht sie mit brennenden, sengenden Worten als banterotte, innerlich

schlotternde Spieler und Gaukler! Ihr könnt, denn die Ereignisse geben Euch recht! Begründet unseren Willen zum Frieden mit der Logik unserer feststehenden Überlegenheit und dem Menschheitsgewissen und dem Mitleid mit beschwindelten, hypnotisierten Völkern. Sagt diesen Völkern, daß, wenn sie nicht endlich erkennen, daß sie von den gewissenlosesten Verbrechern beschwindelt werden, die je den Galgen verdient haben, daß dann die große Latsche der Zeit noch schmerzlicher und blutiger den allzu leichtgläubigen Völkern strafend zum Bewußtsein kommen wird, daß das deutsche Volk bis zum sozialdemokratischen Arbeiter die Geduld verliert und dreinschlägt, bis von der französisch-englischen Kriegsmaschine kein Faden mehr da ist. Sprecht Fraktur mit einer Verbrecherbande, die, wissend, daß sie nicht siegen, uns nicht kleinkriegen, höchstens einmal einen Teilerfolg vorübergehend erzwingen kann, fortfährt, Blut zu vergießen und zynisch dem Aufhören des Entsetzlichen, Nutzlosen zu mahnen! Schafft der ungeheuren Empörung aller Deutschen einen Ausdruck, daß den anderen die Ohren gellen und dann, aber erst dann redet wieder vom Frieden! Himmelherrgottflernmillionenkreuzdonnerwetter, Staatsmänner, zieht die Glacehandschuhe aus und sprecht klar, deutlich, menschlich und es wird die beste Politik sein! Und Ihr werdet die Parteien hinter Euch haben! Sprecht laut genug und noch während des Geschüßdonners werden Euch eine Menge Leute in Frankreich und England aufmerksam anhören! Wartet das Echo ab und dann mögt Ihr wieder diplomatisch reden! Die Zeitungen sprechen wieder von „politischer Offensive“. Ganz recht. Ich empfehle die Offensive der Deutlichkeit gegen eine Verbrecherbande, die auf alle deutschen Weichheiten, Uneinigkeiten und Torheiten spekuliert, ausgehend von der Annahme: man kann den Michel siegen lassen, kann ihm dabei täglich ins Gesicht spucken und ihn im Augenblick, da es einem paßt, als unverwundlichen Friedens- und Versöhnungsmichel an den grünen Tisch bringen. Möge im Kampf zwischen Bureaukratie und Leidenschaft einmal die Leidenschaft siegen, die die rednerischen Handgranaten zurückwirft und darauf verzichtet, gerade jetzt den europäischen Ton verbessern zu wollen, weil das gerade jetzt falsch ausgelegt wird. Herr von Kühlmann hätte seinen berühmten Sätzen über die Möglichkeit noch viel längerer Kriegsdauer eine Anklage gegen diejenigen, die an der Kriegs-Verlängerung schuld sind, folgen lassen sollen und zwar im Ton und Stil der Leute, die gegen uns täglich Staatsanwalts-Plädoyers halten. Er hätte die Logik der Kriegskarte für sich gehabt und wenn er diese Anklage so begründet und formuliert hätte, daß sie sich dem Gedächtnis der Mitwelt eingebrannt hätte, wie die großen Anklagereden der Parlamentsgeschichte, hätte er drinnen und draußen eine Wirkung gehabt, mit der auch Stresemann zufrieden gewesen wäre. Wir haben das Recht, anzuklagen und unsere Staatsmänner sollten die Töne finden, die das ungeheure Verbrechen fordert, das von denen begangen wird, die Hunderttausende bluten lassen, weil sie ein Spiel retten wollen, das nicht mehr zu retten ist. Mehr Temperament, ihr sanften Herren, weniger Abgeklärtheit! Was die Völker fühlen, müssen die Staatsmänner in gewissen Momenten herausschreien können. Für eine Zeit wie die jetzige muß es Grundsatz der Wortführer einer Nation sein: lieber nicht so leise, dafür aber, bitte, recht deutlich!

Ihr

Remo



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Weltvölkerbund und Weltgleichgewicht.

Ein Weltvölkerbund ist das neueste Beglückungsziel der Senker der Weltgeschichte, der leitenden Persönlichkeiten des Angelsächsentums; ein Völkerbund, der den ewigen Frieden verbürgt und zu dem auch Deutschland mit seinen Verbündeten nach ihrer Demütigung und endgültigen Knebelung in Gnaden zugelassen werden sollen. Kein Krieg wird dann je wieder die Erde durchtoben, alle Mißstimmungen der Nationen werden friedlich, schließlich beglichen werden, und wenn wirklich einmal ein Übeltäter gegen den Spruch des unfehlbaren Wohlfahrtsausschusses dieses Völkerbundes sich auflehnen sollte, so wird dem Frebler durch die Nachtmittel des gesamten Verbandes unverzüglich das verdiente Ende bereitet werden.

Fürwahr ein Ziel, jeder Anstrengung wert, soweit die innere Hauptsache, der gegenseitig verbürgte Friedenszustand, in Frage käme; aber zugleich ein Ziel, das in sich unbedingt die Verneinung seiner Gesamteristenz trägt, wenn die Umhüllung dieses Kernes zur Bedingung seines Daseins erhoben wird. Denn was besagt die Absicht der vorherigen Knebelung Mitteleuropas bei der in Aussicht genommenen Gründung jenes Völkerbundes? Nichts anderes, als daß das Ziel, dessen lockende Gloriole den harrenden Völkern in den mythischen Nebeln des künftigen Weltfriedens strahlend gezeigt wird, das gleiche geblieben ist, das der Selbstsucht des geeinten Angelsächsentums überhaupt den Ansporn zur unentwegten Fortführung des Weltkrieges gegeben hat: die Aufrichtung des absoluten angelsächsischen Weltimperiums durch Vernichtung der letzten Mächtigkeitsgruppe, die imstande ist, dem geeinten Angelsächsentum die Spitze zu bieten und damit das anglo-amerikanische Joch vom Nacken aller anderen Nationen fernzuhalten.

Wir heben hervor: aller anderen Nationen!

Ist Mitteleuropa vernichtet, so ist die Freiheit der Welt unwiederbringlich verloren. Oder sollte jemand glauben, daß das England, das seit Jahrhunderten die Völker des Erdballs in stets steigender Selbstvergottung zum Spiel seiner selbstsüchtigen Interessen gemacht hat, sich scheuen würde, aus der Niederzwingung seines letzten Gegners die politischen Konsequenzen zu ziehen? Ist dem Zwingherrn Irlands, Indiens, Ägyptens, Griechenlands gegenüber irgendein Zweifel überhaupt möglich? Keine Mächtigkeitsgruppe, geschweige ein einzelner Staat vermöchte fernerhin die Vernichtung der Welt, deren riesiger Schatten augenblicklich über die blutstarrende Erde läuft, noch aufzuhalten.

Nicht nur für die eigene Freiheit also, nein, für die Freiheit der Welt blutet Deutschland im gegenwärtigen Kriege. Das wird dann anerkannt werden, wenn durch sein Ausharren die Gefahr der Weltknechtung abgewendet, das freie Spiel der politischen Weltentwicklung weiter gewährleistet ist. Nicht Welt Herrschaft strebt demnach Deutschland an, sondern Weltgleichgewicht. Seiner Schaffung allein wird die Zukunft dienen müssen. Nur ein siegreiches Mitteleuropa als Gegenpol zum lastenden Druck des angelsächsischen Weltimperiums wirkt für alle gleichgearteten oder gleichstrebigen Mächtigkeitsgruppen die Möglichkeit ihres freien Zusammenschlusses, ihrer politischen Konsolidierung; nur ein starkes Mitteleuropa läßt entgegen der steten Bedrohung durch die Angelsachsen für die Zukunft die Herstellung des politischen Weltgleichgewichts und damit eines aus gleichberechtigten Gliedern bestehenden Weltvölkerbundes erhoffen, dem das Erstarken der japanisch-chinesischen Welt, das Aufblühen des lateinischen Amerika und das Wiedererstehen des europäisch-asiatischen Slawenreiches die nötige Präponderanz vielfacher, belebender Interessengegensätze verleihen dürfte.

Dr. K. W. Friedrichs



Neue Bücher

Gobineau, „Frankreichs Schicksale im Jahre 1870.“ Leipzig 1917; Reclams Universal-Bibliothek Nr. 5941, 5942 (200 Seiten).

Gobineau, der Geburts- und Geistesaristokrat, wird von seinen Landsleuten, den Gleichheitsfanatikern, nicht verstanden, als unbequem empfunden und als Freund germanischen und deutschen Wesens mit Mißtrauen betrachtet. Deutschen Gelehrten, vor allem Ludwig Schemann, dem die Gobineauforschung Lebensaufgabe geworden ist, verdankt er es, daß sein vierbändiges Hauptwerk, sein Rassenbuch, wenigstens in Deutschland Boden gefaßt hat. Gelesen wird es freilich auch hier nur von solchen, die es angeht, besonders von Historikern und Rassenforschern, und auch wohl von einem Teil der wissenschaftlich interessierten Gebildeten. Die Grundgedanken: Ungleichheit der Menschenrassen, Entartung durch Rassenmischung, die Arier die Außermählten, die Germanen ihre letzten kraftvollen Vertreter, hat sich nur eine Minderheit zu eigen gemacht; was bei uns international gerichtet ist und „im Rationalen nur eine zu überwindende Vorstufe zur Menschheit sieht,“ oder sich durch die Presse der an den Schlagworten von 1793 hängenden Parteien beeinflussen läßt, d. h. heute die große Mehrzahl, ist ihnen aus Prinzip oder durch Suggestion abgeneigt. Trotzdem sind sie den meisten von uns nicht ganz fremd; auch die Gegner wirken, indem sie sie bekämpfen, für ihre Verbreitung. Weit verbreiteter sind freilich und in weit mehr Händen befinden sich die, ich möchte sagen, exoterischen Schriften des geistreichen und hochgebildeten Franzosen, wohl auch, weil sie sich dem Verständnis leichter erschließen. Das meiste davon hat Schemann, der Hüter von Gobineaus schriftlichem Nachlaß, sei es im französischen Text oder auch in deutscher Übersetzung, herausgegeben; in billigen Reclamausgaben z. B., von ihm selber oder auf seine Veranlassung von anderen übersetzt, die in Konzeption und Ausführung überwältigenden *Scènes historiques* „Die Renaissance“, die treffend ein Epos in dramatischer Form genannt wird; das Trauerspiel „Alexander von Mace donien“; die vielgelesenen „Asiatischen Novellen“; die nicht minder lezenswerten „Reisefrüchte aus Aephalonia, Nagos und Neufundland“ und den eigenartigen Roman „Das Siebengestirn“, in dem der Verfasser „einen guten Teil seiner Lebenserfahrungen niedergelegt und viele Personen seiner Bekanntschaft, auch sich selbst als Marquis de Candeuil geschildert hat.“

Die in der Überschrift genannte, bisher unveröffentlichte Schrift hat Professor Schlösser vor kurzem in einer das Original getreu wiedergebenden Übersetzung gleichfalls bei Reclam erscheinen lassen; in der Einleitung gibt er dem Leser das zur Einführung Notwendige, vor allem die Entstehungsgeschichte des Buches, das heute, wo unsere Speere bereits im vierten Jahre auf französischem Boden stehen, für uns von besonderem Interesse ist, zumal es unwillkürlich immer wieder zu Parallelen anreizt. Gobineau, der vielgewanderte Diplomat, hatte 1857 im Departement Oise das Schloß Trye käuflich an sich gebracht, hielt sich dort mehrfach, auch längere Zeit auf, bekleidete das Ehrenamt des Maire seiner Gemeinde und hatte in den Kriegsnöten von 1870 reichlich Gelegenheit, wertvollen Eifer zugunsten seines Kantons zu betätigen, vergleichend die deutschen „Barbaren“, die „weltordnende Rasse“, hochschätzen und seine Volksgenossen in ihrer Minderwertigkeit gering achten zu lernen. Im November des Kriegsjahres begann er seine Erlebnisse aufzuzeichnen, führte sie auch rüstig fort, ohne aber ganz bis zum Ende zu kommen. Von beiden Teilen fehlt der Schluß. Der erste, mehr allgemein gehaltene spürt den tieferen Ursachen des großen Zusammenbruchs, geschichtlich und gesellschaftskritisch weit ausholend, nach, legt dar, daß „die Revolution, die Erbin des Zentralisationsgedankens und des Staatsabsolutismus der Königszeit, keine neuen Gedanken in die Welt gebracht, sondern nur vollendet hat, was vorher angebahnt worden war“, deckt die Entstehung der französischen National-eitelkeit (erst unter Ludwig dem Vierzehnten!) und ihre Wurzeln auf und kritisiert die drei stagnierenden, jedem wirklichen Fortschritt abgeneigten Hauptstände Gren-

reichs, das Beamtentum, die Bauernschaft und die Arbeiterklasse, würdigt leider aber nicht mehr die Oberschicht, ihre Fehler, ihre Tat- und Unterlassungssünden. Der zweite Teil handelt von der Verblendung und dem Dünkel der Franzosen, denen „im allgemeinen innere Vornehmheit und großherzige Denkmäße fehlt“, vom Mißverhältnis von Absichten und Leistungsfähigkeit der leitenden Stellen bei Kriegsbeginn, von der allgemeinen Verwirrung nach den ersten Niederlagen, den fruchtlosen Bemühungen, dem Rade des Schicksals in die Speichen zu fallen, der wachsenden Kopflosigkeit oben und unten, mit Unwillen vom Franktireurwesen, und schließlich auch von Vorgängen aus der nächsten kopf- und ratlosen Umgebung des Verfassers.

Gobineau hat, wie wenige Schriftsteller, die Gabe zu fesseln; wer ihn zu lesen beginnt, liest ihn auch bis zum Schluß. Sein angeborener völkerysychologischer Instinkt und sein durch vielfache Beobachtungen in drei Weltteilen geschärfter Blick für Wesen und Verschiedenheit der Rassen, namentlich aber auch für Verfallserscheinungen, befähigen ihn, tief einzudringen und, auch wo er irrt, dem Leser einen reichen Ertrag an Gedanken und Anregungen zu übermitteln. Er ist einer der großen Anreger, die — heil- oder unheilvoll — lange fortwirken, von seinen Volksgenossen z. B. Rousseau, dessen Antipode er ist, und Voltaire. Ich möchte glauben, er wird segensreicher als beide wirken, unter deren Unglücksstern auch unser Volk und gerade heute steht; es wäre uns zu wünschen, daß wir uns mit dem Rassegedanken Gobineaus erfüllen und uns jenen Stolz aneigneten, zu dem die Germanen nach ihm so sehr berechtigt sind. Indem ich mich den Worten Schöpfers, daß die Veröffentlichung der Schrift in den Tagen des großen Völkerringens doppelt und dreifach am Platze ist, den Franzosen zur Mahnung, den Deutschen zur Stärkung und Belehrung, anschließe, möchte ich ihre Lektüre besonders denen arraten, die das Gerede und Geschreibe der Bildungsphilister, der gelehrten Querköpfe und der Parteisanatiker nachgerade satt haben und sich nach dem Verkehr mit vornehmen Geistern sehnen, wie Gobineau einer war, und als den ihn sein Buch „Frankreichs Schicksale im Jahre 1870“ aufs neue erweist.

Nach einer Schrift von Gobineau sei anschließend noch auf eine Cartellieris*) über Gobineau hingewiesen. Auch diese benutzt Ludwig Schemanns mitten im Weltkrieg vollendete Biographie, die „erste, unentbehrliche Gesamtwürdigung und das grundlegende Werk für alle Gobineau-Forschung“; trotz aller Kürze und Knappheit bietet sie dem deutschen Leser alles Wichtige und Notwendige, um sich von „einem der merkwürdigsten, eigenartigsten, anziehendsten und vielseitigsten Menschen des neunzehnten Jahrhunderts“ ein Bild zu machen. Einer eindringenden Charakteristik folgt ausführlicher eine Lebensgeschichte und in ihrem Rahmen eine Würdigung der überaus zahlreichen, zum Teil erst nach des Verfassers Tode veröffentlichten Schriften, während ein anderer, den die Franzosen heute schwerlich tolerieren würden, allmählich von Schemann auf den deutschen Büchermarkt gebracht werden soll. Gobineau geriet wie alle strebsamen Franzosen in jungen Jahren in den Brennpunkt Frankreichs — Paris ist Frankreich —, war auf dem politischen und literarischen Gebiete mit erstaunlicher Fruchtbarkeit tätig, wurde aber zu seinem Glück durch Alexis de Tocqueville der Diplomatie zugeführt, in der er sich — mit Unterbrechungen — erfolgreich betätigt hat; die Orte, an denen er als Legationssekretär, bald als Gesandter wirkte, waren Bern, Frankfurt, wo er Bismarck bekannt wurde, Teheran (zweimal), Athen, Rio de Janeiro und Stockholm; 1877 entließ man ihn, da „seine Stelle zur Befriedigung bringender parlamentarischer Bedürfnisse gebraucht wurde“. Cartellieri faßt seine Gesamtwürdigung in die Worte zusammen: „Historiker und Geschichtsphilosoph, Publizist und Dichter, Diplomat und Reisender, Sammler und Bildhauer, droht er uns durch die bunte Mannigfaltigkeit des Geleisteten, Erlebten, Geplanten zu verwirren. Was er aber auch anfaßt, er gleicht sich immer im aufrichtigen Streben nach dem Höchsten, er bleibt doch, was er von Anfang an war. Ein ehrenvoller

*) Alexander Cartellieri, „Gobineau“, Straßburg 1917; Karl J. Erbkner (1,20 M.).

Platz ist ihm für alle Zeiten in der allgemeinen Geistesgeschichte sicher". Mindestens bei uns Deutschen, ihm, dem Freunde Richard Wagners, dem Kenner und Anerkenner der deutschen Eigenart und Vorzüge. Gobineau ist ein erlebter Geist. Wer bei einem Schriftsteller mehr als banale Unterhaltung, wer geistigen Genuß sucht, der tut gut, sich mit den Werken Gobineaus, der zu den Großen der Weltliteratur gehört, vertraut zu machen. Cartellieri weiß sie feinsüßlich zu würdigen.

Professor Kranz

Deutschunterricht und Deutschkunst. Arbeiten aus dem Kreise des deutschen Germanisten-Verbandes über Zeitfragen des deutschen Unterrichts auf den höheren Schulen, herausgegeben vom Studienamtsdirektor Dr. Klaudius Bojunga. Berlin. Otto Salle. 1917.

1. Dr. Klaudius Bojunga, „Der deutsche Sprachunterricht auf höheren Schulen“. — Dieses erste Heft der neuen, sehr zeitgemäßen Sammlung ist mit wärmster Begeisterung für unsere Muttersprache und mit berechtigtem Zorn über die Zurücksetzung geschrieben, die sie sich noch immer zugunsten fremder Sprachen an den höheren Schulen gefallen lassen muß. Als Beispiel dafür, wie manche „Humanisten“ noch heute den deutschen Unterricht bewerten, erwähnt Bojunga einen rheinländischen Gymnasialdirektor, der im November 1916 in einem Briefe das Lateinische als den „Eingang für Herrschaften“ zum Schultempel bezeichnete, die Beschäftigung mit dem Deutschen aber als die „Hintertür für Dienstboten“, und dessen Brief ein Gefinnungsgenosse dieses Direktors, ein Frankfurter Professor, mit der Bemerkung begrüßte, dieser Brief läse sich „wie ein großes, ergreifendes Bekenntnis zu den Idealen, die auch von uns allezeit vertreten worden sind“. Angesichts solcher Anschauungen, die in maßgebenden Kreisen vertreten sind, braucht man sich über den Missetand des deutschen Unterrichts an den höheren Schulen nicht zu wundern. — Bei allen Lehrstoffen, die unsere höheren Schulen vermitteln, muß man einen Nutzwert und einen inneren Bildungszweck unterscheiden. Bezeichnenderweise stellen die Lehrpläne für den deutschen Unterricht an den höheren Knabenschulen den Nutzwert ganz scharf in den Vordergrund, lassen dagegen den Bildungszweck nur durch ein Hintertürchen hereinschlüpfen, während die „Bestimmungen“ für das höhere Mädchenschulwesen vom Jahre 1908 in bewusstem Gegensatz dazu den Bildungszweck bedeutsam an die erste Stelle rücken. Als Lehrziel stellen nämlich die „Lehrpläne“ auf: „Festigkeit im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Muttersprache“, also lediglich einen Nutzwert, eine äußere Fertigkeit, während es in den „Bestimmungen“ zusammengefaßt ist in die Forderung: „Belebung des vaterländischen Sinnes durch liebevolle Beschäftigung mit unserer Muttersprache. Befähigung zu ihrem richtigen mündlichen und schriftlichen Gebrauch.“

Das Nutzziel verlangt, daß die Herrschaft über die Sprache dem Umfang nach weiter, der Sicherheit nach fester und feiner werde. Aber neben diesem Nutzziel muß, Raum und Zeit fordernd, das eigentliche Bildungsziel stehen, das sich die Aufgabe stellt, die Zöglinge in eine wissenschaftliche Betrachtungsweise der Muttersprache einzuführen. Mit diesem Ziel der Einführung in selbständige wissenschaftliche Arbeit ist sodann ein zweites verknüpft, nämlich die Hinführung zu künstlerischer, d. h. also zu freischöpferischer Tätigkeit. Das höchste Ziel aber, das dem deutschen Unterricht vorzuweben muß, ist die Erweckung von Liebe und Bewunderung für unsere Muttersprache, „das innigste, vertraulichste Verhältnis zu der erinnerungsschweren Behaglichkeit, zu der heimatlichen Anmut der Sprache unserer Märchen und Volkslieder und zugleich zage, scheue Ehrfurcht vor der nie ausdenkbaren Tiefe, vor der nie versagenden Fülle der Sprache Goethes und Bismarcks“. Welche Behandlung der einzelnen Zweige des deutschen Sprachunterrichts sich aus solcher Zielsetzung ergibt, und wie weit der bisherige Betrieb aus mancherlei Gründen hinter dieser zu fordernden Behandlung zurückbleibt, zeigt Bojunga in eingehenden und überzeugenden Ausführungen, die sich in gleicher Weise durch Gedankenreichtum wie durch eine vorbildliche Ausdrucksform auszeichnen. Manchem wird vielleicht das wissenschaftliche Ziel etwas zu hoch gestellt

erscheinen, aber wenn es auch nicht in seinem ganzen Umfange erreicht werden kann, so wäre doch schon durch ein ehrliches Streben nach ihm viel gewonnen, und deshalb eignet es sich gar wohl als Leitfaden, dem man im Unterricht zu folgen hat. Ein deutscher Unterricht, der ihm folgt, wird „den Schüler zum eigenen Mitarbeiten an der Pflege, der Reinigung, dem weiteren Ausbau der Muttersprache ermuntern“. Nur ein solcher Unterricht, dem natürlich weit mehr Zeit zur Verfügung gestellt werden muß, als ihn jetzt der deutsche Unterricht an den höheren Schulen hat, kann seinen letzten Zweck erreichen, den Vojunga am Schluß seiner Schrift in die schönen Worte kleidet: „Auf Grund eines tiefen und vielseitigen Wissens, das er auf dem Wege selbständiger angestrebter Arbeit und verweilenden liebevollen Betrachtens gewinnt, soll der Schüler dahin kommen, daß er seine Muttersprache sicher beherrscht, herzlich liebt, bewundernd ehrt und a pfer schirmt“.

2. Professor Dr. Karl Neuschel, „Die deutsche Volkskunde im Unterricht an höheren Schulen“. — Die drei Gebiete, die dem deutschen Unterricht zufallen, sind Sprache, Schrifttum und Volkskunde. Von diesen wird in den Schulen das letztere am meisten vernachlässigt. Und doch bleibt ein Sprachunterricht, der nicht an den auf dem Boden des Volkstums erzeugten Vorstellungsinhalt anknüpft, „ebenso einseitig, wie eine Unterweisung über dichterische Werke ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß jede echte Kunstschöpfung ein Stück Volksnatur birgt und wieder spiegelt, daß selbst die gewaltigste Persönlichkeit, die sich hoch über die Schranken zwischen den Völkern erhebt, Saugwurzeln hinabsenkt in das heimische Erdbreich“. Das hat am klarsten Rudolf Hildebrand erkannt, dessen Buch „Vom deutschen Sprachunterricht“ gerade vor einem halben Jahrhundert erschienen ist, dessen Anschauungen aber im deutschen Unterricht noch lange nicht ausgiebig genug verwertet werden. Nun soll aber nicht etwa ein „System“ der Volkskunde in die höhere Schule eingeführt werden, sondern sie soll aus dem gesamten Unterricht bei passender Gelegenheit herauswachsen. Der deutsche Unterricht, Geschichte und Erdkunde, Religionslehre, alte und neuere Sprachen, Naturwissenschaften, Zeichnen, Singen und Turnen, sie alle sollen zu der Volkskunde ihren Beitrag liefern. Wie dies geschehen kann, zeigt Neuschel in sehr inhaltsreichen Ausführungen mit vielen Literaturangaben, die dem suchenden Lehrer wertvolle Winke geben. Den Hauptbeitrag werden der deutsche Unterricht und der Geschichtsunterricht liefern müssen. Dazu bedürfen sie aber einer wesentlichen Verstärkung. Sie wird aber nur auf Kosten des fremdsprachlichen Unterrichts erfolgen können, und deshalb erscheint es mir fraglich, ob man diesem auch noch einen Beitrag zur Volkskunde in dem Umfange zumuten darf, wie es Neuschel tut. Er scheint mir dadurch den Vertretern des fremdsprachlichen Unterrichts eine neue Waffe in die Hand zu liefern für ihren Kampf gegen eine Einschränkung desselben, ohne die eine Hebung des Notstandes des deutschen Unterrichts nun einmal nicht möglich ist. Außerdem scheinen mir auch die sogenannten ethischen Fächer (Deutsch, Geschichte, Religion), ferner die Erdkunde und die technischen Fächer geeigneter zur Einführung in die Volkskunde zu sein. Jedenfalls gebührt der Volkskunde in der deutschen Schule eine eingehende Behandlung. Sie hat in ihr „den Veruf, gleich dem umhagten Bezirke oder gleich dem schützenden Herde unser Heiligstes zu wahren — unser Volkstum“. Dazu ihr die Wege gewiesen zu haben, ist das unbestreitbare Verdienst dieses zweiten Festes der vom deutschen Germanistenverbande eingeleiteten Sammlung von Schriften zum Deutschunterricht und zur Deutschkunde.

Professor Dr. Gerhard Budde

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Redaktion sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Richterfelde West. — Manuskriptendungen und
 Briefe werden erbeten unter der Adresse:
 An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SB 11, Tempelhofer Ufer 85a.
 Fernsprecher des Herausgebers: Amt Richterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bogen 6615
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SB 11, Tempelhofer Ufer 85a
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SB 11, Dönnicker Straße 86/87.



Literarische Politik

Von Dr. Hermann Ullmann



as gewaltige und plötzliche Anschwellen der öffentlichen Teilnahme an politischen Fragen hat eine besondere Sorte von „politischen“ Schriftstellern gezeitigt, die nicht gerade dazu beiträgt, die bekanntermaßen nicht sehr weit gediehene politische Erziehung des deutschen Volkes zu fördern. Auf eben diesen Mangel an politischer Erziehung und Bildung, der den deutschen Gebildeten leider auszeichnet, baut jener literarische Politiker, wie wir ihn nennen wollen, mit Umsicht und edlem Gottvertrauen. Er ist selbst bisher den von ihm behandelten Dingen innerlich ziemlich fern gewesen, hat aber selbstverständlich Beziehungen, die es leicht ermöglichen, in dem Augenblick, in dem sich die öffentliche Teilnahme einem bestimmten Gebiete zuwendet, als Sachverständiger auf diesem Gebiete aufzutreten. Freilich gibt es immerhin auch einige wirkliche Sachkenner, mit denen man zu konkurrieren hat. Hier aber hilft eine sehr einfache Methode. Man stellt die Meinung, die von diesen Sachkennern ausgesprochen wird, als abgeleiert, veraltet, unfruchtbar hin, verknüpft sie möglichst durch einige geschickte Handgriffe mit Gedanken und Bestrebungen, die in der Tat als rückständig gelten können, und macht sich dann selbst eine möglichst auffällige, neuartig scheinende, geistreich und pikant zugerichtete „Überzeugung“ zurecht, ganz in der Art, in der man „Literatur“ macht: willkürlich, ohne Rücksicht auf organische Entwicklung, ohne ursprüngliches Gefühl, ohne inneren Zusammenhang mit der Sache, rein aus dem Kopfe heraus und nur für das Papier bestimmt. Derlei liest sich gut und ist einer dankbaren Aufnahme bei dem voraussetzungslosen Leser höheren Grades, der sich gern die Welt in einer geistreichen Beleuchtung zeigen läßt, sicher. Daß es sich in diesem einen Falle ausnahmsweise nicht um Blandereien über gleichgültige Dinge, über eine Mode, daß es sich vielmehr um politische, um Lebensfragen von Volk und Staat handelt, vergißt der Literat, dem ja alles ohne Unterschied nur Stoff für seinen „Geist“, d. h. seine Feder ist.

Zu seinen dankbarsten Gebieten gehört absonderlicherweise auch alles, was mit Österreich-Ungarn zusammenhängt. Man weiß, wie wohlwollend und ahnungslos der Durchschnittsreichsdeutsche im Schatten des Bündnisses ausrühte und wie sehr ihm dieser Schatten die klare Erkenntnis der bündnisfeindlichen und bündnisfeindlichen Kräfte in der Monarchie und der von dort heraus drohenden Gefahren verdunkelte. Um so leichter war es vor dem Kriege, den Reichsdeutschen mit Feuilletons über Österreich zu unterhalten. Jetzt nach vier Kriegsjahren ist freilich derlei nicht mehr gangbar. Man will Erkenntnisse, Lösungen, Ratschläge. Man hat alle Ursache, sorgenvolle Fragen zu stellen und will sie beantwortet

haben. Dabei ist die öffentliche Erörterung starken Hemmungen ausgesetzt. Die Rücksicht auf die Feinde und die Rücksicht auf den Bundesgenossen bindet seit Beginn des Krieges gerade auf diesem Gebiete den eigentlichen Sachkennern die Zunge. Sie predigen zwar seit Beginn des Krieges unermüdlich: die inneren Angelegenheiten der Monarchie sind von größter Bedeutung für ihre und des Reiches Außenpolitik; die innerpolitischen Kämpfe, namentlich der Slawen, bedeuten nicht sowohl einen Kampf um den Staat, als um die Außenpolitik Österreich-Ungarns, in erster Linie um das Bündnis mit Deutschland. Diese klare Erkenntnis stand von vornherein und schon viele Jahre vor dem Kriege im Mittelpunkt aller deutsch-österreichischen Politik. Im Reiche fanden dergleichen Warnungen teils keinen, teils nur verworrenen und durch innerpolitische reichsdeutsche Stimmen entstellten Widerhall. Jetzt sieht man freilich, wie recht diese Männer gehabt haben, man erinnert sich, daß kurz vor dem Kriege die Tschechen sich als „Avantgarde der Triple-Entente im Dreibund“ bezeichnet hatten (s. „Deutsche Arbeit“ 6, 13), man sieht mit Schrecken und Staunen große Teile der Bevölkerung und auch maßgebende Kräfte im Staate auf der Seite der Todfeinde. Man hat das Gefühl, daß irgend etwas völlig anders werden müsse, daß etwas Entscheidendes zu geschehen habe. Dabei begeht man begreiflicherweise bei der geringen Kenntnis der sehr verworrenen Zusammenhänge einen kleinen Denkfehler. „Man“, d. h. gewisse mehr literarisch denkende als mit den wirklichen Volkskräften vertraute Leute, folgern: Das bisherige Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn war einzig gestützt auf die Zustimmung der Deutschen und Magyaren, hatte die Slawen gegen sich. Die Deutsch-Österreicher waren und sind zu schwach, selbst mit den Magyaren zusammen, diese Form des Bündnisses zu stützen; wie ihre ständigen innerpolitischen Niederlagen beweisen. Daher müssen wir das Bündnis nicht allein auf den Deutsch-Österreichern und Magyaren aufbauen, wir müssen vielmehr auch die Slawen dafür gewinnen. Das aber sei dadurch möglich, daß wir für die „Gleichberechtigung“ der Slawen innerhalb Österreichs eintreten; dieses will besagen: wir müssen den Slawen zugestehen, daß auch sie auf die Außenpolitik der Monarchie Einfluß gewinnen, ihr „Schicksal selbst bestimmen“, innen- wie außenpolitisch. Freilich ist das nur möglich, wenn wir ihnen das Bündnis mit Rußland ermöglichen, d. h. selbst auch uns mit Rußland verbünden.

In diesem Gedankengang, den allen Ernstes ein Redakteur der „Vossischen Zeitung“ in immer neuen Aufsätzen wie eine Lektion wiederholt, ist eine solche Überfülle von Entstellungen, Gewaltthaten, Sophistereien mit wirklichen Irrtümern und literarischen Geistesirrethümern verknüpft, daß man das Wesentliche der österreichischen Frage in der Widerlegung dieser wenigen Sätze erschöpfen könnte. Zum ersten wird wohl der reichsdeutsche Beurteiler gemerkt haben, daß, wenn wir dem literarischen Politiker folgen wollen, die reichsdeutsche Politik nicht aus sich bestimmt werden darf, sondern von der Frage her: wie erhalten wir Österreich-Ungarn? Damit ist freilich das kühne Gedankengebäude für jeden ernsthaften Deutschen von vornherein erledigt. Aber wenn wir von dieser weltpolitischen Konstruktion unseres Literaten absehen, bleibt immer noch genug des Unmöglichen übrig. Zunächst wird es ihm schwer fallen, uns auch nur aus einer einzigen Stimme der tschechischen oder südslawischen Zeitungen während des Weltkrieges zu beweisen, daß die österreichischen Slawen in einem Bündnis mit Rußland eine „Entschädigung“ für das ihnen bis in die Wurzeln ihres Wesens verhaßte Bündnis mit dem Deutschen Reiche zu sehen geneigt seien. Auch hier wollen wir von den völkisch-politischen Lattfragen, die natürlich unserem Literaten völlig unzugänglich sind, ganz absehen und nicht die Frage aufwerfen, wie ein Deutscher es wagen könne, den Zusammenhang zwischen den Reichsdeutschen und einer ferndeutschen Bevölkerung, die zum Teil eine ältere deutsche Kultur hat als Teile Reichsdeutschlands, gleichzustellen mit dem von panslawistischen Ideologen und Hezern geforderten, den breiten Volksschichten völlig unverständlichen Zusammenhang zwischen Völkern, die sich auf ihren Kongressen in deutscher Sprache verständigen müssen. Die Frage, was einem englisch schreibenden Literaten, gleich-

gültig woher er stammt, geschehen würde, wenn er nationale Taktlosigkeiten dieser Art wagte, liegt nahe. Und man kann nur bei einem Literaten, der so wenig unmittelbares Gefühl für die natürlichen Zusammenhänge offenbart, noch den guten Glauben voraussetzen, wenn er ernstlich als „Kenner“ der österreichischen Verhältnisse behauptet, die österreichischen Slawen würden ehrliche Verbündete eines mit Rußland verbündeten Deutschlands werden wollen, wenn man ihnen nur innerhalb Österreichs hinreichende Selbstbestimmung gewährte. Sollten einzelne slawische Politiker, wie z. B. der völlig allein stehende tschechische Sozialdemokrat Smeral, dergleichen in Aussicht gestellt haben, so hätte wohl ein deutscher Politiker, wenn es erlaubt ist, in diesem Zusammenhange diesen Begriff zu verwenden, die Pflicht, sich zu allererst zu fragen, welche Kräfte hinter solchen einzelnen stehen und vor allem: wo bei ihnen die Taktik aufhört und die Überzeugung anfängt. Es kann natürlich doch den slawischen Politikern kaum etwas willkommener sein als die öffentliche Vertretung jener literarischen Gedankengänge, und um dieses Vorteiles willen lohnt sich wohl auch ein ungefährliches Eingehen auf geistreiche Theorien. Einem Kramarsch, der schon früher Hardens „Zukunft“ zu ähnlichen Zwecken zu benutzen verstand, konnte jedenfalls niemand gelegener kommen als der Literat.

Geradezu eine Unterstützung der Ententepläne aber bedeuten die Gedankengänge unseres Literaten dort, wo er sich mit der innerpolitischen Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Slawen in Österreich beschäftigt. Auch hier soll von der Frage der völkischen Zusammenhänge, die ihm gleichgültig sind, ganz abgesehen werden. Man wird ihm bloß auf die Finger sehen müssen bei seinen literarischen Taschenspielerereien, bei denen er mit dem Begriff „die Deutsch-Österreicher“ jongliert. Er versteht unter ihnen je nach Bedarf bald die Abgeordneten, bald einen Teil von ihnen, bald die Bevölkerung, bald nur die Gebildeten in dieser. Diesem etwas unklar gebliebenen Gedankengebilde, „dem Deutsch-Österreicher“, wird nun mit dünnen Worten in einer Zeit, in der die deutsch-österreichischen Opfer für das Bündnis und für den eigenen Staat übermenschlich geworden sind und in der die österreichischen Feinde des Bündnisses alles daran setzen, offen zu den Feinden Deutschlands stoßen zu können, die Schuld an der bisherigen ungelassen innerpolitischen österreichischen Entwicklung aufgeschoben. Was die Sachkenner seit Jahrzehnten bemängeln: daß die Deutsch-Österreicher durch das Bündnis gezwungen seien, für einen Staat einzutreten, der Raubbau mit ihren Kräften treibt, wird hier in einem völlig „neuen Sinn“, der allerdings nur in einer deutschen Zeitung neu ist, aber auf slawischer Seite oft genug zum Ausdruck kam, gedeutet. Die Deutsch-Österreicher haben selbst schuld daran, daß sie in dieser Weise ausgebeutet worden sind. Sie haben die „zwischenstaatlichen Stammesbeziehungen“ „vernachlässigt und fast verleugnet“ (wörtlich!). Sie, die abgesehen von den russischen Deutschen, als die einzigen Freunde des Deutschen Reiches außerhalb seiner Grenzen restlos treu geblieben sind. Sie hätten also nach unseres Literaten Auffassung besser daran getan, wenn sie, statt Österreich beim Bündnis zu erhalten, alle Irredentisten geworden wären. Und sie haben zweitens den Fehler begangen, in einem Staate, der mit Österreich verbündet war, und dessen offizielle Außenpolitik sie gegen die deutschfeindlichen Staatsgenossen zu verteidigen hatten, sich als Staatsvölk zu fühlen. Weiß der Literat wirklich nicht, welche Kräfte bis heute Österreich-Ungarn an der Seite Deutschlands erhalten haben? Welche Kräfte andererseits schon Jahrzehnte vor dem Kriege nicht nur mit dem neuerdings wieder „bündnisfähigen“ Rußland, sondern mit den ältesten und unerbittlichsten Feinden Deutschlands sich verbündet haben? Wenn er es nicht weiß, dann erwähle er für seine literarische Kunst nicht Stoffe, die er nicht beherrscht. Wenn er es aber weiß, dann bedeutet sein geistreiches Spiel zum mindesten eine grobe Fahrlässigkeit gegenüber den Interessen des Reiches, soweit sie durch Aufklärung oder Irreführung der Öffentlichkeit beeinflusst werden können. Es bedeutet, daß er denen in den Rücken fällt, die nicht „bloß“ „Stammesgenossen“, die nebenbei die einzige Stütze des Bündnisses sind;

es bedeutet, daß er die gefährlichsten und nächsten Feinde Deutschlands, deren ganze Politik aus einer Quelle gespeist wird: aus dem Erbhaß gegen alles Deutsche, stärkt und ermutigt. Und zwar in einem Augenblick ermutigt, in dem es sich nicht mehr um literarische Federkämpfe, um papierne Spielereien und spitzfindig-rabulistische Kunststücke handelt, in dem vielmehr jedes Wort auf beiden Seiten gewogen werden sollte, weil es eine Stärkung jener Waffen bedeuten kann, denen unsere Krieger ausgesetzt sind. Spielereien wie die des Literaten verdienen eine Beurteilung zum mindesten wie das fahrlässige Schwätzen über militärische Geheimnisse.



Ideale und Irrtümer der elsäß-lothringischen Frage

Von Dr. Paul Wenzke

5. Neue Probleme



er alle die mannigfachen Erörterungen, die unsere elsäß-lothringische Frage durchziehen, sichtet und ordnet, wird unschwer auch heute die alte Entwicklungsreihe wieder auftauchen sehen: vom Pufferstaat geht der Weg über die verschiedenen Fassungen und Deutungen der Autonomie und des Reichslandes hinüber zur Forderung der Aufteilung Elsaß und Lothringens unter die angrenzenden Bundesstaaten und endlich zur Hoffnung auf endgültige Angliederung an den Führerstaat des Reiches, an Preußen.

Eine internationale Regelung des Problems allerdings gibt es für das deutsche Volk nicht. Hinter dem scharfen „Niemals!“, das Staatssekretär Kühlmann vor Monaten schon in feierlicher Reichstagsitzung allen Zweiflern und Zögenden entgegenhielt, stehen die Vertreter aller Parteien und Stämme auch in dem Sinne, daß wir uns von keiner Seite, auch nicht von Neutralen oder Bundesgenossen, in die Neuordnung des staatsrechtlichen Verhältnisses des „Reichslandes“ zum Reiche hineinreden lassen. Vor allem darf die Frage daher auf keinen Fall auf dem künftigen Friedenskongreß zur Sprache gebracht werden. Wätere Vaterlandsfreunde konnten zwar im Elsaß selbst noch vor einem Jahre ernsthaft die Befürchtung aussprechen, daß am grünen Tisch der Diplomaten auch über das künftige Schicksal Elsaß und Lothringens verhandelt werden solle, um dem geschlagenen Frankreich die „Lösung vom Feinde“ zu erleichtern, indem es selbst Stimmrecht in einer rein innerdeutschen Streitfrage erhalte. Die Erhebung des Reichslandes zum autonomen Bundesstaat unter dem Schutze oder wenigstens unter Zustimmung der Großmächte, so sagte man wohl, werde den Neutralen gegenüber das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ auch hier im Depressionsgebiet am Oberrhein zur Ehre bringen und so den guten Ruf der Entente im Kampf für Freiheit und Recht wahren, ohne einer der beiden feindlichen Nationen irgendwie Abbruch an Macht und Ansehen zu tun! Schwächlich genug konnte noch die vor wenigen Monaten geschriebene Broschüre eines Straßburger Ministerialrates gar meinen, daß eine befriedigende Regelung der reichsländischen Zustände „auch unsere gegenwärtigen Feinde von unserem Rechte auf das Land überzeugen würden“^{*)}. Die Ereignisse im Osten und vor allem der neue Vormarsch gegen Calais und Amiens, gegen Chalons und Paris haben inzwischen diese Befürchtungen, wie wir hoffen dürfen, zerstreut. Sie müssen auch die leichtgläubigen Schwärmer befehrt haben, die bisher immer noch die Sympathien im Ausland und insbesondere bei den „Neutralen“ als ausschlag-

^{*)} Unter dem Pseudonym Wahnmond Wasgauer, „Die elsäß-lothringische Versorgungsfrage“. 1918.

gebende Motive unserer inneren Politik einschäkten! So wenig in Preußen Volksvertreter und Staatsmänner je daran gedacht haben, im Frieden von Vitauisch-Brest die künftige Polenpolitik der preussischen Ostprovinzen unter die Garantie der Vertragsmächte zu stellen, so wenig kann das Reich selbstverständlich derartige Verhandlungen über seine Westmark zulassen. Ist doch die weltpolitische Lage, allen inner- und außenpolitischen Schwierigkeiten zum Trotz, gerade jetzt unvergleichlich günstig, internationale Rücksichten auch hier endlich beiseite zu lassen.

Die Zeiten von 1815 und 1866, ja selbst die Konstellation von 1870 sind weit überholt und überwunden. Der Weltkrieg, den Bismarck vor einem halben Jahrhundert durch Nachgiebigkeit nach allen Seiten mit Erfolg zu verhindern wußte, ist auf dem europäischen Kontinent im wesentlichen entschieden. Weder die Beziehungen zu England noch die zum Bündel ehemals russischer Staaten legen uns beim bevorstehenden Friedensschluß irgendwelche Beschränkungen auf. Kein deutscher Kaiser braucht heute zu wiederholen, was König Wilhelm der Erste im Februar 1871 von Versailles aus dem Zar Alexander, dem dank der deutschen Siege die Öffnung der Dardanellen gelungen war, als Anerkennung für die treu bewahrte Neutralität schrieb: daß „Preußen niemals vergessen werde, daß es ihm zu verdanken sei, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen habe!“ Die Bundesgenossen Österreich-Ungarn und Bulgarien, ja selbst die Türkei haben offen anerkannt, daß Wien und Konstantinopel in erster Reihe auf den Wällen der Vogesen und in den Schützengräben der lothringischen Hochebene verteidigt werden müssen. Sie alle haben das größte Interesse daran, die Revanchehypothek Frankreichs, die durch das Zwittergebilde des „Reichslandes“ verkörpert wird, endlich vom Hause Mitteleuropa herunter zu holen. Aber es gilt auch, diese Zeit auszunutzen, bevor ein neues Konzert der Weltmächte wieder ängstlich darüber wacht, daß nicht aus der elsäß-lothringischen Frage ein neuer Weltbrand entstehe. Es gilt, vor allem die dritte französische Republik von vornherein vor die vollendete Tatsache zu stellen, daß die Jahre der tastenden staatsrechtlichen Versuche am linken Rheinufer für Deutschland endgültig vorbei sind, daß wir dem Begriff des „Reichslandes“ als eines geschlechtslosen Mittelbingses zwischen französisch gesinntem Bufferstaat und einer schwächlichen Bourgeois Herrschaft im lose gefügten deutschen Bundesstaat restlos entsagt haben, daß endlich die Giftpflanze der „Doppeltkultur“ ein für allemal ausgerottet ist. Nur auf sich selbst gestellt, kann sich das Deutsche Reich heute und in Zukunft die Achtung der Gegner und Neider bewahren, die auch fernerhin das Kernland Mitteleuropas umdrängen werden. Oder glaubt wirklich ein ernsthaft denkender Mensch daran, daß das verblendete Frankreich um den Preis der „Autonomie“ Elsaß-Lothringens künftig jeder Feindschaft gegen den Sieger entsagen werde? Ein aus tausend und abertausend Wunden blutendes Frankreich, das seinen Kindern und Enkeln in krankhafter Verjüngung noch jahrzehntelang den ungeheuer breiten Verwüstungsgürtel von Pont-à-Mousson über Reims und Amiens bis hinauf nach Arras und Lille als ein klassisches Zeugnis für die Schandtaten der „Boches“ fast als ein heiliges Land unverfehrt erhalten will?

Allein von diesem, im wahrsten und eigentlichen Sinne des Wortes „nationalen“ Standpunkte aus sind daher die verschiedenen Vorschläge für die Zukunft Elsaß-Lothringens zu betrachten und abzuwägen, die als einer der ersten Paul Laband übersichtlich zusammengestellt hat*): Einverleibung des „Reichslandes“ in Preußen, Verteilung an die angrenzenden Bundesstaaten und Erhebung zum selbständigen Bundesstaat.

Gerade diese letzte Lösung aber bekämpft der Meister des Staatsrechts, der bis zu seinem Tode wie wenige das Eigenleben Elsaß und Lothringens zu schätzen wußte, aufs energischste. Und vor allem im Geist unserer ideengeschichtlichen Darstellung darf davon in der Tat insbesondere in unserem eigensten weltpolitischen und europäischen Interesse keine Rede sein. Die Erwähnung der „Autonomie“

*) „Was wird aus Elsaß-Lothringen?“ in „Deutsche Revue“, Juni 1917.

allein weßt ja schon den Geist des eifersüchtigen Grafen Beust, dessen Nachfahren auch heute wie zur Zeit der Reichsgründung nur zu gern bereit sind, in diplomatischen Verhandlungen und Rechtsgutachten über jeden Zwischenfall im neuen „Reichslande“ zu Gericht zu sitzen. Die internationale Geschichte unseres Problems im letzten Menschenalter mahnt dringend von solch untauglichen Versuchen ab. Und ebenso zwingt die nationale Selbstachtung unserer Innenpolitik, den allzu breiten Weg zu verlassen, den die bisherige Entwicklung eingeschlagen hatte. Mag der neuen Schöpfung vor der Hand auch bereitwillig der Zusatz „als deutscher Bundesstaat“ zugebilligt werden: „Die politischen Folgen“, so mahnt auch Laband, „würden auf alle Fälle in einer noch weiteren und gänzlichen Entfremdung der Regierung des Reichslandes von der Regierung des Reiches bestehen.“

Eine elsass-lothringische Republik wäre eine offene, ein Großherzogtum eine verdeckte französische Kulturprovinz, deren politischer und militärischer Anschluß an Frankreich nur eine Frage der Zeit und besonderer Umstände ist. Gerade ein neuer Landesherr, der einer landfremden, wurzellosen Dynastie entnommen werden müßte, würde auch beim besten Willen und im Besitz eines sehr beträchtlichen eigenen Vermögens nur zu bald von der Gunst und Mißgunst der Landtagsmehrheit abhängig sein. Aus dem „Reichslande“ wäre — das gesteht selbst der Bahrmund Wasgauer Schwalb offen — in der gefährlichsten Grenzzone des Reiches auf dem Glacis des schutzbedürftigen Süddeutschland ein parlamentarisch regiertes Luxemburg geworden, nichts mehr, aber auch nichts weniger! Eine Landtagsmehrheit würde den Staat regieren, deren Glieder zum Teil auch heute noch offen die Sympathie mit den wegen Hoch- und Landesverrat verfolgten früheren Parteiführern zum Ausdruck bringen. Solcher Gesinnung gegenüber als Schutzwehr lediglich die Zustimmung des Reiches nicht nur zu jeder grundlegenden Verfassungsänderung, sondern auch zur Wiederzulassung der ausgebürgerten Flüchtlinge aufrichten wollen, heißt eine Panzerfeste auf Flugsand bauen. Gerade die wechselnde Mehrheit unseres Reichstages mit ihrem starken demokratischen und weltbürgerlichen Einschlag und mit ihrem strupellosen parteipolitischen Streben nach Einfluß und Macht bietet ja keinerlei Gewähr dafür, daß nicht über kurz oder lang eine Amnestie die Heger wieder ins Land bringt. Die Entwicklung der elsass-lothringischen Parteiverhältnisse in den letzten Jahrzehnten und die Begünstigung des „Nationalismus“ durch „altdeutsche“ Parteien sollte auch dem Vertrauensfesten eine schmerzliche Warnung sein. Auf's neue dürfte der sattem verhängelte „Souvenir français“ werben und wirken! Die unselbige Parole „Elsass-Lothringen den Elsässern und Lothringern“ triebe nicht nur die eingefessenen Altdeutschen, sondern auch die deutschgesinnten Einheimischen endlich aus einem Lande, dessen innere Zugehörigkeit zum Reich sie bisher in treuem Vertrauen auf die Landsleute jenseits des Rheins in rastloser, undankbarer Arbeit zu erstreiten wagten. „Es würde sich das Ungeheuerliche ereignen, daß das Grenzland, das das Reich in einem Weltkrieg verteidigt hat, durch dasselbe Reich in eine für nationale Deutsche unzugängliche Grenzzone verwandelt wird.“ Die Anziehungskraft des französischen Einheitsstaates und die trefflich geleitete, von der Regierung der Republik großzügig unterstützte Werbekraft und Werbekunst seiner hochgepriesenen Kultur einerseits, die Interesslosigkeit Altdeutschlands andererseits würden unfehlbar in der nächsten oder übernächsten weltpolitischen Katastrophe diese spinnwebfeinen, rein äußerlichen Fesseln des „Bundesstaates“ zerreißen. Mit hämischer Offenheit hat es der Meier Ehrensdorff Collin noch kürzlich ausgesprochen, daß das Verlangen nach „Autonomie“ für Elsässer und für Lothringer stets nur ein Stützpunkt des Protestes sein konnte, um vor dem deutschen Feinde die nationalistische Front unversehrt zu erhalten (de garder devant l'ennemi notre front intact). Und frohlockend verkündete die „Times“ schon im Oktober 1917: die Anregung, Elsass und Lothringen zu einem unabhängigen Herzogtum zu machen, zeige deutlich, wie sich die Deutschen des Landes bereits nicht mehr sicher fühlten. Von der Autonomie zum Pufferstaat und weiter zur Desannexion ist auch für sie nur ein Schritt.

Außer diesen nationalen Hindernissen aber bestehen auch vom rein verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Standpunkte aus ernsteste Bedenken gegen die Erhebung (oder Herabsetzung?) des Reichslandes zum selbständigen Bundesstaat. In klarer, nüchterner Beweisführung hat unlängst ein maderer Vorkämpfer altelsäßischen Deutschtums, Wilhelm Kapp, gezeigt,^{*)} daß Land und Volk die Last eigenstaatlicher Selbstverwaltung nicht zu tragen vermögen. Es fehlen, wie er betont, alle „persönlichen und dinglichen Elemente zur Ernährung eines gesunden Staatswesens“, das sich innerlich mit Gesamtdeutschland eins fühlen würde. „Die für den zukünftigen autonomen Staat in Betracht kommenden Volksteile“, so mahnt die Erklärung einer starken Stragburger Gruppe, „Elsässer, Lothringer, Einheimische und Eingewanderte, weisen zu viele tiefgehende Verschiedenheiten und Gegensätze auf, als daß von ihnen ein einigermaßen befriedigendes oder gar gedeihliches staatliches Zusammenwirken erwartet werden könnte. Ein Volk, das einen selbständigen Staat bilden soll, muß den starken Willen in sich fühlen, ein Staatsvolk zu werden. Ein solcher aber ist in Elsaß-Lothringen im Volk selbst nur gering entwickelt. Dem elsäß-lothringischen Volkstum ist aus der französischen Zeit als Erbe ein ausgebildeter Sinn geblieben für einen weiträumigen Großstaat; es widerstrebt seinem innersten, nach Ausweitung verlangenden Wesen, in die Enge des Kleinstaates eingesperrt zu werden. So verstärkt sich die Versuchung, nach Frankreich auszuwandern, und damit die Gefahr, daß das Land noch mehr als bisher seiner wurzelhaften, bodenständigen Bevölkerung beraubt wird.“

Biel zu wenig ist drüben überm Rhein ja bekannt, wie schwer und drückend die Rayonbeschränkung auf dem Lande und auf allen Kreisen der Bevölkerung lastet, die durch den Charakter als Glacis der hart umlagerten deutschen Festung bedingt ist. Wohl sind die unmittelbaren Kriegsschäden nicht groß. Nur ein kleiner Teil im Süden des Oberelsaß wird noch von Frankreich besetzt gehalten. Aber um so empfindlicher hemmen die Beschränkungen, die der Kampf um das Dasein des Reiches seiner Westmark seit vier Jahren auferlegt hat, jeden wirtschaftlichen Aufschwung und jede Umstellung von Gewerbe, Handel und Industrie. Dauernde Einquartierung und Mangel an Arbeitskräften legen in ganz anderem Maße als sonst irgendwo in Deutschland selbst der Landwirtschaft enge Fesseln an. Die blühende Textilindustrie im Oberelsaß, im Schlachtenumtobten Mülhausenst Sennheim, am Hang des Hartmannsweilerkopfes und in den Vogesenältern in fast vernichtet. Die Kaliwerke des Sundgau können nur in mäßigen Grenzen in Betrieb gehalten werden. Selbst der Lothringer Eisenindustrie fehlt die Bewegungsfreiheit, die den Konkurrenzwerken im Rheinland und Westfalen so überaus reichlich zuteil geworden ist. Vom nationalen Standpunkte ist es ja auf's lebhafteste zu begrüßen, daß zahlreiche einflußreiche Führer gerade der alteingesessenen Großindustrie schon bei Kriegsausbruch landflüchtig geworden sind und ihre Unternehmungen nunmehr in deutscher Zwangsverwaltung arbeiten. Für die Wirtschafts- und Steuerkraft des Landes aber, das bereits nach 1870 einen ähnlichen schweren Aberlaß erdulden mußte, ist diese Abwanderung hoch bedenklich. Eine Abwanderung, bei der die Hunderte von Millionen französischer Werte, die in Liquidation genommen sind, noch gar nicht mitgezählt werden. Die großen altdeutschen Unternehmer und Verbände, die sich zur Übernahme der verwaisenen Werke zusammenschlossen, haben ihren Steuerwohnsitz außerhalb des Reichslandes. Von einzelnen, wie von den Erben der Mülhauser Textilindustrie und von den Anwärtern auf die großen Wendelswerke in Haggingen, wird mit Recht oder mit Unrecht behauptet, daß sie nicht ungern künftig in Zeiten schlechten Geschäftsganges an Stilllegung der Konkurrenzbetriebe zugunsten der eigenen altdeutschen Fabriken denken werden. Und ebenso sind bereits viele der altberühmten elsäßischen und lothringischen Landhöfe und Schlösser von Familien angekauft worden, die nicht beabsichtigen, auch

^{*)} „Ist Elsaß-Lothringen als autonomer Bundesstaat möglich? 1918. Berlin, Julius Springer.“

wirklich im Grenzgebiet sesshaft und steuerpflichtig zu werden. Dieser natürlichen Abnahme bodenständiger Wirtschaftswerte gegenüber können die verzweifeltsten Versuche wohlbedenkender Landeskenner, in einem „Verband zum Wiederaufbau von Industrie und Gewerbe im Elsaß“ die noch vorhandenen Kräfte zu gemeinsamer Nutzung zu sammeln, nur geringe Erfolge erzielen. Kommt doch zu all den gegenwärtigen Kriegsschäden die Aussicht auf dauernde wirtschaftliche Rayonbeschränkung auf dem Glacis des Reiches. Selbst der Plan einer großartigen Ausnutzung der Wasserkräfte des Oberrheins zur Aufrichtung neuer Großindustrien, von Aluminiumfabriken und Stickstoffwerken vor allem, ist schwer gefährdet. Die militärischen und wirtschaftlichen Erfahrungen des weltumspannenden Kampfes haben zu deutlich gezeigt, wie leicht diese Anlagen, die das Vaterland gerade in schwerer Krisis am notwendigsten braucht, unmittelbar hinter der Front durch Luftangriffe, durch Fernfeuer und Durchbruchversuche gefährdet werden. Allen optimistischen Träumen, daß es Ehrenpflicht des Reiches sei, solche Schädigung hintanzuhalten, muß doch immer wieder die nüchterne Wahrheit entgegengehalten werden, daß dem Bundesstaat Elsaß-Lothringen die mächtigen Fürsprecher im Bundesrat und im Reichstag fehlen werden, die seine Interessen mit Nachdruck wahrnehmen können. Es ist nicht anders: gerade die wirtschaftlichen Schäden des Krieges lassen sich nur überwinden, wenn das Reichsland unmittelbar mit einem starken deutschen Einzelstaat vereinigt wird. Die Umwandlung Elsaß-Lothringens in einen Bundesstaat ist auch aus diesen äußeren Gründen ebenso ausgeschlossen wie die Fortdauer des jetzigen Zustandes, denn die heutige unhaltbare Stellung des „Reichslandes“ ist ja innerlich und äußerlich nichts anderes als die unvollkommene Vorstufe einer staatsrechtlichen „Gleichberechtigung“ mit Sippe und Sachsen, mit Mecklenburg und Bayern: eine häßliche Raupe, der nur der schillernde, trügerische Blütenstaub des Schmetterlings noch fehlt!

Unfassbar scheint unter diesen Umständen zunächst, daß selbst treue Freunde und gute Kenner des Reiches und des Reichslandes lieber den bisherigen Zwitterzustand aufrechterhalten als eine einschneidende staatsrechtliche Änderung befürworten wollen. „Die Unselbständigkeit der Landesregierung“, so faßt die bereits erwähnte Flugchrift des Wasgauers die Mängel der gegenwärtigen Lage mit Recht zusammen, „und die unklare Abgrenzung der Verantwortlichkeiten rufen bei der Bevölkerung notwendigerweise den Eindruck hervor, daß sie nicht einem lebendigen politischen Verbands, sondern einem in der Retorte der Staatsrechtswissenschaft künstlich geschaffenen Schattengebilde eingegliedert ist“. Trotzdem aber kann sich dieser charakteristische Vertreter des eingeseffenen höheren Beamtentums nicht zur Empfehlung einer Angliederung an deutsche Bundesstaaten verstehen. Eine Eingliederung in Preußen, meint er, oder eine Aufteilung wäre zweifellos eine bedeutende Vermehrung der Sicherheit des Reiches, aber — es würde als eine „Maßregelung“ aufgefaßt werden und brächte einen schlechten Eindruck im Auslande hervor! Trotz aller Zweifel tritt er daher für Fortbestand der bisherigen Unklarheiten ein, für ein Fortwurseln im übelsten landläufigen Wortsinne. Die „Sicherungen“, von denen dabei die Rede ist: Regierung des „Reichslandes“ durch einen „lebenslänglichen“ Statthalter, zu dessen Abberufung die Zustimmung des Bundesrates eingeholt werden muß, und die Einführung der Verhältniswahl zur zweiten Kammer sind im Gegenteil Rückschritte. Die Machtbefugnis des Kaisers als des Trägers der Souveränität des Reiches würde dadurch in bedenklichem Maße eingeschränkt, und die neue Wahlrechtsänderung würde allenthalben gerade jetzt im Zeichen der preussischen Wahlreform nur als eine Minderung der „Volksrechte“ gedeutet werden. Vom größeren nationalen wie vom internationalen Standpunkte ändern all solch kleine und unbedeutende Verschiebungen und Verwässerungen nicht das Mindeste an der großen Frage, ob wirklich das „Reichsland“ in seiner alten Sündenblüte auch die große Läuterung dieses Krieges überdauern soll. Für jede vernunftgemäße Erörterung bleiben nur die zwei Möglichkeiten, über die bereits in den ersten Augusttagen von 1870 ausgiebig

verhandelt wurde: Verteilung des Landes an die angrenzenden Bundesstaaten oder völlige Einverleibung in Preußen.

Das nationale Interesse, das sei betont, würde auch bei der Trennung des bisher nur lose zusammengefügt „Reichslandes“ durchaus gewahrt werden. Elässer und Lothringer, ja selbst Sundgau, Unterelsaß und „krummes Elsaß“, das Gebiet von Saarbudenheim und Diemeringen, waren in geschichtlicher Entwicklung nie ein Ganzes und konnten auch in den letzten Jahrzehnten nicht zu innerer und äußerer Einheit zusammengeschweißt werden. Sollten die beteiligten Bundesstaaten daher zur Übernahme der gewaltigen Rechte und Pflichten, die ihnen eine solche Vereinbarung auferlegt, bereit sein, so wäre auch diese Regelung zu begrüßen. Gilt doch der Satz, daß das Bessere oft genug ein Feind des Guten ist, gerade in politischen Dingen. Bayern, so führte ich kürzlich in den „Grenzböten“ (im 12. Heft vom 22. März 1918) aus, könnte das Elsaß, Preußen Lothringen erhalten. Baden und Württemberg wären bei dieser „deutschen Flurbereinigung“ mit dem preußischen Außengebiet der Hohenzollernschen Lande zu entschädigen, falls nicht bereits die Ostfragen über Litauen und Kurland in diesen dynastischen Gebietsaustausch hineinspielen.

Die staatsrechtlichen Hindernisse, die vor allem Laband gegen eine solche Lösung ins Feld geführt hat, daß die Reservatrechte Bayerns unmöglich auch auf dies neue Reichsgebiet ausgedehnt werden könnten, treten gegenüber den schwerwiegenden Gründen militärischer und politischer Sicherheit der Gesamtheit zurück. Die elsässischen Eisenbahnen insbesondere wären in Verbindung mit den Pfalzbahnen nach wie vor um ihrer strategischen Wichtigkeit willen vom Reiche zu verwalten. Das Besatzungsrecht übt Bayern in gleicher Weise wie bisher Preußen aus, indem es einzelne Kontingente anderer Bundesstaaten auf dem Glacis der deutschen Festung zuläßt. Weit schwieriger ist die Frage, ob der bayerische Staat neben München, Erlangen und Würzburg auch die Straßburger Reichsuniversität übernehmen kann, die nach Ruf und Haltung in ihrem Vorkampf für deutsche Geisteskultur nicht zur Hochschule vierten Ranges herabsinken darf. Ebenso steht zu fürchten, daß die Kräfte des zweitgrößten Bundesstaates nicht ausreichen werden, das verarmte Elsaß wirtschaftlich zu kräftigen und neuer Blüte zuzuführen. Und drohend erhebt sich aufs neue der Gedanke, dem Heinrich von Treitschke schon in den Jahren der Reichsgründung überzeugend Ausdruck gab, daß Bayern als Großmacht des deutschen Südens seine Kräfte zu wirtschaftlicher und politischer Erdrückung der übrigen Südstaaten benutzen werde, um so den Mangel an eigenmächtiger Überlegenheit zu ersetzen. Vor allem Württemberg rüstet sich daher nicht mit Unrecht, jedem Gedanken an eine Aufteilung des Reichslandes mit allen verfassungsmäßigen Mitteln entgegenzutreten. Die weit unglücklichere Idee, neben Bayern auch das schwache Baden im Elsaß (mit dem Sundgau) zu „entschädigen“, die zur Zeit in politischen Kreisen Süddeutschlands viel besprochen wird, wird hoffentlich unter diesen Umständen noch weniger Entgegenkommen finden. Ein neues „Königreich Alemannien“ an beiden Ufern des Oberrheins als Wächter des Völkertores von Belfort und der wundervollen französischen Offenstellung auf der Sperrfortkette von Epinal ist heute ebensowenig denkbar wie vor einem halben Jahrhundert!

Um so übermächtiger drängt gerade auch in diesen Erwägungen aufs neue der Vorschlag ans Licht, das ganze Reichsland, Elsaß und Lothringen, dem deutschen Führerstaat, dem starken Preußen zuzuführen. Nur in dieser Lösung sieht ein großer Teil sachkundiger, nationaldenkender Männer im Lande selbst, wie Laband hervorhebt, „die einfachste, gründlichste und beste Beseitigung aller rechtlichen Besonderheiten und politischen Schwierigkeiten, die sich aus dem Begriff des Reichslandes ergeben“. Mit Unwillen vernimmt eine einflußreiche Schaar einheimischer Führer der Fortschrittspartei in Lothringen, der einzigen liberalen Gruppe, die unter dem bisherigen Regiment Einfluß zu gewinnen vermochte, die verständnislosen Deklamationen der Haußmann und Schulze-Gaevernitz vom „Selbstbestimmungsrecht“ eines elsass-lothringischen Volkes, das nie und nirgends existiert hat. Offen haben

sich im Gegenteil nicht nur die reichstreu lothringische Großindustrie, sondern vor allem auch die Führer und Vertreter der Partei selbst in Rundschreiben und Zeitungskorrespondenzen für endgültige Angliederung zum mindesten Lothringens an die völkisch und wirtschaftlich stammverwandte Rheinprovinz ausgesprochen. Nur so kann, das ist ihr realpolitischer Gedankengang, das erste und reichhaltigste Eisenerzgebiet des Reiches, in enge, von keinem Interessengegensatz getrennte Verbindung mit dem Ruhrgebiet treten, dessen Kofse für die Ausbeutung der riesigen Minetteerzlager unentbehrlich sind. Nur so kann Lothringen durch Ausbau und Kanalisierung von Saar und Mosel eine leistungsfähige Wasserstraße erhalten, deren Nutzen und Notwendigkeit nicht nur für das Land, sondern für Preußen und für das Reich überhaupt der Weltkrieg satksam erwiesen hat. „Der Verschmelzung der wirtschaftlichen Interessen würde eine Verschmelzung der Bevölkerung auf dem Fuße folgen.“ Auch Bayerns Ansprüche auf Abrundung der Pfalz könnten dabei, wie Bismarck ja noch Anfang 1871 lockte, durch Abtretung von Weißenburg sowie von Teilen des Hagenauer und des Saargemünder Kreises befriedigt werden. Vor allem das Weißenburger Land ist zumeist altes pfälzisch-fränkisches Sprachgebiet und aufs innigste mit Baudau verbunden, das sich treu die Erinnerung an eine jahrhundertlange Zugehörigkeit zum Bund der elsäßischen Reichsstädte bewahrt hat und erst 1815 vom Elsaß zur Pfalz geschlagen wurde.

Wohl werden auch jetzt wie im Jahre der Reichsgründung Bedenken laut, diesen letzten entscheidenden Schritt zu tun. Insbesondere Laband wies darauf hin, daß es den süddeutschen Bundesstaaten „nicht erwünscht sei, daß Preußen ein besonders wichtiges süddeutsches Gebiet erwirbt und seinen Einfluß in Süddeutschland dadurch in hohem Grade verstärkt“. Es würde, meint er, „als eine Ungerechtigkeit und Unbilligkeit empfunden werden, wenn eine der Errungenschaften des siegreich geführten Krieges in der Vergrößerung Preußens bestünde“. Er vergißt dabei, daß der Besitz von Elsaß und Lothringen heute so gut wie 1870 zum wenigsten in den nächsten Jahrzehnten auch dem deutschen Großstaat mehr Pflichten als Rechte bringen wird. Nicht nur Kapital, vor allem auch eine Fülle selbstloser und undankbarer nationaler Arbeit ist in das fruchtbare Land hineinzuflecken, bis es dauernd wertvolle Frucht zu tragen vermag. Und außerdem weiß der jüngst dahingegangene Straßburger Professor nicht, daß Württemberg noch im April 1871 amlich als Ansicht der übrigen Bundesstaaten betonte: „Was Preußen erwirbt, ist zugleich Deutschland, dem Reiche erworben. Die übrigen Glieder des Reiches würden nicht glauben, beeinträchtigt zu sein, wenn Preußen statt als Mandatar des Reiches kraft eigenen Rechts die Souveränität über Elsaß und Lothringen übernehme.“ Oder hat sich in der Tat im verfloßenen halben Jahrhundert das Band zwischen den Bundesstaaten so sehr gelockert, daß dieser Satz keine Gültigkeit mehr besitzt? Der Staatsrechtler, der fünf Jahrzehnte lang scharfsinnig gewordenes Recht behandelt hat, kann sich nicht zu der Auffassung durchringen, daß die Politik da zugreifen muß, wo das Staatsrecht versagt! Leider ist jedoch dies schwächliche Urteil bisher Gemeingut der öffentlich zugelassenen Erörterung geblieben, und nur zu gern führen es die reichsländischen Beamten im Munde, die in ihrem Eigenleben nicht von der drohenden preußischen Verwaltungsreform gestört werden wollen. Selbst ein so tatkräftig durchgreifender, jüngerer Lehrer des Staatsrechts wie Erich Kaufmann folgt dem verehrten Meister. Auch er zieht beifällig unitarische Meinungen über die Zukunft Elsaß und Lothringens aus der Zeit der Reichsgründung heran. „Wie Preußen“, so mahnt seine gedankenreiche Schrift über Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung*), „durch die Erwerbung seiner westlichen Provinzen und durch die Annexionen von 1866 ganz reif zur Hegemonie wurde, so würde auch ein durch die heutigen Reichsländer (so!) vergrößertes Preußen noch mehr in ganz Deutschland hineinwachsen und seine partikularen Interessen immer mehr hinter seinen hegemonischen zurücktreten lassen können und müssen.“ Aber willig fügt er sich schließlich Laband,

*) Julius Springer, Berlin. 2,80 M.

daß es besser sei, Elsaß und Lothringen weiter in der Stellung als Reichsland zu belassen, „wenn die Einverleibung in Preußen nicht ohne Verstimmung möglich ist.“

Das ist nicht Bismarcks Erbe! Unsere Wanderung durch die Geschichte der deutschen Einheitsbewegung und durch die mit ihr aufs engste verbundene Ideengeschichte des „Reichslandes“ hat gezeigt, daß die Stellung Elsaß und Lothringens im Rahmen der Reichsgründung nicht einseitig durch die Interessen der Dynastien bedingt wurde. Auch die Stämme und die Parteien, deren Meinungen sich in der nationalen Sehnsucht trafen, hatten ihren voll gerüttelten Anteil. Und ebenso reicht die Berufung auf Bismarcks Wort von der Wichtigkeit der Dynastien für den Zusammenhalt der Nation nicht aus, auch überlebte verfassungs- und staatsrechtliche Institutionen zu schonen. Die Grundzüge der Politik, die der Weise von Friedrichsruh nach 1890 mahnend und warnend als Richtschnur wies, sind doch stets und allein nur aus der Zeit ihrer Entstehung zu erklären. Gerade den Anhängern der Staatskunst des großen Kanzlers darf vielmehr hier ein zweites Wort aus der berühmten Auseinandersetzung über „Dynastien und Stämme“ entgegengehalten werden, daß besser als jedes andere den Standpunkt kennzeichnet, den Bismarck im Widerstreit beider Faktoren der Reichsgründung stets festgehalten hat, ein Wort, das Georg Kleinow mit Recht auch seiner letzten Warnung vor übereilter Entscheidung der polnischen Frage vorangestellt hat („Die Polenfrage vor der Entscheidung“: „Grenzboten“ vom 10. Mai 1918 und Sonderabdruck): „Dynastische Interessen haben in Deutschland (nur) insoweit Berechtigung, als sie sich dem allgemeinen nationalen Reichsinteresse anpassen. Soweit aber die dynastischen Interessen uns mit neuer Zersplitterung und Ohnmacht der Nation bedrohen sollten, müßten sie auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden. Das deutsche Volk und sein nationales Leben können nicht unter fürstlichen Privatbesitz verteilt werden.“ Mit den internationalen Bedenken mußten und müssen auch dynastische Einwendungen gegen die Einverleibung des Reichslandes in Preußen schwinden, sobald das Wohl des Reiches diesen Schritt erheischt.

Weit tiefer jedoch als solche Gründe hat das preußisch-deutsche Problem, das die innere Geschichte unserer Reichsgründung durchzieht, die Entwicklung des „Reichslandes“ beeinflusst. Schärfer und unveröhnlicher als jeder andere politische und wirtschaftliche Gegensatz schied, wie bereits erwähnt, das konstitutionelle Leben des „dritten Deutschland“ bis 1848 die Länder südlich des Mains vom Norden und insbesondere von Preußen. Die deutsche Revolution legte diese Mauer zeitweise völlig nieder, aber die Reaktion in Berlin, vor allem die Einführung des Dreiklassenwahlrechts, richtete nur zu bald eine neue Schranke auf, die ein innigeres politisches Sineinandereineben ausschloß. Wir hörten, daß 1870 süddeutsche und norddeutsche Führer der liberalen Parteien gerade in diesem verfassungsrechtlichen Zwiespalt das schwerste, ja das einzige Hindernis der Einverleibung Elsaß und Lothringens in Preußen sahen. Und auch im Streit der Meinungen um die Verfassungsreform von 1911 sind zahlreiche ähnliche Stimmen laut geworden. Wenn daher heute die leitenden Staatsmänner des Reiches und Preußens nach schweren inneren Kämpfen zu dem Entschluß gekommen sind, im größten deutschen Bundesstaat das allgemeine gleiche Stimmrecht zur Grundlage des Staates zu machen, so räumen sie damit auch das letzte Hindernis weg, das dem deutschen Liberalismus — im weitesten Sinne genommen — bisher das Verständnis für die Notwendigkeit der Vereinigung des bisherigen „Reichslandes“ mit Preußen erschwerte. Die neue Willensbildung, die uns aus Kampf und Not erwachsen ist, greift tief hinein auch in Staatsrecht und Staatsverfassung.

Zugleich muß neben der „Verfassungsreform“ die preußische „Verwaltungsreform“ das große Werk fortsetzen, das die Leiter des Staates in den Jahren nach 1815, nach 1866 und 1870 begonnen haben. Wohl soll sie zunächst nur alle Kräfte des Beamtentums reiflos dem Allgemeinwohl dienbar machen und die Reibungen des allzu schwerfälligen, unübersichtlichen Räderwerkes mindern. Aber unmittelbar scheint damit die Aufhebung überflüssiger Zwischenstellen und

eine Neueinteilung der Provinzen verbunden zu werden, die dem Wechsel der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft Rechnung trägt. Wie 1848 und wie in dem Jahrzehnt um 1870 spielen die Fragen der Selbstverwaltung und die Forderung selbständiger Provinzen in das alles beschattende preußisch-deutsche Problem sowie in die staatsrechtlichen und politischen Beziehungen zwischen Preußen, dem Reich und dem Reichslande hinüber. Wie in den Jahrzehnten vor der Reichsgründung darf man die Frage aufwerfen, ob nicht die Durchführung der preußischen Verfassungsreform das Schwergewicht der eigentlichen Verwaltung von selbst in die Provinzen verlegen werde. Nur so können, wie es scheint, in der Tat die wichtigen, auf langfristige Vorbereitung und Durchführung angelegten Aufgaben der laufenden Verwaltung dem wechselnden Kampf der Parteien um politischen und wirtschaftlichen Einfluß entzogen werden. Auf's neue werden die Gedanken wach, die Friedrich Oetker bei der Empfehlung einer Reichsprovinz Elsaß-Lothringen als Bindeglied zwischen Preußen und dem Reich leiteten. Nicht nur Preußens Staatsverfassung weitet sich zur Aufnahme neuer Wählermassen, auch seine Verwaltung schafft Platz zur Einverleibung neuer Territorien. Der neue Reichsgebante, der im Gefolge der Weltkrisis von 1914 über Preußen emporgewachsen ist, muß und wird den Januscharakter seines Wesens als Erbe eigensüchtiger brandenburgisch-preußischer Territorialinteressen und als Vormacht Deutschlands überwinden, wenn es dem Staat der Hohenzollern gelingt, sich auch jetzt wieder wie in den Tagen von Velle-Alliance Kräfte dienstbar zu machen, die bislang ungenützt in den Außenbezirken des Reiches, im Osten und Westen, verdorrten.

Die Forderung von Gerhard Anschütz zwar, „Preußen so zu regieren, als wäre es Reichsland“, und damit den alten unitarischen Wunsch von 1848 reiflos durchzuführen, bleibt vorderhand unerfüllbar. Wir wollen auch im neuen Deutschland die Kräfte des alten Preußen nicht missen! Vorsichtige „Verföppelung“, nicht „Vereinödung“ muß das Ziel der territorialen und verfassungsrechtlichen „Flurbereinigung“ sein, die ein ernstes Gebot der Zukunft ist. Aber freudig dürfen wir gerade hier die Anregung wiederholen, in der Anschütz und Friedrich Meinede zusammenstimmen: durch Stärkung der verfassungsmäßigen Stellung des Reichskanzlers in Preußen „eine organische Wiederherstellung der Machtstellung“ herbeizuführen, die Bismarck sowohl in Preußen wie im Reich tatsächlich besaß. Und nachdrücklich sei darauf hingewiesen, daß ein Grundpfeiler dieses Einflusses die alte Abhängigkeit des „Reichslandes“ vom Reichskanzleramt in Berlin, der Hauptstadt und dem Herz des preußischen Staates, war. Von Dauer aber kann dies engere Verhältnis zwischen Preußen, dem Reich und dem Reichsland nur werden, wenn in der Tat Wahlreform und Verwaltungsreform in Preußen selbst die Kräfte entfesseln, die von den Vogesen zur Memel, ja darüber weit hinaus ins baltische Land alle Volksgenossen aufs innigste verbinden, — wenn die geschichtliche Entwicklung der deutschen Einheitsbewegung zur endgültigen Lösung auch der neuen Probleme übt, die die Stellung Elsaß und Lothringens im Sturm des Weltkrieges bietet.

Allenthalben um uns flutet das Leben, regamer und lebendiger denn je. Als „heimlicher König der modernen Kultur“ zerbricht es rücksichtslos die Formen, die sein Wesen beengen, und die den aufstrebenden Saft zu ersticken drohen. Es macht auch vor den Formen der Verfassung nicht Halt, deren System jahrzehnte-, ja jahrhundertelange Überlieferung zu heiligen schien. Eifrig sind Politiker, Staatsrechtler und Volkswirte am Werke, dem neuen Mitteleuropa ein neues Kleid anzupassen, nachdem sich die alte, vom Edelrost nationaler Geschichte vergoldete Rüstung als zu schwerfällig erwiesen hat. Und auch im Kernlande des neuen Bundes, im Deutschen Reich, regt sich das politische Interesse mächtig genug. Allenthalben werden die Probleme wieder aufgenommen, die bereits in den großen Krisen der deutschen Einheitsbewegung vor dem Forum der Nation und im Kreise der engeren Heimat eifrig erörtert wurden: aus Idealen und Irrtümern ersteht in den Flammen eines ungeheuren Weltkrieges der realpolitische Begriff des neuen Reiches, das im Osten und Westen alte, wiedererrungene Gebiete dem bewährten und verzögerten Führerstaat anvertraut.

Wir wissen, wie vor hundert Jahren Preußen zum ersten Male um Deutschland warb. Mit der Angliederung der Rheinprovinz faßte die norddeutsche Großmacht bewußt festen Fuß im Süden und Westen des Reiches. Das Verfassungsversprechen König Friedrich Wilhelms des Dritten griff tief hinein in die Herzen und in den politischen Sinn der Süddeutschen, die den alten Reichspatriotismus über die böse Zeit des Rheinbundes hinaus treu bewahrt hatten. Im Verlangen nach Elsaß und Lothringen als Glacis des Reiches und als Symbol seiner Einheit trafen sich sichtbar die Interessen der Außenpolitik Preußens und Deutschlands. Innere Bande wurden geknüpft, die fest genug waren, auch die Jahre der Reaktion zu überdauern, in denen die Anfänge einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik Ersatz bieten mußten für eine engere nationale Vereinigung. Doch kaum löste die deutsche Revolution die Fesseln der Überlieferung, als sich aufs neue die wesensverwandten Glieder fanden. Diesmal warb Deutschland um Preußen. Aber der Staat der Hohenzollern mußte sich dem stürmischen Drängen versagen, weil er dem neuen Bunde seine Persönlichkeit zum Opfer bringen sollte. Das geschichtliche Recht zu dieser Absage bewiesen die Jahre 1864, 1866 und 1870. Aber zugleich gelang es der genialen Staatskunst Bismarcks, die Pflichten und Rechte Preußens und Deutschlands unter eine gemeinsame Formel zu bringen. Wieder wie 1815 fanden sich die Interessen der Außenpolitik der Dynastien und der Stämme in der Erwerbung Elsaß und Lothringens und in der Eingliederung des Gesamtbesitzes ins Reich. Nach fünf Jahrzehnten hat der Weltkrieg gebieterisch die elsäß-lothringische Frage und mit ihr das preußisch-deutsche Problem im Rahmen der deutschen Einheitsbewegung zum vierten Male aus der unerfreulichen Tiefe der Alltäglichkeit emporgetrieben: aufs neue ergeht der Ruf an Preußen, die Pflichten zu erfüllen, die ihm seine Geschichte und sein Recht als Führerschaft Deutschlands auferlegt.

Probleme, heißt es mit Recht, sind nicht dazu da, um ausgefochten zu werden. Wie der Kampf allein Leben schafft und neue Werte bildet, wollen wir fürderhin im Haushalt unseres nationalen Staates auf die Synthese Preußen-Deutschland so wenig wie auf die doppelte Kurbelung Einzelstaaten und Reich verzichten. Aber die Reibungen der gewaltigen Triebräder in Bismarcks Werk müssen und können gemildert werden, um neue Kräfte frei zu machen für den gewaltigen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Kampf der Staaten, der uns im Frieden erwartet. Vier Jahre haben wir dem Hungertode getroßt, den uns unsere Feinde zubachten, indem wir alljährlich Neuland erwarben und bestellten. Soll das Reich in den schweren Notjahren, die ihm bevorstehen, das Grenzland Elsaß und Lothringen brach liegen lassen, nur um dynastische und demokratische Aberempfindlichkeit zu schonen?

Drei hohe Wegzeichen standen am Wege der deutschen Einheit: sie wiesen bergauf! Wird das vierte, das wir selbst in der schwersten Kriegsnot des deutschen Volkes errichten, bergab zeigen? Soll die Entwicklungskurve, die vom Pufferstaat zum „Reichsland“ führte, mit jähem Sturz wieder zur alten Schwäche zurückleiten? Oder soll sie endlich in die deutsche Großmacht einmünden, die sich heute zu neuer innerer Einheit und Macht und damit zu neuem Aufschwung rüstet? — Groß ist es, wenn Volk und Staat bestrebt sind, politische Fehlgriiffe und Irrtümer wieder gut zu machen; größer, wenn sie auch auf Ideale verzichten, die sich in der rauhen Luft der europäischen und weltpolitischen Gegensätze als undurchführbar erwiesen haben. Nur durch Preußen führt über Ideale und Irrtümer hinweg der Weg zum Reich! Auf's neue soll und muß sich der Satz bewähren, den Alfred Dove 1870 bei der Erörterung der staatsrechtlichen Zukunft Elsaß und Lothringens in seinen „Grenzboten“ prägte: „Noch einmal wird, wie nach 1815 und nach 1866, das königliche Wort zur Tat werden, daß Deutschland gewonnen, was Preußen erworben hat.“



Die schwedische Gemeindewahlreform

Von Professor Dr. Conrad Bornhauf



Ächt Deutschland und Österreich war kaum ein anderer Staat durch die russische Übermacht in dem Maße bedroht wie Schweden. Indem deutsche Waffen die russische Übermacht brachen, retteten sie auch Schweden. Für keinen anderen Staat bot aber auch der Weltkrieg so glänzende politische Aussichten wie für Schweden. Es brauchte sich nicht einmal von Anfang an am Kriege zu beteiligen. Als nach dem Zusammenbruche Rußlands Finnland um Hilfe rief, konnte Schweden auf Grund seiner alten geschichtlichen Beziehungen zu Finnland als Retter auftreten und damit eine glänzende politische Stellung im skandinavischen Norden und in der Ostsee, würdig der größten Zeiten der schwedischen Geschichte, wieder gewinnen. Doch die große Zeit fand ein kleines Geschlecht. Die liberal-sozialistische Regierung verbot auf Grund der schwedischen Neutralität selbst die Waffenausfuhr nach Finnland und beschäftigte sich statt dessen mit einer parteipolitischen Machtfrage, mit der Gemeindewahlreform, um auch damit schließlich zu scheitern. Doch der Versuch ist auch für uns sehr lehrreich, da auch wir voraussichtlich nach der Umgestaltung des preussischen Landtagswahlrechtes mit Gemeindewahlreformen zu tun haben werden.

Es handelte sich dabei weniger um die Gemeinde als um die Erringung der politischen Macht im Staate überhaupt. Im Jahre 1909 war nämlich für die zweite Kammer des Reichstages das allgemeine Stimmrecht einschließlich des Frauenstimmrechtes mit Verhältniswahl eingeführt worden. Die erste Kammer geht aber nach wie vor aus der Wahl der Provinziallandtage, der Landsthinge, welche dasselbe Wahlrecht haben wie die Gemeinden, und der Gemeindevertretungen der größten Städte hervor. Nun ergaben die letzten Reichstagswahlen von 1917 für die zweite Kammer 58 Konservative, 12 Agrarier, 62 Liberale, 86 Sozialdemokraten und 12 Linksozialisten, also eine starke liberal-sozialistische Mehrheit. Dagegen gehörten der ersten Kammer 88 Konservative, 45 Liberale und 17 Sozialdemokraten an. Diese konservative Mehrheit der ersten Kammer war nur zu brechen, wenn man das Gemeindewahlrecht änderte. So wurde die Gemeindewahlreform der Hebel um die politische Macht im Staate.

Nun bestand für die Gemeinde ein nach der Steuerleistung abgestuftes Mehrstimmrecht, das auch Unmündigen durch ihren Vormund und juristischen Personen zustand und bis 1809 in den Städten bis zu 100 Stufen, auf dem flachen Lande gar bis zu 5000 Stufen ging. Gelegentlich der Wahlreform von 1909 hatte man auch das Gemeindestimmrecht vereinfacht, zwar unter Ermäßigung der bisherigen Abstufungen, aber doch unter Beibehaltung des Mehrstimmrechtes, so daß künftig kein Stimmberechtigter mehr als 40 Stimmen haben sollte.

Anfangs waren auch die Liberalen mit diesem Ergebnisse höchlichst befriedigt. Doch bald bemerkten sie, daß sie gleichwohl parteipolitisch dabei schlechte Geschäfte machten. Und nun begann eine neue Bewegung für Gemeindewahlreform unter dem Schlagworte: Persönlichkeitsprinzipien, nicht Vermögensprinzipien. Trotz dieses Schlagwortes wollten die Liberalen wenigstens insoweit an den Vermögensprinzipien festhalten, als bei dem Charakter der Gemeinde als eines vorwiegend wirtschaftlichen Verbandes die Steuerleistung die Grundlage des Gemeindewahlrechtes bleiben sollte. Sie verlangten daher nicht das allgemeine, sondern nur das gleiche Wahlrecht aller Steuerzahler. Dagegen forderten die Sozialdemokraten auch das allgemeine Wahlrecht ohne Rücksicht auf die Steuerleistung, womit die Liberalen aus den Gemeindevertretungen der großen Städte einfach hinweggeschwemmt worden wären.

Die Liberalen hätten unter diesen Umständen, da sie allein dafür zu schwach waren, das politische Geschäft am liebsten mit den Konservativen gemacht, denen sie treuherzig versicherten, wenn ein Wahlsystem nur gerecht sei, komme es nicht

auf den Parteivorteil an, die Konservativen sollten also den Verlust für ihre Partei ruhig mit in Kauf nehmen. Doch die Konservativen erwiesen sich als unzugänglich. So mußte man es mit den Sozialdemokraten versuchen. Diese dachten realpolitisch genug, um unter Wahrung ihrer Grundsätze auf den Handel einzugehen. Denn sie konnten dabei nur gewinnen. Hatte man erst einmal das gleiche Wahlrecht, so konnte man bei nächster Gelegenheit das allgemeine nachholen.

Nach dem letzten Wahlsiege der Linken im Herbst 1917 wurde sofort von dem neuen Ministerium Eden-Branting ein Sachverständigenausschuß berufen zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über das Gemeindestimmrecht. Dieser Ausschuß erhielt für seine Arbeit sofort eine gebundene Marschroute, bezeichnet mit den Schlagworten: Abschaffung des kommunalen Wahlrechtes für Gesellschaften und Unmündige, Beschränkung des Landstingswahlrechtes auf die Gemeinde, in deren Wahlrechtsverzeichnis der Stimmberechtigte eingetragen ist, und Abschaffung der kommunalen Wahlrechtsabstufung und Ersetzung durch Bestimmungen, wonach jeder, der seine Steuerpflicht gegenüber der Gemeinde erfüllt hat, eine Stimme haben soll. Dieser Ausschuß konnte am 10. April 1918 seinen abschließenden Bericht mit einem Gesetzentwurfe vorlegen.

Da dem Ausschusse vom Ministerium ein gebundener Weg vorgeschrieben war, konnte natürlich der Inhalt des Gesetzentwurfes keine Überraschungen bieten. Es sieht das darin, was er enthalten sollte.

Um so mehr Interesse verdient in mancher Hinsicht die Begründung. Außer wiederholten Reichstagsanträgen beruft sich der Ausschuß nämlich auch auf ausländische Vorbilder. Und da erfahren wir denn zu unserer großen Überraschung, wie die Gemeindewahlreform jetzt gerade in Preußen eine Rolle spielt. Denn die Regierung habe dort unter dem Druck der Kriegsergebnisse einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das kommunale Wahlrecht Unmündigen und juristischen Personen entziehe. Kommunale Wahlrechtsfragen seien derzeit in Preußen aktuell, die Regierung habe das gleiche Wahlrecht vorgeschlagen, jedenfalls werde das pluto-kritische Wahlrechtssystem einem demokratischen weichen. Und das müssen wir Preußen erst auf dem Umwege über Schweden erfahren. Wahrscheinlich ist unsere eigene Presse zu gefnebelt, um darüber berichten zu dürfen. Aberdies sei das bisherige schwedische Gemeindewahlrecht eine Ungerechtigkeit namentlich gegenüber kleinen Grundbesitzern auf dem Lande und gegenüber gewerblichen Arbeitern in den Städten. Finanzielle Befürchtungen seien unbegründet, da die Steuer kleine Leute verhältnismäßig härter treffe als wohlhabende, und die Arbeiter doch auch in ihren Fachvereinen kluge Finanzpolitik trieben — dort wohlgemerkt mit ihrem eigenen Gelde, in der Kommunalverwaltung mit fremdem. Schließlich komme es, wenn ein Wahlsystem einmal gerecht sei, nicht darauf an, ob eine Partei geschädigt werde — besonders einleuchtend dann, wenn es die Gegenpartei ist, die den Schaden trägt.

Bei der geschäftlichen Behandlung der Gesetzesvorlagen wirken nun die beiden Kammern in Schweden viel enger zusammen als in anderen Ländern. Namentlich werden nach der Reichstagsordnung die meisten und wichtigsten Sachen von ständigen Ausschüssen vorbereitet, von deren Mitgliedern jede Kammer die Hälfte aus ihrer Mitte wählt. So geschah es auch hier. Die Vorlage ging an den Verfassungsausschuß, der eine Mehrheit der Linken hatte. Der Verfassungsausschuß nahm denn auch die Regierungsvorlage mit einigen unbedeutenden Änderungen an.

Nach Ansicht des Ausschusses war die Grundlage der bisherigen Kommunalverfassung, daß der Einfluß der Stimmberechtigten nach ihrer Besteuerung abgewogen wird, unhaltbar. Das würde auf eine Auffassung der Gemeinde als einer Erwerbsgesellschaft hinauslaufen, deren Teilhaber nach Maßgabe ihrer Einlagen beteiligt sind. Auch steigen mit dem Einkommen nicht Einsicht und Tauglichkeit. Zudem ist das vierstufige Stimmrecht praktisch unbefriedigend, indem es der Bedeutung des Grundbesitzes und dem Unterschiede von Stadt und Land nicht gerecht wird. Wenn die Gemeinden auch unter dem bisherigen Wahlrechte eine

lebensfähige Selbstverwaltung entwickelt haben, so fällt das nicht ins Gewicht. Die Hauptsache ist, daß nach dem demokratischen Standpunkte immer Persönlichkeitsprinzipien die Grundlage der politischen Berechtigung bilden müssen. Auch die Gefährdung des Zweikammerystems durch Aufhebung der Wesensverschiedenheit der beiden Kammern kommt nicht in Betracht. Denn das Zweikammerystem bildet nach dem demokratischen Prinzip nur eine Gewähr für eine mehrfache gründliche Behandlung der Vorlagen. Die erste Kammer soll die mehr stetige, die zweite die mehr wechselnde Volksmeinung vertreten, wobei es allerdings ein Rätsel bleibt, wie eine Volksmeinung gleichzeitig stetig und wechselnd sein kann, aber keineswegs die erste Kammer andere Volkselemente als die zweite.

Ein solcher Ausschußantrag geht nun in Schweden beiden Kammern gleichzeitig zu, damit jede Kammer, unbeeinflusst von der anderen, über die Vorlage beraten und beschließen kann. So geschah es auch hier. Am 8. Juni 1918 wurde in beiden Kammern gleichzeitig über die Reform des Gemeindewahlrechtes einschließlich des Wahlrechtes zum Landsting beraten und beschlossen.

Bei den Verhandlungen wies die Rechte besonders auf den entscheidenden Punkt hin, die Zerstörung der bisherigen Stellung der ersten Kammer, womit ein wirkliches Zweikammerystem untergraben werde. Liberalerseits suchte man diese Tatsache des Kampfes um die politische Macht in der ersten Kammer und damit im Staate überhaupt zu vertuschen und sich dabei mit politischen Schlagworten wie dem bekannten Persönlichkeitsprinzip zu decken. Die Sozialdemokraten waren wie immer offenerherziger. Der Sozialdemokrat Ström vertieg sich dabei sogar schon zu der Forderung, Carthaginem esse delendam, die erste Kammer müsse zermalmt werden, was übrigens der sozialdemokratische Führer Hjalmar Branting schon früher verlangt hatte.

Auf die Erhaltung des vierzigstufigen Gemeindestimmrechtes versteifte sich die Rechte keineswegs, nur das gleiche Stimmrecht lehnte sie ab. Der Minister des Innern glaubte daraus schon Hoffnungen schöpfen zu können. Er könne das selbe sagen, wie der deutsche Feldherr zum Kaiser nach der ersten Märzoffensive, man könne zufrieden sein mit dem ersten Vorgehen — ohne im übrigen einen Vergleich zu ziehen zwischen der schwedischen Demokratie und dem deutschen Heer! Ein solcher Vergleich wäre kränkend — für die schwedische Demokratie oder für das deutsche Heer?

Aber an einem abgestuften Stimmrecht, das der höheren Leistung und Tüchtigkeit auch ein größeres Stimmgewicht gab, glaubte die Rechte festhalten zu müssen. Dem entgegnete allerdings in der ersten Kammer der sozialdemokratische Vertreter Olsson von Göteborg, weder kluge noch einfältige Leute könnten verstehen, weshalb, wenn es wirklich die klügeren wären, die mehrere Stimmen hätten, sie außer der Gabe ihrer Klugheit auch noch den Vorteil mehrerer Stimmen haben müßten. Also würde sich nach dieser sozialdemokratischen Weisheit vielleicht ein Mehrstimmenrecht der Dummten empfehlen, um sie für ihre Dummheit wenigstens einigermaßen zu entschädigen.

Die Quintessenz der Weisheit bildete schließlich die Drohung, die Vorlage werde, diesmal abgelehnt, nächsten in verschärfter Form, also doch wohl als das sozialdemokratische allgemeine Stimmrecht ohne Zensus, wiederkehren. Namentlich der Sozialdemokrat Branting erklärte in der zweiten Kammer, die Halsstarrigkeit der Rechten müsse doch manche Liberale überzeugen, daß sie lieber den Sozialdemokraten zu folgen hätten. Vielleicht war aber die politische Lehre für die Liberalen gerade die entgegengesetzte, daß nämlich die Reform ohne die Konserватiven nicht durchzuführen sei.

Das Ergebnis der Beschlufsfassung war nach den Parteiverhältnissen in beiden Kammern vorauszusehen. Die zweite Kammer nahm die Regierungs- und Ausschußvorlage mit dem gleichen Gemeindewahlrecht aller Steuerzahler unter Abschaffung des Wahlrechtes der Unmündigen und der Gesellschaften mit 122 gegen 50 Stimmen an. Die erste Kammer lehnte sie mit 70 gegen 50 Stimmen ab.

Damit ist die Gemeindewahlreform am Widerspruch der ersten Kammer gescheitert. Es fragt sich: was kann und wird nun weiter geschehen? Vorausichtlich vorläufig nichts.

Der König könnte den Reichstag auflösen und im ganzen Lande Neuwahlen entweder für eine oder für beide Kammern ausschreiben. Die zweite Kammer ist nun aber eben im Herbst 1917 neu gewählt worden und hat die Regierungsvorlage angenommen. Zu ihrer Auflösung liegt kein Grund vor. Wenigstens wird die liberal-sozialdemokratische Regierung, die sich auf diese Kammer stützt, sie dem Könige nicht anraten. Die Auflösung der ersten Kammer allein würde, solange das Gemeindewahlrecht nicht abgeändert ist, kein wesentlich anderes Ergebnis herbeiführen. Da man mit einer Auflösung nicht weiterkommt, muß man mit den bestehenden politischen Machtverhältnissen, wie sie sich in der Zusammenfassung der beiden Kammern ausdrücken, rechnen.

Daß die Liberalen nunmehr, wie Branting hoffte, vollständig in das sozialdemokratische Fahrwasser geraten und sich zum allgemeinen Gemeindewahlrecht ohne Zensur entschließen, ist nicht anzunehmen. Denn auch damit käme man nicht weiter; die Vorlage würde dadurch um nichts aussichtsreicher, im Gegenteil. Die sozialdemokratische Drohung, daß die Vorlage in verschärfter Form wiederkehren werde, ist also von vornherein eitel. Will man, nachdem die Karre in den Sumpf gefahren ist, wieder heraus, so bleibt den Liberalen nur die andere Seite, die Verständigung mit den Konservativen. Da diese sich keineswegs auf die Aufrechterhaltung des bestehenden vierzigstufigen Gemeindewahlrechtes versteift haben, wohl aber auf einem abgestuften Stimmrecht bestehen, bleibt hier der Weg der Verständigung und des Ausgleiches offen. Es wird voraussichtlich in einem der nächsten Jahre in einer weiteren Vereinfachung der vierzig Stufen, aber keineswegs im gleichen, geschweige denn im allgemeinen Gemeinbestimmrecht bestehen. Vorläufig ist der große politische Kampf ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Es bleibt alles beim alten.

Damit ist aber auch der Versuch gescheitert, mit dem Sturmbock des Gemeindewahlrechtes die erste Kammer für die Linke zu erobern und damit den ganzen Staat der Parteiherrschaft der Linken zu unterwerfen. Die Rechte wartet einfach, hinter den Festungsgräben der ersten Kammer verschanzt, bessere Zeiten ab. Und was auch die Rechte in bezug auf das Gemeindewahlrecht für Zugeständnisse machen wird, so weit wird sie jedenfalls nicht gehen, dadurch ihre eigene Mehrheit in der ersten Kammer zu gefährden.

Die Wechselbeziehung zwischen politischem und kommunalem Wahlrecht tritt uns in der schwedischen Entwicklung klar entgegen. Unmittelbar an die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes für den Reichstag oder vielmehr dessen zweite Kammer knüpfen die Bestrebungen auf Umgestaltung des Gemeindewahlrechtes an. Diese wurden aber niemals in den Mittelpunkt der politischen Kämpfe getreten sein, wenn man nicht die politische Körperschaft der ersten Kammer an Wahlen der kommunalen Verbände geknüpft hätte. Durch diese Verkoppelung werden die Kommunalverbände, die doch wesentlich nur eine wirtschaftliche Bedeutung haben, in das politische Parteigetriebe hineingezogen. Insbesondere gewinnen die ziemlich nichtsagenden Landsthinge, die mit den französischen Generalräten der Napoleonischen Verwaltungsorganisation eine verzweifelte Familienähnlichkeit haben, und um deren Wahlrecht sich sonst niemand gekümmert hätte, als Wahlkörper für die erste Kammer eine hohe politische Bedeutung.

Damit bietet die gescheiterte schwedische Gemeindewahlreform auch für deutsche Verhältnisse manche nützliche Seitenstücke.



Verben und Verbalformen der vogtländischen Mundart*)

Von Theodor Hofmann



ern gebraucht der vogtländische Dialekt „tun“. „Ihr tut woll spilln?“ fragt's Kind. „Tu sei emoll schreim!“ ist die letzte Mahnung der Mutter für's scheidende Kind. Oder da rät der Floh, dem Verhängnis zu entinnen, dem homo sapiens: „Tut mieh ner net wulchern (zwischen den Fingern reiben), lieber affn Hackstoß unn drschla“ und is — „fortghupft“. „Tut ner net sur gfenzig!“ heißt: nehmt euch nur Zeit! „Der tut siech immer wieder derkobern“ = erholen, wird von einem ewig Kränkelnden gesagt, der sich aber doch nicht werfen läßt. — Auch „machen“ nimmt der Volksmund gern. Die junge Witwe „macht wieder zu ihren Seiten“, das sind die Eltern; der Reisende „macht“ nach Berlin.

Die dampfenden Gerichte läßt man erst „austurweln“, ausrauchen. Zerfachte Kartoffeln sind „germatstet“; fehlt ihnen das Fett, „dröffeln“ sie; der Kaffee u. a. „grellt“. Das Fleisch wird, ums mürbe zu machen, „gebleit“; die unartigen Zungen werden „verbleit“. Das Rösten des Brotes auf der Ofenplatte heißt bän. „Der franke Finger schert mieh ober!“ meint die Hausfrau, sie will Mehl einquierteln = einrühren. Etwas beschädigen, ist dialektisch „ofukn“. — Schnell gitts wie die Näp! und wie die Badmuldern. Ausdrücke des elterlichen Strafvollzuges sind versohlen, verlebern, auslaschen. — Wer den Mund nicht halten kann, „pappert“ gern; „flatscht“ und „bietelt“ vielleicht auch. — Verleugnen ist mundartlich verlaunge; gelingen, glücken = schlaun. „Dem hot's geschlaut!“ Der hatte Glück. — „Wer laaft, is gut gehen“ heißt hochdeutsch: Wer läuft, ist gut jagen! — Den Fuß verstauchen ist „den Fuß derbelln“. Für anfassen sagt der Volksmund „apaden“. Wer recht „schnell macht“, „schidt“ sich, muß dann „heschen und gebien“. — Der im Dialekt redende Vogtländer „haucht siech hi“, „tripst siech zsamm“, d. i. tauert sich und zieht sich zusammen; er guckt nicht, sondern er „gukt“. Jemanden scharf und unverwandt ansehen, ist „aufgabeln“. — „Wach ner laan Zischotich!“, Zischotich ist sonst die Bezeichnung des Galopps — sagt er, wo wir hochdeutsch sagen: „Wach nur keine Geschichten!“ — Der Vater schöpelt und zuffelt die Kinder an den Haaren, lumpert ihnen Badpfeifen rein, die formen (brummen). Nach solchen „Genüssen“ „gukt diesen der Budel“ natürlich nicht. — Die geplagte Hausfrau muß sich tüchtig abäschern und abrauern. (Abäschern ist übrigens schon bei Wieland volkstümlich; abrauern ist aus dem Ndb. importiert, wo Rader = Schinder ist.) „Du laaft ein' ober questinge! (quälen), du machst mieh doch ganz goherr!“ (machst mich ganz irre — sie zählt eben —), meint sie zum Kind, am liebsten möchte sie's „fortstengen“ (fortjagen). Und das möchte nun am liebsten knautschen, greinen, flennen und eine Pfunisch (ein dummes Gesicht) machen. Warten heißt mundartlich „lauern“.

Welche Rolle im vogtländischen Volksleben das Huzengehen spielt, verrät die Antwort unseres ehemaligen Nachbarsjungen auf die Frage nach „Nam' und Art“: „Jech bi der Haumerschaugust und zum Hufner — die ortsübliche Bezeichnung unseres Familiennamens — gi iech huzen.“ Auch Männer gehen huzen. So erinnere ich mich noch sehr gut eines braven „antiken“ Junggesellen, der an den Winternachmittagen — mit dem Strickgoller angetan, das obligate Schalktuch um den Hals, die Pfeife mit dem großen Holzkopf — sie hieß Ulmer — im Runde und mit der Hauptsache, dem Spinnrad, am Arme, die Bekannten für einige Stunden besuchte. — In der „Huzenstumm“ bündeln die Burschen gern mit den Mädels an und „zedeln“ mit ihnen. Werden sie aber „ausgehoben“ und müssen

*) Man vergleiche hierzu unseren Aufsatz „Altes und mundartliches Sprachgut der vogtländischen Heimat“ vom gleichen Verfasser in Heft 31, 1917.

sie zum Militär „eiruden“, so ist die Herrlichkeit einstweilen aus. Beim Scheiden „reißt“ die Dorfschönen tüchtig „rum“ und „setzen“ sie's tüchtig „nei“. Sie „aupsen“ Blumen und „pfloeden“ Früchte für die Abschiedsstunde.

Am Gründonnerstag schlagen die vogtländischen Kinder die gesottenen Eier mit den Spizen zusammen; sie wollen sehen, wer im Zweikampf Sieger wird; sie „peden“ sie zusammen. — Und auf dem Felde pect der Bauer; er lockert mit kurzen Hackenschlägen das Unkraut. Ebnet er mit der Egge, der Eiten, die Ackererde. so „schlichtet“ er. Im Sommer „sammt“ (erntet), im Herbst „kaut“ er, zündet er draußen ein Feuer an, das „Kartoffelkräutrich“ zu verbrennen. In der heißen Jahreszeit hagelt (greift) es zuweilen.

Im oberen Vogtland ist die Weberei zu Hause. Die „Kette“, der Zettel, wird auf dem Weberbaum aufgelegt, wird „aufgebäumt“. Ist das Stück Ware fertig, bindet's der Weber in ein Tuch, nimmt das „Bündel“ auf den „Budel“, „hudt's auf“, und liefert (trägt haamm). (Auch die Mutter macht Hudepad; sie „hudelt's“ müde Kind auf.) Vor dem Viefern wandelt den Weber oft eine menschliche Schwäche an, gegen die auch andere Stände einen ach! vergeblichen Kampf führen, er „mekt“. So ein Sünder! Werden die Fäden am „Schweifrahmen“ zur Kette vereinigt, so nennt das der Fachmann „schweifen“, „scheren“. Beim Spulen passiert's leicht, daß der Faden auf einen Abweg gerät, statt auf die Spule auf die Spindel läuft, daß er „eischlaubert“.

Auch im Vogtlande gingen die Handwerker zu den Leuten ins Haus, wie's uns Rosegger von der Steiermark erzählt: sie gingen auf die Ester. Noch gut ist mir der alte Weber bei unserem Nachbar im Gedächtnis, wie er das Garn zu Leinwand gewebt hat. Zu dem Zweck wurde eigens der Webstuhl in der niedrigen Bauernstube aufgeschlagen. Und noch sehe ich die Frucht seines nimmermüden Schaffens, ein Stück grauer, robuster Leinwand, an vier Pfloeden auf die Biese gebannt, wo nun fast alle vier Elemente, Feuer, Wasser, Luft und Erde, ihre Künste an ihm versuchten. Ströme von Wasser aus der „Sprengflitz“ mußte es über sich ergehen lassen; dieses und die sengenden Strahlen der Hochsommer-sonne (Feuer!) bewirkten mit der Zeit, daß das Linnen von seinen feineren Schwestern doch nicht zu sehr abfiel. — Einen seltenen Ausdruck hörte ich mal im bayerischen Vogtland. Auf meine Frage nach dem Vater wurde mir im Gasthaus die Antwort: „Mein Vater geht außs Gei!“ ist beim Einkauf von Vieh, heißt das.

Ein ander Bild! Da mahnt der Gläubiger den Schuldner an Bezahlung, er „aascht“ ihn. Nicht jedermanns Sache! Ärgerlich wirft der ihm die Summe hin, „plezt“ sie hin, „muckt“ wohl auch noch auf, daß dieser nicht denke, er dürfe sich nicht „mucksen“. Die beiden sind nun auseinander, „stallieren“ nicht mehr, sind nicht mehr „kontent“. Der Gläubiger wäre „nei's Amt“ (außs Gericht) gegangen, wenn er sein Geld nicht bekommen hätte.

Beim Regeln spielen die „Regelbrüder“ nicht noch eine Partie, sie „machen noch a Burt“. An einem von ihnen ist, wie figura — ein Bäuchlein — zeigt, der Krieg spurlos vorübergegangen, er „perzt“ es stolz heraus. Zudem spielt — „dahlt“ — er gern mit seiner goldenen Uhrkette.

Wirft das Kleintier Zunge, so „hedt“ es; sterben sie wieder, so sind sie „verredt“. Da ruft wohl auch eine nicht gerade zart besaitete Mutter ihrem Sprößling, über den sie sich gewaltig geärgert hat, zu: „Du Sauhund, wenn du doch domols (wie er krank war) verredt werst!“

Und nun noch einiges über Verbalformen!

„Heut hätt' mir die letzte Schul!“ hörte ich einen Knirps — am letzten Schultag vor den Sommerferien im Vorgefühl kommender schöner Zeiten — ausrufen, und welcher Magister möchte ihn darob tabeln? — und eine Landsmännin sprach das tiefsinnige Wort: „Ihe töt iech mieh a weng ins Holz — nicht in den Wald! — leeng un a weng schlofn!“ Eine Mutter erzählte der Nachbarin: „Die Pinner han a weng die Fled — d. i. die Nasen — ghatten“. — Daß Perfekt von heißen heißt „gebilln“, von anzünden „agezunden“, von rufen „ge-

ruft“; von anfangen „angfangt“. Der Volksmund spricht: hot geschriem, geschriern, zugegrosfen. Da kann man den Satz hören: „Jech ho scha völli (l) gedent, du kommst gor net“. Da meint ein Dreiläsehoch mit einem tapferen Herzen: „Denkst epper, iech fercht mieh vor dir, do host de diech ober geschnitten“. — Das Präsen von frieren, verdrießen heißt freit, verdreit. „Alles, was die Zeit verdreißt, dös treib ich“, denkt mancher und handelt darnach. — Ging das Tagesgestirn am Abend hinter einer Wolke heim, so meinte die Mutter: Die Sonne trakt net ne Popel; nach langjähriger Erfahrung ein Anzeichen schlechten Wetters. — Der Stoff taugt nichts? Nein, er tickt nix. Nicht, du gibst mir nichts, sondern du „gibt mir nix“, sagt der Dialekt. „Jech gi dr ne Schelln, die siech gewaschen hot!“ droht ein Junge. — Die vogtländische Schriftsprache bildet auch vielfach die alten Formen: Ich iß, sieh, gib, nimm. Besonders auffallend ist die alte Befehlsform: „Die wieder gut, die stiller, die doch net olber!“ — Statt zieh dich an! sagt man „zieh dich a!“ — Die Zukunft — Vorzukunft gibt's nicht — bildet unser Dialekt mit „wier“ (werde), z. B.: Jech wier scha noch fertig warn! wenn man sich nicht noch kürzer ausdrückt und sagt: Jech kumm scha, iech bezohl diech scha.

Die Vorsilbe schenkt sich die vogtländische Mundart gern. „Höste bei Suppn scha gessen?“ fragt die Mutter; oder eine Frau kommt bei näherer Prüfung ihres Einkaufs zur Erkenntnis: „Dös ho iech ze teier kaaft“. Mit dem „ho iech tichtig gadert“ (geadert), berichtet einer, wo wir hochdeutsch sagen: Mit dem habe ich mich gründlich auseinandergesetzt, mich gründlich ausgesprochen. Und ein Bauer rühmt von seinem Pferd: „Dös is gange wie e Dochn“.



Ein Feldpostbrief

Reval, 11. 7., morgens

Meine Lieben!



nterm Dach, juchhe! — hat der Sperling seine Zungen! Und bei denen sitze ich im letzten noch verfügbaren Zimmerchen des „Goldenen Löwen“ und freue mich dessen. Vor dem offenen kleinen Fenster steht der winzige Schreibtisch, und wenn ich den Kopf hebe, habe ich ein entzückendes Bild vor mir: die goldenen Zwiebelkuppeln der Alexander Newski-Kathedrale, die sich vom tiefblauen Himmel abheben und sich underschämt aber imposant zwischen all das urdeutsche Bauwerk auf dem Domberg eindringen; links weht es schwarz-weiß-rot von dem alten grauen Wartturm, dem langen Heinrich, und die roten Ziegeldächer, die weißen Schornsteine und Giebel und das schwarze Holzwerk der Bürgerhäuser wiederholen die Landesfarben; dazwischen überall das satte Grün der Baumkronen und Teile der grauen Festungsmauer; rechts im Vordergrund steigt die Masse des Nikolaiturmes in die Höhe. — Einen Meter vor mir sitzt eine große braune Taube und gurrte begehrlieh, nachdem sie sich schon ausgiebig an meinem Frühstück beteiligt und mir das Brot aus der Hand gepickt hat. Ich habe sie aber vom Schreibtisch verbannt, nachdem sie die in anständiger Gesellschaft gebotene Zurückhaltung mehrfach gröblich außer Acht gelassen hat. Schwärme von Dohlen und Schwalben frächzen und schwirren und zwitschern draußen vorbei. —

Also vorgestern Abend ging es mit dem alten englischen Hamburg-Dampfer Equity gegen 6 von Libau fort. Ein Kasten, ungefähr so wie der Adler, mit dem wir seinerzeit von Bremen nach London fuhren, und ganz überwiegend für Fracht eingerichtet. Achtern ein kleiner Salon, an den einige Kammern grenzen. Bei herrlichem Wetter ging die Fahrt ereignislos von statten. Süß war es, als wir uns gestern Nachmittag Reval näherten und an der estnischen Küste mit

ihren Hügeln und grünen Wäldern vorbeifuhren. Und dann taucht die wunder-volle Sanssilhouette des alten Reval auf. Wenn nur nicht die goldenen Zwiebeln so ungehörig zwischen St. Olai und St. Nikolai, und wie die ehrwürdigen alten Herren alle heißen, hervorgeblänkt hätten! Die estnischen Vöffen kamen an Bord, sprachen recht gut deutsch und erzählten, daß die Ernte im Lande vorzüglich stände. Genau nach 24 Stunden Fahrt machten wir in dem engen und ver-widelten Hafen fest. Dann nahmen Meldung, Quartierbesorgen längere Zeit in Anspruch. Gegen 9 Uhr kletterte ich noch auf den Domberg, natürlich hatte ich nicht die Absicht, dort noch zu so später Stunde Fräulein v. S. aufzusuchen. Schließlich gelangte ich in einem Straßenwinkel an ein Tor, durch das sich ein schöner Blick auf die Stadt zu öffnen schien. Ich kam auf einen Hof mit deutschen Feldtischen, durch eine Brüstungsmauer vom Steilhang des Domberges getrennt. Links schloß sich eine Art Altan an, auf dem eine alte Dame an Kartoffelpflanzen in Blumentöpfen hantierte. Ich ahnte was, begrüßte die alte Dame und fragte, ob Frä. v. S. in dieser Gegend wohne. Sie war es selbst. Erst mußte sie die Zusammenhänge etwas in ihrem Bewußtsein ordnen, dann war sie aber sichtlich sehr erfreut und wir verplauderten eine herrliche Sonnenuntergangsstimmung auf der kleinen Bank hoch über Reval. Die im Meer versinkende Sonne hatte Stadt und Hafen illuminiert, überall glühten die Fenster auf. Weit ging der Blick über die schimmernde See und die der Bucht vorgelagerten Inseln mit den gesprengten Rußenbefestigungen und den Villen der begüterten Kaufmannschaft. Frä. v. S. erzählte von den tollen Zuständen der Volschewiki-Zeit. Keiner hätte sich seines Lebens sicher gefühlt, und die Tollheit wäre immer gewachsen. Die alte St. Olaiskirche sei zum Volkshaus gemacht, wo die zügellosesten Feste gefeiert wurden. Wie ein Wunder wäre ihnen die Rettung durch die deutschen Truppen geworden. Und sie rühmte deren Auftreten und Anstand wohl etwas zu optimistisch. Aber wie zur Bestätigung kamen zwei Unteroffiziere, stellten sich bescheiden auf und baten um Erlaubnis, die Aussicht ansehen zu dürfen. Beide mit feinen urdeutschen Gesichtern; der eine mit rotem langen Vollbart und goldener Brille. Ganz ergriffen sehen sie auf das schöne Bild, und der eine sagte im schönsten Kölner Dialekt, seit Neapel hätte er solch herrlichen Anblick nicht ge-habt. — Heute Abend soll ich nun dorthin zum Tee kommen, und jetzt muß ich an die Arbeit.

12. Nachmittags. Zwischen 11 und 12 hatte ich eine Stunde Zeit, weil ich den Hafencapitän nicht erwischen konnte. Die benutzte ich, um auch die andere Schwester Frau v. Sch's., Baronin M., aufzusuchen. Sie wohnt sehr hübsch, mitten in einem großen Garten, war schon auf mich gefaßt und kam mir mit großer Herzlichkeit entgegen. Diese Menschen hier leben noch immer wie in einer großen staunenden Erregtheit über ein Wunder, das sich durch ihre Be-freiung an ihnen vollzogen hat. Und sie fassen es auch buchstäblich und in reli-giöser Inbrunst so auf. Wenn doch alle draußen und in der Heimat wüßten, was die Menschen, die uns nicht als Feinde hassen und fürchten, von uns halten und erwarten! Es müßte jedem guten Deutschen ein erhöhtes Verantwortlichkeits-gefühl für freie Taten und Worte geben. „Wenn Deutschland uns je den Esten und Letten überantworten wollte,“ sagte die Baronin M., „dann hätte es nicht hierherkommen und uns Mut machen dürfen, unser Deutschtum erneut und mit Jubel zu bekennen. Wir sind verloren in der Minute, in der man weiß, daß niemand uns schützt; denn die Elemente, die uns vernichten wollen, würden aus dem großen Rußland jeden dazu nötigen Zuzug bekommen.“ Sie hat sicher recht. Aber nicht nur Gasse und Ledebour, auch ungezählte andere Leute, die Zeter schreien, wenn einem deutschfreierischen Polad aufs Maul geklopft, oder ein russischer Schmirjube nicht gleich als vollberechtigter Deutscher mit offenen Armen aufgenommen wird, sie würden ohne Zögern die deutschen Wälden, die soviel deutscher sind als sie selber, ihren Feinden und der Vernichtung preisgeben. Während war es, wie die Damen über alle Offiziere und Soldaten sprachen, mit denen sie zusammengekommen waren. Möchten sie nie Enttäuschungen erleben!

— Eigentlich sollte und wollte ich noch auf ein Blauberstündchen zur Baronin M. kommen, — man lernt viel dabei, — aber jetzt geht es doch nicht, denn beim Mittagessen im Marinekasino ergab sich eine Gelegenheit, morgen nach Selsingfors zu fahren, die ich benutzen will, um den dortigen Hafen kennen zu lernen. Es soll schwer dort unterzukommen und kolossal teuer sein. Aber das hilft nicht! Die Baronin fährt aber übermorgen fort.

Gestern Abend kam ich recht spät aus dem Offizierskasino im Abelsklub, denn ich hatte Bekannte aus Vibau getroffen und mich verplaudert. Es war gegen 12 $\frac{1}{2}$, und noch die richtige eigentümliche Beleuchtung der „weißen Nächte“, ganz anders als in Vibau. Nur die hellsten Sterne konnten sich bemerkbar machen. Nun ist mein Freund Rühlmann doch gegangen. — Der Prozeß wird wohl recht peinlich für ihn geworden sein, trotz seiner Vertagung. Hoffentlich ist mit von Finke der richtige Mann gekommen. Ich ahnte schon so was! So, jetzt kommt dienstliche Schreiberei. Höchste Zeit!

Euch allen viel herzliche Grüße.

Euer

C. F.



Neue Bücher

F. Stier-Somlo: „*Vom parlamentarischen Wahlrecht in den Kulturstaaten der Welt*“. Dietrich Reimer (Ernst Bohsen), Berlin 1918. 311 S.

Es war ein glücklicher Gedanke des Verlages, in Form eines Taschenbuchs dem weiteren Publikum ein Hilfsmittel an die Hand zu geben, kraft dessen es seine aus Zeitungen nur setzen- und brockenweise zu schöpfende Kenntnis des Wahlrechtsproblems in zusammenhängende Formen bringen kann. Dem bekannten Verfasser ist diese Absicht im allgemeinen sicher gelungen. Der Sachkenner weiß, welche mühsame Literaturdurcharbeitung dazu gehörte, um die sehr einfach wirkenden Angaben machen zu können. Pflegen doch die hier eben nur als Lüne anknüpfenden Einzelheiten sonst ganze Sonderkompositionen auszufüllen. Den Lesern belehren die umfangreichen am Schluß hinzugefügten Anmerkungen, die zugleich Fingerzeige über Namen und Art der Quellen geben. Beiläufig: die ganz vorzügliche Studie Max Pomtow's, Preußen und das Reichstagswahlrecht, Leipzig 1917, Theodor Weicher, hätte eine andere Beleuchtung verdient.

Im „Grundlegenden Teil“ werden zunächst die ideellen und praktischen Voraussetzungen des Wahlrechts erörtert. Dazu gehören folgende Thematika: Das Wahlrecht in seiner Beziehung zu Revolutionen und Kriegen überhaupt, als Belohnung, als subjektives öffentliches Recht (gegen die Tellinische Lehre vom Wahlrecht als Organhandlung für den Staat), als Funktion nationaler Eigenart und internationaler Bewegungen, in den nichtstaatlichen öffentlich-rechtlichen Körperschaften usw. Sodann das Verhältnis von Konstitutionalismus und Volksvertretung in ihrer gegenseitigen Bedingtheit. Endlich die Grundelemente der Wahlsysteme der Welt, also das technische Rüstzeug, mit dessen Hilfe in jeweils national geschachteltem Mosaik die rechtsgültigen Abbilder des höchsten staatsbürgerlichen Luns hergestellt werden. Der „Besondere Teil“ behandelt sodann knapp, manchmal zu knapp, das geltende Wahlrecht im Auslande und in Deutschland, vergleicht die Zustände hier und dort, und schließt mit der Stellungnahme des Verfassers zur preussischen Reform. Ein ausführliches Register erleichtert den Gebrauch des nach einmaliger Lektüre doch vor allem als Nachschlagebuch gedachten Werkes.

Es bemüht sich, das Wahlrecht als eine der gesamten Kulturwelt gemeinsame Erscheinung, als ein allgemeines Kulturproblem aufzuzeigen und folgert aus dieser Tatsache, daß es für den Einzelstaat bedenklich wäre, die jeweils auf

diesem Gebiete herrschende Mode nicht mitzumachen, m. a. W., sich heutzutage von der Wallfahrt nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht auszuschließen. Es ist dies die bekannte Furcht, anders zu sein als die übrigen, der Glaube an die Dampfmalze der unaufhaltbaren Demokratisierung und Parlamentarisierung, die uns auch z. B. angeblich in die Schablone des westlichen party system pressen wird, wir mögen wollen oder nicht. Nun soll die suggestive Macht solcher massenpsychologischen Prozesse, wie sie in den erwähnten Strukturveränderungen der Verfassung liegen, gar nicht bestritten werden, ebensowenig wie die Notwendigkeit einer Reform zumal in diesen Kriegsjahren (die allerdings nicht ihr Grund, sondern höchstens ihr auslösender Anlaß genannt werden können). Andererseits ist doch klar: allein um der schönen demokratischen Augen Deutschlands willen lockt man drüben keinen Hund vom Ofen, sie mühten denn schon außerdem pazifistisch veronnen drein blicken, wie es vor hundert Jahren zur ganz uneigenartigen Freude Europas der Fall war. Eine „militaristische“ Demokratie würde trotz aller inneren Gemeinsamkeiten in der äußeren Politik genau so Stein des Anstoßes wie unser bisheriger „Obrigkeitsstaat“. Wie man eines Teiles die Verstandesehe mit dem Jarrismus schloß, ob auch das für Freiheit und Gleichheit schlagende Herz sich resigniert beschied, so hatte noch stets die glühende demokratische Liebe sofort ein Ende, wenn sich der Partner eine machtpolitische Extratour erlaubte. Beispiel aus dem Jahre 1846, wo uns Heinrich Heine die Entrüstung eines englischen Parlamentariers schildert, als er hört, daß das deutsche Volk nicht mehr bloß von weltbürgerlichen Idealen, sondern von einer künftigen Flotte träumt. Und wenn dazu noch über den Kanal solche Stimmen bringen wie: „Es gibt eine Menge Anzeichen, daß Deutschlands innere Front verwundbar ist, daß die öffentliche Meinung beeinflusst wird von Ideen und Erregungen, die vom Ausland kommen, und daß das Ideal der Demokratie, das der Verband verkündet, eine Gärung in Deutschland erzeugt hat“ — dann wird man noch skeptischer über den Wert und die Notwendigkeit einer so begründeten Anpassung an das Fremde, zumal, wenn die Schlußfolgerung bei der Entente lautet: „Diesen Vorteil weiter auszubauen, sollte das ununterbrochene Bemühen unserer Staatsmänner bilden.“

Ferner interessiert die Auffassung Stier-Somlos vom preussischen Problem. Er bezeichnet sich zwar als keinen begeisterten Anhänger des gleichen Wahlrechtes, die Begründung geht aber mit einer Leichtigkeit und einem Optimismus über die Bedenken hinweg, die zu obiger reservatio nicht recht passen wollen. In seinen im Vorjahre erschienenen „Grund- und Zukunftsfragen deutscher Politik“ hatte Stier (S. 48) das radikale Wahlrecht in Preußen noch als „unmöglichen Gedanken“ bezeichnet, jetzt (S. 104) ist ihm „jeder wahnwitzig, der Widerstand leistet“. Der Wechsel der Anschauung ist zu kraß, um überzeugend zu wirken, es sei denn unter Zuhilfenahme der massenhypnotischen Beeinflussung. Denn der Verfasser sieht nicht nur, worin man ihm allenfalls zustimmen könnte, in dem gleichen Rechte eine politische Notwendigkeit, sondern streckt ihm gegenüber die Waffen so völlig, daß er nicht einmal von den „Sicherungen“ der Defensiven etwas wissen will. Die von der Regierung bekanntlich nicht ungünstig aufgenommene Altersstimme lehnt er ab. Gewiß, Argumente lassen sich gegen jede Einzelheit jedes Wahlsystems vorbringen. Jedoch, wenn irgendwo, so muß es hier heißen: „a priori fit denominatio“ und Urteil! Auch die Wahlpflicht wird von Stier abgelehnt, weil „ein praktisches Bedürfnis zur Einführung nicht vorhanden sei.“ Zu dieser Bemerkung braucht man kein Fragezeichen zu machen, seitdem die Forderung im Hause der Abgeordneten durchgegangen ist.

Gerade die eigentümliche Blickeinstellung des Verfassers, das Wahlrecht sowohl in seiner internationalen wie in seiner besonderen nationalen Funktion zu begreifen, will uns trotz zweifellos gewinnreicher Ausichten nicht so ganz zuverlässig erscheinen. Von der Weltmode war oben die Rede, die jeweils nationalen Besonderheiten und Verknüpfungen, die Verfasser daneben hervorheben möchte, sind unseres Erachtens (leider) nicht oder nur recht dürftig vorhanden. An der Stelle individuell wechselnder, funktioneller Eigenschaften und Gestaltungen des

Wahlrechtes sehen wir vielmehr nur eine recht abgegriffene und dabei doch überaus starre Mechanik, hergestellt als Massenartikel und darum in China oder Montenegro ebenso zu finden wie in England und dem Deutschen Reich.

Wir möchten diese Zeilen nicht abschließen, ohne von diesen polemischen Schlüssen auf den verständlichen Anfang rückverweisen zu haben.

Dr. H. O. Meisner

Kriegsaufsätze eines Schulmeisters. Wenn Schulmänner aus dem Schützengraben heraus den Umsturz in der Schule fordern, so ist dies aus einem Geisteszustand zu erklären, der auch beim Ausblick in die Zukunft der edlen Menschepflege keinen Raum gibt, weil sich die rauhesten Wirklichkeiten vordrängen. Diese Behauptung finden wir in dem kleinen Buch „Notstände an höheren Schulen“ von Gymnasialdirektor Wilhelm Asmus (Leipzig 1918, Quelle und Meyer, geb. 3,20, geb. 3,80 M.). Sie ist nicht immer zutreffend. Die veränderte Bemessung von wichtig und unwichtig, die sich aus dem Abstand vom bürgerlichen Dasein, aus der Abkehr vom Berufsleben des Alltags ergibt, kann vielmehr auch nützliche Wirkungen zeitigen, zumal der im Felde gewonnene Einblick in die Denkweise anderer Gesellschaftsschichten fördernd hinzukommt. Jedenfalls darf man aus der Felderfahrung von solchen Menschen, deren Wurzeln noch neue Schöplinge zu treiben kräftig sind, Heiliges erwarten. Unser Schulleben ist einer der Kreise, in denen es gar viel ausgefahrene Geleise gab. So wirkten die Worte der Lehrer aus dem Schützengraben erneuernd und erfrischend; die Distanz richtet den Blick aufs Ganze statt auf den Teil. In Asmus tritt nun wieder einer auf, der, ohne Anlagen zum Reiter zu haben, doch mit Erfolg den Kopf in die Luft des Krieges gesteckt hat. Der Kopf ist der des erfahrenen Schulmannes geblieben, aber das feste Zupacken bei vorhandenen Mängeln ist wohl eine Errungenschaft des Krieges. Auch das haben wir wohl dem militärischen Geiste zu verdanken, daß der Verfasser dem straffen Funktionieren des Schulmechanismus, z. B. in der Schülerbücherei, bei Benutzung des Anschauungsstoffes, im Dienstbetrieb des noch ungeborenen, aber dringend ersuchten Schulschreibers so große Bedeutung beimißt. Überall zeigt sich vieljährige Erfahrung, und besonders das Kapitel über das Schauen ist guten Rates voll. Von Einzelheiten möchte ich auf den Vorschlag hinweisen, kriegsbeschädigte Offiziere als Leiter von Schülerheimen, ebensolche Unteroffiziere als Schulschreiber zu verwenden. Auch die heikle Frage der Verwendung solcher Oberlehrer, denen im vorgerückten Lebensalter die erforderliche Spannkraft abhanden gekommen ist, wird behandelt. Fremdwortfreiheit und Bruchstift finden in Asmus einen energischen Vorkämpfer.

Professor Dr. W. M. Beder



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Nichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85 a.
Hemmsprecher des Herausgebers: Amt Nichterfelde 488, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Baggow 6510
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85 a
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Defamier Straße 88/87.



Schwankendes im Baltikum

Von einem rigenser Balten



seit der Befreiung unserer baltischen Heimat durch Deutschlands ruhmvolle Armee und seitdem im Grundsatz feststeht, daß Alt-Litauen von Rußland für immer losgelöst bleiben und seine staatliche Selbständigkeit im engsten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Anschluß an Preußen und damit auch an das mächtige Deutsche Reich ausbilden wird, rückt das Problem der Nationalitätenfrage unmittelbar in den Vordergrund. Hat die geschichtliche Entwicklung der Lande es doch mit sich gebracht, daß die Aufsaugung und Eindeutschung der lettischen und estnischen Bevölkerung niemals weder planmäßig versucht, noch, recht betrachtet, möglich gewesen ist.

An das Problem der Auseinandersetzung der Deutschen, d. h. der baltischen Deutschen, mit den Letten und Esten muß mit voller Entschiedenheit herangetreten werden, da es, wenn auch die Schuld an dem Vorhandensein des Gegenfazes zugewiesen wird, besteht und einer ruhigen Entwicklung der baltischen Lande im Wege steht. Daß in der Frage auch der baltische Deutsche Partei ist, mag billig zugegeben werden, so sehr er sich bewußt ist, daß er — als Gesamtheit genommen und von einzelnen individuellen Fehlgriffen und Vergehungen abgesehen — keine Schuld im geschichtlichen Sinne auf sich geladen hat. Er hat vielmehr stets sich vor Auge gehalten, daß seine Mission als Verbreiter von Kultur und Zivilisation sich nicht auf die deutsche Bevölkerung allein beschränken, sondern der Gesamtheit aller Bewohner der baltischen Lande zugute kommen müsse. Wer gerecht und unvoreingenommen den Werdegang unserer Geschichte verfolgt und nicht in unkritischer und unhistorischer Weise in frühere Zeiten Anschauungen späterer hinein trägt, an sie den Maßstab späterer anlegt, wird das unbedingt zugeben. Die Kirche und Schule unserer Heimat ist dafür ein ebenso schlagender Beleg wie die vorbildliche agrare Entwicklung unter der Führung des deutschen, meist ritterschaftlichen Großgrundbesitzes. Was ohne diese deutsche Schulung und Führung aus Letten und Esten geworden wäre, das beweist in schlagender Weise ein Blick auf den Tiefstand der Esten (Setutesen) im Pleskauischen und der Letten in Inflantien, dem sogenannten Polnisch-Livland (Gouvernement Witebsk). Es ist wie Tag und Nacht! Bei uns bis zur verheerenden Russifizierung, die mit Hochdruck in den achtziger Jahren einsetzte, ein blühendes Schulwesen, das durch die Schulpflicht die Zahl der Analphabeten auf nur 2 Prozent herabdrückte, also ein Stand, der sich von Deutschland kaum unterschied. Die Volksschule war lettisch und estnisch. Die deutsche Sprache wurde in der obligatorischen Gemeindeschule überhaupt nicht gelehrt, erst in den nichtobligatorischen Kirchspielschulen fand sie ihre Stelle, aber auch hier nur als

Sehrfach. Und für diese lettisch-estnische Schule hat der Großgrundbesitz — noblesse oblige! — jährlich an oder über die Hälfte der Kosten getragen, für sie Land, Holz und Baumaterialien hergegeben. Für diese lettisch-estnische Volksschule ist der deutsche Großgrundbesitz, vertreten durch die baltischen Landtage, unentwegt gegenüber den Russifikationsbestrebungen eingetreten, wie seinerzeit unter anderem von einer lettischen Abordnung dem verstorbenen Livländischen Landmarschall Friedrich Baron Meyendorff gegenüber ausdrücklich anerkannt worden ist. Nicht anders steht es mit der evangelischen Kirche und ihren Dienern, den Predigern. Unermüdlich haben diese für lettisch-estnische Predigt, Bibelübersetzung, Katechismus und Gesangbuch gesorgt, oft sind sie in der Hingabe an ihre Gemeinden fast bis zur Aufgabe ihres eigenen Volkstums gegangen. Ist es nicht bezeichnend, daß der kurländische Pastor Stender, in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts sich selbst die Grabchrift setzte: „Hier liegt Stender, der Lettel!“ Und wer die weitverbreiteten, auch in Deutschland bekannten kurländischen Romane von Th. Pantenius, der einem alten kurländischen Pastorengeschlecht entstammte, kennt, sieht auch hier eine derartig ausgesprochene Vorliebe und warme Sympathie für die lettischen Heimatgenossen zutage treten, daß sie in deutsch-baltischen Augen die Gerechtigkeit zu verlegen scheint. Lange Jahrhunderte waren die evangelischen Seelsorger naturgemäß nur Deutsche, vielfach aus dem Reich als „Hofmeister“ ablicher Häuser eingewanderte Theologen. Als aber im Laufe der Entwicklung in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts auch lettische und estnische Theologen ausgebildet wurden, sind diese mehr und mehr ins Pfarramt eingerückt. Anfänglich war dabei kein Gegensatz zu den Deutschen vorhanden, im Gegenteil, die Letten und Esten, die Prediger wurden, standen dem Deutschtum innerlich so nahe, daß sie selbst in ihren Kirchen Deutsche wurden. Später, als unter dem Einfluß romantischer Strömungen eine grenzenlose Überschätzung der Kulturkraft kleiner Völkerschaften um sich griff, die von ehrgeizigen Führern aus Sonderinteressen genährt und von der russischen Staatsregierung nach dem Grundsatz „Divide et impera“ mit allen Mitteln gefördert wurde, wurde die Besetzung der Pfarrämter von lettisch-estnischer Seite zu einer Kampfsparole gemacht und viel Unfriede in das kirchliche Gemeindeleben hineingetragen. Obwohl nun aber vielfach die Wahl der Prediger gesetzmäßig den eingepfarrten Gutbesitzern als Patronen zustand — ein Verhältnis, das unangefochten auch in Deutschland bis auf den heutigen Tag vorkommt — so haben die deutschen Patrone in sehr zahlreichen Fällen freiwillig von ihrem Recht keinen Gebrauch gemacht und die Wahlen durch die Gemeinden vornehmen lassen. Vielfach haben Patrone aber auch bei Ausübung ihres Wahlrechtes den Wünschen der Gemeinden Rechnung getragen und von sich aus statt Deutsche Letten und Esten berufen. Der estländische Landtag hat kurz vor dem Kriege die völlige Verzichtleistung auf das Patronat ausgesprochen. So erklärt es sich, daß tatsächlich eine sehr große Anzahl von Pfarren, besonders in Livland, in estnisch-lettischen Händen sind, es lettische und estnische Präpste gibt und in einzelnen Kreisen die Deutschen fast ganz aus dem Pfarramt verschwunden sind.

Von der agraren Entwicklung kann hier im einzelnen nicht gesprochen werden. Tatsache ist, daß, wenn auch ein nationaler und zugleich sozialer Gegensatz auf dem ackerbautreibenden Boden durch die Geschichte des Landes bedingt sein mag, und wie in ganz Westeuropa auch bei uns die Hörigkeit und Frohnde bestanden, der baltische Bauer unter dem Einfluß der Livland ergreifenden „Aufklärung“, in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts eine erhebliche Besserung seines Loses erfuhr, ja, daß baltische Edelleute mit zu den ersten gehörten, die ihren Bauern ihr Schicksal erleichterten. Es geschah das trotz des heftigen Widerstandes der russischen Regierung, die davon eine Rückwirkung auf die eigenen Bauern befürchtete. Ist die endgültige Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland doch auch erst 1861 erfolgt, während die Reformen in Liv-, Est- und Kurland 1804 einsetzten und 1816—1819 ihren vorläufigen Abschluß fanden. Es erwies sich auch bei uns damals als richtig, was ein deutscher Historiker im all-

gemeinen vom deutschen Adel gesagt hat: „Der deutsche Junker lebt nicht wie der russische Adlige von seinen Leuten, sondern er lebt von seinem landwirtschaftlichen Betriebe und hat seine Leute nur soviel geknechtet, als es für den landwirtschaftlichen Betrieb nötig ist.“ Zu Anfang der vierziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts setzte dann von neuem eine mächtige liberale Gesetzgebung ein, die den Übergang eines gewissen Teiles der gutherrlichen Ländereien, des Bauernlandes, in den erblichen Besitz der Bauern anbahnte, die Leistungen auf Grund freier Pachtverträge normierte und Rentenbanken errichtete, mit deren Hilfe der Prozeß der Schaffung eines freien estnisch-lettischen Bauernwirtsandes durchgeführt worden ist. Heute ist die Zahl der unverkauften bäuerlichen „Gesinde“ eine verschwindend geringe, höchstens in Estland ist die Entwicklung noch nicht völlig abgeschlossen. Es ist ein gutes Zeichen für die gesunde wirtschaftliche Lage des baltischen Ackerbaues, daß er vor dem Kriege auf ein Hektar Gemeidelandes 1141 Kilogramm Ertrag lieferte, während die gleiche Fläche im europäischen Rußland nur 785 Kilogramm lieferte. 1865/66 war der Erwerb von Rittergütern, der bisher dem Adel vorbehalten war, freigegeben worden — heute gibt es in allen drei Provinzen bereits lettische und estnische Rittergutsbesitzer. Nicht zum Abschluß gekommen ist die Regelung der Landknechte auf eigenem Boden. Aber auch dazu wäre es zweifellos gekommen, wenn nicht Hemmungen von oben und andererseits eine zügellose Agitation von unten, die den sinnlosen Anspruch erhob, daß ein jeder Land erhalten müsse — zu wenig zum Leben, zu viel zum direkten Verhungern — der ruhigen Entwicklung in den Weg getreten wären. Auf diesem Wege wuchs Wohlstand und Bildung der estnisch-lettischen Bevölkerung und sie begann sich aus dem rein agraren Zustande zu sozialen Schichtungen emporzuheben. Der Wohlstand machte es dem Bauern möglich, in den Städten, die auch ihn lockten, Häuser zu erwerben, wobei er durch sehr rührig arbeitende nationale Banken zielbewußt unterstützt wurde. Mit dem steigenden Immobilienbesitz in den Städten verstärkte sich naturgemäß ihr Einfluß auf die städtische Verwaltung, die gesetzlich von den Hausbesitzern allein ausgeübt wurde. An sich ein Vorgang, der in der Natur der Dinge lag. Während aber bis zum Einsetzen der Russifizierung die deutsche Schule ein mächtiges Mittel der freiwilligen Eindeutschung der Eingeborenen dargestellt hatte, so daß der Aufstieg in sozial höhere Schichten zugleich unmerklich den Übergang in das Deutschtum in sich schloß, so wurde das völlig anders, als die zielbewußte Russifizierung einsetzte und der Letzte und Erste, vor die Wahl gestellt, ob er sich westlicher oder östlicher Kultur anschließen sollte, für den Osten entschied, der ihm seiner Meinung nach allein handgreifliche Vorteile, Karriere und Ansehen im Lande und im Reich gewährleistete. Die russische Regierung, deren ganze Tendenz bewußt deutschfeindlich war, da die deutsche Gesellschaft der Provinzen sich nach Bildung und Tradition naturgemäß der Uniformitätspolitik, d. h. der Vernichtung des eigenen Volkstums mit allen gesetzlichen Mitteln widersetzte, baute ihr System darauf aus, die Stärkung der Letzten und Ersten in ihren nationalen und sozialen Instinkten zu fördern. Unter dem direkten Einfluß und der offenen Förderung des Panlawismus ist die sogenannte junglettische und jungestnische Bewegung entstanden. Zu einer Gefahr wurde sie aber erst, als die Staatsregierung sie unter ihren offenen Schutz nahm. So wuchs eine ehrgeizige indigene „Intelligenz“ empor, Advokaten, Ärzte, Beamte, auch Prediger, die im Grunde alles, was sie besaß, der deutschen Kultur verdankte, aber von unklaren romantischen Anschauungen über die Kulturaufgaben der Indigenen erfüllt, einen leidenschaftlichen Haß gegen die Deutschen auf ihr Banner schrieb. Mit der nationalen Strömung, die einen stark demokratischen Einschlag hatte, verband sich sehr früh eine sozialistische. Der wirtschaftliche Gegensatz zu Großgrundbesitz und Kapital nahm unter dem Einfluß radikaler Volksschullehrer und unter der Einwirkung russischer Hochschulen und westeuropäischer sozialdemokratischer und revolutionärer Literatur eine immer schärfere Färbung an. Und wenn auch ein starker Polizeidruck ein offenes Handeln der weit verzweigten und bei dem verhegten Landvolk einflußreichen Agitation hinderte, so fraß das Gift unter der

Oberfläche weiter und unter der rapid anwachsenden Fabrikbevölkerung Riga, Libau und Reval, aber auch unter den häuerlichen Landknechten fand das neue Evangelium gierige Aufnahme. Diejenigen lettischen und estnischen Kreise aber, denen diese bedrohlichen Verhältnisse kein Geheimnis und nicht erwünscht waren, wagten es nicht, dagegen aufzutreten, teils, um die leicht zu erschütternde Popularität nicht einzubüßen, teils, um nicht in den gefährlichen Ruf zu kommen, es mit den Deutschen zu halten, die sie vielfach schon als „morituri“ ansahen, deren Erbschaft sie auf der ganzen Linie anzutreten hätten. War es nun auch noch nicht so weit, so zeigte doch das deutsche Element in der Tat, von allen Seiten auf das schonungsloseste bedrängt und bedrohet, unter schwerem politischen und damit verbundenem wirtschaftlichen Druck einen beängstigenden Rückgang. Nicht nur, daß in den kleinen Städten die Deutschen meist völlig aus dem städtischen Regiment verdrängt wurden, auch wirtschaftlich wurden sie immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Gerade im letzten Menschenalter ist der früher fast reindeutsche Handwerkerstand an manchen Orten völlig verschwunden, das deutsche Müllergewerbe auf dem Lande zusammengeschmolzen, die Zahl der deutschen Guts- und Wirtschaftsbeamten erheblich zurückgegangen. Die Bedürfnislosigkeit der von unten aufdrängenden Letten und Esten und das unter der Misere stumpfgewordene Nationalgefühl der Deutschen, die aufhörten an eine gedeihliche Zukunft zu glauben, haben da Hand in Hand gearbeitet. Der Lette und Este, in Kurland auch der Jude, rückten an die Stelle, die der Deutsche nicht behaupten konnte, zumal der Zutrom deutscher Elemente aus Deutschland ebenso aufhörte, wie die friedliche Assimilierung lettischer und estnischer Kreise, seitdem die deutsche Schule vernichtet und die politische bevorrechtete Stellung der Deutschen in Trümmer geschlagen worden war. Erst als die Revolution von 1905 sich zuletzt gegen Dynastie und russischen Staat wandte und die über diese Wendung erschrockenen Gewalthaber in Petersburg sich gezwungen sahen, wenn auch vorübergehend, dem staaterhaltenden Element der baltischen Deutschen ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, vermochten die Deutschen bei uns im Lande wieder Hand an schöpferische Arbeit zu legen. Was da von Ritterschaften und den deutschen „Vereinen“ in Liv-, Est- und Kurland auf dem Gebiet der deutschen Schule trotz aller Schwierigkeiten geschaffen worden ist, darüber belehrt u. a. in vortrefflicher Weise der Aufsatz von Professor R. Kuppfer im „Livländischen Kalender 1918“. In der Arbeit der Livländischen Oekonomischen Gesellschaft in Livland und ihres Präsidenten Erich von Dettingen wie in der der gleichen Gesellschaften in Est- und Kurland liegt ein bedeutsames Stück der Festigung der wirtschaftlichen Rentabilität der deutschen Großgrundbesitzer. Auch darüber informiert der „Livl. Kalender“ durch eine Darlegung aus der Feder E. v. Dettingens. Hand in Hand damit gingen die Bemühungen der baltischen Adelsverbände und Gutsbesitzerverbände, dem Abdergang vom wirtschaftlich schwachen deutschen Großgrundbesitz in estnisch-lettische Hände durch Einsetzung gemeinsamer Kräfte vorzubeugen. Es wurden zur Stärkung der wirtschaftlichen Stellung des deutschen Grundbesitzes Wirtschaftsberatungsstellen, Buchhaltungszentralen nach dem von Professor Arehol geschaffenen Vorbilde unter Leitung von Dr. Warmhold in Gang gebracht, wie schon früher Zentralstellen für das Meliorationswesen, für rationelle Viehzucht und eine Schule für deutsche Wirtschaftsbeamten eröffnet wurden. Und nicht anders war es in den Städten, wo es dem nationalen Opferfinn weiter deutscher Kreise glückte, einem Häuserspekulantentum, das strupellos deutschen Häuserbesitz an Letten und Esten verschachtelte, wenn nur hohe Preise geboten wurden, einen Niegel vorzuschieben. In Riga, Mitau, Reval, Dorpat und anderen Orten ist mit schönem Erfolg der deutsche Immobilienbesitz gehalten und vermehrt worden. Der Gedanke, daß eine Nation von „Mietern“ im Grunde kein Daseinsrecht habe, und daß es eine nationale Schmach sei, um Silberlinge willen das väterliche Besitztum zu veräußern, wenn dadurch die Macht der nationalen Gegner verstärkt würde — sagte überall von neuem Boden. Und indem man der starken wirtschaftlichen Stellung der Letten und Esten völlig Rechnung trug, gelang es durch Wahlkompromisse mit dem gemäßigten

Teil von ihnen den gefährdeten Anteil an der Stadtverwaltung zu behaupten. Nur Reval wurde, dank der radikalen Unversöhnlichkeit der dortigen Esten, die mit den Russen ein Wahlbündnis eingegangen waren, verloren und auch bei den letzten Wahlen nur in einem Teil wiedergewonnen. Doch war auch hier ein Anwachsen der deutschen Stimmen festzustellen. (Über Riga siehe den Aufsatz von Dr. Th. Schwarz im angezogenen „Livländischen Kalender für 1918“.)

So lagen die Dinge vor dem Kriege. Was seitdem geschehen ist, ist bekannt und braucht nicht dargelegt zu werden. Zarismus, Republik und Maximalisten sind in dem einen einig gewesen: dem Vernichtungskampf gegen das baltische Deutschtum. Sicher ist dann auch, daß es zugrunde gegangen wäre, wenn nicht in zwölfter Stunde Deutschlands Kaiser und Deutschlands Heer uns gerettet hätten.

Und damit ist an uns, baltische Deutsche, die große entscheidende Frage herangetreten: Was soll nun geschehen? Wie soll sich unser Verhältnis zu Letten und Esten gestalten? Wir sagen uns selbst alltäglich, daß wir in vielen, sehr vielen Stücken werden umlernen müssen. Es gilt das Schlagwort von der „Reuorientierung“. Gilt es auch von unserem Verhältnis zu den Indigenen? Daß die Spannung beseitigt werden muß, die heute weite Schichten hüben und drüben trennt, darüber ist man sich im deutschen Lager in thesi einig — ob dieselbe Gesinnung im lettisch-estnischen Lager bei der heutigen Mehrheit besteht, sei dahingestellt. Wir wissen es nicht, aus der Presse ist es nicht zu erkennen, die spärlichen gesellschaftlichen oder persönlichen Beziehungen lassen bei der Zurückhaltung und Verschlossenheit der Letten und Esten keine Schlüsse zu. Aber mit der auf der einen Seite, selbst angenommen auf beiden Seiten in thesi bestehenden Geneigtheit zu einem *modus vivendi* zu kommen, ist im Grunde herlich wenig erreicht. Lloyd George und Lord Balfour versichern ja immer wieder, sie wären für einen Frieden, aber das, was sie einen ehrlichen Frieden nennen, ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Ähnlich war es bis zur Schreckensherrschaft der Bolschewiki und dem Einmarsch der deutschen Truppen mit Letten und Esten. Es läßt sich unschwer dokumentarisch feststellen, daß die sogenannte führende lettisch-estnische Intelligenz trotz des Terrors der Bolschewiki eine schroffe Deutschenfeindschaft zur Schau getragen hat. Die Beschlüsse des usurpierten Landtages in Lettland triefen von Haß gegen uns und Sympathie für Rußland; nicht anders war es in Estland und Nordlivland. Das im Sommer 1917 veröffentlichte Lönningssonsche Agrarprogramm sah ausdrücklich die Enteignung des gesamten deutschen Großgrundbesitzes vor, wenn auch gegen eine staatlich festzusetzende Entschädigung. Und wie leidenschaftlich die Abneigung gegen das Deutschtum gerade in diesen Kreisen estnischer Intelligenz ist, davon überzeugt faßsam die Agitation der Lönningsson, Martna und Genossen in England. Siehe darüber die schlagenden Darlegungen des estländischen Ritterschaftssekretärs von Schulmann in der „Frankfurter Zeitung“ (wiedergegeben in der „Dorpatser Zeitung“ Nr. 67, 17. Mai).

Um zu einer Verständigung zu kommen, müssen wir Balten und vor allem auch die deutsche Verwaltung des Landes A.-D.-A.-Ob.-Ost und nicht weniger die deutsche Gesellschaft und Reichstag und andere Instanzen, dergleichen die Presse wissen, welches denn eigentlich die Wünsche der Letten und Esten sind. Oder genauer ausgedrückt, was diejenigen lettischen und estnischen Gruppen wollen und hoffen, die sich ohne Hintergedanken auf den Boden der neuen Ordnung zu stellen bereit sind. Denn nur mit diesen ist natürlich eine Verständigung möglich. Wie erkennt man diese Gruppen, wie faßt man sie? Dies ist nicht leicht, unendlich schwerer, als wohl diejenigen glauben, die ohne Kenntnis der Geschichte und der Psyche der Letten und Esten an die Aufgabe gehen. Man hält uns deutsche Balten oft für befangen, unser Urteil für einseitig und hat daher das Bestreben, gewissermaßen über den streitenden Parteien zu stehen, sich aus eigener Anschauung und Erfahrung auch ein eigenes Bild zu verschaffen. Wer wollte gegen ein solches Bestreben Einwand erheben! Es muß zugegeben werden — es kann ja garnicht anders sein — daß wir bei unserem in ewigem

Kampf reizbar gewordenen Nationalgefühl Partei find, und daß daher auch hier das alte Rechtswort gilt: „Eines Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle beide.“ Man wird, da wir auch nur schwache Sterbliche mit Neigungen und Leidenschaften sind, uns billig zuerkennen, daß alles Schwere und Leidvolle, die Morde und Verheerungen 1905/6 und die haßerfüllte Gefinnung weiter Kreise, die in der Kerenski-Zeit und vollends der Bolschewitkiepisode ihre Orgien feierte, es uns bitter-schwer machen müssen, in kühler Objektivität an die Prüfung der Streitfragen zu gehen. Aber der ehrliche Wunsch, das aufrichtige Bestreben hinter das Vergangene einen Strich zu machen, das Alte vergeben und versunken sein zu lassen, der ist trotz alledem in den deutschen politisch orientierten Kreisen einmütig vorhanden. Natürlich heißt das nicht, daß wir vergessen, was gewesen ist — das läßt sich nicht vorschreiben, wäre auch töricht, denn das hieße einen Teil unserer Geschichte vergessen. Und auch aus ihr haben wir zu lernen!

Unseren deutschen Befreiern ist die Grundstimmung der deutsch-baltischen Zukunftsgedanken kein Geheimnis. Mögen im einzelnen unter uns auch Abschattierungen bestehen, die sich aber nur gezwungen unter die Schlagworte „konservativ“ und „liberal“ fassen lassen, in einem stimmen wir zusammen: das neue baltische Staatswesen muß in seinem Wesen und seiner Form ein deutsches sein. Deutsche Kultur muß ihr wie einst vor der gewalttätigen Russifizierung ihren Stempel aufdrücken. Nur unter solcher Voraussetzung hat ja auch die preussische Personalunion und die feste Angliederung an das Deutsche Reich einen inneren Sinn und eine politische Berechtigung. Denn einen Fremdkörper, den nationale Zwietrachten und Kämpfe durchtoben, wie Böhmen und andere österreichische Lande, sich anzugliedern, hat Deutschland wahrlich kein Interesse. Wir baltischen Deutschen aber, deren Kampf so warme Sympathien gehabt hat und deren nationales Durchhalten in schwerer Zeit, wie das der Bizetangler von Payer ausdrücklich anerkannt hat, eines der Momente gewesen ist, die zum Eingreifen Deutschlands, zur Angliederungspolitik geführt haben, wir baltischen Deutschen wären schmerzlich berührt, wenn die Zukunft uns wieder unabsehbare Kämpfe um unser nationales Dasein bringen würde. Daß diese nicht mit einem Schlage aufhören werden, das ist natürlich selbstverständlich, aber man muß sie abbauen, sie abebben lassen. Wenn wir Balten wissen, daß eine feste, zielbewußte deutsche Politik uns in der Übergangszeit schützt, wir an ihr Anlehnung finden, dann werden wir einerseits unsere nationale Kraft weiter stärken, die Aufgaben, die uns namentlich in der Erhaltung deutschen Grundbesitzes zufallen, besser erfüllen können, andererseits aber auch weit bereitwilliger Seiten und Eiten Zugeständnisse machen können, die auch ihnen die Übergangszeit erleichtern. Die Lösung für uns ist in dem Artikel der „Dorpater Zeitung“ Nr. 54 zum Ausdruck gebracht: Völlige Gleichheit bei der Berücksichtigung in der Ausstellung im Lande, unabhängig von der Nationalität für alle die, die sich offen und ehrlich auf den Boden eines deutschen Alltums stellen — aber keine bedingungslose Gleichheit der Sprachen, unter denen doch nur eine und zwar die deutsche, die Staatssprache sein kann, während dem Lettischen und Estnischen gewiß nach Maßgabe und dringlicher Notwendigkeit in Volksschule und Gericht, insbesondere während der Übergangszeit, weitgehendere Zugeständnisse gemacht werden können und sollen.

Das ist die deutsch-baltische Anschauung von der Parität. Wie sie im einzelnen zu regeln wäre, wenn man aus einem „Provisorium“ zu einem Definitivum überzugehen hätte, sind Fragen der gewiß auch zu erzielenden Verständigung. Wir Deutschen sind bereit, zumal die Vergarmung des Landes auch zur Haushaltung mit unseren Mitteln zwingt, jede Überstürzung zu vermeiden. Aber die Grundlage muß unerrückt bleiben. Estnische und lettische Gymnasien und Realschulen mit staatlichen Rechten sind für uns ebenso indiskutable Dinge wie eine Universität oder ein Polytechnikum mit parallelen deutsch-lettischen und estnischen Professuren. Abgesehen von der tatsächlichen Unmöglichkeit, sie zu finden und die Lehrbücher zu schaffen, weisen wir den Gedanken einer solchen Parität grundsätzlich von uns, weil er die große deutsche Weltkultur in eine Reihe mit

einer künstlich gezüchteten estnisch-lettischen Kultur setzt, die bei Nicht gesehen überhaupt keine gemeine Kultur, sondern in ihrem positiven Teil ein Ableger deutscher Kultur ist. Zu noch einem Glück wenigstens wäre von baltischer Seite zum Begriff der Parität eine einschränkende Ergänzung hinzuzufügen: sie darf der Besiedlung des Landes nicht als höheres Prinzip abwehrend entgegengehalten werden. Deutschland braucht den vorhandenen Landüberschuß für seine wachsende Bevölkerung und die baltischen Deutschen brauchen sie als Schutz gegen die früher oder später gefährlich werdende Majorisierung. Wollten die baltischen Deutschen diesen Gesichtspunkt außer Acht lassen, so verlören sie ihre Existenzberechtigung und das Recht, für ihre numerische Inferiorität einen Schutz und eine Abwehr der Majoritätsansprüche zu erwarten. Eine verständige Parität in Verwaltung, Gericht, Kirche und anderen Gebieten sind wir unter dieser Voraussetzung zuzugestehen bereit. Sie würde bei richtiger Auswahl der Personen den oben festgelegten Grundcharakter des baltischen Landesstaates um so weniger zu bedrohen vermögen, als es im Interesse des Deutschen Reiches liegt, ihn in seinem Stück verweisen zu lassen, ihn vielmehr durch die drei Staffeln deutscher Politik zu stärken, die Bizetanzler von Bager in der angezogenen Rede aufgestellt hat: wirtschaftliche Erschließung, militärische Sicherung, Kolonisation — alles drei Entwicklungspunkte, die der deutschen Bevölkerung Ostlands die so notwendige Erhöhung ihrer numerischen Kraft zuführen, insonderheit zur allmählichen Bildung eines deutschen Bauernstandes führen werden, zu dem verheißungsvolle Ansätze bereits vor dem Kriege gemacht worden sind. Bei voller Wahrung der Parität würde sich das Schwergewicht immer auch auf die deutsche Seite neigen, zu der auch ohne jede zwangsweise Eindeutschung auf dem Wege des deutschen Schulzwanges, des deutschen Militärdienstes und des durch Handel und Wandel gebotenen Besuches Deutschlands und seiner Bildungsstätten auch Vetten und Esten in steigendem Maße in natürlichem Prozeß hinstreben werden. So wird die Verdeutschung des Landes seinen natürlichen Gang nehmen. Es werden damit auch die gesellschaftlichen Schranken, die heute durch sprachliche Sonderung und nationale Gegenfäglichkeit gezogen sind, allmählich fallen. Denn welcher Grund sollte für uns Deutsche vorliegen, Leute, die, obwohl Vetten und Esten von Geburt, doch sich rückhaltlos den deutschen Kulturidealen angeschlossen haben und in dem politischen und wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland auch ihren Vorteil sehen, nicht bei wirklich vorhandener gleicher Bildung und gleichen sozialen Formen als gleichwertige Glieder der Gesellschaft, der Geselligkeit anzusehen?

Für die deutsche Verwaltung des Landes und die Reichsinstanzen wird es nun, wie oben schon gesagt worden ist, von hohem Wert sein, zu erfahren, welche Stellung die lettisch-estnischen Kreise, soweit sie in Betracht kommen, zu dem Problem einnehmen. Ich betonte schon die Schwierigkeiten, denn diese Kreise sind sehr verschlossen und hüllen sich oft in vieldeutiges Schweigen, sind mißtrauisch und übertragen die Gegensätze gegen uns auch auf den Deutschen im Reich. Sie sind zudem alle sehr demokratisch, viele sozialistisch, ein Teil im Innern bolschewistisch. Die englische Orientierung hat bei dem Gewicht, daß bei Völkern auf dieser Stufe das gedruckte Wort und einzelne gewandte „Führer“ haben, fraglos viele Anhänger. Nicht zwar aus Sympathie für England, denn was wissen sie von England, sondern aus dem Glauben, daß die deutsche Herrschaft hier nur etwas Vorübergehendes ist, ein Glaube, der durch künstlich ausgebreitete Gerüchte immer wieder neue Nahrung erhält. Grundbedingung zu einem offenen Anschluß des Landvolkes wäre daher, daß die unverrückbaren Richtlinien deutscher Ostpolitik in unzweideutiger Weise festgelegt und veröffentlicht und die Lösung von Rußland endlich auch formell ausgeführt würde. Der lettische und estnische Landmann ist wie jeder Bauer in hohem Maße ein Wirklichkeitsmensch. Vor Tatsachen beugt er sich. Die heutige scheinbare Ungewißheit schadet unendlich und ist die Quelle vieler Mißverständnisse und gährender Unzufriedenheit.

Das angelsächsische Kulturgefühl

Von Dr. Karl Hoffmann

Dieser Aufsatz ist mit Genehmigung des Verlages einem Buche entnommen, das unter dem Titel „Der kleineuropäische Gedanke“ demnächst bei Fr. Wilhelm Grunow in Leipzig erscheint.



Es gibt eine gewisse Einheit des Kulturgefühls in Europa. Allein dadurch schon wurde sie vorgebildet in dem Ursprunge dieses Gefühls, daß es sich überall bei den verschiedenen Nationen und Völkergruppen — wenn auch in einem mannigfach abgestuften Mischungsverhältnis — aus denselben drei Grundkräften entwickelte, nämlich aus der Antike, dem Christentum weströmischer Herkunft und dem gleichzeitig idealisch angelegten und brutalen Subjektivismus der germanischen Rasse, die in der Völkerwanderung die Bevölkermengen des Kontinentes durchsetzt hat. Dazu kam, daß nicht nur die Zusammenwirkung dieser Faktoren etwas Verwandtes ergeben mußte, sondern daß diese Faktoren selber, untereinander verglichen, sich in einer irgendwie verwandten inneren Stellungnahme zum Leben begegnen. Wenigstens in der rein formalen Struktur der seelischen Haltung. Am Ende war auch der Christungs Glaube aus der Antike entstanden, und erst die germanischen Einwirkungen hatten aus dem Christungs Glauben — wieder mit rückgreifender Verwendung antiker Begriffe — die Machterscheinung des Christentums geschaffen, durch die Vorstellung einer Christenheit und ihrer Organisation. In den einzelnen nationalen Lebensstypen der europäischen Völker findet sich also etwas Gemeinsames vor, was die Gemeinsamkeit eines europäischen Menschheitsideales möglich macht und sie in der Tat auch ergibt. Gewiß ist die gleichsam anschauliche oder wahrnehmbare Funktionsweise dieses Einheitsideales nach Völkern oder Völkergruppen verschieden. Die einen lösen das sittliche Problem, das in dem Lebensideal liegt, mit Vorliebe durch die Formung und den ästhetischen Eindruck, während die anderen beinahe aus jeder Gegenständlichkeit des praktischen Handelns ein sittliches Problem machen möchten. Aber all dem liegt doch ein einheitlich gewordener Werttypus zugrunde, für den allenthalben eine und dieselbe tragende Urform wiedererkannt und entdeckt werden kann. Will man dieses gemeinsame europäische Werterlebnis durchaus auf eine Formel bringen, so dürfte man vielleicht sagen, daß es eine seelische Umschwingung ist, die vom gegebenen Dasein sich löst, ihm sich entgegenstellt und sich darüber erhebt, die aber zugleich durch ihr eigenes Handeln, worin sie sich ausdrückt, oder durch ihre Arbeit, durch ihre Selbstdarstellung im „Werke“, das gegebene Dasein gestaltet.

Die ganze Lebensart des Europäertums beruht so auf einem dualistischen Aktivismus, weil diese seelische Umschwingung sich zwischen zwei Polen spannt und der Gegensatz dieser Pole andauernd zur Tätigkeit antreibt, ihn bewältigen zu wollen. Das bringt in die europäische Lebensgesinnung eine ständige Unruhe und einen inneren Bruch, der sich mit dieser Welt nie völlig ausgeöhnt fühlt; aber es zwingt sie auch zu hellster Bewußtheit und zu einem ständigen Wachsen des Geistes, was ein klares und seiner selbst sicheres Gefühl von Überlegenheit verschafft. Dieses immer wache Bewußtsein des Geistes mit seinem fortdauernden Zwange, tätig zu sein, scheidet das Daseinsempfinden des gesamten Europäertums z. B. von dem vegetativen Daseinsgefühl der Asiaten des Ostens. Das Daseinsempfinden der Asiaten des Ostens ist monistisch gewachsen. Darum bleibt es ungebrochen in einem unvergleichlichen Beharrungsvermögen instinkthafter Lebensgewißheit. Mag es sich nun ganz eingebettet fühlen in die geheimnisvollen Zusammenhänge einer baum- oder blütenartigen Entfaltung der sichtbaren Welt, wie bei den Chinesen, oder einseitig tief, lebensgleichgültig und figurenfrei werden im indischen Monismus einer vollkommenen Innerlichkeit. Und gerade in jener

absichtlich gestaltenden, gleichsam technischen Kraft, die ihnen abgeht und von der sie vermeinen, daß sie sie nicht brauchen, erblicken die Asiaten immer das Wesentliche und Eigentümliche der europäischen Art. Sie erkennen nicht hinter der Wirklichkeitshärte die Qual. Sie übersehen darüber den seelischen Vorgang, welcher der technischen Kraft erst zugrunde liegt, und das innere Werterlebnis, das sie erzeugt.

Nun aber ist in einem feineren Sinne das blante, breite Leben der englisch redenden Welt auf fremden Kontinenten und den britischen Inseln am Ende unserer Gemütsbeziehungen ferner gerückt, als z. B. das mohammedanisch gewordene alte Vorderasien, dem unsere Kräfte auf weiten Umwegen und aus dunkelsten Zeiten die Urfänge ihrer Bildung verdanken. Wie wäre das zu erklären?

Engländer selber haben geäußert, daß sie kein europäisches Volk mehr seien, weil ihr Imperium nicht europäisch, sondern ein überwiegend „asiatisches“ Reichswesen ist. Das Bewußtsein ihres Gegensatzes zu einem organischen Entwicklungsprozeß der europäischen Lebenserscheinung geht hieraus hervor. Aber das ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, daß überhaupt das Gesamtangelsächsentum, zu dem die Engländer gehören und das sie selbst schufen, vom europäischen Kulturkreis sich innerlich abgetrennt hat, um ein eigener, überseeisch lebender Kulturkreis zu sein. Dieser selbständige kulturpsychologische Vorgang kam nicht von politischen Lebensnotwendigkeiten her, die sich aus dem Dasein des britischen Reiches ergaben, sondern neue politische Lebensnotwendigkeiten entstehen aus ihm.

Er beruht auf folgender Erscheinung. In der inneren Haltung des angelsächsischen Menschen ist die seelische Umschwingung, dieses Charaktermerkmal des europäischen Typs, abgestorben, so daß vom vollen europäischen Wesen nur die gleichsam technisch-praktische Handlungskraft übrig blieb und einseitig ausgebildet wurde. Mit dieser Bemerkung sollen keine Werturteile ausgesprochen, sondern nur Tatsachen festgestellt werden. Gewiß gibt es auch im heutigen Engländerium noch erkennbare Reste der echten alteuropäischen Art; am reinsten erscheint der neu-angelsächsische Typus bei den Überseevölkern ausgebildet und bei den Nordamerikanern vielleicht noch mehr noch als unter den Briten. Aber mit dem angelsächsischen Gesellschaftsleben, das es zweifellos gibt, wirkt diese vollkommene Ausbildung auf die Engländer wieder herüber und sondert sie immer mehr vom Europäertum ab. Und der eigentliche Ursprungspunkt der ganzen Erscheinung liegt schließlich doch in ihrer eigenen nationalen Entwicklung. Der erste Anstoß zu der inneren Abschwenkung muß aus ihnen selber gekommen sein. Denn sonst hätten sie nicht mit ihrer Kolonisation diesen eigenartig gehaltenen, eben durch die Abschwenkung seelisch bestimmten Kultur- und Lebenskreis einer neuen Menschheitsgruppe aus ihren nationalen Kräften heraus schaffen können.

Im siebzehnten Jahrhundert setzte es ein. Seit dieser Zeit ist im englischen Volk eine fortschreitende Zunahme der rein praktischen Tätigkeitsenergie zu bemerken und, parallel laufend damit, eine ständige Abnahme der inneren Wertgefühle und Werterlebnisse. Die wirkenden Ursachen hiervon lassen sich nachträglich schwer wiederentdecken. Für gewöhnlich ist es üblich bei uns, die Eigentümlichkeit des englischen Volkscharakters, die niemandem entgeht, aus puritanischen Einflüssen zu deuten, und gewiß hat der Puritanismus dabei eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Aber er allein kann keine Aufklärung geben. Es bleibt die Frage offen, warum er diese einzigartige Wirkung nur gerade hier und nicht auch in anderen Fällen hervorgebracht hat.

Das Gesamtangelsächsentum, d. i. die Einheitsstatte aller englisch redenden Völker, ist heute bereits mehr eine gewordene Kulturercheinung, als eine immer noch werdende Erscheinung der Rasse und des Blutes. Dennoch geht aus dem besonderen Kulturgefühl ein besonderes Massenbewußtsein hervor: die Kulturgemeinschaft erzeugt eine Rasse. Und vielleicht hatte im allerersten Beginn die schon vorhandene Rassenstruktur des englischen Volkes diese Kräfte zu einer eigentümlichen, kulturell gerichteten Entfaltung erzeugt.

Für die blutmäßige Entstehung der Nation Englands in den früheren Jahrhunderten ist eine auffallende Ineinanderwirkung von Kreuzung und Inzucht bezeichnend. Es geschah eine starke Mischung charakterlich sehr verschiedenartiger Elemente, die sich aber doch nicht vollkommen blutsfremd und zum Teil sogar einander blutsverwandt waren, mit einem merklichen Übergewicht der besonders unternehmungslustig veranlagten Art. Es vermengte sich der verschlagene und hurtige Sinn feltischer Stämme mit der nüchternen Fähigkeit niederdeutscher Einwanderer, die dem Volke und Lande ihren Namen gaben: beides vermengte sich sodann mit dem rohen abenteuernden Geist feindseliger Wikinger, die man Dänen nannte, und in alles dieses zusammen drang endlich der phantastische Erobererstolz des französisch gewordenen Normannentums ein. Dieser stufenweise Prozeß hat sich in der Kürze eines halben Jahrtausends entwickelt und schloß verhältnismäßig früh ab. Von da an zwang die insulare Lage des Landes die mannigfaltigen Volkselemente, sich gegenseitig so völlig zu durchwachsen und zu durchtränken, daß ein ganz neuer und in seinem Charakter zu metallischer Einheit verfestigter Rassetypus das Ergebnis sein mußte. Und nun setzte im siebzehnten Jahrhundert der Puritanismus mit seinen Wirkungen ein. Der englische Rassetypus nahm diese Wirkungen des Puritanismus ohne Widerstand auf, indem er dafür irgendwie empfänglich gewesen sein mag. Er sog sie geradezu in sich hinein. Aber er verarbeitete sie mit der Abgeschlossenheit seines Charakters, so daß wieder aus der innigen Wechselbeziehung zwischen beiden Faktoren ein neuer und besonderer Puritanismus entstand. Es entstand gleichsam ein neuer biologischer Religionstypus, der aus sich heraus ein besonderes Kulturideal entwickelt hat. Ein Kulturideal, das sich gegenwärtig mit dem angelsächsisch-rassetypischen Menschheitsideal deckt.

Wendet man den Puritanismus auf die Struktur der europäischen Seelenhaltung an, so ergibt sich dieses Verhältnis. Der Puritanismus läßt grundsätzlich nur den religiösen Wert gelten und verbietet es, andere Werturteile zu haben. Er verurteilt alle Werturteile, die ästhetisch oder bloß eihisch oder rein geistig und nicht religiös sind. Damit reduziert er die seelische Umschwingung auf das doktrinaire religiöse Gefühl, er läßt das innere Leben verarmen. Verbindungslos stellt er der überbildeten Steigerung im Religiösen die nackte Tätigkeitsenergie gegenüber. Aber er tötet diese keineswegs ab, weil er ihr auf der anderen Seite, eben durch die allgemeine Verarmung des inneren Lebens, einen um so größeren Bewegungsraum läßt. Es ist eine oft gemachte Beobachtung, daß es zwischen dem alttestamentarischen Puritanismus der Calvinianer und einer hervorragenden Tüchtigkeit des geschäftlichen Sinnes Zusammenhänge gibt. Trotz dieser Zusammenhänge wird jedoch das Leben in eine Zweifelt getrennt. Es bleibt nur die Lösung: entweder das eine dem anderen unterzuordnen, die Selbstbewertung der Persönlichkeit danach zu richten und so in dem einen von beiden Lebensbezirken unsicher oder unaufrichtig zu sein, oder aber diese Trennung bereitwillig in das Bewußtsein zu heben. Im letzteren Falle würde gewissermaßen ein asketischer Geschäftstypus entstehen, der wohl denkbar ist, den es gegeben hat und vielleicht immer noch gibt. So war z. B. Sören Kierkegaards Vater; tagsüber betrieb er rüstig und mit klugen Gelderfolgen sein bürgerliches Geschäft, und des Abends tat er Buße in heißen Gebeten voll qualender Verzehrung, um sich beim lieben Gott dafür zu entschuldigen. Er war ein ehrlicher Mann, der nie Freude am Leben gehabt hat.

Aber für einen gerade gewachsenen, produktiv veranlagten Volks- und Menschenschlag ist dieses Bewußtsein einer unüberbrückbaren Trennung nicht zu ertragen. Solche Naturen setzen sich auf das Rücksichtsloseste vor den Zwiespalt gestellt: entweder eine reine und ganze Askese der Lebensgesinnung bis zur Selbstvernichtung des handelnden Daseins auf sich zu nehmen oder zwischen beiden Tendenzen frampfhafte eine Synthese zu erzwingen. Eine Synthese, die alle übrigen, eigentlich verbindenden Seelenprovinzen gewalttätig ausläßt. Bei einem Volk, in dem Wikinger und Pirateninstinkte fortlebten, wäre die absolute Asketik auf die Dauer unmöglich gewesen. Die Heftigkeit seiner Tätigkeitsenergie hätte

sie überhaupt nicht ausgehalten. In dieser Weise drang auf den Puritanismus die biologische Anlage der englischen Rassenart ein, so daß sie die Synthese mit einer unerhörten Entschlossenheit durchgeführt hat.

Auf dieser Synthese beruhte also ein neuer und eigentümlicher Puritanismus und mit ihm das Urgefühl des modernen Empfindens einer angelsächsischen Gesamtkultur. Sie ergab nämlich folgendes. Unvermittelt ergiebt sich über die Tätigkeitsenergie und den geschäftlichen Sinn eine religiöse Verklärung, so daß der praktische Trieb zur Daseinsgestaltung wie von selber geheiligt erscheint: das innere Werterlebnis als solches, die seelische Umschwingung, wird von ihm nicht mehr gesucht und nicht mehr vermißt. Statt dessen durchsättigt dieser praktische Trieb die religiösen Gefühle gleichzeitig mit seinen handelnden Kräften: wie er selber geheiligt ist, so wird das Wertgefühl im Religiösen praktisch gemacht und gleichsam technisiert. Auch von dieser Seite her schläft das eigentlich Wert-erzeugende, der unstillbare Zwang seelisch schaffen zu müssen, vollständig ein.

* * *

Bekannte angelsächsische Züge, die wir als typisch englisch ansprechen, erklären sich hieraus. So z. B. der unmetaphysische Gang zum Praktischen, jener matter-of-fact-Sinn, der sich bis in die Behandlung metaphysischer Dinge ausdehnt, sowie der Kult des äußeren Erfolges und der amüsiche Geist. Die Angelsachsen erscheinen uns heute als durchaus unkünstlerisch. Es wäre indessen verkehrt, wenn wir diese Charakterrichtung bloß als geradlinige Rationalerbenschaft des ehemaligen, echt europäischen Engländerturns auffassen wollten.

Gerade das unkünstlerische Wesen des gegenwärtigen angelsächsischen Menschen beweist unwiderleglich, wie mit der Einwirkung des Puritanismus etwas Neues aufgetreten sein muß, wie diese Einwirkung entwicklungssträftige Fähigkeiten zerstörte und andere an ihrer Stelle hervorrief. Denn das alte englische Volk der vorpuritanischen Zeit ist vielleicht das am stärksten dramatisch begabte Volk in Europa gewesen. Und es war stets lustig und sangesfroh und zu Possen aufgelegt, eben das Volk von merry old England, das es heute nirgends mehr gibt. Die ursprünglichen Anfänge der Bühnenkunst des Abendlandes, die in den Jahrhunderten des späten Mittelalters aus kirchlichen Festspielen hervorgingen, hatten dort ihre tiefste künstlerische Durchbildung erfahren; von den Engländern wurde im sechzehnten Jahrhundert zum erstenmal in Europa der Stand der Schauspieler als Berufsstand geschaffen, und im Zeitalter Shakespeares gab es neben Shakespeare eine ganze Generation von dramatischen Dichtern. Diese reichen Anlagen wurden vom Puritanismus fast mit einem Schlage vernichtet. Schon im Jahre 1642 hatte er es durchsetzen können, daß eine Parlamentsakte sämtliche Theateraufführungen verbot. Es muß etwas mehr und ganz etwas anderes gewesen sein, als nur ein literaturgeschichtlicher Vorgang, daß sich das englische Dichtungsleben von diesem würgenden Griff nie wieder erholt hat.

Am stärksten arbeitete sich die Schwächung seelischer Wertkräfte in der Lebenssphäre des Sittlichen aus. Man bemerkt hier zunächst als zentrale Idee eine unwiderprochene „Freiheit“ der einzelnen um ihrer selbst willen, so wie sie da sind und leben, und eine Selbstgefälligkeit in dieser Freiheit, welche bedeutet: die gegebene Individualität erscheint ohne jede weitere Rechtfertigung durch einen ethischen Höherwert, der von ihr erst verwirklicht werden sollte, als ethischer Selbstzweck. Damit hört das Ethische überhaupt auf, ein ständig von neuem aufgegebenes Problem zu sein. Es stagniert. Aber streng folgerichtig verfällt es, um sich in anarchischer Willensvereinzelnung aufzulösen, zu verschwinden und sich ganz zu verflüchtigen. Dieser Selbstauflösung des Ethischen hätte die gewohnheitsmäßige Unterwerfung unter das religiöse Gebot vielleicht doch nicht voll standhalten können, wenn sich ihr nicht noch etwas anderes entgegengestemmt haben würde. Denn an irgendeinem Punkte müssen die überlieferten religiösen Vorschriften und der unbeschränkte Freiheitsgedanke in Kollision miteinander geraten; die ethische Erlebnisfähigkeit vermag aus sich selbst solche Kollisionen nicht

mehr in Ordnung zu bringen, weil sie von der Starrheit der religiösen Vorschriften unterdrückt wurde und eben hierdurch, durch ihr Unterdrücktwerden, den unbefchränkten Freiheitsgedanken bloßgelegt hat.

Nun aber hatte sich eine konventionell fortgeführte und für die handfeste Praxis höchst brauchbare Regelung der äußeren Lebensweise eingestellt. Sie wurde ebenfalls für alle Zweifelsfälle des sittlich-praktischen Handelns, welche die religiöse Gewohnheit unbeantwortet ließ, zu einem Regulativ. Das Ergebnis war einerseits, daß die angelsächsische Sittlichkeit vollzählig in festen Normen kursiert. Sie kennt keine offenen Fragen. Und andererseits war es das Ergebnis, das eine zwar nicht äußerlich wahrnehmbare, wohl aber innere Zweifelhait zwischen dem reinen Menschen- und dem Konventionswert entstand. Diese innere Zweifelhait kann allerdings nie ganz empfunden oder bewußt werden. Es fehlt ihr das Bewußtsein einer ethischen Geltung, da ihr mit der Kraft zur seelischen Umschwingung das Gefühl ihrer eigenen Problemhaftigkeit fehlt. Das heißt: man spürt fast bewußtlos ein Verschiedensein zwischen den gegebenen Individualitäten und den Konventionsmaßstäben, die sie bewerten; doch man bleibt außerstande, durch ein Erfassen des Kern- oder Drehpunktes in der sittlichen Gespanntheit den Grund und die tiefere Bedeutung davon zu gewahren. Diese Zweifelhait nennt man im Englischen cant, der uns als Heuchelei vorkommt, ohne es wirklich zu sein. Im bewußten subjektiven Empfinden decken sich vielmehr die fest kursierenden Normen ebenso mit dem privaten Eigennuz, wie mit dem religiösen Gefühl. Sie erscheinen als ein gemeinsamer Niederschlag in der gegenseitigen Sanktion dieser beiden daruntergelagerten Kräfte, während sie in Wahrheit ein künstliches Zwangsmittel sind, das ihre gegenseitige Sanktion erst ermöglicht.

Was das angelsächsische Leben dem alteuropäischen gegenüber an innerer Problematik und an seelischem Reichtum einbüßt, das gewinnt es an einer selbstgewissen Sicherheit des Lebensbewußtseins. Denn da es mit dem Versagen der Fähigkeit zu inneren Umschwingungen das peinigende Gefühl einer nie ausgeglichenen Spannung los wird, so verliert es auch den inneren Bruch. Es entsteht die bruchlose Selbstsicherheit des absolut unproblematischen Menschen. Diese innere Ungebrochenheit hat die überlegenen Leistungen des Engländer- und Angelsachsentums möglich gemacht. In erster Linie ihre überlegenen Leistungen in allem Handeln, das dem Geschäft, der Politik und allenthalben dem handgreiflichen Dasein zuwandte ist. Und sie hat es bewirkt, daß dem angelsächsischen Menschen trotz dieser ernsthaften Tüchtigkeit und trotz der Bindungen seiner Daseinsauffassung stets eine frische und kindhafte Naivität erhalten blieb. Er ist naiv, da er sich nicht innerlich belastet fühlt; und weil er naiv ist, darum lebt er sozusagen exzentrisch, dem Außen zugekehrt.

Das dem Außen zugekehrte Leben bleibt immer zugleich Ursache und Wirkung. Es hat jene ausgebildete und in keinem Punkte zweifelhafte Fertigkeit der Lebensformen entwickelt, von der ich vorhin sagte, daß sie die normative Regelung der englisch-angelsächsischen Sittlichkeit in entscheidender Weise hervorrief. Diese Fertigkeit der Lebensformen ist nicht etwa das Produkt einer alten nationalen Kultur in dem Sinne, als sie das Produkt einer jeden alten und reifen Kultur sein könnte oder sein müßte, sondern sie ging hauptsächlich aus folgendem hervor und wird in ihrer feinen Durchführung allein hieraus klar: mit einer ursprünglichen Wendung hatte sich der Lebensglaube des Engländer und Angelsachsen ganz und gar vom Inneren hinweg auf die gestaltende Beherrschung und Unterwerfung des gegebenen Daseins eingestellt, damit er in seiner Art fromm bleiben könne. Es ist die einseitige Ausbildung der technisch-praktischen Handlungskraft, die den Anfang tat, um immer wieder zum Ergebnis zu werden.

Aus ihr kommt aller englische und angelsächsische Machteinfluß auf der Erde. Infolge dieses Machteinflusses z. B. verwechseln die Asiaten des Ostens die einseitige Technik mit dem europäischen Geist: da sie die europäische Kultur durch die englische Vermittlung zuerst und zumeist kennen lernten, so fassen sie eben diese Kultur als eine rein technisch-praktische auf. Sogar auf Europäer übt die

angelsächsische Kultureigenart bekanntermaßen eine unheimliche Anziehungskraft aus. Diese Anziehungskraft ergibt sich aus den vorbildlichen Wirkungen in der Selbstgewißheit des problemlosen Menschen, aus der Selbstgerechtigkeit einer heilig gesprochenen Tätigkeitsenergie, die alles bezwingt. Sie bezwingt durch ihre stets ausgefertigten Formen, mit denen sie das Dasein ohne Mühe gefügig macht; und auf den seelisch stärkeren Kontinentalen wirkt der einzelne Engländer oder Angelsache mit dem suggestiven Reiz einer nie wankenden Zuversicht gesicherten Vollens und Tuns. In langer Züchtung ist diese durchgebildete Technik der Tätigkeitskraft und alles praktischen Handelns wieder selbst bildend und gleichsam zu einem Seelenschatz geworden. Als Wesentlichstes ging daraus hervor: das Organisations- und Verwaltungs-genie und die unwiderstehliche Kolonisationsfähigkeit dieser kolonisierten lebenden Masse oder Volksgruppe, so daß es ihr — den Nordamerikanern nicht minder als den Engländern und überseeischen Briten — ohne Anstrengungen immer gelang, fremde zugewanderte Menschenkräfte in ihre Art einzuschmelzen, ohne an der Eigentümlichkeit ihrer eigenen Kraft sich auch nur das Geringste vergeben zu müssen.

Der Vorgang innerer Umwandlung und Absehwendung vom echt europäischen Wesen wurde gerade durch die Kolonisation ohne Frage begünstigt. Aus den Eigenschaften dieser absehwendenden, nach außen strebenden Charakterrichtung hat sich zwar die Kolonisation erst in ihrer Breite entwickelt; aber wechselweise mußte sie selbst wieder auf eben diese Charakterrichtung einen treibenden und beschleunigenden Einfluß ausüben. Denn der kolonisierte Mensch, der sich anfänglich als einzelner in eine ganz fremde und neue Umgebung hinausgestellt sah, war darauf angewiesen, sein Gemüt von der Innenwelt abzuwenden und es auf die äußeren Dinge zu richten. Diese nahmen es gewissermaßen vollständig in Anspruch. Er durfte sich nicht mit seelischen Problemen beschäftigen, sonst wurde er mit seiner Aufgabe nicht fertig. Und er brauchte schnell haltbare Lebensformen, um seinem jungen Gemeinschaftsdasein, das keine Landes-traditionen vorfand, eine Sicherheit geben zu können. So ist zu erklären, daß der neue angelsächsische Typ bei den Nordamerikanern und Überseebriten meist früher und reiner als bei den Nationalengländern sich herausbilden mußte. Etliche englische Charakterzüge treten dort in karikaturenhafter Übersteigerung auf. Bei den Nordamerikanern ist der Kultus des äußeren Erfolges zu einer Höchstschätzung des nackten Geldgewinnes geworden und zu einer wilden Refordbrecherei um ihrer selbst willen und auf allen Gebieten.

Es gibt ein feinsinniges Buch über den „amerikanischen Frauentum“ von Franz Boecking (Sena, Eugen Diederichs, 1913), das in der besonderen Fassung seines Themas über manche inneren Zusammenhänge des angelsächsischen Kulturtyps sehr gute Aufschlüsse liefert. Daß man dieselben Züge in gradweiser Absehwachung ebenso bei den Engländern antrifft, wird des öfteren hervorgehoben. Die Frau war für den Kolonisationsmenschen in den Anfängen seines Lebens ein seltenes und darum besonderes hoch gewertetes Wesen. Sie wurde ihm zur Trägerin aller höherwertigen und so auch aller geistigen und innerlich feineren Dinge, an denen es ihm selber gebrach. Eine vorteilhafte Folge davon ist die Zurückhaltung der Angelsachsen gegenüber den sexuellen Problemen, der ihre Scheu vor der Problemhaftigkeit überhaupt freilich entgegenkommt. Aber eine weniger vorteilhafte Folge war diese. Der amüslich werdende Mann übergab die Pflege der Innenschätze, da sich die vorhandene allgemein-menschliche Anlage hierfür nicht direkt ausrotten ließ, der Obhut der Frau. Hierdurch wurde das seelische, das geistig-künstlerische Schöpfungsgebiet, welches sowieso bloß in einer verkümmerten Art weiterlebte, erst recht entmännlicht und feminisiert. Besonders der angelsächsische Kunstgeschmack wurde sentimental, und diese Sentimentalität übertrug sich auf die Auffassung und Behandlung aller Lebensbefundungen, die in irgendeiner Weise seelisch wertvoll sein können.

Unter den Engländern selber war der Umwandlungsprozeß im achtzehnten Jahrhundert am stärksten bemerkbar; damals hatte sich die innere Achse gedreht.

Der allgemein-angelsächsische Typus im Engländerturn überwog während des neunzehnten Jahrhunderts bereits sehr stark den alteuropäischen, und spätestens im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts trat die letzte Loslösung ein. In dieser Hinsicht sind die Programmschriften für neubritischen Imperialismus von Seele und Milde noch nicht in demselben Maße wie der Umstand entscheidend, daß das Engländerturn keinesfalls mehr imstande war, an den Seelenereignissen teilzunehmen, die gerade im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts als gemeinsame europäische Angelegenheiten auf dem Kontinent vor sich gingen. Es hatte weder Anteil an der geistigen „Revolution“ in der modernen Dichtung Europas, noch am Sozialismus, soweit dieser nicht nur wirtschaftliche „Arbeiterbewegung“ sein wollte, sondern Weltanschauungs-erlebnis und die Geburt einer Klasse als neuer selbständiger Kraft in der Gesellschaftsentwicklung. Erst nachträglich und ganz neuerdings gelangte dieser tiefere Sozialismus als vereinzelter Einfuhrartikel nach den britischen Inseln.

Schon in früheren Jahrzehnten war es die Regel, daß man auf dem Bücherbrett eines englischen Hauses aus dem besseren Mittelstande neben der Bibel und dem kastrierten Familien-Shakespeare fast nie ein Werk von Byron antraf, wohl aber immer den süßlichen Wordsworth. Vielleicht sind Lord Byron, Carlyle und auch Ruskin die letzten richtigen europäischen Altengländer gewesen. Darum Byrons Fremdheit und Haß gegen die eigene Nation, darum Carlyles dem Kontinent zugewendete Sehnsucht und Ruskins Verbitterung gegenüber der Kulturmodernität, die ihn umgab. Die Männer hingegen, die jetzt in England und im britischen Reich eine führende oder symptomatische Stellung inne haben, verkörpern durchaus das uneuropäische Gesamtangelsachsentum. Wie das Gesamtangelsachsentum mehr zu einer allgemeinen Kultur- und Lebensstendenz geworden, als immer noch im Blute bedingt ist, so erscheint es charakteristisch genug, daß eben diese Männer, die Lloyd George, Lord Curzon und Carson, Lord Milner, Smuts, der langjährige australische Ministerpräsident Hughes und die neuen Lords Northcliffe und Reading ihrer Herkunft oder persönlichen Entwicklung nach keine bodenständigen Altenglandgestalten aus den alten Grafschaften, sondern „Briten“ im Sinne des Empire sind. In der europäischen Diktatur, die Lloyd George gern ausüben möchte und zum Teil auch tatsächlich ausübt, drückt sich die ganze Gefahr des Angelsachsentums aus.

Mit der Selbstbildung dieses Angelsachsentums hat sich die weiße Rasse gespalten. Sie hat sich gespalten in eine alteuropäische und eine uneuropäische Menschheitsgruppe, und die Engländer leben in dieser und gehören jener nicht an. Worauf es nun für uns zuletzt ankommen würde, das ist nicht allein eine Abstellung des englischen Einflusses auf unser europäisches Festland, sondern worauf es eigentlich ankommt, ist dies: das kontinentale Europaertum (ein anderes gibt es nicht) muß endlich zur Selbstbefinnung gelangen und, um zur Selbstbefinnung kommen zu können, muß es dieser Spaltung der weißen Rasse bewußt werden und sie auch von sich aus mit Bewußtsein und Absicht vollziehen.



Die nationale Abgrenzung in Böhmen

Von Professor Dr. Robert Sieger



ie Sprachenkarte von Böhmen zeigt uns ein ganz anderes Bild, als die von Mähren oder von Südböheim. Während in Mähren die beiden Völker in einer wahrhaften Mischung durcheinander wohnen, die eine territoriale Abgrenzung unmöglich macht und daher dem Gedanken einer nationalen Autonomie auf Grund des „Personalitätsprinzips“ Vorschub leistet, während im sogenannten slowenischen Gebiet der Untersteiermark der Großteil der Städte und Märkte, oft mit angrenzenden Randgemeinden zusammen, deutsche Sprachinseln bildet und die übrigen fast durchaus deutsche Minderheiten von Belang umschließen, ist in Böhmen die nationale Abgrenzung verhältnismäßig scharf. Die Aufloderung und Mischung an der Sprachgrenze erstreckt sich auf eine schmale Zone und vielfach grenzen die geschlossenen deutschen und tschechischen Wohngebiete selbst ohne solchen Übergang aneinander. Die deutschen Sprachinseln außerhalb des Sprachgrenzgebietes sind wenig zahlreich und die deutschen Minderheiten in tschechischen Städten immer mehr zusammengeschrumpft, ja an vielen Stellen (namentlich dort, wo sie fast oder ganz ausschließlich von Juden gebildet wurden) völlig verschwunden. Tschechische Sprachinseln und Minderheiten im geschlossenen deutschen Sprachgebiet knüpfen sich vorwiegend an Bergbau und Industrie und ihre Bevölkerung ist zum geringen Teile bodenständig. Ihr früheres starkes Anwachsen hat sich in den letzten Zeiten verlangsamt, ja an manchen Orten aufgehört, da die abnehmende natürliche Vermehrung und der wachsende Wohlstand in den tschechischen Zentrallandschaften Böhmens die Auswanderung aus ihnen vermindert haben. Alle diese Umstände, insbesondere die stabile Lage der Sprachgrenze in den letzten Jahrzehnten, haben den Gedanken an eine räumliche Abgrenzung und nationale Zweiteilung der Verwaltung erwachsen lassen, den ursprünglich die Tschechen (Palacky 1849) vertraten. Später, als sie ihn unter dem Schlagworte der historischen und geographischen Einheit Böhmens durchaus ablehnten, nahmen ihn die durch den Abfall ihrer Mitläufer scheinbar ziffermäßig stark geschwächten Deutschen auf. Da eine Abgrenzung wenigstens grundsätzlich den beiderseitigen Verzicht auf Sprachinseln, Minderheiten und andere nationale Vorposten in sich schließt, vertraten diesen Standpunkt insbesondere die von der Sprachgrenze entfernteren wohnenden Deutschen des geschlossenen Gebietes. Man nennt ihn meist den „Reichenberger Standpunkt“. Ihm steht der Prager gegenüber, den sich die Vertreter aller Vorposten und Minderheiten zu eigen gemacht haben und der auch für den deutschen Volksrat in Böhmen der natürliche ist. Man will die Sprachinseln behaupten und wenn der Minderheitenschutz nicht zugleich mit der Abgrenzung erreichbar ist, verzichtet man lieber auf diese. Der Minderheitenschutz kann durch einen Ausgleich, der auch den tschechischen Minderheiten zugute kommt, oder durch nationale Autonomie im Sinne des Personalprinzips, die für das ganze Land die Angehörigen jeder Sprache zu einem autonomen Körper zusammenschließt, oder durch besondere staatliche Fürsorge erreicht werden. Da eine solche als Begünstigung der Deutschen nur von einem Staat zu erwarten wäre, der die deutsche Sprache zu seiner eigenen macht und sie als solche bevorzugt, aber auch das Deutschtum an sich als führendes Volk anerkennt und schützt, so kann heute von ihr nicht gesprochen werden. Manche Gegner der territorialen Abgrenzung treten daher, wie insbesondere Abgeordneter Lodgman, für die personale nationale Autonomie in Böhmen ein, andere erwarten von der Zukunft einen Ausgleich, wenn erst die Tschechen die Undurchführbarkeit des von ihnen heute verlangten tschechoslawischen Staates erkannt haben und auf die Tschechisierung Deutschböhmens endgültig verzichten. Ihren gegenwärtigen Absichten ist man mit dem Ruf nach einem selbständigen deutschböhmischem Kronland gegenübergetreten, den insbesondere die „Reichenberger“ und die Abgeordneten der deutsch-radikalen Partei erheben. Da keine Aussicht besteht, mit solcher Zwei-

teilung den Minderheitenschutz zu verbinden, was an sich keineswegs unmöglich ist, hat dieser Ruf nicht überall bei den Deutschen Böhmens freudigen Widerhall gefunden und die zersplitterte Lage der deutschen Randgebiete Böhmens, die das tschechische Böhmen nicht einmal in geschlossenem Zusammenhang umgeben und keine naturgegebene Hauptstadt haben, läßt die Verwirklichung einer Provinz Deutschböhmen als einen geographisch bedenklichen, schwierigen Schritt erscheinen. Prag bleibt durch seine Lage in vielem auch das Zentrum für die Deutschen Böhmens, und selbst wenn die dortige deutsche Minderheit nicht dauernd zu halten wäre, wäre es schwer durch eine andere Zentralstelle für deutsche Versammlungen, Institute usw. zu ersetzen. Die Ansichten darüber, ob es wirklich ein verlorener Posten ist, gehen übrigens sehr auseinander und wer die Schicksalswende des Baltikums erlebt hat, wird sich hüten, allzu schnell deutschen Boden aufzugeben. Daß nicht alle Sprachinseln und Randgebiete zu behaupten sind, muß zugegeben werden; aber gerade der deutsche Besitzstand in Prag ist von höherer Bedeutung für die Deutschen als manches reindeutsche Dorf, nicht etwa nur von materiellen Gesichtspunkten aus. Eher läßt sich für Deutschnordböhmen allein ein geeigneter Hauptort finden, obwohl auch hier mehrere Bewerber in Frage kommen. Es ist daher die Ansicht vielfach aufgetaucht, die Provinz Deutschböhmen solle sich auf dieses beschränken, die deutschen geschlossenen Gebiete Südwestböhmens und die deutschen großen Sprachinseln in Südostböhmen aber den Nachbarfronländern angegliedert werden. Auch das ergäbe noch recht seltsame Kartenbilder, insbesondere der Vorsprung Oberösterreichs bis an den Paß von Taus und Gürth im Walde (Bahn Regensburg—Pilsen) erregt Bedenken. So bedeuten die besprochenen Maximalforderungen wohl nur eine ultima ratio für den Fall, als die Tschechen wirklich eine Sonderstellung der von ihnen beherrschten Gebiete durchsetzen sollten. Einem Tschechenstaat können wir die Millionen aneinander und an andere deutsche Stämme grenzenden böhmischen Deutschen nie preisgeben. Er darf sie nicht verschlingen und sie müßten dann vorläufig in der ange deuteten Form abgegliedert werden, wenn auch diese nicht voll befriedigt.

Sobald wir aber hoffen dürfen, daß Österreich der tschechischen Staatsidee Herr wird und der Einheitsstaat wieder ersteht, kann von Abgrenzung nur in jenem beschränkteren Sinn die Rede sein, wie sie bisher verlangt worden war. Ihr gegenüber kommen die erwähnten geographischen Bedenken weniger in Frage. Es handelt sich um die Zusammenfassung „nationaler“ Verwaltungskörper, also die Schaffung einsprachiger kleinerer Einheiten und ihre Vereinigung zu eben solchen höherer Ordnung; es handelt sich darum, die Verwaltung der deutschen Gebiete (ebenso auf der anderen Seite die der tschechischen) einer von der anderen Nation möglichst unbeirrten Zentralstelle zu unterstellen, also um eine nationale Zerteilung der Verwaltung, soweit sie gebietsweise durchgeführt werden kann, und es handelt sich um Minderheitenschutz dadurch, daß eine solche Zerteilung durch Kurien und Sektionen für Bereiche, die sich räumlich schwer oder gar nicht sondern lassen, geschaffen wird. Wie der Landes Schulrat und der Landeskulturrat in nationale Sektionen zerfallen, kann das auch für andere Zweige der Verwaltung geschehen, womit die nahezu ausschließliche Verwendung tschechischer Beamter in der autonomen Verwaltung aufhören müßte; im Landtag könnten nationale Kurien mit Vetorecht geschaffen werden oder auch für bestimmte Sphären eigene Vertretungen der deutschen und der tschechischen Bevölkerung. Aber solche Fragen ist bei den immer wieder gescheiterten Ausgleichsverhandlungen viel beraten worden und die Tschechen, die immer wieder durch ihre Unerfälllichkeit den Abbruch herbeiführten, dürfen sich nicht wundern, wenn die Deutschen ihre Sicherung in immer stärkeren Absonderungen suchen. Seit Jahren erheben diese die Forderung nach national gesonderten Streifen, also Verwaltungs- und Selbstverwaltungseinheiten (mit Kreisvertretungen), die sich zwischen die politischen Bezirke (Bezirkshauptmannschaften) und die Landesverwaltung einschieben und die von den Befugnissen der Statthalterei, also der staatlichen Verwaltung Böhmens, aber auch von jenen des Landesausschusses, also der autonomen, dem Landtage verantwortlichen Ver-

waltung, einen erheblichen Teil übernehmen sollen. Diese Art nationaler Abgrenzung ließe sich sogar mit dem Sprachinselschutz verbinden, indem größere oder volkreichere Inseln einem gleichsprachigen Bezirk und Kreis als Exklaven zugeteilt würden; Unbequemlichkeiten des Verkehrs- und Geschäftslebens würden das allerdings in der Praxis sehr erschweren, manchenorts verhindern. Minderheitenschutz im strengen Wortsinne kann dagegen von der Abgrenzung überhaupt nicht geschaffen werden; er müßte selbständig neben ihr festgelegt werden. Für die Abgrenzung selbst ist aber die entscheidende Frage die der administrativen Einheiten, auf denen sie aufgebaut wird. Sie kann um so vollkommener sein, je kleiner diese sind; denn die höheren werden von der Sprachgrenze des öfteren geschnitten. Diese Frage ist die entscheidende zur Beurteilung der Verordnung vom 19. Mai 1918, welche die Kreiseinteilung vorbereitet und die von der Regierung als ein großer Schritt zur Verwirklichung der deutschen Forderungen bezeichnet wird. Die Unzufriedenheit der Deutschen mit der in ihr versuchten Abgrenzung wächst, je allgemeiner sie bekannt wird. Man veröffentlicht Listen von preisgegebenen Minderheiten, Orten und Gemeinden; man spricht davon, daß einzelne noch gerettet wurden und erörtert Schuld und Verdienst. Aber nicht die einzelnen Willkürlichkeiten und Mißgriffe, die auch vorkamen, sind die richtige Grundlage zur Beurteilung der Verordnung, die von den Tschechen so stürmisch angegriffen und von ihnen im höchsten Grade als so arger Schaden empfunden wird, sondern die grundsätzliche Unvollständigkeit.

Die kleinste Verwaltungseinheit, die Ortschaft, entspricht nicht der Siedlung, sondern kann eine oder mehrere Siedlungen umfassen. Sie hat geringe Selbständigkeit. Eine oder mehrere Ortschaften bilden eine Steuer- (Katastral-) Gemeinde, eine oder mehrere solche eine politische oder Ortsgemeinde, die sich autonom verwaltet. Es kann also eine zu vierfünftel oder noch mehr tschechische und somit als rein tschechisch behandelte Ortsgemeinde sich gleichwohl aus deutschen und tschechischen Ortschaften zusammensetzen, ja sie kann von der Sprachgrenze so geschnitten werden, daß diese nicht Sprachinseln, sondern Teile der geschlossenen Volksgebiete darstellen. Eine größere Anzahl Ortsgemeinden bilden einen Gerichtsbezirk. Dieser ist in Böhmen zugleich Straßenbezirk usw. und Gebiet der Bezirksvertretung, die gleich der Ortsgemeinde Umlagen vorschreiben kann. Ein oder mehrere Gerichtsbezirke bilden dann den politischen Bezirk oder die Bezirkshauptmannschaft. Die neue Verordnung faßt dann mehrere Bezirkshauptmannschaften zu Kreisen oder Kreisshauptmannschaften zusammen. Da nun die Beziehungen des einzelnen zu den Einheiten niedriger Ordnung, deren Sitz ihm auch am nächsten liegt, die lebhaftesten sind, wird nationaler Druck auch in diesen am lebhaftesten empfunden. Die Zugehörigkeit zu einer fremdnationalen Ortsgemeinde oder einem solchen Gerichtsbezirk ist aber auch deshalb fühlbarer, als die zu einer Bezirkshauptmannschaft mit wesentlich anderssprachigem Gebiet, weil in jenen die autonome Verwaltung zur Geltung kommt, also die nationalen Gegner über den einzelnen, über die Minderheit oder den eine Minderheit bildenden Ort, mitentscheiden, ihn besteuern und bedrängen können. Die politische Bezirksbehörde dagegen ist eine rein staatliche, grundsätzlich also national unbefangene, und hat kein Umlagenrecht. Auch die Verwaltungssprache in der Gemeindefanzlei, bei Gericht und im Bezirksausschuß ist von unmittelbarer Bedeutung als die bei der seltener benötigten Bezirkshauptmannschaft. Eine nationale Abgrenzung, die durchgreift und das Volk befriedigt, muß also vor allem die gemischten Ortsgemeinden und Gerichtsbezirke zerlegen. Die Ortschaften in sprachfremdem Verband müssen herausgenommen, entweder zu selbständigen Gemeinden gemacht oder an gleichsprachige benachbarte Ortsgemeinden angeschlossen werden. Die dadurch einsprachigen Ortsgemeinden aber müssen zu einsprachigen Gerichtsbezirken zusammengefaßt werden. Dann erst wären durch Umgruppierung der Gerichtsbezirke auch die etwa noch bestehenden gemischten Bezirkshauptmannschaften einsprachig zu machen.

Die Verordnung hat nun aus formaljuristischen Gründen gerade das, was

vor allem gewünscht wurde und was die natürliche Grundlage der Verwaltungseinteilung schaffen würde, unterlassen. Da sie sich als Durchführungsverordnung zu einem fünfzig Jahre alten, aber nicht verwirklichten Gesetz über Kreiseinteilung in Österreich gibt, die Teilung oder Zusammenlegung von Ortsgemeinden und die Änderung der Gerichtsbezirksprengele aber ein Landesgesetz erfordert, hat sie lediglich die Bezirkshauptmannschaften neu abgegrenzt, indem sie ihnen ganze Gerichtsbezirke und Ortsgemeinden zuteilte, die Ortsschaften und Gerichtsbezirke aber unberührt ließ. Es werden neue Bezirkshauptmannschaften errichtet und die nunmehr grundsätzlich aus Ortsgemeinden mit derselben Mehrheitsprache zusammengesetzten, also viele anderssprachige Ortsschaften als Minderheiten umschließenden, Hauptmannschaften zu „nationalen“ Kreisen zusammengefaßt. Die nationale Abgrenzung ist also grundsätzlich nicht bis ins einzelne, sondern nur generell durchgeführt und gerade die umstrittensten, von den Schutzvereinen am eifrigsten unterstützten Orte sollen durch sie endgültig preisgegeben werden. Dazu kommt, daß auch Ortsgemeinden, die nunmehr einem gleichsprachigen politischen Bezirk zugewiesen sind, dennoch bei dem anderssprachigen Gerichtsbezirk bleiben und endlich, daß das bisherige System der Überordnung der Bezirkshauptmannschaften über die Gerichtsbezirke aufgehoben wurde. In ganz Österreich sind die Gerichtsbezirke Teile der politischen. In Böhmen aber soll nunmehr so mancher Ort in der Gerichts-, aber auch Bezirksvertretungs-, Straßenbezirkseinteilung usw. anderswohin gehören, als in derjenigen der staatlichen Verwaltung. Der Sitz seiner autonomen Bezirksbehörde untersteht nicht derselben politischen Behörde, wie er selbst. Das ist an sich ein Anlaß zu Unklarheiten und Reibungen, die durch die allmähliche Durchführung der Umgestaltungen eher vermehrt als vermindert werden. Es wird aber unerträglich für viele Gemeinden durch die Lage der neuen Bezirksorte und ihre große Entfernung auch von den Gerichtsorten. Völlends die Kreisorte sind zu wenig zahlreich und zu randlich gelegen. Zu der ungenügenden nationalen Abgrenzung treten also fühlbare Erschwerungen des praktischen Lebens, des amtlichen und geschäftlichen Verkehrs hinzu. Es werden im Süden geradezu thüringische Zustände geschaffen.

Ohne Karte läßt sich das schwer im einzelnen belegen. Es sei daher nur kurz erwähnt, daß die sieben tschechischen Kreise, entsprechend der Verteilung des XIX. Jahrhunderts, geschlossen sind und mit ihrer gedungenen Gestalt natürlichen Teilen Zentralböhmens ganz gut entsprechen. Auch der Kreis „Budweis, Abteilung II“, der durch Abtrennung reintschechischer Gebiete von der Budweiser Bezirkshauptmannschaft zu einem gemischten wurde (umschließt er doch die Budweiser deutsche Sprachinsel), ist im ganzen zweckmäßig begrenzt. Deutschnordböhmen zerfällt in drei aneinandergrenzende Kreise, deren Hauptorte Eger, Leitmeritz und Reichenberg stark randlich (und Leitmeritz noch dazu sehr nahe der Sprachgrenze) liegen. Deutschsüdwestböhmen bildet den Kreis „Budweis, Abteilung I“, dessen Mittelpunkt außerhalb seines Gebietes, aber im Schnittpunkte der von seinen Enden ausgehenden Radialen und Verkehrslinien liegt; die Lage von Budweis ist ja für Südböhmen der von Prag oder Pilsen für Mittel- und Westböhmen verwandt, ein natürlicher Knotenpunkt. Dieser Kreis umfaßt drei getrennte Teile: das geschlossene Volksgebiet im Böhmerwald bis an die Gmünder Pforte, die aus Niederösterreich übergreifende Sprachhalbinsel von Neubistritz und den böhmischen Anteil der aus Mähren übergreifenden Zglauer Sprachinsel. Die beiden letzten sind zu einer Bezirkshauptmannschaft Neubistritz verbunden worden. Deutschostböhmen, der Trautenaus Kreis, hat gar vier Gebietsteile, von denen allerdings die beiden mittleren, die Bezirkshauptmannschaft Grulich bildenden, nur durch eine Gemeinde getrennt werden. Der südlichste Teil dieses Kreises ist der böhmische Anteil der Schönbühlscher Sprachinsel, deren Zentrum Zwittau in Mähren ist. Sein Bezirksort Landskron liegt ganz am Nordende; zu dem alten tschechischen Bezirksort, der heute noch Gerichtsort bleiben soll, aber haben die Bewohner des Südens (nach Policka) und der Mitte (nach Leitomischl) nicht weit. Nach dem neuen Kreisort haben sie zwar in der Luftlinie, aber nicht mit der

Eisenbahn, etwas näher als nach Prag. Noch schönere Bilder ergeben sich im Budweiser Kreis. Der Leser schlage einmal die Karte nach und verfolge die Wege eines Bauern aus der Nähe von Deutschbrod, der nunmehr seinen Bezirkshauptmann in Neubistritz, den Kreishauptmann in Budweis, die der Statthalterei vorbehaltenen Ämter in Prag aufsuchen soll, während sein Bezirksgericht in Deutschbrod bleibt, wo er früher auch den Bezirkshauptmann traf; auch das Kreisgericht (die Kreisgerichtsprängel und die neuen Kreishauptmannschaften decken sich nicht) bleibt in Kuttenberg. Eine Vereinfachung ist nur bei Prag beabsichtigt, wo der Siedlungskomplex der Stadt Prag und ihrer Nachbargemeinden (die politische Vereinigung von Groß-Prag ist noch nicht durchgeführt) aus dem Verband der Kreise ausgeschieden und dem Statthalter unmittelbar unterstellt werden soll. Vielleicht wurde dabei an eine besondere Sprachenordnung für die Landeshauptstadt gedacht.

Das Vorgeführte genügt, um zu zeigen, welche Bewandnis es mit dem vielgepriesenen „ersten Schritt zur Erfüllung der Wünsche Deutschböhmens“ hat. Die Verordnung, die nach und nach durchgeführt werden soll, am 1. Januar 1919 für Prag und Kreis Prag Umgebung (Königliche Weinberge) und für Kreis Leitmeritz, kann nur dann irgendwie lebensfähige Bildungen vorbereiten, wenn sie wesentlich ergänzt wird: 1) durch die nationale Abgrenzung innerhalb der Ortsgemeinden, 2) durch die nationale Abgrenzung der Gerichtsbezirke, 3) durch die Zusammenfassung national abgegrenzter Gerichtsbezirke zu Bezirkshauptmannschaften, 4) durch die Zerlegung der südlichen und östlichen deutschen Sprachgebiete Böhmens in kleinere Kreise und kleinere politische Bezirke, deren Hauptorte von den Endgebieten ihres Sprengels leichter zu erreichen sind, als die vorgeschlagenen, also wohl auch überhaupt durch Vermehrung und Verkleinerung der Kreise, 5) durch Schaffung einer Kreisvertretung, die zwischen Bezirksvertretung und Landtag steht. Werden diese Voraussetzungen nicht bald nachgetragen, so dürften sich Abgrenzungsfreunde und Abgrenzungsgegner bald in der Abwehr gegen die nicht einmal administrativ durchaus eine Besserung bedeutende Seidler'sche Konstruktion zusammenfinden.



Randglossen zum Tage

An den Herausgeber



angsam aber sicher nähert sich die Greifhand des Staates dem Kleiderschrank. Es ist ganz genau wie beim Zahnarzt: „Machen Sie einmal den Mund auf!“ Zögernd und mißtrauisch gehorcht der Patient. „Noch einmal!“ „Ja aber“ gurgelt der Angstliche. „Ich will ja bloß nachsehen, machen Sie nur auf — so — weiter auf —“ und schon kommt die Hand, die die Zange hält, hinter dem Rücken des Zahnarztes hervor, dem Patienten verdrehen sich die Augen, er will die Hand mit der Zange wegstoßen, will aufspringen, den Mund schließen, — vergebens, der Mund wird von einer unwiderstehlichen Gewalt aufgezwängt, die Zange faßt, trach, und das Aufbrüllen des Patienten begrüßt den herausgerissenen Zahn. Genau so geht es uns mit den nach der Ansicht des Staates überzähligen bedrohlichen Röcken und Hosen. Erst will der Staat sie nur einmal sehen: „Machen Sie einmal den Kleiderschrank auf, es tut gar nicht weh!“ — Wir machen auf und ehe wir es uns versehen, entreißt uns die Zange der Beschlagnahme den gestreiften oder karierten Anzug, auf den wir noch so viele Hoffnungen gesetzt hatten. Ein neuer Anzug kostet viel, viel mehr als ein künstlicher Zahn, und auch ein besserer Herr kann einmal eine Saison lang ohne einen

Baden- oder Schneidezahn gehen, aber nicht ohne einen anständigen Sommer- oder Winteranzug, wenn er nicht dauernden sozialen oder beruflichen Schaden nehmen will. Indessen „schon zuckt nach jedem Raden die Schärfe, die nach meinem zückt“ und in einiger Zeit werden die Herren, die auch in dieser Zeit so reichliche Kleidervorräte besitzen, wie es die Lebensordnung für den Gent vorschreibt, das angenehme Gefühl haben, daß ihre Eleganz sich noch leuchtender von der Schämigkeit derer abhebt, deren Tätigkeit vielleicht wertvoller, aber nicht lohnender ist, als die ihre. Das Goethewort „Dem Phlegma gehört die Welt“ läßt sich mit mehr Recht dahin variieren „Dem Schieber gehört die Welt“. Der Held stirbt und der Händler wird immer reicher. Der Fiskus jagt mit dem Schmetterlingsnetz der neuen Steuern hinter den Millionärs-Schmetterlingen her, die schillernd aus der Verpuppung des Kriegsvucherers gekrochen sind. Der württembergische Finanzminister hat uns vorgerechnet, daß der Gang außerordentlich viel ergiebiger sein könnte, wenn die Netze besser wären. Nein, nichts bewahrt uns vor dem künftigen Anblick der Reize der neuen Reichtumsschicht, nichts rettet uns davor, daß wir neben den Tänzen strebsamer Jungfrauen auf der Bühne auch noch die Tänze sehen müssen, die um die goldenen Kälber aufgeführt werden. Auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Ehe oder der Adoption wird der arme aber ehrliche Aristokrat an den Verdiensten dieser neuen Klasse teilzunehmen suchen und in fortschreitender Demokratisierung wird sich christlicher Adel deutscher Nation mit den Töchtern erfolgreicher Eierfabrikanten und kluger Büchsenfleisch-imitatoren in Salons, die der strahlende Schwiegerpapa im Stile von Louis Seize dem Fünfzehnten hat anfertigen lassen, traut vereinen.

Als Niederschlag der hier geschilderten unbegrenzten Möglichkeiten in Verbindung mit der nach dem Urteil aller Sachverständigen bringend nötigen durchgreifenden Reform unserer Diplomatie präsentiert sich folgendes Inserat aus der „Frankfurter Zeitung“ vom 28. Juli:

Freund unserer Familie!

Attaché in hoher Position mit größter Zukunft, große, elegante Erscheinung, 30 Jahre alt, freidenkend, gesund, allererste Familie, Vater Erzgezellenz, sucht, da keine Gesellschaften stattfinden, auf diesem Wege eine

Lebensgefährtin

aus bester Familie, deren Vermögen es gestattet, die Frau eines zukünftigen Botschafters zu werden.

Gegenseitige Diskretion Ehrensache.
Vermittler streng verboten.

Um ausführliche Anträge ersucht
gefälligst postlagernd Invaliden-
bank Berlin unt. der Chiffre usw.

Millionärstöchter von heute und von morgen, hier ist eure Chancel. Hand in Hand mit diesem Attaché in hoher Position könnt ihr gänzlich vergessen machen, woher Papas Millionen stammen, könnt auf die höchsten Höhen der Gesellschaft

steigen, da, wo Botschafterfrauen huldvollen ausländischen Majestäten oder Präsidenden vorgestellt werden und euer biederer alter Herr hilft auf die einfachste aber sicherste Weise, indem er Scheck ausfüllt, dem freudentenden Diplomaten, seinen Posten angemessen ausfüllen. Heran, Ersatzlohlen-, Suppenwürfel-, Ei in der Eute-Fabrikantentöchter, heran, ihr blonden und dunkeln Sprößlinge der Kriegsgewinnler, ein künftiger Botschafter ist zu vergeben, sofern nur Papa tief genug in den neu gekauften Tresor steigt! Dem Ehrgeiz derer, die nach heutigen Begriffen „Geld haben“ — und das ist etwas ganz anderes, als es vor vier Jahren war! — bieten sich sicherlich noch mehr elegante Erscheinungen, freudentend und mit größter Zukunft und noch viele tüchtige Männer, die vor dem Kriege in den sozialen Niederungen wie Veilchen blühten, während des Krieges das Zuchthaus mit allen eleganten Kleidungsstücken gestreift haben, werden in der Lage sein, zu sagen: „Mein Schwiegerjohn, der Herr Graf!“ — Und die Schwiegermama wird den Freundinnen beim Fife o'clock stolz erzählen: „Wissen Sie, mein Schwiegerjohn ist als Alt — als Alt — als Altrapé nach einer ganz erotischen Gegend versetzt worden.“ Und sie wird sehr stolz sein.

Wenn die Zeitungsnachricht stimmt, daß in Halle eine Vereinigung zur Hebung des deutschen Gemütslebens gegründet worden ist, so können wir dem kommenden Barockstil, — wobei nicht die Häuser, sondern die Menschen barock sein werden — gefaßt entgegensehen. Offenlich beginnt die Vereinigung ihre segensreiche Tätigkeit sofort, damit auch schon in der einigermaßen getrübbten Gegenwart sich ihre Wirkungen bemerkbar machen. Wir können einige Daseinsverschönerung brauchen. Nachdem die Sonne endgültig einen strategischen Rückzug angetreten hat, muß, wer die Freuden der Saison genießen will, die hoffentlich bezugscheinfreie Vereinigung von Badehose und Pelzbesatz vornehmen. Der einzige Trost ist, daß, wenn der Sommer schöner wäre, es den Behörden gelungen wäre, noch mehr Obst und Gemüse wegzuorganisieren, während so zwar der Konsument, aber auch der Preiswucherer weniger zur Verfügung hat. So ergibt sich aus der Ungunst der Zeit eine der wenigen reinen Freuden, die uns heutzutage beschieden sind, die Schadenfreude, daß der Gaunerei wenigstens einige Objekte teilweise entzogen sind. Aber das Publikum könnte den Himmel bei der Bekämpfung der Raubsucht der Händler unterstützen! Pfirsiche und Aprikosen z. B. verderben sehr schnell und man kann auch ohne sie leben. Wenn nun auch die Zahlungsfähigen soviel Selbstbeherrschung aufbrächten, den Preistreibern diese Dinge zum Selbstgenuß zu lassen, folgte wenigstens diesem Wucher die Strafe auf dem Fuße. Wenn nicht jeder Mensch von über zwölf Jahren fortwährend einen Glimmstengel im Schnabel halten müßte, und auch die Wohlhabenden der Allgemeinheit das gewiß nicht allzu schwere Opfer bringen würden, offenbare Raubpreise nicht zu zahlen, stiegen die Preise nicht wie ein Fieberthermometer bei einem Grippeanfall. Freiwillige Konsumeinschränkung — völlige Enthaltsamkeit ist gar nicht nötig! — würde mit einem Schlage der schlimmsten Ausbeutung steuern. Aber solange die herrschend gewordene Torheit der Zeit überhaupt nicht mehr nach billigeren Preisen fragt, sondern mit Schaksgebuld jeden Preis auch für nicht notwendige Dinge wie eine göttliche Fügung hinnimmt und mit förmlicher Leidenschaft auch der offenbarsten Gaunerei die Beute hinwirft, solange wird's schlimmer. Solange es Esel gibt, die für kümmerliche Pfirsiche vier Mark, für eine Zigarre aus ausgekämmten Haaren und Buchenlaub eine Mark und für einen Saft, der sich echtes Bier nennt und wie Sündewaschwasser schmeckt, eine Mark fünfzig pro Liter zahlen, von unzähligen anderen Dingen nicht zu reden, solange wächst, blüht und gedeiht die Ausbeutung eines Publikums, das es einmal nicht besser verdient. Es wäre nicht der Mühe wert, darüber zu reden, wenn nicht die finanzielle und seelische Widerstandskraft derer, die nicht auf der Sonnenseite des Kriegsverdienens wandeln, unter der systematischen Ausplünderung litte und wenn nicht ein Preis den anderen triebe und die Preistreiberei den Geldwert senkte und dieser Kreislauf nicht die wirtschaftliche Blutarmut einer ganzen Volkschicht steigerte. Leuchtend, wie Raseten in dunkler Nacht, heben

sich aus der trüben Masse derer, die die knappe Waare als Räuberpistole handhaben, die Geschäftsleute ab, die zu stolz und zu einsichtig sind, die Konjunktur so auszunützen, daß dem Käufer gleichzeitig der Atem und die gesamte Barschaft ausgeht, sobald er nur das Lokal betritt. Ich nehme vor ihnen, die uns den Glauben an die Menschlichkeit wiedergeben suchen, den — verteuerten — Gut ab! Aber es wird ruhig dabei bleiben, daß der Käufer den Verkäufer drängt, nur ja die Preise keinen Augenblick zur Ruhe kommen zu lassen und sei es für etwas so Überflüssiges, wie Sonnenschirme in diesen Vorwintertagen. Nur damit die ohnedies blamierten Nationalökonomien sehen, daß in der Volkswirtschaft außer dem mechanischen Gesetz von Angebot und Nachfrage noch ein psychologisches mitwirkt, das der unheilbaren menschlichen Torheit, der auch mit den jetzt glücklich zustande gebrachten 8400 Produkten der Kriegsgesellschaft nicht beizukommen ist. „Das sind Ihre Sorgen“, sagte der kleine Moriz, als der Lehrer ihn fragte, wieviel Beine der Mantel habe. „Das sind ihre Sorgen“ wird der Soldat sagen, der dies liest. Liebe Soldaten, wir danken's Euch, daß wir am Ende des vierten Kriegsjahres selbst in Berlin, dem Zentrum des Preiswuchers und der sich wie Läuse vermehrenden Kriegsgesellschaften für alle ekbaren und nicht ekbaren Dinge, keine schlimmeren Sorgen haben, als die, die ich hier periodisch gemütvoll besinge. Dank Euch haben wir nur zu leiden, daß man uns unten mit sanfter Gewalt der Reservehose entkleidet und daß wir in der Geldtasche den immer zubringlicheren Griff des Bucherers fühlen. Wir klagen darüber, wissen aber genau, daß Ihr gesorgt habt und weiter sorgen werdet, daß wir nicht viel mehr zu klagen haben. Wir vergessen die Offensive der Reichsbekleidungsstelle, unsere Sorgen erscheinen winzig, unsere Lasten leicht, und wir sind in diesen erinnerungsschweren Tagen erfüllt von dankbarem Gedenken an die draußen, denen wir's danken, daß wir sicher sind und scherzen können.

Nemo



Auf der Marsraa

Von Bogislav von Selchow



Tief schürft der Krieg. Er gräbt in die Erde, treibt Stollen vor, wühlt Gräben auf, greift tief hinein ins Meer. Menschen wüfeln er durcheinander, niedere zu oberst, hohe zu tieft. Tief schürft der Krieg; auch in unserer Erinnerung. Freunde erschlägt er, und wir denken zurück an Zeiten, schönere, die wir zusammen genossen mit ihnen. Menschen läßt er sterben, jung, ehe sie die ersten Tropfen des Lebens getrunken; und wieder greift unser Erinnern zurück in Zeiten, da auch wir jung waren und aus des Lebensbechers goldenem Kelch erwartungsvoll zum erstenmal die unberührten Lippen negten. Mancher Tag erlebt wieder, manch lange vergessener, manche Stunde, auf die sich Jahre neuen Erlebens getürmt. Der Krieg schlägt sie wieder wach.

So tritt auch wieder vor mich hin in diesem großen Kampf ein anderer Kampf, den ich einst gekämpft vor langer Zeit, vergessen all die Jahre hindurch, und nun wieder lebendig geworden, als wäre es gestern gewesen.

Ich war Seeladett auf einem Segelschiff. Wir kamen nach 2-jähriger Fahrt zurück aus den Tropen Mittelamerikas. Es war März, und wir standen östlich der Azoren. Unvermerkt war der deutsche Winter an die Stelle der südlichen Sonne getreten. Und wir froren.

Den Tag über hatte es etwas geregnet, dann hatte die Kälte das Wasser erstarren lassen, das in allen Segeln und Tauen saß. Und abends war der Sturm

gekommen und riß an dem gefrorenen Tauwerk und schlug und peitschte es und stemmte sich gegen die Segel, die, von der Kälte erstarrt, wie eiserne Bretter standen. Die Bram- und Oberbramsegel waren am Nachmittag geborgen worden, schnell ehe der Sturm sie zerriß, die Bram und Oberbramraaen an Deck genommen und die Bramstenge heruntergefiert und am Untermaß beigebunden.

Ich befehligte die Großmarsraa, an der das Großmarssegel, unser bestes Segel, hing. Am Nachmittag hatten wir es — zwei Maate und vierzehn Matrosen — dicht reefen müssen, und nun stand es wie eine hohe graue Wand und der Sturm rannte dagegen und schob es und mit ihm das Schiff durch den aufgepeitschten Gischt des Meeres immer schneller der Heimat zu. Wir aber standen an Deck des Abends, froh, daß wir unsere Arbeit getan hatten, und müde und frostig kletterten wir um 8 Uhr in unsere Hängematten.

Während die See das kleine Schiff trieb und umherwarf, schliefen wir, nichts merkend von alledem in unseren Hängematten, unseren festen gesunden Seemannsschlaf.

Gegen 11 Uhr abends jagte der Befehl durch das Schiff: „Alle Mann auf, klar zum Manöver!“ Und kaum waren wir aus der Hängematte, da kam schon der zweite: „Marssegel bergen! Marssegel fest! Enter auf!“

Die schnelle Folge der Befehle hieß, es war Gefahr. So ging es denn an Deck, barfuß wie wir waren, nur in Hemd und Unterhose. An Deck schlug uns eine stochschwarze Nacht entgegen. Der Sturm hatte sich zum Orkan gewandelt und fraß jedes Kommandowort längst, ehe es über die Lippen kam. Man tastete sich längs auf den gewohnten Plaz. Ich zählte mit den Händen meine Großmarsraagasten, ein Maat und sieben Mann an Steuerbord, ebensoviele an Backbord. Dann ging es hinauf über die Wanten und Rüttings auf unsere Raas. Der Sturm riß an unseren Händen; die aber griffen fest in das gefrorene Tauwerk, und ihr junges Blut ließ sich nicht irre machen. Denn nun galt es das Leben. Schnell waren wir oben, und auf beiden Seiten trampften sich die Matrosen hinaus auf die Raas. Die Nummern 8 mußten ganz hinaus, auf die äußerste Spitze, auf die Raanod. Bei jedem Überholen des Schiffes schlug ihnen die kalte See ins Gesicht, denn jedesmal tauchte die Raanod weit hinein in das empötte Element.

Unter Marssegel, das heute Nachmittag festgestanden hatte wie eine Mauer, wurde jetzt von Deck aus aufgegaht, damit wir es festmachen konnten. Nun aber kam der Sturm und faßte es und schlug und riß an dem Segel, und vergebens griffen unsere Hände herein, um es zu uns heraufzuholen auf die Raas, über die wir lagen, mit dem Bauche uns festhaltend an dem runden Holze und mit den Füßen in den schwankenden, einen Meter unter der Raas laufenden Tauen stehend.

Wenn wir des Segels nicht Herr wurden, dann zerfetzte es der Sturm, und dann knickte er die Raas und zerbrach uns den Mast; dann war das Schiff verloren.

Endlich hatte die Steuerbordseite einen Teil des wild um sich schlagenden und zu Stahl erstarrten Segels gebändigt. Schon glaubten wir, wir würden es schaffen — da, ein Ruck, ein Riß, und der Riese, gegen den wir kämpften, hatte uns die eiserne Leinwand aus den blutigen Händen gerissen. Jemand griff mich am Arm und zog mich hinaus nach Steuerbord auf die Raas. Bis zum vierten Manne kam ich. Hier hielten sie, die sich selbst kaum halten konnten, die Nummern 4 und 6, den fünften Matrosen. Man sah nichts, man hörte nichts. Aber schnell tastete man sich ein Bild der Lage. Der Sturm hatte das fast gebändigte Segel gefaßt, mit einem gewaltigen Griff aus den erstarrten Händen gerissen und dann hatte er es mit voller Wucht herniebergepeitscht auf die nackten Arme, die sich in das gefrorene Tuch hineingekrampft hatten.

In jeder Korporalschaft gibt es gute und schlechte Menschen. Der fünfte Matrose hatte mir immer den größten Kummer gemacht. Erst kürzlich hatte ich ihn wieder zur Bestrafung melden müssen. Auch die anderen liebten sein mürrisches, finsternes Wesen nicht. Nun hing er da zwischen Himmel und Wasser.

Den linken Arm bis zur Schulter hinauf aufgerissen und blieb und wich doch nicht. Aus den Fesseln unserer Hemden verbanden wir ihm den Arm, so schnell es ging. Denn es mußte schnell gehen.

Das Segel riß und schlug und jeden Augenblick mußten wir fürchten, daß die Aaa knickte. Helfen konnte uns niemand. Mehr als siebzehn gingen nicht herauf auf die Aaa.

Um 11 Uhr waren wir aufgeentert. Um 2 Uhr kam ein Leutnant, den der Erste Offizier heraufgeschickt hatte. Er konnte nichts helfen. Er sah nichts, er konnte nichts fragen, nichts verstehen. Er tastete sich längs. Ablösung? Ablösung war unmöglich! Er enterte wieder nieder.

Morgens um 4 Uhr hatten wir es geschafft. Da war das Segel gebündelt und fest gebunden, eisern fest an seine Aaa, so fest, daß wir später lange brauchten, es wieder zu lösen.

Dann enterten wir wieder. Man hieß uns in das Batteriedeck gehen, da an Oberdeck noch immer der Sturm jedes Wort vom Munde blies.

In der Batterie stand der Erste Offizier. Ein strenger Mann, aber ein guter Seemann und bei ihm der Arzt, der schnell die kleinen Verletzungen verband. Ein großer blecherner Becher wurde siebzehnmal gefüllt, daß das stöckende Blut wieder in Bewegung kam. Dann gab er jedem von uns die Hand und wir waren entlassen.

Wir aber mußten es, als wir wieder in unsere Hängematten gingen, wenn wir es vorher vielleicht auch noch nicht gewußt hatten, daß wir siebzehn zusammengehörten. Dieses Gefühl hat uns den Kampf bestehen lassen und das ist uns geblieben auch in der kommenden Zeit.

Das ist geblieben durch all die Jahre hindurch, und das war noch lebendig, als ich bei der alten zerstörten Mühle zwischen Voeltapelle und Langemard meinen fünften Matrosen wieder traf. Nun war er ein Mann geworden, Schlosser in einer großen Fabrik. Als wir uns wieder erkannten und uns die Hand gaben, da lebte das Erinnern wieder auf an jenen, unseren ersten gemeinsamen Kampf oben auf der Marstaa. Und so standen wir zusammen auf dem Schlachtfelde von Langemard, wo das Jahr zuvor deutsche Jünglinge in Scharen gefallen waren und wo nun auch er ruht, der fünfte Matrose, in ferner flandrischer Erde.

Wir Seeleute haben den Kampf von je gekannt, längst ehe er in seiner jetzigen furchtbaren Gestalt hereinbrach in die Welt. Deshalb wissen wir auch, daß zwei Dinge nötig sind, ihn zu bestehen: Einigkeit und Glauben.

Wenn wir heute nicht zusammenstehen wie damals wir siebzehn, ob draußen vor dem Feind, ob drinnen in der Heimat, wenn nicht jeder an seiner Stelle tut, was die Not der Stunde von ihm fordert, ob er nun Nummer 5 ist, oder Maat oder der Marstaaadelt selber, dann zerreißt der Sturm das Segel, dann knickt der Sturm die Aaa, dann zerbricht der Sturm den Mast, dann vernichtet der Sturm das Schiff und uns alle mit ihm. Dann sind wir verloren!



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Vichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Hauptsprecher des Herausgebers: Amt Vichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülbow 8613.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.



Kritik

Von Georg Kleinow



er gezwungen ist, die Lage der Mittelmächte lediglich nach den kurzen Meldungen der amtlichen Telegramme und den halbamtlichen Kommentaren dazu zu beurteilen, wird kaum imstande sein, sich ein zutreffendes Bild vom wirklichen Stande der Dinge zu machen und hat einen Schein des Rechtes, besorgt den Kopf zu wiegen. Was in den letzten Wochen geschehen, ist obenhin angesehen tatsächlich nicht geeignet zu rosigen Betrachtungen. Militärisch und politisch kann der der Politik fernstehende den Eindruck haben, als befänden wir uns auf einem allgemeinen Rückzuge vor übergewaltigem Druck. An der Piave, wo sich die Elemente mit den Italienern verbündet zu haben schienen, setzte die rückläufige Bewegung ein; es folgt die überraschende Wendung der Dinge an der Marne, die zum Rückzug auf die Vesle führt; im Osten bedroht der inzwischen beigelegte Eisenbahnerausstand in der Ukraina und die mit Attentaten einsetzende Kriegserklärung der Sozialrevolutionäre die friedliche Entwicklung, während in Vitauen die Laryba sich Rechte anmaßt, die sie im Widerspruch zu den Reichsinteressen fest ausnützt; in Finnland zeigen die inzwischen auf den glatten Weg geführten Verfassungsverhandlungen im Parlament, daß es auch dort politische Gruppen gibt, die sich versucht fühlen, ihre Wege ohne Rücksicht auf die Wünsche des deutschen Befreiers zu wandeln; zwischen Somme und Ancre erleiden unsere Truppen durch Überraschung eine ernste Schlappe, und schließlich zieht sich die deutsche Gesandtschaft aus Moskau zurück, während Entente-truppen, Tschecho-Slowaken, Japaner, Amerikaner von Norden und Osten heranzürücken, um die russische Front wiederherzustellen. Das sieht schlimm genug aus, und es ist gewiß kein erfreuliches Bild, das uns der amtliche Apparat malt! Dies Bild erfährt noch eine ungewollte Verdüsterung durch Veröffentlichungen, wie etwa die über die Mission des Obersten Roanda, die die Friedensverhandlungen von Bukarest einleitete, wie überhaupt verschiedene Nachrichten aus Österreich.

Aber der Umstand, daß das unerfreuliche Bild hier so unbekümmert auf engstem Raum ohne Beschönigung zusammengestellt werden darf, möge dem Leser schon als Beweis dafür dienen, daß außer dem veröffentlichten politischen Material noch weiteres vorhanden ist, das im offiziellen Pressedienst nicht zum Ausdruck

kommt, vielleicht nicht zum Ausdruck kommen darf, weil durch die Hervorkehrung der freundlicheren Seite lediglich die rüstig voranschreitenden Gegenwirkungen oder deren Vorbereitungen bloßgelegt und zur Kenntnis des Feindes gebracht würden. Krieg und Politik sind Schachpartien, bei denen die Völker zugleich Figuren und Zuschauer sind: die Züge gehen hin und her und manche Figur muß geopfert werden, um schließlich den gegnerischen König matt zu setzen. Auf dem Schachbrett des Weltkrieges muß das Spiel so geführt werden, daß Figuren undauern möglichst erhalten bleiben, weil die Mattstellung des Gegners nicht allein maßgebend für den Sieg ist. Der siegreichen Regierung muß ein möglichst zahlreiches Volk und eine kräftige Wirtschaft zur Seite bleiben, um den Sieg auch auszunutzen zu können. Unsere scheinbaren Niederlagen, unsere Rückzüge in West und Ost und Süd sind Schachzüge, auch wo sie der Gegner uns abtrotzte, in erster Linie bedingt durch die Rücksicht auf die Verluste. Aber auch sie dienen dem Endsieg und führen uns ihm näher. Das Ende des Krieges könnte natürlich auch in beschleunigterem Tempo herbeigeführt werden durch rücksichtsloseren Einsatz von Menschen, Pferden, Material, Wirtschaftsorganisation, auch Treu und Glauben, — was aber hätte die Nation von einem Siege, der sie kraftlos machte, ausgeplündert, umgeben vom Mißtrauen und von der Nichtachtung ihrer früheren Freunde? Zum Siegen gehört Geduld!

* * *

In einem Höhepunkt des Ringens wie dem jetzigen, in dem alle militärischen und politischen Kräfte auf das äußerste angespannt sind, legt sich auf die Publizisten und Politiker daheim eine besonders schwere Last: die Notwendigkeit, in ihrer Kritik peinlichste Zurückhaltung zu üben, wo diese geeignet sein könnte, die innere Harmonie in der Nation zu beeinträchtigen und Stimmungen zu fördern, die sich mehr oder minder absichtsvoll gegen die im Kampfe stehende Führung richten. Erst wenn wir erkennen, daß die Führung so unzulänglich wird, daß sie eine Gefahr bedeutet, und wenn wir bemerken sollten, daß von zureichender Seite keine Abhilfe geschaffen wird, wären wir berechtigt und verpflichtet, die anderen Rücksichten auf die momentane Lage fallen zu lassen. In den abgelaufenen vier Jahren hat es zu einem solchen Eingreifen der Presse in den Bereich der Obersten Kommandogewalt nicht kommen können, weil im deutschen Heere die Korrekturen stets mit einer Schnelligkeit und Rücksichtslosigkeit durch die vorgesetzten Stellen erfolgen, daß wir in der Heimat meist vom Wechsel in höheren Posten früher hören, als die Ursache bekannt wird. Diese Beobachtung macht uns erst recht eine erhöhte Zurückhaltung zur Pflicht und es ist sicher besser, kritische Artikel unterbleiben in diesen Zeitläuften ganz, als daß sie Beunruhigung ins Volk tragen.

Unter diesem Gesichtspunkte möchte ich heute Einspruch gegen den Schlußsatz des letzten Mittwochartikels in der „Kreuzzeitung“ von Otto Hoegsch erheben. Nach einer sachlichen Darstellung der Verhältnisse in der Ukraine und einer mehr theoretisch als praktisch angefaßten Übersicht über die sich einer Agrarreform daselbst entgegenstellenden Schwierigkeiten, skizziert Hoegsch die politischen Kämpfe in Rußland und bricht schließlich in die erregten Worte aus: „Heute droht uns der Vorteil politisch wieder aus der Hand zu gehen, der im Ausscheiden Rußlands aus der Weltkoalition lag, heute droht die Gefahr, daß tatsächlich die Elemente, die den Sturz der Bolschewiki wollen und auf die Dauer ja auch erreichen werden, unter

der Fahne der Entente gegen Deutschland gesammelt werden. Das ist das politische Hauptproblem dieser Wochen im Osten. Und wenn diese Entwicklung, wenn die Unternehmung der Entente uns, was sehr leicht möglich ist, zu entsprechenden Gegenmaßnahmen zwingt, wissen wir dann genau, was wir politisch wollen, wollen müssen?" Herrn Professor Goeksch dürften gewisse Einzelheiten aus dem östlichen Herrenkessel nicht zugänglich gewesen sein, ehe er seine Betrachtung veröffentlichte. Hätte er gewußt, daß unsere Politik in der Ukraina nur solange der Tendenz der dortigen Nationalisten folgte, Groß- und Kleinrußland auseinanderzuhalten, wie im ukrainischen Volk selbst dafür Stimmung vorhanden zu sein schien, und daß sie sich schon seit Monaten darauf beschränkt, die im Norden einflußreichere Entente ebenso wie den Bolschewismus vom Süden fernzuhalten, so würde er sich kaum so pessimistisch geäußert haben.

Die Revision des Friedens von Brest-Litowsk, deren Notwendigkeit Goeksch andeutet, kann meines Erachtens erst zur Erörterung gestellt werden, wenn sich die Dinge in Rußland soweit konsolidiert haben, daß wir auf eine gewisse Bestimmtheit rechnen dürfen. Heute schon sagen zu wollen, wir müssen den Kadetten oder Sozialrevolutionären oder sonst einer Partei Konzessionen machen, oder gar den ganzen Vertrag von Brest-Litowsk hingeben, um sie uns wohl zu stimmen, hieße denselben Fehler noch einmal begehen, den man in Polen gemacht hat, als unsere Regierung unter dem Druck der Wiener Diplomatie einen Atout nach dem anderen auf den Tisch legte, ohne auch nur selbst zum Stich zu kommen. Warten wir doch ab, was in Rußland geschieht. Auf keinen Fall dürfte eine Situation entstehen, die es der Entente ermöglichte, die Russen zum heiligen Krieg gegen die deutschen Eindringlinge aufzurufen, wie seinerzeit gegen den Korjen. Solches könnte aber sehr leicht eintreten, wenn wir um der schönen Augen der Kadetten willen etwa in Moskau einrücken und den Kampf gegen Bolschewisten und Sozialrevolutionäre zugleich aufnehmen. Die Rückverlegung der deutschen Gesandtschaft von Moskau nach Pskow zeigt, daß unsere Regierungspolitik sich im Osten auf richtigen Bahnen bewegt und daß man in Berlin und im Großen Hauptquartier ganz genau weiß, was man will.

Der Goeksche Pessimismus in Ostfragen, wo die Oberste Heeresleitung ein sehr gewichtiges Wort mitzusprechen hat, bedarf der Zurückweisung um so mehr, als nur zwei Tage vor dem „Kreuzzeitungs“-Artikel ein „Politische Mentalität“ genannter in der „Bolschischen Zeitung“ erschienen war, zu dessen theoretischen Ausführungen die Sätze von Goeksch sehr wohl die Illustration sein könnten. Der Verfasser Dr. Hans Ehrenberg, Professor an der Universität Heidelberg, also nicht der bekannte Herausgeber des von Thünen-Archivs, bemüht sich nachzuweisen, daß den Heerführern durch eine zu starke Berücksichtigung der militärischen Mentalität in unserem nationalen Leben ein ihnen nicht zukommender Platz eingeräumt sei. „Überall . . .“, schreibt Ehrenberg, „treten . . . wirtschaftliche oder militärische Ziele in den Vordergrund und beseitigen die politischen Ziele . . . auch die Methoden, mit denen den militärischen oder wirtschaftlichen Zielen nachgestrebt wird, sind wiederum nicht politisch, sondern nur wirtschaftlich oder militärisch. Solange die polnische Frage militärisch und die belgische wirtschaftlich ‚gelöst‘ wird, solange Mitteleuropa weltwirtschaftlich und die Kolonien nach den Begriffen des Kontinentalkrieges ‚beurteilt‘ werden, solange ist Deutschland ohne Politik.

... es ist nicht denkbar, aus den Teilurteilen des Militärs und des Volkswirtschaftlers zu einer Politik zu kommen. Wirtschaft und Militär spielen bei uns ständig die Rolle der Erfolgsmentalitäten ... Das Politische soll den schlechthinnigen (!) Überwert über das Militärische und das Wirtschaftliche heben ... Die militärische Mentalität repräsentiert allerdings im Augenblick der Rettung das Ganze; ist aber die Gefahr vorüber, so sinkt sie wieder zum Teilgeist herab, und alle militärischen Handlungen und Ansichten, die über den Zeitraum der Gefahr hinausreichen, haben nur Ressortwert und sind daher nicht mehr repräsentativ. Die militärische Mentalität ist, wo sie politisch wird, immer auf Möglichkeiten und ihre Abwehr, nie auf Wirklichkeiten und ihren Aufbau bedacht, ist daher nicht fähig Geschichte zu machen. Auch die Retter sind ... nur zeitweise Vollrepräsentanten des Ganzdeutschums; ist ihr Moment vorbei, so sind sie nicht mehr als Große ihres Tates." Nach Herrn Ehrenbergs Auffassung werden im Streit unserer Kriegsziele, der zwischen militärischen und wirtschaftlichen Zielen wechselt, politische Ziele überhaupt nicht aufgestellt. „Das politische Überseeproblem, die politische Mitteleuropafrage und das politische Ostproblem, alle existieren nur für einige vereinsamte politische Denker; unsre Feinde werden immer nur militärisch und wirtschaftlich, nie aber politisch eingeschätzt. An die politischen Folgen des Krieges denkt fast niemand, denn für die große Mehrzahl ist der Krieg auch nicht aus politischen Zusammenhängen erwachsen.“

Es ist mir völlig unverständlich, wie dieser Artikel, der nur durch die Stelle, an der er erschienen ist, Beachtung verdient, in dieser Zeit veröffentlicht werden konnte. Soll er der Propaganda gegen die Oberste Heeresleitung dienen? Will der Herr Verfasser die Bedeutung des Generalstabs in den Augen der Bevölkerung gegenüber den Politikern herabsetzen? Was versteht der Herr Professor unter militärischer Mentalität? Nach seinen Darlegungen kann er darunter nur das Wesen eines subalternen Kommissoldaten, eines hervorragenden Sachverständigen, der sich anmaßt die Führung der Nation zu übernehmen, meinen. Die Heerführer erscheinen nach seinem Bilde als Scheuklappen tragende Ressortbureaukraten, die außer Zusammenhang mit der Welt ausschließlich der mechanischen Vorbereitung für die negativen Aufgaben des Krieges gelebt haben. „Militärische und wirtschaftliche Mentalität verjagen immer auf den Höhen der Weltgeschichte.“ Weiß der gelehrte Verfasser wirklich nichts von der militärischen Mentalität eines Großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen? Kennt der Verfasser nicht die große, von Offizieren des Generalstabs geschriebene Literatur von Clausewitz bis zu Freytag-Loringhoven, nicht Nordts Weltgeschichte in Umrissen, und Freytags „Psychologie unsrer Gegner“? Die echte militärische Mentalität der Deutschen, die Ehrenberg gar nicht kennt, die Mentalität des Generalstabs, die sich durchaus nicht auf die Abwehr von Möglichkeiten beschränkt, ist wohl die feinste und kultivierteste Verschmelzung soldatischer und staatsbürgerlicher, politischer Tugenden, die es überhaupt auf der Welt gibt. Es gibt keine glänzenderen „Vollrepräsentanten des Ganzdeutschums“ als jene militärischen „Retter“, deren Mentalität nicht fähig sein soll Geschichte zu machen, als das deutsche Offizierkorps. Die militärische Mentalität kann mit der wirtschaftlichen schon aus dem einen Grunde nicht auf eine Stufe gestellt werden, weil die eine auf dem Grundsatz alles für das Gemeinwohl emporgewachsen ist, ohne dabei die Entwicklung von Individualitäten, von Männern,

Führern zu hemmen, während die andre, die wirtschaftliche Mentalität, auf dem Egoismus von Einzelmenschen und Erwerbstreiben beruht. Darum hat auch der Verfasser durchaus recht, wenn er ihr die Fähigkeit Geschichte zu machen abspricht. Daß die militärische Mentalität dagegen nicht nur aufbauen, sondern Geschichte im weitesten Sinne zu machen befähigt ist, beweisen die Völker aller Zeiten, die ihrer militärischen Mentalität wie zuletzt Rußland den Laufpaß gaben und sich von ihrer politischen Mentalität fortreißen ließen: sie brachen zusammen. In der militärischen Mentalität, wie sie verstanden werden muß, verkörpert sich das aristokratische, in der politischen das demokratische Streben. Das ist der langen Rede Ehrenbergs kurzer Sinn. In unserer Zeit der großen militärischen Persönlichkeiten, denen wir nicht nur gewaltige militärische Erfolge, sondern auch weit ausgreifende politische zu danken haben, von der Überlegenheit der politischen Mentalität über die militärische zu sprechen, gemahnt doch sehr an die Tätigkeit des Volkstribunen Flavius im ersten Auftritt von Shakespeares Julius Caesar.

Die Vorgänge an der Front und in der großen Politik sind es denn auch nicht in erster Linie, die auf die Stimmung in der Heimat wirken. Drückender wirkt eine unzeitgemäße Kritik, die selbst nicht imstande ist erhebende Ausblicke zu gewähren. Die geringere Bedeutung einzelner kriegerischer Mißerfolge für die Gesamtlage ist jedem Zeitungsleser durch den Umstand gegeben, daß sie sich fern von der Heimat auf feindlichem Boden in Italien und Frankreich abspielen und somit den Gegner mindestens ebenso schwer treffen, wie uns selbst. Fremder Boden wird zerstampft, fremde Städte werden eingeäschert! Es ist ein Teil des Zermürbungsverfahrens, das Hindenburg nun schon seit zwei Jahren mit gutem Erfolge anwendet. Wirklich enttäuscht sind bei uns nur jene, die in der letzten deutschen Offensive mehr sahen, als einen Weg zum Endkampf, nämlich den Endkampf selbst. Wir anderen haben uns auf Rückschläge vorbereitet, und wir stehen auch heute, wie am 5. April, auf dem Standpunkt, daß die militärische Entscheidung dieses Krieges nicht auf französischem Boden fällt. „Der Krieg wird auf der See entschieden werden.“ („Grenzboten“, Heft 14 S. 3.) Damit wird auch die Bedeutung der beiden Nachschläge, die wir kürzlich hintereinander bekommen haben, in das richtige Licht gerückt. „Der Plan unseres Angriffes am 15. Juli“, sagte Ludendorff ohne Beschönigung, „ist diesmal strategisch nicht geglückt.“ Solche Möglichkeiten sind von allen, die das Wesen des Krieges kennen, stets in Rechnung gestellt worden, wenn auch das unerwünschte Ereignis naturgemäß immer überraschend eintritt. Die ruhige Gelassenheit, mit der die Oberste Heeresleitung noch aus der Not des Rückzuges einen taktischen Erfolg gemacht hat, beweist am besten, wie sehr Hindenburg und sein Stab Herren des blutigen Schachbrettes sind. Als der Franzose zu seinem großen Schlage ausholte, um die gegen und über die Marne vorgestürmten deutschen Divisionen von Nordwesten her abzutreiben, „kam es darauf an, den ihm zugrunde liegenden Plan eines entscheidenden Erfolges zu vereiteln, während unsere eigenen Opfer möglichst gering blieben.“ Auf das Gelände, das in solchen Bewegungsschlachten den Besitzer wechselt, kommt es für uns solange nicht an, wie es feindlicher Boden ist und die Stellung unserer Truppen nicht verschlechtert wird. Es ist schlechtthin Schlachtfeld. Etwas anders liegt die Sache bei dem englischen Angriff zwischen Ancre und Abre. Dort ist es

dem Gegner, anscheinend vom bösen Rebel begünstigt, durch Überraschung gelungen, uns ähnlich wie im April 1917 bei Arras und im November vorigen Jahres bei Cambrai bis zu einem gewissen Grade über den Haufen zu rennen. Sind bei solchen Stößen auch meist die Verluste an Gefangenen und eingebautem Material groß, so bliebe die Schlappe doch nur ein kriegerisches Mißgeschick von örtlichen Ausmaßen, selbst wenn es den Engländern gelungen sein sollte, in mehr als zehn Kilometer Breite in unsere Linien einzudringen. Ich bin überzeugt, und jeder, der einmal im Westen gekämpft hat, wird es bestätigen, daß der Schaden schon repariert sein wird, wenn diese Zeilen sich in den Händen meiner Leser befinden. Zum Siegen gehört Geduld.



Die englische Umflammerung Europas

Von Dr. Wütschke

„Das Kriegsziel Englands ist, planmäßig ganz Europa zu umflammern. . . . Es kann nicht oft und laut genug betont werden, daß England nicht um Elsaß-Lothringen willen, sondern für eigene Interessen um die politische und wirtschaftliche Knechtung Europas kämpft.“

Bayer. Ministerpräsident von Dandl,
31. 7. 18, Kammer d. Abgeordn.



n England und Nordamerika bejubelt man den engen Zusammenschluß der beiden angelsächsischen Mächte mit dem Wunsche, daß aus ihm ein festes Bündnis aller englisch-sprechenden Völker erwachsen möge, zum „Heil der Menschheit, zum Schutz der Freiheit der Welt und der Sicherstellung der Gerechtigkeit unter den Völkern“. Ich habe bereits in diesen Blättern (Nr. 44, 1917) darauf hingewiesen, daß das gegenwärtige britisch-amerikanische Bündnis zunächst zwar die gemeinsame Knechtung und Ausbeutung der Welt durch das Angelsächsentum sich zum Ziel gesetzt hat, daß aber dieser Zusammenschluß notwendigerweise den Keim ernstester Konflikte in sich trägt, weil sich die Machtansprüche beider Staaten in einzelnen Gebieten der Erde gegensätzlich berühren. Vor allem im amerikanischen Mittelmeer steht der jetzt schärfer als je hervortretende Imperialismus der Union dem britischen am schroffsten gegenüber. Der usamerikanische*) wird niemals wieder, so lange die Union eine Großmacht ist, aus diesem Gebiet weichen, daß er immer mehr zum Kerngebiet seiner Weltmachtstellung auszubauen bestrebt ist (in neuester Zeit kennzeichnen nach dem Ankauf Dänisch-Westindiens die Gerüchte vom Kauf Niederländisch-Guayanas und der Inseln die weitere Richtung seines Auswirkens); die Briten dagegen werden ihre vorzügliche Machtstellung, die sie mit Jamaika und der atlantischen Inselsperrlinie vor der amerikanischen Küste von Kanada über die Bermuda, die Bahama und die kleinen Antillen bis Britisch-Guayana besitzenden, niemals aufgeben, wenn sie nicht das starke gleichmäßige Netz ihrer Stützpunkte auf dem Erdball an einer bedeutsamen Stelle zerreißen wollen.

Und doch! So laut heute gerade von der britischen Insel aus die angelsächsische Verbrüderung aller Welt eindringlich verkündet und gepriesen wird: die britische Politik wird sich niemals durch Stimmungen, die im gegenwärtigen Augenblick das britische politische Empfinden allein zu beherrschen scheinen, beirren lassen. Man ist sich an maßgebender Stelle durchaus im klaren, daß die britische Machtstellung weder in Kanada, noch um das Karibische Meer dem usamerikanischen

*) U. S. = United States of Amerika.

Imperialismus auf die Dauer ebenbürtig wird die Spitze bieten können. Seit die Union um die Jahrhundertwende zielbewußt zum Imperialismus einschwenkte, ist auf der Westseite der Erde nicht mehr England die allein gebietende Macht. Man rechnet zweifellos damit, daß eine Zeit kommen könnte, in der die britische Flagge vom amerikanischen Festland und ihrer nahen Inselwelt gänzlich vom Sternenbanner verdrängt werden könnte.

Daher tritt immer klarer als nächstes Ziel der britischen Weltpolitik die Stärkung seiner europäischen Stellung, oder besser: seiner Stellung auf der Ostseite (einschließlich Australien) hervor. Es scheint fast so, als ob die „planetarische“ Politik mehr und mehr zu einer osthemisphärischen sich verengere, in dem Bestreben, durch diese Konzentration der Kräfte die während des Krieges hart bedrohte Weltstellung von neuem zu stärken und zu festigen. Der Indische Ozean und die europäische Atlantis sind die Angelpunkte dieser neuorientierten britischen Weltpolitik. In einer möglichst engen und festen Verknüpfung des „Indiameerreiches“ und des nordatlantischen Machtgebietes beruht die Stärkung der britischen osthemisphärischen Machtstellung.

Das Machtgebiet um den Indischen Ozean mit seinen drei Ecksteinen in Australien, Indien und Südafrika zu stärken und seine gesicherte Verbindung mit dem Herz des Weltreiches, dem britischen Mutterland, dauernd zu gewährleisten, war seit der Politik Disraelis im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts der Kern der britisch-ozeanischen Weltpolitik. Ihre gegenwärtige festländische Richtung ist das neue Moment, das dem gleichen Zwecke dienen soll.

Beides zusammen bedeutet aber nichts anderes als eine britische Umklammerung Europas, als einen Versuch der Ausschaltung des festländischen Europa in der Behandlung weltpolitischer Machtfragen. Geographisch gesprochen geht die Umklammerung von der großbritannischen Inselwelt aus in zwei Richtungen um den Erdteil: die eine, eine vorwiegend ozeanische, umgreift die atlantische und mittelmeeerische Seite und erstreckt über die vorderasiatische und ägyptische Landbrücke gleichzeitig die Verbindung des britisch-europäischen mit dem britisch-indischen Machtzentrum; die andere Klammer ist eine vorwiegend festländische, von der europäischen Eismeerküste der Nordatlantis aus über die breite russische Festlandswurzel und die uralasipische Senke gleichfalls nach dem indischen Machtzentrum.

Weitaus am stärksten wirkt die britische Umklammerung Europas im Nordwesten vermöge der Lage der großbritannischen Inselwelt selbst. Sie legt sich quer vor Europas Haupttor, die Nordsee, über die der gesamte Überseeverkehr Nordeuropas und des weitaus größten Teiles von Mitteleuropa flutet. In keinem Meeressteile der Erde schließen sich die Schifffahrtslinien zu einem so dichten und so festen Bündel zusammen, in keinem ist der Schiffsverkehr so gewaltig entwickelt wie in diesem europäischen Randmeer des Atlantischen Ozeans. Das Bündel der Linien wird zu einem einzigen Strang am Hauptausgang, an der Straße von Dover—Calais. Das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß hier nahezu der gesamte Überseeverkehr Deutschlands, Scandinaviens, Nordrusslands, Hollands, Belgiens und des östlichen England sich hindurchzwängt, soweit er sich nicht zwischen diesen Ländern selbst abwickelt. Fast der gesamte Schiffsverkehr der großen Seehäfen Nordeuropas ist, da der Weg um Schottland unter normalen Verhältnissen ausscheidet, auf den Weg durch die franko-britische Meerenge angewiesen. Eine Beherrschung, möglichst eine alleinige Beherrschung des Nordseetores, kommt einer englischen Beaufsichtigung des gesamten nordeuropäischen Handels gleich, die zugunsten des englischen sehr wohl ausgenutzt werden könnte. Die „Kanalfrage“, d. h. die Frage der freien Durchfahrt durch die Straße und den „Kanal“ ins offene Meer, ist daher eine Lebensfrage nicht nur für Deutschland als dem wichtigsten und ausschlaggebenden Seehandelsstaat des festländischen Europa, sondern aller Staaten Nord- und Mitteleuropas. Ihr entspringt die für alle zukünftige politische und wirtschaftliche Entwicklung der genannten Staaten lebensbedingende weltpolitische Machtfrage, ob England weiter in der Lage sein soll, die Nordseesperre aufrecht zu erhalten oder nicht. Gemäß der geographischen

Lage der Inselwelt als ein vorgeschobener Posten im Nordwesten des Erdteiles ist ein Außenbruch undenkbar; er kann nur von der inneren Linie aus erfolgen, der Angriffspunkt kann nur am „Kanai“ liegen. Hier einzugreifen wäre nach seiner Lage am ehesten Frankreich berufen. Aber seine weltpolitischen Ziele haben es, seit es durch England bereits Ende des achtzehnten Jahrhunderts mit dem Verlust Kanadas aus dem Bereich des nordatlantischen Ozeans stark hinausgedrängt wurde, nach anderen Richtungen gewiesen: es hofft heute und in Zukunft eine weltpolitische Sendung an den Gestaden des Mittelmeeres und in Westafrika zu erfüllen. Aberdies hat es am Atlantischen Ozean seine Westküste, die eine unmittelbare Abhängigkeit von Englands Sperre nicht erleidet. Eine gegen England gerichtete französische Politik würde viel lieber die Aufhebung der Mittelmeersperre bei Gibraltar betreiben müssen, als irgendetwas zu unternehmen, das die englische Machtstellung am „Kanai“ treffen würde. Es sei denn, daß England die günstige Gelegenheit seiner gegenwärtigen Bundesfreundschaft benutzte, sich in Calais auch über das Kriegsende hinaus festzusetzen. Aber selbst dann würde, so schmerzlich Frankreich den Verlust zweifelsohne empfinden müßte, eine stärkere politische Schädigung der Republik in ihrer atlantischen und Kanaltstellung nicht eintreten, als sie ohnehin bereits durch die der Normandie vorgelagerten normannischen Inseln in Verbindung mit dem Flankenposten des Kriegshafens von Plymouth erreicht ist. Die Steigerung der englischen Vormachtstellung Dover—Calais würde nur die mittel- und nordeuropäischen Staaten diesseits jener Sperrlinie treffen.

Die Verankerung der britischen Inselmacht auf dem gegenüberliegenden Festlande bei Calais, dessen Besignahme erstmalig Ende 1916 völlig unverblümt von der „Morning Post“, der „Daily Mail“ u. a. als unerläßliche englische Friedensbedingung gefordert wurde, wäre ein gewaltiger befestigter Brückenkopf, ein willkommenes Ersatz für das verlorene belgische „Sprungbrett“ gegen das Herz Europas. Er wäre bei einem Waffengang mit Frankreich oder mit sonst einer Festlandsmacht nicht nur ein dauernd drohendes britisches Ausfallstor, sondern das Inselreich hätte mit seiner Hilfe eine ungleich wirksamere Sperre errichtet, als es bei den gegenwärtigen Territorialverhältnissen möglich ist.

England, das sich schon heute auf dem Festlande fest verankert wähnt, redt von hier aus seine Doppellammer um Europa.

Die südliche hatte bis zum Kriegsbeginn ihre Stützpunkte in Gibraltar, Malta, Cypern und Ägypten. Die Wirkung dieser Stützpunkte als Mittel einer Deckung des Hauptweges nach Indien durch Mittelmeer und Suezkanal ist bekannt; in Verbindung mit Englands politischem Einfluß in einzelnen Gestadeländern des Mittelmeeres vermochten sie jedes stärkere politische Hervortreten anderer europäischer Staaten als „Mittelmeermacht“ zu behindern. Das gilt insbesondere von Frankreich und Italien.

Der Krieg hat nun aber in diesen mittelmeerischen Machtverhältnissen eine bedeutsame Verschiebung veranlaßt. Das durch den langen und überaus harten Aderlaß entkräftete Frankreich wird in Zukunft nicht imstande sein, seine hervorragende Machtstellung im Westmittelmeer von neuem zu gewinnen, die es trotz der Gibraltar- und Malta-Umklammerung vermöge seiner Beherrschung der Nord- und Südküsten besaß. Italiens Wünsche nach Befriedigung seiner nationalen Eitelkeiten im Alpengebiet und an der dalmatinischen und albanischen Küste sind seit dem Einbruch in die Poebene zunichte geworden. Auch hier wird, wie in der romanischen Nachbarrepublik, infolge der allgemeinen wirtschaftlichen und militärischen Entkräftung eine Wendung nicht wieder zu erwarten sein. Sie wird zwar in beiden Ländern erhofft von der amerikanischen Hilfe. Aber sowohl in Paris wie in Rom hieße es doch Vogelstrauchpolitik treiben, wenn man des Glaubens wäre, daß die amerikanische oder angelsächsische Mithilfe selbstlos geschehe. Die angelsächsische Erwartung, beide Verbündete gerade durch das weitere Hineinhegen in den Krieg noch mehr zu entkräften und sie politisch wie wirtschaftlich noch mehr von britischer Politik und amerikanischem Golde abhängig zu machen, wird die Hoffnungen Englands nach einer festen Südumklammerung Europas in weitem Maße stärken.

Gibraltar ist die älteste Verankerung der Südeuropaklammer auf europäischem Boden. Das bis auf den heutigen Tag von rein spanischer Bevölkerung bewohnte Gebiet ist seit dem Handstreich des Admirals Rooke im Jahre 1704 während des spanischen Erbfolgekrieges unumstrittener Besitz Englands. Alle Versuche, England diesen Felsenhorst wieder zu entreißen, sind vergeblich gewesen; ob dem neuen, vom Ministerpräsident Maura am 11. Juni 1918 in der Sitzung der Cortes verkündeten Anspruch, daß die spanische „Beherrschung der Meerenge für die Nation eine Notwendigkeit sei“, Erfüllung wird, bleibe dahingestellt. Daß England diesen Wünschen wird zu begegnen wissen, beweisen die Alarmanachrichten, die von spanischen Blättern verbreitet, zunächst zwar angezweifelt, dann aber ausdrücklich vom „Journal de Paris“ bestätigt wurden. Danach soll die englische Regierung den britischen Botschafter in Madrid angewiesen haben, persönlich ein Kaufrecht auf die südspanisch-andalusischen Eisenbahnlinien, die die wichtigen Bergwerksgebiete durchziehe, zu erwerben. Die lächerliche, sich widersprechende Beschönigung, es handle sich bei diesem Vorgang lediglich um wirtschaftliche Maßnahmen zur Ausbeute der Erzbergwerke, „die in die Gewalt des Hauses Krupp kommen und damit den englischen Besitz gefährden“ könnten, keineswegs lägen politische oder strategische Gründe vor, bestärkt nur den Verdacht, daß England in Wahrheit auf einen größeren Schutz der Feste durch ein landseitig umschließendes Hinterland hinarbeitet. Es ist nach den neuerlichen Vorgängen zu erwarten, daß die spanische Regierung dieses Geschäft hintertreiben wird, zumal Spanien, wenn es sich zu einem kräftigen Entschluß aufraffen sollte, sehr wohl imstande wäre, die Meerenge zu beherrschen. Freilich sind zunächst die allgemeinen politischen Voraussetzungen noch zu ungünstig, als daß das iberische Königreich bereits auf einen Erfolg rechnen könnte. Das Problem könnte erst dann von Spanien ernstlich angepackt werden, wenn die Bedrängung der britischen Macht so stark geworden ist, daß sie sich eines neuen Gegners nur unter Aufbietung schwerster Opfer erwehren müßte.

Auf Grund der geographischen Tatsachen und der geschichtlichen Entwicklung steht die Beherrschung der Straße allein Spanien zu. Strategisch könnte die Beherrschung vor allem durch die im mittelmeeischen Vorboden der Straße gelegene Insel Alboran in Verbindung mit dem Besitz der 1911 an Spanien gefallenem marokkanischen Mittelmeerküste bewirkt werden.

Zunächst beweist England durch den immer stärkeren Ausbau der Feste, daß es nicht an ihre Aufgabe denkt. Im Gegenteil: die gleichfalls während des Krieges erfolgte Umgarung Portugals und die durch englische Zeitungen gegangene Meldung, wonach Vissabon mit englischem Geld und englischen Geschützen besetzt werden soll, lassen nur zu deutlich den Kurs erkennen, den der Brite am portugiesischen Staatsruder steuert. Eine noch stärkere Verankerung der europäischen Südflammer wäre damit gewonnen, als sie Gibraltar allein bietet.

Malta, der vorzügliche Beobachtungsposten gegen allzu starke Ausdehnungsregungen Italiens im Mittelmeer, darf als nicht minder starker Haltepunkt der Südflammer angesehen werden. Seine politisch-strategische Wirkung gegen Italiens und auch Frankreichs Mittelmeergelüste ist öfter denn einmal in Erscheinung getreten; vor allem von Italien wird das übrigens von rein italienisch-arabischer Bevölkerung bewohnte Inselbollwerk immer empfunden werden als ein höchst unangenehmes Hindernis mitten auf der Verbindungslinie zwischen dem Mutterland und dem nordafrikanischen Besitz, dessen Stärkung und Erweiterung der gegenwärtig ins Ungemeßene schweifende italienische Imperialismus erwartet. England freilich hat es glänzend verstanden, Italien mit Blindheit zu schlagen, indem es die imperialistischen Bestrebungen von den natürlichen Zielen in Malta und Tunis ableitete gegen Albanien und die sogenannte österreichische Irredenta in Istrien und Tirol. Die britische Mittelmeerflammer ist dadurch wesentlich gefestigt. In die gleiche englische Politik der Anebelung Südeuropas passen sich die Wünsche ein, die England auf Sardinien zu verwirklichen erstrebt, wenn es sich dort „zwecks weiterer Unterstützung Italiens“ (1) einen Flottenstützpunkt, verbunden mit weitgehenden Landkonzessionen, einräumen läßt.

Im Südosten des Mittelmeeres dienten England bekanntlich die Beherrschung Ägyptens und der Besitz des nördlich als Pflanzendeckung vorgeschobenen Cypern in erster Linie zur Sicherung des Suezkanals und damit der Verbindung nach Indien, Tatsachen, die man vom englischen Standpunkt aus sehr wohl begreifen konnte. Die während des Krieges erfolgte Besetzung ägäischer Inseln aber steht diesen Zielen britischer Mittelmeerpolitik fern. Wohl hatte ihre Besetzung Sicherungswert gegen einen allzu starken Vorstoß Rußlands in das Mittelmeer, falls ihm die von England selbst zugesicherte und an den Dardanellen erstrebte Besignahme Konstantinopels geglückt wäre. Nach der Zertrümmerung des Zarenreiches entfiel dieser von England unverblümt ausgesprochene Zweck. Heute dienen sie dazu, die Südklammer Englands enger und fester um Europa zu ziehen, als es die strategische Linie Malta—Ägypten—Cypern vordem vermochte. Sie werden jetzt in England als die Sperrbollwerke gegen die nach Südosten drängende Machterweiterung Deutschlands und Österreichs gewertet; ihre Wirkung richtet sich aber natürlich vermöge ihrer Lage ebenso gut gegen ein etwa in Zukunft sich wieder aufrichtendes Rußland und gegen Griechenland, dessen britische Umklammerung bereits völlig durch Saloniki und die Besetzung einiger Ionischer Inseln erreicht ist. Es hat das Schicksal Portugals teilen müssen und wird voraussichtlich als zweite südeuropäische Festlandsverankerung der britischen Klammer dienen sollen.

In wessen Macht steht es, die Südklammer, die England um Europa von der Mündung des Tajo bis zu den Dardanellen gelegt hat, zu sprengen? Das sind weltpolitische Probleme, deren Lösung der Zukunft vorbehalten bleiben müssen; aber sie können restlos sicher erst gelöst werden, wenn ein Gemeinschaftsgefühl alle festländischen Europastaaten wider England zusammenschließt, das sich, je länger der Krieg währt, um so offenkundiger als der wahre Feind Europas zeigt.

Dieses Gemeinschaftsgefühl, das die mittelmeeerischen Staaten binden müßte, um dem englischen Druck entgegenzutreten, müßte sich auch bei den Anliegern der nördlichen Europarandmeere, der Nord- und Ostsee, regen, wenn die natürliche Lagesperre, die England immer ausübt, in Zukunft gemildert werden soll. Nur ein zusammengefaßter einheitlicher Druck von der inneren Linie aus vermöchte hier Wirksamkeit zu erlangen. Da diese Möglichkeit nicht als eine unbedingte Utopie erscheint, mindestens nicht in Bezug auf die germanischen Staaten um die östliche Nordsee und um das baltische Meer und die wirtschaftlich an sie gebundenen Nachbarn, so ist England um so mehr darauf bedacht, einem etwa aus der inneren Linie vordringenden Widerstand durch eine strategisch oder politisch gefestigte Sperre entgegenzutreten. Dahin zielen seine Bestrebungen gegen Island und Norwegen ebenso gut wie gegen Rußland.

Die Isländische Frage tauchte erstmalig während des Krieges Ende 1917 auf, als bekannt wurde, daß in Island eine Selbstständigkeitsbewegung sich von neuem rege. Daß diese Bewegungen im Sinne, wenn nicht unter dem Zwange Englands erfolgten, wurde zwar in Anlehnung an die seit 15 Jahren hervortretenden und schon damals von England gestützten Loslösungsgelüste der Isländer angenommen; offenkundig zutage trat diese Tatsache aber erst, als eine Abordnung der Isländischen Regierung im Mai d. J. in England weilte und in Verhandlungen mit englischen, amerikanischen, französischen und italienischen Vertretern eintrat. Der Veteuerung Reuters, daß die dort getroffenen Vereinbarungen keinerlei politische Bedeutung besäßen, ist der gleiche Wert zuzumessen, wie jener gelegentlich des südspanischen Eisenbahnkaufes. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die von England erzwungene wirtschaftliche Trennung der Insel von Dänemark nur der Anfang einer vollen politischen sein wird. Auf der Grundlage der bereits begonnenen politischen Loslösung laut Vertrag vom Juli d. J., der am 1. Dezember in Kraft treten soll, dürfte die politische Annäherung an England sich schnell vollziehen. Die vertraglich verbürgte dauernde Neutralität Islands wird für England ebenso wenig ein Hindernis politischer Durchdringung sein, wie die völkerrechtlich noch heute bestehende Zugehörigkeit Ägyptens zur Türkei es gewesen ist. Der britische Besitz oder doch mindestens die politische Abhängigkeit Islands

schließt die von Schottland aus nordwärts verlaufende äußere Nordseesperrlinie, die in Spitzbergen nach britischen Wünschen ihren Abschluß erreichen soll. Diese Wünsche, die seit der ersten Spitzbergen-Konferenz 1910 nur zeitweilig, bei uns fast unbeachtet, laut wurden, traten aufs schärfste zutage, als der deutsch-russische Friedensvertrag von Brest-Litowsk auch Spitzbergens Erwähnung tat und eine internationale Regelung der Frage fordernte. Sie erhalten ihre politische Bedeutung, wenn man die in erster Linie wirtschaftlich begründete britische Forderung einer Besignahme mit der Islandfrage in Verbindung bringt.

Mit der vorläufigen Lösung der isländischen Frage durch den jüngsten Vertrag ist nicht nur das Programm der neuen „jungdänischen Vereinigung“ gefährdet, die Dänemark in Zukunft die wirtschaftliche Vermittlerrolle zwischen Europa und Kanada auf dem Wege über die Faröer, Island und Südgrönland zuweisen will, sondern die britische Nordsee-Sperrlinie ist verdoppelt; denn eine zweite, innere Sperrlinie zielt von den Shetlandsinseln auf die norwegische Küste. In jüngster Zeit wird von der englischen Regierung mit allen Kräften der Versuch unternommen, Norwegen zum Verkauf der Lofoten zu bewegen, womit der stärkste Pfeiler der bereits früher erstrebten „nordischen Brücke“ zwischen England und Rußland errichtet wäre, nachdem der Bau der südlicheren gescheitert ist. Diese sollte bereits vor dem Kriege in einer zunächst engen Verkehrsverbindung zwischen England und Rußland bestehen, um die „nordischen Dardanellen“ zu umgehen und damit Deutschland aus einem großen Teil des europäischen Verkehrs von West nach Ost und umgekehrt auszuschalten. Auf der vom schwedischen Reichstag unterstützten Linie London—Göteborg—Stockholm—Petersburg (teilweise durch Dampffähre) mit dem weiteren Ziel Peking hoffte man eine festere Anbahnung zwischen England und Rußland zu erreichen. Schweden wäre dann wohl zweifellos ein Opfer politischer Zerdrückung geworden.

In der gleichen Richtung bewegten sich auch die noch während des Krieges von England ausgehenden Versuche, die Alandsfrage im britisch-russischen Sinne zu lösen und sich auf Osel, Dagö und in Estland und Livland festzusetzen, wodurch die von Deutschland nach Finnland und Nordschweden gerichtete lebensnotwendige wirtschaftliche Straßlinie (Erze, Holz usw.) unterbunden worden wäre. Ist es glücklicherweise gelungen, diese Nord- und Mitteleuropa bedrohende Gefahr der britischen Knebelung abzuwenden, so bleibt die der nördlichen „Versiegelung der Nordsee“ durch die Doppellinie Schottland—Island—Spitzbergen (äußere Sperrlinie) und Schottland—Shetlandsinseln—Lofoten (innere Sperrlinie) aufrechterhalten.

Sollte — was man hoffen darf — die politische Einsicht in Norwegen liegen, so würde die innere Sperrlinie immer noch bestehen bleiben, wenn Rußland nicht die Kraft aufbringt, sich der englischen Besetzung der Murmanküste und Archangelsk zu erwehren. Zwar würde sie des England nahen Festpunktes der norwegischen Küste ermangeln, aber dieser Mangel würde durch den Umfang der nordrussischen Machtsphäre wettgemacht worden sein, die die Küstengebiete des Weißen Meeres einschließlich der Murmanbahn umfaßt, d. h. mindestens eine Fläche, die die Großbritanniens selbst erheblich übertrifft und die, was das wichtigste ist, das einzige, während des ganzen Jahres eisfreie Einfallstor vom nördlichen Meere nach Osteuropa darstellt. Wie weit nun aus den gegenwärtigen völlig zerfahrenen Verhältnissen im inneren Rußland sich politische Gebilde mit klarem Wollen entwickeln, ruht noch gänzlich im Schoße der Zukunft. Aber so viel darf als sicher angenommen werden, daß England die Wirrnisse so auszunutzen versuchen wird, wie ihm die Vervollständigung seiner politischen Ziele wider Europa es vorschreibt. Die unverhohlenen eingestandene Unterstützung der gegenrevolutionären Bewegung und der mit Erfolg gegen die augenblicklich herrschende Räte-Regierung operierenden Tscheko-Slowaken erfolgt zwar unter der Föschung, die angeblich bevorstehende wirtschaftliche und politische Durchdringung Rußlands durch Deutschland zu verhindern, hat aber letzten Endes das weitgespannte Ziel im Auge, einen neuen britischen „Reserveweg“ nach dem Inneren

und Süden Asiens zu eröffnen, der die Umklammerung Europas im Osten vollenden wird, wenn hier die britischen Wünsche dereinst in Erfüllung gehen sollten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser neue nordrussisch-kaspische Handweg nach Indien, obgleich er zunächst nur als eine Maßnahme des angekündigten Wirtschaftskrieges „nach dem Kriege“ gelten soll, in Zukunft auch eine gänzlich englisch orientierte Politik der eurasischen Grenzgebiete zur Folge haben kann. Die schon lange vor dem Kriege zeitweilig fast einen Bruch zwischen England und Rußland verursachende persische und armenische Frage würde im Zusammenhang mit diesen britisch-estländischen Bewegungen in ganz neues Licht gerückt werden. Die Völker Kaukasiens, Persiens und Turkestans, politisch durchaus unreif und jedes selbständigen politischen Handelns unfähig, könnten durch eine geschickte Leitung sehr wohl in eine Richtung gedrängt werden, die den britischen Wünschen in jeder Weise entgegenkommt. Man kann diese daraus erwachsende Gefahr ermessen, wenn man bedenkt, welche starke wirtschaftliche Notwendigkeiten die reichen kaukasischen Ölgebiete und die turkestanischen Baumwollkulturen für Mitteleuropa darstellen. Die Festigung der Beziehungen der gegenwärtig englandfeindlichen Mächte zu den werdenden kaukasischen Gebilden bedeutet ein starkes Gegengewicht gegen etwa in Zukunft schärfer sich kristallisierende Pläne Englands im Osten. Die „persische Frage“, ehemals lediglich ein Streitobjekt politischer Erwägungen zwischen England und Rußland, hat durch die gegenwärtigen Zuspitzungen der politischen Vorgänge im eurasischen Grenzraum ein gänzlich neues Gesicht bekommen. In Persien und Turkestan, sowie an den Bergen Armeniens und des Kaukasus wird sich in Zukunft entscheiden, ob England die beabsichtigte Verbindung Murman—Indien über die eurasischen Wurzellande wird erlangen können, oder ob der kaukasisch-armenische Block sich als ein europäischer Sturmbock erweist gegen britische Pläne, die allen estländisch-europäischen Interessen entgegengesetzt sind und die England als den wahren Widersacher Europas erkennen lassen.

Die Umklammerung Europas durch England dient niemals europäischen Interessen. Die englische Politik ist noch niemals so selbstlos gewesen, daß sie die eigenen Interessen etwa allgemein-europäischen hintangestellt hätte. Das England von heute beurteilt alle politischen Regungen noch weit mehr vom selbstsüchtigsten Standpunkt aus als das England von ehemals, weil heute nicht nur das Dasein eines Inselreiches von wenigen Zehnmillionen, sondern das des größten Weltreiches mit Hunderten von Millionen auf dem Spiele steht, dessen Einzelglieder mehr als ehemals Selbständigkeitsgelüste offenbaren. Sie zu dämpfen, ohne doch durch Widerspruch eine Gefahr für den Bestand des Gesamtreiches heraufzubeschwören, die Dominien zu einem Ganzen zusammenzuschweißen, selbst unter Aufgabe altbewährter Überlieferungen (Zollpolitik), stellt die britische Politik vor die schwierigsten Aufgaben. Gerade darum ist das England von heute nicht mehr europäisch interessiert; seine „planetarische“ Stellung hat es vielmehr zu Europa in Gegensatz gebracht. Dieser Gegensatz aber fördert nur die Auslieferung des alten Kulturerbteils an die volle Abhängigkeit vom reinsten Angelsachsentum, dessen weltpolitische Pläne, je länger der Krieg währt, um so klarer in Erscheinung treten und genügend beachtet werden sollten. Die Einmischung der usamerikanischen Politik in rein europäische Angelegenheiten, z. B. in der marokkanischen und armenischen Frage (Ankauf von Ländereien in Marokko, in Verbindung damit Besetzung der Azoren und Madeiras; beabsichtigte Aufsicht Armeniens durch die Vereinigten Staaten) zeigt auch von jener Seite aus die Richtung, in der die neue Weltbeglückungspolitik sich zu bewegen gedenkt.



Staatssozialismus und sein Ende

Liegt Dir Gestern klar und offen, wirfst Du heute kräftig frei —



ie Regierungsmaschine ist von einer unüberwindlichen Herrschgewalt, gegen die es keine Auflehnung gibt. Der Beamtenstab wächst andauernd, der Steuerdruck steigt, die Wirtschaftskraft des Volkes erlahmt. Alle Waren werden seltener und teurer, dadurch steigen auch die Staatsausgaben. Das Höchstpreis-System erklärt das Steigen der Preise für Wucher. Für alle Waren, Brot, Fleisch, Leder, Papier werden Höchstpreise aufgestellt, deren Nichtachtung schwere Strafe nach sich zieht. Die Folge ist, daß die wertschaffende Arbeit so gut wie still steht. Die Menschen hören auf, miteinander zu handeln, das Notwendige an Waren und Diensten bereitzustellen. Eine große allgemeine Not entsteht.

Staats-Monopole rotten den Mittelstand ganz und gar aus. Das ganze Reich verfällt dem Siechtum. Die Ländereien veröden, die Städte sterben aus, das Volk verzweifelt. Es regt sich eine allgemeine Flucht aus dem Lande. Die Bauern verlassen Haus und Hof und zerstreuen sich in die Wälder. Die Masse stirbt beinahe aus, an der Bureaucratie, an der allgemeinen Verstaatlichung. Die Ausdehnung der Odäer wird erschreckend. Kaufkräftig sind nur noch die Großgrundbesitzer, denen jetzt das ganze Land gehört. Reich und Volk kommen so herunter, daß sie die einmarschierten Feinde als Befreier begrüßen.

Dies war vorgestern, vor sechzehnhundert Jahren, als Diocletians Höchstpreis-Edikt die Wirtschaftskraft des römischen Reiches ruiniert hatte.

Wer spät kommt, findet den Laden leer. Also kommt jeder früh und immer früher, beim Erwachen des Tages, vor Tage, fünf oder sechs Stunden vor Tage. Im Februar bilden sich an den Bäckertoren schon in aller Frühe Reihen, im April verlängern sich die Reihen, im Juni werden sie enorm. Man bildet Kette für Brot, Öl, Fleisch, Milch, Butter, Holz und Kohle oft von Mitternacht an. Nach Auffassung der Regierenden gehört alles dem Staate, nichts den Bürgern. Der Staat hat das Recht, Körnerfrüchte und Vieh, Kerzen und Zucker zu dem ihm passenden Preise zu schätzen, ebenso die Arbeit des Schusters und Schneiders uvm. Alles in Beschlag zu nehmen ist das Amt des Staates. Hohe Strafen treffen den, der beim Verkauf die Höchstpreise überschreitet. Der kleine Kaufmann hat alle seine Vorräte an die massenweise eindringenden Kunden zu niedrigen Preisen verkaufen müssen. Er kann sich nicht mehr eindecken und muß den Laden schließen. Der Bauer weigert sich, seine Erzeugnisse zum Höchstpreise auf den Markt zu bringen. Er gräbt seine Körnerfrüchte ein oder füttert das Vieh damit. Auch gibt er sie im Tauschhandel hin. Meilenweit bringt er sie bei Nacht in andere Gegenden, wo die Höchstpreise höher stehen. Er verheimlicht seinen Überfluß, verständigt sich mit den Dorfbehörden und schmiert. Von Woche zu Woche kommt weniger Mehl, weniger Korn, weniger Vieh auf den Markt, Fleisch und Brot wird immer seltener. Jede Gemeinde hält zurück, so viel sie kann. Sie gibt weniger Getreide an, als vorhanden ist. Sie betrügt und besticht den Nahrungsmittel-Kommissar, der die Verhältnisse nicht kennt und selbst Not leidet. Vergeblich macht der Staat den Bäcker, den Metzger und den Kolonialwarenhändler zum Kommiss und gestattet ihnen nur 5 bis 10 Prozent Gewinn-Ausschlag beim Kleinverkauf. Die Bedarfsartikel wandern unter dem Mantel in Privathäuser, die jeden Preis dafür zahlen. Der Metzger behält seine besten Fleischstücke für die großen Gasthäuser und für seine reichen Kunden zurück.

Dies war gestern, vor hundertfünfundzwanzig Jahren, in Frankreich zur Zeit des roten Schreckens.

Und heute? Wer kann sagen, wieviel wir gelernt, wieviel wir vergessen haben?

Roscher, den wir mit Recht den Größten der klassischen deutschen Volkswirtschaftslehrer nennen, schrieb vor langen Jahrzehnten: „Ein Staatsmann,

welcher die Preise künstlich zu drücken sucht, statt das Verhältnis zwischen Bedarf und Vorrat günstiger zu gestalten, ist genau in demselben Sinne Quacksalber, wie ein Arzt, welcher heilsame kritische Ausscheidungen mit roher Gewalt zurückdrängt. Insgemein wird selbst der nächste Zweck, Erniedrigung der Preise, durch solche Maßregeln vollständig verfehlt, am größten beim sogenannten Maximum. Setzt die Regierung vorsichtshalber diesen Preis höher an, als den laufenden Marktpreis, so pflegt der letztere sofort bis zur Grenze des Erlaubten emporzuschnellen. Ist aber das Maximum darauf berechnet, die Preise schon jetzt herabzudrücken, so halten sich alle Kornbesitzer möglichst vom Markte zurück. Nun werden neue Gesetze nötig, daß niemand Vorräte halten darf usw., und ein Schreckens-System von Inquisitionen und Strafen, um sie durchzuführen. Gleichwohl ist man doch jederzeit außerstande, der vielen Privaten, die nur ihr Eigentum schützen wollen, Herr zu werden. Die Märkte bleiben leer. Die meisten Korngeschäfte werden heimlich abgeschlossen zu dem höheren natürlichen Preise, welcher nun aber noch durch die Affekuranz-Prämie für den Fall der Entdeckung und Bestrafung gesteigert wird.“

Die Kriegsgesellschaften sind unerfreuliche Erzeugnisse der Not unserer Zeit. Wann werden wir sie wieder los werden? An Tröstungen und Bertröstungen fehlt es wahrlich nicht.

Die kriegswirtschaftlichen Organisationen sollen im Frieden nicht aufrecht erhalten werden auf Kosten der Freiheit und Selbständigkeit der einzelnen. Nichts soll verewigt werden von dem, was als Kriegsnotwendigkeit beschaffen wurde. Die wertvollste Grundlage unseres wirtschaftlichen Lebens, die Bewegungsfreiheit und Initiative der Person soll im Staatssozialismus nicht untergehen. Nur eine Übergangszeit soll stattfinden, abgetürzt durch die Mitwirkung von Handel und Industrie. So verkündete Vizekanzler von Bayer als Willen der Reichsleitung. Und der Staatssekretär von Stein bezeichnete es als vornehmste Aufgabe der Regierung, das deutsche Wirtschaftsleben aus der ihm vom Kriege aufgezwungenen Gebundenheit zu der Bewegungsfreiheit zurückzuführen, die notwendig sei, damit die deutsche Wirtschaft und das Deutsche Reich die frühere Kraft wieder erhielten. Ähnlich äußerte sich der preussische Handelsminister Sydow. Nach ihm macht die Zurückumstellung unserer Industrie auf die Friedensarbeit die äußerste Anspannung aller vorhandenen Kräfte nötig. Der individuellen Tüchtigkeit und dem persönlichen Verantwortlichkeitsgefühl müsse freie Bahn geschaffen werden.

Der Staatsminister Helfferich rief in einem Vortrag aus: „Freiheit im Innern und Freiheit nach außen, in diesem Zeichen wird die deutsche Volkswirtschaft die gewaltigen Schäden des Krieges überwinden und zu neuer Blüte gedeihen“. Als Staatssekretär hat Helfferich einmal im Hauptausschuß des Reichstages erklärt, wenn man den privaten Unternehmungsgeist totschlage, so werde der Verlust größer sein als die organisatorischen Vorteile. Batocki schrieb einst, als er noch Lebensmittel-diktator war: „Es ist völlig unmöglich, daß ein von festbesoldeten, ohne Privatinteresse arbeitenden und zum großen Teil nicht waren- und geschäftsfundigen Beamten geleiteter auf völlig neuer, im Frieden in keiner Weise vorbereiteter Grundlage errichteter öffentlicher Riesenbetrieb auch nur annähernd so billig und mit so wenig Reibungen und Verlusten arbeiten kann, wie der seit Jahrhunderten bis ins kleinste ausgebildete, auf die Ausnutzung der kleinsten Vorteile und die Vermeidung der kleinsten vermeidbaren Verluste angewiesene freie Handel.“

Und dem Allen steht gegenüber der kaltblütige Verfechter des plutokratischen Sozialismus und rücksichtslose Vertilger des Mittelstandes, der mit Mechanisierung und Typisierung von Handel und Industrie, ohne es zu wissen, denselben Ziele zustrebt wie Taylor mit seinem ebenso geistreichen wie verruchten System der Ausbeutung menschlicher Nerven- und Muskelkraft, der — trotz allem und allem — weltfremde Walther Rathenau.

Weltfremd und inkonsequent! In seinem vortrefflichen Buche „Vom Aktienwesen“ bricht Rathenau eine Lanze für das Recht der Verwaltung von Aktien-

gesellschaften zur Bildung stiller Reserven. Er sagt, daß die reiflose Umstellung des ganzen Landes auf Rüstungsbeschaffung, das Entstehen Tausender von Werkstätten in Kriegszeit, die Bewältigung technischer Grundprobleme im Laufe weniger Monate nicht hätte gelingen können, wenn nicht zu der Leistungshöhe unserer Wirtschaft die Bewegungsfreiheit, Entschlußkraft und Wagemut getreten wären, die sich auf Verfügung über große und freie Mittel stützt. Man kann, so fährt er fort, nicht zugleich diese Ereignisse und Erfolge verherrlichen und die Mittel bekämpfen, aus denen sie entspringen. Man muß der Wirtschaft die Freiheit der Entwicklung und des Entschlusses lassen, deren sie bedarf, und nicht die verbrieften Ansprüche kaufmännischer Handelsgemeinschaften als alleiniges Gesetz über sie gelten lassen.

Rathenau will also, daß die Leitung von Aktiengesellschaften bei der Verfügung über den Gewinn von der Vormundschaft der Aktionäre loskommen, damit stille Reserven gebildet werden können. Aber wieviel mehr als unter dem bindenden Statut einer Aktiengesellschaft muß Bewegungsfreiheit, Entschlußkraft und Wagemut nicht einzelner Erwerbsgesellschaften, sondern allgemeinhin des Handels und des Gewerbes unter der von Rathenau nicht bekämpften, sondern verteidigten Vormundschaft des Staates verkümmern, in dessen Schreibzimmern neue Moral und neue Verkehrssitten zusammengebraut werden, unzählig und unfruchtbar wie Sand am Meer. Die Zwangswirtschaft wie sie jetzt über das Notwendige weit hinaus im Schwang ist, bedroht viel wertvollere stille Reserven als diejenigen, deren Bildung Rathenau vor dem Zugriff der Aktionäre schützen will, nämlich die Grundbegriffe der Ehrbarkeit. Dies wird sich noch deutlicher als heute zeigen, wenn einst aus den liebevoll geöffneten Pforten der Ämter und Kriegsgesellschaften Tausende und Abertausende hinausgeströmt sind und ihren Platz gefunden haben in der mehr oder minder freigewordenen Privatwirtschaft. Mehr als die kampfermüdeten Soldaten, die aus dem Felde zum Schraubstock oder zum Pflug zurückkehren, werden uns diese Schüler der Neuzeit zu raten aufgeben, denn was sie wechseln, ist nur Sessel und Pult. Die von der Kriegswirtschaft erzwungene gegenseitige Durchbringung der im Erwerbe sichergestellten, in der Erwerbshöhe beschränkten Beamtenchaft und der auf eigene Rechnung und Gefahr arbeitenden, im Erwerbe völlig unbehinderten Volksschichten wirkt auf das öffentliche Rechtsbewußtsein geradezu verheerend.

Der in Weltweisheit und verwandten Fächern erfahrene, insbesondere auch für Knobloch, Tabak und ein besonders ätherisches Erzeugnis zuständige Geheimberrater Johann Wolfgang hat von den Kriegswirtschaftsgesellschaften ein artig zutreffendes Wort gesprochen: „Es ist ein Gesetz der Teufel und Gespenster: wo sie hereingeschlüpft, da müssen sie hinaus. Beim ersten sind wir frei, beim zweiten sind wir Knechte.“ Für das verhängnisvolle Pentagramma, das da Beharrungsvermögen oder Trägheitsgesetz heißt, ist kein Rattenzahn gewachsen. „Die ich rief die Geister —“. Wer kennt sich aus in den Mäandergängen unserer Kriegswirtschaft, der täglich neue Hydratöpfe entknospen, denn Arbeit gebiert Arbeit. Der Deutsche organisiert, um zu organisieren. So unbehaglich-behagliche Gelegenheit wie jetzt findet er nicht wieder. Und wenn, wie es geschieht, der Abraum nicht hinter die Fersen geschafft wird, sondern vor den Beinen aufgetürmt, so wächst er zu immer größeren Haufen, an denen sich der Bienenfleiß Losgelassener ergötzen mag in Ewigkeit oder wenigstens solange, bis alles sinnreich Verwaltete gründlich zerwaltet und aus dem Kosmos unserer Wirtschaft ein Chaos geworden ist.

Junius



Jugendpolitik, Jugendrecht und Jugendwohlfahrt

Vom Wirklichen Geheimen Admiralitätsrat Dr. Felisch,
Abteilungschef im Reichsmarineamt



on den drei Begriffen: Jugendpolitik, Jugendrecht und Jugendwohlfahrt ist der letztere allgemein anerkannt, die beiden anderen aber umstritten. Jugendwohlfahrt ist ein Erbe der Vergangenheit und wird wie bisher allezeit ein Gegenstand der Betätigung bleiben. Jugendpolitik ist die Aufgabe unserer Gegenwart und Jugendrecht unsere Hoffnung für die Zukunft. Unter Jugend wird hierbei jedesmal die Gesamtheit der noch nicht volljährigen Personen verstanden, wobei die Fürsorge bereits dem keimenden Leben vor dem Geburtsakte entgegengebracht wird.

Die heutige Jugendbewegung fordert, daß zunächst mit einer einheitlichen Jugendpolitik begonnen wird. Jede Politik ist als eine Staatskunst eben eine Kunst und verlangt daher ein Können; sie ist aber zugleich eine Wissenschaft, die das Verständnis für den Staat und das öffentliche Leben vermittelt, die Regeln für die Beziehungen zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft aufstellt und dadurch die Richtungen für die praktische Einwirkung auf die öffentlichen Dinge darbietet. Somit wird unter Jugendpolitik die auf der Staatswissenschaft beruhende Staatskunst verstanden, die als ein Teil der allgemeinen Politik mit den Mitteln des Erreichbaren die besten Maßnahmen und Einrichtungen für die Jugend im Staate trifft. Die Jugendpolitik muß hiernach die für sie in Betracht kommenden wissenschaftlichen Probleme voll erfassen, dann aber mit dieser Kenntnis sich praktischen Zielen zuwenden und wiederum zu deren Erreichung allgemeine Leitsätze aufstellen. Umgekehrt muß die allgemeine Politik die Rückwirkungen ihrer Maßnahmen auf die Jugend nicht aus dem Auge verlieren. Entschließe man sich beispielsweise für eine Reihe von Vorschriften, die einen Sparzwang für Jugendliche durchführen wollen, so darf man keine allgemeine Steuerpolitik treiben, die den Spartrieb der Erwachsenen lähmt. Bei dem umfassenden Charakter der Jugendfrage ergibt sich zugleich deren Zusammenhang mit der Kirchenpolitik, der Schulpolitik, der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik und anderen großen Zweigen der allgemeinen Staatskunst; außerdem spielen in ihr die Aufgaben der Erziehung und die Forderungen der Sittlichkeit eine sehr große Rolle. Unter Berücksichtigung alles dieses hat die Jugendpolitik die großen Richtlinien festzulegen, die für die Jugendgesetzgebung und für die Verwaltung sowie für die Jugendwohlfahrt maßgebend sein sollen. Als ein erster von solchen Kernsätzen wird der aufgestellt, daß das Kind einen öffentlichrechtlichen Anspruch auf Erziehung hat. Wird diese schon heute in manchen Gesetzen zum Durchbruch kommende Forderung allgemein anerkannt, so ist der Rückschlag offensichtlich, der dadurch auf die Armen- und auf die Erbsenerziehung entstehen muß. Um ein anderes Beispiel und zwar aus der Schulpolitik heranzuziehen, so leuchtet es ein, was die Durchsetzung des Verlangens bedeuten würde, daß unsere Lehrscheule zu einer Erziehungsschule umgewandelt wird. Wir können uns dem nicht verschließen, daß wir zu viel Wert auf die Anhäufung von Wissen legen, und daß darüber die Charakterbildung und bei den Erziehern selbst die Kunst der Menschenbehandlung vernachlässigt wird. Alle diese Fragen sollten turmhoch über dem Parteileben stehen und in Beobachtung der Grundsätze der Staatserhaltung nach vaterländischen Gesichtspunkten unter Vermeidung jeder Interessenpolitik geregelt werden. Anzustreben ist hierbei, daß unsere Jugendlichen durch eine auf dem Grundsatz der Freiheit beruhende Erziehung zu selbstverantwortlichen Persönlichkeiten herangebildet werden, die nach dem Maße der eigenen Kraft wirksam werden und mit Charakterfestigkeit selbständig als in sich ausgeglichene Persönlichkeiten ihrem eigenen Ziele in Selbstzucht nachgehen; Hilfe zur Selbsthilfe, Erziehung zur Selbsterziehung ist hierfür der rechte Weg. Dann wird sich auch der Jugendliche leicht in das

Staatsganze einordnen; nur dürfen wir nicht den Fehler machen, daß wir das Individuum nicht um seiner selbst willen, sondern lediglich als ein Glied der Gemeinschaft gelten lassen.

Hat nun die Jugendpolitik die erforderlichen zahlreichen Zeitsätze aufgestellt, so müssen diese richtunggebend nicht nur für die Verwaltung und für deren Einrichtungen, sondern auch für das Jugendrecht werden. Es ist die Forderung nach einem umfassenden einheitlichen Reichsjugendgesetze erhoben worden. Wie zu erwarten war, hat sich hiergegen starker Widerstand geltend gemacht; man befürchtet unzulässige Eingriffe in die Zuständigkeit und in die Selbständigkeit der Einzelstaaten. Auch ein eingeseilter Partikularist wird es aber nicht verkennen können, daß es doch eigentlich kaum eine Angelegenheit geben kann, die mehr Reichssache wäre als die Sorge für das heranwachsende Geschlecht, das im nächsten Zeitalter die Geschichte des Reiches zu bestimmen hat; andererseits kann sich auch der eifrigste Anhänger des Reichsgedankens dem nicht verschließen, daß ein Jugendreichsgesetz, das selbstverständlich in vielen Punkten nur ein Rahmengesetz sein kann, zahllose Einzelgesetze der Gliedstaaten des Deutschen Reiches neben sich erfordert. Der Widerstreit der Meinungen wird also vielfach nur auf eine Frage des Maßes hinauslaufen; an dem Verlangen nach einer Reichsgesetzgebung und zwar nach einer einheitlichen und allgemeinen muß aber festgehalten werden. In der Form liegt jedoch nicht das Heil. Wir können ein einheitliches Reichsjugendgesetz auch dadurch erhalten, daß nach den von der Jugendpolitik aufgestellten Richtlinien eine ganze Anzahl von Einzelgesetzen erlassen wird, die dem Drängen des Tagesbedürfnisses gerecht werden, untereinander aber zusammenhängen und fortlaufend ein Ganzes bilden. So könnte sehr wohl zunächst ein Gesetz für die Schulentlassenen, das dringend notwendig ist, und ein allgemeines Jugendschutzgesetz ergehen. Jedenfalls muß mit dem bisherigen System gebrochen werden, daß die Gesetze nur für die Erwachsenen einrichtete und dann mit ein wenig Ummodeln die Bestimmungen für die Jugendlichen traf. Wir dürfen nicht wie der Hausvater handeln, der seinen eigenen Rock vom Schneider kürzen läßt und dem Sohne zum Tragen übergibt. Die Jugend bedarf eines eigenen Rechtes, weil die Jugendlichen anders gerichtete Wesen als die Erwachsenen sind. Das Kind geht von seinem eigenen Ich und von den Eindrücken der umgebenden Sinnenwelt aus; es wird vom Triebleben beherrscht und muß eigenjüchtig sein, aus dem Spiel und der Märchenwelt in die Welt der Pflicht hinübergeleitet lediglich durch Gebot und Verbot, nicht auch durch das Erkennen von Gut und Böse. Der Erwachsene handelt mit Verstand nach den Geboten der Vernunft und der Sitte, er stellt sich unter das Gesetz im freien Erkennen von dessen Notwendigkeit, gliedert sich in das Staatsganze ein, erkennt die Rechte des Nachbarn neben sich an und versteht, was Moral, Religion und Menschenliebe von ihm erfordern. Das Empfindungsleben, die Willensrichtung und der Charakter sind bei dem hilflosen Kinde anders als beim Erwachsenen geartet. Das Verantwortlichkeitsgefühl und das Rechtsempfinden entstehen nur langsam bei ihm. Der Übergang beginnt zurzeit der Geschlechtsreife. Da die Kinder der handarbeitenden Bevölkerung etwa zu dieser Zeit in das Erwerbsleben eintreten, und da die Jugendlichen bei uns viel zu jung bereits dem Strafrichter verfallen, begehen wir im allgemeinen den Irrtum, daß wir die Jugendlichen zu früh der Menschenklasse der Erwachsenen gleichstellen. Dies darf erst dann geschehen, wenn eine weitere sittliche Reife eingetreten ist, und der Jugendliche seine Aufgaben gegenüber der Allgemeinheit, die Pflicht des Gehorsams, des wechselseitigen Dienens wenigstens in den rohesten Umrissen in Erkenntnis der Erfordernisse des wirklichen Lebens erfasst hat.

Wir müssen uns dessen inne bleiben, daß wir es in dem Kinde zunächst nur mit einem Naturmenschen zu tun haben, und daß dessen Umbildung in einen Kulturträger einen gar langen Weg erheischt. Alle gesetzgeberischen Maßnahmen müssen hierbei Absichtungen für die drei Stufen des Kleinkinderalters, des Kindesalters und der Schulentlassenen eintreten lassen und werden dann zum Teil Maßnahmen zugunsten der Jugend, zum anderen Teile solche zugunsten der bürger-

lichen Gesellschaft gegen gewisse Jugendliche sein müssen, wobei die wirtschaftlichen Maßnahmen ganz anders als bisher in den Vordergrund und die des Strafrechtes und des Strafprozesses mehr in den Hintergrund zu treten haben. Hierbei ist es Aufgabe unserer Zeit, restlos zu erkennen, was es besagen will, daß unsere Jugend eine vollständig andere als die unserer eigenen jungen Tage ist. Wir haben jetzt einen Teil unserer Jugend in der Front, zu der auch die Pflegerinnen in den Lazaretten gehören. Von dem anderen Teile in der Heimat braucht man nur einige Einzelbilder zu beleuchten: die Schwerverbrecher und die Mörder, die Wandervögel, die Hilfsdienstpflichtigen, die Zuchtlosen, die Spielfinder und die halbfähigen Töchter, die um ihre Jugend gebracht sind, die Fürsorgezöglinge usw. Das Zeichen unserer Zeit ist, daß unsere Jugend das normale Leben nicht kennt, daß sie keinen Maßstab für das gewöhnliche Geschehen des Alltages hat, sich nichts mehr sagen lassen will, da sie, namentlich in Großstädten, zwar den Körper des Kindes, aber die Wirtschaftsweise, die Erfahrungen, die Entbehrungen und die Verantwortung des Erwachsenen hat, daß sie trotz alledem das rechte Arbeiten vielfach verlernt und wegen des Wegfalles von bisherigen sittlichen und gesetzlichen Hemmungen regellos und oft zügellos sich entwickelt. Das Recht auf Freude muß wieder eingeseht werden; die Segnungen der Mutter Natur und der Kunst sollen unseren Kindern zuteil werden; aber es muß der Jugend auch in Fleisch und Blut übergehen, daß der Staat Ordnung erheischt, und daß Ordnung Säugung erfordert, Säugung aber Zwang bedeutet.

Neben die Jugendpolitik und das Jugendrecht tritt als die älteste von den dreien die Jugendwohlfahrt. Wie der Name besagt, handelt es sich nicht nur um das Wohlergehen der Jugend, sondern darum, daß sie wohl fährt. Wenn das Fahren auch nicht gleich im Auto zu geschehen braucht, so soll doch etwas Besseres als das Existenzminimum, als das ganz Alltägliche geboten werden. Wohlfahrtspflege ist die freie Tätigkeit der bürgerlichen Gesellschaft zur sozialen Besserung. Neben ihr besteht die behördliche und die sonstige öffentliche Wohlfahrt durch Reich, Staat, Gemeinde und Kirche. Die private Wohlfahrtspflege muß sich nun anders als bisher innerlich und äußerlich neuordnen und zusammenschließen. Wir sollten es durch den Krieg gelernt haben, daß Not nicht bloß Eisen bricht, sondern auch Eisen zusammenschweißt. Innerlich soll sich die Jugendwohlfahrt dadurch umgestalten, daß in der Jugend neue sittliche Kräfte erzeugt und die Kinder der handarbeitenden Bevölkerung körperlich, geistig, wirtschaftlich und sittlich gefördert und emporgehoben werden. Die bloße Wohltätigkeit mit ihrem Almosencharakter muß mehr als bisher durch die pflegerische Hilfeleistung ersetzt werden, die ein Dienst von Person zu Person ist, und die ein Eingehen auf die Individualität des Pflégelings bedingt. Unsere Erzieher müssen erst selbst recht erzogen werden; insonderheit müssen unsere Mütter, die ja die besten Kenner des Seelenlebens und der Körperpflege der Jugend sind, eine eingehendere Vorbildung und Durchbildung erfahren. Auf breiteren Grundlagen als zurzeit soll die allgemeine Menschenliebe einsetzen. Außerlich muß das Nebeneinander- und Gegeneinanderarbeiten der vielen Personenvereinigungen einem Miteinanderarbeiten Platz machen. Ein Jugendamt, das am besten von vornherein als Jugend- und Wohlfahrtsamt eingerichtet wird, muß überall den örtlichen Mittelpunkt bilden. Aber ihm sollte in der Provinz, bezw. in den Einzelstaaten, ein vereinigtes Landesjugendamt und Wohlfahrtskammer stehen, und es wird darüber eine gemeinsame Reichsspitze auf die Dauer nicht entbehrt werden können. Ein solcher behördenartiger Aufbau der Wohlfahrtsverwaltung — wohlverstanden: nur dieser Verwaltung — will die Selbständigkeit der einzelnen Vereine, Verbände und Stiftungen nicht antasten, wohl aber einen Meldezwang für alle Wohlfahrtsorganisationen einführen und Sorge tragen für gemeinsame Kartotheken, Ersparnisse in der Verwaltung, vollständige Auskunftserteilung und Aufklärung, Erfassung der Tätigkeit in kleinen Gemeinden, Förderung und Anregung gemeinsamer Wohlfahrtsseinrichtungen, Ausbildung von Wohlfahrtsbeamten, Erlass von Normalsatzungen, Gesetzgeberische Vorschläge und Beseitigung der jetzigen Zersplitterung durch Zusammenfassung dessen, was vereinigt werden kann.

Aber alle drei Gebiete gibt es viele Einzelwerke. Kurz zusammenfassend unterrichteten über Jugendrecht und über Jugendwohlfahrt die bei E. S. Mittler und Sohn erschienenen Schriften „Ein deutsches Jugendgesetz“ und „Neuordnung der Menschenliebe“. Im Verlage der Jugendllese werden nächstens fortlaufend Schriften über Jugendpolitik veröffentlicht werden, deren erstes Heft „Wesen und Aufgaben der Jugendpolitik“ heißen wird. Wer über Einzelheiten Genaueres erfahren will, wende sich an den Freiwilligen Erziehungsbeirat, Abteilung für Deutsches Jugendrecht, zu Berlin, Helmsiedterstraße 6, der sich allen in Betracht kommenden Arbeiten widmet. Außerdem haben erfreulicherweise die führenden Verbände eine Arbeitsgemeinschaft für Jugendrecht gebildet, deren Leitung in dankenswerter Art der bisherige Staatssekretär Dr. Lisso übernommen hat. Sie will die großen und schwierigen Vorarbeiten für unser deutsches Jugendrecht leisten und ist der freudigen Mitarbeit jedes dazu Berufenen sicher.

So ist das Gebot der Stunde recht erkannt: Sonne in die Kinderherzen, Sichversenken in den Schmerz der Jugend, väterliches und mütterliches leises Führen, Hinüberleiten von Trost und Unbändigkeit in Lüchtigkeit! Darüber hinaus aber will die deutsche Jugendbewegung neue Bahnen für Jugendpolitik, Jugendrecht und Jugendwohlfahrt einschlagen und, mitleidend mit der Not der Zeit, den ungeheuren Aufgaben gerecht werden, die als eine der einschneidendsten Kriegsfolgen oder wohl überhaupt als die größte von ihnen dem Vaterlande gestellt worden sind, und von deren richtiger Lösung die Sicherheit und der Fortbestand von Reich und Einzelstaaten abhängen.



Randglossen zum Tage

An den Herausgeber



ehr geehrter Herr, ich bin getröstet, entzückt, meine größte Sorge ist von mir genommen. Und warum? Weil am 1. September laut Inserat in der „Neuen Freien Presse“ in Budapest die Hübösvögger Erholungsstätte A.-G. ihren Betrieb eröffnet. Was für einen Betrieb? Halten Sie sich am Stuhl fest, es ist eine Mastkuranstalt! Im fünften Kriegsjahre, am 1. September in Budapest, wird dem tiefstgefühlten Bedürfnis der Zeit abgeholfen. Man braucht nur Geld in seinenbeutel zu tun, — vermutlich nicht zu knapp, aber man ist ja gewöhnt, daß alles ein bißchen viel kostet —, sich ein Schlafwagenbillet zu besorgen und man kann die Annexionen, die die vergangenen zwei Jahre an einem Teil seiner Körperlichkeit vorgenommen haben, wieder rückgängig machen und binnen wenig Wochen in einem Zustand nach Berlin zurückkehren, daß einen nicht einmal die Gläubiger wiedererkennen. „Wenn ich den Namen Ungar höre, wird mir mein deutsches Bams zu eng“, sagt der Dichter. Sollte es zu Feines Zeiten auch schon Mastkuranstalten im gesegneten Lande der schwarzen Schweine und Zigeuner gegeben haben? Schon der Gedanke an die Existenz einer Mastkuranstalt im Bereich des Reichs hat etwas Erhebendes. Wie er die Phantasie befruchtet, zeige mein Vorschlag, daß wir schleunigst eine Lotterie errichten und die glücklichen Gewinner nach Budapest auf die Mast schicken. Freilich müßte dann die Reichsbekleidungsstelle dafür sorgen, daß sie bei der Rückkehr neu eingekleidet werden, denn wenn auch alles auf der Welt natürlich zugeht, die Kleider eines so Gemästeten, zumal, wenn es ein Berliner wäre, gingen natürlich nicht zu. Während über uns Männern noch immer das offiziös, halboffiziös, heimlich und unheimlich erläuterte und ausgelegte Schicksal schwebt, das die Reichsbekleidungsstelle über uns verhängen wird, haben unsere Frauen die Herzensfreude, in den Modewoche-

schaulensterausstellungen zu sehen, welch herrliche Kostüme es gibt, die sie nicht kaufen können. Eine nettsche Veranstaltung! In den geistvollen Modeplaudereien, mit denen uns die führenden Berliner Zeitungen jetzt eine besonders interessante Lektüre bieten, vermisse ich den Hinweis, daß unter allen Umständen die herrschende Mode ist und bleibt — die schwarze. Wirtschaft, Horatio! Wir sind frivol, weil es die Baluta so will und um die Konkurrenz auszufalten. Man benützt die Zeit, da vermutlich die findigsten Pariser Damenschneider totgeschossen sind. Wird die „deutsche Mode“ nach dem Krieg noch deutsch sein? Wird das Pariser Modell, das der deutsche Ehemann so oft mit Ächzen bezahlen mußte, weil es ein Pariser Modell war, im kommenden Frieden nicht mehr die Rolle des Alldrucks spielen? Soffen wir das beste, lieber Leser, hoffen wir das beste! Es sind schon so sonderbare Dinge Mode gewesen, daß vielleicht auch einmal die Vernunft Mode wird. Sollte die Durchsetzung der neuen deutschen Mode auf Schwierigkeiten stoßen, so empfiehlt sich ein einfaches Mittel: Man berechne für die deutschen Modelle soviel, wie früher für die Pariser. Dann geht's vielleicht. Gerade so wie es tollschid sein wird, deutschen Sekt zu trinken, wenn er sich im Preise nicht mehr vom französischen unterscheidet, wozu wir ja Gott sei Dank auf dem besten Wege sind. Was immer der Weltkrieg umgewühlt, umgewälzt und verändert hat, die menschliche Eitelkeit hat er nicht berührt. Kein Entsetzen verhindert die Frauen, die Modewocheausstellungen ernst zu nehmen, als alles, was in dieser Zeit sonst passiert. Die Männer sind um kein Frauenhaar besser. Es bleibe unvergessen, daß inmitten des Krieges ein leidenschaftlicher Kampf für den Titel „Studienrat“ geführt wurde, und wer ein Bändchen im Knopfloch tragen darf, würde eher vergessen, morgens seine Hosen anzulegen, als das Zeichen, daß er das Selbstverständliche getan hat, nämlich seine Pflicht, oder daß er mit Gottes Hilfe ein gewisses Alter erreicht hat. Und wenn ein öffentlich schreibender Zeitgenosse einen geistreichen Zeitungsartikel geboren hat, so läßt er diesen seinen Geist auf dem knappen Druckpapier leuchten, und wenn er hundertmal etwas dabei erzählt, wovon in den Zeitungslesebureaus der Feinde mit dankbarem Grinsen Notiz genommen wird. In der Welt des durch Druckerschwärze sich kundgebenden Geistes gibt es nur ein Mittel, die eigene Bedeutung zu erhöhen: recht zu haben, unter allen Umständen recht zu haben. So wenig eine Frau verhindert werden kann, ein Kleid anzuziehen oder einen Hut aufzusetzen, von dem sie annimmt, daß ihre Reize dadurch erhöht werden, so wenig kann ein für die Öffentlichkeit Schreibender oder Sprechender verhindert werden, die Gründe auseinanderzusetzen, warum er politisch recht hat. Das Vaterland mag eine recht wichtige Sache sein, — daß Herr Dr. J. in bezug auf den U-Bootkrieg, den Ostfrieden oder sonst etwas recht hat, ist doch wesentlich wichtiger. Wir Deutsche haben die Disziplin im ganzen Körper, nur nicht in den Schreibfingern. Aber irgendwo muß die Zivilcourage heraus, wenn dies auch jetzt gerade der ungeeignteste Auslaß ist.

Man sieht immer wieder: das Leben ist stärker als der Tod, die menschlichen Torheiten halten besser durch, als die Weisheiten, und trotz aller Mahnungen zur Sparsamkeit wird viel Eifer vertan, zum Schaden oder wenigstens nicht zum Nutzen der Allgemeinheit. Nach dem siebziger Krieg hatten wir die Gründerzeit, jetzt haben wir die Zeit der Gründungen. Es wird jeden Tag etwas gegründet, wozu nicht der mindeste Grund vorliegt. Seinerzeit wurde der berühmte Bund zur raschen Niederringung Englands gegründet, obwohl bereits eine sehr tüchtige Körperschaft sich dieser Aufgabe in durchaus zweckdienlicher Weise widmet. Dann kamen die Gründungen zur erfolgreichen Störung der deutschen Einigkeit, von denen der Bund der Raifertreuen, seinen neuesten Leistungen nach zu schließen, wohl einen nicht leicht zu brechenden Rekord aufstellen wird. Danach ließ der Eifer, das deutsche Friedenswirtschaftsleben auf die Beine zu stellen, tüchtige Männer nicht schlafen, zumal, wenn sie auf der Landkarte Mitteleuropas Grenzen liebevoll besichtigt hatten. Nachdem bereits eine überaus stattliche Reihe von Körperschaften im Interesse der künftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit Mittel-

europas lebhaft gefrühstückt hatte, und es sich schlechterdings nicht mehr denken ließ, wo man auch nur einen neuen Namen, geschweige denn ein noch nicht in Angriff genommenes Arbeitsprogramm für die wirtschaftspolitische Zukunftsarbeit Mitteleuropas herkriegern könne, vereinigte sich noch einmal ein halbes Hundert ernster Männer im Ablo bei einem in Anbetracht der Zeit verhältnismäßig hervorragend guten Essen und gründete den Wirtschaftsrat für Mitteleuropa. Zahlreiche Kommerzienräte und Geheime Kommerzienräte und Wirkliche Geheime Kommerzienräte — ach nein, die gibt's ja noch nicht! — wachten eines Morgens auf und fanden sich zwar nicht berühmt, wie Byron, aber Mitglieder des neuen Rates. Auch sonstige hervorragende Persönlichkeiten fanden sich viel auf dieser Liste und bei dem Gründungessen waren außer dem Oberrabbiner von Berlin so ziemlich von jedem Amt ein Würdenträger vertreten. Inzwischen haben einige der zwangsweise zum mitteleuropäischen Wirtschaftsrat beförderten Herren die Gemeinschaft rüddlings verlassen. Das wird diese Gemeinschaft aber nicht verhindern, zur Vermehrung der Not an gutem Druckpapier das ihrige reblich beizutragen und andere wird ihr Ruhm nicht schlafen lassen und demnächst wird wieder einmal etwas gegründet werden, denn, frei nach Goethe, eben wo die Gründe fehlen, stellt ein Verein zur rechten Zeit sich ein. Woraus zur allgemeinen Beruhigung hervorgehen mag, daß es bei uns weder an Zeit, noch an Geld, noch an den für ein Gründungessen geeigneten Nahrungsmitteln fehlt. Jetzt brauchen nur die bewährten parlamentarischen Geburtshelfer der neuen Zeit neu gestärkt aus ihren Sommerasphlen zurückzukehren. Hoffentlich gelingt es den armen süddeutschen Volksvertretern, annähernd die Ergebnisse zu erzielen, die die Südböhmischer-Erholungsstätte-A. G. in Budapest verspricht, nachdem sie einem on dit zufolge erklärt haben, man dürfe den Reichstag nicht solange tagen lassen, da sie das bei den schlechten Ernährungsverhältnissen in Berlin nicht aushalten könnten. Mit feuchten Augen haben wir's gelesen, aber nicht recht verstanden, weshalb dann die bayerische Regierung so empört ist, daß wir in Berlin 50 Gramm Fleisch pro Woche mehr bekommen sollen, als die immerhin trotz aller Versicherungen doch recht erheblich besser lebenden Bayern, auch die Städte-Bewohner. Man mag uns noch so wortreich vorrechnen, wie wenig die Münchener offiziell bekommen, der Mensch lebt nicht von dem, was ihm die Stadt und der Staat zumessen, sondern von dem, was aus den tiefsten Quellen heimlicher Versorgung entspringt. Und daß die jenseits der blau-weißen Grenzpfähle ergiebiger sind als innerhalb der schwarz-weißen oder grün-weißen, oder sonstwie gefärbten, dürfte doch so ziemlich feststehen. O könnte man doch die Reichszentrale für einige Zeit dorthin verlegen, wo dank der vorwiegenden friedlichen Beschäftigung mit Ackerbau und Viehzucht Butter, Eier und Mehl immerhin noch zu den bekannten Genüssen zählen! Aber freilich, würde dann der Reichstag überhaupt noch einmal auseinandergehen? Würden besser genährte Behörden nicht noch mehr Verordnungen produzieren? Würden dann nicht noch mehr Gründe gefunden, Vereinigungen zu gründen, bei denen schließlich Sitzungsprotokoll und Statuten nur noch Beigaben zu einem Menü wären?

Ihr

Remo



Materialien zur Polenpolitik

Die Polen und Kriegsanleihe. Im Hochumer „Biarus Polski“ Nr. 152 vom 5. Juli d. J. findet sich folgende „Warnung“:

„Alle, die unter Berufung auf den ‚Kardowiec‘ das durch nichts begründete Gerücht verbreiten, als hätte sich die ‚Vereinigung‘ an der Kriegsanleihe beteiligt, warnen wir öffentlich und erklären, daß bei der Revision der Kassenbücher und Quittungen eine dahingelautende Position nicht gefunden worden ist. Wir werden den Zentralvorstand der Polnischen Berufsvereinigung ersuchen, jeden, der derartige Gerüchte verbreitet, zur Verantwortung zu ziehen.“

Ignaz Roszkał, Michael Grajel,
Mitglieder des Ausschusses des Aufsichtsrats
der Poln. Ver.-Vereinigung.“

Polnische Expansion unter deutscher Hegemonie. Die „Rölnische Zeitung“ Nr. 693 vom 29. Juli d. J. läßt sich aus Berlin unter dem 27. Juli telegraphieren:

„Eine der wesentlichen Ursachen, warum sich so viele Polen von dem Gedanken eines einheitlichen großen russischen Reiches nicht trennen konnten, waren die mit diesem riesigen Wirtschaftsgebiete verbundenen, schier unbegrenzten Möglichkeiten. Das große russische Wirtschaftsgebiet war reich an natürlichen Hilfsmitteln, und sein großer Umfang wie auch sein Hinüberreichen bis nach Asien ermöglichte die Außerung einer großen wirtschaftlichen Lebenskraft. Es ist ja auch eine nur allzu bekannte Tatsache, daß der große Aufschwung der polnischen Industrie dem großen osteuropäischen und nord- und mittelasiatischen Absatzgebiet und Hinterland Polens zu verdanken ist. Der ganze Osten war aber nicht nur für polnische Waren geöffnet, sondern auch für polnische, besonders sachmännisch ausgebildete Arbeitskräfte zugänglich. Rußland war, wie gesagt, reich an natürlichen Hilfsmitteln, es war jedoch arm an geschulten Arbeitskräften, und da waren der polnische Techniker und der polnische Kaufmann eine durchaus willkommene Erscheinung. Die nunmehr in Osteuropa zugunsten Deutschlands

erfolgende Machtverschiebung ist in dieser Richtung für die Polen mit keinerlei Gefahren verbunden. Im Gegenteil, die ordnende und leitende Hand Deutschlands bedarf vielfach der polnischen Brücke, um nach dem Osten zu gelangen, wie denn auch die Polen durch Vermittlung Deutschlands mit der westeuropäischen Kultur und der westeuropäischen Wirtschaft in Beziehungen treten können. Es ist erfreulich, daß die Erkenntnis dieser Tatsache auch bei den Polen sich allmählich Bahn zu brechen beginnt. Ein polnischer Schriftsteller Dr. Gustav Doborzhynski ist es, der in der Zeitschrift „Biadomości Polskie“ die Worte auspricht:

Für unser Volk eröffnet sich unter der Hegemonie Deutschlands ein weiter Wirkungskreis. Wir werden für die Deutschen notwendig sein, denn von uns und einigen Tausenden russischer Intelligenz abgesehen, werden sie keine Kulturelemente im Osten vorfinden. Wenn wir das Stärkeverhältnis Deutschlands und seiner Gegner treffend einschätzen, werden uns die deutschen Siege nicht schrecken. Je mehr Einfluß die Deutschen erreichen, desto mehr wird ihr Ausdehnungsbedürfnis befriedigt und desto mehr werden wir im Osten entlastet.“

Ein, wie wir hoffen, nicht im Reichsamt des Innern zustande gekommener Artikel in Nr. 394 der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 4. August d. J. läßt die Polen freundlich ein, ihre Ausdehnungsbestrebungen nach Preußen zu richten. Das interessante Dokument der gegenwärtigen Phase deutscher Polenpolitik schließt:

„Deshalb sollte schärfer betont werden, daß die natürlichen Lebensbedingungen der polnischen Industrie durch die Richtung bestimmt werden, die die Natur ihrem Handel gewiesen hat, und die durch die Richtung ihrer Ströme gegeben sind. Hier kommt in Frage, daß Deutschland Polen gewissermaßen den Ausgang sperrt. Aber das würde für die Wirtschaft selbst kein Hindernis sein, solange es das Mittel der Verträge gibt, die derartige Unannehmlichkeiten mildern oder

beseitigen. Und damit ergibt sich ganz von selbst die Aufgabe der Politik, die auf Grund dieser wirtschaftlichen Unterlage zu treiben ist. Die Annehmlichkeiten solcher Verträge gewährt man nur einem Staate, der sich freundschaftlich zu uns stellt und den guten Willen zeigt, auch seinerseits unsere Interessen zu achten. Polen wird sich also vor die Wahl gestellt sehen, entweder seine Industrie, die Grundlage einer blühenden Volkswirtschaft, im Bunde mit Deutschland zu ent-

wickeln, oder sie derart beengt zu sehen, daß ein gesunder Aufbau und eine Weiterentwicklung unmöglich ist. Das wird auch von den kundigen und vernünftigen Polen selbst eingesehen. Es sollte nur auch von unserer Seite schärfer betont werden; das wäre nützlicher und fruchtbringender als die beständig wiederholte Versicherung, Polen würde sich niemals entschließen, unser aufrichtiger Freund zu sein, weil es auf Rußland als natürliches Hinterland angewiesen sei.“ H.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Gogol. Die Frage, wie weit der geistige Verschmelzungsprozeß zwischen Großrußland und der Ukraina seit der uniformierenden Politik Katharinas der Zweiten vorgeschritten ist, wird heute auf verschiedenen Wegen zu lösen gesucht und verschieden beantwortet. Nicht zuletzt wendet sich der Blick auf die schöne Literatur, insbesondere auf Gogol, den Ukrainer, dem es beschieden war, in der großrussischen Literatur eine hervorragende Stelle einzunehmen. Er war als junger Mann aus der Ukraina nach Petersburg gekommen, um sein Glück zu suchen. Als Verfasser einer Reihe von Skizzen aus dem Volksleben der Ukraina wurde er von Puschkin entdeckt, der ihm zum treuen literarischen Berater und Wegweiser wurde. Die Romanistik Gogols, die zum letztenmal in seiner wundervollen epischen Dichtung „Taras Bulba“ sich voll entfaltet, wick einer geradezu verblühenden Realistik, die in seinen wechselvollen und harten Erlebnissen einen vortrefflichen Nährboden fand. Der „Revisor“ und die „Toten Seelen“ legen für seinen Wandel ein bereites Zeugnis ab. Daß Gogol hier russische Zustände geißeln wollte, ist offensichtlich, ob aber in diesen Werken der Haß des Ukrainers gegen das Großrussentum zum Ausdruck kommt, ist mehr als fraglich. Die schonungslose Enthüllung nationaler Mißstände ist ja in der russischen Literatur nicht

selten und oft genug der Ausfluß eines glühenden Patriotismus; auch hat Gogol, laut eigener Aussagen, dem Wohle Rußlands dienen wollen und bei anderen Gelegenheiten die Zukunft Rußlands in leuchtenden Farben gemalt. Seine Eigenart als Ukrainer, wie sie sich aus seinen Werken heraushebt, bleibt davon natürlich unberührt. Ganz oberflächlich ist es und durchaus im Geiste jener Politik, die Dr. Wilmann in Heft 81 der „Grenzboten“ geißelt, aus den jüngst in deutscher Übersetzung von Alexander Eliasberg erschienenen „Ukrainischen Geschichten“ Gogols (Verlag von Gustav Neumann in Weimar, broschiert 2 Mark, geb. 8 Mark) irgendwelche Schlüsse auf politische Zusammengehörigkeit oder Divergenz ziehen zu wollen, wie es Grabowsky in Heft 16 seines „Neuen Deutschland“ tut. Er sagt dort, daß in den Erzählungen nur ganz selten abfällige Urteile über die „Moskowiter“ gefällt werden, während sich allerorts zahlreiche Angriffe auf die Polen und auch auf den Katholizismus finden. Nun besteht ja tatsächlich eine historische Feindschaft zwischen den Polen und den Ukrainern und sie kommt auch in der zweiten Erzählung „Schreckliche Rache“ zur Geltung, insofern als von blutigen Kämpfen zwischen Kosaken und Polen berichtet wird, freilich ohne daß sie ihren wesentlichen Inhalt bestimmen, aber die Darstellung ist durchaus

keine tendenziöse, ja es wird gelegentlich sogar auf Kämpfe hingewiesen, die im Bunde mit den Polen ausgefochten wurden, und irgendein Anhaltspunkt für die Konstruktion völkischer Gegenfälschlichkeiten und Übereinstimmungen findet sich in den beiden anderen Erzählungen, die keinen kriegerischen Charakter tragen, überhaupt nicht. Gogol läßt seiner Phantasie die Zügel schießen und erzählt in der ihm eigentümlichen scharf zupackenden Weise von wunderbaren, grausigen Ereignissen, in denen Hexen und Zauberer die entschei-

dende Rolle spielen. Uns muten diese Dichtungen in ihrer ganzen Anlage fremd an, aber immerhin sind sie lesenswert, weil in ihnen viel Charakteristisches zutage tritt: volkstümliche Überlieferungen, uns neue und interessante Lebensformen, die heute zwar nicht mehr bestehen, aber doch das Bild der modernen Ukraina und ihrer Bevölkerung zu beleben und zu bereichern geeignet sind. — Die Übersetzung ist im ganzen zu loben.

M. K.



Bezugspreiserhöhung

Vor einem Jahre sind wir das erstemal an unsere Leser herangetreten, um die Bezugspreiserhöhung, zu der wir gezwungen waren, zu rechtfertigen. Die damaligen Gründe haben sich nun leider wiederum derartig verdichtet, daß wir zu einer neuen Preiserhöhung schreiten müssen. Aus den Notizen, die letzstens durch die ganze Tagespresse liefen, ist bekannt geworden, daß die Drudereien ab 1. August weitere 25 Prozent und ab 1. Dezember noch weitere 15 Prozent Aufschlag nehmen. Das sind 40 Prozent Mehraufschlag innerhalb eines Vierteljahres! — Der bisherige Aufschlag betrug bereits 80 Prozent, er erhöht sich also bis 1. Dezember auf 120 Prozent! Dazu kommen die um ein vielfaches gestiegenen Papierpreise, die ebenso gewachsenen Buchbinderkosten und die auf einer unerträglichen Höhe stehenden allgemeinen Unkosten. Alles in allem bedeutet das eine so gewaltige Belastung des Verlages, daß zu unserem großen Leidwesen eine neue Festsetzung des Bezugspreises unausbleiblich wird. Um nur einen Teil der Mehrkosten zu decken, müssen wir den Vierteljahrespreis auf 9 Mark, den Preis für das Einzelheft auf 1 Mark erhöhen. Diese Preise gelten für die Folge auch für alle Nachbestellungen von Vierteljahren und einzelnen Heften seit 1914.

Verlag der Grenzboten G. m. b. H.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Rachdruck sämtlicher Anträge nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Nichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
 An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
 Fernsprecher des Herausgebers: Amt Richterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Sögelow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 86/87.



Der Völkerbund

Von Dr. Trautmann

Motto: Der wirklich gläubige Anhänger des Völkerbundes sollte der eifrigste Befürworter dafür sein, den Krieg zu einem erfolgreichen Ausgang zu führen.



Die Welt brennt in einem feurigen Ofen und alle Nationen tragen Kohlen herbei, um die Glut noch glühender zu machen, in der man sich gegenseitig zu verbrennen sucht. Zwar ist auf einer Seite — auf Seiten der Mittelmächte — mehrfach die Vereinwilligkeit erklärt worden, das Rasen einzustellen, aber jenseits des Kanals und jenseits des großen Wassers hat diese Erklärung kein freundliches Echo gefunden: Balfour, Wilson, Churchill, sie alle suchen mit tönenden Phrasen die ermattenden Völker zu erneuter Kraftanstrengung aufzustacheln. Der australische Premierminister Hughes spricht sogar vom nächsten Krieg gegen Deutschland. Und während diese Rufe des Hasses ertönen und während man alle Machtmittel zusammennimmt, um uns in den Staub zu werfen und uns zu vernichten, singt man uns zu gleicher Zeit eine andere Melodie, die Melodie von dem zukünftigen Bunde der Nationen, in dem die Völker wie die Brüder miteinander leben sollen, nicht gestört durch brudermörderischen Krieg, vereint zum Schutze für den Frieden, und diese Melodie wird zum Teil von denselben Leuten gespielt, die jetzt den Krieg bis zum Ende verkünden.

Lloyd George stellt sich in seiner Baptistenkapelle auf die Kanzel und wählt das Evangelium der Brüderlichkeit zu seinem Thema, die Welt sei schlecht gewesen vor dem Kriege, jetzt sechte man für Freiheit und Demokratie, aber niemand könne wissen, wie lange der Kampf dauere, aber die Rekonstruktion einer neuen Welt der Brüderlichkeit und Freundlichkeit nach dem Kriege müsse schon jetzt vorbereitet werden.

I.

Die Völkerbunds-idee, die die Engländer jetzt propagieren, ist in diesem Kriege zuerst von Wilson mit Energie aufgenommen worden. Er hat die Friedensorganisation aller Völker nicht zum ersten Male in seiner letzten Rede am 11. Juli berührt. Von jeher hat er seinen Worten gern den hohen Schwung begeisterter idealer und prophetischer Lehren gegeben. Als Apostel der Menschheit wünscht er die Völker zu neuen glücklichen Zuständen zu führen und für den Frieden zu einigen — nachdem er vorher das ihm verhaßte militärische Deutschland zu Staub zertrümmert hat. Zielt doch in seiner letzten Proklamation an Washingtons Grabe jedes seiner Worte auf Deutschland. „Jede Macht soll vernichtet werden, die für sich allein oder heimlich den Frieden der Welt stören kann, oder wenn sie

nicht vernichtet werden kann, zu tatsächlicher Machtlosigkeit herabgedrückt werden.“ Er meint damit Deutschland, das er für den Urheber des Weltkrieges hält. „Alle territorialen und Souveränitätsfragen sollen durch freie Annahme der Regelung durch die betroffenen Völker erledigt werden.“ Er zielt damit auf Eljaß-Lothringen und die Abschaffung der Hohenzollern-Dynastie. „Alle Völker sollen einwilligen, sich von den Grundsätzen der Ehre und Achtung leiten zu lassen, dergestalt, daß alle Versprechungen und Verträge gewissenhaft gehalten, keine Sonderanschläge und Verschwörungen angezettelt und wechselseitiges Vertrauen auf der Basis wechselseitiger Achtung vor dem Recht geschaffen wird.“ Alles das richtet sich gegen uns, als denjenigen Staat, der nach dem Urteil Amerikas die Verträge über Belgien gebrochen, Sonderanschläge und Verschwörungen in den Vereinigten Staaten angezettelt und nach Wilsons Meinung das Recht mit Füßen getreten hat. Wilsons Bild mutet uns an wie das des Pharisäers, der vor die Welt und Gott tritt, auf seine Verdienste hinweist und Gott preist, daß er nicht ist, wie jener Zöllner. Christus würde sicherlich zu ihm treten und ihm auf seine erhabenen Reden antworten: was siehst Du nur den Splitter in Deines Bruders Auge und hast nicht Acht auf den Balken in Deinem eigenen? Auch seine Völkerbundsidee ist eine pharisäische. Denn es ergibt sich klar aus Wilsons Worten, daß nach seiner Idee die kommende Friedensorganisation in erster Linie mitgegründet werden soll, um solche „Räuberstaaten“ wie Deutschland im Interesse der Entente und Amerikas zu beaufsichtigen und politisch unschädlich zu machen.

Das hat auch Balfour ganz deutlich gesagt: erst die Unterwerfung Deutschlands und dann als Supplement: Die Liga der Nationen zur Erzwingung des ewigen Friedens — um der Entente die Siegesfrüchte dauernd zu sichern. — So malt sich die Welt in den Köpfen Wilsons und der englischen Konservativen.

Weniger offen pflegen sich die englischen Liberalen auszudrücken. Sie sind außenpolitisch vorsichtiger, legen sich nicht fest und schägen die Wirklichkeit anders und besser ein. Asquith hat mehrere Male die Notwendigkeit des Völkerbundes betont. In derselben Rede im Aldwychklub, in der er die Entschlossenheit Englands, to press on to the final accomplishment, hervorhob, sagte er, es sei „nur ein Friede wert geschlossen zu werden und zwar ein solcher, der einen neuen Weg allen Völkern, großen und kleinen, frei von Zoll, eröffne, einen Weg, der gesichert sei durch den gemeinsamen Willen und wenn nötig durch die gemeinsame Macht für den weiteren Fortschritt der Menschheit.“ Das klingt im Ton immerhin anders als Balfours Rede.

Nimmt man es zusammen mit seinen Worten vom final accomplishment, so könnte man trotzdem der Ansicht sein, daß es sich hier lediglich um eine andere Methode handelt, im Grunde aber die Sache und die Gefühle des Redners dieselben seien. Und sicherlich — wenn es nach dem Herzen Asquiths gehen könnte, so würde er zweifelsohne und allzugern mit Balfour sein vollstes Einverständnis erklären, aber er ist sich wohl klar darüber, daß es nicht so gehen kann. Denn die Rede Asquiths enthält unter anderem doch auch den bekannten Ruf nach Wahrheit, nach der vollen Wahrheit, es ist diejenige Rede, in der den Engländern Geduld und Mut und Ruhe zugesprochen wird. Wir kennen ferner Asquiths Äußerung zu Bonar Law's Rede, in der er in harter Kühle ausspricht, daß jetzt nicht die Zeit für Phrasentum und Rhetorik sei (er kennzeichnet Bonar Law's Äußerungen als undue, articulate and vocal self-confidence). — Sollte also bei Asquith die idealistische Betonung des englischen Kriegszieles im Grunde weiter nichts sein als das Sicherheitsventil, das gezogen wird in dem Gefühle, daß die Sache wahrscheinlich doch nicht so aussehen wird, wie Lloyd George, Bonar Law und Balfour es träumen? Soll die Gesellschaft der Nationen, wenn der erhoffte Waffenstillestand ausbleibt, schließlich das ersetzen, was England auf dem Wege der Gewalt nicht erreichen kann? Nehmen wir Greys letzte Auffsehen erregende Äußerung zu Hilfe, um zur Klarheit zu kommen.

Das Charakterbild von Grey schwankt in der Geschichte. Nach den Lichnowsky-Entwürfen wird er in England als der Mann hingestellt, „der mit

vollkommenem Desinteressement gearbeitet hat, um diesen Krieg zu verhüten und der die Größe der Weltkatastrophe voraussah. Seit Jahren habe er sich bemüht, auf jede Weise Brücken zu bauen zwischen den streitenden Nationen und Gruppen und mehr als einmal habe er den Konflikt abgewandt, der sich schließlich (natürlich durch Deutschlands Schuld) als unvermeidlich herausstellte." Bei uns in Deutschland ist Grey umgekehrt in weiten Kreisen des Volkes eine Art Popanz oder schwarzer Mann, der konsequent für den Kriegsausbruch tätig gewesen ist und die Katastrophe herbeigeführt hat. Wollen wir seinen jetzigen Schritt richtig beurteilen, so müssen wir uns von dem einen wie von dem anderen Extrem freihalten. Wir wissen, daß Grey während des ersten Balkankrieges, der bosnischen und albanischen Krise nicht für den europäischen Krieg gearbeitet hat, sondern Deutschlands Anstrengungen für den Weltfrieden unterstützte. Wir wissen aber zu gleicher Zeit, daß alles, was England während des letzten Jahrzehntes zum Zusammenschluß Europas gegen Deutschland getan hat, mit auf die Initiative und tätige Mitarbeit Greys zurückzuführen ist. Er hat die politische Konstellation tätig mit vorbereitet, die zum Kriege führen mußte, wobei er bis zuletzt das moralische Hinterpförtchen für sein eigenes Gewissen offen ließ, daß er den Ausbruch des Krieges selbst nicht gewollt habe. Daß hinter dem von ihm ausgebauten Schema französische Neugierlust und russische Gewissenlosigkeit alles taten, um den Konflikt herbeizuführen und England schließlich eine den Kriegsausbruch begünstigende und den Entschluß seiner Verbündeten fördernde Haltung einnehmen mußte, das alles ist mit auf Greys Konto zurückzuführen. Er hat die Fundamente gebaut, die schließlich nur eine Krönung des Gebäudes zuließen, die, von der König Eduard träumte. Grey wurde zum Verbündeten serbischer Königsmörder, französischer Chauvinisten und russischer Panславisten, ließ durch seine soldatischen Kollegen Konventionen mit Frankreich für den Kriegsfall mit Deutschland und das Zusammenarbeiten zwischen Frankreich und England bis ins detail vorbereiten und legte selbst den Grundstein für eine russisch-englische Marinekonvention. Möglich, sogar wahrscheinlich ist, daß sich Grey bis zuletzt eingebildet hat, trotz allem die Fäden so in der Hand zu halten, daß er im gegebenen Momente für den Frieden arbeiten könne, daß er glaubte, um einen seiner Lieblingsausdrücke zu gebrauchen, die Hände frei zu haben. Während der Weltkriege hat er selbst sehen müssen, daß dies nicht der Fall war. Er wurde durch die Macht seiner eigenen früheren Taten gezwungen, so zu handeln, wie er nachher handelte. Grey ist der Mann mit dem Bemühen, das persönliche gute Gewissen und das Gesicht zu wahren, und seinen Handlungen eine solche äußere Form zu geben, daß er immer in der Lage zu sein glaubte, persönlich seine bona fides nachzuweisen. Nach diesem Grundsatz benahm er sich bei seinem halb gelogenen, aber den Buchstaben nach wahren Erklärungen über das Nichtvorhandensein eines britisch-französischen Vertrages, nach ihm handelte er während der Krise, als er die Konferenz für Regelung der serbisch-österreichischen Differenz vorzuschlug, von der er von vornherein wußte, daß sie für Österreich-Ungarn und Deutschland unannehmbar sein mußte. Er ist der Mann, der bei der Abrechnung auch dem lieben Herrgott gegenüber schwarz auf weiß sein Alibi und seine Unschuld will beweisen können, der aber zugleich den englischen Interessen so dienen will, wie er oder die Beute, die ihn schoben, das für erforderlich hielten und der dabei schließlich alle Mittel anwendete.

Grey, der einer englischen Regierung angehörte, die jetzt nicht mehr am Ruder ist, hat in diesen Tagen eine Broschüre über den Völkerverbund veröffentlicht, die überall in England die größte Beachtung gefunden hat, und nicht nur dort, sondern auch in anderen alliierten und neutralen Ländern. Neuter hat in alle Welt Auszüge daraus verbreitet. Unsere Presse hat den wesentlichen Inhalt der Broschüre wiedergegeben. Diese Broschüre ist ein echter Grey. Sie beruhigt das Gewissen des Staatsmannes, dem ein großer Teil der Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges zufällt. Er kann schwarz auf weiß den Nachweis führen, daß er noch während des Krieges für den Frieden der Menschheit gearbeitet hat.

Diese Arbeit aber stört nicht nur die Kriegsführung seines Volkes nicht, sondern fördert sie wohl moralisch wie politisch. Schließlich bietet sie auch noch eine Gelegenheit, um propagandistisch aus so autoritärem Munde, wie es der von Grey ist, Deutschland als das schwarze Schaf in der Gesellschaft der Nationen hinzustellen.

Ich will keineswegs sagen, daß dies die einzigen Beweggründe waren. So roh konstruiert ist das Empfinden dieses Mannes nicht. Im Gegenteil, Grey ist auch gewiß aufrichtig davon überzeugt, daß die Schrecken des Krieges so groß sind, daß es unabweisbar ist, wenigstens einen Ausweg zu suchen, wie der nächste große Krieg abgewendet werden soll. Er selbst fühlt die Furchtbarkeit des gegenwärtigen Weltkrieges mit allen Verwüstungen, die er für die Menschheit bringt:

„In diesem Kriege steht mehr auf dem Spiel als die Existenz individueller Staaten oder Reiche oder das Schicksal eines Kontinents. Die ganze moderne Zivilisation steht auf dem Spiele. Und ob sie untergehen und zerstört werden wird, wie dies mit früheren Zivilisationen älteren Typs geschehen ist, oder ob sie leben und fortschreiten wird, hängt davon ab, ob die Nationen, die in diesem Kriege engagiert sind, und sogar diejenigen, die Zuschauer sind, die Lektion lernen, wie die Erfahrung dieses Krieges sie lehrt.

Mit den Staaten verhält es sich wie mit den Individuen. In den großen Prüfungen des Lebens müssen sie entweder besser oder schlechter werden. Sie können nicht stillstehen. Und dieser Krieg ist die größte Prüfung, den die Geschichte aufzeichnet. Wenn der Krieg die Menschheit nicht eine neue Lektion lehrt, die so die Gedanken und Gefühle der Überlebenden oder ihrer Nachfolger beherrscht, daß sie neue Dinge möglich macht, dann wird der Krieg die größte Katastrophe, die härteste Prüfung und das schwerste Leiden sein, das die Menschheit je gesehen hat.“

So spricht sicherlich ein Mann, der von seiner Sache überzeugt ist, und dem es mit Ernst um die Sache zu tun ist, für die er eintritt. Er verlangt diesen Ernst auch von den Staatsleitern, die sich mit seiner Idee beschäftigen sollen. Nicht „Lippendienst“ sollen die Staatsleiter der Idee leisten, sondern sie soll einen aktiven Inhalt ihres politischen Programmes bilden. Es sei einige Aussicht dafür vorhanden, daß dieses Programm in die Wirklichkeit überführt wird, denn Wilson habe sich seit Beginn des Krieges mit ihm beschäftigt und in England habe die Idee weitverbreitetes und herzliches Entgegenkommen gefunden. Nur das militäristische Deutschland sei Gegner der Idee.

Grey scheut bei dieser Gelegenheit nicht davor zurück, auch der Entente ins Gewissen zu reden.

„Die Nationen sind jetzt zu der großen Krise gekommen, wo die unerbittliche Lehre „Verne oder gehe unter“ für sie anwendbar ist. Die Vereinigten Staaten und die Alliierten können die Welt vom Militarismus nicht retten, wenn nicht Deutschland die Lektion voll und ganz lernt. Und sie werden nicht durch vollständigen Sieg über Deutschland die Welt oder sich selber retten, bis auch sie die Lektion gelernt haben oder anwenden, daß der Militarismus der tödlichste Feind der Menschheit ist.“

Auf beiden Seiten soll also vom Militarismus Abstand genommen werden im Interesse der Menschheit. Daß Grey vor der neuen „Jaturnischen Ara“ noch den Sieg der Entente über Deutschland wünscht und will, sagt er nicht ausdrücklich. Er hätte aber wohl kaum seine Broschüre geschrieben, wenn er noch an diesen Sieg glauben würde. Ihn bewegt offenbar ein furchterregender schrecklicher Gedanke. Wie, wenn dieser Krieg, wie es wahrscheinlich ist, nicht den vollständigen Waffensieg der Entente über Deutschland bringen sollte?

Die Deutschen haben eine rücksichtslose und unbeschränkte Anwendung der wissenschaftlichen Ideen auf die Zerstörung des menschlichen Lebens, sowohl der Kämpfer wie der Nichtkämpfer erzwungen. Sie haben der Welt gezeigt, daß jetzt und fürderhin Krieg dies und nichts anderes zum Ziele hat. Wenn es nach zwanzig- oder dreißigjährigem Fristablauf zu einem neuen Kriege kommt,

wie wird der aussehen? Wenn es zu einer konzentrierten Vorbereitung für mehr Krieg kommt, so werden die Untersuchungen der Wissenschaft künftighin den Entdeckungen der Methoden gewidmet sein, durch die die menschliche Rasse zerstört werden kann. Diese Entdeckungen können nicht auf eine Nation beschränkt bleiben, und ihr Ziel: vollkommene Zerstörung, wird hiernach vielmehr erreicht werden, als in diesem Kriege."

Es ist der Schrecken eines neuen Krieges für England, für die Menschheit, der Grens Gemüt bewegt. Ähnliche Gedanken sind vor der Grenschen Broschüre von J. G. Wells und Sir Gilbert Murray ausgesprochen worden. Sie sind der ernste politische Grund, der den Erwägungen der englischen liberalen Politiker jetzt zum Ausdruck verholfen hat. Was wird aus England, was wird aus der Welt, wenn dieser Krieg, wie es scheint, nicht zu dem erwünschten Ziel des endgültigen Sieges der Entente über Deutschland führt? Es muß ein Mittel gefunden werden, um das zu verhüten, und das kann nur gefunden werden durch Einrichtung einer großen Völkerrechtsgemeinschaft, die dafür sorgt, daß diese schreckliche Katastrophe nicht eintritt.

Die Völkerbundidee der englischen Liberalen ist der praktisch-politische Ausdruck der Erkenntnis, daß England diesen Krieg nicht gewinnen kann.

Und weil er dieser Ausdruck ist, geht die jetzige englische Regierung, wie die Äußerungen vor allem Lord Curzons zeigen, sehr ungern und nur gebrängt von der englischen öffentlichen Meinung und von der Autorität Grey an sie heran, wollen die englischen Konservativen nichts davon wissen, ebenso wenig wie die französische Regierung und die überwiegende Mehrzahl der französischen Zeitungen mit Ausnahme der sozialistischen Preßorgane.

Und das — trotzdem sich die Grensche Broschüre, wie ich schon oben gesagt habe, gut zur Propaganda verwerten läßt. Denn sie zeigt den deutschen Militarismus als Gegner der Völkerbundidee, macht also der ganzen Welt und vor allem auch demjenigen Teil der deutschen öffentlichen Meinung, der solchen Erwägungen zugänglich ist, die Notwendigkeit der Vernichtung des deutschen Militarismus und der Abschaffung der gegenwärtigen deutschen Regierung klar.

"Nichts wird dies (Deutschlands Opposition gegen die Völkerbundsidee) ändern, als eine Überzeugung des deutschen Volkes, daß die Anordnung der Gewalt schließlich ihm selbst ebensoviel Leiden bringt als den anderen und daß Sicherheit, basiert auf Gesetz und Vertrag und ein Gefühl gegenseitigen Vorteils, besser ist als das Risiko, die Gefahren und Leiden eines Strebens nach Oberherrschaft und die Anstrengungen diese zu erreichen. Diese Überzeugung muß so auf sie wirken, daß die Militärpartei, ihre Politik und Ideale von der Macht in Deutschland entfernt werden."

Deutschland wird nach wie vor als diejenige Macht hingestellt, „deren Herrscher vorhaben, zukünftige Kriege dadurch zu vermeiden, daß sie die Welt-herrschaft Deutschlands für immer aufrichten wollen“. Dies alte Argument, das nur dazu bestimmt ist, Englands eigenen Kampf um seine schon bestehende Welt-herrschaft zu verdecken, verfängt immer noch bei den Neutralen — trotz Kühlmanns und aller offiziellen deutschen Erklärungen.

Bei Österreich-Ungarn wird insofern Stimmung gemacht, als dessen Bereitschaft festgestellt wird, auf die Völkerbundideen einzugehen, im Gegensatz zu Deutschland, „um heimlich sich eine wirkliche Garantie für seine Zukunft, nicht allein gegen seine alten Feinde, sondern vor allem gegen die preußische Herrschaft zu verschaffen."

So dient die Grensche Broschüre propagandistisch recht geschickt den Zwecken bei den Neutralen, für England als den Völkerbeglüder Stimmung zu machen, Deutschlands Bundesgenossen gegen Deutschland aufzuheben und in Deutschland selbst zwischen den Parteien Unfrieden zu säen.

Die Grenschen Vorschläge haben den weitesten Widerhall gefunden.

Obwohl auf ihren Inhalt eingegangen wird, mag kurz die Haltung der englischen und französischen Öffentlichkeit zu ihnen berührt werden, diejenige politische

Richtung in England, deren Sprechorgan die „Morning Post“ ist, und die noch an den Sieg Englands glaubt, will natürlich absolut nichts von den Greyschen Weltbeglückungsideen wissen. England kämpfe für seinen Sieg, nicht aber um anderer Ziele willen. Deutschland und Österreich allein hätten den Krieg gewollt, sie mühten dafür bestraft und eine nochmalige Wiederholung eines solchen Unternehmens unmöglich gemacht werden. Zeige Deutschland wirkliche Reue, was aber wahrscheinlich bei der gegenwärtigen Generation unmöglich sei, so könne dann vielleicht die Frage seiner Zulassung zu einer Alliance der freien Nationen diskutiert werden, vorläufig nicht. Es gibt sogar Äußerungen englischer Presseorgane dieser Richtung, die die ganze Völkerbundsidee als heimliche deutsche Rache hinstellen und dadurch in England zu diskreditieren suchen.

Eine zweite Kategorie sind diejenigen Kreise in England, welche finden, daß die Greyschen Ideen zwar ein wundervolles Propagandamittel sind, zu dem man sich bekennen, daß aber besser nicht in die Wirklichkeit überführt werden sollte. Ich glaube, daß Lloyd George selbst auf diesem Standpunkt steht. Die Art und Weise, wie sich Lord Curzon über den Völkerbund ausgesprochen hat, scheint mir diese Annahme zu bestätigen. Lord Curzon hat vor allem auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die der Idee und ihrer Ausführung, vor allem auch der etwaigen Beschränkung der Rüstungen, zugrunde liegen würden. Es sei sehr fraglich, ob die Staaten diejenige Beeinträchtigung ihrer Souveränität dulden werden, die jede Oberaufsicht über ihr Benehmen mit sich bringen würde.

England fürchtet eine Kontrolle und Beschränkung seiner Rüstungen zur See und seiner zukünftigen Politik.

Ferner hat Curzon auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche die Zulassung eines „triumphant und unrepentant Germany“ zum Völkerbund mit sich bringen müssen. England hoffe zwar nicht mit einem ungeschlagenen und nicht reuigen Deutschland zu tun zu haben, aber, wenn es ein solches Deutschland in der Hand habe, so käme doch wohl eher als eine Liga der Nationen für die Aufrechterhaltung des Friedens eine Liga der gegenwärtigen Alliierten für eine Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit in Frage. Diese existiere ja schon jetzt und mache zwei Fünftel der menschlichen Rassen aus.

Also Lord Curzon glaubt nicht an die politische Zweckmäßigkeit der Greyschen Idee eines Völkerbundes mit Deutschland, sondern möchte viel lieber die gegenwärtige Koalition gegen Deutschland für die Ewigkeit aufrechterhalten.

Lloyd George selbst hat sich noch nicht ausführlich und eingehend zu der Völkerbundsidee und ihren Einzelheiten geäußert. Wir wissen aus Parlamentärsäußerungen anderer englischer Kabinettsmitglieder als Curzon und George nur, daß die englische Regierung den Plan des Völkerbundes studieren läßt, die Greysche Broschüre verbreitet und daß im übrigen in der englischen Presse die Nachricht lanciert worden ist, Grey habe seine Broschüre im Auftrage der Regierung geschrieben; daß dies wirklich der Fall gewesen ist, darf nach der Äußerung Lord Curzons füglich bezweifelt werden.

Schließlich möchte ich mit einem Worte nochmals auf die Haltung der liberalen Kreise zu den Greyschen Ideen zu sprechen kommen. Aber Asquith habe ich schon gesprochen. Die Kreise um die „Nation“, um Wells, Dickinson und Murray sind, wie ich schon andeutete, zweifellos überzeugte Anhänger der Idee, Leute wie Wells und Arnold Bennett unbedingt aus der ehrlichen Überzeugung heraus, es müsse ein Mittel gefunden werden, um der Menschheit die Wiederholung ähnlicher Greuel zu ersparen, wie sie sie jetzt durchmacht. Ich erinnere an das bekannte Buch von Wells „Mr. Britling sees it through“ und die dort von dem Helden des Buches erwogenen Pläne für ein „better government of the world“. Ich verweise auf das Buch von Wells „In the fourth year“, wo er ähnlich wie Grey, aber in anschaulicher Weise die Greuel eines etwaigen neuen großen Weltkrieges schildert. Der Gedanke an eine „die Zivilisation selbst vernichtende Entwicklung der Kriegstechnik“ und der Gedanke an die Unmöglichkeit eines englisch-amerikanischen Sieges in diesem Kriege ist offenbar das Leitmotiv

dieser Richtung. In anderen liberalen Kreisen wird ebenfalls die Idee akzeptiert und eifrig propagiert, aber doch mit gewissen Einschränkungen. Deutschland muß, das klingt aus vielen Presseäußerungen hindurch, jedenfalls durch das Resultat dieses Krieges so entmutigt werden, daß es ein für allemal seine bisherigen Machtideen aufgibt. Das Motto des Völkerbundes darf nicht, wie „Ball Wall Gazette“ sagt, sein „forgive and forget“, sondern „remember and apply“. Das klingt doch schon reichlich stark an die Balfoursche Idee an.

Wichtig ist, wie sich die englischen sozialistischen Kreise zu der Völkerbund-idee verhalten. Ich spreche nicht von denjenigen sozialistischen Kreisen, die sich wie Ramsay Mac Donald ihrer ganzen Gesinnung nach ohne weiteres vorbehaltlos auf den Boden der Idee stellen und dafür mit ihrer ganzen Autorität eintreten, (leider reicht diese Autorität nicht eben weit); ich spreche auch nicht von jener Richtung, die sich um Thorne und seine Gesinnungsgegnossen herum gruppiert. Diese sind Chaubinisten und Tusquaboutisten und können ruhig mit den Morningpost-leuten auf eine Stufe gestellt werden. Ich spreche von den Kreisen um Thomas, Genderson, Barnes, die der Idee sympathisch gegenüberstehen. Charakteristisch aber für die nicht ganz bona fide-Haltung einzelner von ihnen ist die Rede von Barnes in Dartford, die die Notwendigkeit einer Konferenz der Alliierten zum Zwecke der Inaugurierung eines Völkerbundes zum Gegenstand hat. An den Anfang seiner Rede stellte Barnes den Satz: er sei nicht da, von Frieden zu sprechen, wo es keinen Frieden geben könne, er bleibe vielmehr mehr als je davon überzeugt, daß die Niederlage des deutschen Versuchs, Europa zu beherrschen, unumgängliche Vorbedingung für den Beginn und die Dauer irgend eines gerechten Friedens sein müsse.“ Er würde zufrieden sein, wenn der Völkerbund jetzt von den Ententemächten gebildet werde, vorausgesetzt, daß das Tor für andere Mächte zum späteren Eintritt offenbleibt. Der Einfluß Deutschlands solle nicht als eine Gunst für Deutschland betrachtet werden, sondern vielmehr ein Anfluß müßte von ihm verlangt werden.*) (but rather as something to which she should be required to subscribe). Barnes charakterisiert sodann die Grundlagen eines Völkerbundes, wie er ihn sich denkt: Erleichterung der Rüstungen, Ausschaltung der Privatprofite bei der Rüstungsindustrie, Abschluß einer Defensiv-Allianz zunächst zwischen den Alliierten, ausgehend vom supreme war council der Alliierten, mit gegenseitiger Schiedsgerichtsverpflichtung. Darauf solle Deutschland die Hoffnung genommen werden, daß noch andere Mächte ähnlich wie Rußland zusammenbrechen werden. Barnes nennt das: pooling the resources of the allies for the future peace reconstruction. Dieses pooling müsse allerdings so elastisch sein, daß der Zutritt anderer Nationen möglich sei. Barnes glaube, daß wenn sich Deutschland einer solchen Tatsache gegenüber sehen werde, dies das deutsche Volk veranlassen werde, sich von seinen gegenwärtigen Zuchtheisern zu befreien. Wir finden also auch bei den Sozialisten zum Teil die Ideen wieder, die von Wilson laut proklamiert und von Grey zart angedeutet sind: Befreiung Deutschlands von den Hohenzollern.

II.

Die französische Öffentlichkeit verhält sich mit Ausnahme der sozialistischen Presse ziemlich ablehnend gegen die Völkerbunds-idee. Sie bemüht sich dort, wo sie nicht glaubt, um die Idee überhaupt herumzukommen, sie dahin umzubiegen, daß zunächst eine Liga der Alliierten untereinander gebildet werden soll und daß der Eintritt der Feinde der Entente vorläufig nicht erörtert wird.

Zimmerhin hat sich die französische Regierung bereits dazu verstehen müssen, eine Kommission einzusetzen, welche die Frage des Völkerbundes studiert und einen Bericht darüber herstellt. Die Kommission wurde von Ribot, dem damaligen Minister des Äußern und Ministerpräsident am 22. Juli 1917 unter dem Voritz

*) Require ist schärfer wie verlangen — request. Subscribe bedeutet hier mehr Anfluß oder Eintritt (wie die Subscription in einem Verein), als Unterschrift.

des bekannten französischen Politikers und Delegierten Frankreichs auf der zweiten Haager Friedenskonferenz Leon Bourgeois eingefügt. Der Abgeordnete Raiberti hat in seinem Bericht über das Budget des Ministers des Äußeren für 1918 ein kurzes Résumé über die Arbeiten der Kommission gegeben. Danach hat am 17. Januar 1918 Bourgeois ein Exposé über die Prinzipien der *société des nations* abgeliefert, unter der jedenfalls nicht die Begründung eines neuen internationalen Staatswesens zu verstehen sein soll, das über den Staaten steht, sondern die lediglich die Aufrechterhaltung des Friedens durch Ersetzung der Gewalt durch das Recht zum Ziele hat. Die Kommission hat also von vornherein „jede Unruhe wegen etwaiger Eingriffe in die Souveränität der Staaten“ entfernt. Im übrigen ist vorgeschlagen worden, daß die ausgearbeiteten Grundsätze, die im einzelnen nicht veröffentlicht worden sind, schon jetzt dem Urteil der übrigen Ententestaaten unterbreitet werden, damit die Einheit ihrer Anschauungen vor der Eröffnung der Friedensverhandlungen herbeigeführt wird und die Feinde der Entente nicht etwa als Überraschung irgendwelche Bestimmungen einführen könnten, die die „Regeln der Gerechtigkeit und des Rechts“ beeinträchtigen oder kompromittieren könnten, ohne welche kein Frieden hergestellt und aufrecht erhalten werden kann.“ Der Rapport von Bourgeois zerfällt in mehrere Einzeldarstellungen (1. Geschichtlicher Teil, 2. Sanktionen — diplomatische, juristische, ökonomische — 3. Herbeiführung einer internationalen Gerichtsbarkeit). — Also in Frankreich sind positive Vorarbeiten im Gange. Bei diesen ist man jedenfalls viel vorsichtiger als dies Lord Grey in seiner Broschüre gewesen ist. Während dieser ausdrücklich davon gesprochen hat, daß der Völkerverbund jedenfalls Beschränkungen der Souveränität der einzelnen Nationen mit sich bringen und daß er unbequeme Verpflichtungen (*inconvenient obligations*) zur Folge haben muß, macht der Rapport von Bourgeois hier gleich von vornherein Einschränkungen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die sehr einschränken den Erklärungen von Lord Curzon im englischen Oberhause mit auf den inzwischen ausgeübten Einfluß der französischen Regierung zurückzuführen sind. Frankreich steht jedenfalls den Ideen Greys — mit Ausnahme seiner Sozialisten — nicht freundlich gegenüber. Der „*Lemps*“ hat ausdrücklich gesagt, daß er voll von Mißtrauen gegen die Greysche Formel sei (*nous demeurons pleins de méfiance à l'égard de cette formule*) und die anderen maßgebenden französischen Blätter haben in dasselbe Horn geblasen. In dem Frankreich Clemenceaus und Richons, die mit den alten aufregenden Phrasen die schon stumpfen Sinne der sonst mit den Nerven erledigten französischen Nation zusammenhalten müssen, kann es ja auch nicht anders sein. Das Hauptargument der französischen Blätter ist das, daß es utopisch sei, im gegenwärtigen Moment, wo die deutsche Armeecompiègne und Paris bedrohe, von einer Gesellschaft von Nationen zu sprechen, bei der Deutschland ein Mitglied sein sollte.

In einem Interview des „*Manchester Guardian*“ vom 8. Juli 1918 (nach „*Matin*“) hat Bourgeois deutlicher seine Gedanken ausgesprochen. Er hat zunächst gesagt, daß es unmöglich sei, die Diskussion des Völkerverbundsproblems länger zu vertagen. Er hat sodann auf der Identität der Anschauungen seines Komitees mit denen des Präsidenten Wilson bestanden (!) — hinsichtlich des Zieles: nämlich des Friedens durch Recht. Realisiert könne der Bund jetzt nur von den Alliierten werden, später könne man den Eintritt offen lassen für solche Nationen, die durch eine demokratische Organisation die nötigen Garantien geben (das geht auf Deutschland.) Im übrigen müsse man jetzt die Liga unter den Alliierten bilden, denn erstens werde dies das Band zwischen ihnen enger ziehen, zweitens sie für die Friedensverhandlungen in dieser Beziehung vorbereiten, drittens den moralischen Einfluß der Alliierten in der Welt vergrößern.

Frankreich wünscht also die Liga nur unter der Entente als politisches und moralisches Kampfmittel gegen Deutschland.

Die weisshweizerischen Zeitungen, die ja gewöhnlich die französischen Anschauungen offener aussprechen, als die Franzosen selbst, sind in diesem Zusammenhange beachtenswert. Sie geben den Befürchtungen Ausdruck, die in Frankreich

angesichts der Greshamschen Formeln herrschen, die man aber aus Rücksicht auf Wilson und Grey dort nicht deutlich auszusprechen wagt. Diese Befürchtungen gehen dahin, daß man einen „weißen, einen hinfenden Frieden“ abschließen könnte. Dies wäre aber unmöglich für Frankreich. Das Bestehen der Zentralreiche sei unvereinbar mit der Idee eines Völkerbundes. Daher müßte zunächst der Sieg auf dem Schlachtfelde erschollen und die Zentralmächte geschlagen werden; erst dann könne man von Völkerbund reden. (Vergleiche „Le Démocrate“ vom 15. und 22. Juni 1918, Perspectives d'après guerre). (Schluß folgt)



Dreihundert Jahre Preußen und Kurbrandenburg

Zum 28. August 1618

Von Dr. Siegfried Fitte



Am 28. August 1618 starb der schwach sinnige Herzog Albrecht Friedrich von Preußen. Sein Nachfolger wurde Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg, und damit kam die seit lange vorbereitete Vereinigung der beiden Länder zu endgültigem Abschluß. War es zunächst auch nur eine Personalunion, noch keine innere Verschmelzung, so darf man doch das Jahr 1618 als das Geburtsjahr des brandenburgisch-preußischen Staates betrachten. Neben der Erwerbung von Kleve, Mark und Ravensberg, die demselben Fürsten gelang, ist es dies Ereignis gewesen, das Friedrich den Großen zu der Bemerkung veranlaßte, erst mit dem Regierungsantritt Johann Sigismunds sei die Geschichte des Hauses Hohenzollern interessant geworden, gerade wie ein Fluß erst von der Stelle seiner Schiffbarkeit ab Bedeutung gewinne.

Gleich der Mark Brandenburg ist auch Preußen ein Glied in jener langen Kette deutscher Kolonien, die seit der Mitte des zwölften Jahrhunderts jenseits der Elbe entstanden und bald in weitem Bogen die ganze Ostseeküste vom südlichen Pommern bis nach Narwa hinauf umfaßten. Was im Havel- und Oberlande die Askaniern, leisteten zwischen Weichsel und Memel die Ritter vom Deutschen Orden, auch sie in Gemeinschaft mit dem ganzen deutschen Volke, dessen schöpferische Lebenskraft sich in der Gründung dieses Neu-Deutschlands im Osten so glänzend betätigte. Der Orden begann sein Werk hundert Jahre nach den Askaniern. Als diese Vorläufer der Hohenzollern nach der Ostsee strebten, kam es um die Wende des vierzehnten Jahrhunderts an der Weichselmündung zum Zusammenstoß. Der große Waldemar wich vor den Deutschrittern zurück, überließ ihnen Danzig und begnügte sich mit dem westlichen Teil Pommerns. Nach dem Tode des tapferen Helden zerfiel die Mark, während in der neu erbauten Marienburg die Hochmeister gewaltig und prächtig geboten. Aber nicht lange dauerte diese Blüte. Die geistlichen Ritter, die sich immer fort aus dem Adel Deutschlands ergänzten, konnten, an ihr Mönchsgelübde gebunden, im Lande keine Wurzeln schlagen. Dagegen hatte sich in den einst wohl auch aus allen deutschen Gauen herbeigeströmten Kolonisten mit der Zeit ein kräftiges Zusammengehörigkeits- und Heimatsgefühl gebildet, und als die Zucht des Ordens sich lockerte, wurde der Zwiespalt zwischen Untertanen und Herren immer heftiger. Rasch brach nach der Vereinigung Litauens und Polens durch den ehrgeizigen Jagiello das Verhängnis herein. Zwar konnte Heinrich von Plauen nach der Schlacht von Tannenberg noch einmal die Marienburg retten — es war in demselben Jahre, wo Kaiser Sigismund den Burggrafen Friedrich zum obersten Verwalter und Hauptmann der Mark ernannte. Doch wie ganz verschieden war hier und dort die weitere Entwicklung. Den beiden ersten Hohenzollern glückte es, den übermütigen Adel und die selbstbewußten Städte niederzuzwingen; in

Preußen schlossen sich Ritterschaft und Städte zu einem förmlichen Bund gegen ihre Oberherren zusammen und suchten und fanden, was das Schlimmste war, bald ihren Rückhalt bei Polen. Der zweite Thorner Friede von 1466 nahm dem Orden Westpreußen mit Ermeland und stellte Ostpreußen unter die Oberhoheit des Polenkönigs. Ein Glück noch, daß Kurfürst Friedrich der Zweite in letzter Stunde die einst von Sigismund an die Deutschritter verpfändete Neumark wieder einlöste und sie so vor slawischen Eroberungsgelüsten sicherte. Es „deuchte“ dem maderen Fürsten, „göttlich, ehrlich und rechtlich, daß solch Land bei deutschen Landen und dem würdigen Kurfürstentum der Mark zu Brandenburg bleibe und nicht zu undeutsch Gezung gebracht werde“. Das Deutsche Reich, selbst hilf- und machtlos und von inneren Kämpfen zerrissen, überließ die ferne Grenzmark ihrem Schicksal. Fünfzig Jahre später nahm Maximilian der Erste wohl einen Anlauf, um den jungen Hochmeister Albrecht aus der fränkischen Linie der Hohenzollern, der dem polnischen Könige den Lehnseid verweigerte, in seinem Widerstand zu unterstützen. Aber bald schwankte der Vielgeschäftige, dem die besonderen Angelegenheiten seines Hauses doch immer am wichtigsten waren, wieder auf die Seite der Jagellonen hinüber, schloß mit dem Herrscher von Ungarn und Böhmen, einem Bruder des Polenkönigs, einen Familien- und Erbvertrag und opferte dieser damals noch sehr flüchtigen Hoffnung, seinen Enteln zwei neue Kronen zu verschaffen, schonungslos den Deutschen Ritterorden. Auf seine flehentlichen Bitten um Hilfe bekam Albrecht den unwirksamen Bescheid: „Es täte ihm leid, daß der löbliche Orden zu seiner Zeit unterdrückt würde, aber er sei mit Geschäften allzusehr überladen.“ Zuletzt hat der Hohenzoller dem polnischen König doch noch den verhassten Lehnseid geschworen. Aber nicht mehr als Hochmeister, sondern als Herzog von Preußen. Schon längst im Herzen der neuen Lehre zugewandt, tat er auf Luthers Rat im Jahre 1525 den entscheidenden Schritt und warf die „törichte und verkehrte Ordensregel“ beiseite. Auch im Lande selbst hatte die Mönchsherrschaft keinen Boden mehr. Schon eilte das Evangelium, wie der Reformator frohlockte, „in schnellem Lauf, mit vollen Segeln“ nach Preußen, und nicht umsonst klang seine Mahnung an „die Herren deutschen Ordens“, die falsche Keuschheit zu meiden und zur rechten ehelichen Keuschheit zu greifen. Gewiß kam es dem neuen Herzog hart an, sich unter das polnische Lehnsgoch zu beugen. Doch unter einer anderen Bedingung hätte der König niemals Frieden gemacht und in Ostpreußen wäre das Slawentum ebenso siegreich eingedrungen wie in dem Lande links von der Weichsel. Nur unter dem Schutze eines deutschen, durch das Erbrecht gesicherten Fürstenhauses konnte deutsche Art und Sitte in dieser gefährdeten Grenzmark kräftig weiter gedeihen. Es bleibt Herzog Albrecht unvergessen, daß er in der Universität Königsberg der deutschen Wissenschaft eine Freistätte gründete. Im übrigen war seine mehr als vierzigjährige Regierung wenig erfolgreich. Er geriet, zum Teil auch durch seinen Mangel an Sparsamkeit, in eine noch schlimmere Abhängigkeit von den Ständen als sein brandenburgischer Vetter Joachim der Zweite und mußte sich, besonders in jenen letzten Lebensjahren, die schimpflichsten Demütigungen gefallen lassen.*) Die polnische Libertät übte auf den an sich schon unbändigen Junkertum der Preußen ihren verführerischen Zauber aus, und wie gern benutzte der Warschauer Hof jede Gelegenheit, um sich der widerspenstigen Untertanen gegen ihren Herrn anzunehmen.

Albrechts Nachfolger wurde sein einziger, erst fünfzehnjähriger Sohn Albrecht Friedrich. Und wie schon im Jahre 1525 sich die Belehnung auch auf Albrechts Brüder und deren Nachkommenschaft erstreckt hatte, so wurde auch jetzt, im Jahre 1569, mit dem jungen Herzog zugleich Markgraf Georg Friedrich, der einzige noch Überlebende von der vor kurzem noch so blühenden fränkischen Linie des Hauses Hohenzollern, mitbelehnt. Hinter dem Gesandten des Markgrafen

*) Ueber die Entwicklung des preußischen Ständetums vergl. bes. Kurt Brehfig „Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg“ XV. (Einleitung).

ergriffen aber auch die Gesandten des Kurfürsten von Brandenburg einen Zipfel der Lehnshahne, und damit ging ein langjähriger Wunsch Joachims des Zweiten in Erfüllung. Schon seit seiner Vermählung mit der polnischen Prinzessin Hedwig hatte er nach dieser Mitbelehnung, deren große Bedeutung freilich erst die Zukunft lehren sollte, gestrebt. Was Melandithons Schwiegersohn, Georg Sabinus, der frühere Rektor der Albertina, eingeleitet hatte, vollendete der berühmte Kanzler Lampert Distelmeier. Daß ein Teil der polnischen Magnaten durch Gold gewonnen wurde, versteht sich von selbst. Doch auch politische Gründe, die Furcht, das eben erst gewonnene Livland wieder an den gewalttätigen Zaren Ivan zu verlieren, die Hoffnung, gegen diese Gefahr bei den Fürsten Norddeutschlands Bundesgenossen zu finden, machte die Polen den brandenburgischen Anträgen zugänglicher. Trotzdem konnte es sich ihr Hochmut nicht versagen, den Huldigungsseid, den die preußischen Stände schon nach den ersten Zusicherungen des Königs den beiden Anwärtern geleistet hatten, feierlich für ungültig zu erklären: beim Heimfall müsse zunächst der Krone der Lehnseid geschworen werden und dann erst dürfe die Huldigung der Stände sich anschließen. Joachim der Zweite aber freute sich seines Erfolges und sah über solche kleinen Widerwärtigkeiten mit der ihm eigentümlichen Leichterzigkeit hinweg. Er liebte es, Feste zu feiern, und so wurde denn der 28. August 1569 ein großer Tag für die Städte Berlin und Cölln. Nach der Art der früheren Fronleichnamsprozessionen bewegte sich ein glänzender Zug durch die Straßen, und im Chor der Domkirche nahm der Kurfürst, dem zum ersten Male die preußischen Fahnen und Wappen vorangetragen wurden, auf einem Thronessel, das gezogene Kürschwert in der Hand, Platz, während der Kanzler in mehr als einstündiger lateinischer Rede die Bedeutung des Errungenen auseinandersetzte.

Kraft und Machtwillen der Hohenzollern waren aber damals nicht bei dem zwar ehrgeizigen, aber weichen Joachim dem Zweiten, auch nicht bei seinem engherzigen Nachfolger Johann Georg, sondern bei dem fränkischen Markgrafen Georg Friedrich, der selbst kinderlos, doch die Interessen des Gesamthauses mit Geschick und staatsmännischer Einsicht vertrat. Im Herzogtum Preußen bemühte er sich um die Vormundschaft für den jungen schon früh in Geisteschwäche verfunkenen Herzog Albrecht Friedrich. Die Oberräte, die höchsten Würdeträger des Landes, die seit der Regimentsnotel von 1542 die ganze Verwaltung an sich gerissen hatten und nur dem Namen nach herzogliche Beamte, in Wirklichkeit Vertreter der Stände waren, fürchteten die feste Hand des Markgrafen und wiesen ihn zurück. Aber einige Jahre später glückte es ihm mit Hilfe des Königs von Polen, dem sie sich denn doch nicht zu widersetzen wagten, sein Ziel zu erreichen, und nun kam für das arg verwahrloste Land eine bessere Zeit, eine kurze Vorblüte jenes segensreichen fürstlichen Absolutismus, den im nächsten Jahrhundert der Große Kurfürst begründete. Bemerkenswert ist, daß Markgraf Georg Friedrich auch den hohenzollernschen Hausbesitz über die Memel hinaus zu erweitern mußte. Zu dem schon durch den ersten Herzog erworbenen kurländischen Amt Grobin mit dem damals noch nicht sehr wichtigen Libau fügte er durch Pfandschaft das noch weiter nordwärts gelegene Stift Pilten hinzu. Erst Johann Sigismund hat auf diese vorgeschobenen Posten zugunsten der Herzöge von Kurland wieder verzichtet.

Georg Friedrich starb im Jahre 1603. Da der preußische Herzog regierungsunfähig blieb, bewarb sich Kurfürst Joachim Friedrich als nächstberechtigter Lehnserbe um die Vormundschaft. Doch die märkischen Stände hatten für alles, was jenseits der brandenburgischen Grenzen lag, kein Verständnis und bewilligten ihm nicht die für Bestechungen in Warschau nötigen Gelder. So waren die Bedingungen, unter denen er endlich die Verwaltung des Landes erhielt, peinlich genug. Preußen wurde fortan fast wie eine Provinz des polnischen Reiches behandelt, zu jeder dort erhobenen Steuer mit einer bestimmten Summe herangezogen, auch Kriegsschiffe sollten erbaut und dem König für einen etwaigen Krieg gegen Schweden überlassen werden. Besonders drückend aber war für die landesherrliche Gewalt eine neue Erweiterung des Appellationsrechtes und die Festsetzung eines freien Geleits und damit einer

zeitweiligen Unantastbarkeit für alle Schützlinge des polnischen Königs. Ebenso wenig wie gegen die Ansprüche seines obersten Lehnsherrn vermochte sich Joachim Friedrich nach unten hin gegen die unbotmäßige Ritterschaft zu behaupten. Sein Aufenthalt im Lande war den Oberräten lästig. „Alle Sachen würden viel besser in S. Kurf. Gnaden Abwesenheit von Statte gehen“, erklärten sie heuchlerisch, und bewogen so den nachgiebigen Herrn wirklich, noch vor Eröffnung des Landtages, Königsberg nach flüchtigem Besuch wieder zu verlassen. Da der blöde Herzog keine Söhne hatte, war mit der brandenburgischen Erbfolge zu rechnen. Aber die Hinneigung zu Polen, „das Polenzen“, wie man in Berlin sagte, war bei den Ständen so stark, daß der Kurfürst, abgesehen von den Städten und einigen Mitgliedern des hohen Adels, gar keinen Anhang im Lande hatte. Um so erfreulicher ist es, aus der Ratsstube der Oberräte auch einmal eine deutsch-nationale Stimme zu vernehmen. Der Kanzler Rappe wies seine Amtsgenossen auf die jammervolle Lage hin, in der sich die anderen nicht polnischen Provinzen des Königreiches, Litauen, Livland, auch das Königliche Preußen, d. h. das 1466 abgetretene Westpreußen, befanden. Darum müsse man Gott danken, daß man „in diesem kleinen Ortchen“ noch bei deutscher Regierung geblieben sei. Sollten sie unter dem Kurfürsten auch viel zu leiden und auszustehen haben, so würden sie doch die Religion, die mit keinem Schätze zu vergleichen sei, deutsches Recht, deutsche Sitte, Sprache und Gebräuche sich erhalten.

Wie groß die nach der damaligen Lage der Dinge völlig unbegründete Furcht vor dem „märkischen Despotismus“ war, erkennt man daraus, daß die adlige Opposition allen Ernstes daran dachte, den armen schwachsinnigen Herzog nach dem Tode seiner Gemahlin wieder zu verheiraten: vielleicht bescherte ihm das Geschick dann doch noch einen männlichen Leibeserben, und der Brandenburger Johann Sigismund, der Ende Juli 1608 seinem Vater in der Regierung gefolgt war und nun mit dem Warschauer Hof über die preußische Vormundschaft verhandelte, hatte das Nachsehen. Nur unter denselben harten Bedingungen wie einst Joachim Friedrich erhielt der neue Kurfürst die gewünschte Vollmacht, und diese Vollmacht sollte sofort erlöschen, wenn der Herzog seine geistige Gesundheit wieder fände. Auch darin gab der König von Polen dem Begehren der widerspenstigen Ritterschaft nach, daß er Kommissare ins Land schickte, um „den alten Zustand“ wieder herzustellen, d. h. um die Macht des Landesherren noch mehr zu erniedrigen. Durch seinen Übertritt zur reformierten Lehre verdarb es Johann Sigismund dann vollends mit dem starrsinnigen Luthertum Ostpreußens und gab so den Polen einen neuen willkommenen Anlaß, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Wie blutiger Hohn klingt es, daß der Katholik und Jesuitenfreund von Warschau einen kurfürstlichen Erlaß, der den lutherischen Predigern das Verlästern und Schimpfen auf den Kanzeln verbot, einfach aufhob und feierlich verkündete, kein Calvinist dürfe ein Amt inne haben, nur Katholiken und Lutheraner dürften die Königsberger Universität besuchen.

Und dennoch erlebte es der so schwer gedemütigte Johann Sigismund noch, daß sich die Vereinigung Preußens mit dem Kurfürstentum ohne alle Schwierigkeiten, fast unmerklich vollzog. Am 28. August 1618 starb der blöde Herzog, und jetzt kam es dem Brandenburger zustatten, daß er schon sieben Jahre vorher die Belehnung mit dem Herzogtum empfangen und sich so auch der Form nach sein Erbrecht gesichert hatte. Wenn aber die Polen sich still verhielten, so hatte das seinen guten Grund. Gustav Adolf stand mit seinem siegreichen Heere in Livland, und man schreckte vor neuen Verwicklungen zurück. Auch die preußischen Stände, des Rückhalts an dem polnischen Oberlehnsherrn beraubt, nahmen das langbefürchtete Ereignis ohne Widerspruch hin. Ueberdies mochte sie die Erwägung trösten, daß die letzten Verfassungsänderungen sie doch zu den eigentlichen Herren im Lande gemacht hatten.

Auf Johann Sigismund folgte schon im nächsten Jahre sein Sohn Georg Wilhelm. So unheilvoll die Regierung dieses Fürsten, der den Nöten des Dreißigjährigen Krieges nicht gewachsen war, auch sonst gewesen sein mag, in Preußen hat er es, wie durch die Forschungen Brehl's festgestellt worden ist, mit

Geschied verstanden, seine landesherrliche Gewalt zu verstärken. Am 27. September 1641 leistete sein junger Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm in Warschau persönlich den herkömmlichen Lehnseid. Aber das war auch die letzte Demütigung eines Hohenzollern vor Polen. Durch die Verträge von Wehlau und Oliva errang sich der Sieger von Warschau die preussische Souveränität, und bald war mit der polnischen Oberherrschaft auch die Mitherrschaft der Stände beseitigt.

Auf diese Erfolge des Großen Kurfürsten gründete sich die Königskrönung von 1701. Um die Empfindlichkeit der Polen, denen ja noch das westliche Weichselland gehörte, zu schonen, nannte sich Friedrich der Erste bescheiden nur König in Preußen. Bis dann sein Enkel Friedrich der Große die Schmach von 1466 vollends tilgte und mit Westpreußen auch die Marienburg für Deutschland zurückgewann.



Die Verfassung der Sowjetrepublik



it dem kürzlich bekannt gewordenen Verfassungsentwurf der „Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik“ (angenommen am 11. Juli) erhält die bolschewistische Regierungsperiode ihre grundlegende Modifikation. Der russische Staat ist aus naheliegenden Gründen nicht reich an solchen Erzeugnissen. Die absolutistische Zeit kennt den Begriff der Verfassungsurkunde wie überhaupt, so auch in Rußland nicht. Die sogenannten Grundgesetze (im ersten Bande des Reichsgesetzbuches) können als solche nicht angesprochen werden, wenn sie auch gegenüber dem wechselnden Herrscherwillen eine gewisse Stabilität der Entwicklung gewährleisten sollten. Das in den Archiven der Warschauer Geheimpolizei unter den Papieren des kaiserlichen geheimen Rats Nowosilzoff gefundene „Projekt einer konstitutionellen Charte“ — wie die polnische Verfassung von 1815 dem Zaren Alexander dem Ersten zugeschrieben — ist nie Wirklichkeit geworden. So bleibt eigentlich nur die Verfassung von 1906, jene unwillige Gabe des zum Scheinkonstitutionalismus gedrängten letzten Romanow, wenn man für den Sowjetentwurf von 1918 eine formelle Analogie sucht.

Sachlich verkörpern beide Dokumente die denkbar größten Gegensätze ihrer Art. Liegt doch zwischen ihnen die Revolution, Rußlands Verwandlung aus einer halbkonstitutionellen Autokratie in eine Republik schärfster demokratischer Prägung. Der Sowjetentwurf, wie er uns auf telegraphischem Wege übermittelt wird, hat überhaupt schlechterdings kein Seitenstück in der europäischen Verfassungsgeschichte. Selbst die Frankreichs, mit ihrem Musterlager konstitutioneller Modifikationen — man zählt ihrer dort zwei Duzend seit der großen Revolution — versagt in dieser Hinsicht und muß versagen, da die Diktatur des Proletariats eine völlige Neuheit der Branche darstellt. Es läge nahe, die sogenannte Jakobinerverfassung von 1793 als das radikalste Produkt der französischen Revolution zum Vergleich heranzuziehen, aber schon die bloße Tatsache, daß die Jakobiner von damals Bourgeois waren, d. h. Angehörige desselben Standes, den die Bolschewisten von heute in der Herrschaft ablösen und als ihren gefährlichsten Gegner bekämpfen, läßt den fundamentalen Unterschied zwischen dem Umsturz des achtzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts ermessen. Zwischen beiden lag eben allerorten in Europa der Übergang vom Ackerbau- zum Industriestaat, die damit eng zusammenhängende Entstehung des Lohnarbeitertums, sein Zusammenprall mit den Mächten des modernen Kapitalismus und die dadurch ausgelöste Errichtung des gewaltigen sozialistischen Gedankengebäudes.

Diese Wandlung der Zeit spiegelt sich beim ersten Blicke auf die Sowjetverfassung in einem einzigen Worte. „Erklärung der Rechte und Pflichten der arbeitenden Menschheit“, so lautet die Überschrift der zugleich den ersten Abschnitt

bildenden Einleitung (Präambel). Das ist eine schneidende Absage an die Phrasologie der französischen Revolution, die ihre Verfassungen mit einem Katalog der Menschen- und Bürger-Rechte zu eröffnen pflegte. 1793 verkündet das *peuple Français* in diesen *droits de l'homme et du citoyen* die Grundlagen seiner Freiheit und seines Glückes, d. h. der Freiheit und des Glückes der sogenannten Aktivbürger; denn dem proletarischen Lohnarbeiter hat die Emanzipation der französischen Bourgeoisie, die ihn von Anfang an vor ihren Wagen zu spannen verstand, alles andere eingebracht als Freiheit: das Koalitionsverbot von 1791 bedeutete für ihn wirtschaftliche Erdrückung und in der Folge gesellte sich dazu die politische Entrechtung durch Ausschluß vom Wahlrecht. 1918 aber verkündet das arbeitende Volk von Rußland: „Die wirtschaftliche Unterjochung der arbeitenden Klassen durch die Besitzer der Mittel und Werkzeuge der Produktion, des Erdbodens, der Maschinen, Fabriken, Eisenbahnen und Rohstoffe, dieser Grundquellen des Lebens, erscheint als die Ursache aller Arten politischer Bedrückung, wirtschaftlicher Ausbeutung, geistiger und moralischer Unterjochung der arbeitenden Massen. Darum stellt die wirtschaftliche Befreiung der arbeitenden Klassen vom Joche des Kapitalismus die größte Aufgabe unserer Zeit dar und muß um jeden Preis verwirklicht werden. Die Befreiung der arbeitenden Klassen muß und kann das Werk dieser Klassen selbst sein, die sich zu diesem Zwecke in den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosaken-Deputierten vereinigen müssen.“

Hier redet der Geist des Sozialismus, von dem die um Zentralisation oder Föderalismus streitenden Parteien des Konvents kaum einen Hauch verspürt hätten, trotzdem die sozialistische Theorie in jene Zeiten zurückreicht. Und lesen wir weiter, so enthüllt sich uns das Gedankengebäude dieser Theorie, so wie es ihre wissenschaftlichen, nicht mehr rational, sondern entwicklungsgeschichtlich denkenden Vollender vertreten haben, in voller Klarheit. Dieses grundlegende Bekenntnis der russischen Sozialdemokratie (in ihrer maximalistischen Form) zeigt sie als gelehrige Schüler von Marx, dessen kommunistisches Manifest nicht nur in dem Schlußrufe: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ anklingt. Allerdings bis zu den letzten Folgerungen des Kommunismus, der Beseitigung des Privateigentums auch an den Verbrauchsgegenständen, ist das Regime der Räte nicht fortgeschritten, weshalb man besser vermeidet, von einem durch sie herbeigeführten kommunistischen Staate zu sprechen. Sie selber bezeichnen ihn ja auch nicht so, sondern als sozialistische Republik. Also zwar nicht die Beseitigung des Privateigentums an den Verbrauchsgegenständen, wohl aber desjenigen am Erdboden und den Produktionsmitteln wird erstrebt, d. h. die Vernichtung des zeitgenössischen gesellschaftlichen Aufbaues. In dem an seine Stelle tretenden sozialistischen Aufbau „wird die ganze Erde, ihre Oberfläche und ihr Schoß und alle Mittel und Werkzeuge der Produktion . . . dem ganzen Volke, das in einem brüderlichen Arbeitsverband geeinigt ist, gehören“. Nur in diesem Falle, so heißt es echt marxistisch weiter, wird die Teilung der Gesellschaft in feindliche Klassen verhindert und mit dem Verschwinden der Klassenunterschiede auch die Notwendigkeit der Diktatur der arbeitenden Klasse verschwinden und (die Notwendigkeit) der Staatsgewalt als Apparat der Klassenherrschaft. Das letzte Ziel — nach der Übergangszeit der proletarischen Diktatur — ist also ein durch das Fehlen rechtlichen Wollens gekennzeichneter Anarchismus, ein Zustand, bei dem jeglicher Zwang (den der eigentliche Sozialismus ja noch kennt) fehlt. Wobei zu bemerken ist, daß der Zentrale auch jetzt jede Zwangsgewalt gegenüber den Außen Sowjets fehlt.

In dieser Schlußfolgerung liegt ein Grundfehler materialistischer Geschichtsauffassung zutage; der nämlich, daß Wirtschaft und Recht im Verhältnis von Untergrund und Überbau zueinander stehen, letzteres nur den Reflex der vorhandenen Produktionsverhältnisse ohne selbständiges Sein darstelle. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß soziale Wirtschaft nicht gedacht werden kann ohne eine bestimmte rechtliche Art, nach der sie sich ausführt. Jeder ökonomische Begriff setzt gewisse rechtliche Einrichtungen voraus, mit deren Wegdenken er selbst unweigerlich verschwinden würde. (Sammelr.) Rechtliche Einrichtungen ohne Zwang sind aber eine Unmöglichkeit

Der vom Sowjetentwurf mit Marx erstrebte paradiesische Zustand eines Verbandes, in dem die Entwicklung jeder einzelnen Persönlichkeit als Bedingung der freien Entwicklung aller Menschen erscheint, zeitigt außerdem das seltsame Resultat, daß der Sozialismus in den letzten Folgerungen mit seinem erbittertsten Gegner, der Manchester Schule, übereinstimmt, deren ökonomische Freiheitslehre das wirkliche Verhältnis von Recht und Wirtschaft ebenso verkennet wie jener.

Als erste Schritte auf dem Wege zur Sozialisierung bezeichnet die Einleitung des Entwurfs die folgenden:

1. Abschaffung des Eigentums an Grund und Boden, Erklärung des gesamten Bodensfonds als Nationaleigentum und Übergabe desselben an die Arbeitenden ohne Ablösung auf dem Prinzip der gleichen Bodenbenutzung.
2. Erklärung aller Wälder, Schätze der Erde und Wässer von allgemein staatlicher Bedeutung . . . als Nationaleigentum.
3. Einführung eines Gesetzes über Kontrolle der Arbeiter und Rationalisierung einer Reihe von Zweigen der Industrie.
4. Rationalisierung der Banken.
5. Annullierung der Anleihen.
6. Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, Entwaffnung der besitzenden Klassen.
7. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.

Der auf solcher Grundlage zu errichtende volkswirtschaftliche Aufbau Rußlands ist von der Räteregierung tatkräftig in Angriff genommen worden. Und nach Mitteilungen, die Genosse Karin, Mitglied des Präsidiums des obersten Volkswirtschaftsrats, dem „Vorwärts“ zukommen läßt, hat man auch bereits gewisse Fortschritte erzielt. So ist beispielsweise unter vollkommener Ausschaltung des Kapitals die Rationalisierung der Dampfschiffahrt auf Flüssen und Binnenseen, der Naphthaindustrie, der Kohlenförderung, der Heizmittel, des Außenhandels vollkommen durchgeführt, die im Entwurf erstrebte Vermehrung der Produktivkräfte durch Bewässerung der Sangersteppe in Turkestan, durch den Bau zweier Oberlandzentralen auf den Flüssen Swir und Wolchoff zur Belieferung Petersburgs mit Elektrizität, endlich durch Meliorationen und Kanalbauten begonnen worden.

In der äußeren Politik wiederholt der Entwurf — darin allerdings sehr unmarxistisch — die bekannten bolschewistischen Grundsätze: Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Föderativrepublik der Sowjets, Abschaffung der Geheimdiplomatie und der geheimen Verträge, allgemeiner demokratischer Friede ohne Annexionen und Kontributionen und als Mittel zu seiner Verwirklichung den „Weltzustand der arbeitenden Klasse“. Das System der Nichteinmischung hatte auch der Berichterstatter in der Verfassungskommission von 1793 versprochen, und vom Konvente sagte sein Präsident Petion bei der Eröffnung, daß er die Geschicke der ganzen Welt in seinen Händen halte und im Begriffe sei, für das Menschengeschlecht zu arbeiten. Ähnlichkeit der Worte und doch — abermals — welche Verschiedenheit in Geist und Sache zwischen dem Frankreich von damals und dem Rußland von heute!

Als Pflichten des arbeitenden Volkes werden ausdrücklich hervorgehoben:

1. Kampf für die volle Gewalt der Arbeitenden gegen die Ausbeuter und Unterdrücker.
2. Beseitigung des durch den Krieg und den Widerstand der Bourgeoisie hervorgerufenen Verfalls und Mitarbeit an der schleunigsten Hebung der Produktivität der Arbeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft.
3. Unterordnung persönlicher Interessen unter die aller Arbeitenden Rußlands und der ganzen Welt.
4. Verteidigung der Sowjetrepublik, dieses einzigen sozialistischen Forts in der kapitalistischen Welt, vor allen Anschlägen des internationalen Imperialismus.
5. Streben nach Errichtung des weltumfassenden brüderlichen Bundes der Arbeitenden.

Im Kataloge der subjektiven öffentlichen Rechte — wenn wir diesen bestrittenen Begriff gelten lassen wollen — fehlt, wie in der Regel, das Kleinod des homo politicus, seine Funktion als Wähler. Sie wird ausführlich behandelt in Abschnitt III „Von den russischen Sowjets“, der das Kernproblem des sozialistischen Staatsaufbaues von der praktischen Seite kennzeichnet.

Vom Engländer urteilte jüngst ein intimer Kenner des insularen Staatsrechts, er verwirkliche die politische Freiheit dadurch, daß er immerfort wähle.

Je mehr Wahlrechte, desto größer die politische Freiheit. Ausgebreitetes Wahlrecht für gemeindliche und parlamentarische Vertretung ist das Lösungswort in der ganzen englischen Verfassungsentwicklung des neunzehnten Jahrhunderts. In dieser Hinsicht begegnet sich das Land des extremen Individualismus mit dem sozialistischen Rußland der Bolschewiki. Das System der Sowjetverwaltung bedeutet die radikale Durchführung des Wahlgedankens. In sechsfacher oder wenn man die größeren Städte als besondere Schicht rechnet, siebenfacher Staffelung erhebt sich der in seiner Einheitlichkeit grandiose Bau der Räteverwaltung und -regierung. Von den Verwaltungseinheiten des zaristischen Regimes übernahm man dabei die ländlichen Samtgemeinden (Wolost), die Kreise (Ujesd) und Gouvernements, ihnen als größte Zusammenfassung noch die Provinz (Oblast) hinzufügend. Vergleicht man, wozu die Namen treiben, diese Organisation mit der unrigen, so muß man sich gegenwärtig halten, daß es sich in Rußland lediglich um aus Wahlen hervorgehende Verwaltungsbehörden handelt, daß also ein Nebeneinander, die Gemengelage von Staats- und Selbstverwaltung, wie bei uns in Kreis oder Provinz, dort nicht existiert.

In der untersten Instanz, den Sowjets der einzelnen Dörfer, Rosafendörfer, Farmen, Gehöfte kommt auf je hundert Mann der Bevölkerung ein Deputierter, doch darf eine Ansiedlung nicht mehr als 50 Deputierte stellen.

Der nächstfolgende Sowjet der Samtgemeinden (Wolost) rekrutiert sich aus Delegierten aller Dorfsowjets des betreffenden Bezirks, und zwar kommt je ein Delegierter auf zehn Sowjetsmitglieder.

Sodann sind die Sowjets der größeren Städte einrangiert mit je einem Abgeordneten auf das Tausend der Bevölkerung.

An vierter Stelle stehen die Kreisowjets, zu denen nicht die Wolosts, sondern die Dorfräte aus ihrer Mitte für je 1000 Einwohner einen Deputierten wählen, doch darf ihre Zahl 300 nicht überschreiten.

Fünftens folgen die Gouvernementsowjets aus ebenfalls höchstens 300 Vertretern der Kreisräte.

An sechster Stelle werden aus Vertretern der Stadtowjets (die in 4. und 5. nicht erscheinen!) und der Kreisowjets, bzw. in bestimmten Fällen der Gouvernementsowjets die Provinzialowjets mit einer Gesamtzahl von höchstens 500 Delegierten gebildet. Diese Provinzen sind übrigens auch hinsichtlich ihrer administrativen Stellung im Gefüge des Ganzen nicht mit den unrigen zu vergleichen. Ausdrücklich heißt es im Entwurf: die Sowjets derjenigen Gebiete, die sich durch eine besondere Daseinsform und nationalen Bestand auszeichnen, werden in autonome Gebietsverbände vereinigt. Man hat deshalb die Oblasts eher mit einer Art von Bundesstaaten als mit Verwaltungsorganisationen gewöhnlichen Schlages verglichen.

Die Krönung des ganzen Gebäudes aber stellt der allrussische Kongreß der Sowjets dar. Er setzt sich aus Vertretern der Stadtowjets (je einer auf 25000 Wähler) und der Gouvernementskongresse (in bestimmten Fällen statt dessen der Kreiskongresse), wobei auf je 125000 Einwohner ein Abgeordneter kommt, zusammen. Die Bevorzugung des städtischen Elementes liegt zutage, findet sich dort doch im Industrieproletariat die Hauptstütze der Bolschewikherrschaft.

Natürlich sind diese siebenfach geschichteten, gewählten Verwaltungskollegien in der Regel schon in ihrer engsten, dörflichen Erscheinungsform infolge der großen Mitgliederzahl handlungsunfähig. Es bestehen daher an sämtlichen Stellen sogenannte Vollzugsorgane oder Exekutivkomitees als eigentliche Träger der Verwaltung und Regierung. Im Mittelpunkt des Interesses steht hier natürlich wieder das Vollzugsorgan der Zentralinstanz, jenes bekannte „Allrussische Zentral-Exekutivkomitee (A. Z. E. R.), dem als Rechtsnachfolger des Allrussischen Kaisers“, die höchste Gewalt der Republik eignet, sofern der Allrussische Sowjetkongreß nicht versammelt ist. Das A. Z. E. R. ist trotz seines Ausschuscharakters eine recht

*) Darauf deutet schon der Name, denn so wie im Text angegeben und nicht „Kaiser aller Rußen“ muß der Titel des Zaren richtig übersetzt werden.

umfangreiche Versammlung. Ihre Mitgliederzahl setzt der Entwurf auf höchstens 200 fest; das würde etwa derjenigen des englischen Staatsrates (privy council) entsprechen. Und ähnlich wie neben der weiteren Ratsbehörde in England ein abermals verengter Kreis von Männern, nämlich das Kabinett, die eigentliche Regierung darstellt, finden wir in Rußland neben dem A. Z. E. R. den „Rat der Volkskommissäre“ vor. Zu beachten ist dabei allerdings, daß dieser nicht wie das insulare cabinet aus dem Schoße der weiteren Versammlung herauswächst, sondern allem Anschein nach (der Entwurf ist uns nicht vollständig übermittelt), ein von dem A. Z. E. R. personell völlig getrenntes Dasein führt. Dieses Exekutivkomitee gliedert sich übrigens zur Bewältigung der verschiedenen administrativen und politischen Aufgaben in die üblichen Ministerial-Resorts nach zum Teil neuen sachlichen Einteilungsgrundsätzen. Die Spitze der einzelnen Sektionen ist kollegialisch, die monokratische Organisation der europäischen Ministerien würde ja auch dem Geiste der Räterepublik widersprechen.

Nun würde diese peinliche Durchführung einer auf Wahl beruhenden Verwaltung und Regierung an sich noch nicht etwas Außergewöhnliches darstellen; auch in der französischen Revolution hat man die Form ernannter Behörden so gut wie völlig auszumerzen gesucht. Was die Verfassung des bolschewistischen Rußland von allen bisherigen Experimenten dieser Art unterscheidet und ihr den Charakter einzig dastehender Verschrobenheit aufdrückt, ist vielmehr die Art und Weise, wie man das Recht der Wahl bestimmt hat. In diesem Punkte feiert nämlich der das ganze Dokument durchtränkende sozialistische Klassengeist seine wildeste Orgie. Wir geben die entscheidenden Bestimmungen im Wortlaut wieder:

Das Recht zu wählen und in die Sowjets gewählt zu werden genießen folgende Bürger der russischen sozialistischen Sowjetrepublik beiderlei Geschlechts, welche bis zum Tage der Wahl das achtzehnte Lebensjahr überschritten haben.

1. Alle, welche die Mittel zum Leben durch eine produktive oder der Gesellschaft nützliche Arbeit erworben haben und Mitglieder von Berufsverbänden sind, und zwar:

- a) Arbeiter und Angestellte aller Kategorien, die in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft beschäftigt sind.
- b) Bauern und Kosaken-Landarbeiter, die keine Mietarbeit benützen.
- c) Angestellte und Arbeiter bei den Ämtern der Sowjetregierung.

2. Soldaten der Armee und Marine der Sowjets.

3. Bürger, die in den Kategorien 1 und 2 aufgezählt sind und in irgendeinem Maße die Arbeitsfähigkeit verloren haben.

II. Jeder aktives noch passives Wahlrecht haben, wenn sie auch zu einer der oben aufgezählten Kategorien gehören:

1. Personen, welche geringelte Arbeit annehmen, um daraus einen Zuwachsgewinn zu ziehen.
2. Personen, welche ein Einkommen ohne Arbeit haben wie: Prozente vom Kapital, Einkünfte vom Eigentum usw.
3. Private Kaufleute, Handelsvermittler.
4. Angestellte der religiösen Kultusgemeinden.
5. Angestellte und Agenten der früheren Polizei, des Gendarmeriekorps und der Ochrana. Desgleichen die Mitglieder der früher in Rußland regierenden Dynastie.
6. Personen, die in legaler Form als irrsinnig oder geistig minderwertig erklärt sind, und ebenso Taubstumme.
7. Personen, die wegen eigennützig oder entehrender Vergehen beurteilt wurden.

Die Sätze reden für sich selbst. Voltaires *écrasez l'infâme* ins Politische übersetzt! Weiter kann man in dieser Beziehung in der Tat kaum gehen, als die von fanatischem Haß gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung erfüllte linkssozialdemokratische Partei, die augenblicklich die Geschichte Rußlands lenkt. Der aufgesammelte Groll eines Jahrhunderts der Unterdrückung durch die herrschenden Klassen entläßt sich zunächst in revolutionären Stürmen, aber auch die nach der Katastrophe einsetzende Neuordnung des Staates steht unter dem biblischen Auge um Auge, Zahn um Zahn. Im Rußland des zwanzigsten Jahrhunderts nimmt der zur Herrschaft gelangte Proletariat Revanche für die Sünden der Bourgeoisie, deren europäische Vorfahren zwar sich

selbst die Freiheit von den Ketten des absolutistischen Feudalstaates errangen, aber den Lohnarbeiter, ihren stummen Bundesgenossen, kaltherzig zum Bürger zweiter Klasse degradierten. Jetzt macht er den stolzen Bürger zum Paria des sozialistischen Gemeinwesens, der keine Waffen tragen darf und vom Wahlrecht gleich den Irnsinnigen und Verbrechern ausgeschlossen wird. In Strindbergs „Traumspiel“ sagt der Kohlenträger, ein Vertreter jener „gefährlichen Klasse“, zu seinem Kollegen: Wir müssen wohl bald die Schafotte herrichten und diesen verfaulten Körper operieren. Die Bolschewisten haben Schafotte hergerichtet und den verfaulten Körper des heiligen Rußland so gründlich operiert, daß an seinem Aufkommen in dieser sozialistischen Welt gezweifelt werden muß. Man vergegenwärtige sich: ein Krämer, der für seine gutgehenden Seringe und Gurken einen Ladenjüngling anstellt, verliert das Wahlrecht, da er gemietete Arbeit in Anspruch nimmt, um den flotten Verkauf durchzuführen zu können. Ebenso der tüchtige Bauer, der sich einen Knecht dingt, um intensiver sein Feld zu bestellen und so neben dem eigenen Zuwachsgewinn doch auch die Produktion zu vermehren, also einen Zeitsatz des sozialistischen Evangeliums zu erfüllen. Welch Hohn auf den Begriff des arbeitenden Volkes, wenn die Trägheit und Untüchtigkeit durch gesteigerte politische Rechte förmlich sanktioniert wird! Man schreibt die freie Entwicklung jeder einzelnen Persönlichkeit als stolzen Wahlpruch auf das Banner der sozialistischen Republik und ersticht in Wirklichkeit jeden Fortschritt. Mit Recht ist gesagt worden, daß eine ungeheure Hungersnot über Rußland kommen würde, wenn jeder Bürger der Republik den Ehrgeiz hätte, das Wahlrecht zu erwerben. Denn dann müßten die Vertreter von Handel und Industrie, die auf Miethinge angewiesenen Hotelinhaber und hundert andere Kategorien des öffentlichen Werte- und Kräfteumsatzes ihren Beruf an den Nagel hängen. Die freie sozialistische Gesellschaft soll erreicht werden, indem zunächst einmal der „Maffenterror gegen die Bourgeoisie“ (Lenin) und nicht nur gegen diese proklamiert wird. Die Gleichheit und Gerechtigkeit der Zukunft durch die ärgste Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Gegenwart. Das unterste wird zu oberst gedreht und das oberste zu unterst. In Moskau und Petersburg hat jeder Arbeiter Anspruch auf zweieinhalbmal so viel Lebensmittel als der Bourgeois, Damen der Gesellschaft aber verkaufen in den Straßen der Hauptstadt selbstbereitete Kuchen, um ihren Lebensunterhalt zu gewinnen. Wiederholt ist erklärt worden, außer dem Anrecht auf einen Spaten und für Greise Aufenthalt in einem Armenhause habe niemand einen Anspruch, denn sonst könne die Gleichheit aller nicht durchgeführt werden.

Die Neuerer handeln nach den Rezepten der Homöopathie, aber sie reichen das Gegengift in so großen Mengen, daß nicht Heilung, sondern größerer Schade als zuvor die Folge ist. Dabei glauben sie vielleicht, mit ihrer Eisenbarrikade während einer Übergangszeit auskommen zu können. Die Diktatur des Proletariats soll sich ja nach Art einer Erziehung von selbst überflüssig machen. Aber abgesehen davon, daß die Verfassung mit keinem Worte das absurde Wahlrecht als provisorisch bezeichnet, noch niemals in der Geschichte hat der Terror den Weg zurückgefunden, nach dem er die Gewalten der Tiefe entfesselte. Er ersticht im eigenen Blute. Von allen Seiten zieht sich das Unwetter gegen die Bolschewiki zusammen. Schon die Außen-sowjets parieren nicht. Aus den Kreisen der sozialdemokratischen und der sozialrevolutionären Partei erhebt sich schärfster Protest gegen die zügellose Tyrannei, die den Teufel des Zariismus durch den Beelzebub der Anarchie zu vertreiben sucht. Dazu die Gefahren der auswärtigen Lage! Je mehr sich die jetzigen Regierenden Großrußlands ihrer Ohnmacht bewußt werden, desto verzweifelter suchen sie ihr Heil in verschärften Schrecken. Das Ende aber kann nicht lange auf sich warten lassen.

Die Verfassung vom 11. Juli 1918 wird nie zu wirklichem Leben erwachen. Trotz idealen Willens, denen man ihnen nicht abstreiten wird, haben die Bolschewisten ihre eigenen Theorien gründlich ad absurdum geführt, und die leidenschaftslos urteilende Geschichte schreibt auch über ihr Werk wie über alle ähnlichen Bestrebungen seit Platos Zeiten das eine Wort: Utopie. 

Im Kampf um die Ostsee

Die Landfrage

Von Georg Kleinow

Die Rigasche Zeitung meldet: An die Adresse der hiesigen Dampfschiffagentur Lorenz u. Neesenburg traf der deutsche Dampfer „Goria“ in unserem Hafen ein, um eine Ladung Holz für Deutschland einzunehmen. Dieser Dampfer ist der erste im freien Verkehr. Die freie Schifffahrt mit Riga ist hiermit eröffnet. Nicht nur in Riga, sondern auch in vielen deutschen Städten wird man die Eröffnung der Schifffahrt mit Riga mit großer Freude begrüßen, betrug doch vor dem Kriege (1911) Rigas Einfuhr aus Deutschland 112 Millionen Mark und seine Ausfuhr nach Deutschland 83 Millionen Mark.



u den vielen Merkwürdigkeiten, die der Weltkrieg täglich neu vor uns hinstellt, gehören ohne Zweifel die Überraschungen, die die widerspruchsvolle Haltung der schwedischen Regierung uns seit Ausbruch des Kriege bereitete. Dabei denken wir selbstverständlich nicht daran, den Kopf darüber zu schütteln, daß diese Regierung kein Mittel unberührt läßt, um das Land vor einer Teilnahme am Weltkriege zu bewahren. Im Gegenteil, wir meinen, daß es vom schwedischen Standpunkt aus töricht wäre, sich aus seiner Neutralität herauslocken zu lassen; an dieser unserer Auffassung hat sich seit dem vorigen Jahre (vgl. m. „Stockholmer Brief“ in Heft 38 und 41 von 1917) nichts geändert, wenngleich es Stunden gab, wo es auch uns schien, als sei der Augenblick gekommen, in dem Schweden sich seiner alten historischen Aufgaben im Nordosten des Kontinents erinnern und in dem es, anknüpfend an die Gründe für die Kämpfe von 1808, seine Politik dort aufnehmen mußte, wo sie durch den Frieden von Fredericham abgebrochen wurde. Das war um die letzte Jahreswende, als die Finnländer sich, bedrängt von den russischen roten Banden, hilfesuchend an die Stockholmer Regierung wandten. Ja, während der ersten Phase der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk war der Augenblick eingetreten, wo ein kühner, weitblickender Staatsmann das schwedische Volk zu den Waffen rufen mußte, um es wieder vor eine große, den edlen Eigenschaften des schwedischen Volkes würdige Aufgabe zu stellen. Schwedens rechtzeitiges und tatkräftiges Eingreifen in die finnischen Freiheitskämpfe auf Ansuchen Finnlands hätte Schweden eine ganz überragende Stellung nicht nur im kommenden skandinavischen Bunde, sondern auch zwischen den kämpfenden großen Parteien gesichert. Eine Hilfeleistung an Finnland hätte Schweden nicht unbedingt gezwungen, zum Bundesgenossen der einen oder anderen Partei zu werden, wenn es auch zum Abbruch der Beziehungen mit jenem Rußland gekommen wäre, das sich gerade anschickte in Anarchie zu versinken. Das Risiko war also nicht groß. Einer halbwegs geschickten Diplomatie konnte es nicht schwer fallen, das Land sowohl gegen eine mögliche Bedrohung durch Norwegen, wie auch gegen die Unbequemlichkeiten deutscher und englischer Mißstimmung zu sichern. Der Gewinn aber wäre die neuerliche Verbindung mit einem dankbaren Finnland gewesen und die Festigung der schwedischen Macht in ungeahnten Ausmaßen. Wir wollen die möglichen Folgen des rechtzeitigen Eingreifens Schwedens in Finnland hier nicht weiter ausmalen, nur erinnert sei, daß es eine demokratische Regierung ist, in der der Geist eines Branting herrscht, die den günstigen Augenblick in träumerhaft spießbürgerlichen Bedenken nicht benutzt hat.

Für Deutschland hat sich die Politik der Herren Eden, Branting, Palmstjerna gewinnbringend erwiesen. Sie ermöglicht unserer Diplomatie den englischen Einfluß, der sich völkerrechtlich auf das Landabkommen vom 30. März 1856 stützte, handelspolitisch aber auf englisch-schwedischen Kapitalsinteressen beruhte, mit einiger Aussicht auf Erfolg zu bekämpfen. Bei einem rechtzeitigen Eingreifen in Finnland hätte

sich Schweden, nämlich unter Berufung auf das von Finnland im Prinzip anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten, ohne Schwierigkeiten in den Besitz der Ålandinseln setzen können; jetzt, nachdem Deutschland es gewesen ist, das Finnland der Verwüstung durch die Linkssozialisten bewahrte und in Finnland mit dem Erwachen eines starken staatlichen Selbstbewußtseins jene Formel der Unterdrückten mehr und mehr in Vergessenheit gerät, ist es nur auf den guten Willen der finnischen Regierung angewiesen, die zwar Rechtsnachfolgerin der alten zarischen wurde, aber doch von einem unbequemen Servitut, von der Verpflichtung die Ålandinseln nicht zu besetzen oder mit militärischen Einrichtungen zu versehen, freigeworden ist. „Juristisch, schreibt ein alter deutscher Diplomat, kann man wohl aus dem Verhalten der schwedischen Regierung schließen, daß der Ålandvertrag auch Schweden gegenüber aufgehoben worden ist. Denn eine temporäre Aufhebung oder Inkrassierung einer völkerrechtlichen Servitut, die für den Kriegsfall ihre Hauptbedeutung gewinnt, gerade für die Zeit des Krieges, ist natürlich ein Widerspruch in sich, ein Unsinn“ (S. 17) ... „Das Ålandabkommen (von 1856) ist somit de jure et de facto als nicht mehr existent zu betrachten“ (S. 18).

Es ist sehr reizvoll, der glänzenden, auf reiches, sonst schwer zugängliches Material gestützten Beweisführung unseres Diplomaten zu folgen. *) Die Ålandfrage hat von 1856 bis 1906 geruht. Erst 1905, das ist kurz nach der Lösung der schwedisch-norwegischen Union, gab der damalige russische Gesandte in Kopenhagen, Herr Iswolski, seiner Regierung den Rat, die veränderten Machtverhältnisse auf der skandinavischen Halbinsel zu benutzen und zu versuchen, vom Vertrage vom 30. März 1856 loszukommen. **) Nachdem er Minister des Äußeren geworden, nahm er im Juni 1907 die Angelegenheit persönlich in die Hand durch Unterhandlungen mit Deutschland, Frankreich und England. In Paris hat er die Zustimmung zur Aufhebung des Vertrages ohne weiteres bekommen; in England antwortete Sir Edward Grey mit dem Vorschlage einer Konferenz zwischen Deutschland, England und Rußland; Deutschland wurde durch die Aussicht gewonnen, durch Abschluß eines entsprechenden Abkommens England aus den Ostseefragen ausschalten zu können. Der Plan Iswolskis scheiterte letzten Endes am Widerstande Schwedens, das sich der Unterstützung Englands ver sichern konnte. „England hatte offenbar auf Grund der schwedischen Vorstellungen gesehen, daß es für England selbst vorteilhaft sein würde ... durch Aufrechterhaltung des Ålandvertrages die Möglichkeit zu behalten, in der Ostsee noch mitzureden“ (a. a. O. S. 14). Nach Ausbruch des Weltkrieges verschwand Schwedens Empfindlichkeit in der Ålandfrage vollständig. „Als ... Rußland anfang, die Ålandinseln stark zu besetzen, dort Flottenstationen zu errichten und starke Garnisonen zu halten, merkte man zunächst nichts von der alten Erregung in Schweden, die 1908 schon die bloße Absicht dieses Handelns hervorgerufen hatte. Das schwedische Auswärtige Ministerium stand offenbar in diplomatischen Verhandlungen mildesten Art mit Rußland. Ziel dieser Unterhandlungen war nicht, die Anlage der russischen Befestigungen zu verhindern, sondern nur Versprechungen für die Zukunft zu erhalten. Die offizielle schwedische Politik hat es ruhig zugelassen, daß auf den Ålandinseln ein Zustand von Rußland geschaffen wurde, der die schwedischen Interessen in der Ostsee, und auch die deutschen, auf das empfindlichste verletzte“ (a. a. O. S. 16).

„Schweden hat sich mit papiernen Versicherungen der Russen begnügt, von denen es doch nach den ganzen Erfahrungen von 1906 und 1908 mehr als zweifelhaft war, ob sie jemals erfüllt werden würden. Vielleicht hat es auch,

*) „Die Ålandfrage.“ Verlegt bei Reimar Hobbing, Berlin 1918. 64 Seiten.

**) „Le Temps“ vom 10. Februar 1918.

basierend auf die Vorgänge von 1908, sich der Hoffnung hingeeben, daß England nach einem siegreichen Kriege wiederum ein Interesse zur Einmischung in die Ostseefragen haben und Schweden zum Zwecke der Einlösung des russischen Versprechens zur Seite stehen würde" (a. a. O. S. 17). Inzwischen waren zwei Tatsachen eingetreten, die die Lage an der Ostsee von Grund aus änderten: Rußland schied nach der Einnahme von Riga und der Inseln im Rigaischen Meerbusen durch die deutsche Armee aus der Reihe der Kämpfenden aus, und Finnland machte sich unter Zustimmung Deutschlands, Schwedens und, was in unserem Zusammenhange sehr wichtig ist, auch Rußlands, selbständig. Die schwedische Regierung erweist sich den neuen Tatsachen gegenüber als völlig ungerüstet. Auf den finnischen Hilferuf gegen die Banden der Bolschewiki verhält sie sich ablehnend, ja, der der sozialdemokratischen Partei angehörige Kriegsminister Palmstjerna verbietet unter Androhung der Verabschiedung ohne Pension, daß Offiziere als Freiwillige in die finnische Weiße Garde eintreten. Als am 31. Dezember 1917 "7135 erwachsene aländische Männer und Frauen" dem König von Schweden ihren "lebhafte Wunsch" nach Vereinigung mit Schweden unterbreiteten, antwortete der König, "daß die schwedische Regierung einen Weg finden würde, um . . . , wenn möglich im Einverständnisse mit einem freien und selbständigen Finnland, die Schwierigkeiten für die Verwirklichung des Wunsches der Alandbevölkerung zu überwinden". Aber erst am 23. Februar 1918 wurde ein schwedisches Bewachungsbataillon zur Evakuierung der Russen und der finnischen Weißen Garde und zu einem Vortrage zwischen den drei beteiligten militärischen Befehlshabern in Stockholm nach den Alandinseln eingeschifft.

So hat die schwedische Regierung tatsächlich keinen autoritativen Schritt unternommen, um einen größeren Einfluß auf die politische Lage zu gewinnen. Wenn die Alandfrage gegenwärtig überhaupt noch völkerrechtlich besteht und Schweden dabei mitsprechen darf, so darf es sich dafür bei Deutschland bedanken, das dafür gesorgt hat. Schon bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk hat Herr von Kühlmann erklärt, daß Deutschland geneigt sei, unter Beteiligung der der Ostsee anliegenden Staaten diese Inseln im breitesten Sinne zu neutralisieren.

Als am 6. März 1918 eine größere deutsche Streitmacht auf Aland landete, überreichte der deutsche Gesandte in Stockholm folgende Erklärungen:

"Die Landung auf Aland erfolgt in Ausführung des von Finnland an Deutschland gerichteten Hilferufes; sie erfolgt, um die Alandinseln bei den militärischen Operationen zu benutzen; sie soll begrenzt werden durch Errichtung einer Trappenstation. Schweden soll nicht gehindert werden, seine humanitären Aufgaben auf Aland weiter durchzuführen. Deutschland erklärte, es habe keinerlei territoriale Interessen auf Aland. Deutschland erkennt die vitalen Interessen Schwedens auf Aland an und ist der Meinung, daß die Alandfrage im engsten Einvernehmen mit Schweden geregelt werden müsse."

Im übrigen wird die gegenwärtige Rechtslage in der Alandfrage bestimmt durch den Artikel VI des deutsch-russischen und den Artikel 30 des deutsch-finnischen Friedensvertrages.

Abgesehen von der Verpflichtung der Räumung der Alandinseln von russischen Truppen enthält Artikel VI des erstgenannten Vertrages folgenden Passus:

"Die auf den Alandinseln angelegten Befestigungen sind sobald als möglich zu entfernen. Über die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln sowie über ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht ist ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Finnland, Rußland und Schweden zu treffen; es besteht Einverständnis darüber, daß hierzu auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee hinzuzuziehen sein würden."

Der Artikel 30 des deutsch-finnischen Vertrages lautet:

"Die vertragsschließenden Teile sind darüber einig, daß die auf den Alandinseln angelegten Befestigungen sobald als möglich zu entfernen und die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht durch ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Finnland, Rußland und Schweden zu regeln sind; hierzu werden auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee hinzuzuziehen sein."

„Es sind tatsächlich die Siege der deutschen Waffen gewesen, welche den von der schwedischen Regierung mitgeschaffenen unheilvollen Zustand für Schweden (ohne jedes Zutun der Schweden selbst) beseitigt haben“ (a. a. O. S. 16).

*

*

Das Verhalten Deutschlands in dieser Angelegenheit, seine durch die schwedische Politik auf eine harte Probe gestellte Langmut hat ihren guten Sinn. Die deutsche Politik ist eine Politik der Sammlung aller der Staaten, deren Interessen mit den unsrigen gleichlaufen, auch wenn die betreffenden Regierungen zögern oder durch äußere Einwirkungen abgehalten werden, die Gemeinsamkeit anzuerkennen. Deutschland hat durch seinen Sieg über Rußland und das Bündnis mit Finnland eine in der Tat dominierende Stellung an der Ostsee gewonnen. Aber es denkt nicht daran, sie zur Unterdrückung der schwächeren Anlieger zu benutzen, wie schwedische und englische Stimmen behaupten, sondern im Gegenteil, um sich Bundesgenossen in seinem Kampf gegen die wirtschaftlichen Pläne des geplanten angelsächsischen Völkerbundes zu gewinnen. Das Liverpooler „Journal of Commerce“ vom 28. März d. J. hat ganz recht, wenn es schreibt, Deutschland trachte seine große Handelsflotte in der Ostsee sobald als möglich in Dienst zu bringen und den Handel im Baltikum zu eröffnen. Nicht aber um die anderen handeltreibenden Anlieger zu verdrängen, sondern um mit ihnen, also auch mit Schweden, einen möglichst lebhaften Güteraustausch zu pflegen. Sollte es gelingen, die Anliegerstaaten der Ostsee zu gemeinsamer Handelsbetätigung zu vereinigen, so bedürfte es nicht des englischen Kapitals noch sonstiger Unterstützung, um den nord-russisch-westeuropäischen Warenaustausch in der großzügigsten Weise auszugestalten; vor allem aber könnte sich dieser Handel frei von jeder englischen Kontrolle und ohne auf Hilfe von seiten des englischen Kapitals angewiesen zu sein, entwickeln.

Und seinen guten Willen beweist Deutschland am besten durch die das schwedische Interesse in so hohem Maße berücksichtigende Stellungnahme in der Ålandfrage.

Schweden braucht darum die Ålandinseln für sich nicht, es sei denn, daß es weitergehende Absichten auf finnisches Gebiet hätte. Der finnische Gesandte in Kristiania urteilt ganz richtig, wenn er dem Ausfrager der „Tidens Tegn“ vom 10. März d. J. antwortet: „Militärisch liegt die Sache so, entweder sind Finnland und Schweden Freunde, dann hat die Frage keine Bedeutung; wenn sie aber keine Freunde sind, so ist Åland ein äußerst wichtiger strategischer Punkt — sagen wir für Schweden.“ Ob die Neutralisierung der Inselgruppe, wie sie Herr von Kühlmann anregte, im übrigen die beste Lösung der Frage bedeuten würde, möchte ich nicht entscheiden. „Neutralisierung ist das Wort, das sich seit einem Jahrhundert schon in der Diplomatie einzustellen pflegt, wenn die Regelung territorialer Verhältnisse keinen weiteren Ausweg zu lassen scheint. . . . Man versteht darunter das Verschiedenste, vom Roten Kreuz angefangen bis etwa zum sogenannten Neutral-Moresnet. Das hindert nicht, daß die Diplomatie immer wieder dieses Blendwerk vorlehrt. . . . Es gibt eben ein Licht, das die Motten immer wieder anzieht, auch in der diplomatischen Kustkammer.“*) Eine Neutralisierung der Inseln, die England befähigte, in der Ostsee mitzusprechen, würde auf keinen Fall erstrebenswert sein, zu einer Neutralisierung unter dem alleinigen Schutz der Ostsee-Anlieger könnte man sich indessen verstehen.

*) Fleischmann, „Denkschrift an die finnische Regierung“, S. 65/66.



Englands Bild in den Augen der deutschen Klassiker

Von Dr. M. Zobel von Zabeltitz



Der Friede von Hubertusburg beendet 1763 den Siebenjährigen Krieg. Preußen, das zerschmettert und zerstückelt werden sollte, geht aus dem Waffengang als jüngste europäische Großmacht hervor; sein König, Friedrich der Große, gibt durch seine Siege über die übermütigen Ausländer dem deutschen Schrifttum den solange entbehrt nationalen Gehalt. Klein genug war das Gebiet, um dessen endgültigen Gewinn Friedrich so ruhmreich gefochten hatte, aber der europäische Kriegsschauplatz war nicht der einzige. Dadurch, daß England sich mit Friedrich verbündet hatte, erweiterte sich der Krieg zu einem Weltkrieg. In Europa galt er der Wiederherstellung des von England gewünschten europäischen Gleichgewichtes; Friedrich wußte wohl, daß Preußen für England nur ein Gewichtsfaktor war, den es gegen Frankreichs Übergewicht in die Schale legte. Aber als Weltkrieg, als Krieg über See entschied dieser Kampf in Indien und Amerika die Herrschaft Englands und machte es unter Ausschaltung Frankreichs zur alleinigen Weltmacht. Als dieses größere Ziel erreicht war, ließ England Preußen im Stich. Gewohnt in Erbteilen zu denken, hatte England nach Erledigung der Frage der See- und Welt Herrschaft für die europäische keinen Sinn mehr; da mochte Preußen sich selber weiterhelfen. Wie deutlich Friedrich der Große Englands Politik erkannte, geht aus seinen Briefen an das englische Ministerium hervor, aus den Gründen, mit denen er sich die Treue des Bundesgenossen erhalten will. Sein Wirkungsfeld war aber, seiner geringeren Macht entsprechend, die europäische Politik; sein Geist umfaßte auch die Weltpolitik, besser als die Staatsmänner Frankreichs, das durch seine Macht unmittelbar an ihr beteiligt war — ein Hauptgrund der Erfolge Friedrichs.

Englands Beziehung zu Preußen erweckte in weiten Kreisen Anteilnahme an englischem Leben, an Land und Leuten; eine umfangreiche Reiseliteratur entstand, die Namen wie Archenholz, den Geschichtsschreiber des Siebenjährigen Krieges, wie Forster, den Weltreisenden, oder Moritz, den ästhetisch feinfühlenden Gelehrten, aufweist. Fast immer fällt uns der Mangel an Weitblick in die Augen, der die Schilderer Englands unfähig macht, uns den Weltstaat England zu zeigen. Sie sehen das künstlerische, das gelehrte, und wenn es hochkommt, das Wirtschaftsleben. Von denen, die Englands staatlichen Organismus zu erfassen suchen, hat nur Archenholz etwas von der Weite des Geistes des großen Königs. Woher hätte auch den in engster Kleinstaaterei aufwachsenden Deutschen jener Zeit die Weite des Blickes kommen sollen?

Der gebildete unpolitische Deutsche holte sich das Bild Englands anderswie: aus den Romanen des Richardson, der mit ausgesprochen moralischer Tendenz das Leben der bürgerlichen und guten Gesellschaft Englands zur Besserung seiner Landsleute schilderte. Da sind immer wieder Muster von Tugendhaftigkeit dargestellt, die ihre Versucher mit einem Schwall moralisch belehrender Worte abweisen und beschämen. Uns Deutsche überseht, begeisterten diese Werke die Leser und fanden erfolgreiche, vielgelesene Nachahmungen. Der junge Goethe rezensierte in den „Frankfurter gelehrten Anzeigen“ (1772) einen solchen Roman mit freundlichen Worten, „die Geschichte des Fräuleins von Sternheim“, die von Sophie von La Roche verfaßt und von Wieland herausgegeben, die deutsche Lesewelt entzückte. Nur eine Probe: Fräulein von Sternheim gewinnt durch ihre großen inneren und äußeren Vorzüge die Zuneigung eines — natürlich sehr tugendhaften Engländer, der sich diese Vorzüge nicht anders als durch Abstammung des Fräuleins von einer englischen Großmutter erklären kann. Der Zug, der übrigens unabsichtlich die englische Denkart sehr gut kennzeichnet, ist von der Verfasserin durchaus ernst gemeint.

Wie zur Entschädigung für die Enge des äußeren Lebens, in die Deutschland gebannt ist, durchbricht damals der deutsche Geist die Fesseln des Nationalismus, der in allen Kulturen herrschend nur die nüchterne Zweckbetrachtung der Dinge gelten ließ. Von Richardson weg eilt die junge Bewegung zu einem lebensvolleren, frischeren Quell der Kunst, zu Shakespeare; wir treten in die Zeit des „Sturmes und Dranges“, dessen Prophet Herder war, dessen leidenschaftlichster Vertreter der junge Klinger, Goethes Genosse in seiner Frühzeit, und unter dessen Eindruck auch Goethes und Schillers Anfänge stehen.

I. Herders und Klingers Stellung zu England

Ist für Herder und Klinger England ursprünglich das Land Shakespeares, so lehrt sie Zeit und Geschichte das Wesen des Volkes kennen. Der gereifte Herder wird in vielen Teilen seiner „Philosophie der Geschichte“ und seiner „Abraſtea“ Vorläufer einer Völkerpsychologie; der arme Frankfurter Konstablerssohn Fr. M. Klinger schwingt sich zum russischen Generalleutnant und feinbeobachtenden Weltmann auf. Gewinnt Herder durch sein umfassendes Wissen über die Eigenart der Völker auch für England die rechte Spur, so ergänzt Klinger diese mehr theoretischen Betrachtungen durch seine Worte — Worte eines Mannes an leitender Stelle, der die Wirklichkeit der politischen Verhältnisse ohne Schleier sah.

Die Zeitverhältnisse, unter denen beide schrieben, sind die gleichen; wir entnehmen die Äußerungen über England Herders „Abraſtea“ (1801 bis 1803) und Klingers ausgezeichneten „Betrachtungen und Gedanken über verschiedene Gegenstände der Welt und der Literatur“ (1801 bis 1804), die als Beiträge zur Kenntnis der Menschenseele wohl mit Rochefoucault, Chamfort, Helvetius, La Bruyère wetteifern können. Es ist die Zeit von Napoleons Aufstieg, der letzten Gefährdung von Englands Weltmacht für ein Jahrhundert. Aber Napoleons Zug gegen Ägypten scheiterte; den schon zur Revolutionszeit gemachten Anschlag gegen Irland, der sich auf den Englandhaß der Iren hätte stützen können, wiederholte er nicht. Englands Kaperschiffe aber bereichern sich an Frankreichs und seines erzwungenen Verbündeten, Hollands, Handelsflotte und Kolonien. Ein Scheinfriede im Jahre 1802 führt nach neuen Rüstungen zu einem neuen Krieg, der Englands Übergewicht zur See endgültig sichert. Schon damals kennt England keine Rücksicht auf den neutralen Handel, und ein kleiner neutraler Staat, der durch einen Vertrag mit Rußland, Schweden und Preußen sich die Ungeſtörtheit seines Handels sichern will, Dänemark, büßt dies 1801 mitten im Frieden durch einen Angriff der Engländer auf Kopenhagen, ein Vorspiel seines späteren Loses, das heutzutage Griechenland erfuhr: Beschießung der Hauptstadt und Raub der Flotte in vollem Frieden. —

Einen Grund für das augenfällige Emporblühen Englands im Verlauf der Jahrhunderte findet Herder in der Freiheitlichkeit der Verfassung: „Die Verfassung Englands war in mehr als einem Felde zur Erweckung der Talente wie eingerichtet“. Also: freie Bahn dem Tüchtigen — das scheint Herder Englands Vorzug zu sein, der dem Lande viele kostbare Kräfte schenkt, die in anderen Staaten durch die Standesvorurteile unterdrückt worden wären, und er fährt fort: „Fügt man zu alle diesem die Nationaleigenschaft der Engländer hinzu, die man nicht anders als eine insularische Beschränktheit nennen kann, da sie von der Verfassung der Insel erbeigentlich herrührt, die Festigkeit nämlich, sich einem Gedanken, einem Zweck und Geschäft, abgeſchränkt von allem, hingeben und es verfolgen zu mögen: so hat man den Grund vieler Vorzüge sowohl als Tollheiten. . . . Ist die feste Idee, worauf es ein Engländer setzt, verständig, weise, gut, wie weit kann er's bringen!“ — Und ein Ausblick auf die deutsche Art macht Herder die englische noch deutlicher: „Die Festigkeit, daß eine Nation sich nicht selbst verläßt, auf sich baut und fortbaut, gibt allen Bestrebungen ihrer Eingeborenen sichere Richtung. Dagegen andere Völker, die, weil sie sich selbst noch nicht fanden, in fremden Nationen ihr Heil suchen müssen, ihnen dienend, in ihren Gedanken

lebend: selbst die Zeiten ihres Ruhmes, ihre erprobten eigenen Tätigkeiten vergessen sie, immer gern mögend, nicht vermögend . . ." Das ist der Deutsche als der Romantiker von Grund aus, immer vom Sehnen gejagt, nie der Erfüllung froh. — Ähnlich stellt Klinger den Gegensatz der Deutschen zur Lehre auf: „Der Engländer glaubt, ihn bleibe alles, er habe zu allem Recht; er verachtet, was er nicht besitzt und nicht mehr erwerben kann, tritt led, auch wohl bengelhaft auf. Der gutmütige Deutsche will wenigstens zeigen, daß er sein Möglichstes tue, anderen zu gefallen . . .“

Den nüchternen Geschäftssinn, der England groß gemacht hat, deckt der englische Satiriker Swift hundert Jahre vor Herder als den Grund von Englands Beteiligung an dem spanischen Erbfolgekriege auf: John Bull, der Tuchhändler, als Sinnbild Englands, und Klaas Frog, der Leinwandhändler, als Sinnbild der damals durch die Person des Regenten mit England verbundenen Niederlande, fürchten durch den alten Baboon (Ludwig den Vierzehnten von Frankreich) den Absatz ihrer Waren in Spanien zu verlieren. Herders Beurteilung der englischen Politik geht von Swift aus. „In Swifts Schriften ist die Stupidität der Deutschen ausgemacht. — Wogegen sich denn die Deutschen gutwillig verachten ließen und am Ende dahin kamen, daß sie nächst Gott dem Herrn kein großmütigeres Wesen als einen englischen Lord, kein zarteres Geschöpf als eine Lady und keinen Engel als in einer englischen Miß erkannten.“ Damit fertigt Herder die Deutschen ab, die England nach den Jugendhelden Richardsons beurteilten. Ihm selber haben die Kriege seiner Zeit die Augen eröffnet, bei denen England sich nur den Kampf zur See vorbehielt, wo seine Überlegenheit den Erfolg gewiß machte, während es die verbündeten Landmächte mit Hilfsgeldern abband: „Englands Interesse an den Angelegenheiten des festen Landes, ist es gewöhnlich etwas anderes als die zärtliche Sorge John Bulls, des Alleinhändlers und Allfabrikanten, um Einkauf, Gewinn und Absatz, so heilige Namen auch dabei gemißbraucht werden? Und seitdem er dergleichen blutige Prozesse nicht einmal selbst führen kann oder mag, und nur solche aufhebt und erkauft, die sie führen, wie verächtlicher ist sein Name!“ Man könnte Herders Ahnungsvermögen bewundern, wenn wir folgende Zeilen bei ihm finden: „Unglücklich wäre es für das feste Europa, wenn eine Kaufmannsinsel, fast außerhalb Europas oder wenigstens an der westlichen Ecke desselben, dem ganzen Kontinent gebieten, zu ihrem Vorteil Europas Krieger dingen und ihrem Gewinn opfern könnten! Die schimpflichste Anrechtschaft, vermöge welcher die Völker Europas eine Ware für England, zum Schlachtfeld erkaufte Herden für jener Insulaner gewinnsüchtige Weltherrschaft würden!“ Herder hat noch den Trost, daß die Engländer nicht Europas Schiedsrichter zu werden brauchen: „Warum dürften sie es werden, wenn ihnen keine erkaufte Landmacht dient?“ Aber die Macht des Geldes ist unverkennbar, und für Herders Gemüt ist es drückend, wenn er über die Verbreitung des Christentums in den englischen Kolonien sagen muß: „die Engländer lehren und taufen die Völker durch Geld, um Geld —.“

In Ergänzung der allgemeiner gehaltenen Betrachtungen Herders geht Klinger meist von gegebenen Tatsachen aus. Man kann an das Lösungswort der Engländer zu Anfang unseres Krieges „Business as usual“ denken, wenn Klinger in den Betrachtungen von 1801/02 schreibt: „In England spricht man jetzt nur vom Handel; gewisse andere Wörter, die man dort wohl ehemals aussprechen hörte, sind ganz verschollen. Ich erwarte, daß man das Handelswesen dort bald als die einzige Glücks- und Seligkeitslehre auf den Kanzeln predigen wird.“ Und doch tobte damals noch der Krieg zwischen England und Frankreich, der allerdings 1802 durch einen Frieden beendet wurde. An diese Zeit haben wir bei folgender Bemerkung zu denken: „Daß der bloße Kaufmannsgeist der trugvollste der bösen Geister sei, den die Menschen erschaffen haben, beweisen uns die Engländer und werden es uns fernerhin zur völligen und genugsamsten Überzeugung beweisen. Viele sind so gut, sich den Kopf zu zerbrechen, wie sich wohl die Engländer aus diesem verworrenen

Handel ziehen werden; ich glaube, ohne den meinen anzustrengen, sie werden es wie alles als Kaufleute tun. War der geendete Krieg eine mißlungene Kaufmannspetulation, so findet sich das Hilfsmittel in derselben Quelle.“ Denn ein neuer Krieg, von Englands Geld genährt, erscheint Klinger naheliegend. „England hat uns gezeigt, daß es außer den Großen der Erde noch einen Stand gäbe, den Stand des Kaufmannes, der nach eigener Moral und Politik verfährt und sich um die gewöhnlichen, uns in der Gesellschaft Lebende verbindenden Pflichten nicht bekümmert. Das System der Aufopferung — versteht sich, nicht derer, die diesen Stand ausmachen, — ist auch hier an der Tagesordnung. England zeigt uns, daß es für diesen Stand, als Stand im Staate, weder Natur-, Völker-, ja nicht einmal menschliche und göttliche Gesetze gibt.“ Die herrschende Kaufmannsgruppe gönnt keinem sonst sein Recht; das beweist Klinger durch das Loz der Iren, die nach dem damaligen Gesetz schon wegen ihres Glaubens — als Katholiken — von dem Zutritt zu staatlichen Ämtern und Würden ausgeschlossen waren: „Wird z. B. jetzt von dem Aufbruch in Irland gesprochen, so sage man nur: der Grund aller dieser scheußlichen Mordszenen ist die gehässige Intoleranz der hohen Kirche, die engste Kaufmanns- und Anterpolitik; der Irländer will ja nur Bürger in seinem Vaterlande sein, Gott nach seinem Gewissen dienen und die gewöhnlichen Rechte und Vorteile des Bürgers für die Lasten genießen, die er als Bürger gleich den andern tragen muß.“ 1803 brach der englisch-französische Krieg wieder aus, der Ostreich und Rußland auf Englands Seite fand. Klinger schrieb damals: „Es ist ganz natürlich, daß der alles kaufende und verkaufende Engländer auf dem festen Lande den ihm nötigen und nur ihm heilsamen Krieg mit eben dem Golde kauft, das er auf demselben gewonnen hat.“ Die Rücksichtslosigkeit der englischen Kriegsführung bringt Klinger auf die Frage, warum es England nicht schon mit der Einführung der ägyptischen Pest in Frankreich versucht habe; er erklärt die Unterlassung nur mit der Furcht des Engländers vor Übertragung der Seuche ins eigene Land. „Gleichwohl machte es schon, um eben dieses Frankreich zu demütigen, durch den Hunger, ohne alle Rücksicht auf sich, einen sehr kräftigen Versuch dazu. Dieses, die Laten in Indien, — vor Kopenhagen . . . lassen uns von diesem Kaufmann noch manches Neue, bisher Unerhörte hoffen.“ Das war die Meinung eines führenden Mannes in einem mit England verbündeten Staate! Es ist jedenfalls in unseren Tagen interessant, unter Englands Kriegsmitteln vor hundert Jahren die Aushungerung zu finden; und auch „manches Neue, bisher Unerhörte“, das schon Klinger erwartete, ist ja in unserer Zeit Wirklichkeit geworden. Aber Klinger erschöpfte sich als Staatsmann nicht mit dem Einsatz der moralischen Wertung: „Was ich mit den Engländern habe? ruft er aus. — Ich wollte, man kaufte ihnen nichts mehr in Europa ab, so würde wahrscheinlich die ganz eingeschlafene Humanität dort wiederum erwachen müssen.“ Und den trotz seiner allgemein anerkannten Vorzüge gering geachteten Deutschen weist er auf das Ausland hin, damit er sich durchsetzen lerne: „Politische Tugenden . . . geben den Ausschlag.“



Materialien zur Polenpolitik

Polen in Handel und Industrie. Der Lissaer „Kraj“ vom 8. August d. J., Nr. 178, fordert unter der Überschrift „Die Macht des Willens“ seine Landsleute auf, sich immer solchen Arbeiten zuzuwenden, die ihnen völlige Unabhängigkeit sicherten. In erster Linie kämen Handel und Industrie in Betracht, die einen bedeutenden Teil der Zukunft Polens ausmachten. Daher müßte die polnische Jugend gerade diesen Arbeitszweigen zugeführt werden.

Deutsch-polnische Beziehungen in Warschau. Nr. 166 des im österreichischen Okkupationsgebiet zu Petrikau erscheinenden „Dziennik Narodowy“ vom 27. Juli 1918 erhält von seinem Warschauer Mitarbeiter eine Zuschrift, wonach während der Erörterung über die von den Okkupationsbehörden angekündigten Requisitionen der Landwirtschaftsminister Dzierzbicki erklärt hat, daß die Deutschen in der nächsten Zeit an die Beschlagnahme von 8000 Kühen herantreten würden, um sie unter die deutschen Kolonisten in Polen zu verteilen. Der in der Sitzung anwesende deutsche Regierungskommissar, Graf Lerchenfeld, habe sich in dieser Beziehung auf seine Unterredung mit dem Vizeminister für Landwirtschaft berufen, der die Zustimmung der polnischen Behörden hierfür erklärt haben soll, jedoch unter der Bedingung, daß ein Teil des requirierten Viehs den ins Land zurückkehrenden Flüchtlingen übergeben werde. Der Landwirtschaftsminister Dzierzbicki erklärte kategorisch, daß dies unwahr sei. Der Minister berief sich auf die Protokolle der Unterredungen des Vizeministers für Landwirtschaft mit dem Grafen Lerchenfeld, wo von etwas Derartigem absolut keine Rede sei. Es ergab sich daher die Frage, wer die Wahrheit spricht. Endlich erteilten beide Teile ihre Zustimmung zu einer förmlichen Gegenüberstellung des Vizeministers mit dem Grafen Lerchenfeld.

Die Nachricht des „Dziennik Narodowy“ entspricht, wie festgestellt werden kann, in keiner Weise den Tatsachen. Graf Lerchenfeld hatte der Wahrheit entsprechend lediglich hervorgehoben, daß dem Erlasse des Verwal-

tungschefs wegen Aushebung von 8000 Stück Vieh für Rückwanderer eine Besprechung mit einem Vertreter des polnischen Landwirtschaftsministeriums vorausgegangen sei, ohne daß ein Einverständnis zwischen beiden erzielt worden wäre. Der Landwirtschaftsminister betonte besonders seinen Widerspruch gegen diese Maßnahme zugunsten der Rückwanderer.

Die Cholmer Frage. „Nowa Reforma“ Nr. 327 vom 30. Juli 1918 läßt sich aus Wien melden, daß die wirtschaftliche Verwaltung des Cholmer Landes, die bisher in der Hand des österreichisch-ungarischen Etappenkommandos gelegen habe, in diesen Tagen dem Lubliner Generalkommando übertragen werden würde. Dies wäre als endgültige Einverleibung des Cholmer Landes in das Gebiet der österreichisch-ungarischen Okkupationsverwaltung in Polen zu betrachten.

Der apostolische Bisitator Mgr. Ratti hat nach Meldung des offiziellen „Głos Lubelski“ (Lublin) nach seiner Ankunft in Egenstochau an den k. u. k. Generalgouverneur Lipošca folgendes Telegramm gerichtet: „Anlässlich des Besuches Egenstochaus, jenes berühmten Heiligtums desjenigen Teiles Polens, der unter der Verwaltung der k. u. k. Armee steht, habe ich die Ehre, Eurer Exzellenz den Ausdruck meines ehrenvollen Grußes zu übersenden. Michilos Ratti. Apostolischer Bisitator.“ Exzellenz Lipošca dankte in einem besonders herzlich gehaltenen Begrüßungsschreiben.

Polnische Vertretungen in Dünaburg und Rjew. „Nowa Reforma“, Krakau, meldet in ihrer Nr. 327 vom 30. Juli d. J., daß mit Genehmigung der Okkupationsbehörden in Rjew und Dünaburg polnische Vertretungen als Organe des Regenschaftsrats mit der Wahrnehmung der Interessen der polnischen Minderheiten betraut werden sollen.

Polnische Vorbereitungen in Danzig. Den Betrachtungen des „Kurier Poznański“ über Danzig als zukünftige polnische Handelsstadt fügt Nr. 92 der „Gazeta Odsaska“ (Danzig) vom 1. August 1918 folgendes hinzu: . . .

„Seine Ausführungen sind sehr richtig und man muß ihnen durchaus beipflichten,

denn sie zeugen von großem Interesse für unsere Provinz. Was wir jedoch noch deutlicher hervorheben wollen, das ist seine Meinung, daß man durchaus danach streben müsse, für die Provinz Westpreußen eine ähnliche Zentrale zu schaffen, wie es Posen für die Provinz Posen ist.

Eine solche Zentrale ist für Westpreußen durchaus notwendig. . . . Es genügt nicht, nur festzustellen, daß Danzig schlecht gelegen ist, und damit aufzuhören. Damit werden wir nichts ändern. Wir sollten uns bemühen, die für uns ungünstigen Verhältnisse zu ändern. . . . Man muß also vor allem danach streben, hier in Danzig den örtlichen Umgang der Polen unter sich zu fördern. Vor dem Kriege ist hier wenig geschehen. Nur einzelne waren am Orte tätig . . . willig zwar, aber weniger vermögend, da wenig besitzend — und vor allem weniger zu jener Tätigkeit fähig, da sie selbst zu wenig Bildung besaßen . . . Der Radius von Danzig bis Thorn beträgt schon 150 Kilometer. Auf diese Entfernung also müßte Danzig seine Wirkung ausüben!

Laßt uns nun die Reihe der Blätter, die in Posen erscheinen, in Betracht ziehen. Es gibt ihrer dort an ein Duzend. Sie alle bilden den nationalen Geist. Sie sind die Erklärer des Gedankens und wirken auf die in 100 Kilometer weiter Entfernung wohnende Bevölkerung im hohen Maße ein.

Wie ist es indessen in Danzig?

Statt einer bedeutenderen polnischen Tageszeitung, die unsere Provinz eher informieren könnte als die Posener Blätter, wird nur die bescheidene „Gazeta Odsńska“ herausgegeben, ein Volksblättchen, das dreimal wöchentlich erscheint.

Wie kann man da der deutschen Presse entgegenwirken, die aus drei größeren deutschen Blättern besteht: dem Zentrumsblatt, der „Westpreußischen“, der liberalen „Danziger Zeitung“ und der in riesiger Auflage erscheinenden und uns Polen besonders abgeneigten „Danziger Neuesten Nachrichten“?

Somit ist hier in Danzig keine polnische, gut fundierte Tageszeitung durchaus notwendig. Sie würde unzweifelhaft zum Rückgrat des ganzen polnischen Lebens nicht nur

in Danzig selbst, sondern auch in ganz Westpreußen werden.“

Die Lösung der Polenfrage. Die „Kölnische Ztg.“ vom 12. August d. J. Nr. 741 läßt sich aus Warschau unter dem 10. August telegraphieren: „Die Rede des Landwirtschaftsministers Dzierzicki in der letzten Staatsratsitzung gibt der Polnischen Staatszeitung „Monitor Polski“ Anlaß zu einem Leitartikel, der die Rede als eine deutliche Erklärung bezeichnet, daß die Polen bereit seien, sich den Mittelmächten zu nähern. Der Wille dazu, so führt das Blatt aus, mangle den Polen nicht; kein real denkender Pole würde eine Verständigung auf Grund des Sages „do ut des“ ausschlagen. Doch dazu gehöre ein kräftiger, vernünftiger und vertrauenerweckender Entschluß. Der Minister Dzierzicki wendet sich in seiner Rede nicht nur an die Polen, sondern auch an die Außenstehenden und entwirft den polenfeindlichen Elementen die Waffe, welche der immer noch gern vorgehaltene Vorweisgrund einer angeblich unklaren Haltung der Polen liefert. Die Haltung der Polen ist klar, nur muß das polnische Volk wissen, daß alles, was es zu tun hat, ihm Freiheit bringen wird. Der Weg zur Verständigung mit den Polen und zur Gewinnung ihres Vertrauens steht offen, doch muß man berücksichtigen, daß es sich hier darum handelt, das ganze Volk zu überzeugen. Dazu genügen weder halbe Mittel, noch diplomatische Züge.“

Die „Kreuzzeitung“ schreibt in Nr. 418 vom 17. August: „Zu den Besprechungen, die im Großen Hauptquartier über die Regelung der polnischen Frage stattgefunden haben, bringt die „Kölnische Zeitung“ eine Auslassung, die zu neuen Zweifeln Anlaß gibt. Ging die allgemeine Annahme dahin, daß die Schaffung eines selbständigen Königreichs Polen in enger Anlehnung an beide Mittelmächte, besonders auch an Deutschland, beschlossen worden und damit die sogenannte austropolnische Lösung endgültig fallen gelassen worden sei, eine Vermutung, der eine Berliner Meldung der „Kölnischen Zeitung“ selbst Richtigkeit zusprechen zu sollen glaubte, so will eine spätere Berliner Meldung des Blattes es nur als feststehend ansehen, daß eine Verständigung

zwischen der deutschen Regierung und Polen erzielt sei, dagegen nicht, ob Graf Burian seine bisher so entschieden festgehaltene Stellung im Sinn der austropolnischen Lösung einer Revision unterzogen habe. Man steht hier wieder einmal vor einem Rätsel, das uns die Methoden unserer Nachrichtenorganisation aufgeben. Ist richtig, was die zweite Berliner Meldung der „Kölnischen Zeitung“ behauptet, wie war es dann möglich, daß die erste verbreitet werden konnte, die sich mit den Informationen Berliner Blätter deckt? Wir können uns nicht denken, daß man lediglich, um einen abermaligen Mißerfolg in dem Versuche, mit Österreich in der polnischen Frage zur Verständigung zu gelangen, zu verschleiern, unzutreffende Annahmen begünstigt hätte. Es bliebe dann also nur die Auslegung, daß man in Berlin über das, was im Großen Hauptquartier vorgegangen ist, unzureichend unterrichtet war und die Verständigung mit Polen auch als eine solche mit Österreich-Ungarn genommen hat. Was nun jene angeht, so haben wir allen Anlaß, auch ihrem Ergebnis einiges Mißtrauen entgegenzubringen. Polen soll in ein enges Bündnisverhältnis zu den Mittelmächten treten. Ein solches Bündnis hat doch aber nur dann realpolitischen Wert, wenn in der Gesinnung der betreffenden Staatsbevolkerungen die notwendigen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Daß das bei den Polen der Fall sei, möchten wir bezweifeln. Ihr bisheriges Verhalten läßt eher das Gegenteil vermuten. Polen ist seit Monaten in Berlin durch den Grafen Montier vertreten gewesen, der ein entschiedener Aktivist ist und für das Zusammengehen mit den Mittelmächten eintritt. Da liegt die Gefahr vor, daß die Berliner maßgebenden Stellen das Polentum allzu sehr nach seinen Auffassungen beurteilt,

es gewissermaßen durch seine Brille angesehen und demgemäß dann nicht auf den sachlichen Sicherungen bestanden haben, die bei geringerer Vertrauensseligkeit wohl für nötig erachtet worden wären. Wie die Konventionen aussehen oder aussehen werden, die zwischen Polen und dem Deutschen Reich abgeschlossen werden sollen und von denen man annehmen darf, daß sie wenigstens in den Grundzügen schon festgelegt sind, wissen wir nicht. Aber in der Presse wird allgemein angenommen, daß die Grenzberichtigungen, die unsere militärischen Sachverständigen für unerlässlich erklärt haben, fallen gelassen worden sind. Das läßt vermuten, daß wir auch sonst dem polnischen Standpunkt sehr weit entgegengekommen sein werden. Der Reichskanzler war, wie erinnertlich, für jene Grenzberichtigungen eingetreten, hatte sie als unser Regierungsprogramm verkündigt. Sollte man jetzt wirklich auf sie verzichten haben, so hätte er auch in dieser außenpolitischen Frage der Reichstagsmehrheit nachgegeben, die bekanntlich mit den polnischen Aktivisten eine andere Regelung vereinbart hatte. Es wäre bedauerlich, wenn auch in den anderen territorialen Fragen die polnischen Wünsche zum Nachteil von Staaten, auf deren freundschaftliche Gesinnung wir eher rechnen dürfen, Erfüllung gefunden haben sollten. Auch das Zugeländnis der Mitbenutzung des Danziger Freihafens erscheint uns nicht unbedenklich. In der Danziger Geschäftswelt hat sich über diese Frage schon vor Monaten eine Auseinandersetzung entsponnen. Während die einen sich von der Bewilligung dieser Forderung der Polen Vorteile für die Entwicklung Danzigs versprochen, gingen die Befürchtungen der anderen dahin, daß eine weitgehende Polonisierung der Stadt die Folge sein könnte.“



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Alandsfrage. Völkerrechtliche Formen und politische Interessen decken sich vielfach nicht. Das größte Interesse daran, daß sich auf den Alandsinseln angesichts der Tore von Stockholm keine Befestigungen erhoben, hatte Schweden. Aber Rußland war eine Verpflichtung zur Nichtbefestigung der Alandsinseln im Pariser Frieden von 1856 nur gegenüber England und Frankreich und, da dieses Abkommen einen Teil der Kongreßakte bilden sollte, mittelbar auch gegenüber Preußen, Österreich, Sardinien (Italien) und der Türkei eingegangen. Schweden war nicht Vertragspartei und hatte daher auch kein Recht, sich auf die russische Verpflichtung zu berufen. Rußland hatte nun an sich schon eine Neigung, sich von eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen einseitig loszusagen, so bei der Neutralisation des Schwarzen Meeres und bei der Freihafenstellung von Batum. So hatte es auch beim Beginne des Krieges mit Zustimmung seiner Bundesgenossen die Alandsinseln besetzt. Überhaupt aber war die vertragsmäßige Verpflichtung und Verbindlichkeit der Pariser Kongreßakte durch den Krieg unter den Vertragsschließenden zerrissen. Soweit die Alandsfrage eine Rechtsfrage war, stand man vor dem Nichts.

Es wäre nun zu erwarten gewesen, daß Schweden das lebendige politische Interesse, das es an den Alandsinseln als der Brücke von Schweden nach Finnland und dem Glacis von Stockholm besaß, mit bewaffneter Hand zur Geltung brachte, indem es die Alandsinseln besetzte. Nach der Niederlage Rußlands war das Unternehmen selbst für Schweden ganz ungefährlich. Nichts davon geschah. Das Ministerium versicherte nur, daß es der Frage seine Aufmerksamkeit widme. Die Thronreden von 1917 und 1918 sprachen die Hoffnung auf eine gedeihliche Lösung der Alandsfrage aus. Die Hilferufe des von der Roten Garde bergewaltigten Finnlands waren vergeblich. Schweden verbot sogar auf Grund seiner Neutralität die Waffenausfuhr für Finnland.

Trotz Versagung aller Leistungen hoffte Schweden doch die Früchte zu ernten und

den von anderer Seite befreiten Finnländern die Alandsinseln abzunehmen. Der eigene schwedische Besitz der Inseln wäre natürlich die beste Sicherung der schwedischen Hauptstadt. Der Preis hätte Schweden auch nicht entgehen können, wenn es sich zu irgendwelchen bemerkenswerten Leistungen hätte aufraffen können. Wieso jetzt nach dem eigentümlichen Verhalten des liberal-sozialistischen Ministeriums die öffentliche Meinung Schwedens den Erwerb der Alandsinseln für Schweden zu fordern sich berechtigt glaubt, bleibt einigermaßen schleierhaft.

In der Not der Volksherrschaft gelangten im Januar und Februar 1918 zahlreiche Besuche der wenigstens der Sprache nach schwedischen Bevölkerung der Alandsinseln um Vereinigung mit Schweden an schwedische Ämterstellen. Das schwedische Ministerium schob sogar nach berühmten Mustern den König vor und ließ eine Abordnung der Bevölkerung vom König empfangen und mit ermutigenden Zusagen trösten. Zu einem entscheidenden Entschlusse konnte man sich aber auch jetzt noch nicht in Stockholm aufraffen.

Inzwischen hatte der finnländische Landtag am 15. November 1917 die Unabhängigkeit Finnlands, zu dem auch die Alandsinseln gehörten, ausgesprochen. Der am 8. März 1918 abgeschlossene Friede von Brest-Litowsk verpflichtete Rußland zur Räumung Finnlands mit den Alandsinseln und zur Anerkennung der finnländischen Unabhängigkeit. Für die Alandsinseln wurde die Entfernung der angelegten Befestigungen vorgesehen. Aber die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln, sowie über ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht ist ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Finnland, Rußland und Schweden vorgesehen, zu dem auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee zugezogen werden können. Soweit Schweden in Betracht kommt, handelt es sich auch hier wieder um einen Vertrag zugunsten dritter. Schweden kann für sich aus dem Frieden von Brest-Litowsk keine Rechte herleiten. Vertrags-

mäßige Rechte würde es seinerseits erst dann erwerben, wenn der hier vorgesehene Vertrag unter Beteiligung Schwedens abgeschlossen wäre.

Der deutsch-finnländische Friedensvertrag vom 7. März 1918 wiederholt hinsichtlich der Ålandsinseln die Bestimmung des Friedens von Brest-Litowsk und begründet damit eine entsprechende Berechtigung und Verpflichtung auch für Finnland. Außerdem enthält er für Finnland die einschneidende Verpflichtung, keinen Teil seines Besitzstandes an eine fremde Macht abzutreten, noch einer solchen Macht eine Servitut an seinem Hoheitsgebiete einzuräumen, ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben.

Inzwischen war Finnland mit deutscher Hilfe und durch seine weißen Gardien befreit worden. Daß auch schwedische Freiwillige sich am Freiheitskampfe Finnlands beteiligten, soll nicht verschwiegen werden. Damit hatte aber der schwedische Staat nichts zu tun. Dieser hatte vielmehr den Freiheitskampf Finnlands nach Möglichkeit durch sein Waffen- ausfuhrverbot erschwert.

Die öffentliche Meinung Schwedens beschäftigt sich gleichwohl auf das lebhafteste mit den Ålandsinseln und möchte die Inseln am liebsten für Schweden erwerben, nachdem es die schwedische Politik mit beispiellosem Ungeschehn verstanden hat, alle günstigen Gelegenheiten zu veräumen. Es ist daher ein besonderes Verdienst von Prof. Dr. Max Fleischmann das ganze Problem in einer Denkschrift^{*)}, wofür ihm die finnländische Gesandtschaft Stoff zur Verfügung gestellt hat, eingehend und gründlich erörtert zu haben.

Schweden hatte bisher jedenfalls kein vertragsmäßiges Recht auf Nichtbefestigung der Ålandsinseln. Auch die Friedensverträge Deutschlands mit Rußland und Finnland gewähren ihm vorläufig keinerlei Recht, sondern nur eine Aussicht, künftig einmal zu dem besonderen Vertrage über die Ålandsinseln gezogen zu werden und damit vertragsmäßige Rechte zu erwerben.

Zu einem Erwerbe der Inselgruppe durch Schweden wird es schwerlich mehr kommen. Dazu ist es zu spät. Einmal wollen es die Finnländer selbst nicht. Die Finnländer schwedischer Abstammung sind am wenigsten zu einer Abtretung geneigt, da sie dadurch an sich schwachen schwedischen Volksteil noch mehr schwächen würden. Ob dormalen die Åländer überhaupt noch geneigt sein würden, den Anschluß an Schweden zu erstreben, nachdem sich die schwedische Hilfe als zu ihrer Befreiung entbehrlich erwiesen hat, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat Finnland im vollen Umfange seines Gebietes, zu dem auch die Ålandsinseln gehören, seine Unabhängigkeit erlangt. Und nimmermehr kann einer einzelnen Inselgruppe das Recht zugestanden werden, sich vom ganzen loszulösen.

Die Fleischmannsche Denkschrift weist nun im einzelnen nach, wie die Ålandsinseln weder aus geschichtlichen noch aus geographischen noch aus ethnographischen Gründen von Schweden beansprucht werden können, sondern nach allen diesen Gesichtspunkten zu Finnland gehören und immer gehört haben. Höchstens in handelspolitischer Hinsicht böte die Verbindung mit Schweden den Bewohnern der Ålandsinseln gewisse Vorteile.

Daß die Ålandsinseln mit der bestehenden Servitut auf die neue Staatsgewalt übergegangen sind, erscheint nicht recht einleuchtend, denn die Verpflichtung zur Nichtbefestigung war eine persönliche Verbindlichkeit Rußlands und war schon mit Kriegsbeginn untergegangen. Aber Finnland ist eine neue Verpflichtung dieser Art Deutschland gegenüber eingegangen, und Deutschland ist Rußland gegenüber zu ihrer Wahrung verpflichtet.

Die Denkschrift erörtert zum Schluß noch den möglichen Inhalt des künftigen Vertrages, als da sind Nichtbefestigung, schwedische Mit-herrschaft, gemeinsame Befragung, Republik unter schwedischem und finnischem Schutze und Neutralisierung und hegt gegen alle diese Möglichkeiten mit Recht gewisse Bedenken. Das wahrscheinliche Ergebnis wird unter Aufrechterhaltung der finnländischen Staatsgewalt deren Verpflichtung zur Nichtbefestigung, vielleicht unter Neutralisation der Inseln sein. Damit wird denn auch die Ålandsfrage ihre Erledigung finden. Conrad Bornhak

^{*)} Dr. jur. Max Fleischmann, Die Ålandsfrage. Eine Denkschrift. 1918. Als Hand-schrift gedruckt. Verlagsbuchhandlung von Julius Springer in Berlin.

Prozeßführung und Presse. Unsere Strafprozeßordnung bestimmt, daß die Geschworenen, wenn sie die Rechtsbelehrung empfangen haben, sich zur Beratung in einen gesonderten Raum zurückziehen und dort von jeder Verbindung mit der Außenwelt abgeschlossen bleiben, bis sie den Urteilspruch gefunden haben. Der Zweck dieser Bestimmung ist offensichtlich, sie vor jeder Beeinflussung durch Dritte bei Findung des Urteils zu bewahren. Für Strafkammer und Schöffengericht ist die Abspernung nicht in dieser strengen Form vorgesehen, aber auch hier wird gegen jede Beeinflussung durch Dritte dadurch Fürsorge getroffen, daß der Beratung außer den zur Urteilsfindung berufenen Richtern und den zur Ausbildung beim Gericht tätigen Referendaren niemand beizuhören darf. Damit vergleiche man nun, daß im Falle „Frankfurter Zeitung“ gegen Chamberlain nach Schluß der Beweisaufnahme die Verkündung des Urteils auf eine Woche hinausgeschoben worden ist. Die Schöffen gehen also nach Hause und sind während einer vollen Woche allen möglichen, unkontrollierbaren Unterhaltungen über die Sache, in der sie noch das Urteil finden sollen, ausgesetzt. Diesen Übelstand hat der vorgenannte Prozeß freilich mit allen großen Straffachen gemein, und es ist in mancher das Volksgemüt auf-

regenden Schwurgerichtssache schon als besonders unerfreulich empfunden worden, daß die Geschworenen, die man für die Beratung so ängstlich absperri, an jedem Abende der Verhandlung unbehindert nach Hause gehen können und zu Hause sich über den Gang des Prozesses, dem sie vielleicht teilweise schwer folgen konnten, aus Zeitungsberichten informieren, die bisweilen der nötigen Objektivität in hohem Grade ermangeln.

Ob hier eine absolute Abhilfe möglich ist, erscheint zweifelhaft. Immerhin könnte für nicht allzugroße Sachen im Dienstaufsichtswege die Anordnung gegeben werden, soweit Laienrichter beteiligt sind, die Beratung, wenn irgend möglich, im Anschluß an die letzte Verhandlung stattfinden zu lassen. Für alle sich über eine größere Reihe von Tagen oder Wochen hinziehenden Prozesse aber wäre eine sorgfältige Kontrolle der Preßberichterstattung durch einen besonderen Gerichtsdezenten und Förderung eventueller Berichtigungen und Ergänzungen dieser Berichte erwägenswert. Meines Erachtens hat überhaupt die Justiz mit der Preßberichterstattung über Gerichtsverhandlungen, auf welcher sich das Urteil unseres Volkes über eine gute oder schlechte Justiz zu einem nur allzugroßen Teile aufbaut, eine noch allzu lockere Fühlung.

Domenicus



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Nichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
 Fernsprecher des Herausgebers: Amt Nichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bähom 6510
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 84/87.



Die „östliche Neuorientierung“

Von Hadubert



ie vornehmlichste Aufgabe, die unserer Politik aus dem Charakter dieses Krieges erwuchs, lag in der Sprengung der Koalition, die sich zum Kampf gegen uns vereinigt hat. Die klaffenden Interessengegensätze, die der gemeinsame Kriegswille im Ententelager nur mühsam unterdrücken konnte, boten für eine Lösung dieses Problems Ansatzpunkte genug. Mit welchem Maße an politischer Geschicklichkeit die leitenden Stellen diese Aufgabe angegriffen, ja wie weit sie sie überhaupt für aussichtsreich und lösbar gehalten haben, wird erst der Geschichtsschreiber späterer Generationen feststellen können. Die öffentliche Meinung bei uns hat ohne Zweifel die Festigkeit des feindlichen Bündnisses unterschätzt. Zu Anfang des Krieges wurden vereinzelt Stimmen laut, die eine Lostrennung Frankreichs für möglich hielten. Sie sind schnell genug verstummt und heute ist man sich wohl im allgemeinen darüber einig, daß der Bund der westlichen Demokratien unter angelsächsischer Hegemonie so fest ist, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach den Krieg überdauern wird und demnach auch für die weitere Folgezeit als ein fester Faktor unserer politischen Berechnungen gelten muß. Der Zusammenhang innerer und äußerer Politik erwies sich auch an diesem Beispiel als wirksam. Die Ähnlichkeit innerer Einrichtungen und die Gemeinsamkeit tragender innerpolitischer Grundideen begünstigte bei den westlichen Ententemächten die Verfestigung einer Solidarität trotz allen wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessengegensätzen, die von unseren positivistischen Politikern in ihrer Tragweite gewaltig überschätzt worden sind.

Unnatürlich erschien aus dem gleichen Grunde von vornherein das Bündnis des autokratischen Rußland mit diesen westlichen Demokratien. Und so war es nicht lediglich eine an Deutschlands Mittellage orientierte Geographie, die uns West und Ost als getrennte feindliche Lager empfinden ließ, deren Gegensatz ein wichtiges Moment unserer politischen Berechnungen für den Friedensschluß und darüber hinaus bedeutet. Und sobald unsere politische Öffentlichkeit die Probleme dieses Krieges unter weltpolitischen, weit über die Gegenwart hinausgreifenden Perspektiven zu erfassen und zu durchdringen begann, schoben sich deutlich die Meinungen über das Schwergewicht der einzelnen uns heute feindlichen Mächte, über Notwendigkeit und vor allem über Dauer dieser Feindschaften.

Es wird eine lohnende Aufgabe für einen späteren Historiker dieses Krieges sein, die mannigfachen Motivationsreihen herauszufezieren und sauberlich zu sondern, die für diese Parteilung der Kriegs- und Friedensziele richtunggebend waren. Innerpolitische Solidaritäten und Gegensätze haben diesen jeweiligen Verstan-

digungswillen oder aber die Unversöhnlichkeit nach West oder Ost ohne Zweifel unterirdisch beeinflusst. Man braucht nur daran zu erinnern, wie Bethmann Hollweg den rein innerpolitischen Gegensatz unserer Sozialdemokratie gegen den Zarismus nicht ohne Geschick zur Stärkung des Kriegswillens unserer Massen ausgenützt hat. Seit ein glatter und überwältigender Sieg auf allen Fronten schon angesichts des Verlustes unserer Kolonien zur Unwahrscheinlichkeit wurde, rang sich gewissermaßen rein kriegspolitisch bei uns die Einsicht durch, daß in dem kommenden Friedensschluß Kompensationen eine große Rolle spielen würden, so daß wir uns von vornherein darüber klar sein mußten, welche Gewinne hier uns selbst mit Verzicht oder Bescheidung an anderer Stelle nicht zu teuer erkaufte wären.

In engem Zusammenhang mit diesem Problem trat immer gebieterischer die Frage vor uns hin, wer als der eigentliche Feind in diesem Kriege zu betrachten sei. Die unglückliche Verquickung dieser Fundamentalfolge mit der nach dem Urheber des Krieges hat erst kürzlich einen unserer leitenden Männer zu der überschauren Verlegenheitsauskunft geführt, den gänzlich erledigten Zarismus zum Sündenbock zu machen. Wenn durch derlei parlamentarische Klopffechtereien der Kriegswille unserer Feinde fortargumentiert werden könnte, dann wollte man sie gewiß gelten lassen. Dazu sind diese rhetorischen Mittelchen aber nun wirklich zu leichten Kalibers. So wurde durch solche Begütigungsverfuche lediglich das für unser Volk unendlich wichtige Problem verdunkelt, wer in diesem Stadium des Krieges, wo der Zarismus erledigt und das offizielle Rußland vom Kriegsschauplatz abgetreten ist, als unser eigentlicher Feind anzusehen sei. Die Frage nach dem Urheber des Krieges — von den feindlichen Staatsmännern bis zur Übermüdung durchgehehelt, — wird immer akademischer, oder, wenn man will, parlamentarischer. Zur Lösung jener anderen wichtigeren Frage trägt sie kaum mehr etwas bei. Vielmehr zerlegt sich die in die Teilprobleme, welcher unserer Feinde in der Gegenwart an Machtmitteln der gefährlichste und in seinem Kriegswillen der härteste, welcher in Zukunft der subjektiv unversöhnlichste und objektiv in seinen Interessen den unsrigen am schroffsten entgegenstehende ist.

Für die ersten beiden Teilfragen kommen natürlich nur die Mächte in Frage, die heute noch mit uns im Kampfe stehen. Und je mehr in diesem Kampf die wirtschaftlichen Faktoren an Entscheidungsschwere zunehmen, desto klarer wird es uns, daß nicht die romanischen, sondern die angelsächsischen Völker unsere gefährlichsten Feinde sind und destomehr neigt sich die Waagschale dieser Entscheidung zugunsten des wirtschaftlich unverbrauchten, durch seine Herrschaft über die Rohstoffe wichtigeren, an Menschen- und Kapitalreserven mächtigeren Amerika. Was die Fähigkeit des Kriegswillens anlangt, so scheiden erst recht die kleineren Völker, also auch Italien und vollends die vielen Mittläufer der amerikanischen Kriegserklärung, aus. Auch in Amerika sind wir nach unserer Kenntnis der Lage noch immer geneigt, den kriegsfeindlichen pazifistischen Strömungen eine größere Bedeutsamkeit als in Europa beizumessen. Schwerer zu entscheiden ist die Frage, ob England oder Frankreich den zäheren Kriegswillen zeigen. Wer zu Anfang dieses Krieges Frankreich nur die jäh aufflackernde, aber schnell verglühende Kriegseidenschaft einer Hysterika zugetraut hat, ist jedenfalls inzwischen eines besseren belehrt worden. Auch muß die Tatsache, daß unsere Heere weit im Innern dieses Landes stehen, stets aufs neue auffachsend auf den Kriegswillen der ohne Zweifel heroischen französischen Nation wirken. Sehen wir dort vor allem die irrationalen Faktoren die Kriegsmüdigkeit niederhalten, so spielt in England mehr die kalte und zielbewusste Entschlossenheit, die deutsche Weltmacht Konkurrenz ein für allemal zu erledigen, als unbefleglicher kriegsverlängernder Faktor die entscheidende Rolle.

Wenn wir nun die Erwägung auf die letzten beiden Teilfragen ausdehnen, wer von unseren Feinden in Zukunft als der subjektiv unversöhnlichste und objektiv uns in seinen Interessen am meisten konträre anzusehen sei, so erweitert sich der Kreis der fraglichen Mächte auch auf die, mit denen wir bereits Frieden geschlossen haben. Und das mit Vollziehung des Ostfriedens scheinbar begrabene

Problem Ost oder West feiert damit seine Auferstehung. Daß die Mentalität des Franzosen den günstigsten Boden für eine fortschwärende Revancheleidenschaft abgibt, ist Allgemeinut unserer öffentlichen Meinung. Für England und Amerika verliert die Frage an Bedeutung, weil eine wirklich absolut demütigende Niederzwingung dieser beiden Staaten nach Lage der Dinge nicht im Bereich des Wahrscheinlichen liegt, für Amerika noch weniger, als für England. Dagegen bleibt es für uns eine wichtige Frage, ob in dem von uns besiegten Rußland mit einem politisch ernst zu nehmenden Revanchegeanken zu rechnen sei. An und für sich legt die passive und fügsame Natur des Slawen einen solchen Gedanken nicht nahe, um bloßer Prestigefrage willen wird sich der Russe nie in einen Krieg stürzen lassen, während der außerordentliche nationale Idealismus des Franzosen dazu sehr wohl fähig ist. Wenn hier der durch die liberalisierende Ara Stohpin heraufgeführte russische Volksimperialismus auch nicht übersehen wird, so darf doch von einem Revanchegeanken als Massenrerregung beim Russen schon deshalb nicht gesprochen werden, weil dieses unförmliche, pleonettische und unorganische Riesengebilde des ehemaligen russischen Reiches selbst die namhaften Amputationen durch den Brester Frieden nie und nimmer als solche empfinden kann, wie etwa Frankreich die Abtrennung Elsaß-Lothringens zugleich an jedem Punkte seines nationalen Leibes mitempfind. Wenn also auch eine durchgreifende Revancheestimmung in Rußland nicht zu erwarten ist, so bleibt die Frage seiner dauernden Unversöhnlichkeit doch aufs engste mit der anderen verschwistert, welche Regierungsförm sich dort zur dauernden Geltung durchringen wird. So lange dort mit dem bolschewistischen Regime die Massenträgheit letztlich den politischen Ausschlag gibt, ist an kriegerische Energie irgendwelcher Art natürlich nicht zu denken. auch die Gefahr, daß eine Diktatur vom Schlage Napoleons diese Massen aus ihrer lethargie wachrüttelte und in kriegerische Abenteuer hineinriffe, liegt dort nicht vor. Alle Augenzeugen dieser maßlosen Desorganisation des großen russischen Zentralismus sind sich darüber einig, daß eine Disziplinierung dieser gänzlich verwilderten Massen auf Jahrzehnte hinaus völlig ausgeschlossen ist. Dagegen ist für eine spätere Zukunft immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, daß mit der Wiederaufrichtung eines haltbaren politischen Zentralismus aus dem Schoße der alsdann herrschenden sozialen Kreise wieder eine politische Aktivität entstehen könnte, in der die Gebietsverluste des Brester Friedens beachtliche Revancheestimmungen auslösen könnten. An diese Möglichkeit ist vor allem denjenigen gegenüber zu erinnern, die Rußland durch die augenblicklichen Wirren ein für allemal als machtpolitisch erledigt ansehen.

Schon das bloße Erwachen und erst recht das politische Bedeutsamwerden einer wirklich durchgreifenden Revancheleidenschaft in breiteren Schichten des russischen Volkes ist aber an so viele hypothetische Bedingungen und Voraussetzungen geknüpft, daß dieser Faktor im Augenblick in unseren Berechnungen und Erwägungen sehr weit in den Hintergrund treten kann. Ungleich wichtiger als die subjektiven bleiben allen gegenteiligen Erfahrungen zum Trost auf die Dauer doch die objektiven Gegensätze der Staaten, die sich in diesem fürchterlichen Kriege so unheilvoll ineinander verbissen haben. Neben den weltanschaulichen und innerpolitischen Gegensätzen sind es wirtschafts- und machtpolitische, die hier die ausschlaggebende Bedeutung für das zukünftige Verhältnis der kriegführenden Staaten haben. Aber diese Gegensätze sind trotz ihrer Objektivität und Gegebenheit doch auch wieder abhängig von den Wegen, die der weltpolitische Wille der beteiligten Völker in Zukunft einschlägt. Ein überseeisches Programm bringt uns in schärferen Gegensatz zu England als ein kontinentales, ein Desinteressement an einem Punkte entlastet, ein Engagement belastet uns in einer jeweils vorher bestimmaren Richtung. Beides aber ist abhängig von den Zielen, die unser weltpolitischer Wille sich selber setzt, oder die die allgemeine Weltlage und nicht zuletzt der Ausgang dieses Krieges ihm offen läßt.

So zeigt es sich denn, daß die letzte und wichtigste Frage nach den objektiven Interessendivergenzen nicht mit der Beschaulichkeit des Forschers und

Analysierers, sondern nur mit der Entschlossenheit und Zielbewußtheit des aktiven Staatsmannes oder des politischen Programmatisers zu lösen ist. Hier fußt jede Lösung auf einem System von Forderungen. Verhängnisvoll bleibt aber auch hier der Gesichtswinkel des Pazifisten, der Reibungen überhaupt für vermeidbar hält, weil ihm die Stagnation der vertraglich festgelegten Machtverhältnisse das politische Ideal ist. Wer den Willen zur Machterweiterung von der Gesundheit des Staates für untrennlich hält, muß diesem Willen auch die Freiheit zuerkennen, sich selber die Richtung zu suchen. Und eben in der Anerkennung dieser Freiheit liegt zugleich der Verzicht auf die Möglichkeit objektiver Vorherberechnung der Parallelismen und der Divergenzen dieser einzelstaatlichen Willensrichtungen einbeschlossen.

Die Frage nach dem „eigentlichen Feind“ entzieht sich also bei näherem Zusehen der eindeutigen und frischfröhlichen Lösung, die mancher schnellfertige Politikafter mit Händen zu greifen glaubt. Und es ist sehr begreiflich, daß auch heute nach Abschluß des Friedens mit Rußland die Frage Ost oder West noch eine sichtlich Scheidung der Geister bewirkt und daß die einen mit dem Ausscheiden Rußlands den Krieg gewissermaßen erst zu sich selbst gekommen glauben, während die anderen in seinem Fortdauern ein jederzeit durch „Verständigung“ aus der Welt zu schaffendes Mißverständnis sehen. Aus dieser fortbestehenden Problemlage ist jene politische Richtung bei uns zu begreifen, die sich unter dem Leitziel der östlichen Neuorientierung vereinigt hat und die in mannigfachen Organen wie der „Vossischen Zeitung“ und einigen Zeitschriften, wie der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“, zu herdem Ausdruck kommt. Dieses politische Programm sieht den eigentlichen gefährlichen und fortbauenden Feind im Angelfaschismus und zieht daraus die Folgerung, daß wir zu Rußland ein möglichst gutes Verhältnis mit allen Mitteln anzubahnen haben, um nicht nur den Rücken für den entscheidenden Kampf im Westen freizubekommen, sondern darüber hinaus für die folgende Epoche eines Wirtschaftskampfes mit der Entente uns mit dem nahen und vielleicht sogar mit dem fernen Osten zu einer interessen-solidarischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuschließen.

In den Kreisen, die diese Anschauungen vertreten, wird man nicht selten auf die Meinung stoßen, der Sturz des Zarismus habe den Boden für ein besseres Verhältnis zum neuen Rußland geschaffen. Insbesondere in sozialistischen Kreisen, in denen diese östliche Neuorientierung auch stellenweise Fuß gefaßt hat, wirkt gewiß eine stimmungsmäßige Sympathie mit dem jungen sozialistischen Rußland bei diesen Versöhnungstendenzen mit. Demgegenüber verlohnt es wohl daran zu erinnern, daß gerade im Zeichen des Zarismus in den Zeiten der heiligen Alliance und von dort aus noch lange nachklingend ein warmes Verhältnis zwischen Preußen-Deutschland und Rußland bestanden hat, und daß Bismarck gerade in den dynastischen Beziehungen die beste Gewähr eines fortbauenden guten Verhältnisses beider Staaten sah. Nicht sowohl der Zarismus war der Friedensstörer, als vielmehr jene liberalen nationalistischen Bourgeoisfreise der russischen Kadettenpartei, die bei einem etwaigen Umschwunge in Rußland am ehesten Aussicht haben, auf längere Zeitstrecke das Erbe des Bolschewismus anzutreten, dessen Tage über kurz oder lang doch gezählt sind. Ebenso wenig wie wir in der Randvölkerfrage auf die Dauer einzig die Befreiungsideologie Bethmannschen Angebens festhalten werden, sondern uns daneben ehrlich zu einem Programm der deutschen Machterweiterung nach Osten bekennen müssen, daß den Tatsachen entspricht und aus ihnen leicht genug abzulesen ist, ebenso wenig sollten wir uns durch innerpolitische Solidaritäten oder Antipathien in unseren Beziehungen zum revolutionären Rußland leiten, sondern uns von jenen politischen Richtlinien den Weg vorzeichnen lassen, die an der Möglichkeit gedeihlichen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeitens mit dem gesamten slawischen Osten orientiert sind. In diesem allgemeinen Sinne begrüßen und bejahen wir die „östliche Neuorientierung“, ohne uns damit auf die Mittel festlegen zu wollen, die in weiten Kreisen ihrer Vertreter für die allein richtigen und erfolgreichsten angesehen werden.

An diesem Punkt trennt sich unsere Auffassung vor allem von der bis zur Ermüdung in der „Röflichen Zeitung“ von Georg Bernbard vertretenen Anfchauung, die wichtigfte Forderung der öflichen Neuorientierung fei äußerfte Milde in den Friedensbedingungen, d. h. gegenwärtig eine Revision des Brefter Vertrages und ein Verzicht auf die nordbaltifche und eftländifche Küfte. Daß die Düna oder gar die berüchtigte Demarkationslinie des Brefter Vertrages eine völlig unmögliche Grenze abgebe, ift jedem Kenner der ethnifchen Verhältnisse im Baltikum unmittelbar einleuchtend. Faft möchte man angesichts der fichereren Konfequenzen einer folchen Regelung den Verzicht auf das gefamte Baltienland der Angliederung eines bloßen Teiles an Deutfchland vorziehen. Ein folch unerhörtes Herunterfchrauben des gewonnenen Einfluffes im nahen Oſten wäre aber ein fo offenkbarer Beweis politifcher Schwäche und wäre mit einer derartigen Einbuße an Preftige bei Rußland und der ganzen Internationale verknüpft, daß daran wohl auch die extremen Verfechter eines haltlofen Veröhnungsprogrammes nicht im Ernst denken. Schon die Tatsache, daß wir das militäriſch von den Rußen feit langem aufgegebenes Liv- und Eftland, das uns kampfloß in die Hände gefallen wäre, nicht viel früher befezt haben, hat in Rußland nach übereinstimmendem Bericht aller Augenzeugen nur erftauntes Kopffchütteln erzeugt. Das Hinauszögern einer endgültigen Regelung der baltifchen Frage wirkt dort im Lande aufs äußerfte verftimmend, ſchwächt das deutfche Preftige in allen Kreifen, weckt den nationalen Größenwahn der Unterſchicht und deren Selbftändigkeitsgelüfte und bereitet englifchen Hegereien und Wühlereten den Boden. Wer, wie der Schreiber diefer Zeilen, die Verhältnisse des Landes vor und nach der Okkupation genau kennt und foeben Gelegenheit gehabt hat, mit deutfchen, lettifchen und eftnifchen Führern des Landes Fühlung zu nehmen, ift erftaunt über die Einftimmigkeit, mit der alle das Fortdauern des Provisoriums verurteilen und zugleich auf die englifchen Machenschaften hindeuten, die in Eftland begonnen und neuerdings auch auf das lettifche Livland übergegriffen haben. Nicht die Rußen find es, deren Agitation dort die Angliederung des Landes an Deutfchland untergräbt, nicht fie find es, die bei der gegenwärtigen Lage der Dinge die Frucht eines deutfchen Verzichts auf beherrſchenden Einfluß im baltifchen Lande ernten würden, ſondern durch Stärkung des eftnifchen und lettifchen Separatismus fucht England ſich dort ein neues Belgien an der Oſtſee zu ſchaffen, deffen Scheinſelbſtändigkeit ihm die Errichtung einer Baſis für ſeinen Einfluß nach Rußland und für einen fortbauernenden Druck auf Deutfchland zum glücklichen Geſchenk machen müßte. Diejenigen Vertreter der öflichen Neuorientierung alfo, die in England den eigentlichen und gefährlichſten Feind ſehen, haben am allerwenigften Anlaß, einer Regelung der baltifchen Frage das Wort zu reden, die zwar zugunſten Rußlands gedacht ſein mag, tatsächlich aber einzig zum Nutzen Englands und damit gleichermaßen zum Schaden Deutfchlands und Rußlands ausſchlagen würde.

Daß wirtſchaftliche Interellen Rußland den Beſitz des Baltienlandes wünfchenswert erſcheinen laffen, ſoll nicht bestritten werden, allein in dem Zuſtande der Gärung, in dem ſich Rußland aller Voraussicht nach noch auf Jahre hinaus befinden wird, ſpielen dieſe weltwirtſchaftlichen Geſichtspunkte im Umkreiſe ſeiner Interellen nicht die erſte Rolle. Der Beſitz Finnlands, der Oſtſeeprovinzen, Litauens und Polens bedeutete aber andererseits für Rußland eine Belaftung mit kulturellen und nationalen Problemen, denen es ſich nicht gewachſen gezeigt hat. Das alte Rußland mit ſeiner unorganifchen Zusammenballung von Völkern ſchaften des verſchiedenſten Kultur-niveaus iſt durch den Weltkrieg abgetan worden. Nicht der hiſtoriſchen Reaktion zu dienen und das durch den Nichtspruch einer großen und entſcheidungsſchweren Zeit Zertrümmerte willkürlich und müßſam auszuſticken, kann nunmehr unſere Aufgabe ſein, die Loſung der von Rußland nie als wahrhaft zugehörig empfundenen Randvölker iſt vollzogene Tatsache. Sie iſt durch die Interellen deutſcher Machterweiterung und durch ethnifche und kulturelle Entfremdung dieſer Völkern ſchaften gegenüber Rußland gleichermaßen begründet und könnte nur durch einen Akt doktrinärer Willkür rückgängig gemacht werden.

Nicht mehr die Loslösung der Randvölker, sondern nur noch ihre staatliche Organisation und die Verfestigung ihres Verhältnisses zu Deutschland ist das entscheidungsschwere Problem der Stunde. Gelingt es Deutschland in den nächsten Jahrzehnten, die Einwohner dieser Gebiete aus kulturellen, die sie bereits ihrer Geschichte nach sind, zugleich zu politisch zielbewussten und überzeugten Mitteleuropäern zu machen, so ist auch das schattenhafte Problem einer russischen Revanche erledigt. Wie wird sich dem reduzierten Rußland die Aussicht eröffnen, diese Völkerschaften gegen ihren Willen zurückzuerobern. Die Frage der russischen Revanche ist für uns also mit dem Frieden von Brest-Litowsk zu einer innerpolitischen, zur Frage der richtigen Behandlung und politischen, nicht nationalen Assimilation der Randvölker geworden. Diese Behandlungsfragen freilich können nicht wichtig genug genommen werden, an ihnen hängt alles, sie entscheiden absolut.

Also kein Schwanken in der Randvölkerfrage! Sie ist entschieden und der Russe ist nicht der Mann, der an vollzogenen Tatsachen ernsthaft rüttelt. Von größter Wichtigkeit ist es dagegen, wie weit wir uns mit der Loslösung der Ukraine von Rußland und mit dem gegenwärtigen bolschewistischen Regime politisch identifizieren. Das Programm der östlichen Neuorientierung ist von denen nicht in seiner wahren Bedeutung ergriffen worden, die in den Bolschewisten unsere wahren Freunde sehen, weil sie Rußland politisch auf Jahrzehnte in Grund und Boden ruinieren, und die den trasilosen Zerfall Rußlands in lebensunfähige Teile bejubeln, weil er uns von der russischen Bedrohung befreit. Die Gefahr einer Balkanisierung Rußlands mit ihrer dauernden Gefährdung des europäischen Friedens wird hier gewaltig unterschätzt. Ich habe an dieser Stelle bereits in den ersten Monaten der russischen Revolution betont,* daß wir an der politischen Schwächung und Zerlegung Rußlands nur ein bedingtes Interesse haben, weil insbesondere die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland uns bei währendem Kampfe im Westen und nach dem allgemeinen Frieden bei fortwährendem Wirtschaftskrieg mit der Entente zur vitalen Notwendigkeit werden kann. Je unerlöser der Krieg im Westen erscheint, desto wichtiger wird dieser Gesichtspunkt für unser Verhältnis zu Rußland. Er wird zu einem Kernpunkt der östlichen Neuorientierung und hat vor jener ängstlichen Rücksichtnahme auf etwaige spätere Revancheneigungen der Russen den Realismus einer Forderung des Tages voraus. Unser bisheriges Rezept, große Teile des ehemaligen Rußland der politischen und wirtschaftlichen Desorganisation durch den Bolschewismus und dem politischen Terror überhaupt zu entziehen, ist unter diesem Gesichtswinkel das einzig Mögliche. Und auch die von uns begünstigte Verbürgerlichung des Regimes in der Ukraine gibt meinen Argumentationen recht, wie sie andererseits auch an den früher hier aufgezeigten Zirkel erinnert, daß wir mit dieser durch wirtschaftliche Genesung begünstigten Erstarkung des russischen Nachbarn uns möglicherweise selber für die Zukunft einen Feind groß ziehen.

Wir mußten in Großrußland die Sowjetregierung schon deshalb stützen, weil sie für den Augenblick die beste Gewähr für einen entschlossenen ententeseindlichen Kurs Großrußlands bot. Sollte aber die ententeseindliche Stimmung auch auf andere Schichten Rußlands übergreifen und es einer bürgerlichen Partei ohne unser direktes Zutun gelingen, die Macht an sich zu reißen, so wird für unsere Diplomatie der Augenblick gekommen sein, wo sie durch die Tat die Fähigkeit zu schnellen Entschlüssen und zu geschicktem kasuistischem Operieren beweisen muß, auf die sie sich soviel zugute tut. Denn nichts kann uns auf die Dauer in der öffentlichen Meinung Rußlands so sehr schaden, als wenn wir uns länger als irgend nötig mit dem Odium mitbelasten, das die bolschewistische Mißregierung auf ihr Haupt gesammelt hat.

*) Vgl. meinen Aufsatz: „Russische Möglichkeiten und deutsche Zukunft“ „Grenzböten“ 1917. Heft 33.

Während also in der Grenzvölkerfrage absolute Festigkeit und Intransigenz die einzig erfolgversprechende Lösung ist, an der auch die östliche Neuorientierung nichts zu drehen und zu deuteln hat, ist in unserer Stellungnahme zum gegenwärtigen bolschewistischen Regime eine durchaus relativistische und opportunistische Politik des Abwartens geboten, die sich möglichst wenig festlegt, sondern sich für alle Möglichkeiten der russischen Krisis freie Hand wahrt. Ähnliches gilt auch für die Wiedervereinigung der Ukraine mit Großrußland. Solange der Prozeß der bolschewistischen Zersetzung und der Bürgerkrieg in Rußland fortbauert, haben wir schon aus wirtschaftlichen Gründen alles Interesse daran, die Ukraine vor diesem Schicksal zu bewahren und sie möglichst schnell der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung zuzuführen. Einem etwaigen Übergreifen dieses Konsolidierungsprozesses aus der Ukraine auf Großrußland, oder einer späteren Wiederannäherung an ein staatlich lebensfähiges Großrußland dürfen wir uns aber nur so weit entgegenstellen, als eine namhafte separatistische Partei in der Ukraine selber uns den nötigen Rückhalt gewährt. Gegen den Willen der beiden Völker ihre Wiedervereinigung hintanzuhalten, ist ein politisch aussichtsloses Unternehmen und ein überaus bedenkliches Engagement mit inneren Angelegenheiten eines fremden Staates. Nicht ausgeschlossen erscheint sogar, daß eine solche Wiederannäherung, falls sie sich mit einer gewissen politischen Notwendigkeit durchsetzen sollte, für uns eine bedeutsame Brücke zum Einfluß auf das neue Großrußland werden kann, falls es uns bis dahin gelungen ist, in der Ukraine genügend festen Fuß zu fassen. Denn dank unseren Unterstützungen ist die Ukraine in der Lage, sich relativ schnell vom Kriege zu erholen und den Bürgerkrieg in sich zu überwinden, so daß es vor dem völlig erschöpften Großrußland einen namhaften Vorsprung im Prozesse politischer Genesung haben muß, den wir bei einigem politischen Geschick sehr wohl zu unseren Gunsten nutzen können.

Alles dies betrifft Einzelfragen der Neuregelung unseres Verhältnisses zum östlichen Staatenkomplex, der auf dem Boden des einstigen Rußland politische Gestalt gewinnt. Die ganze Frage hat aber einen tieferen politischen Sinn und weist auf weitere weltgeschichtliche Perspektiven. Wenn uns nicht alle politische Einsicht täuscht, so erleben wir heute das Auscheiden der romanischen Völker aus dem Konzert der primär entscheidenden Weltmächte. Frankreich jedenfalls hat sich in eine Abhängigkeit von England begeben, von der es sich selbst bei einem Siege der Entente nicht befreien könnte. Wir haben keine Aussicht, uns mit diesem einstmalig weltgebietenden Reich enger zu verbünden, wir haben aber auch keinen Anlaß, eine solche Liaison mit einem niedergehenden, alternden, überreifen Kulturreich zu wünschen. Wir schleppen schon allzu viel Vergangenheit im mitteleuropäischen Bündniskomplex mit. Wir brauchen Verbündung mit zukünftigen aufstrebenden Mächten, wir brauchen ein Engagement in lockeren, bildsamen, fließenden, nicht in festen, starren, stagnierenden Verhältnissen. Das Angelsächsentum wird unser Feind bleiben, weil es gleich uns noch Zukunft hat und weil es uns rassenmäßig zu nahe verwandt ist. Bruderzwist ist am unversöhnlichsten. Wir können uns nach Westen verständigen, wenn wir die Kraft unserer Selbstbehauptung der Welt durch unsere Unbesieglichkeit erwiesen haben, aber wir werden stets auf der Hut sein müssen, nicht durch Verständigung zum Vasallen zu werden. Im Westen müssen wir uns gegebenen Verhältnissen fügen, im Osten können wir junge Kräfte entbinden und an der Wiege einer ungeahnten Entwicklung Pate stehen. Das Erziebertum steckt uns tief im Blute, das unorganische Massenkonglomerat Rußland bedeutete eine primitive Notform der staatlichen Durchorganisation der Nationen Osteuropas. Diese Notform ist zerbrochen, nur die bare Reaktion kann ihre Wiederherstellung verlangen. Die Neugestaltung des slawischen Ostens, die mit der Loslösung der Balkanstaaten von der Türkei vor etlichen Jahrzehnten begonnen hat, ist die große politische Aufgabe des nächsten Jahrhunderts. Schon sind Amerika, Japan und England auf dies große geschichtliche Problem aufmerksam geworden. Mit Knirschen bemerken sie den Vorsprung, den unserem Einfluß der Sonderfriede mit Rußland gibt. Ob

uns das erste Wort bei dieser Neuorientierung des europäischen Ostens gelassen wird, das uns der Schiedspruch unseres guten Schwertes gegeben hat, das wird erst auf den blutgetränkten Schlachtfeldern Flanderns und der Champagne oder zur See endgültig entschieden werden. Man liebt uns gewiß nicht in Rußland, das ist auch einstweilen nicht nötig, aber ganz Rußland ist voll einer ungeheuren Bewunderung vor unseren Leistungen. Diese Achtung, die beim Slawen die entscheidende Regung ist, diesen großen Respekt brauchen wir. Wir gewinnen ihn durch Festigkeit, wir verschmerzen ihn durch Nachgiebigkeit. Das Hervorfehren der Angst vor einer russischen Bedrohung ist in diesem Betracht für unsere zukünftige Stellung in Osteuropa verhängnisvoll. Jedes Zurückweichen faßt der Slawe lediglich als Schwäche auf. Daraus folgt das Gebot für die östliche Politik, nie den Bogen so weit zu überspannen, daß Rückzieher unvermeidlich werden. Insbesondere gilt dies für Eingriffe in die inneren Fragen des eigentlichen Rußland, das erst jenseits des Baltiklandes, Litauens und Polens beginnt. Dieser Gürtel, für uns der nahe Osten, gehört zu Mitteleuropa. Darüber dürfen diese Völker, darf Rußland, darf die Welt keinen Zweifel behalten. Das ist die eine Forderung der östlichen Neuorientierung. Die andere lautet, daß wir dem mittleren Osten, dem Kern des einstigen russischen Reiches, bei seiner staatlichen Verfestigung soweit behilflich sein wollen, daß wir dort nicht als Diktatoren, sondern als wohlwollender Nachbar mit starken gemeinschaftlichen Wirtschaftsinteressen empfunden werden. Wie weit sich auf dies Programm auch noch eine Neuorientierung unseres Verhältnisses zum fernen Osten bauen läßt, wird der weitere Verlauf des Krieges zeigen. Auch diese Probleme drängen zur Lösung und sind des eindringlichsten Studiums der berufenen politischen Führer unseres Volkes wert. Für heute fallen sie aus dem Rahmen dieser Betrachtung, die das Programm der östlichen Neuorientierung von den Schlacken zu reinigen suchte, die ihm aus Sentimentalität und Verkenntnis der russischen Mentalität bei uns in weiten Kreisen noch immer anhaften.



Der Völkerbund

Von Dr. Trautmann

III.*)



ie Haltung der Neutralen zu der Völkerbunds-idee ist nicht ohne Wichtigkeit. In den Parlamenten der Schweiz und in Holland haben bereits Diskussionen der Idee stattgefunden. In der Schweiz hat sich der Bundespräsident Calonder am 6. Juni im Nationalrat über die Frage des Völkerbundes ausgesprochen. Seine Ausführungen, die von hohem politischen Verständnis zeugen, verdienen aus mehr als einem Gesichtspunkt großes Interesse. Ich möchte die wichtigsten Stellen hier wiedergeben:

„Trotz allen Hoffnungen, mit denen wir der Entwicklung dieses großen Gedankens entgegenblicken, dürfen und wollen wir den Boden der Wirklichkeit in der Gegenwart und in der nächsten Zukunft keinen Augenblick verlassen. Wir alle stimmen darin überein, so nehme ich an, daß die Schweiz nicht unter allen Umständen sich einem Völkerbund oder einer anders benannten neuen internationalen Organisation anschließen soll, sondern nur dann, wenn dabei der Fortbestand unserer nationalen Eigenart und Selbständigkeit und unsere Gleich-

*) Bgl. Heft 34 vom 28. August 1918.

berechtigung in genügender Weise gewährleistet sind. Die nationale Eigenart der Völker ist und bleibt die Grundlage fortschrittlicher Entwicklung. Unser Menschheitsideal ist ein durchaus föderatives und nicht ein kosmopolitisches."

"Die Notwendigkeit einer Neugestaltung der internationalen Beziehungen wurde, wie schon betont, von den leitenden Staatsmännern der meisten kriegführenden Staaten beider Lager und auch von hervorragenden Staatsmännern neutraler Staaten anerkannt und betont. Man weiß auch, daß in verschiedenen Staaten bereits Kommissionen mit dem Studium dieser Fragen betraut worden sind. Wir sind also nicht die ersten, welche solche Beschlüsse fassen. Bestimmte Vorschläge von amtlicher Seite liegen bis heute nicht vor. Das ist wohl selbstverständlich; denn es handelt sich hier um außerordentlich schwierige Fragen, mit denen die Politiker und die Diplomaten bisher sich meist nicht mehr intensiv befaßt haben. Dagegen ist eine große Arbeit geleistet worden von privaten Gelehrten und von Männern aus allen Schichten der Völker, die sich mit diesem Gedanken befaßt haben. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß nicht nur die Studien der zünftigen Juristen und zünftigen Politiker in Frage kommen. Es wäre nicht zu verantworten, wenn man nicht auch die zahlreichen und zum Teil gedankenreichen Abhandlungen aus Laienkreisen berücksichtigen würde. Gewiß finden sich in dieser Literatur sehr viele und zum Teil auffallende Entgleisungen. Aber daneben enthalten diese Äußerungen aus privaten Kreisen wertvolle Anregungen, an denen man nicht ohne weiteres vorbeigehen darf."

"Ist die Friedenssicherung, d. h. die Verhinderung eines Ausbruchs internationaler Gegensätze zu gefährlichen Konflikten die Hauptaufgabe, so ist darüber doch der Ausbau der zwischenstaatlichen Rechtsordnung im allgemeinen nicht zu vernachlässigen. Das im Haag begonnene Werk muß planmäßig ausgebaut werden. Und da möchte ich vor allem darauf hinweisen, daß es nichts nützt, ja daß es nur Schaden kann, wenn Scheingebilde allgemein verbindlicher Verträge, welche keine Rücksicht nehmen auf das Mögliche und auf die gegebenen natürlichen Verhältnisse, abgeschlossen werden. Die Erfahrung lehrt ja, daß sie doch nicht gehalten werden. Die Völker sind in ihrer Eigenart, in ihrer Entwicklung und in ihren Bedürfnissen zu verschieden, als daß man ihnen ohne zwingende Notwendigkeit eine äußere Einheitlichkeit aufdrängen dürfte. Nicht äußere Einheitlichkeit, sondern Sicherung der friedlichen auf Arbeit und nicht auf Ausnützung politischer Vorteile sich gründenden Entwicklung jedes Volkes muß das Lösungswort sein. In dieser Hinsicht kann es zweckmäßig sein, gewisse Grundrechte der Staaten zu sichern; ich denke dabei z. B. an die Sicherung der Zugänge zu und von dem großen Verkehrsweg des Meeres."

"Eines darf man nicht vergessen: den Zusammenhang von innerer und äußerer Politik. Wie die kriegerischen Ereignisse störend und hemmend in die innerstaatliche soziale Entwicklung eingreifen, so kann auch nicht erwartet werden, daß unter den Staaten Friede dauernd bestehe, wenn unter den verschiedenen Gliedern und Klassen der einzelnen Völker ein rücksichtsloser Kampf um Gewinn und Übermacht herrscht. Diese Erkenntnis sollte die künftige nationale und internationale Politik beherrschen."

Der bekannte Völkerrechtslehrer Professor Huber, der auf der zweiten Haager Friedenskonferenz Vertreter der Schweiz gewesen ist, ist vom Schweizer Nationalrat beauftragt worden, einen Rapport über die Frage zu erstatten.

In Holland hat ebenfalls eine Diskussion im Senat über das Thema des Völkerbundes stattgefunden. Zwei Äußerungen, die ich nach der „Humanité“ vom 13. Juni wiedergebe, scheinen daraus bedeutungsvoll, diejenige des Senators Colijn und diejenige des Ministers Cort van der Linden. Die letzte besteht aus weiter nichts als aus einer Wiederholung der Grenschen Ausführungen, die erste verdient jedoch die größte Beachtung.

Um zu entscheiden, ob ein Völkerbund wünschenswert wäre, sagt Colijn, wäre es nötig, dieses Lustschloß besser zu kennen. Der Beitritt eines kleinen Staates zu einer allgemeinen Staatengesellschaft hat den Nachteil, daß, wenn

wirklich später von neuem Differenzen zwischen den Großmächten auftauchen könnten, die kleinen Staaten von vornherein auf das Recht verzichtet hätten, neutral zu bleiben. Über diesen Punkt sollten alle kleinen Staaten nachdenken. Andererseits mußte man genau wissen, was der durch den Völkербund garantierte Friede bedeutet. Wenn es sich „darum handelt, den Sieg einer Partei zu garantieren und ihn durch den Völkербund sicherzustellen, würde es mir doppelt gefährlich erscheinen, daran teilzunehmen“.

Die „Humanité“, die wohl die vollkommene Richtigkeit dieses Satzes einsieht, hilft sich durch eine Phrase darüber hinweg. Es könne sich natürlich nicht um einen Gewaltfrieden handeln, denn es wäre ein Verbrechen, wenn sich die Nationen zusammentun wollten, um ihn zu garantieren. Nur einen Frieden könne der Völkербund garantieren, den Frieden der Gerechtigkeit, des Rechtes und der Freiheit (d. h. also wahrscheinlich den französischen Frieden mit Elsaß-Lothringen!). Die „Humanité“ verweist den Äußerungen Colliès gegenüber auf die von Cort van der Linden.

„Der Völkербund kann, wenn er etwas bedeuten soll, nicht auf der Macht der Waffen, sondern nur auf der Überzeugung des Rechtes aller Teilnehmer beruhen. Ohne Zweifel müssen alle, die in ihn eintreten, Opfer darbringen, sogar Opfer, die die Souveränität betreffen, aber ich bin überzeugt, daß, wenn der Völkербund zusammenträte, es die Mühe lohnen würde, diesem Opfer zuzustimmen... Ich wage zu behaupten, daß es ein Segen für die ganze Menschheit wäre, wenn der Völkербund ins Leben treten würde.“

Neue Gesichtspunkte geben diese Ausführungen nicht.

IV.

Was sind nun bisher für materielle Vorschläge für die Völkербundidee gemacht worden? Grey sagt darüber folgendes:

1. die stärkeren Nationen müssen das Recht aufgeben, ihre Interessen gegen die schwächeren Nationen durch Gewalt zur Geltung zu bringen;
2. alle Nationen müssen das Recht aufgeben, in irgendeinem Streit an die Gewalt zu appellieren, bevor andere Methoden und zwar Erledigung durch Konferenz, Einigung oder, wenn nötig, durch Schiedsgericht versucht worden sind;
3. wenn eine Nation, ohne vorher zu diesen Mitteln zu greifen, alle friedlichen Methoden verwirft und zur Gewalt greift, dann müssen die anderen Nationen einer für alle und alle für einen ihre gemeinsame Macht gegen die betreffende Nation anwenden;
4. dabei ist wirtschaftliche Machtanwendung möglich und vielleicht wirksam, es muß aber darüber hinausgegangen werden und jede Gewalt: wirtschaftliche, militärische, Seegewalt gegen die betreffende Macht angewandt werden.

Man darf wohl annehmen, daß dieses Schema ungefähr mit dem Wilsonschen identisch ist.

Von anderer, nicht von Regierungsseite sind dazu noch folgende Forderungen aufgestellt worden:

5. Beschränkung der Rüstungen;
6. Einwirkung auf die Rüstungsindustrie (vgl. die Barnes'schen Ausführungen).

Es ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe, in eine Kritik dieser Postulate vom deutschen Standpunkte einzutreten. Die Prinzipien, um die es sich handelt, sind zwar keineswegs neu. Im Gegenteil, das, was Grey sagt, enthält nicht einen einzigen neuen Gedanken. Alles ist längst in der Öffentlichkeit seit den Haager Konferenzen her von allen Seiten, privaten und staatlich verantwortlichen Stellen erörtert worden. Die Idee des Völkербundes selbst ist schon während der napoleonischen Kriege erörtert worden, zuerst von Kant, ist nach dem Wiener Kongreß sogar in die Wirklichkeit überführt und später von England, als dies seinen Interessen entsprach, vernichtet worden. (Das ganze Schema ist also ein glänzendes Zeugnis für die englische Gedankenarmut und für die Gedankenarmut

der ganzen Welt, die diese Ideen jetzt als angeblich neue anstaunt), aber die Schwierigkeit ihrer Kritik im jetzigen Moment beruht auf den politischen Verhältnissen.

Wenn, wie es scheint, von der Entente und von Herrn Wilson weiter nichts erstrebt wird, als denjenigen Frieden, den sie wünscht, den Frieden, der identisch ist mit Deutschlands Erniedrigung, zu verewigen durch einen Bund der Nationen, bei dem Deutschland als majorisiertes Zwangsmitglied dauernd in der Zwangserziehung sich befindet, so müssen wir allen diesen Bestrebungen ein entschiedenes und festes Nein entgegensetzen. Dieser ganze Bourgeois-Curzon-Wilsonsche Ideenkreis ist eine Verhöhnung des Prinzips der Gerechtigkeit, die einem freien Bund der Nationen notwendigerweise zugrunde liegen muß. Sie ist ein heuchlerisches, echt britisches Aushängeschild für die englisch-amerikanisch-französischen Vergewaltigungsideen.

Deutschland wird sich nimmermehr auf solche Farce einlassen. Die Worte von der *paix juste, paix du droit und paix de la liberté*, die die französische sozialistische Presse anwendet, um die französischen Annexionsgelüste damit zu verbrämen, sind unwürdig und zu gleicher Zeit dumm. Es lohnt sich nicht, darüber zu sprechen.

Deutschland wird sich auf die Völkerbundidee nur einlassen können, wenn die Greysche Formel von dem sittlichen Ernst der Annahme und Ausführung der Idee wirklich allseits angenommen wird. Solcher sittlicher Ernst fehlt bisher auf seiten der Entente, die den Völkerbund für ihre politischen Zwecke ausnützen will, vollkommen. Sie verkehrt die sittliche Idee, die zweifellos diesem Völker verbindenden Gedanken innewohnt, in ihr Gegenteil, und macht sie zum politischen Rüstzeug der Entente.

Curzon hat in seiner letzten Rede als Antwort auf den Antrag von Lord Bryce, der im Prinzip die Idee des Völkerbundes billigt und ihn dem Studium der Regierung empfiehlt, ausdrücklich gesagt, es sei richtig, daß die Liga der Nationen nicht auf einer Balance of Power gegründet werden könne, die hoffnungslos erschüttert sei. Sie könne daher nur von einem günstigen Ausgange des Krieges ausgehen. An einer anderen Stelle der Rede heißt es: wenn Deutschland die westlichen Provinzen von Rußland — die es notabene gar nicht hat — behält und Elsaß-Lothringen, wie könnte die Liga diesen Staaten die Möglichkeit versagen, ihre Freiheit wiederzugewinnen?

Die englische Regierung wünscht die Liga also lediglich als Instrument zur Herbeiführung und zum Ausbau eines englisch-französischen Gewaltfriedens. In Verlegenheit gebracht durch die Greysche Epistel, die ihr ursprüngliches System erschüttert, erklärt sie jetzt mit süßsaurer Miene ihre allgemeine Billigung der Idee, weist ihre Unausführbarkeit im einzelnen nach und biegt sie um, so daß sie eventuell für die englische Vergewaltigungs- und Annexionspolitik paßt.

Mit dieser Art Stellungnahme fängt die englische Regierung nicht einmal ihre eigenen Leute ein. Der Bischof von Oxford hat, nachdem er die Curzon'sche Rede im Oberhaus gehört hat, sich dahin geäußert, daß er bei Curzons Worten „eine Kälte ums Herz gefühlt habe“. So fühlen wir es auch. Die Völkerbundidee kann nur wachsen und Aussicht haben, wenn sie ehrlich und mit ganzem Herzen angenommen und ausgeführt wird. Das was Curzon und Bourgeois treiben, ist schlimmer als Lippendienst, es erinnert an den Götzendienst der alt-römischen Figuren, die ihre Kunst nur übten, um mit der Dummheit des Volkes, daß im Glauben an ihre Tugenden gehalten wurde, ihre Beutel zu füllen. Neuer hat wohlweislich der Welt die Curzon'sche Rede verschwiegen, um sie über die wahren englischen Ideen im ungewissen zu halten; sie sollten von der deutschen Presse und vom deutschen Funkdienst der Welt laut verkündet werden, um den wahren Charakter der von England und Amerika jetzt propagierten Idee zu zeigen.

Aber nähmen wir einmal an, es kommt der Moment, wo die englische und französische Regierung durch die Macht der Tatsachen gezwungen sein werden,

ihre Annexionsgelüste aufzugeben und genau wie die liberale Partei in England ihre Hoffnung nicht mehr auf die Vernichtung der Stellung Deutschlands in der Welt, sondern in der Erhaltung des Weltfriedens durch einen Völkerbund zu suchen, so fragt es sich weiter: können wir dann auf die Völkerbundidee in der Form eingehen, wie sie von Grey gedacht ist?

Ich glaube, daß wir mehrere große Vorbehalte machen müssen. Deutschland kann zunächst solange auf die Einsetzung einer internationalen Schiedsgerichtsinstanz nicht eingehen, als nicht Garantien dafür gegeben sind, daß diese Schiedsinstanz vollkommen unparteiisch ist. Solche Garantie würde nicht vorliegen, wenn die Koalition, die jetzt gegen Deutschland steht und die den größten Teil der politisch in Betracht kommenden Völker der Welt umfaßt, für immer verewigt wird, wie das England und Frankreich wünscht. Wir werden bei einer solchen Eternisierung der Entente niemals in der Lage sein, ein Tribunal in der Welt zu finden, das gerecht und unvoreingenommen in einem Streite urteilt, in dem wir gegen ein Mitglied der Entente oder gegen einen Neutralen begriffen sind. Selbst bei den Neutralen, von denen wir zum Teil mit unserem Nachrichtenendienst so gut wie abgeschnitten sind, hat die englisch-amerikanisch-französische Vergiftung so gewirkt, daß wir noch jetzt das grundlose Abspringen einzelner von ihnen auf die Seite unserer Feinde erleben. Wo sollen wir, wenn der Versuch gemacht wird, die ganze Welt auf die Dauer politisch feindlich vereint gegen uns zu erhalten, einen internationalen Staatsgerichtshof finden, der Verständnis für unsere Gesichtspunkte und Gerechtigkeitsgefühl besitzt? Wir würden uns unser eigenes Grab graben, wenn wir unter solchen Bedingungen darauf eingehen würden, auch unsere Ehrenfragen und die politisch vitalen Interessen unserer Nation einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das zum größten Teil aus unseren politischen Feinden besteht.

Und geht nicht die Absicht der Entente darauf, diesen Zustand zu erzwingen? Weist nicht auf diese Absicht der Plan von Bourgeois und die Äußerung von Curzon? Weisen nicht auf ihn die Kommentare der englischen und französischen Zeitungen?

Wir müssen also warten, bis uns Grey deutlich macht, wie er die Unparteilichkeit eines internationalen Gerichtshofes, bei dem uns siebenhundert Millionen der Erdbewohner umfassende Staaten gegenüberstehen, garantieren wird. Oder mutet uns Grey zu, auch in aller Zukunft einer solchen Konferenz gegenüberzustehen, wie er sie für den österreichisch-serbischen Streifall vorschlug, über den neben uns England, Frankreich und Italien entscheiden sollten, wo also von vornherein drei Viertel der Teilnehmer auf Seiten unserer Feinde standen?

Wir erwarten die näheren Aufklärungen.

Und dann ein zweiter Vorbehalt! In keiner einzigen der Neben, die sich mit der Völkerbundidee beschäftigt haben, ist von der Pariser Konferenz und ihren Beschlüssen gesprochen worden. Nirgends hat man angedeutet, daß man diejenigen Maßregeln wieder rückgängig machen oder auf diejenigen Pläne verzichten will, die auf die wirtschaftliche Knebelung Deutschlands auch nach dem Kriege hinauslaufen. Im Gegenteil, wenn wir jetzt die Liste derjenigen englischen Gesetze ansehen, die in der Richtung der Pariser Konferenz gehen, und die Boykotte und Ähnliches zum Gegenstand haben, so erkennt man ein zielbewußtes, ganz unter dem Einfluß der heutigewitternden englischen Industrie- und Handelskapitäne stehendes Streben, das Wiedererstarten des deutschen Handels ein für allemal unmöglich zu machen. Diese Gesetze sind keineswegs Kriegsgesetze, sondern sie sind schon jetzt, wie z. B. die berühmte Non-Ferrous-Metals-Act, durch welche Metallproduzenten, Händler und Bearbeiter einer genauen Lizenz- und Inspektionspflicht unterworfen sind, die also Deutschland vom Metallhandel und von der Metallproduktion ausschließen will, auf lange Zeit nach dem Kriege (fünf Jahre) in Gültigkeit gesetzt. Der Rapport des Balfour of Burleigh-Committees macht aber jetzt den Vorschlag, wenigstens zeitweise den Handel mit feindlichen Ländern zu diskriminieren. — Also die ökonomische Boykottbewegung gegen Deutschland

geht kräftig weiter und soll noch fernerhin ausgebaut werden. *) Die „Times“ macht sich lustig über Dernburgs Ausführungen im „Berliner Tageblatt“ über den „Völkerbund zur Versorgung der an Rohstoff leidenden Menschheit“ und erblickt in ihm den besten Beweis für den Schrecken, mit dem die Deutschen die Möglichkeit einer wirklich wirtschaftlichen Einigung ihrer Feinde ansehen. Ist es nicht ein lächerliches Beginnen, in einem solchen Moment von einer Liga der Nationen, von einem Völkerbund zu reden, wo derartige Bewegungen im Gange sind, die das Gegenteil der einem Völkerbunde zugrunde liegenden Bedenken zum Ausdruck bringen?

Cecil's letzte Äußerungen sind lediglich dazu bestimmt, um die Aufmerksamkeit der Welt von den englischen Vorkottplänen abzulenken und die öffentliche Meinung wieder einmal zu verfälschen.

Die ökonomische Vorkottbewegung gegen Deutschland zeigt, daß es den Engländern gar nicht ernst ist mit ihrer Völkerbundidee, daß sie nur die moralische Reklametrommel damit in Bewegung setzen und im übrigen ihre politischen und ökonomischen Vorkottbestrebungen weiter fortsetzen wollen. Ja, ein besonderer Kunstgriff der Ententepropaganda hat gerade in letzter Zeit darin bestanden, den Begriff des Völkerbundes in der Diskussion so zu verdrehen, daß die Bedenkllichsten und für den Frieden gefährlichsten Gedanken eines Wirtschaftskrieges gegen die Mittelmächte darin Platz fanden. Das ist eine natürliche Folge der anderen Fälschung, mittels deren der Vielverband sogar amtlich versucht hat, sich selbst zum „Bund der freien Völker“ zu proklamieren (siehe „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 7. Juni 1918, Nr. 286). Von diesem Standpunkt aus nimmt man dann die liberalen Theoretiker beim Wort, die wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen für das wertvollste Vollstreckungsmittel eines künftigen Völkerbundes erklärt haben, und scheut sich nicht, dem jetzigen Aus Hungerskrieg das Mäntelchen dieser föderativen Polizeigewalt umzuhängen (vergl. Spender in „Westminster Gazette“ vom 7. Juni 1918). Man rechnet darauf, daß die Befürworter des Völkerbundes nicht bemerken werden, wie die ganze Theorie der „Weltpolizei“ ja erst auf der Voraussetzung der vorgängigen Verständigung und Einigung zwischen allen Mitgliedern des Völkerbundes beruht. Wirtschaftlich wie politisch wird kein Staat in eine Rechtsordnung gezwungen werden dürfen, an deren Satzungen er keinen Anteil gehabt hat. Für uns ergibt sich daraus folgende Lehre:

Ehe nicht der politische und ökonomische Vorkott Deutschlands aufgegeben wird, eher kann die Idee des Völkerbundes nicht als ernsthafte Idee angesehen werden.

Werden, was leider nicht abzusehen ist, uns in politischer und ökonomischer Hinsicht die nötigen Garantien gegeben, so kann Deutschland auf die Idee eines Völkerbundes, selbst mit extremen Anwendungen, soweit sie überhaupt durchführbar sind, Erleichterung der Rüstungen usw., genau ebenso gut eingehen wie seine Feinde.

In demselben Moment, wo z. B. England seine Seerüstung unter im übrigen gleichen politischen Vorbedingungen aufgibt, wollen auch wir unsere Landrüstung aufgeben. Rüssen Rußland und Frankreich nicht mehr zu Lande, so brauchen auch wir dies nicht mehr zu tun. Unsere Rüstungen waren immer rein defensiv. Jedes Kind erkennt, daß wir die schwierigste militärische Position auf der Welt haben, auf drei Seiten von Feinden oder, wie Belgiens Beispiel zeigt, von unzuverlässigen Neutralen umgeben. Und trotzdem haben wir in der Vergangenheit weniger Geld für Rüstungszwecke aufgewandt als die Entente.

Die deutschen Staatsmänner haben wiederholt erklärt, daß sie der Völkerbundidee günstig gegenüberstehen. Ich verweise auf die deutsche Antwort auf die Papstinote, auf die Bedingungen, unter denen Graf Derling seine Kanzlerschaft übernommen hat, auf seine mehrfachen Erklärungen. Czernins und Burians Äußerungen gehen im gleichen Sinne. Deutschland also ist bereit, aber schon jetzt ist es nicht Deutschland, das die Idee des Völkerbundes, ehe sie geboren ist, zum

*) Vergl. „Nation“ vom 22. Juni 1918.

Scheitern bringt, sondern England selbst. Lord Curzon hat gegen zwei Hauptpunkte der Völkerbundidee schon jetzt Verwahrung eingelegt: gegen die Abrüstungs-idee und gegen die Idee der politischen Schiedssprechung und Exekutive.

Curzon sagt zur Abrüstungsfrage folgendes: „In solch einem Falle müßte der Völkerbund die Macht haben, zu inspizieren und zu kontrollieren und das würde die vollkommene Kontrolle der Produktionsquellen der verschiedenen in Betracht kommenden Länder bedeuten“. Curzon hat davor Angst. England bringt also die Abrüstungs-idee selbst zu Falle, trotzdem der ganzen Welt gegenüber stets erklärt worden ist, daß Deutschland das schwarze Schaf sei, welches diese Abrüstung hindere und zwar nur, weil Deutschland ehrlicherweise auf die technischen Schwierigkeiten der Ausführung hingewiesen hat. Wie berechtigt Deutschlands Bedenken gegen die Loyalität der von der Entente in dieser Beziehung stets betriebenen Politik gewesen sind, ergibt sich zur Evidenz aus den jetzt allmählich ans Tageslicht kommenden Enthüllungen über die Vorgeschichte der ersten Haager Friedenskonferenz. Der englische Publizist Dillon nennt das russische Vorgehen bei dieser Konferenz ignoble sham*). Er schildert anschaulich, wie die Idee der Konferenz entstanden ist, um Österreich davon abzuhalten, eine verbesserte Kanone einzuführen, wie die Russen gar nicht an Abrüstung dachten, sondern die große internationale Idee nur benutzten, um ihre eigenen Ziele zu erreichen. Witte hatte diesen Vorschlag gemacht und er war von Murawiew mit der nötigen diplomatischen Phraseologie umkleidet worden. „Witte erkannte (in dem Murawiew'schen Vorschlag) die Frucht seiner Anregung und lachte über die humanitäre Einleitung, die so für Kuropatkins einfache Ideen gefunden war, denn er wußte, daß das ganze Schema ein Stück Heuchelei und Arglist war“. (Dillon a. a. O. S. 277). Soll die Menschheit von neuem einer solchen Arglist zum Opfer fallen? Dillon schildert in seinem Buche, wie Kaiser Wilhelms Ideen im Anfang seiner Regierung darauf hinausgingen, Europa zu einigen, wie auch Witte erkannt hatte, daß diese Idee richtig sei, daß, wenn nicht Europa eines Tages seine Streitigkeiten begrub und sich zusammenschloß, es morgen, wie Witte sagte, „auf Gnade und Ungnade Amerika und übermorgen Japan ausgeliefert sei“. Hochinteressant ist noch heute das Gespräch zwischen dem deutschen Herrscher und dem russischen Minister aus Anlaß dieser Idee, das Dillon in seinem Buche wiedergibt.

„Ich würde ganz Europa zu einem Staate machen“, sagte Witte.

„Ganz Europa“? fragte der Kaiser.

„Ich meine das kontinentale Europa. England muß ausgelassen werden. England kann nicht ein Mitglied der Föderation werden, solange es eine nur maritime Macht ist. Seine geographische Position trennt es heute von kontinentalen Staaten. . . . Heute ist England nicht europäisch. Die See trennt es und verteidigt es gegen den Kontinent“.

„Darin, entgegnete der Kaiser, sind Sie und ich nicht länger mehr einig. England ist genau ebenso europäisch wie jeder andere kontinentale Staat und hat das Recht, sich sogar mehr europäisch zu dünken als manche andere Staaten. Es muß auf irgendeine Weise dazu gebracht werden, sich anzuschließen. Sein Beitritt ist eine Notwendigkeit. Die vereinigten Staaten von Europa mit einem ausgelassenen England können nicht verwirklicht werden“. —

Dies Gespräch zeigt klar, wie der Kaiser im Interesse des allgemeinen Friedens der Welt eine Einigung ganz Europas mit England erstrebte. Aber England durchkreuzte diese Pläne und arbeitete mit der ihm eigenen Zielstrebigkeit an einer Einigung Europas gegen Deutschland. Als der Kaiser dies erkannt hatte, hat er noch einmal mit dem Vertrage von Björkö versucht, mit dem russischen Zaren zusammen — diesmal ohne England — den Versuch einer Einigung Europas im Interesse des Friedens zu machen. Doch sein Versuch blieb vergeblich. Hätte der Vertrag von Björkö Bestand gehabt, so wäre es nicht zu diesem Kriege gekommen. —

*) Dillon, „The Eclipse of Russia“. S. 274. 341 ff.

Auch in neuester Zeit sind also alle Ansätze einer wirklichen VölkerbundsPolitik Europas von England entzweigemacht worden. Selbst von unseren Feinden wird jetzt anerkannt, daß Deutschlands Politik eine großzügige Friedenspolitik gewesen ist. — Die englische offizielle Politik ändert sich nicht. Sie hat die Welt in Waffen gegen Deutschland geeinigt und sie denkt vorläufig nicht daran, diese Waffen niederzulegen oder sich selbst zu beschränken um humanitärer Ideen willen, oder um, wie Grey dies möchte, die Zivilisation der Menschheit zu retten. Die Zivilisation der Menschheit ist England ebenso gleichgültig, wie damals vor der ersten Haager Konferenz Rußland die Idee der Abrüstung gleichgültig gewesen ist. Ein Europa, in gegenseitigem Blutvergießen zerfleischt, ist Englands Ideal. Dabei blüht sein politischer Weizen, und wenn es jetzt England zuwege bringt, daß ein enger militärisch-politischer Zusammenschluß Groß-Britanniens und seiner Kolonien auf der einen Seite und Amerikas auf der anderen Seite stattfindet, Frankreich — für immer verflucht — dauernd als Vorspann für den englischen Wagen dient, so hat es auch noch die Hoffnung, übermorgen eine Koalition gegen Japan zustande zu bringen, wenn das nötig werden sollte.*)

England duldet es aber — und das unterscheidet seine kluge Politik von der der übrigen europäischen Staaten, — daß solche humanitären Ideen, wie sie von Grey jetzt vorgebracht werden, ad maiorem gloriam Britanniae und als moralische Offensive erörtert werden, und liebt es, wenn es selbst dabei als Förderer dieser menschenheitsrettenden Ideen und als Beglucker der Menschheit erscheint.

Also mag es nochmals konstatiert werden, daß England selbst der Abrüstungs-idee, wie Lord Curzon dies ausdrücklich gesagt hat, zweifelnd gegenübersteht, daß diese Idee aber mit großer Wärme von einem verantwortlichen Staatsmann der Mittelmächte, nämlich von Graf Czernin, öffentlich erörtert worden ist. (Lord Grey ist nicht verantwortlich. Das unterscheidet seine Anregungen von den Czerninschen, die die Entente ohne weiteres zu den Alten gelegt hat).

Und nun zur Schiedsgerichtsbarkeit und internationalen Exekution, der anderen großen Idee des Völkerbundes. Ein internationaler Staatengerichtshof, bestimmt über die Streitigkeiten der Völker zu entscheiden, und eine internationale Exekution, für den Fall, daß ohne solchen Schiedsspruch zum Schwerte gegriffen wird, das ist das alte Ideal, das jetzt wieder von neuem zur Diskussion gestellt wird.

Wir haben vorherin darauf hingewiesen, daß Deutschland der Völkerbund- und damit der Schiedsgerichtsidee sympathisch gegenübersteht; Deutschland muß nur den Nachweis verlangen, daß diese Idee so zur praktischen Ausführung kommt, daß nicht von vornherein jede Schiedssprechung gegen uns ausfallen muß. Solcher Nachweis ist bisher nicht erbracht. Wenn jetzt die Curzon und Bourgeois die Entente für ewige Zeit zusammenschließen, so wird damit auch der Schiedsgerichtsidee für lange Zeit der Boden entzogen.

Deutschland war diejenige Macht, die bereit war, einen wirklichen internationalen Gerichtshof, den Präsidialgerichtshof, einzusetzen; für Deutschland ist der Gedanke der Aufgabe eines Teiles seiner Souveränität dabei nicht schrecklich gewesen. Unsere jetzigen Feinde haben diesen Gedanken zunichte gemacht, weil sie ihre Willkür nicht aufgeben wollten. Das Sprichwort „Right or wrong, my country“, ist nicht umsonst ein englisches Sprichwort. Für Deutschland hat auch die Schiedsgerichtsbarkeit nichts Schreckliches, wenn ihre Unparteilichkeit verbürgt ist. Unsere Staatsideale sind keine räuberischen. Wir wollen nur behalten, was wir haben, wir wollen nur unsere Freiheit und Existenz gegen den Angriff einer uns vielfach überlegenen Mächtekoalition unserer Feinde wahren und im übrigen uns friedlich und schiedlich entwickeln. Wir haben Mächte zu Nachbarn, die Teile unseres Landes von uns begehren, wie dies die bis jetzt noch nicht aufgehobenen Geheimverträge der Entente beweisen. Wir haben also alle Ursache, mißtrauisch

*) Vgl. die Ausführungen von Salzmann in der „Vossischen Zeitung“ vom 14. Juli 1918.

den Weltbeglückungsideen unserer Feinde gegenüberzustehen, die uns das auf dem Wege der Schiedsgerichtsbarkeit entreißen möchten, was sie uns mit dem Schwerte zu entreißen nicht vermocht haben.

Wo hört die Schiedsgerichtsbarkeit auf und wo fängt sie an? Soll eine politische Schiedsgerichtsbarkeit sich auch in die inneren Verhältnisse der einzelnen Staaten einmischen, wenn es einem Staate gefällt, seine Augen auf einen Teil des Gebietes seines Nachbarn zu werfen? Wird die Schiedsgerichtsbarkeit nicht dadurch zur Farce? Soll heute ein von unseren Feinden oder auch nur von Neutralen zusammengesetztes Schiedsgericht über die elsäß-lothringische oder über die tschechische und südslawische Frage entscheiden? Das sind die ehrlichen und aufrichtigen Bedenken, die Deutschland gegen eine Überspannung der Schiedsgerichtsidee haben muß.

Die Haltung der verantwortlichen Staatsmänner unserer Feinde zeigt uns, daß ihnen auch die Schiedsgerichtsidee nicht ernst ist. Bourgeois betont, daß er keinen Eingriff in die Souveränität der einzelnen Staaten durch die Schiedsgerichtsbarkeit wünsche. Curzon lehnt die Schiedsgerichtsideen, so wie sie von Grey formuliert sind, ab. Dabei ist er außerordentlich naiv und offen in seiner Begründung.

Die Einrichtung eines Schiedsgerichts, so sagt er, setzt eine gewisse Gerechtigkeit und Stabilität der Verhältnisse voraus. Diese existiert aber nicht, solange Deutschland Elsaß-Lothringen hat (morgen werden es unsere Kolonien sein, übermorgen unsere innere Einheit). „Wie wollen die Befürworter des Völkerbundes für territoriale Ausdehnung in der Zukunft und für „Rearrangements“ Vorsorge treffen?“

Curzon befürchtet also, daß auf dem Wege der Schiedsgerichtsbarkeit die Eroberungstendenzen der Entente nicht ganz verwirklicht werden können. Wie schwach müssen die Rechtsgründe der Entente sein, wenn solche Furcht sogar bei der gegenwärtigen politischen Konstellation besteht, wo es doch wahrscheinlich so gut wie unmöglich sein würde, unparteiische Schiedsrichter für die Zentralmächte zu finden!

Also, meint Curzon, nicht zu hurtig mit Eueren Ideen. „Man darf nicht zu schnell vorgehen und in diesem Stadium ein Zwangssystem (hard and fast system) zu erreichen suchen, das nur zum Scheitern verurteilt ist. Scheiterte man aber jetzt, so zerstöre man nicht nur die Chancen für das Schema, das man konstruieren wolle, sondern man könne die Bewegung für Generationen zurückwerfen.“

Die Regierung werde die Frage aufs ernste prüfen und es würde ein Ideen-austausch mit den Alliierten stattfinden.

Die Ablehnung und Temporisierung Curzons gilt auch für die Exekutionsideen Greys. „Eine ganze Reihe von diesen ‚Expedients‘ seien ja schon jetzt in der Anwendung begriffen,“ also — den Antrag von Lord Parmoor, ein Tribunal einzurichten, dessen Beschlüsse durch internationale Exekution ergänzbar sein sollen, hat Curzon namens der Regierung abgelehnt — keine Überstürzung sondern sorgfältige Prüfung.

Das ist die Haltung, die das offizielle England diesen so reklamehaft der Welt verkündeten Ideen gegenüber einnimmt.

V.

Deutschland hat keinerlei Grund, eine ehrliche und aufrichtige Diskussion der Weltfriedens- und Völkerbundsideen zu scheuen, es könnte auch eine Kritik unklarer Formulierungen oder dilettantischer Vorschläge auf diesem Gebiete nur begrüßen, denn praktische Fortschritte können hier nicht nur durch einfache Aufstellung von schwer zu verwirklichenden Postulaten, sondern nur durch wirklich sachgemäße Arbeit gemacht werden. Aber Deutschland kann kein Vertrauen haben zu einem Vorgehen, wie es Hand in Hand mit einer absolut friedensfeindlichen Politik von der Entente jetzt beliebt ist.

Man kann nicht im einzelnen Anwendungsfalle gegen den Frieden und im Prinzip für den Frieden tätig sein. Das ist eine *contradictio in adjecto*. Wer ernsthaft für Völkerverbündnisse, Schiedsgericht und ähnliches eintritt, der sollte vor allem in der praktischen Politik zeigen, daß er für den Frieden eintritt. Aber selbst der Arbeiterführer Barnes macht hier einen Unterschied, der für die englische Politik charakteristisch ist.

Immerhin, wir müssen uns lebhafter mit diesen Ideen, auch offiziell beschäftigen, als es bisher der Fall war.

Die jüngste Rede des Staatssekretärs Solf, die Kundgebung des Prinzen Max von Baden haben einen guten Anfang gemacht. Sie zeigen, daß die deutschen Staatsmänner den Schiedsgerichts- und Völkerverbündnisse politisch diejenige große Aufmerksamkeit schenken, die sie nicht nur verdienen, weil sie gegenwärtig ein unlauteres Kampfmittel in der Hand unserer Feinde sind, sondern weil sie tatsächlich einen Kern enthalten, der eine veredelte Menschheit aus den schlimmen Zuständen der jetzigen Zeit zu besseren dereinst mit zu führen bestimmt sein kann.



Randglossen zum Tage

An den Herausgeber



er gemütvollste italienische Ochsentreiber führt einen langen Stod, an dem vorn ein spitzer Stachel befestigt ist. Mit diesem Stachel piekt er seine braven Ochsen, um sie zu schnellerer Gangart zu bewegen. Wie den armen italienischen Ochsen, so ist es in der letzten Zeit unseren Staatsmännern ergangen. Sie wurden von den Zeitungen mit dem Stachelstod energischer Leitartikel gepiekt, auf daß sie einen feurig-rednerischen Offensivgang anschlugen. Ich möchte um alles in der Welt unsere Staatsmänner nicht mit den italienischen Ochsen vergleichen, aber es ist nicht zu leugnen, daß beide das Gemeinsame haben, daß sie gepiekt wurden und werden, und daß sie nicht umhin können, ob gern oder ungern, darauf zu reagieren. Es besteht aber auch ein Unterschied zwischen unseren Staatsmännern und den italienischen Ochsen, zugunsten der letzteren. Diese werden nur gepiekt, wenn sie nicht schnell genug gehen. Jene aber mögen sich so flott in der Redeoffensive vorwärts bewegen, wie sie wollen, sie werden weiter gepiekt. Redet der Staatsmann verständigungspolitisch, so piekt ihn Reventlow, redet er alldeutsche Töne, so wird ihn Theodor Wolff pieken und der kleine Bernhard wird, wenn er wieder artikelschreibenderweise unter uns weilt, jeden Redner pieken, der nicht redet, wie Ullsteins Liebling schreibt. Kurz, unsere Staatsmänner müssen jetzt von der Piele auf dienen. Aber es muß sein, die englisch-amerikanisch-französische Kriegsmode des immerwährenden rednerischen Getöses muß in Deutschland eingeführt werden. Es ist, wie bei den Damen. Wenn eine nicht die jeweils neueste Schneiderschöpfung trägt, glauben die Leute, sie habe keinen Geschmack, oder ihr Mann sei pleite. Also unsere Staatsmänner müssen vergessen, daß sie in der abgeklärten, atemduft-durchzogenen, bürokratischen Atmosphäre aufgewachsen sind und müssen hinaus ins feindliche Leben, müssen sich vom Ausland beschimpfen und in der Heimat pieken lassen und müssen zeigen, daß sie, worauf auch sonst immer, jedenfalls nicht auf den Mund gefallen sind. Auf einen Lloyd George müssen anderthalbe gesetzt werden, et à Clemenceau, Clemenceau et demi!

Ja, ja, das verwünschte Umlernen! Es war einmal ein braver alter Kanzleibeamter, der hatte fünfundsiebenzig Jahre lang an den Seitenfluß seiner Aktenbogen geschrieben: „B. S. g. u.“ (Wenden Sie gefälligst um). Da kam die Verfügung, künftig solle um der Arbeits-, Tinten- und Papiersparrnis willen nur

noch geschrieben werden „V. w.“ (Bitte wenden“). Daraufhin setzte sich unser Kanzlist hin und schrieb sein Pensionsgesuch, das er mit der Begründung verjah, seine Gesundheit sei den plötzlich an ihn herantretenden neuen geistigen Anforderungen nicht gewachsen. Das gibt's nicht mehr. Auch der Bureautrat muß täglich umlernen. Ein Virtuose des Umlearnens, ein Verwandlungskünstler der Verordnungen, ein Mann, der den rechten Aktenbogen nicht wissen läßt, was auf dem linken geschrieben steht, ist der Leiter der Reichsbekleidungsstelle, der in diesen Wochen täglich in einer neuen Verkleidung vor dem Publikum erscheint. Zuerst gab er sich als finsterner Verkünder der Bestandsaufnahme mit ihren ungewissen, aber furchtbaren Folgen, die eifrige Landräte bereits in bestimmte Drohform fassen. Dann erschien er auf einmal als harmlos lächelnder Prophet einer Freiheit, die alles auf das lebenswürdige Entgegenkommen der bessergekleideten Herrschaften abstellte. Das Symbol der Reichsbekleidungsstelle war der Hund, der vorn knurrt und hinten mit dem Schwanz webelt.

Während, zwischen Lächeln und Stirnrunzeln, die Kleiderbehörde uns zur ganz freiwilligen Entsagung heranzieht, bringt der Eifer der Einbrecher an den Tag, wie vergeblich Herr Habenstein an die Staatsgesinnung derer appelliert, die alle Ursache hätten, für Staat und Gemeinschaft etwas zu tun, die ihren Besitz vor dem Feind beschützen. Eine händeringende Verlustanzeige zählt auf, was einer Dame am Kurfürstendam in den Tagen der Goldsammlung an Goldsachen alles gestohlen werden konnte. Das Verzeichnis ist ein Kulturbokument, darum sei es hier wiedergegeben:

Eine feingegliederte Goldtasche, Brillantenbügel mit goldener Kette, Verschluß zwei Saphirknöpfe; kleine Platintasche, Bügel, Brillanten, zwei Perlen zur Öffnung; kleine Geldbörse (Kettengewebe), zwei kleine Saphire zum Öffnen; Goldstück, 100 Frank, genannt Blaque; goldene Münze mit goldener Kette (Größe Fünfstück); goldene Münze (wahrscheinlich St. Georgstaler); vier goldene Münzen (Größe Markstück); kleines goldenes Messer, gezeichnet M S; goldene, zusammenlegbare Schere, gezeichnet M S; goldener, gerippter Streichholzbehälter mit Saphirknopf; goldene, glatte Streichholzdose, gezeichnet M S; kleine, glatte goldene Streichholzdose; goldene gerippte Streichholzdose mit Lunte; hellgraues Zigarettenetui auch Bergschat, Verzierung aus Brillanten und Smaragden, Verschluß großer Smaragd und Brillant; dreiteiliges goldenes Etui mit Spiegel, gezeichnet M S aus Brillanten, Verzierung zweiseitig Rubinen und Brillanten, Verschluß Rubinenknopf; glattes goldenes Zigarettenetui, gezeichnet M S mit rundem Franz aus Brillanten, Verschluß Saphir; goldenes Zigarettenetui, gemustert, mit Zahl 13 aus Brillanten; glattes goldenes Zigarettenetui, Saphirschift mit Inschrift und Saphirknopf; goldenes viereckiges, in sich gemustertes Zigarettenetui, Saphirknopf; goldene glatte Visitenkartentasche, Monogramm M S; viereckiges goldenes Zigarettenetui mit aufgelegten weißen Emaillietafel, Saphirknopf; goldenes Herrenzigarettenetui mit aufgelegter Perle, Rubin, Smaragd, Brillanten usw.

Man sieht, — ist eine Dame von Kultur. Was der Mensch, je nachdem er ist, braucht, muß er haben, Goldsachen muß er haben und Staatsgesinnung muß er nicht haben. Daß es auch anderswo an anderen nützlichen Gegenständen auch in dieser Zeit der Stoffnot nicht fehlt, lehrt das Verzeichnis der aus einem Herrschaftshaus in Köln gestohlenen Gegenstände:

14 Duzend Betttücher, 10 Duzend Servietten, 25 Duzend Damastservietten, 15 Duzend Gerstentorn-Handtücher, 8 Duzend Kissenbezüge, 3 Duzend bunte Kissenbezüge, 2 Duzend Bettdecken, 1½ Duzend Überbettbezüge, 42 Herrenhemden, 33 leichte und schwere Unterhosen, 12 Duzend Herrenschliefen, 3 Duzend Paar Herrenstrümpfe, 30 Nachthemden, 6 Duzend Damenhosen, 3 Duzend Paar schwarze Damenstrümpfe, 9 Duzend Tischtücher, 3 Duzend Kaffeetische usw.

Der Schluß ist gewiß zulässig, daß auch der größte Fleiß der Einbrecher es nicht schaffen kann, aus Vahr zu bringen, was bei gewissen wohlhabenden Leuten noch alles in Abwesenheit des Gemeinfinns da ist. Auch die Steuerbehörde kann es nicht. Das lehrt uns unter anderem Herr Generaldirektor Adels

von den Remscheider Manneßmann-Waffen- und Munitionswerken, der 1913 6000 Mark jährlich bezog, 1917 schon 55 000 und der, mit seinen größeren Zwecken wachsend, in ein paar Jahren so viel verdient hat, daß er in der Lage war, so viel Steuer zu hinterziehen, daß ihn das Gericht außer mit sechs Monaten Gefängnis auch noch zu mehr als anderthalb Millionen Geldstrafe verurteilen konnte. Daß die Dame mit den Goldsachen, die Kölner Herrschaften mit der angenehmen Wäscheausstattung und Herr Adels mit der tätigen Abneigung gegen die Steueransprüche des Staates die einzigen Vertreter ihrer Gattung seien, ist nicht gut anzunehmen. Der Zufall hat sie unter den Scheinwerfer gestellt. Lasset uns einmal nachdenken, wie viele Zeitgenossen dieser Art sich noch des schützenden Dunkels erfreuen. Der handfeste Egoismus lebt unbekümmert sein Eigenleben weiter. Der Staat und die Gemeinschaft wird in einem Maße benachteiligt, an das keine Statistik heran kann. Phantastische Vermögen blühen im Verborgenen auf, wie das Veilchen, nur nicht so duftig. Die Sonderbarkeit der Zeit bringt es zuwege, daß das Gold und die Vorräte eingesperrt werden und die Spitzbuben frei herumlaufen, und daß keine Staatsgewalt, kein moralischer Zwang ausreicht, das Umgekehrte herbeizuführen. Die Geistlichen aller Konfessionen haben nicht Hände genug, sie zu ringen und Staatsanwälte träumen, daß sie mit fliegendem Talar hinter hochangesehenen Mitbürgern herrennen, ohne sie erreichen zu können, denen sie noch Tags zuvor die Hand geschüttelt haben. Der dialektische Prozeß der Zeit bewegt sich von der These „Tod fürs Vaterland“ zur Antithese: „Diebstahl am Vaterland“, und das herrschende Zeitgefühl ist eine Synthese von aufrichtigem Neid und aufrichtiger Verachtung. Während sich das in den Niederungen abspielt und die herrliche Haltung aller braven Deutschen, die Gott sei Dank die überwältigende Volksmehrheit darstellen, nur noch heller strahlen läßt, werden trotz der gestiegenen Möbelpreise neue Throne aufgestellt, und Prinzen und Erzherzöge probieren vor dem Rasierpiegel, wie ihnen eine Krone zu Gesicht steht. Der spätere Geschichtsschreiber wird in den Archiven der Zukunft Entwürfe zu Schreiben finden, wie ungefähr dieses: „An den hochwohlloblichen Staatsrat zu K. Für den von Ihnen zu besetzenden Posten eines Königs (Fürsten) erlaube ich mir, Ihnen meine Dienste ergebenst anzubieten. Ich bin hochgeboren am so und sobielten usw., von angenehmem Äußeren, und verfüge in hervorragendem Maße über königliche Eigenschaften. Ich spreche und verspreche gewandt, glaube kein Wort, das man zu meinem Preise sagt und kann den längsten Reden mit unvermindert höflicher Miene zuhören. Im Besichtigen von Neubauten und Grundsteinlegen beäße ich gründliche Erfahrung. Auch längeres anhaltendes Regieren ermüdet mich nicht im geringsten.“ So ungefähr. Ja, ja, von der Demokratie ist nie mehr geredet worden als jetzt, aber die jungen Völker wollen es lieber mit der Monarchie versuchen; sie denken: sicher ist sicher. Sie hören die Freiheitsreden der Entente und sehen, wie es denen ergeht, die in den Ententeländern ein freies Wort riskieren. Sie lesen, was in Deutschland geschrieben und geredet wird, rechnen aus, wieviel Gefängnis, um von schlimmerem zu schweigen, in den Vereinigten Staaten oder Frankreich manches Schreibers harren würde, der im geschmähten Deutschland froh in Fraktur oder Antiqua sein Wesen treiben darf, sie zählen die Feinde Deutschlands und sehen sich deutsches Leben an und wählen ein System, das dem deutschen ähnlich ist. Da sie alle miteinander die Freiheit mindestens so glühend lieben, wie Franzosen und Amerikaner, ist ihre Entscheidung kein Kompliment für die Entente und kein Erfolg der schönen Reden Balfours, Lloyd Georges und Wilsons. Sollte die Ententepropaganda doch noch verbesserungsbedürftig sein?

Ihr

Remo



Englands Bild in den Augen der deutschen Klassiker

Von Dr. M. Jöbel von Jäbellig

II. Goethes und Schillers Meinungen über England



Als ein englischer Ingenieuroffizier, der Goethe am 10. Januar 1825 besuchte, dem greisen Dichter von dem großen Interesse erzählte, das man in seiner Heimat an der deutschen Sprache und Literatur nehme, freute sich Goethe und erklärte: „Wir Deutschen haben es jedoch Ihrer Nation in dieser Hinsicht um ein halbes Jahrhundert zuvorgetan. Ich beschäftige mich seit fünfzig Jahren mit der englischen Sprache und Literatur . . . käme ich nach England hinüber, ich würde kein Fremder sein.“ Damit erinnerte Goethe an die Zeit des Sturmes und Dranges, aus der in seinem und seiner Genossen Schaffen wie in Schillers Erstlingsdrama Zeugen der Wirkung des englischen Vorbildes, Shakespeares, fortleben. Goethes Interesse gilt also weniger der Erkenntnis des englischen Volkstums in seiner Gesamtheit als dem englischen Schrifttum. In diesem sind ihm Shakespeare, Byron, Carlyle Gegenstand der Bewunderung und des Lobes; dieses verfaßt er auch Newton nicht, aber er fühlt sich als dessen Gegner und späht nach Schwächen in seiner Natur, die ihm begreiflich machen sollen, warum Newton und seine Volksgenossen an der von Goethe für einen handgreiflichen Irrtum gehaltenen Farbenlehre so starr festhalten. So erkennt er einen doppelten Zug im Wesen des englischen Volkes: „Bei den Engländern ist es gut, daß sie alles praktisch machen, aber sie sind Pedanten“ (Eckermann). Das Praktische, das feste Zugreifen in allen Lebenslagen erweckt sonst Goethes Achtung für das englische Volk: er nennt sie „tüchtig“, „unendlich rührig“ und findet diese Eigenschaft im Geringen, wie bei der Einführung der nacheinander Gasbeleuchtung der Städte (1816), und im Großen, in der Politik. Er freut sich des liberalen Geistes, den Canning ins englische Ministerium bringt; allerdings hat an Goethes Vorliebe für diesen Staatsmann dessen Eintreten für die Befreiung der bis 1827 den Türken unterworfenen Griechen Anteil.

Auch abgesehen von diesem idealisierenden Gesichtspunkte ist Goethe für die Zielsicherheit und Festigkeit des englischen Wesens eingenommen; es ist, als lobte er das an ihnen am meisten, was er bei den Deutschen am wenigsten hatte finden können. Wenn er nach den Befreiungskriegen sich wundert, daß den Deutschen, die es sonst nur einzeln weit bringen könnten, „zum ersten Mal die größten Taten im ganzen geraten“ seien, so achtet er bei den Engländern die hohe Ausbildung der Individualität, die trotzdem der Stetigkeit des Gemeinwesens keinen Abbruch tut. Er stellt fest, „daß bei den Engländern vorzüglich bedeutend und schätzenswert ist die Ausbildung so vieler derber, tüchtiger Individuen, eines jeden nach seiner Weise, und zugleich gegen das öffentliche, gegen das gemeine Wesen: ein Vorzug, den vielleicht keine andere Nation, wenigstens nicht in dem Grade, mit ihr teilt“ („Newtons Persönlichkeit“ im historischen Teil der „Farbenlehre“). „Die Engländer — meint er — sind vielleicht vor vielen Nationen geeignet, Auswärtigen zu imponieren. Ihre persönliche Ruhe, Sicherheit, Tüchtigkeit, Eigensinn und Wohlhabigkeit geben beinahe ein unerreichtes Musterbild von dem, was alle Nationen sich wünschen“ („Anglomanie“, historischer Teil der „Farbenlehre“). Die nur allzu realistische Geistesrichtung der Engländer hält Goethe der französischen in einem Brief an Knebel (9. März 1814) entgegen: „Dem französischen Stolz kann man beikommen, weil er mit Eitelkeit verbrüdet ist, dem englischen Hochmut aber nicht, weil er kaufmännisch auf der Würde des Goldes ruht.“

Da das englische Gesetz die Freiheit des Individuums von jeglicher staatlichen Bevormundung zum Grundsatz erhoben hat, ist dem Kaufmannsgeist, der praktischen Zielbewußtheit des einzelnen keine Schranke gesetzt; das hält Goethe dem die englische Verfassung rühmenden Grafen von Pfüler-Mußau entgegen: kein Volk sei vielleicht wesentlich inhumaner in politischen und Privatverhältnissen.

Es ist Weltflucht, wenn die Engländer diese „Inhumanität“ verhüllen, und mit einem leisen Unterton der Achtung vor solcher Klugheit ist eine Äußerung Goethes zu Erdmann über die „Deklamationen“ der Engländer gegen die Sklavenausfuhr aus Afrika gesprochen: während sie der Welt „humane Maximen“ weismachen wollten, sei „das wahre Motiv ein sehr reales Objekt, ohne welches es die Engländer bekanntlich nie tun“, nämlich die Notwendigkeit, die Neger als Arbeiter in den eigenen Kolonien zu behalten. Bei schlechterer Laune mochten allerdings solche Beobachtungen Goethe zu einem Wort wie dem an Förster veranlassen, es gebe nirgendwo soviel Scheinheilige und Heuchler wie in England.

Das tiefste Empfinden Goethes gegen England mag wohl manchmal dem gleichen, das die staatlich zerplitterten Griechen, die Erben der höchsten Kulturgüter, beim Anblick der römischen Weltmacht beschlich. „Während aber,“ sagt er einmal zu Erdmann, „die Deutschen sich mit Auflösung philosophischer Probleme quälen, lachen uns die Engländer mit ihrem großen praktischen Verstande aus und gewinnen die Welt.“ Sa fast muß den Angehörigen des zerrissenen Deutschlands die englische Weltmacht als Notwendigkeit erscheinen, da nur sie die Engländer zu den großzügigsten Kulturwerken befähigt, die der Welt zugute kommen. Daher erklärt sich sein Wunsch, den er am 21. Februar 1827 aussprach, nachdem er sich über die Notwendigkeit eines Rhein-Donaukanals und des Panamakanals geäußert hatte: „Und dritten möchte ich die Engländer im Besitz eines Kanals von Suez sehen.“ Er konnte sich eben ein so großes Werk nicht ohne Mitwirkung der Engländer denken, zweifelte er doch daran, daß die Deutschen die Kräfte für einen Rhein-Donaukanal aufbringen könnten. Leider hat die Zeit Goethes Hoffnung und Goethes Zweifel gerechtfertigt.

Zwei Seiten des englischen Wesens erscheinen Goethe allerdings sehr unerfreulich, die Behandlung des Kirchlichen und die der Sittlichkeit; denn als Grundlage fühlt er Heuchelei heraus. Besonderer Gegenstand seines Spottes ist die überaus reichliche Bezahlung der hohen englischen Geistlichkeit, die nach seiner Ansicht an die 39 Artikel, welche die Grundsätze und die Alleinherrschaft der anglikanischen Kirche in England festlegen, selber nicht glaubt. Erdmann berichtet, daß sich Goethe in mephistophalischer Laune in der Vorstellung gefallen habe, wie er sich als geborener Engländer hätte verhalten wollen: „Ich hätte in Reimen und in Prosa solange und soviel geheuchelt und gelogen . . ., daß meine dreißigtausend Pfund jährlich mir nicht hätten entgehen sollen.“ Und damit er dieses Bischofsgehalt in Ruhe hätte genießen können, hätte er sich eifrig um die Verdummung der Massen, besonders der Schuljugend, bemüht, „damit ja niemand hätte wahrnehmen, ja nicht einmal den Mut hätte haben sollen zu bemerken, daß mein glänzender Zustand auf der Basis der schändlichsten Mißbräuche fundiert sei.“ — Die Übertreibung der sittlichen Rücksichten schildert Goethe vielleicht am besten mit leiser Ironie in einer Szene, wo ein junges Mädchen aus der Kunstsammlung ihres Oheims einer englischen Dame eine „köstliche liegende Venus“ zeigt. Sie erhält gleich die Antwort: „Also diese Nacktheit beleidigt Sie nicht?“ Der Hinweis Juliens auf den Kunstwert gibt der Dame nur zu moralischen Lehren über die gefährlichen Gedanken, die sich an die Figur knüpfen können, Anlaß. Julie bleibt unbefehrt und „die Dame wendete sich um und sprach englisch zu ihrem stummen Begleiter“ („Der Sammler und die Seinigen“). Überblicken wir jedoch am Ende Goethes Worte über England, so überwiegt die Achtung vor der Großzügigkeit und Zielsicherheit alles, was er im einzelnen zu tadeln fand.

Bei Schiller tritt die Wertung englischen Wesens anfänglich unter den beherrschenden Gesichtspunkt der Freiheit. Daher ist in seinen Äußerungen über England eine deutliche Entwicklung zu beobachten, die durch Schillers Erfahrungen um die Jahrhundertwende abgeschlossen wird. Als er an „Kabale und Liebe“ arbeitete (1782 bis 1784), empfindet er bei der Schilderung des Despotismus an dem kleinen deutschen Fürstenhofe schmerzlich den Gegensatz zu den freiheitlichen Grundgedanken der englischen Verfassung, ähnlich wie ihn Voltaire nach seinen

Erfahrungen unter dem bourbonischen Despotismus verkündete. Darum kann sich der Vertreter des Idealen in „Kabale und Liebe“, Ferdinand, nicht denken, daß eine Engländerin sich zur Geliebten des Despoten erniedrigen könne: „Sie nennen sich eine Britin! — sagt er zur Lady Milford. — Erlauben Sie mir, ich kann es nicht glauben, daß Sie eine Britin sind. Die freigeborene Tochter des freiesten Volkes unter dem Himmel, — das auch zu stolz ist, fremder Tugend zu räuchern, — kann sich nimmermehr an fremdes Laster verdingen. Es ist nicht möglich, daß Sie eine Britin sind, oder das Herz dieser Britin muß um soviel kleiner sein, als größer und kühner Britanniens Adern schlagen.“ — Die Magna charta libertatum und die Habeas corpus-Akte, die die persönliche Freiheit der Bürger und ihre Rechte der Regierung gegenüber sicherten, erhoben England schon im Mittelalter und zu Anfang der Neuzeit über die Regierungsform der anderen Staaten. Daher erkennt Schiller in dem Kampf der englischen Königin Elisabeth gegen die Armada des tyrannischen, finsternen spanischen Königs Philipps des Zweiten (1588) das Recht auf der englischen Seite, wie er es in seinem Gedicht „Die unüberwindliche Flotte“ (1786) ausspricht:

„Dir gegenüber steht sie da,
Glücksel'ge Insel, Herrscherin der Meere,
Dir drohen diese Gallionenheere,
Großherzige Britannia!
Weh deinem freigebornen Volke!
Da steht sie, eine wetterschwangere Volke.
Wer hat das hohe Kleinod dir errungen,
Das zu der Länder Fürstin dich gemacht?
Hast du nicht selbst, von stolzen Königen gezwungen,
Der Reichsgesetze weisestes erdacht?
Das große Blatt, das deine Könige zu Bürgern,
Zu Fürsten deine Bürger macht?“

In jenem Kriege sieht Schiller einen weltgeschichtlichen Prozeß zum Austrag gebracht, in dem Spanien die geistige und politische Unfreiheit, England die Freiheit verliert. Darum durfte England nicht verlieren; Gott selbst tritt ein:

„Soll“, sprach er, „soll mein Albion vergehen,
Erlöschen meiner Selben Stamm,
Der Unterdrückung letzter Fesseldamm
Zusammenstürzen, die Tyrannentwehre
Vernichtet sein von dieser Gemisshäure?“
„Nie“, rief er, „soll der Freiheit Paradies,
Der Menschenwürde starker Schirm verschwinden!“
Gott, der Allmächt'ge, blies,
Und die Armada stob nach allen Winden. —

Die Erklärung der Menschenrechte und die übrigen freiheitlichen Gedanken, welche die französische große Revolution anfangs verkündete, machten für kurze Zeit dieses Land für Schiller zum Idealstaat der Freiheit. Der Königsmord und die Kriege des neuen eroberungslustigen französischen Staates belehrten ihn bald eines anderen; und die Kampfesart Frankreichs wie die seines hartnäckigen Gegners England machten ihm deutlich, daß beide Staaten, wie auch ihre innere Verfassung sein mochte, jedenfalls dem Ausland durch ihre Siege nicht die Freiheit bringen würden! In seinem Gedicht „Der Antritt des neuen Jahrhunderts“ (1801) spricht er sich über Englands Kampf mit Frankreich aus:

„Zwo gewalt'ge Nationen ringen
Um der Welt alleinigen Besitz;
Aller Länder Freiheit zu verschlingen,
Schwingen sie den Dreizack und den Blitz. — —
Seine Handelsflotten streckt der Brit
Gierig wie Polypenarme aus,
Und das Reich der freien Amphitrite
Will er schließen wie sein eignes Haus.“

Wenn sich hier Schiller, wie auch Goethe, mit der englischen Seeherrschaft als etwas Gegebenem still abfindet, so spricht die wirtschaftliche Lage Deutschlands mit, die eine solche Interesselosigkeit begünstigte; und die politische Lage, die durch Deutschlands Zerrissenheit bedingt war, konnte keines Deutschen Teilnahme erwecken, der sich nicht fähig fühlte, ein neues Deutschland zu schaffen. Nur auf geistigem Gebiete, so schlecht Schillers Gedicht, ist deutscher Kraft noch ungehemmte Auswirkung gegönnt:

„Freiheit ist nur in dem Reich der Träume.“

Jean Paul brühte es ironisch aus, den anderen großen Nationen seien Erde und Wasser als Herrschaftsbereiche gegeben, den deutschen — die Luft, und wurde so ungeahnterweise Prophet unserer Zeit, doch in anderem Sinne.

Daß hinter Englands Kriegen ebenso wie hinter denen Frankreichs die nackte Machtpolitik steht, erkannte Schiller wohl, und die viel zitierten Worte der 1800/1 verfaßten „Jungfrau von Orleans“ rissen den Schleier auch von der damaligen Politik Englands:

Ihr Engländer streckt die Räuberhände
Nach diesem Frankreich aus, wo ihr nicht Recht,
Noch gült'gen Anspruch habt . . . Gleichwohl
Ist auch das dritte Wort Gerechtigkeit.“

Dennoch scheint Schiller trotz des Gefühls der deutschen moralischen Überlegenheit es schmerzlich empfunden zu haben, daß Deutschland im Rat der Völker nichts bedeutete, und so setzt er sich mit dieser Frage eingehend in einem Gedichtplan „Gedicht zur Jahrhundertwende“ (1800) auseinander. Er tröstet sich zunächst mit der Zukunft: „Jedes Volk hat seinen Tag in der Geschichte, doch der Tag des deutschen ist die Ernte der ganzen Zeit:

„Mag der Brite . . .
Gierig nach dem Kostbarn greifen
Und auf seiner Insel häufen,
Was ein Schiff nur laden kann.“

Aber jener Tag liegt Schillers Zeit noch fern, und er wiederholt die Frage: Darf der Deutsche in dem Augenblick ohne Beschämung stolz sein Haupt erheben,

„Wo der Franke, wo der Brite
Mit dem stolzen Siegerschritte
Herrschend sein Geschick bestimmt?“

„Ja, er darf's“, antwortet der Dichter, denn Deutschlands Größe ist eine sittliche Größe, unabhängig vom politischen Geschick der Nation.

Doch daß die Fähigkeit zur Machtentwicklung nach außen eigentlich zum Leben der großen Völker gehört, hat Schiller an Frankreich und England gelernt, in denen er einst die Heimstätten der Freiheit sah; das war Schillers Belehrung vom Weltbürgertum zum Nationalgedanken.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Hamsterer. Mah soll den, der hamstert, nicht Hamsterer, sondern Hamster nennen. So sagen Sprachbesessene von Zeit zu Zeit da und dort. Es sei nicht erlaubt, vom erlaubten Tätigkeitswort „hamstern“ ein Hauptwort Hamsterer abzuleiten. Wer hamstere, der sei eben ein Hamster, und es bedürfe der Neuschaffung eines Wortes nicht.

Wortbildungen kümmern sich um „sprachwissenschaftliche Geseke“ nicht. Sie entstehen, sie sind da, sie geben die Geseke, nicht umgekehrt. Es gibt zwei Analogien, die dem Tierreich entnommen sind. In Pforzheim kam vor langem für die Geschäftsangestellten, die sich zur Bearbeitung der von auswärts angelangten Einkäufer in den Gasthöfen einfinden, der Namen „Tiger“ auf. Denn sie lauern des Morgens und des Mittags auf den Gängen wie die Tiger in den Dschungeln. Aus dem „Tiger“ entwickelte sich das Wort „tigern“, das besagen soll: im Hotel mit Hartnäckigkeit Offerten machen und sich nicht leicht abschrecken lassen. Diejenigen nun, die sich mit „tigern“ abgeben, heißen heute nicht etwa „Tiger“, sondern „Tigerer“. Der Storch stolziert steif einher. Wer sich wie ein Storch geberdet, wer „storch“, der ist nicht ein Storch,

sondern ein „Storcher“. Wer horcht, ist ein Horcher; wer storch, ist ein Storch. Der Storch hat sein literarisches Daseinsrecht durch Goethe empfangen. Der Urfaust führte ihn in die deutsche Sprache ein. Niemand wird es einfallen, das Wort „Strolcher“, das zwar nicht besonders gebräuchlich, aber als „Herumstrolcher“ gang und gäbe ist, für unerlaubt zu erklären. Wer gleich einem Strolch strolcht, d. i. die Landstraße unsicher macht und bald da, bald dort zu finden ist, der ist ein Strolcher. Dem Hamsterer, dem Storcher, dem Tigerer, dem Strolcher kann das Bürgerrecht in der deutschen Sprache nicht verweigert werden als Hauptworten, die von Tätigkeitsworten regelrecht abgeleitet sind. Wenn man fragwürdigen Gebilden zuleibe gehen will, so denke man vor allen an die aus Eisenbahn, Sanität und Attentat geschaffenen scheußlichen Substantiva „Eisenbahner“, „Sanitätler“ und „Attentäter“, die jedem sprachlichen Geschmack Hohn sprechen, insbesondere der einem Wortwitz des „Madderadatsch“ entsprossene, aus „Attentat“ und „Täter“ zusammengezogene Ausdruck, dessen Sturrität heute dem Leser überhaupt nicht mehr ins Bewußtsein kommt. C. B.



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Bischersfelde West. — Manuskriptsendungen und
 Dreiecke werden erbeten unter der Adresse

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.
 Fernsprecher des Herausgebers: Amt Bischersfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bismarck 5510
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a
 Druck: „Der Reichshof“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dröner Straße 86/87.



Des polnischen Problems neueste Phase

Von Georg Kleinow



Wie ein Korallenriff vor der Hafeneinfahrt liegt, umbrandet von den Wogen politischer Leidenschaften und Habgier, die polnische Frage vor dem Wege zum Frieden in Osteuropa. Und doch brauchte sie tatsächlich nur das zu sein, was Fürst Metternich einst von ihr sagte, ein Phantom! Es zerspränge in dem Augenblick, wo die Erkenntnis der Riesenkomplexe gemeinsamer Kulturaufgaben, die Uneinigkeit zwischen Habsburg und Hohenzollern über die Zukunft Polens wie eine Seifenblase würde verschwinden machen. Einige Polen scheinen das problematische im Wesen der Polenfrage zu empfinden. Sie drängen darum zur Lösung in irgendeiner Form, die nicht Beseitigung des Risses bedeuten würde, selbst zu einer solchen wollen sie sich verstehen, die dem polnischen Volk zurzeit in keiner Weise genügen könnte, nur um den Platz als Wellenbrecher und Hindernis der freien Schifffahrt sich zu erhalten. In ihrer Phantasie wächst das Korallenriff empor zu einem alle polnischen Heimstätten umfassenden Ringe, auf dem die blühenden duftenden Gaine zu wachsen vermöchten für den heiligen Dienst an der Nation. — Bismarck hat die Polen Träumer und Dichter genannt, aber er hat auch den Zusammenstoß deutscher und russischer Seeere gefürchtet, weil die deutsche Regierung alsdann gezwungen sein würde, die Polenfrage zu lösen.

Jeder Staatsmann, der gegenwärtig vor die vom Fürsten Bismarck so gemiedene Aufgabe gestellt wird, hat sich in erster Reihe darüber klar zu sein, daß die Polenfrage entstanden ist durch die Ohnmacht der alten polnischen Adels-Republik zwischen den aufstrebenden preußischen und russischen Monarchien zu bestehen. Friedrich der Große kennzeichnete dies „merkwürdige Land“ in einem Gespräch mit dem Comte de Ségor Ende Januar 1785: „Polen ist frei, und dabei sind die Polen Sklaven, die Verfassung ist republikanisch, aber es steht ein König an der Spitze, das Land ist unendlich groß und hat fast keine Einwohner, die Polen lieben den Krieg und führen seit Jahrhunderten ruhmvolle Kriege, und trotzdem haben sie keine Festungen und statt einer ordentlichen Armee nur das allgemeine Aufgebot mutiger, aber undisziplinierter Männer, die stets in Faktionen

und Koterie zerspalten und so leidenschaftlich auf ihre zügellose Freiheit veressen sind, daß bei ihren Reichstagen das Veto eines einzigen Mitgliedes genügt, um den Volkswillen scheitern zu lassen. Die Polen sind tapfer und ritterlich, aber daneben mit sehr wenigen Ausnahmen unbeständig und leichtsinnig. Nur die Frauen zeigen eine erstaunliche Charakterstärke und sind manchmal die eigentlichen Männer.“ In diesen Sätzen des großen Preußenkönigs findet der Staatsmann von heute, wo doch Rußland als Wettbewerber Preußens für eine Anzahl von Jahren ausgeschieden ist, die Grundlagen für ein diplomatisches Aktionsprogramm; sie geben ihm einen Maßstab für das, was die Polen wirtschaftlich selbst aus eigener Kraft hervorgebracht haben und was ihnen durch Deutsche, Juden, Russen mehr oder minder aufgezwungen wurde. Nach dem Ausscheiden Rußlands geht der Kampf um die Seele Polens zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn. Die Polen sind nach wie vor ohnmächtig, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen, es sei denn, daß sie sich entschließen, freiwillig auf die eine oder andere Seite zu treten und dann auch mit dieser Seite durch dick und dünn zu marschieren.

Dann nämlich würde der Staatsmann des gewählten Landes vor die Entscheidung gestellt, Polen die Möglichkeit zu geben, sich — selbst unter Zurücktreten der Interessen des eigenen Landes — kulturell, wirtschaftlich und politisch frei zu höheren Stufen zu entwickeln. Den ganzen Sommer dieses Jahres hindurch hat es den Anschein gehabt, als wenn wenigstens einzelne Männer unter den Polen, etwa Prinz Radziwiłł, Graf Ronikier, Adam Rapierawski und vielleicht noch ein halbes Duzend die Lage der polnischen Frage klar erkannt hätten. Sie schienen, vertrauend auf die natürlichen, wenn auch unorganisierten Kräfte ihres Volkes, entschlossen, unter allen Umständen mit Deutschland zu gehen und alle austro- und russophilen Strömungen ebenso zurückzudrängen, wie den extremen Anarcho-Sozialismus. In den Blütewochen dieses Jahres, bald nach Beginn der großen deutschen Offensive, hat die Warschauer Regierung in Berlin um den Nachweis eines preußischen Hohenzollernprinzen für die Übernahme der polnischen Krone unter gleichzeitiger Erklärung ihrer Bereitwilligkeit, mit dem Deutschen Reiche gewisse Konventionen gegen die Garantierung gewisser Grenzen einzugehen.

Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung die ihr gebotene Hand nicht zurückweisen konnte, dies um so weniger, als die Vorschläge der Polen im allgemeinen auf dem Wege der von Deutschland schon seit Jahr und Tag angestrebten Richtung lagen. Auf die Namhaftmachung eines Hohenzollernprinzen für den polnischen Königsthron wurde indessen verzichtet, da der König von Polen zweckmäßigerweise ein Katholik sein sollte und das hohenzollernsche Hausgesetz den reformierten Mitgliedern des preußischen Königshauses den Übertritt in eine andere Religionsgemeinschaft untersagt. Damit tritt denn die Königsfrage in Polen für uns im Augenblick auf den zweiten Plan.

Theoretisch betrachtet würde der von der deutschen und polnischen Regierung eingeschlagene Weg die Fortsetzung des Versuches, die Polenfrage im Interesse der polnischen Rationalität, d. h. unter bewußter Zurücksetzung deutsch-völkischer Belange zu lösen, bedeuten. Er bedeutet die praktische Anerkennung des polnischen Volkes als Nation, die bereits durch den Akt vom 5. November 1916 in Aussicht genommen war,

sowie die Anerkennung des Rechtes dieser Nation, sich nach eigenen Wünschen und eigenem Geschmac zu regieren und zu entwickeln. Diese Anerkennung liegt auch in der Gewährung eines freien Zutrittes zum Meere durch die Weichsel bei Danzig und in der Bereitschaft, Teile von Weißrußland und Litauen zur Polonisierung an den neuen Staat auszuliefern. Die Anerkennung des polnischen Nationalstaates findet eine Beschränkung durch die beabsichtigte Führung der politischen Grenzen Polens gegen Preußen und Galizien. Die polnische Regierung soll gebunden sein, sich um die in den befreundeten Staaten wohnenden Volksgenossen nicht zu kümmern. Die Maßnahmen, die Deutschland fordert, um gegen Überraschungen durch seinen neuen Freund gesichert zu sein, beschränken sich auf militärische, wirtschaftliche und verkehrspolitische Konventionen, deren Einzelheiten noch nicht der öffentlichen Besprechung unterliegen. Im übrigen soll die erste selbständige polnische Regierung ausdrücklich den Verzicht auf die ehemals polnischen Landesteile Preußens aussprechen. Das ganze ist somit ein Versuch, durch die Schaffung und den Ausbau gemeinsamer Wirtschaftsinteressen die nationalen Gegensätze und allen politischen Ehrgeiz zu überwinden.

Gelegentlich der letzten Aussprache im Großen Hauptquartier sollten die Abreden des Sommers unter Mitwirkung unseres österreichisch-ungarischen Bundesgenossen zum Abschluß gebracht und alsdann in eine gehörige staatsrechtlich vorgesehene Form gegossen werden. Am 14. August erschien Prinz Janusz Radziwiłł im Großen Hauptquartier, und nach seiner Abreise fanden die Besprechungen zwischen den beiden Kaisern und ihren Ministern statt. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß die gewünschten und erhofften Ergebnisse trotz größten Entgegenkommens von seiten des Kaisers Karl nicht erzielt worden sind infolge der absoluten Weigerung des Grafen Burian, von der sogenannten austro-polnischen Lösung auch nur einen Schritt abzuweichen. Seitdem gehen die Verhandlungen zwischen Berlin, Wien und Warschau hin und her. Sie haben zunächst ein negatives Ergebnis gezeitigt: Graf Burian hat durch seine Presse verkünden lassen, daß ihm von der Preisgabe der austro-polnischen Lösung nichts bekannt sei, während Prinz Radziwiłł, der sich inzwischen in Wien und Krakau aufgehalten hatte, einem Interviewer mitteilte, er sei ohne ein festes Programm ins Große Hauptquartier gekommen. Mit anderen Worten, die Polen scheinen sich wieder von ihrem Angebot im Frühjahr freigemacht zu haben und versuchen nun, eine neue Grundlage zu Verhandlungen für sich zu schaffen, indem sie Wien und Berlin gegeneinander ausspielen und die Frage hin und her schieben.

Recht bei Lichte besehen, kann uns und der deutschen Regierung diese Entwicklung der diplomatischen Verhandlungen über die Polenfrage nur willkommen sein, wenn auch unsere Handelskreise sich dadurch beunruhigt fühlen wollten. Hier handelt es sich nicht um kurzfristige Unternehmungen oder taktische Spekulationen, sondern um den fundamentalen Neuaufbau aller Verhältnisse im Osten, der wirtschaftlichen und politischen ebenso wie der sie schützenden rechtlichen und militärischen. Das sollte von Niemandem übersehen werden, der jetzt die Regierung zur Nachgiebigkeit und Preisgabe von politischen Stellungen drängt, nur um die Frage, der wir alle ehrlich überdrüssig geworden sind, aus der Welt zu schaffen. Das wäre nicht der Weg! Die Frage bliebe, aber wir würden wertvolle Positionen verloren haben, deren wir dringend bedürfen, um sie dennoch zu meistern.

Nicht wir sind tatsächlich die Verlierenden in dieser neuesten Phase des diplomatischen Spiels, wenn auch gewisse Unbequemlichkeiten nicht zu leugnen sind, sondern die Polen. Klar wird dies, sobald man sich kaltblütig und ohne nationale Empfindlichkeit vorhält, welche Ergebnisse die polnischen Staatsmänner erzielen können, je nachdem sie den günstigen Augenblick erfassen oder auf sogenannte bessere Konjunkturen warten.

* * *

Eine Verständigung mit Deutschland auf der Grundlage der Besprechungen dieses Sommers würde ein polnisches Reich etwa von der Größe Preußens ohne die Rheinprovinz mit etwa 17 bis 18 Millionen Einwohnern ergeben. Von diesen Einwohnern wären etwa zwei Millionen Juden, eine Million Deutsche, zwölf Millionen Polen und zwei Millionen verhältnismäßig leicht zu polonisierende Litauer, Weißrussen und Ukrainer.

Das Gebiet umfaßte die beiden großen Kulturzentren Warschau und Wilna, und wäre trotz politischer Grenzen eng verbunden mit dem dritten geistigen Zentrum Krakau, sowie durch die Macht der wirtschaftlichen Erfordernisse mit Oberschlesien, Posen, Westpreußen und Litauen. Kein politischer Sicherheitsvertrag könnte verhindern, daß durch die Zusammengehörigkeit der ober-schlesischen und polnischen Bergbau- und Eisenindustrie, durch Sommerarbeiter in der preußischen Landwirtschaft und durch die Handelsfreiheit auf Weichsel und Memel (Njemen) eine fortgesetzt steigende Flut polnischen Einflusses über die Westgrenze bräche und die ehemals polnischen Gebiete Preußens in friedlicher Eroberung kulturell mit dem polnischen Staate verbände. Nach Lage der Dinge in der deutschen Ostmark würden drei bis vier Jahrzehnte genügen, um die Provinzen Posen und Westpreußen innerlich aus dem deutschen Staatenbunde herauszulösen und wenn das Wahlrecht in Preußen in Richtung auf das Reichstagswahlrecht geändert werden sollte, wie es den Anschein hat, so dürften offen Kämpfe um die Vereinigung dieser Teile mit dem polnischen Staate schon in wenigen Jahren entbrannt sein. Mit Hilfe deutschen Handelskapitals und deutscher Unterstützung in allen Dingen verkehrs- und verwaltungspolitischer Organisation, bei kräftiger Entwicklung des allgemeinen und technischen Bildungswesens, sowie des polnischen Genossenschaftswesens würden diese nationalen Kämpfe fortschreitend zur Kräftigung des polnischen Staatsgedankens und zu dem Wunsche nach völliger Abschüttelung der deutschen Vormundschaft nicht nur im polnischen Staate selbst, sondern auch in Westpreußen-Posen und Oberschlesien führen und die polnische Diplomatie zwingen, in der auswärtigen Politik Verbindungen anzuknüpfen, die eine gewisse Gewähr dafür bieten möchten, mit ihrer Hilfe das ersehnte Ziel des Zusammenschlusses durchzusetzen. Verlangsamte könnte eine solche Entwicklung durch ein wieder erstandenes Rußland werden, das in Gegensatz zu Polen träte, beschleunigt würde sie durch dasselbe Rußland, sofern es sich wie das Rußland des neunzehnten Jahrhunderts, zum Sammler der slawischen Völker aufwürfe. Wir brauchen indessen die russischen Möglichkeiten solange nicht in die polnische Rechnung einzusetzen, wie wir überzeugt sind, gegen die Westmächte in den nächsten Jahren eine uns günstige Entscheidung herbeizuführen. Die gegenwärtig in Polen amtierenden Staatsmänner haben durch ihre Entschlüsse selbst einen so großen

Einfluß auf die Entwicklung, daß sie in der Lage sind, die künftige Stellung Rußlands zu seinen Nachbarn im voraus mit zu bestimmen.

Wichtiger ist die Haltung Österreich-Ungarns. Wir verhehlen uns nicht, daß eine ähnliche Gefahr, wie sie der deutschen Ostmark durch den neuen Polenstaat droht, auch für Galizien und in einem späteren Zeitraum auch für Teile Österreichisch-Schlesiens besteht. Diese Gefahr ist jedoch nicht so brennend, weil ihr die wirtschaftliche Stoßkraft fehlt. Zwischen Polen und Galizien besteht die rege Verbindung, die zwischen Polen und der deutschen Ostmark schon seit dreißig Jahren vorhanden ist, nicht. Die Arbeiterfrage wird von den Ruthenen getragen, die von Osten nach Westen drängen. Die polnische Frage in Österreich ist mehr geistigen Inhalts und stand vor Ausbruch des Krieges im Begriff, von der ruthenischen Frage abgelöst zu werden. Habsburg könnte eine polnische Gefahr mit Leichtigkeit bannen, sofern es sich entschloße, die Ruthenen in Galizien gegen sie aufzurufen. Die augenscheinliche Macht des polnischen Einflusses in Wien beruht auf den eigentümlichen parlamentarischen Verhältnissen in Österreich und in der Furcht der Ungarn vor einem Anwachsen der Ruthenen im Norden der Karpathen, weil der ungarische Staat bereits eine zwar nicht große aber durch die großrussische Agitation lebhaft bewegte ruthenische Bevölkerung hat, die bei einer Ukrainisierung Galiziens eine höchst unwillkommene Irredenta bilden würden. Daher stammt auch die große Einmütigkeit der beiden habsburgischen Reichshälften in dem Bestehen auf der austropolnischen Lösung. Hierzu treten Habsburgs Sorgen um den Bestand Österreichs. Wie es in Österreich aussieht, ist in den „Grenzboten“ von berufenen Federn dargelegt worden. Die Tendenz der slawischen Völker geht darauf aus, den Staat zunächst aufzuteilen in einen deutschen, tschechischen, südslawischen und polnischen Reichsteil mit selbständigen Armeen und selbständiger auswärtiger Politik. Das Kaiserhaus konnte sich nur auf die Deutschen und die Polen stützen, vorausgesetzt, daß der polnische Landesteil entsprechend vergrößert wird, und daß in diesen beiden Völkern nicht die demokratischen Tendenzen einen Umfang annehmen, dem gegenüber sich die Monarchie nicht halten könnte. Diese Gefahr aber ist sehr groß. Die deutsche Sozialdemokratie ist republikanisch, das moderne Polentum ist fast bolschewistisch! Die Entwicklung in Galizien drängt nicht zu einer von Rom gestützten Monarchie, sondern zur liberalsten Republik und die ehemals russischen Polen sind so stark vom russischen Anarcho-Sozialismus verseucht, daß sie eine Stärkung monarchischer und katholischer Tendenzen in einem schwachen Staate, wie der österreichische ist, nicht nach sich ziehen können. Das polnische Volk muß erst von dieser Verseuchung durch eine auf Recht- und ehrlicher Arbeit beruhende Wirtschaft und Verwaltung befreit werden, ehe es ein Faktor zur Gesundung der österreichischen Monarchie werden könnte. Aus eigener Kraft könnte nach dem Jahrhundert der Unselbständigkeit ein polnischer Staat unter habsburgischem Szepter nicht gesund werden und alle Mühen wären umsonst aufgebracht; mit dem zerfallenden Österreich wurde Polen wie im achtzehnten Jahrhundert wieder der Zummelplatz des deutsch-russischen Gegensatzes werden. Bleibt Österreich dennoch auf seinem Willen und fordert es mit oder ohne Einverständnis der Warschauer Regierung den Anschluß Kongreßpolens, so bliebe Deutschland nichts anderes zu tun übrig, als die sehr erheblichen Grenzberichtigungen zu fordern und durchzusetzen, die ich hier in Heft 19. d. Z. bezeichnet habe. Eine

austropolnische Lösung würde niemandem von den Beteiligten und nur Ungarn in dem oben gekennzeichneten bescheidenen Rahmen etwas nützen, alle würden leiden: Habsburg durch die Komplizierung der inneren Verhältnisse und Gefährdung der Monarchie, Deutschland durch die Notwendigkeit, weitere Polen in seine Grenzen aufnehmen zu müssen und durch allerdings noch erträgliche geschäftliche Verluste, beide durch den notwendigerweise folgenden Zusammenbruch des Bündnisses; die Polen aber würden in ihrem Streben zur Einigung mindestens um ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen. Und darüber sollten sie sich im klaren sein: ihr Traum, Litauen zu besitzen, wäre ausgeträumt, — Bjalystok und Wilna würden eher russisch als polnisch werden!



Mehr politische Klarheit!

Von Dr. Karl Buchheim



uch am Beginn des fünften Kriegsjahres ist Unklarheit des politischen Willens ein Faktor deutscher Schwäche. Ich will nicht der Regierung allein die Schuld aufbürden und nicht bezweifeln, daß sie mehr erstrebt, als die bloße Wiederherstellung eines politischen Zustandes von der Art, wie er vor dem Kriege war. Aber es wäre hohe Zeit, daß sie weitere Volkskreise mit ihren Zielen bekannt machte und auch innere Kämpfe nicht scheute, um für sie zu werben. Wir haben jahrelang so zu sagen im Dunkeln gefochten. Abwehr war der einzige Gedanke. Solche Folgsamkeit des Volkes, die keine Frage auf die Lippen kommen läßt, erleichtert natürlich den leitenden Männern ihre Arbeit sehr. Sie behalten alle Trümper in der Hand, legen sich auf nichts fest und bleiben also immer in der glücklichen Lage, sagen zu können: was wir wirklich wollten, haben wir erreicht, und was wir nicht erreicht haben, das haben wir nicht ernstlich gewollt. So gut sind heute noch manchmal die militärischen Stellen daran, weil es in der Natur der Sache liegt, daß die wirklichen militärischen Ziele immer Geheimnis bleiben. Der Führer selber ist also häufig auch der einzige kompetente Beurteiler, der uns sagen kann, ob die Ziele erreicht worden sind. Anders ergeht es der politischen Leitung. In der vaterländischen Begeisterung der ersten Kriegszeit beruhigte sich das Volk bei der Aufgabe, alles Sinnen und Trachten auf den Krieg selber zu richten, die Bestimmung der Kriegsziele aber der Weisheit der Regierung zu überlassen. Doch je länger der Kampf dauerte, und je größer seine Opfer wurden, desto stärker drängte das Volk, zu erfahren, worum es kämpfte und wofür es Opfer brachte. Die Regierung versuchte es bei der alten Übung zu lassen, um den Maßstab für ihre Erfolge oder Mißerfolge selber in der Hand zu behalten. Aber auf politischem Gebiete ist dieses Verfahren nicht in gleicher Weise in der Natur der Sache begründet wie auf militärischem. Da politisch jedem Staatsbürger ein gewisses Maß von Mitbestimmungsrecht zusteht, so schufen sich die Parteien im Volke selber Kriegsziele und begannen nach diesen verschiedenen Maßstäben über den Erfolg oder Mißerfolg der politischen Leitung zu urteilen. Daß diese Kritik nicht überall gerecht war, ist sicherlich zuzugeben. Von den Erfolgen des Heeres oder meinetwegen auch der Kriegsschemie weiß jeder, daß man nur auf Grund genauesten Fachwissens über sie urteilen kann, und keiner magt sich so leicht dieses Fachwissen an. Wie wenig Leute aber kommen in der Politik auch nur zu der Erkenntnis, die dem Erwerb wirklicher Fähigkeiten stets vorausgehen muß: daß man von Haus aus immer Dilettant ist! Man kann also anerkennen,

daß die politische Führung es im ganzen schwerer hat, allgemeinen Beifall zu erringen, als die militärische, und sollte sich nie verleiten lassen, Licht und Schatten allzu einseitig zu verteilen.

Eine gerechte Würdigung wird unsere politische Führung gewiß nicht für so unfähig erklären, wie sie manchmal hingestellt worden ist, um so weniger ihr aber den Vorwurf ersparen, daß sie dem Volke jede wirkliche Klarheit darüber, was in diesem Kriege erreicht werden soll, vorenthalten hat. Man erfährt von militärischen, von wirtschaftlichen Zielen, aber das politische Orakel schweigt sich aus. Uns fehlte jedes politische Programm, als dieser Krieg begann. In unsere Welt- und Kolonialpolitik waren wir aus wirtschaftlichen Gründen eingetreten. Unser Fleiß wollte sich in allen Erdteilen tummeln, und wenn man hört, was unsere Regierung an Wünschen für die Zukunft laut werden läßt, so kommt das im wesentlichen auf Wiederherstellung der alten wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten hinaus. Die Welt hat sich aber verwandelt und wird ihr altes Gesicht nicht wieder bekommen. Könnte man die weltwirtschaftlichen Verhältnisse der Vergangenheit einfach wiederherstellen, so würden ja auch nur die Voraussetzungen für die weltpolitische Katastrophe erneuert, die wir jetzt durchleben. England erstrebt demgegenüber eine politische Neuordnung der Welt durch einen Völkerbund unter Führung der angelsächsischen Nationen. Das ist ein großer politischer Gedanke, dem wir noch nichts Ebenbürtiges gegenüberzustellen gewußt haben. Immer wieder versteht es England, die Werbekräfte des politischen Internationalismus in seinen Dienst zu stellen. Wir Deutschen dagegen können so wenig politisch klar sehen, daß wir diese lebendigen Kräfte gewöhnlich gar nicht ernst nehmen, sondern meinen, wir befänden uns noch in der Maienblüte des kleindeutschen nationalen Staatsgedankens und alle internationalen Organisationsbestrebungen seien eitel Dummheit und Phrasen. Gerade die wohlmeinendsten und gebildetsten Patrioten glauben oft, über den nationalen Staat hinaus gäbe es keine politischen Werte, und der Internationalismus sei politisch anrüchig. Dabei übersehen wir aber ganz, daß die Weltgeschichte mehr und mehr in das Stadium eintritt, wo man daran geht, auch übernationale Menschheitskomplexe politisch zu organisieren. In der Zeit der Bildung der Nationalstaaten kamen wir schon beinahe zu spät. Nachdem wir aber unter Aufgebot aller Kräfte gerade noch rechtzeitig mit einem fertigen Nationalstaat in die moderne weltpolitische Epoche eingetreten sind, dürfen wir uns nicht wieder in Gefahr begeben, das Einlaufen in die politischen Strömungen der neuen Geschichtsperiode zu verpassen. Wir sind heute, was zu den Zeiten Napoleons Frankreich werden wollte: der Anwalt Europas gegen die Weltmacht der überseeisch gewordenen Angelsachsen. Aber wie selten unternimmt es unsere Regierung, Klarheit über diese große politische Aufgabe ins Volk und unter die Neutralen zu tragen! Wie unentwickelt ist noch unser europäisches Gefühl, wie unklar unser Bewußtsein, daß wir nicht nur einen deutschen, sondern auch einen europäischen Kampf führen! Einzig Herr von Kühlmann hat vor dem Reichstage einmal klare Worte für dies Programm gefunden. Es scheint aber, daß auch er die Spitze gegen das Angelsachsentum, die darin liegen muß, nicht scharf genug herausgefühlt hat. Wahrscheinlich ist ihm deshalb, weil er gegen England nicht klar genug Front zu machen verstand, der große politische Erfolg, für den er Einsicht und Geschick offenbar mitbrachte, versagt geblieben.

Ohne moralische Eroberungen in Europa kann die deutsche Politik keinen dauernden Sieg erringen: auch das ist eine Erkenntnis, die bei uns ins Volk getragen werden mußte. Auf die Bajonette kann man sich bekanntlich nicht setzen. So lange nationale Zeitungen wunder wie weise sich vorkommen, wenn sie etwa schreiben: „Wann wird man endlich lernen, die belgische Frage ohne jede Rücksicht nach rein deutschen Interessen zu entscheiden!“, so lange steht es schlecht mit unserer politischen Befähigung, in Europa eine dauernde friedliche Ordnung zu begründen. Man begreife nur folgenden einfachen Gedankengang: Durch die Weltherrschaft der Angelsachsen ist das politische Schwergewicht der Welt im Be-

griff, von Europa auf überseeische Länder überzugehen. Wir sind die Leute, die dem Erdteil seine Weltstellung wahrnehmen wollen. Darum müssen wir erkennen, daß das europäische Interesse mit unserm Nationalinteresse mehr und mehr Hand in Hand geht. Daraus folgt aber, daß das nationale Pathos für unseren Kampf nicht mehr allein genügt: wir müssen das europäische zu Hilfe rufen. Und wir müssen uns klar sein, daß die Sache der kleineren europäischen Völker die unsere geworden ist. Denn es ist ganz zweifellos, daß sich ein friedlicher Zustand Europas nicht begründen läßt im Gegensatz zu den anderen europäischen Völkern. Es genügt also nicht, wenn wir uns über den Verrat der Tschechen entrüsten und den österreichischen Staat auffordern, streng gegen sie einzuschreiten. Wir werden uns entschließen müssen, ihnen auch in irgend einer Weise gerecht zu werden. Und ebenso den anderen Völkern, mit denen wir zusammen leben müssen. Hier zeigen sich Berge von schier unüberwindlichen Schwierigkeiten, aber derjenige, der ihr Vorhandensein wenigstens erkennt, ist ihrer Lösung immerhin schon näher, als wer sie mit billiger und auf die Dauer doch allemal unfruchtbarer Gewalt beiseite schieben will.

Schon früher habe ich den Gedanken mit Nachdruck vertreten, die politische Organisation Mitteleuropas sei unser wichtigstes Kriegsziel.^{*)} Die Befreiung der russischen Randstaaten hat unsere Aufgabe nach dieser Richtung beträchtlich erweitert. Dies größere Mitteleuropa wird noch mehr als ein bloß deutsch-österreichisch-ungarischer Bund das Schwergewicht ganz Europas auf sich ziehen. Wahrscheinlich wird es auf Jahrzehnte hinaus unsere erste politische Aufgabe sein, die neue Einheit unter den Völkern populär zu machen und so die Organisation in den Herzen der Menschen zu verankern, die von ihr friedlich vereint bleiben sollen. Es kann daher, so sehr Festigkeit gegen alle unbilligen Ansprüche dieser Völker geboten ist, nicht unsere Sache sein, es dem extremen tschechischen oder polnischen oder sonst welchem Nationalismus an nationaler Stierköpfigkeit gleich zu tun. Man sagt ja, dem Deutschen mangle es immer noch an nationalem Selbstbewußtsein. Wo das der Fall ist, soll natürlich weiter an der nationalen Erziehung gearbeitet werden. Andererseits aber ist nationale Einseitigkeit und Abiathheit gegenüber den politischen Aufgaben, zu denen heute ein so großes Volk wie unser deutsches berufen ist, schon kein Vorzug mehr.

Der gebildete deutsche Mann betrachtet es mit Recht als Ehrensache, gut nationale Gesinnung bei sich zu pflegen. Und da er im Kriege dem Offizierskorps meist entweder selbst zugehört oder doch in häufiger gesellschaftlicher Berührung mit Offizieren steht, so ist er gewöhnt oder gern bereit, militärische Anschauungen über die politischen Dinge besonders hoch zu bewerten. Der Engländer, der bis zum Kriege nicht Militarist zu sein brauchte und bei dem das nationale Bewußtsein seit Jahrhunderten eine Selbstverständlichkeit war, denkt im politischen Leben weit mehr aus rein politischen Gesichtspunkten heraus. Er ist politisch voraussetzungsloser, während der deutsche Patriot immer meint, nur solche politische Richtungen verfolgen zu dürfen, die aus seinen militärischen und nationalen Wertüberzeugungen herauskommen. Militärische und nationale Gesinnungstüchtigkeit machen aber allein noch durchaus nicht die rechte politische Einsicht aus, die unser Volk gegenüber den Aufgaben, die ihm jetzt in der europäischen Politik gestellt sind, vor allen Dingen braucht. Echte politische Klarheit im Volke zu verbreiten, ist das dringendste Bedürfnis des fünften Kriegsjahres, denn weder die militärische Autorität noch der vielfach erlahmte patriotische Schwung dürfen für sich allein imstande sein, das Durchhalten zu sichern und Kräfte zu erwecken für die kommenden politischen Aufgaben. Es genügt nicht, wenn man uns sagt, Hindenburg werde es verstehen, uns die wirtschaftliche Freiheit wieder zu erringen und sie militärisch für die Zukunft zu sichern. Wir wollen große politische Ziele sehen. Deutschland soll auch für neue Gedanken im politischen Aufbau der Welt kämpfen, wie sie die Angelsachsen auf

^{*)} „Grenzboten“ 1917 Nr. 43

ihre Fahne zu schreiben verstehen. Es ist keine politische Weisheit, wenn jemand glaubt, Blut und Eisen seien die einzigen Requisiten einer guten Politik. Gewiß, sie gehören dazu, und Bismarck verstand sie zu handhaben. Aber er konnte noch mehr, und es ist die Frage, ob er in der heutigen Politik gerade die Kürassierstiefel anzöge!



Wandlungen des historischen Interesses

Von Dr. Richard Müller-Freienfels



Wenn man den Forschungsbetrieb der Geisteswissenschaften, so wie er sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, auf seine tiefsten Antriebe und Methoden hin prüft, so wird man nicht verkennen, daß eine tiefgehende Wandlung langsam, wenig bemerkt vielfach, aber dennoch mit unfehlbarer Sicherheit stattgefunden hat. Noch immer erscheint die „Geschichte“ als die typische Form der Geisteswissenschaften, noch immer werden die Tatsachen der Literatur, der Kunst, der Politik, der Religion, kurz aller Gebiete des Kulturlebens am Faden des historischen Nacheinander aufgereiht. Und doch läßt sich zeigen, daß das Forschungsinteresse, das wir heute diesen Tatsachen entgegenbringen, kein spezifisch historisches mehr ist; es läßt sich auch beweisen, daß die Fragestellung des neuesten Forschungsbetriebs der Geisteswissenschaften dem spezifisch historischen direkt entgegen-
gesetzt ist.

* * *

Suchen wir kurz darzulegen, was überhaupt das Wesen der historischen Forschung ausmacht! Alle Geschichte beginnt damit, daß die Erinnerung an Geschehnisse, die als etwas Besonderes, Außergewöhnliches, in irgendeinem Sinne Bedeutendes galten, wahrgelassen wurde. Im weiteren Verlauf kam man zu immer ausgedehnterer Sammlung von solchen Tatsachen; nicht nur, was für den einzelnen oder seine Gruppe bedeutsam war, wurde festgehalten: der Trieb, besondere und merkwürdige Tatsachen zu sammeln, wird etwas Selbständiges und Eigenwertiges; überall her sucht man solche Tatsachen zusammen und stapelt sie auf. Indessen stellte sich diesen Massen gegenüber ein Bedürfnis der Ordnung ein, und man fand ein Ordnungsprinzip in der zeitlichen Aufeinanderfolge. Indem man einen möglichst einheitlichen Zusammenhang mit ursächlicher Verknüpfung aufsuchte, wurde die Erzählung von Geschichten zur Wissenschaft der Geschichte. Indessen damit begnügte man sich nicht; man wollte das Nacheinander als eine sinnvolle Aufeinanderfolge begreifen: entweder man sah darin das Walten der Vorsehung oder die Verwirklichung bestimmter Ideen (etwa der der Freiheit) oder neuerdings, nachdem alles Teleologische in Verruf gekommen war, wurde der Begriff der Entwicklung vorherrschend. Das bloße Nacheinander schien nicht zu genügen, man wollte ein Höher- und Besserwerden in irgendeinem Sinne aufzeigen. Zugleich aber sah man ein, daß die Geschichte als Ablauf einer isolierten Reihe auf Einzelgebieten etwas Unvollkommenes ist. Man suchte Fühlung und Verknüpfung zwischen den verschiedenen Gebieten. Man isolierte nicht mehr die Kriegs- und politische Geschichte, sondern setzte sie in innere Beziehungen zur wirtschaftlichen, zur sozialen, zur Geistesgeschichte. Ja, es gewinnen diese Beziehungen des Nebeneinander immer mehr an Nachdruck, man glaubt nicht mehr an eine immanente, isolierbare Kausalität zwischen den Tatsachen, sondern sucht einen tieferen Boden, aus dem alle die verschiedenen Tatsachen erwachsen.

* * *

Bereits diese Entwicklung aber bahnt das an, was sich schärferem Hinsehen immer deutlicher offenbart; daß das Interesse, das wir den Tatsachen des Kulturlebens entgegenbringen, nicht mehr im alten Sinne historisch ist, nein daß es, auch wo es sich noch historischer Formeln und Methoden bedient, den ursprünglichen historischen Interessen gerade entgegengesetzt ist. Mit anderen Worten: das Interesse an den Tatsachen des Kulturlebens sucht nicht mehr in erster Linie das Besondere und Außergewöhnliche, es sucht gerade das Normale, Gemeinsame; es hat auch das Interesse am Fremdartigen und Seltsamen als solchem abgelegt und erkennt selbst im scheinbar Fremden und Seltsamen das Allgemeinmenschliche; die rein zeitliche Auseinanderfolge interessiert nicht mehr, man sieht ein, daß eine wirkliche innere Kausalität damit nicht gegeben ist; überhaupt interessiert anderes an den Tatsachen als das rein Zeitliche. Was schon Hegel formuliert hatte und Münsterberg und andere neuerdings gefordert haben, wird zur Maxime, nämlich daß es die Geschichte mit dem Zeitlosen zu tun habe; auch hat uns die genauere Kenntnis der Tatsachen gelehrt, daß der Begriff der Entwicklung nicht so einfach zu handhaben ist, als die meisten meinten, die damit umgingen; wir sehen heute in früheren Kulturstufen nicht mehr bloße Vorstufen der herrlich vollendeten Gegenwart, sondern erkennen jene sogenannten Vorstufen selber als geschlossene und in ihrer Art eigenwertige Einheiten; indem man aber die gemeinsame, tiefere Kausalität verschiedener paralleler Entwicklungsreihen aufsuchte, verlor die Kausalität des Nacheinander immer mehr an Wert. Man sieht ein, daß sich nicht eine Geschichte schreiben läßt, die die Tatsache b aus einer vorangehenden Tatsache a erklärt und c aus b, man sieht auch ein, daß d nicht aus a und b und c zusammen erklärbar ist; man erkennt, daß die Kausalität im menschlichen Handeln überhaupt ein unendlich schwieriger Begriff ist, daß kein Tatsachenkomplex restlos aus ein paar vorhergehenden Tatsachen erklärbar ist, daß das ganze Gewebe des Lebens unendlich viel zu kompliziert ist, als daß es auf einen Faden aufzureihen wäre. Mit all diesen Wandlungen aber hat sich die Geschichte gleichsam selber aufgehoben. Man könnte sagen, das Interesse in den historischen Wissenschaften ist heute wesentlich unhistorisch; und viele Forscher haben daraus auch die Konsequenz gezogen, indem sie ihr Forschungsgebiet nicht mehr als Kunstgeschichte, Religionsgeschichte, Literaturgeschichte bezeichnen, sondern richtiger von Kunst-, Religions- oder Literaturwissenschaft sprechen.

* * *

Ich versuche nun zunächst, die neuen Tendenzen innerhalb der Geisteswissenschaften etwas genauer darzulegen: Das Interesse für das Normale, Gemeinsame statt für das Außerordentliche und Seltene zeigt sich schon ganz allgemein in der stärkeren Betonung der Kulturgeschichte gegenüber der politischen Geschichte. Wir sind sozusagen demokratischer geworden. Wie wir von einer Tragödie nicht mehr verlangen, daß sie an Königshöfen spielt, so scheint auch die Geschichte der niederen sozialen Schichten neben der der Fürsten und großen Herren erzählenswert. Man will nicht bloß wissen, was bei besonderen Gelegenheiten geschah, sondern gerade der Alltag interessiert, Handel und Gewerbe, Familienleben und Sitte werden studiert, ja man hat das Gefühl, in diesen Sphären das Walten und Wirken der historischen Mächte reiner beobachten zu können als in den einsamen Höhen der Dynastien.

Bei diesem Studium der Geschichte mit verbreiteter Forschungsbasis ergibt sich dann die weitere Tatsache, daß nämlich die einzelnen Perioden gar nicht so verschieden sind, wie es den Anschein hat, wenn man nur einzelne Wertwürdigkeiten sammelt. Man erkennt hinter den verschiedenen Kostümen und Gewohnheiten doch überall eine wenn auch nicht gleiche, so doch auf gleicher Organisation beruhende Menschlichkeit. Man sieht, daß das Mittelalter, wenn man es genauer studiert, weder so märchenhaft und dümmlich ist, wie es die Romantiker malten, noch so roh und finster, wie es die Aufklärer sich dachten. Man erkennt, daß die zunächst so fremdartig und verschieden anmutenden Einrichtungen und Gewohn-

heiten zum guten Teil solchen menschlichen Bedingungen entspringen, die auch heute noch gelten. Die Bilder des Mittelalters erscheinen uns nicht mehr bloß bizarr und unvollkommen, wir sehen darin ähnliche ästhetische Prinzipien wie jene, die auch in der Kunst der Gegenwart wirksam sind. Und die Poesie primitiver Völker scheint uns nicht nur eine uns längst verlorene Naivität und „Natur“ zu spiegeln, sondern umgekehrt sehen wir auch darin ein oft überraschend sicheres Kunstwollen am Werke.

* * *

Damit wird auch eine andere Gepflogenheit der Historiker erschüttert. Die Hervorkehrung des Unterscheidenden und Besonderen verführte dazu, die einzelnen historischen Epochen möglichst scharf zu kontrastieren. In der landläufigen Darstellung erscheinen die Verhältnisse des perikleischen Athen als völlig verschieden von denen des mittelalterlichen Nürnberg oder des Paris zur Zeit des Sonnenkönigs. Gelegentlich nur wurden durch geistreiche Vergleiche Parallelismen aufgewiesen, die aber doch mehr oder weniger als seltsame Zufälligkeiten wirkten. Das wird allmählich anders. Einer Betrachtung, die das innerlich Uebereinstimmende sieht, kommen die äußeren Verschiedenheiten weder so interessant, noch die Parallelitäten so überraschend vor. Statt der möglichsten Buntheit der Farbengebung treten gewisse große Grundzüge der inneren Struktur hervor. Das zeitliche Nacheinander erscheint zum Teil als Außerlichkeit. Gerade das, was früher Ordnungsprinzip war, stellt sich jetzt oft als Kette von Zufälligkeiten dar, die den wahren inneren und notwendigen Zusammenhang eher verhüllen als klarlegen. Bei der Betrachtung der Kunstgeschichte interessiert nicht so sehr die geniale Begabung in ihrer Eigenart, als gerade das Notwendige ihrer Leistung. Wir sehen die wahre Größe des Genies nicht darin, daß es alles umstürzt und umwertet, sondern gerade darin, daß es das Notwendige, Folgerichtige bringt, daß es Zusammenfasser und Vertiefer vorhandener, aber ohne es nicht zur Vollendung und Ausprägung gelangender historischer Gegebenheiten ist. Die Geschichte erscheint nicht sowohl als eine Aufeinanderfolge möglichst verschiedener Eigenarten, sondern als eine mit innerer Notwendigkeit verknüpfte einheitliche Geschehnisfolge.

* * *

Auch der Begriff der Entwicklung bekommt einen anderen Sinn. Er bedeutet keineswegs immer Höherentwicklung, sondern nur geschliche, innerlich notwendige Umformung. Für frühere Religionshistoriker war es ganz selbstverständlich, daß das Judentum nur eine Vorstufe des Christentums war, und daß alle anderen Religionen danach gewertet wurden, ob sich etwa schon christliche Gedanken darin ausprägten. Das wird jetzt anders. Man sucht jede Religion aus ihrer Eigenart heraus zu verstehen und erkennt, daß sie in ihrer Weise den religiösen Bedürfnissen ihrer Zeit ebenso gut gerecht wurde wie das päpstliche Christentum dem Mittelalter oder der Pietismus der Zeit um den Dreißigjährigen Krieg. Die Betrachtung der Kunstgeschichte sah in den „klassischen“ Zeiten die Gipfelpunkte, zu denen hin die „unentwickelteren“ Zeiten höchstens als Vorstufen führten. Wir denken anders. Wir messen nicht alles an Maßstäben, die wir vom Klassizismus abstrahieren. Die Gotik oder die Kunst Japans sind uns Werte für sich, wir erkennen, daß sie ganz andern seelischen Dispositionen entspringen und auch genugtuen als der Klassizismus. Daß sie etwas anderes sind, bedeutet uns keineswegs, daß sie etwas Niedrigeres sind. Wir haben nicht mehr den Bildungshochmut früherer Zeiten, die immer sich selber im Mittelpunkt der Entwicklung sahen. Wir sind weniger selbstbewußt, aber freier im Denken und Fühlen geworden.

Indem man aber die Geschichte nicht als einheitliche Entwicklungslinie, sondern als selbständige geschlossene Auswirkungen der jeweiligen menschlichen

Typen faßt, verliert die zeitliche Aneinanderreihung noch weiter an Wert und Interesse. Wir verstehen die geschichtliche Mannigfaltigkeit als notwendige Auswirkung verschiedener psychologischer Typen, die keineswegs durch die Zeitverhältnisse allein zu begreifen sind. Wir sehen, daß sich dieselben Formen philosophischen Denkens oder religiöser Gewohnheiten ganz unabhängig voneinander oder wenigstens in nur nachträglicher Anpassung in Indien, in Griechenland, in Deutschland zeigen, und schließen daraus, daß nicht rein zeitliche und historische Bedingungen zur Erklärung ausreichen, sondern daß es bestimmte psychologische Typen sind, die sich oft gegen ihre Zeit zur Ausprägung durchringen. Damit fällt natürlich der Anspruch jeder materialistischen Geschichtsschreibung, die aus den gegebenen wirtschaftlichen oder sonstwie von außen gegebenen Tatsachen die Entwicklung verstehen will. Es wird uns aber auch die Möglichkeit gegeben, die durch geborene Genies bedingten Wandlungen wenigstens einigermaßen verständlich zu machen, indem wir in diesen Genies gewisse allgemein menschliche Typen wieder erkennen und so ein psychologisches Ordnungsprinzip anstelle des rein äußerlich historischen setzen.

* * *

Das Bedürfnis, das Geschehende nicht nur festzustellen, kausal zu verknüpfen und zu ordnen, sondern auch zu „erklären“ führt jedoch noch weiter. Man sucht die hinter den Geschehnissen wirkenden Mächte zu fassen. Das hatte gewiß auch Ranke getan, wenn er von den „Ideen“ als den wirkenden Mächten der Geschichte sprach. Diese Auffassung erscheint jedoch heute zu intellektualistisch, um nicht zu sagen: zu metaphysisch.

Dem naturwissenschaftlichen Geist der Zeit entsprechend, sucht man die Verwurzelung lieber im Physiologischen oder im Psychologischen oder auch im Materiellen, Ökonomischen.

Physiologische Erklärungen führen vor allem die Rassetheoretiker ein. Aus der Physik der Völker sollen sich deren Schicksale erklären lassen. Diese Richtung begann in Gobineau, setzte sich fort in Chamberlain, Gumplowicz und zahlreichen andern, blieb jedoch meist sehr im Hypothetischen stecken, da der „Rasse“begriff nur eine Arbeitshypothese ist, nicht eine klar faßbare Tatsache.

Übrigens gingen die meisten Rassetheoretiker über das rein Physiologische hinaus, indem sie auch psychologische Momente als Rassemerkmale heranbrachten. Nun besteht aber kein Zweifel, daß Psychologisches keineswegs an der Physik der Rasse haften, vielmehr in beträchtlichem Grade übertragbar ist. So tritt anstelle der Rasse Typen der zeitpsychologische Typus. Diese zeitpsychologischen Typen durchkreuzen sich wieder mit den individualpsychologischen, die wir oben besprachen. Gewiß treten die gleichen individuellen Typen zu verschiedenen Zeiten auf, sie haben jedoch stets auch zeittypisches Gepräge. Es hat z. B. Sensualisten im Altertum, im Mittelalter und in der Neuzeit gegeben: sie haben jedoch in jeder Zeit auch Züge, die sie zu Kindern ihrer Epoche stempeln. Diesen Geist der Zeit nun sucht man psychologisch zu fassen und konstruiert zu diesem Zwecke einen fiktiven Typus des „antiken Menschen“, den man dem „mittelalterlichen Menschen“ und dem „modernen Menschen“ entgegenstellt. Aus dieser so personifizierten spezifischen Geistigkeit sucht man nun die historischen Tatsachen zu begreifen, und es ist kein Zweifel, daß sich auch so ein Ordnungsprinzip ergibt, das über die rein pragmatische Geschichtsschreibung hinausgreift. In ähnlicher Weise lassen sich auch psychologische Volkstypen, Nationaltypen aufstellen, die keineswegs mit den Rasse Typen sich decken. Um das durch ein Beispiel zu illustrieren: so kann man S. Feine als Typus jüdischer Rasse, aber auch als deutschen Tyrker begreifen; denn er hat ohne Zweifel außer den rassepsychischen, in seiner physiologischen Abstammung verwurzelten Zügen viele psychologische Eigenheiten, die ihn dem deutschen Kulturkreis zuordnen. — Es gibt aber noch andere psychologische Typen, z. B. solche, wie sie Sombart in seinem „Bourgeois“

zeichnet, dem fiktiven Repräsentanten einer Geistigkeit, die zur Deutung der neueren Geschichte sehr wertvolle Hilfen geben kann. *)

Erklärung zur bloßen Tatsachenfeststellung hinzubringen will auch die sogenannte ökonomische oder die materialistische Geschichtsauffassung. Einerlei ob man mit Durkheim die Geschichte als Fortschritt der Arbeitsteilung, ob man sie mit Loria als Klassenkampf, ob man sie mit Marx und Engels als gelenkt durch Produktionskräfte begreift, in allen diesen und verwandten Theorien steckt der Versuch, eine allgemeine Gesetzmäßigkeit jenseits der rein historischen, das Einmalige konstatierenden Tatsachenfolge zu ergründen.

Damit sind wir aber zu einem von den bisher erörterten psychologischen Geschichtsdeutungen verschiedenen neuen Prinzip gelangt: zum soziologischen. Die Geschichte wird zur Soziologie.

* * *

Der soziologische Standpunkt ist vom psychologischen, auch dem sozial-psychologischen, von denen wir bisher sprachen, wesentlich verschieden. Allerdings steht er nicht im ausschließenden Gegensatz zu jenem, sondern ergänzt ihn gleichsam von einer andern Seite her. Er geht nicht von den in einer individuellen oder auch kollektiven Psyche wurzelnden Tatsachen aus: er beachtet vor allem das zwischen den einzelnen psychischen Einheiten spielende Leben. Dies hat zwar psychologische Momente zur Vorbedingung, wächst jedoch darüber hinaus. Tritt eine psychische Einheit A mit einer psychischen Einheit B in Beziehung, so ist diese Beziehung keineswegs reiflos aus der Psychologie von A und B zu errechnen; sie ist vielmehr etwas Neues. Um das an einem Beispiel zu illustrieren, so empfinden wir das alle, wenn wir in eine Gesellschaft eintreten. Es wirkt sich dabei keineswegs unsere ganze Individualität aus, nein, sie unterliegt allen möglichen unsagbaren Nötigungen, die sich nicht aus unserer Individualität allein begreifen lassen. Diese überindividuellen Nötigungen, diese oft schwer faßbaren und doch ungeheuer starken sozialen Realitäten machen das Hauptinteresse der Soziologie aus. Diese Wechselwirkungen innerhalb sozialer Gruppen haben ihre eigne Gesetzmäßigkeit und ihre eignen Entwicklungstendenzen, und eben sie sucht die Soziologie zu erfassen.

Unter diesem Gesichtspunkt rücken dieselben Tatsachen, die früher die pragmatische Geschichtsschreibung und die psychologische Geschichtsbetrachtung behandelt hatten, in neue Beleuchtung. Während die erste die Tatsachen der Kunst z. B. sammelte, nach ihrer zeitlichen Auseinanderfolge ordnete und verknüpfte, während die zweite dieselben Tatsachen aus der individuellen Eigenart der schöpferischen Individuen, aus dem Zeit- oder Volksgeist zu erklären strebte, erscheint der soziologischen Betrachtung die Kunst als soziales Phänomen. Der Soziologe untersucht die überindividuellen Bedingtheiten, die die Kunst beeinflusst haben, sucht sie und ihre Formen als Teilfactoren des sozialen Lebens zu begreifen und erkennt auf diese Weise ganz neue Zusammenhänge.

Dabei ist kennzeichnend für die soziologische Betrachtung, daß sie noch weniger als die psychologische die Singularität der Tatsachen, die den pragmatischen Historiker fast ausschließlich interessierte, im Auge hat; ihr Interesse ist vielmehr auf allgemeine Erkenntnisse gerichtet. Der Begriff des historischen „Gesetzes“ war lange Zeit etwas in Mißkredit geraten, nachdem unklare Köpfe vorschnell solche Gesetze, womöglich von metaphysischen Gesichtspunkten aus, aufgestellt hatten. Die Soziologie versucht auf empirisch-induktivem Wege zu solchen allgemeinen Erkenntnissen zu gelangen. Auch uns scheint es dabei verkehrt, zu glauben, man würde in den Geisteswissenschaften jemals zu Gesetzen im Sinne der Naturwissenschaft, also mathematisch formulierbaren Gesetzen kommen. Uns scheint es vielmehr ratsam, überhaupt den Begriff des „Gesetzes“, der leicht solche

*) Einen Versuch, die Weltgeschichte psychologischen Typen unterzuordnen, erbringt mein demnächst erscheinendes Buch: „Persönlichkeit und Weltanschauung“ (Leipzig und Berlin, B. G. Teubner).

Hoffnungen erweckt, zu vermeiden und lieber bescheidenlich bloß von „Regeln“ zu sprechen, die bekanntlich niemals „ohne Ausnahme“ sind. Wesentlich jedoch scheint uns, daß auch in den Geisteswissenschaften allgemeinere Erkenntnisse möglich sind. Mag bisher die Soziologie auch in ihren Ergebnissen noch sehr schwankend sein, ihre rasch anwachsende Bedeutung für die Geisteswissenschaften kann doch schon heute nicht geleugnet werden. Noch bekämpfen sich die verschiedenen Richtungen der Soziologie aufs heftigste und besonders in Deutschland haben sie nicht nur unter den Historikern alter Schule, auch unter den Psychologen heftigen Widerstand gefunden. Es scheint uns jedoch, daß dieser Widerstand nicht siegreich bleiben wird. Auch die von Wundt vor allem vertretene „Völkerpsychologie“ kann die Soziologie nicht ganz ersetzen, da sie doch bei aller Ähnlichkeit wesentlich andere Ausgangspunkte und Methoden hat.

* * *

Ich habe versucht, eine Entwicklung aufzuzeigen, die sich nicht immer deutlich und nicht immer bewußt in ihren Zielen innerhalb der Geisteswissenschaften in den letzten Jahrzehnten herausgebildet hat. Die rein pragmatische Geschichtswissenschaft, so wertvoll sie ist, verliert mehr und mehr an Interesse. Selbst solche Forscher, die im Prinzip noch ganz ihr angehören, sehen sich gezwungen, den neuen Tendenzen, vor allem den psychologischen und soziologischen, Konzessionen zu machen.

Der Hauptgrund der ganzen Bewegung aber liegt wohl darin, daß man mit dem Materialsammeln zu weit fortgeschritten ist, als daß man nicht die Notwendigkeit einer tieferen Bearbeitung desselben empfinden müßte. Die Methoden der reinen Historie reichen dazu nicht aus. Man will mehr wissen, als „wie es eigentlich gewesen“ ist, was für Ranke das Hauptziel der Geschichte ist. Denn die Geschichte im weitesten Sinne ist ja das Gedächtnis, die Erfahrung der gesamten Menschheit. Wie aber im einzelnen Menschen das Festhalten der Erlebnisse allein nicht genügt, wie der einzelne Mensch bestrebt ist, seine eignen Erlebnisse zu verstehen, und aus ihnen für die Zukunft zu lernen, was erst den Wert der Erfahrung begründet, so stellt sich immer stärker dies Bedürfnis auch in der Kulturmenscheit als solcher dar. Verständnis aber und allgemeine Erkenntnis bieten erst die psychologische und soziologische Durchdringung des Stoffes. Diese wollen den Fehler der alten Geschichtsphilosophie vermeiden, die Tatsachen nach vorgefaßten Ideen zu vergewaltigen, sie hoffen aber, von den Tatsachen aufsteigend, auf durchaus solidem Boden bleibend, dennoch zu Standpunkten zu gelangen, die ihren Blick über das Singuläre hinaus dennoch zu Erkenntnissen tieferen und allgemeineren Charakters erweitern.



Weshalb brauchen wir ein Reichsgesetz über Jugendämter?

Von Professor Dr. Chr. J. Klumfer



ir leben in einer Zeit, in der man reichlich viel nach Gesetzen und staatlichen Eingriffen ruht. Sowie uns irgendein Mißstand entgegentritt, wird sicher der Wunsch nach einem Gesetz dagegen laut, unbestimmt, ob ein Gesetz die beste und richtigste Art der Hilfe bieten kann, oder ob eine Hilfe von ihm überhaupt zu erwarten ist. Je stärker uns der Krieg den Zusammenhang des ganzen Deutschen Reiches vorführt, und uns die gemeinsamen Bedürfnisse und Noth bewußt macht, um so leichter sind wir bereit, gleich nach einem Reichsgesetz über diese oder jene Dinge zu rufen. Diese allgemeine Stimmung macht es zur Pflicht, wo ein neues gesetzliches Einschreiten des Reiches verlangt wird, uns zunächst zwei Fragen vorzulegen: Was kann in diesem Falle überhaupt durch gesetzliche Maßnahmen erreicht werden? Und dann: Muß gerade das Reich in diesen Dingen eingreifen? Erst zuletzt kommt dann die Erörterung, wie ein solches Reichsgesetz beschaffen sein muß.

Schon lange vor dem Kriege hat man eine reichsgesetzliche Regelung der öffentlichen Jugendfürsorge verlangt. Es sind gerade die Fachkreise gewesen, die sich aus der Erfahrung des Lebens heraus dafür einsetzen. Bei der lebhaften Teilnahme, der sich alle Angelegenheiten unseres Nachwuchses eben jetzt im Kriege zu ertheilen haben, ist dann diese Forderung in größerer Stärke aufgetreten. Durch die besondere Noth unserer Jugend, die der Krieg aufdeckte, sind uns alle die vielen Mängel der Jugendfürsorge, die vorher da waren, deutlich vor die Seele getreten. Wo die Gesamtheit, die Gesellschaft und der Staat sich ernsthafter der Jugend annehmen sollen, empfinden wir lebhafter, wieviel gerade an den öffentlichen Einrichtungen des Kinderschutzes noch mangelhaft ist. Bevor wir gegenüber diesen Mängeln uns für ein Gesetz und gar ein Reichsgesetz einsetzen, bedarf es sorgfamer Erwägung, ob überhaupt gesetzliche Eingriffe hier sonderliche Wirkung haben können.

Es handelt sich um die Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Mag man Erziehung begrifflich bestimmen wie man will, mag man der willkürlichen Erziehung einen größeren Einfluß zusprechen, wie manche wollen, oder mag man sich bescheiden damit, daß die Erziehung nur Hindernisse der Entwicklung wegnehmen kann, während der Mensch wie jeder Baum frei nach seiner Art wachsen muß, wenn er kräftig und gesund gedeihen soll; immer bleibt die Erziehung ein Stück persönlicher Einwirkung von Mensch zu Mensch. Wie kann das Gesetz in diese persönliche Einwirkung mit Erfolg eingreifen? Gewiß, das Gesetz kann öffentliche Einrichtungen, Behörden, Ämter, ins Leben rufen, denen man jene Erziehung anvertrauen kann. Allein, die Bedenken bleiben dieselben: wie können solche Behörden und Ämter jenen persönlichen Einfluß von Mensch zu Mensch ausüben, der aller Erziehung Wesentlichstes ist? Solche Erwägungen spielen bei der Entwicklung der Jugendfürsorge immer wieder eine so große Rolle, daß wir uns mit ein paar Worten darüber klar werden müssen.

Das Bürgerliche Gesetzbuch faßt rechtlich die Erziehung unter dem Begriff der Fürsorge für die Person des Kindes. Innerhalb dieses Erziehungsrechtes in weiterem Sinne unterscheidet es dann von einer Erziehung im engeren Sinne, die jener persönliche Einfluß umfaßt, das Recht und die Pflicht, das Kind zu beaufsichtigen und seinen Aufenthalt zu bestimmen. Während im allgemeinen alle diese Stücke zusammenfallen, so lange das Kind in der persönlichen Obhut der Eltern ist, trennen sie sich, so wie die Eltern das Kind außerhalb ihrer Familie unterbringen. Die eigentliche Erziehung, die persönliche Einwirkung auf das

Kind können die Eltern dann nicht mehr ausüben; sie geht auf die Familie oder auf die Anstalt über, in der das Kind untergebracht ist. Das elterliche Erziehungsrecht beschränkt sich dann auf das Recht, den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen und es zu beaufsichtigen.

Was bei den Eltern als Ausnahmefall erscheint, bildet bei der öffentlichen Erziehung, bei der Jugendfürsorge der Behörden und Ämter die Regel. Es ist unrichtig, davon zu reden, ob sie im engeren Sinne die Kinder überhaupt erziehen können, ob es möglich sei, daß ein Armenamt, ein Berufsvormund, eine Fürsorgeerziehungsbehörde Hunderte oder Tausende von Kindern in diesem Sinne erziehe. Das ist ein Streit um des Kaisers Bart. Es geschieht nirgends und ist gar nicht Aufgabe der Behörden, des Berufsvormundes, wie im allgemeinen überhaupt nicht Aufgabe eines Vormundes. Diese Erziehung im engeren Sinne geht hier wie bei dem erwähnten Sonderfall an Pflegeeltern oder Anstalten über, in denen das Kind untergebracht ist. Hier muß sich jener persönliche Einfluß, jene Wirkung von Mensch zu Mensch durch die ständige, tägliche Berührung zeigen, die das Wesen dieser Erziehung ausmacht. Der Behörde, dem Vormund fällt das andere Stück der Erziehung zu: den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen. Mit der Bestimmung des Aufenthaltes — in dieser Familie gerade oder in dieser besonderen Anstalt — wird wesentlich ausgewählt, welche Erziehung im engeren Sinne das Kind erhalten soll. Der Vormund bestimmt nur, wie das Kind erzogen werden soll, aber erzieht in diesem Sinne nicht selber. Er soll sich überzeugen, ob das Kind wirklich gut in seiner Stelle erzogen wird. Dasselbe ist bei den Behörden, Ämtern, Vereinen der Fall, die sich mit der Erziehung schutzbedürftiger Kinder befassen. Mit anderen Worten, das Wesen der Vormundschaft wie das der öffentlichen Jugendfürsorge ist nicht eigentlich Erziehung der Kinder, sondern Erziehungsauswahl und Erziehungsaufsicht.

Darüber sich klar zu sein, ist wesentlich. Ist jene eigentliche Erziehung persönliche Sache, eine Arbeit einzelner, so ist Erziehungsaufsicht und Erziehungsauswahl etwas, das gerade von einer großen Einrichtung besser als von einem einzelnen geleistet werden kann. Es gilt, die Kinder und ihre Eigenart zu kennen; es gilt, die genügende Auswahl an Pflegefamilien zu finden, — jede davon ist in ihrer Art wieder anders, hat andere Fähigkeiten und Kräfte, andere Wünsche und Ansichten in der Erziehung. Unter ihnen muß für jedes Kind die beste aus gesucht werden. Ähnlich bei den Anstalten; längst vorbei ist die Zeit, wo man bloß fragte, soll man Kinder in der Anstalt oder in der Familie erziehen; heute hat man die Auswahl zwischen vielerlei Anstalten. Eine Fülle von Anstalten besteht, die den verschiedensten Erziehungsbedürfnissen entsprechen. Selbst wo sie nicht grundsätzlich verschieden sind, sind sie es durch Einrichtung und Lage, durch die Art ihres Leiters und seiner Mitarbeiter. „Wie kann ich ein Kind in einer Anstalt unterbringen, die ich im letzten Jahre nicht selbst gesehen habe,“ sagte mir der Leiter der dänischen Fürsorgeerziehung.

Für Erziehungsauswahl und Erziehungsaufsicht sind Kenntnisse und Erfahrungen, Einrichtungen verschiedenster Art nötig. Sie kann von einer Behörde wohl ausgeübt, ja in vielen Fällen besser ausgeübt werden, als von einem einzelnen, bei dem sich nie so vielfältige Erfahrungen, so viel Beziehungen und Kenntnisse vereinigen werden, wie da, wo ständig die Fühlung mit vielen Kindern, vielen Pflegefamilien, vielen Anstalten vorhanden ist. Schulung, Ausbildung, Erfahrung mannigfacher Art sind das, was die großen Einrichtungen der Kinderfürsorge für diese Arbeit mitbringen. Wenn sie recht gestaltet wird, so ist ihre Größe nicht ein Hindernis, sondern ein sehr wesentlicher Vorteil.

Behörden, Jugendämter sollen nicht im engeren Sinn erziehen, die Kinder persönlich beeinflussen, sondern ihre Hauptaufgabe ist, Erziehungsauswahl und Erziehungsaufsicht für diese Kinder, und das sind Dinge, die sie ebenso gut, ja besser wie die einzelnen leisten können. Wenn nun das Gesetz auf Gestaltung und Art der Behörden der Jugendfürsorge wesentlichen Einfluß hat, so kann es dieses Stück der Erziehung sehr wesentlich gestalten helfen.

Ein Gesetz kann also in der Jugendfürsorge sehr viel leisten. Eben die Teile der Erziehung, um die es sich beim Kinderschutz handelt, sind einer behördlichen Verwaltung wohl zugänglich; ihr Ausbau ist damit auch dem Einfluß des Gesetzes offen. Es ist also möglich und wohl denkbar, daß die Gesetzgebung in der öffentlichen Jugendfürsorge wirklich etwas leisten kann.

Gegenüber der Fülle von Gesetzen, unter denen wir leben und vielfach leuchten, ist es ebenso wichtig, dann zu fragen: Ist es denn unumgänglich nötig, daß das Gesetz eingreift? Wir müssen zeigen, daß Mißstände und Übel vorhanden sind, die sich nur durch das Gesetz ändern lassen. Dazu genügt es nicht, wenn wir selbst eine Menge einzelner Fälle beibringen, wo diese oder jene Behörde falsch gehandelt hat, wo dieser oder jener Beamte sich der ihm anvertrauten Kinder nicht genügend angenommen hat. Alle menschlichen Einrichtungen werden solche Mängel aufweisen und am allerwenigsten kann man durch Gesetze erreichen, daß die Verwaltungen und die Menschen, die in jenen wirken, stets ihrer Aufgabe gewachsen sind und überall ihre Pflicht tun. Anders liegt die Sache, wo es sich um grundsätzliche Mißstände handelt. Das ist hier in zwei Richtungen der Fall: In der Gestaltung der Verwaltung stoßen wir auf Fehler und Unzulänglichkeiten, die mit dem Wohl der schutzbedürftigen Jugend unverträglich sind und die nur durch gesetzliche Vorschriften geändert werden können. Ferner finden ganze Gruppen schutzbedürftiger Kinder keinen genügenden Schutz, so daß für sie ganz andere neue Verwaltungseinrichtungen geschaffen werden müssen.

Beginnen wir mit einem Beispiel, daß seinerzeit viel Aufsehen erregt hat. Eine arme uneheliche Mutter ist genötigt, ihr Kind in fremde Pflege zu geben, um selbst verdienen zu können. Kaum hat sie auf dem Dorf eine Pflegefamilie gefunden, so erscheint der Ortsvorsteher. Er fürchtet, daß das Kind der Armenpflege zur Last fallen könnte, was den geringen Etat seiner Gemeinde arg bedrücken würde. Also sucht er mit allen Mitteln die Mutter zu zwingen, ihr Kind wieder mit sich zu nehmen; oder er bringt die Pflegefrau dazu, das Kind seiner Mutter zurückzubringen. So geht es der Mutter nicht nur an dem einen Orte, sondern an drei, viereen nacheinander. Dabei sind die Ortsvorsteher, die so handeln, zugleich Vorsteher des Gemeindewaisenrats, dem ganz besonders das Wohl der Mündel anvertraut ist; sie vertreten ferner die Polizei, die die Pflegekinder bei fremden Leuten zu betreuen verpflichtet sind. Dieser Fall ist einfach den Akten eines Strafprozesses nacherzählt gegen eine Mutter, die schließlich aus Verzweiflung über dieses vergebliche Sorgen und Mühen für ihr Kind es getötet hat. Er ist keineswegs bloß vereinzelt, sondern hat allgemeine Bedeutung. Was da festgestellt wurde, war so belastend und entsprach offenbar so sehr einer allgemeinen Erscheinung, daß der preußische Minister des Innern alle Gemeinden in einem besonderen Erlaß auf diesen Fall aufmerksam machte und auf Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegen solche Kinder hinwies.

Zimmer wieder können wir Fälle feststellen, wo Kinder von einer Gemeindebehörde in der Art versteigert werden, daß sie der bekommt, der am wenigsten fordert. Man sollte glauben, das sei ein verschollener Brauch vergangener Jahrhunderte; und doch können wir ihn aus den letzten Jahren attennmäßig belegen oder aus Anzeigen in der amtlichen Presse der Provinzen nachweisen. Man hielt also dies Verfahren für so selbstverständlich, daß man sich ruhig damit vor der breiten Öffentlichkeit hören ließ. Zwei Fälle werden dies am besten beleuchten. *Eulinger Kreiszeitung* 14. 2. 1912. „2 hiesige kleine Mädchen im Alter von 2 und 4 Jahren sollen am Sonntag, den 18. d. M., morgens 9 Uhr, in gute Pflege mindestensfordernd untergebracht werden. S. Waisenamt.“ — *Arendseer Nachrichten* 9. 11. 13. Für zwei gesunde kräftige Kinder von 10 und 11 Jahren wird von der Gemeinde, ohne Vergütung gegen eine Jahresrente von M. 32 pro Kind, Unterkommen gesucht. Gemeindevorstand.“ Nicht bloß diese weite Verbreitung hebt die einzelne Erscheinung über die Entrüstung gegen einzelne unfähige Beamten hinaus. Der Grund, daß jene Menschen so handeln, liegt tiefer. Jene kleinen Dörfer sind wirtschaftlich solchen Aufgaben keineswegs

gewachsen. Der Fehler liegt letzten Endes nicht an den einzelnen Beamten, sondern an dem falschen Aufbau der Schutzeinrichtung der Armenpflege. Hier sind die Voraussetzungen für ein Eingreifen des Gesetzes durchaus gegeben. Deshalb kann auch nur das Gesetz wirklich helfen, denn jeder Versuch, die einzelnen Menschen zu bessern, müßte scheitern, weil sie immer durch unglückliche Einflüsse in den kleinen Verwaltungen, durch den Zusammenstoß verschiedener Pflichten, durch die Rücksicht auf die finanzielle Lage ihrer Gemeinden von einer durchgreifenden Erfüllung ihrer Aufgaben in der Kinderfürsorge abgehalten würden. Dies mag genug jene inneren Fehler der Verwaltung beleuchten.

Weiter sind eine Menge schutzbedürftiger Kinder bei fremden Familien als Halte- und Kostkinder untergebracht. Ihre große Sterblichkeit, ihr schlechtes Gedeihen in jeder Hinsicht hat seit langem neben privater Hilfe ein Eingreifen öffentlicher Behörden für sie hervorgerufen. Bedauerliche Geschichten über Engelmacherei und Mißhandlungen ebenso wie die betrüblichen Mitteilungen über die Sterblichkeit dieser Kinder erregen immer wieder die Öffentlichkeit. Seit über 50 Jahren wird vor allem durch die Polizeiaufsicht über das Kostkinderwesen Besserung zu schaffen versucht. Alle Kinder, die gegen Entgelt bei fremden Leuten untergebracht sind, werden in den deutschen Staaten teils durch Landesgesetz, teils durch Polizeiverordnungen einer besonderen Aufsicht unterworfen; wurde diese früher entweder durch die unteren Hilfskräfte der Polizei oder durch freiwillige Vereine bewirkt, so wird sie neuerdings seit der bahnbrechenden Tätigkeit des Geheimrat Laube in Leipzig unter der Aufsicht erfahrener Ärzte durch geschulte und besoldete Pflegerinnen ausgeübt. Sie ist also ohne Zweifel im letzten Menschenalter bedeutend besser geworden.

Trotzdem haben alle diese Bemühungen keine durchschlagenden Erfolge gehabt. Sie konnten sie in diesem Rahmen auch nicht haben. Seit den gründlichen Forschungen eines Neumann und Spann wissen wir auch den Grund dafür. Jene Kostkinder sind nur ein kleiner Ausschnitt aus einer großen Menge Kinder, die gleich schutzbedürftig und gefährdet sind wie jene. Sie bilden etwa den dritten Teil der unehelichen Kinder. Deren schlimmes Los ist es, das sich überall in der ungünstigen Lage der Haltekinder widerspiegelt.

Die Haltekinder werden der Aufsicht, gerade von solchen Elementen, die sie zu scheuen haben, nur zu leicht entzogen, indem das Kind in unentgeltliche Pflege kommt, indem es bei Verwandten der Mutter untergebracht wird. So wandern die Kinder hin und her, und eine gleichmäßige Aufsicht tritt gerade bei den gefährdeten, die sie am nötigsten hätten, nur teilweise und vorübergehend ein. So kann die polizeiliche Aufsicht nur einen Teil der Schutzbedürftigen und auch diesen nicht dauernd und regelmäßig betreuen.

Dazu kommt, daß diese Kinder mehr noch als unter schlechter Verpflegung unter dem häufigen Wechsel der Pflegeeltern leiden. Das Haltekind muß oft aber eine gute Pflegestelle nur deshalb verlassen, weil die Mittel nicht da sind, um das Pflegegeld zu bezahlen. So viele Pflegemütter auch unentgeltlich oder gegen nur geringes Entgelt die Kinder behalten, die Regel kann das doch nicht sein. Teilweise kann man diese Gelder beschaffen, indem man die unehelichen Väter heranzieht: eine Aufgabe, die über den Wirkungskreis der Kostkinderaufsicht weit hinausgeht. Geht dies aber nicht, so müssen öffentliche Mittel gewonnen werden. Die Armenbehörden sind verpflichtet, sie zu gewähren. Welche Mängel diese Armenpflege hat, wurde bereits erwähnt; gegenüber den unehelichen Kindern treten sie besonders hervor. Doch auch wo die Armenpflege, wie in vielen unserer Städte, sich jenen Aufgaben gewachsen zeigt, da muß doch diese neue Behörde erst auf das Kind aufmerksam gemacht werden und muß zunächst ihre eigenen Feststellungen und Erhebungen machen. Die polizeiliche Aufsicht hat also gar nicht genügend Befugnisse, um wirksam für ihre Schützlinge sorgen zu können. Dazu müssen wieder andere Behörden herangezogen werden. Die Zeitverluste allein, die damit verbunden sind, wurden manchem schutzbefohlenen Kinde schon verhängnisvoll.

So haben wir hier wieder Mängel in den öffentlichen Einrichtungen. Diese Mängel können nicht dadurch behoben werden, daß der einzelne Beamte und die

einzelnen Behörden besser arbeiten, sondern um sie wirklich zu beseitigen, müssen diese Behörden geändert und in ihrer ganzen Einrichtung mehr den Bedürfnissen der Schutzbefohlenen angepasst werden. Das sind aber gerade Aufgaben, zu deren Lösung die Gesetzgebung mitwirken kann.

Ja, manche dieser Aufgaben kann nur die Gesetzgebung lösen. Das Zusammenwirken bei den Leistungen von Behörden beruht zu einem großen Teil darauf, daß jede von ihnen ihr eigenes Gebiet hat und nicht ins Gebiet der anderen, selbst in der besten Absicht nicht, störend hineingreift. Wo die Gesetze falsche Grenzen vorschreiben, da ist eine Besserung der Verhältnisse nur durch eine Änderung der Gesetze zu erreichen.

In diesem Sinne kann auch unsere öffentliche Kinderfürsorge lediglich durch Änderung ihrer gesetzlichen Grundlagen so gestaltet werden, daß sie ihre bedeutenden Aufgaben wirklich zu lösen vermag.

Schwieriger ist die letzte Frage, ob es nötig sei, die Reichsgesetzgebung in Bewegung zu setzen oder ob einzelne Landesgesetze nicht zum Ziel führen können. Darüber wurde in den letzten Jahren besonders eifrig im preußischen Abgeordnetenhaus verhandelt, das bisher stets den Standpunkt einnahm, eine Regelung der öffentlichen Kinderfürsorge könne nur durch das Reich erfolgen. Eben jetzt dagegen soll es einen preußischen Gesetzentwurf über Jugendämter beraten. Sehen wir von den rein rechtlichen Fragen ab, so bleibt als wichtigster Grund für ein Reichsgesetz folgende Erwägung übrig, die wir am besten am Kostkinderwesen beleuchten können.

Immer wieder, wenn man durch örtlich beschränkte Gesetze oder Verordnungen die Aufsicht über das Kostkinderwesen eines Bezirks verbesserte, führte das dazu, daß die gefährdeten Kostkinder ihr einfach entzogen werden konnten, indem man sie an einem anderen Orte unterbrachte, wo diese Aufsicht nicht oder nicht so geübt wurde. Wer in diesen Dingen über die engen örtlichen Grenzen hinaus zu arbeiten hatte, konnte oft genug beobachten, wie gewisse Orte plötzlich zur Unterbringung von Kostkindern bevorzugt wurden, die womöglich alle aus derselben Gegend kamen. Aus ganz ähnlichen Gründen treiben die überlückerten Entbindungsanstalten, wie sie Gabriele Reuter in ihrem „Tränenhaus“ geschildert hat, gerade in den kleinen Staaten und in entlegenen ländlichen Bezirken, womöglich in der Nähe irgendeiner Grenze ihr Unwesen, wo sie ungestört die uneheliche Mutter ausbeuten, die Kinder meist recht schlecht irgend wohin verschleppen und so eine Fülle von Unheil über Mutter und Kind bringen. Ging man ihnen schärfer zuleibe, so erwies sich das fast stets als unmöglich, weil es dort an den gesetzlichen Handhaben fehlte oder ohne ein festes Eingreifen von außen her in dem kleinen Ortchen irgendwelche erfolgreiche Aufsicht gegen dieses Treiben, das sich nach außen hin schön zu verstecken sucht, nicht zu erreichen war. Es konnte jahrelang dauern, bis es nach unendlichen Mühen gelang, ein solches böses Geschwür am Volkskörper aufzuschneiden. Oft verschwand es erst, wenn die Gründer mit ihrem Gewinn sich in Sicherheit gebracht hatten.

Die Verschiedenheit der Gerichte und Verwaltungsverhältnisse in den vielen Einzelstaaten erschwert eine gründliche Kinderfürsorge sehr. Gewiß sollte man nicht alles über einen Kamm scheren. Gerade die Verschiedenheit unserer deutschen Länder hat oft in dem einen wertvolle neue Einrichtungen entstehen lassen, die später von anderen nachgeahmt wurden. Dennoch ist ein Grundstod einheitlicher Ordnung bringend zu wünschen. Ohne ihn werden sich gewisse Fortschritte überhaupt nicht erringen lassen. Man müßte denn auf den umständlichen Weg warten wollen, daß alle Einzelstaaten nach und nach gleichartige Gesetze erlassen und so mühsam die gewünschte Einheit herstellen. Das hieße praktisch eine wirkliche Besserung auf den Nimmerleinstag verschieben.

Wenn wir eine gründliche Besserung der öffentlichen Kinderfürsorge wünschen, und wir müssen sie wünschen, so ist dafür aus praktischen Gründen der Weg durch die Reichsgesetzgebung der beste.

Es drängen dahin auch jene Rechtsfragen, die bereits erwähnt wurden. Große Rechtsgebiete, die hier in Frage kommen, sind ganz oder zum großen Teil reichs-

gesetzlich geordnet, so die Kinderfürsorge der Versicherungsanstalten, die mit der öffentlichen Kinderfürsorge bisher gar keine Beziehung hatte, so weiter die Armenpflege für Kinder, die im Unterstützungswohnsitzgesetz zum Teil für das ganze Reich geregelt ist, in manchen Stücken jedoch bedauerliche Unterschiede der Gesetze und der Rechtsprechung in den einzelnen Ländern aufweist. Einheitlich geordnet ist die elterliche Gewalt und das Vormundschaftswesen; leider wieder landesgesetzlich mit argen Unterschieden die Zwangsfürsorgeerziehung. Manche dieser Gegensätze haben große Bedeutung für das Leben und Wohl des Kindes, jedoch würde bei weitem ihre Betrachtung zu sehr in rechtliche Einzelheiten hineingehen. Die gesetzlichen Bestimmungen des Reiches binden und hemmen die Landesgesetze vielfach. Diese können manchmal wünschenswerte Fortschritte in der Jugendfrische nicht herbeiführen, wenn sie auch wollen, denn das Reich verbietet ihnen dabei gerade solche Vorschriften, die unumgänglich nötig sind. Ein neues Reichsgesetz soll nicht bloß für die Einzelstaaten zu der Gleichheit in den notwendigen Dingen führen. Es muß auch in vielen Stücken die Hemmnisse hinwegräumen, die in den Anordnungen von allerlei Reichsgesetzen liegen und für unsere Tage nicht mehr passen. So werden dann die Bundesstaaten, was sie an einem Punkte etwa der unentbehrlichen Einheit opfern müssen, durch neue Bewegungsfreiheit an anderen wichtigen Stellen zurückgewinnen.

Wir brauchen eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung der Kinderfürsorge, die für die notwendige Einheit und Gleichmäßigkeit sorgt, ohne der gesunden Verschiedenheit der Arbeit in den einzelnen Ländern unnötig den Weg zu versperren. Nur dadurch können wir erreichen, was uns eben jetzt dringend nottut, daß alle schutzbedürftigen Kinder, die auf öffentliche Versorgung Anspruch haben, diese Versorgung überall in genügendem Maße rasch und sicher erhalten. Dann wird die neue Ordnung wieder den Anfang einer gedeihlichen Entwicklung bilden, die sich der Eigenart der Stämme und Staaten des Reiches in einer freien Gestaltung der Landesgesetzgebung anschließen kann.



Englands Bild in den Augen der deutschen Klassiker

Von Dr. M. Jöbel vohn Jabelitz

III. Hebbels, Grillparzers und Otto Ludwigs Meinung über England



ie an die Weimarer Klassiker sich anschließende Schriftstellergeneration ist von zweierlei Geist beherrscht; ein Teil will abseits vom Tageslärm am Werk Goethes und Schillers fortarbeiten, der andere will mit der Weltabgewandtheit des deutschen Schrifttums brechen und eine politische Literatur schaffen. Diese Strömung, das „junge Deutschland“, nennt Heine und Gutzkow als die bedeutendsten Vertreter; die unpolitischen, stillen Fortsetzer der klassischen Literatur sind Grillparzer, Hebbel, Otto Ludwig, insbesondere auf dem Gebiet des Dramas.

Der Dramatiker, der seinen Werken weltgeschichtlichen Gehalt leihen will, kann, auch wenn ihm das eigentliche politische Interesse fehlt, nicht achtilos an den großen Völkerindividualitäten vorübergehen, welche die Geschichte schaffen. Daher ist Hebbel bemüht, aus anekdotischen und geschichtlichen Zügen, die er eifrig zusammenstellt, die Bilder der großen Nationen zu gewinnen. Wenn auch Frankreichs unruhige Nachbarschaft Deutschlands Hauptaugenmerk fordert, finden sich bei Hebbel schon früh Beobachtungen über England. 1838 schreibt der fünf- und zwanzigjährige Dichter in sein Tagebuch über die Möglichkeit einer Lyrik in

deutschem Sinn bei den Engländern: „Bei den Engländern kann das Element, worin die Nation lebt und weht, nie Element der Poesie werden.“ Das Tagebuch von 1862 nimmt diesen Gedanken aus Anlaß einer Reise nach England in neuer Wendung auf: „Die Größe der englischen Dichter beruht darauf, daß die einzelnen Individuen der Nation gar keine poetische Ader haben und daß das allen Völkern eigentümliche und notwendige poetische Vermögen sich ganz in den Ausnahmen ergießt.“ Diese Nüchternheit des englischen Volkes findet Hebbel auch in der Entpersönlichung der Arbeit; die Londoner Zeitungsannoncen suchen nicht Arbeiter, sondern Hände, wie sich Hebbel aufschreibt. Er erkennt auch, daß der praktische Sinn der Engländer in Politik und Privatleben auf ihren Egoismus zurückgehe. Die weltumspannende Politik Englands erweckt Hebbels Achtung; Englands Pläne gegen China nennt er 1842 „den genialsten Gedanken der neueren Geschichte“. Wenn sich Hebbel auch gern englische Sonderlichkeiten aufzeichnet, so erscheint ihm doch der einzelne stets von seiner Nation getragen, auf deren Größe er seine Ansprüche stützt. Ein Gesamtbild der Hauptvertreter Europas wollte Hebbel in dem Lustspiel „4 Nationen unter einem Dach“ geben, das einen Deutschen und seinen Freund, dem Italiener Cajetan, mit einem Franzosen und einem Engländer in einem italienischen Gasthaus zusammentreffen läßt (1854). Nur der erste Akt ist fast fertig geworden, doch ist der Gesamtplan bekannt. Hebbels Biograph Emil Kuh bemerkt: „Die Schwäche des Deutschen, wo es gilt, sich und sein Recht den Fremden gegenüber zu behaupten, sollte als der Ausfluß seiner edlen Eigenschaften, aber nichtsdestoweniger satirisch geschildert werden.“ Wir greifen eine bezeichnende Szene heraus: Valentin, ein deutscher Maler, kommt mit seinem Reisegefährten, einem Italiener, in ein einsames italienisches Wirtshaus und mietet gegen den vom Wirt geforderten, viel zu hohen Preis das einzige vorhandene Fremdenzimmer. Bald darauf erscheint der Engländer Sir John, den der Wirt abweisen will. Sir John macht geltend, das Zimmer sei das einzige, also habe jeder Reisende darauf Anspruch, und schon wird der Deutsche in seinem Rechtsgefühl bedenklich: „Aber er hat im Grunde Recht! Ich durfte wirklich nicht für mich allein verlangen, was . . .“ In diesem Augenblick fällt ihm sein Reisegefährte verwundert ins Wort, da er das Zimmer dem Deutschen bewahren will. Im Verlauf der Unterhaltung schiebt der Engländer ohne Fragen das Gepäc des Deutschen bei Seite und legt sich auf das Sopha. Valentins Freund spottet, er richte sich ein „wie Cook auf einer herrenlosen Insel“. Sir John in der Selbstverständlichkeit seines Besitzergefühls erwidert: „Cook? Großer Mann, Cook. Was würde der noch alles für Großbritannien entdeckt haben, wenn die verfluchten Wilden ihn nicht erschlagen hätten.“ Als später noch ein Reisender, der Franzose Chevalier, sich in das Zimmer einbringen will, weist ihn Sir John schon wie dessen Herr ab: „Das ist mein“, und deckt sich das Bett auf. — Nach Hebbels Plan endet der Streit um das Zimmer zunächst damit, daß der Deutsche dem Engländer und dem Franzosen den Platz räumt. Der listige Reisegefährte des Deutschen aber fingiert einen Räuberüberfall, und die beiden Eindringlinge fliehen. Der Deutsche und sein Freund behalten die Stube, der Deutsche aber nicht ohne Sorge, ob es recht gewesen sei, die anderen auszuschließen. Da gibt ihm der Italiener eine „politische“ Lehre: „Aber die hätten Euch ausgeschlossen.“

Es ist bezeichnend, daß Grillparzer als Österreicher Metternichscher Epoche und Otto Ludwig als Sohn der Thüringer Kleinstaatenwelt England weit mehr als Hebbel von der Literatur aus betrachten. Wenn Grillparzer 1836 bei seiner Reise nach England der Beratung irischer Angelegenheiten im Parlament beizuwohnen Gelegenheit hat, so findet er das Zusammenstoßen der Parteien, die sich wie Heerhaufen gegenüberstehen, als ein hinreißendes Schauspiel und schildert es mit folgenden Worten: „Die Rebner traten wie homerische Helden vor und schleuderten die Speere ihrer Worte in die feindliche Schar“. Aber sein Wort gilt der verhandelten Sache des tödlich gebrückten Volkes. — Während Deutschland und Österreich damals vom Weltmarkt fast ausgeschlossen sind, lernt Grillparzer die großen englischen Industrieetablissemens kennen, „die, so

gleichgültig sie nur sonst überall in der Welt find, doch in London einen solchen Charakter von Weltumfassung und Großartigkeit haben, daß sie fast den Eindruck von Epopöen machen“. Ein sattes, etwas stumpfes Gefühl der Selbstzufriedenheit ist die Folge des wirtschaftlichen Überlegenheitsbewußtseins; dem Ausland, das nicht als ernsthafter Wettbewerber in Betracht kommt, gönnt der Engländer sonst alles Gute:

„Ihr schwärmt entzückt mit begeisterten Blicken
Für die Freiheit der Völker, die ohne Fabriken.“ —

Desto niederdrückender empfindet es Grillparzer, daß dieser äußeren Größe kein Gefühl für die geistige zur Seite steht. Die vornehme Welt kümmert sich nicht um die Werke der englischen Geisteshelden, und das Volk zieht die leerste Gesangsposse einem Stück Shakespeares vor. Bei einer Shakespearereinführung war Grillparzer anwesend: „Die entgegengesetzten Seiten der Galerie führten über das Paterre weg Gespräche miteinander, zankten, schrien, begehrten, daß dieser oder jener hinausgeworfen werde.“ Auch bemerkt Grillparzer, daß das Theater mit Absicht sich der Aufgabe, volksbildend zu wirken, entzieht; und „alle öffentlichen Anstalten tun das Mögliche, um das gemeine Volk auszuschließen,“ zugleich auch, weil sie nach dem eigenen Geständnis des Direktors des Zoologischen Gartens die Roheit dieses Volkes fürchten. Aber der Haupttadel Grillparzers trifft darum die herrschenden Klassen in England: „Alle diese Ausschließungsmaßregeln, ja die ganze puritanische Sonntagsfeier scheinen nur da, um denselben Pöbel absichtlich in seiner Roheit zu erhalten.“

Nur durch die Literatur gewinnt Otto Ludwig, den seine Verhältnisse und sein Zustand gleicherweise in das thüringische Kleinleben bannen, Einblick in die englische Volksnatur. Er findet bei den Engländern im Gegensatz zu den Deutschen, daß der Verstand nie die Herrschaft über die Phantasie verliere; bei Betrachtung von „Wesen und Technik des Romans bei den Engländern“ bewundert er ihre Zielsicherheit und erweitert seine Beobachtungen zu folgenden Satz: „Diese Kaltblütigkeit, dieses Unterordnen und Auseinanderhalten, diese vorsichtige, umsichtige Ruhe, diese Totalität, mit der er bei jedem Moment und dem, was nötig, mit ganzer Seele ist, diese Ausdauer, die nichts durch Abereilen verderben will und jedem Anspruch genügt, dieses ruhige Abwarten, das dem Engländer eigen, macht ihn zum großen Romanschreiber wie zum großen Staatsmann.“ Die Kleinheit der heimatischen Verhältnisse, meint Ludwig, zwingt den deutschen Romanschreiber dazu, anstatt der großen Stoffmassen sich mit der Durchdringung und Verinnerlichung eng begrenzter Bilder zu begnügen; er spricht — und leider durfte er es als Sohn eines deutschen Kleinstaates vor dem Einigungsjahr 1870 — den Engländern das nationale Selbstgefühl als selbstverständlich zu wie den Deutschen ebenso ab: „Wir haben kein London, in welchem das Wunderbarste natürlich erscheint, weil es in Wirklichkeit so ist, keinen Verkehr mit Kolonien in allen Weltteilen, kein so großes politisches Leben, und wenn wir dem Deutschen nationales Selbstgefühl geben, so fehlt dazu der Boden, aus dem es organisch hervornüchse und berechtigt erschiene, wir müßten es denn als Ausnahme darstellen.“

Dieses Bild der deutschen Art in ihrer Stellung zum Auslande ist es, das noch heute das englische und französische Denken beherrscht. Das Bild des deutschen in Kunst und Literatur aufgehenden Idealisten, der bei der „Teilung der Erde“ zu spät gekommen ist, wie es vor hundert Jahren Frau von Staël in ihrem Buch über Deutschland gezeichnet hat. Es ist das Bild, das uns noch heute entgegen gehalten wird, wenn unsere Feinde das geistige Deutschland dem Deutschland der Weltpolitik und des staatlichen Zwangs vorwerfen, als ob die Erweiterung und Festigung des staatlichen Machtbereichs mit geistiger Abstumpfung gebüßt werde, als ob, um ein Beispiel statt vieler zu nennen, nicht das siegreiche Athen der Perserriege die großen Künstler, Dichter und Denker hervorgebracht habe, aber nicht das von Sparta oder Rom unterjochte.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Bessere Zahlwörter. Wenn ein Briefträger die Post bestellen soll, und er geht zunächst in das zweite Haus, dann in das erste, hierauf in das vierte und danach in das dritte, so wird er viel Zeit unnötig verlieren. Und welche Unzuträglichkeiten würden entstehen, wenn am Schalter oder beim Schlangestehen zunächst die zweite, dann die erste Person abgefertigt würde! Die natürliche Reihenfolge ist so selbstverständlich, daß man eine Abweichung nicht für möglich halten sollte. Aber dennoch — wie spricht man die Fernsprechnummer 2345? Nach Anordnung der Postbehörde dreihundzwanzig, fünfundvierzig; Wie liest man die Zahl 123456? Einhundert drei und zwanzig tausend vierhundert sechs und fünfzig, also zunächst die erste, dann die dritte und zweite, hierauf die vierte, sechste und fünfte, an keiner Stelle werden zwei aufeinander folgende Zahlen in der richtigen Reihenfolge gesprochen. Und selbst bei zweistelligen Zahlen lesen wir 18 = dreizehn, 24 = vierundzwanzig usw. bis neunundneunzig, alles verkehrt! Jeder Vater und jede Mutter weiß, wieviel Mühe und Tränen die Schreibung der Zahlwörter in den ersten Schuljahren kostet. Wir lesen alles von links nach rechts; alles, was wir hören, schreiben wir von links nach rechts, nur bei Zahlen wird diese selbstverständliche Regel dauernd verlegt.

Ist diese inkonsequente, hin- und herpringende Bezeichnung im Wesen der Sache begründet? Der Franzose zählt von dix-sept, der Engländer von twenty-one an regelmäßig. Bei Zahlen unter 100 findet man die verkehrte Stellung (wenn wir elf und zwölf nicht berücksichtigen), schwedisch, englisch, litauisch, russisch, polnisch siebenmal, französisch und italienisch viermal, spanisch und portugiesisch dreimal, griechisch und lateinisch kann man überall die regelmäßige Stellung anwenden — im Deutschen dagegen haben wir die Umstellung 79 mal, unsere Stellung ist also wesentlich ungewohnmäßiger als bei allen anderen Völkern. Das ist ein Punkt, in dem wir wirklich rückständig sind! Aber man gewöhnt sich an alles. Zu Goethes Zeiten galten zwei Talgläser für eine glänzende Beleuchtung, und so glauben die meisten,

nachdem sie die Mühen des Rechenunterrichts überwunden haben, daß eine Vereinfachung unmöglich ist. Sie vergessen, daß bei jedem Gebrauch eines Zahlwortes, bei jedem Übergang vom Wort zur Ziffer ein Zeitverlust und eine Denkarbeit entsteht, die zwar in jedem einzelnen Falle gering ist, die aber bei der großen Masse der zu bewältigenden Zahlen die Leistungsfähigkeit stark herabsetzt und dauernd Anlaß zu Fehlern gibt. Die kleinen Reibungen bei einer schlecht gedhten Maschine verursachen großen Kraftverlust. Beim Taylor-System, das von Amerika aus in die Industrie eindringt, untersucht man jede Bewegung eines Arbeiters, um festzustellen, auf welche Art die gewünschte Leistung mit der geringsten Kraftanstrengung herbeigeführt werden kann. Beim Gehen ist es ziemlich gleichgültig, ob man einen einzelnen Schritt auf gutem oder schlechtem Wege macht, aber bei der ungeheuren Menge von Schritten, die in einer Großstadt zu tun sind, wäre auf schlechten Straßen die Verschwendung an Zeit und Arbeitskraft so groß, daß der Staat und die städtischen Verwaltungen lieber alljährlich viele Millionen Mark auswenden, um durch Trittschne, Asphalt, Straßen- und Eisenbahnen den Verkehr zu erleichtern. Sollte man nicht ebensoviel Geld und Mühe aufwenden, um eine bessere Ausnutzung der Geisteskraft zu ermöglichen. Sollen wir immer weiter in den Eierschalen unserer Entwicklung stecken bleiben, und sollen wir aus krankhafter Überschätzung des geschichtlich Gewordenen einen notwendigen Fortschritt hindern?

Da die Ziffern die vollkommenste Darstellung des Zahlbegriffes geben, so kann eine Besserung nur erfolgen, indem man die Zahlwörter den Ziffern möglichst anpaßt. Man zähle: zehndrei, zehnvier... zehneun, zwanzig-ein... neunzigneun. Dadurch wird die Stellung auch bei allen folgenden Zahlen regelmäßig. Das Nähere ist in Fachzeitschriften ausgeführt, z. B. im „Deutschen Philologenblatt“ 1916 Nr. 30 und 1918 Nr. 27.

Dieser Gedanke liegt so nahe, daß er schon mehrfach ausgesprochen ist, z. B. von Förster, Höfler u. Ostwald. Vereinzelt ist diese Bezeichnung auch schon im Gebrauch, wenn bei

Urkunden, Quittungen usw. die Zahl in Ziffern und Worten angegeben werden muß.

Ein Erfolg dieser Bestrebungen ist aber bisher ausgeblieben, und er wird auch nicht eintreten. Nicht etwa deshalb, weil — wie die Gegner laut verkünden — die Sprache nicht verändert werden darf; Caesar non supra grammaticos. Denn die Sprache ist kein starrer, unveränderlicher Besitz. Wenn wir Luther und Goethe das Recht zugestehen, die Sprache zu entwickeln, so werden wir auch der Wissenschaft erlauben müssen, die Zahlwörter abzuändern, wenn sie für das Rechnen und für den Verkehr nichts taugen. Der Grund für die Beibehaltung unserer unzulänglichen Zählweise liegt tiefer, er ist physiologisch. Wer von Jugend auf mit der rechten Hand geschrieben hat, der lernt nur in Ausnahmefällen die linke dafür zu gebrauchen; und wer das Einmaleins in alter Weise gelernt und dauernd gebraucht hat, für den sind die Nervenbahnen so ausgefahren, daß er von sechzigvier stets auf vierundsechzig zurückkommt.

Damit ist aber der allein mögliche Weg für die Einführung besserer Zahlwörter gegeben. Der Unterricht muß vom sechsten Lebensjahre an einprägen: sechs und sieben sind zehndrei, siebenmal zwei ist zehnvier usw., dann ist in 40 Jahren der Sieg der neuen Bezeichnung entschieden und die Vereinfachung durchgeführt. Die lange Dauer darf uns nicht von der Durchführung abschrecken. Der Forstmann sät stets, was er nicht ernten kann, und auch die Früchte der Erziehung reifen langsam. Die 1878 begonnene Einführung der metrischen Maße und Gewichte ist noch nicht beendet, denn in der Technik, im Holz- und Eisenhandel werden vielfach noch die alten Zoll-Maße gebraucht.

Die Einführung der neuen Zählweise wird sich erheblich einfacher gestalten als die der metrischen Maße. Trotzdem bleiben noch

Schwierigkeiten genug. Die Volksschulen können nur beginnen, wenn die höheren Schulen ihre Arbeit fortsetzen wollen, und die höhere Schule ist an die Zustimmung von Universität, Technischer Hochschule, Post, Reichsbank, von dem kaufmännischen und gewerblichen Leben gebunden. Hier könnte aber eine Einigung in verhältnismäßig kurzer Zeit herbeigeführt werden, denn wir haben jetzt, was früher fehlte, eine vorzügliche Organisation sowohl bei Volks- als auch bei höheren Schulen, und der Deutsche Ausschuß für mathematischen Unterricht umfaßt auch die Hochschulen; der Verein Deutscher Ingenieure hat vielfach Schulfragen behandelt usw. Scheinbar viel verwickelter ist die politische Seite der Sache. Die Einführung kann nicht ohne Zustimmung des Staates erfolgen; vielleicht hält man die Zustimmung der 25 Bundesstaaten und des Reichstages für notwendig. An sich wäre auch ein Zusammengehen mit Österreich und der Schweiz wünschenswert aber wollte man dies alles abwarten, so wäre damit die Sache ad calendae Graecas verlag. Die Schulfragen sind bisher den Einzelstaaten vorbehalten, und wenn ein Staat den Anfang macht, so hat seine Jugend den Vorteil; die anderen Staaten werden folgen, sobald sie den Erfolg sehen. Preußen ist in der Eisenbahnverstaatlichung und in der Reichsreibung allein vorgegangen und nicht zu seinem Schaden. Für die wirtschaftlichen Kämpfe der Zukunft ist schnelles Auffassen und Behalten der Zahlen von größter Wichtigkeit, und dies wird sehr erschwert durch die verkehrte Stellung der Einer und Zehner. Die volle Herrschaft über die Zahlen können wir erst erlangen, wenn Auge und Ohr, Wort und Gedanke in demselben Sinne arbeiten. Möchte dieser Kulturfortschritt, den die anderen Völker schon längst getan haben, bei uns nicht zu lange aufgeschoben werden.

Dr. Albert Schäffe

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Redaktion sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Bichtersfelde West. — **Manuskriptsendungen und Briefe** werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
Journepoche des Herausgebers: Amt Bichtersfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 86/87.



Die Polen am Scheidewege

Eine Antwort an Herrn Wl. Studnicki

Von Georg Kleinow

Alle sind schuldig! . . . Ein unabhängiges Polen konnte (1863) nur durch fremde Hilfe aufgerichtet werden . . . Die fremde Hilfe machte eine offene und nicht eine geheime Mitwirkung der polnischen Nation notwendig.
Stanislaw Rozmian, „Das Jahr 1863“



Das Mitglied des polnischen Staatsrates, Herr Wladyslaw Studnicki, schreibt in Heft 102 der „Polnischen Blätter“: „Herr Kleinow, der Verfasser des Buches ‚Die Zukunft Polens‘, hat im ersten Bande desselben die Überzeugung vertreten, daß Polen ein unabhängiger Staat werden müsse, während er in dem noch nicht gedruckten dritten Bande seines Werkes die Verwirklichung des Programms des unabhängigen Polens untersuchen wollte. Herr Kleinow hat den Unterzeichneten mit dem Plan eines Polen bekannt gemacht, das von Deutschland geschaffen und aus dem russischen Anteile bis zur Düna und Beresina herausgeschnitten werden sollte. (Im Herbst 1914 hat Herr Kleinow diesen Plan auch den Herren Ratansky, Feldmann und anderen mitgeteilt.) Dieser Plan erfreute sich in der damaligen Zeit auch der Anerkennung vieler maßgebenden Personen in Deutschland. Herr Kleinow ist nun heute zu einem der rührigsten Gegner unserer Sache in der deutschen Publizistik geworden . . . Die Tatsache, daß er von einem Anhänger der Wiedererrichtung Polens zu ihrem Gegner wurde, ist für uns ein gefährliches Symptom, ebenso wie seine Artikel in den ‚Grenzboten‘ im Herbst 1914 ein Anzeichen der Kursänderung hinsichtlich Polens waren . . .“*)

Jeder Mensch wendet die Maßstäbe für seine Urteile an, die ihm zur Verfügung stehen. Herr Studnicki als unverbesserlicher polnischer Romantiker kann es nicht begreifen, daß es Menschen geben könnte, die die Polenfrage anders als vom polnischen Standpunkt aus betrachten und die dennoch mit ihren Ansichten das treffen, was dem Wünschen der Polen oder dem Wünschen einiger ihrer weitblickenden

*) Der angeblich revolutionäre und panslawistische Charakter Polens. Eine Antwort an Herrn Georg Kleinow von Wl. Studnicki, „Polnische Blätter“ XII. Bd. Heft 102 S. 56—59.

Patrioten oder sogar ihrem Heile entspricht. Die Mitteilungen, die Herr Studnicki über meine Stellungnahme zur Sache der Polen, das ist zur Zukunft Polens macht, sind zutreffend, aber sie sind nicht vollständig. Ich bin als wissenschaftlicher Erforscher der Polenfrage, wobei ich einer ernsten Vertiefung in alle slawischen Probleme und in die gesamte europäische Politik, sowie in die sozialen Bewegungen Europas bedurfte, schon 1907 zu dem Ergebnis gekommen, daß Polen wiedererstehen wird, da sich das polnische Volk die wesentlichsten zur Staatlichkeit notwendigen Elemente in hundertfünfundzwanzig Jahren der Unfreiheit anzueignen vermochte. Daß dies häufig genug mit heftigem Widerstreben von seiten der Polen geschah, ist für die Begründung meiner Auffassung unerheblich, weil in solchen Kämpfen die Kräfte der ringenden Nation wachsen. Wichtig ist nur die Tatsache, daß die Polen von heute über jene Elemente verfügen. Politische Voraussetzung für die Möglichkeit, die gewonnenen Kräfte auch zur Erringung staatlicher Freiheit auszunutzen, war der Zusammenbruch der deutsch-russischen Freundschaft und das Auftreten eines überragenden Mannes bei den Polen, der in dem rechten historischen Augenblick den Mut finden würde, die polnische Nation an den Weg zum Aufstieg heran- und weiterzuführen. Die Niederlage Rußlands ist in einem Umfange ohne Zutun der Polen, ja recht eigentlich gegen ihren Willen eingetreten, die niemand hat vorausahnen können. Eine große aufbauende Persönlichkeit scheint wohl vorhanden, aber ihre Umrisse stehen auch für mich noch nicht so fest, daß ich ihren Namen schon nennen möchte; außerdem hat die polnische Gesellschaft sehr interessanterweise im Augenblick mehrere den Durchschnitt überragende Persönlichkeiten aus verschiedenen politischen Lagern zur Verfügung, ein Zusammentreffen, das es fraglich erscheinen läßt, ob eine Einigung auf eine bestimmte Richtung und somit auch auf die eine, alle anderen überragende Persönlichkeit möglich sein wird. — Als deutscher Politiker und Publizist habe ich die Ergebnisse meiner wissenschaftlichen Forschungen politisch auszuwerten, d. h. die wissenschaftliche Erkenntnis zusammen mit den gesammelten persönlichen Erfahrungen in den Dienst der deutschen Politik zu stellen. Und da ist es für mich Dogma, daß das werdende Polen — denn der Baum fällt nicht auf den ersten Streich — unbedingt unter den kulturellen und politischen Einfluß Deutschlands gebracht und frei von allen Hoffnungen auf einen politischen Sieg der Entente und Rußlands gemacht werden muß, ehe es unserer Freundschaft und Unterstützung wert sein kann, da es andernfalls mit seinen bekannten Ambitionen auf Posen, Westpreußen und Schlesien von vornherein in den schärfsten Gegensatz zum Deutschen Reich geraten würde, sei es als Speerspitze an einem russischen Schaft, sei es als Würgeisen in der Hand eines sich auf das Slawentum stützenden Habsburg. Die Wege zu den also ange deuteten Grundlagen für eine deutsch-polnische Verständigung und Interessengemeinschaft sind mannigfaltig. Sie können ebenso durch eine neue Teilung hindurchführen, bei der die größere Hälfte des polnischen Volkes unter die von ihm unangenehm empfundene preussische Herrschaft geriete, und neue kriegerische oder revolutionäre Verwicklungen notwendig wären, um das Problem weiter zu entwickeln; sie können aber auch friedlich über einen mit Deutschland fest verbundenen Polenstaat laufen. Die Wahl des Weges steht aber nicht bei uns Deutschen, sondern bei den Polen. Wir Deutsche können in einem Falle helfen, im andern

Fälle entgegenwirken, je nachdem es unsere Interessen erfordern. Wegen ihrer Mannigfaltigkeit kann ich, ohne in meiner grundsätzlichen Stellung zum Gesamtproblem zu wanken, unter gewissen äußeren Verhältnissen entschiedener Gegner einer polnischen Staatlichkeit sein, und wenn diese Verhältnisse durch andere verdrängt sind, ebenso entschieden für eine polnische Staatlichkeit eintreten und doch in beiden Fällen dem wirklichen Nutzen des polnischen Volkes besser dienen, wie alle die Illusionisten, die die Staatlichkeit um jeden Preis und unter allen Umständen anstreben, gleichgültig, wer sie ihnen beschert. Es liegt, wie gesagt, weder in meiner noch in der deutschen Regierung Macht, die erwünschten Verhältnisse zu schaffen; was von unserer Seite getan werden konnte, ist jedenfalls geschehen, um die Polenfrage in einem menschlichen, vernünftigen Sinne zu lösen und das polnische Volk vor einem Jahrhundert neuer Prüfungen zu bewahren. Die deutsche Regierung hat jetzt nur noch die Möglichkeit, die unwillkommenen Entwicklungstendenzen durch Ruhe und Konsequenz sich totlaufen zu lassen und sie solange abzulehnen, bis sich der Führer des polnischen Volkes findet, der Kraft genug besitzt, auf den rechten Weg einzulenken. Die positive Arbeit des Aufbaues zu leisten, ist Sache der Polen! Im übrigen gilt noch heute, was Stanislaus Kosmian vom Jahre 1863 sagte: „ein unabhängiges Polen kann nur durch fremde Hilfe ausgerichtet werden!“ Von der Wahl der helfenden Macht durch die Polen hängt unsere weitere Stellung zur Polenfrage ab.

Mit dieser meiner Stellungnahme zum polnischen Problem habe ich niemals und gegen niemanden zurückgehalten, und ich bin gern bereit, Herrn Studnicki noch eine ganze Reihe von Polen namhaft zu machen, denen ich zuletzt im Sommer 1916 dasselbe Programm entwickelte wie ihm. Freilich habe ich stets geraten, daß an die Lösung der Polenfrage erst nach beendigter Auseinandersetzung mit Rußland herangetreten werden solle. Dieser Rat ist nicht beachtet worden infolge des Drängens und der Versprechungen solcher polnischer Kreise, die gerade Herrn Studnicki nahestehen dürften, — Versprechungen, die jedem wirklichen Kenner der innerpolnischen Entwicklung auf den ersten Blick problematisch erscheinen mußten. Die Versprechungen konnten denn auch nicht erfüllt werden, und es ist das eingetreten, was ich befürchtete: das gegenseitige Mißtrauen zwischen Deutschen und Polen ist gewachsen, und durch das wachsende Mißtrauen sind in Warschau die Kreise erstarrt, die eine Verbindung mit Deutschland fürchten oder sie geradezu als ein Verhängnis für die polnische Sache betrachten. Solcher Stimmungsbildung muß ich als Politiker Rechnung tragen und kann doch an der Auffassung festhalten, daß ein Polen wiedererstehen wird, so selbständig wie nach diesem Kriege ein europäischer Staat überhaupt noch selbständig wird sein können. — Wenn Herr Studnicki also glaubt, mir einen Gefinnungswechsel nachweisen zu können, womöglich infolge eines in den maßgebenden Regierungskreisen angeblich wechselnden Windes, so müßte er schon andere Tatsachen, als die von ihm vorgebrachten finden. Aber ich bin über Herrn Studnickis Ausführungen doch recht glücklich, nicht nur, weil sie mir in diesem wichtigen Augenblick des Besinnens für alle, die an der Lösung des polnischen Problems mitzuarbeiten berufen sind, den Anlaß zu freimütiger Aussprache geben, sondern, und mehr noch, weil seine Bemerkungen über das angebliche Zurückweichen der allslawischen Tendenzen in dem vorliegenden Aufsatz zusammen mit

anderen Erscheinungen des öffentlichen Lebens wie ein Zeichen des Stimmungsumschwunges unter den Polen wirken, und zwar in den Kreisen, die mich gerade wegen meiner ablehnenden Haltung gegen den Panlawismus zu einem geschworenen Feinde der polnischen Sache schon seit Jahren abstempeln. Sollte dieser Gefinnungswechsel sich als so tiefgehend erweisen, daß die polnische Regierung gezwungen werden könnte, sich in diesem für die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen so ungemein ernststen Augenblicke für einen Weg zu entscheiden, der in der Richtung meiner Anschauungen liegt, Anschauungen, die einer Revision nicht bedürfen, so werden die Polen mich beim Bau ihres Staates an ihrer Seite finden, ohne daß ich deshalb die deutsche Fahne verriete. Kann aber die polnische Regierung sich nicht zu einem solchen Entschluß aufraffen, so werde ich wie seit zwei Jahren schonungslos die Gründe suchen und vor dem deutschen Volk bloßlegen, die sie abhalten, den einzigen Weg zu betreten, der die Interessen des polnischen Volkes mit denen des deutschen auf friedliche Weise zu verbinden vermag.



Reichsländische Erfahrungen und östliche Behandlungsfragen

Von Hadubert



Der Friede von Brest-Litowsk gehört zu jenen politischen Ereignissen, die kraft ihrer inneren Logik weit über sich selbst hinausreichen und von Tag zu Tag neue großpolitische Perspektiven eröffnen. Einen gewaltigen Komplex von Aufgaben für das deutsche Volk hat dieser Friedensschluß ins Rollen gebracht, einen Komplex, der vor unseren staunenden Augen wie eine Lawine anschwillt. Schon frohlocken unsere Feinde, an diesen Problemen habe das deutsche Volk sich selbst übernommen, der Osten werde nun für uns zu einer Saugpumpe, die ein Übermaß deutscher Kräfte in ihr Vakuum hineinzüge. Und in der Tat möchte uns selbst manchmal bange werden, so groß erscheint die Fülle der militärischen, politischen, kulturellen, verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Probleme, die hier plötzlich an unser schon zum äußersten angespanntes Volk herantreten. Schon eine rein quantitative Betrachtung in dieser Frage beunruhigt den Blick, erst recht aber häufen sich die Sorgen vor dem tiefer dringenden Auge, dem allein sich die innere Vielfältigkeit und Verwicklung dieser Aufgaben erschließt. Es steht dem Publizisten von Verantwortung nicht an, durch ein unfruchtbares Wühlen in diesem Problemhaufen dem deutschen Volke bange zu machen vor dem Übermaß an Anforderungen, die die neue östliche Orientierung an uns stellt. Es ist aber andererseits Pflicht eines jeden, der mit dem Lotsenblick für die Strudel und Klippen des deutschen Wesens ein unmittelbares Vertrautsein mit dem östlichen Terrain verbindet, auf alle die Stride und Fallgruben aufmerksam zu machen, die dem neudeutschen Geist, wie er nun einmal ist, auf seiner Fahrt gen Osten drohen. Nicht offen oder versteckt vor dieser Fahrt zu warnen und so den Wagemut zu lähmen, ist die Absicht solcher Betrachtungen: als Marschregel und Fingerzeig für den zukunfts-sicheren Ostlandtritt wollen sie ganz im Gegenteil verstanden sein.

Behandlungsfragen: das ist die Formel, unter der sich für den politischen Psychologen der Kern dieser Ostprobleme darstellt. Finnländer, Deutschbalten, Esten, Letten, Litauer, Weißrussen, Polen, Ukrainer, Ostjuden: eine Fülle ver-

chiedenartiger, uns in Sitte und Mentalität bisher mehr oder minder fremder Völkerschaften sind plötzlich zum Gegenstande für unsere politische, bürokratische und wirtschaftliche Behandlung geworden. Es sind Tugenden und Fähigkeiten besonderer Art, die eine solche Behandlung erfordert, und der Rückblick auf unsere jüngste Geschichte zeigt, daß wir nicht immer eine glückliche Hand in Behandlungsfragen gehabt haben. Es ist heute nicht mehr nötig, die Tatsache irgend zu verhehlen oder zu beschönigen, daß wir in der Behandlung der Polen, Dänen, Elßässer und Lothringer, die uns bisher aufgegeben war, viele und verhängnisvolle Fehler begangen haben. Es besteht bei uns auch gar kein Zweifel an dieser Tatsache, nur über das Wo und Wie der Fehler gehen die Meinungen weit auseinander. Das zeigt, daß wir uns noch nicht über die eigentlichen Lehren aus unseren bisherigen Erfahrungen und Mißerfolgen klar sind und deswegen auch noch nicht die volle Sicherheit für Zukunftsaufgaben ähnlicher Art erlangt haben. Der Augenblick, der diese Aufgaben auf einmal ins Ungeheure steigert, ist daher wohl geeignet, für eine Bilanz früherer Erfahrungen und für den Versuch, aus ihnen das Richtige, das methodisch fruchtbare Fazit zu ziehen.

Es gibt bekanntlich bei uns wie bei allen Völkern eine Gruppe von Politikern, die die Methoden der rücksichtslosen Gewalt für die allein seligmachende hält und in der Schwäche den Quell alles Unheils sucht. Man kann dem letzten Satz in weitem Ausmaße zustimmen und auch — fern von Sentimentalität und Humanitätsduselei — im eisernen Zwange ein unentbehrliches Mittel jeder Politik anerkennen und sich trotzdem zu der Einsicht durchringen, daß Gewalt nur eine Notform der Machtentfaltung ist. Die naiven Propheten der Gewaltpolitik, in denen politischer Verstand mit politischer Energie nicht immer gleichen Schritt halten konnte, dürften sich nur selten klar gemacht haben, daß es eben zum Wesen der Macht gehört, auf Gewalt verzichten zu können, und daß Gewaltpolitik, die am Ideal echter Machtpolitik orientiert ist, deshalb die immanente Tendenz auf Selbstüberwindung ihres Gewaltmomentes hat. Die ganze, viel verkörperte sogenannte alldeutsche Bewegung, die in der Vertretung des Machtstaatsgedankens den liberalen, humanitären Vertrags- und Verständigungsaposteln so weit überlegen ist, diskreditiert selber ihre besten Strebungen, indem sie dies Wesensverhältnis von Macht und Gewalt so oft übersieht. Dem politisch reiferen Engländer ist diese Einsicht dagegen längst in Fleisch und Blut übergegangen.

Es gab Zeiten und Fälle, wo die strupellose Gewalt die beste Behandlungsmethode war. Die ostelbische Kolonisation im ausgehenden Mittelalter, die ganze Stämme und Völker unterwarf und eindeutschte, hat diese für das Opfer ihres Volkstums reichlich entschädigt, indem sie sie zum Mitträger so gewaltiger historischer Leistungen, wie der Entwicklung des für die europäische Neuzeit in vieler Hinsicht vorbildlichen preußischen Staates, machte. In solchen Zeiten erfüllte sich wirklich das Paradox, daß die größte Brutalität welthistorisch die größte Humanität sein kann. Kein normal Denkender kann heute an eine derartige Eindeutschung der gesamten rußländischen Randvölker vom Eismeer bis zum Kaukasus denken. Ein solcher „Bangermanist“ gehörte ins Irrenhaus. Jene alte Methode brauchte nach Liebe und Haß nicht zu fragen. Die überwältigende Mehrheit unseres Volkes aber ist sich heute darin einig, daß unsere künftige Ostpolitik nie und nimmer unter dem Zeichen des „Oderint dum metuant“ von Erfolg gekrönt sein kann. Viel eher neigt man bei uns noch immer zu liberalen Völkerversöhnungsträumereien. Die politisch besonnenen Köpfe kommen jedenfalls darin überein, daß unser Volk fern von würdeloser Liebedienerei und von strupellosen Ausbeutungsversuchen ein Verhältnis zu den Ostvölkern gewinnen muß, das auf gegenseitige Achtung und Vertrauen gegründet ist und aus diesem allmählich echte völkische Sympathien entstehen lassen will. Aber eben dieses starke Programm der Verständigung, das sich mit echter Machtpolitik sehr wohl verträgt, ja geradezu deren unerlässliche Voraussetzung ist, stößt im gegenwärtigen Augenblick, in des deutschen Volkes Notstunde, auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten.

Es heißt nicht die aufreibende und entsagende Arbeit der Etappe schmähern, wenn man feststellt, daß das Gros der körperlich und seelisch gesunden Kräfte unseres Volkstums heute durch den Waffendienst diesen so zu sagen kriegscolonisatorischen Aufgaben entzogen wird. Auch daß die seelische Lage der Etappe gewiss unerfreulich und allgemein verurteilten Entartungserscheinungen der Kriegsmoral besonders günstig ist, ist heute allen kriegführenden Völkern bekannt. Die Etappendisziplin, die mit allen Mitteln in den weiten Okkupationsgebieten dem deutschen Namen Achtung zu schaffen sucht, hat mit inneren Widerständen zu rechnen, die bekämpft, aber nicht ausgerottet werden können, weil sie in der ewigen Natur des Kriegszustandes selber wurzeln. Und ferner: der ungeminderte Kriegswille unsrer Feinde und die daraus hervornwachsende dauernde Lebensgefahr unseres Volkes zwingt uns, ob wir wollen oder nicht, die neu erschlossenen Gebiete des Ostens einstweilen in erster Linie unserer wirtschaftlichen Selbsterhaltung nutzbar zu machen. Ob diejenigen die Bilanz zwischen außenpolitischer und innenpolitischer Klugheit richtig gezogen haben, die beim Friedensschluß mit der Ukraine die Spitzmarke des „Brotfriedens“ allzu laut verkündeten, mag dahingestellt bleiben. Den Tatsachen trägt sie Rechnung, und ob man ihre Proklamierung als ehrlich, brutal, zynisch oder enfant-terriblehaft ausdeutet, bleibt Standpunktsache. Aber daß das Wort in Kiew einen anderen Klang haben mußte als in Wien, liegt auf der Hand. Mit Mitteleuropa wirtschaftlich verbunden sein, das heißt heute eine verheißungsvolle Zukunft mit einer überaus tiefenden Gegenwart voll Opfern und Mühsalen auf Risiko vorweg bezahlen. Auch uns sind die Brotkanten und die fleischlosen Tage samt allen sonstigen Kriegsbeschränkungen unserer persönlichen und bürgerlichen Freiheit nicht angenehm, aber bei uns weiß jedes Kind, muß jedes Kind wissen, daß es uns um Kopf und Kragen geht und daß wir nicht die Wahl haben, ob wir all dieses auf uns nehmen und ertragen wollen oder nicht. Gerade diese Erkenntnis erhält uns ja die nationale Spannkraft, und die Einprägung dieses Bewußtseins ist der gute innerpolitische Sinn der sonst recht ansehbaren Friedensangebote. Aber wenn nun trotz allem nationalen Idealismus das Murren und Klagen kleinemenschlicher Kriegsnerbosität auch im deutschen Hause nicht ganz fehlt, dann ist es ein wenig weit gegangen, den Ostvölkern diese natürlichen Empfindungen zu verdenken. Die furländischen Letten haben keine bolschewistische Tyrannei am eigenen Leibe erfahren, sondern der vielgeschmähte Zarismus hat sich dort im Zeichen des Deutschen Hasses mit einer mehr diplomatischen als ernst gemeinten, dafür aber sehr ernst genommenen Verbeugung vor den nationalen Eitelkeiten der Letten verabschiedet. Das sollten alle die klugen Leute sich überlegen, die schon heute von eben diesen Letten eine überschwengliche Dankbarkeit für die Segnungen der deutschen Kultur nach der russischen „Mißwirtschaft“ erwarten, unserer Kultur, die sich jenen, wie die Dinge liegen und liegen müssen, unter der Form der Rationierungen, Requisitionen und Verkehrsbeschränkungen nicht eben sehr befürworterisch und werbefähig präsentiert.

Das deutsche System und der deutsche Mensch im Osten, im Zeichen der ehernen Zeit als Militärdiktatur und als Etappenkrieger: welch ungeheure sachgebotene Erschwerung für unser Volk, den Weg zum Herzen der Ostvölker zu finden! Welch undankbare Herkulesarbeit für unsere tüchtigen Kulturpioniere, dem Deutschtum rasch zuflutende Sympathien unter solchen Umständen zu erwerben. Immerhin: alle die hier angedeuteten Schwierigkeiten bergen in sich den Trost, daß sie zeitlichen Charakter tragen. Deutsches Feldherrngenie und deutsche Tapferkeit arbeiten erfolgreich daran, allen Kriegsnotständen möglichst schnell ein Ende zu bereiten. Einmal werden nicht nur diese Bedrängnisse selber, sondern auch die Erinnerungen daran ein Ende haben.

Aber auch damit ist nicht alles Rauhe geglättet, und hier kommen wir erst an die eigentlich schwerwiegenden Fragen. Das neudeutsche System und der neudeutsche Mensch: beide haben auch jenseits des Kriegszustandes und seiner harten Zwangsläufigkeiten ihre Ecken und Kanten, an die sich fremde Stämme und Völker nicht so leicht gewöhnen. Die schon erwähnten peinlichen Schulbei-

spiele, aus denen die Deutschenheute der ganzen Welt unermüdlich Kapital schlägt, bedeuten auch für uns selber bislang ungelöste Probleme, die uns noch schwer auf der Seele liegen. Ich habe an dieser Stelle bereits früher über die Grenzen vorab des deutschen Beamtengeistes, soweit sie sich in den reichsländischen Erfahrungen dargetan haben, des Ausführlichen gehandelt. *) Es ist sicherlich dringend davor zu warnen, die elsass-lothringischen Lehren vorschnell zu gießen und auf die Ostprobleme zu übertragen. Ceteris imparibus, d. h. bei der gänzlichen Verschiedenheit der westlichen und östlichen Kulturlage ist hier die allergrößte Vorsicht geboten. Trotz solcher Vorbehalte bleibt das elsässische Beispiel lehrreich für den, der es richtig handhabt. Es ist doch eben derselbe soziale Typus des losgerissenen deutschen Kulturträgers, der hier wie dort vor Aufgaben gestellt ist, die ihm von Natur nicht liegen. Dem Kenner und unbvoreingenommenen Beobachter beider Situationen drängen sich daher schon heute gewisse Vergleichspunkte gebieterisch auf. Verbindend ist vor allem die eine grundlegende Beobachtung, die man in der Heimat selber nicht machen kann: ganz derselbe Deutsche, dessen Wesen und Tätigkeit in seinem gewohnten Wirkungsbereich wohltuend und angemessen wirkt, gewinnt überraschenderweise einen verzerrten und unschönen Anblick, sowie er als Kulturpionier in eine fremde Wirkungsstätte verpflanzt wird.

Der Deutsche ist seelisch vegetativer, er ist ortsgebundener als man glaubt. Diese merkwürdige Entartung, die seine Entwurzelung zur Folge hat, ist vielleicht einer der wenig beachteten Gründe des uns so rätselhaften Deutschenhaßes der ganzen Welt. Dieser Haß beruht insofern wirklich zu einem großen Teil auf Unkenntnis, als das Ausland den Deutschen doch vornehmlich als disharmonischen Auslandsdeutschen, nicht als harmonisches Gewächs seines Wurzelbodens kennt. Wie oft macht man im Elsaß die Erfahrung, daß Elsässer erstaunt aus Altdeutschland zurückkommen, wo sie sich über Erwarten wohlgeföhlt hatten. Sie entdeckten dort mit einem Male einen ganz anderen, den echten Deutschen, den sie noch gar nicht kannten. Wo liegen die Gründe dieser Erscheinung und welche Züge bestimmen dieses Bild des entwurzelten Deutschen?

Es ist sehr beliebt, dieses kolonialisatorische Ungeschieh als Atavismus unserer kleinstaatlichen Vergangenheit zu erklären. Die unzweifelhafte soziale Unsicherheit des Deutschen wird hier als historische Unreife genommen. Zugleich läßt diese Betrachtungsweise dem Optimismus breiten Raum, es werde ganz von selbst mit dem Fortgang der geschichtlichen Entfaltung des neuen Deutschen Reiches das Fehlende sich einstellen. Diese Theorie greift nicht tief genug und verkennet die tragische Seite dieser Erscheinung. Die inneren Schwierigkeiten, die sich dem Erwachsen und der Verfestigung einer deutschen Gesellschaft entgegenstellen, deren Schwächen für unsere kolonialisatorischen Mißerfolge mit in erster Linie haftbar zu machen sind, stammen aus dem Kern des deutschen Wesens selber. Für das deutsche Wesen in seiner urtümlichen Tiefe ist eine enge Verschwisterung von Individualismus und Objektivismus bezeichnend. Der Deutsche ist der geborene Fanatiker der Sachlichkeit, der sich bis zur menschlichen Verarmung seiner Person an die Sache hingeben und weggeben kann. Aber er sieht diese Sache, die ihm Beruf und heilige Sendung ist, so durchaus durch die Brille seiner Individualität, daß aus dieser metaphysischen Urzelle seines Lebens kein Gemeinschaftsbewußtsein erwachsen kann. Im selben Zeitraume, wo im Westen Europas sich jene beiden Machtstaaten verfestigten, die heute das Rückgrat der gegen uns gerichteten Koalition bilden, machte sich der Deutsche mit allem metaphysischen und starren Ernst, der ihm eigen ist, daran, seine beiden großen Gemeinschaften, das Reich und die Kirche, zu zertrümmern. Und man kann heute mit einiger Sicherheit behaupten, daß Deutschland unrettbar dem griechischen Geschick verfallen wäre, wenn nicht eine besondere Auslese des deutschen Menschen, wenn nicht das willenseinseitige ostelbische Siedlertum

*) Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen stütze ich mich im Folgenden auf diesen Aufsatz „Der altdeutsche Einwanderer im Elsaß“ (Grenzboten 1917, Heft 41.)

durch Kreuzung mit fremdem Volkstum das Musterbild jenes neudeutschen Typs erzeugt hätte, der im Laufe von zwei Jahrhunderten das deutsche Wesen durchsäuert und seine Fähigkeiten und Möglichkeiten völlig umgelagert hat. Ein jäher geschichtlicher Ruck, eine historische Willkürthat, die Drehung des deutschen Antlitzes nach Osten hat uns dem sicheren Verfall entrissen. Die preußische Faust hat den individualistischen deutschen Sachfanatiker, der in der Welt durch eine halb lächerlich verstiegene Hingabe an Musik und Philosophie bekannt war, in eine Form der Staatlichkeit hineingepreßt, die noch heute die Züge ihrer ursprünglichen Rotform nicht völlig abgestreift hat. Aber dieser Erwerb des Staates für das deutsche Wesen hat schwere Opfer gekostet. Noch haben wir den Anknüpfungspunkt für eine neue Werfkultur nicht gefunden, und vor allem wurde der Werdegang einer deutschen Gesellschaft jäh unterbrochen. Die Verstaatlichung des Deutschtums machte den deutschen Menschen sozial nutzbar, indem sie ihn mechanisierte, aber sie erstickte eben dadurch seine soziale Lebendigkeit. Sie schlug aus dem deutschen Sachfanatismus Kapital, sie verwertete seine Hingabefähigkeit zur Züchtung beruflicher und namentlich beamtenhafter Selbstlosigkeit. Aber sie unterdrückte den deutschen Individualismus und ersetzte ihn durch Uniformierung und Nivellierung. Die Form wird zur Formel und verirrt sich in jenen starren gesellschaftlichen Konventionalismus, der als der Kern unserer studentischen und militärischen Körpererziehung uns für die Welt gesellschaftlich so unverständlich macht. Der Gewinn an Straffung und Zucht wird durch die Einbuße an Farbigkeit und individuellen Reichtum einer solchen Gesellschaft mehr als aufgewogen. Zu den Tiefen des deutschen Lebens, das sich aus dem Echo der Familie speist, zu den ewigen Schöpfungen der deutschen Werfkultur führt von da kein Weg. Diese Gesellschaft ist hypermännlich und spezifisch ungeistig. Der Typus des Sonderlings, der der älteren deutschen Gesellschaft Leben und Farbe gab, wird im Keime erstickt. Auch an seelischer Wärme und Grazie fehlt es dieser Gesellschaftlichkeit. Sie hat in der Welt keine werbende Kraft, sondern befremdet und stößt ab. Sie ist auf Achtung und nicht auf Liebe gebaut, so kann sie auch höchstens Achtung, niemals wärmere Sympathien erwecken und nähren. Und vor allem: sie ist, soweit sie sich nicht von den absterbenden Rudimenten alter feudaler Schichtungsprinzipien nährt, in ihren Stufungsprinzipien hilflos und nurmehr ein Schatten und eine Dependence des Staates. Die Wertmaßstäbe ihrer Achtung entleiht sie der bürokratischen oder militärischen Graduierung des Staates und nährt so eine lächerliche Titeljagd. Sie fettert den Herrn Geheimrat und die militärische Exzellenz ganz unabhängig von deren menschlichen und gesellschaftlichen Qualitäten, sie unterdrückt die freien Berufe, insbesondere den Kaufmannsstand, und schädigt dadurch deren soziale Selbstschätzung. Sie sperrt die spezifisch geistigen Menschen ab oder zwingt sie, sich durch recht eigentlich außergeistige Etiketten an Titeln und Würden gesellschaftlich zu legitimieren. Unsere neudeutsche Gesellschaftskultur ist preußisch, aber sie ist nicht gemeindeutsch, ja in wesentlichen Voraussetzungen ihrer Haltung ist sie nahezu undeutsch.

Auf das Gesamtleben unseres Volkes übertragen, prägt sich der deutsche Individualismus im Stammesgeist aus. Der Stamm ist gewissermaßen die erweiterte Familie. Aus der Familie, aus dem Haus allein kann eine Geselligkeit erwachsen, die dem deutschen Individualismus entsprossen ist; und den geselligen Formen, die sich hier ausgeprägt haben, fehlt denn auch gänzlich jenes Gewollte und Gemachte, das an der neudeutschen Gesellschaftskultur peinlich in die Augen springt. Aber stammhafte Eigenart und die Zusammenhänge der Familie werden eben durch Großpreußen und noch mehr durch das Reich zerrissen. Die Beamten und Offiziere werden hin und her verfrachtet, ihre Kinder verlieren bereits eine stammhaft ausgeprägte Sprache und damit den Zusammenhang mit den unteren Schichten des Volkes. Sie schlagen nirgends Wurzel, sie erhalten keine festen Erinnerungen ins Leben mit und werden so von früh auf mechanisiert und unstet.

Ein wahres Mustertabinett für all derlei Beobachtungen ist der reichs-

ländische Boden. Dort im Elsaß nun hatte das einwandernde Deutschtum einer starken lebenskräftigen deutschen Stamm vorgefunden, in den es mit der Zeit wohl hätte hineintwachen können. Aber dieser Amalgamierungsprozeß wurde durch die nationale Kluft und durch zahlenmäßiges Mißverhältnis — der Schub der Einwandernden war viel zu groß bemessen —, ferner durch die ganze kulturelle Lage erschwert. Auf die völkische und kulturelle Zusammensetzung der Siedler gilt es bei einer Kolonisation des Ostens ein besonderes Augenmerk zu richten. Da nun einmal eine Zusammenballung von so und so vielen Deutschen nicht ohne weiteres eine deutsche Gesellschaft ergibt, wenn stammesmäßige Gleichmäßigkeit gänzlich fehlt, ist auf solche Homogenität bei den einzelnen Siedlungskomplexen größter Wert zu legen. Insbesondere im baltischen Lande, wo starke Germanisationsmöglichkeiten bestehen, müssen die Zentren solcher Germanisierung, die neudeutschen Kolonistensiedlungen, von vornherein so organisiert werden, daß ihre natürliche völkische Assimilationskraft möglichst wenig durch innere Reibungen paralysiert wird. Anders liegt die Sache bei den Siedlern aus der deutschen gesellschaftlichen Oberschicht. Diese finden an der deutschbaltischen Gesellschaft bereits ein völkisches Zentrum von so außergewöhnlicher werbender Kraft vor, daß im Gegenteil darauf zu sehen ist, daß nach Möglichkeit solche Naturen dem Lande zugeführt werden, die zwar durch Erhöhung der Aktivitäts- und Arbeitsenergie den sozialen Pulsschlag des neuen Auslandes dem des deutschen Mutterlandes anähneln, die aber andererseits sich nicht ohne Not gegen die dort bereits bestehenden gesellschaftlichen Traditionen sperren, sondern sich relativ leicht dem dortigen aristokratischen Menschenschlag assimilieren und mit ihm zusammen arbeiten.

So kann man es als das wichtigste Fazit der reichsländischen Erfahrungen bezeichnen, daß eine deutsche Kolonisation im selben Maße mißlingen muß, als den Sendlingen des Deutschtums die Pflege ihrer Ueberlieferungen, die Schaffung heimatähnlicher Verhältnisse und überhaupt das Entwurzeln, das Festwachsen erschwert wird. Das deutsche Leben strebt allenthalben danach, sich organisch zu verfestigen und es verdorrt und entartet, wo ihm die Vorbedingungen dazu fehlen. In fremden Großstädten zum Beispiel, in Paris, in Petersburg und Moskau, wo die Möglichkeit eines solchen Festwurzeln fehlt, treten die traurigsten Entartungserscheinungen dieses emanzipierten Deutschtums zutage. In überraschender Schnelligkeit gibt der Deutsche dort sein Volkstum preis und wird gar zu jenem traurigen Typus eines Renegaten, der sich mit größter Schärfe gegen das angestammte Volkstum wendet. *)

Dies also ist die eine wesentliche Seite des östlichen Kolonisationsproblems: die Siedlung von vornherein so zu organisieren, daß der auswandernde Deutsche in der neuen und fremden Umgebung nicht nur als einzelner leben und wirtschaftlich gedeihen, sondern als völkische Gemeinschaft festwurzeln und völkische Anziehungskraft ausüben kann. Nicht die krampfhafteste Verteidigung und Rechtfertigung, sondern die ruhige, sichere und ausgeglichene Entfaltung deutschen Volkstums kann Fremde in dessen Schoß hineinziehen. Die wesentlichste Voraussetzung für eine glückliche Lösung der östlichen Behandlungsprobleme insbesondere im Baltischen Lande ist daher eine solche Stellung des dortigen Deutschtums, die ihm wirtschaftliche und völkische Entfaltungsmöglichkeiten gewährt.

*) Daß die Entartungserscheinungen doch noch recht an der Oberfläche geblieben sind, beweisen die Auslandsdeutschen durch ihr Verhalten in der großen Weltkatastrophe dieses Krieges. Objektive Beweise für das treue Festhalten am Deutschtum vor dem Kriege sind insbesondere in den russischen Hauptstädten die von Deutschen geschaffenen großen Kirchengemeinden mit ihren weitverzweigten Organisationen, u. a. den Schulen, die bis aufs äußerste an der deutschen Unterrichtssprache festhielten, die Handwerkerverbände, Bildungs- und Wohlfahrtsvereine, samt ihren Kranken- und Waisenhäusern usw. Gerade durch diese Schöpfungen haben sich die Deutschen die Möglichkeit schaffen wollen, ihrem Drange nach Festwurzeln in einer wesenfremden Umgebung Genüge zu tun. Das Renegatentum ist dementsprechend gottlob doch nur eine Ausnahmerscheinung geblieben. Die Schriftl.

leistet, ohne es dabei durch Vorrechte zu verhätscheln und dadurch die Fremdstämmigen von vornherein zu benachteiligen und zu erbittern. Sind freilich so die Voraussetzungen für Besiedlung und Verwaltung der neuen Ostmark geschaffen, dann erheben sich gebieterisch eben jene Behandlungsfragen, die auf die Stellungnahme dieses einwandernden Deutschtums zu den dort einheimischen Volksgenossen und Fremdstämmigen hinielen. Diesen Problemen soll in den folgenden Aufsätzen eine gesonderte Behandlung zuteil werden.



Ethik, Politik und Krieg

Von Dr. Gustav Abb



Die Frage nach der Beziehung der Ethik zur Politik hat zwei einander widersprechende Antworten gefunden: die eine (v. d. Wofordten in den „Grenzboten“ 1917 Nr. 2) hält die bedingungslose Gültigkeit der ethischen Norm in der Politik fest und spricht dem Staatsmann höchstens mildernde Umstände zu; die andere (Heinrich Scholz, „Politik und Moral“. Gotha, Perthes 1915) sieht in der Macht zum Schutz der Gerechtigkeit das Wesen des Staates, woraus sich für sein Handeln andere Normen als für das Individuum ergeben.

Dieser Zwiespalt zwingt uns entweder Machiavellis Lehre, manche Taten Friedrichs des Großen, Bismarcks und anderer Männer zu verwerfen, die im Kampf für ihr Land mit den Grundsätzen der Ethik in Widerstreit gerieten. Das widerspricht unserm Gefühl. Oder aber wir müssen für unser ethisches Werturteil zweierlei Maß anwenden. Das widerspricht dem logischen Denken.

Ist dieser Zwiespalt ein theoretischer, so müßte er vom Ethiker zu lösen sein oder ein Fehler in der Fragestellung vorliegen; ist er ein praktischer, auf der Verwirklichung der Moralität beruhender, so müßte er genetisch oder historisch zu erklären sein.

* * *

Kant hat gelehrt, daß das Objekt der ethischen Beurteilung nicht die Handlung, sondern ihr Motiv, der Wille des Handelnden, darbietet und das Kriterium für den guten Willen dahin bestimmt, daß er als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten kann. Nun können aber nur solche Handlungen nach ihren Motiven gut oder schlecht genannt werden, die der Mensch als Glied einer sozialen Gemeinschaft vollführt, oder die man zu einer solchen Gemeinschaft in Beziehung bringen kann; willkürliche Bewegungen z. B. sind moralisch indifferent. Was bedeutet also gut, sittlich, moralisch in bezug auf die Gemeinschaft? Formal, was für sie allgemeines Gesetz darstellen kann, inhaltlich, was zur Maxime der Handlungen ihrer Glieder erhoben, sie erhält und fördert.

Das besagt nicht, das Sittliche ist das der Gemeinschaft Nützliche oder der sittlich Wollende will bewußt etwas die Gemeinschaft Förderndes tun, sondern es ist möglich, in allen moralischen Grundsätzen, Gesinnungen, Handlungsweisen eine ursprüngliche Beziehung auf die Erhaltung einer menschlich sozialen Gemeinschaft nachzuweisen. Ebenso verhält sich das Schlechte zur Schädigung der Gemeinschaft in ihren Gliedern und wird deshalb vom Gesetz, der angewandten Moral, verfolgt. Anthropologisch gründet sich dieser Ursprung der Sittlichkeit auf das Gemeinschaftsgefühl, das dem Menschen als sozialem Wesen innewohnt, und auf den Selbsterhaltungstrieb, der je weiter man in der Menschheitsgeschichte zurückgreift, desto weniger auf den einzelnen, desto mehr auf die Horde oder den Stamm, also die Gemeinschaft, bezogen wird. Dieses Haftens der Sittlichkeit an der Gemein-

schaft zeigt sich selbst da noch deutlich, wo der primitive Zustand verlassen und sie zum Staat geworden ist. Der antike Heide kannte kein Sittengesetz als im Staate und durch den Staat. Er hat kein individuelles Gewissen. (Vgl. Treitschke, „Politik“, und Baumgarten, „Politik und Moral“, Tübingen: Mohr, 1916, S. 12.)

Läßt man diese letzte Begründung des Sittlichen seinem Inhalte nach auf der Erhaltung der Gemeinschaft gelten, so drängt sich die Frage auf, worauf die Unterschiede der Moralität in den verschiedenen Kulturstufen der Menschheitsentwicklung beruhen, da doch dieses auf den Grundtrieb alles Lebens gestützte Prinzip stets das gleiche gewesen sein soll, Unterschiede, die alle Stufen von der „Sittlichkeit“ des Wilden bis zu den Idealen der Bergpredigt umfassen.

Diese Entwicklungsstufen werden weniger durch das sich voneinander abgrenzen, was jedesmal als für die Gemeinschaft wertvoll der Moralität bewußt oder unbewußt zugrunde gelegt ist, als durch die Größe des Gemeinschaftsgefühls und den dadurch bedingten Umfang der Gemeinschaft selbst. Der in Horden oder Stämmen lebende Primitive hält es für sittlich erlaubt, den Angehörigen des Nachbarstammes zu martern, zu skalpieren oder zum Sklaven zu machen. Für ihn ist sein Stamm Träger der Sittlichkeit, wie für den Römer der Staat, und nur der Stammesgenosse Mitmensch, wie der Grieche den Nichtgriechen als Halbtier, als Barbaren, betrachtete. Je weiter die soziale Gemeinschaft um sich greift, als deren Glied der Mensch handelt, desto höher steht seine ethische Kultur, desto größer ist die Zahl derer, die zu ihm stehen, wie schon bei dem Primitivesten Mutter und Bruder.

* * *

Bis hierher ist für einen Konflikt zwischen Politik und Moral noch kein Raum. Er wird erzeugt durch zwei Momente der Geistesgeschichte, die eine Beschleunigung der Entwicklung der moralischen Gemeinschaft hervorrufen, indem sie deren Endziel als ideale Forderung aufstellen: durch das Christentum und den Humanismus mit seinen Folgeerscheinungen. Indem die christliche Ethik die Menschen als Brüder, alle gleich vor Gott, zur unbegrenzten Liebe zueinander auffordert, überschreitet und verneint sie alle staatlich-gesellschaftlichen Schranken und wendet sich nur an die Persönlichkeit. Die Gemeinschaft, die das natürliche Gemeinschaftsgefühl verlangt und die jede Ethik voraussetzen muß, bildet für sie die Gesamtheit.

Den Konflikt, in den dadurch der einzelne geraten muß, daß seine Sittlichkeit sich real auf die vorhandene Gesellschaft, Stamm oder Staat, ideal auf die geforderte sozialisierte Menschheit gründen soll, sucht die mittelalterliche Kirche zu überbrücken. Indem sie die ideale Menschheit als Christenheit unter ihrem Zepter gleichsam verwirklichte, nahm sie den Konflikt dann auf sich, wenn der Sieg des Ideals die vorhandenen Gesellschaftsbildungen, die Träger der realen Moralität, schädigen mußte. Sie ist dabei vor Lösung von Eiden und Entführung von Mördern nicht zurückgeschreckt, wenn nur die kirchliche Autorität anerkannt wurde. Dadurch eröffnete sie das weltliche und politische Gebiet dem Einfluß der Kirche und des absoluten Ideals der echten christlichen Ethik. (Vgl. Baumgarten S. 46.)

Erst der völlige Durchbruch der moralischen Persönlichkeit im Humanismus, Reformation bis zum sittlichen Rigorismus Kants mit dem kategorischen Gesetz in uns, deckte die Kluft zwischen Moral und Politik völlig auf. Gerade die Abfassung des „*principe*“, der Forderung der Immoralität für den Staat, beweist, daß der Widerstreit fühlbar geworden war, der heute, wenn auch in gemilderter Form, für den im Namen des Staates Handelnden fortlebt.

Für den Privatmann, der sich stets in den Grenzen eines eigenen oder fremden Rechtsstaats bewegt, bleibt dieser Zwiespalt latent. Der Staat spielt für ihn die gleiche Rolle, wie nach den Zielen der mittelalterlichen Kirche die Christenheit, wie nach dem humanistisch-christlichen Ideal des Protestantismus die Menschheit — die Rolle des Trägers der ethischen Kultur. Im Frieden kann er sich diesem Ideal soweit nähern, daß ihm ethisch Staatsgemeinschaft und

Menschheit eines wird, daß er jeden Menschen gleichsam als Mitglied seines Staates betrachtet; der Krieg zeigt ihm aber, daß die Grundlage seiner Moralität eine viel engere ist.

Das Nationalgefühl ist die Phase, in der das natürliche Gemeinschaftsgefühl von der Horde ausgehend heute angelangt ist, und der Nationalstaat bildet im allgemeinen den modernen sozialen Boden, auf dessen Erhaltung und Entwicklung sich alle moralischen Grundsätze, Gefinnungen, Handlungsweisen letzten Endes beziehen lassen; oder negativ ausgedrückt, kein Wille wird von uns als gut bewertet, dessen Inhalt auf eine Schädigung des Staates abzielt, dem der Wollende angehört, auch wenn eine Förderung der Gesamtmenschheit damit verbunden wäre. Eine Selbstaufopferung des Staates zugunsten der Menschheit etwa aus Vertragstreue, die für sie ein erhaltendes Prinzip bedeutet, gilt uns für ebenso verwerflich, wie die Hingabe des Lebens für das Vaterland ruhmvoll. Die Menschheit oder genauer die verstaatlichten Menschengruppen bilden eben, wie die Individualethik ideal voraussetzt, real noch keine soziale Gemeinschaft. Freilich sind schon Uebergangsformen vorhanden. Ein Staat, der Teil eines Bundesstaates ist, handelt nach unserem sittlichen Denken zu Recht, wenn er feindliche Invasion und Verwüstung dem Abfall vom Ganzen vorzieht. Das gemeinsame Recht, die angewandte Moral, ist ein Symptom dafür, daß aus den einzelnen staatlichen Gebilden eine ethische Gemeinschaft, ein Staat geworden ist, in dem Krieg schon als Verbrechen gilt. Der Krieg weckt in jedem ein lebendiges Gefühl dafür, welcher sozialen Gruppe er angehört. Zum Beispiel wird dem Deutsch-Amerikaner heute klar, ob er seiner Gesinnung nach schon Amerikaner geworden ist oder noch nicht. Der Krieg zwingt sogar die Kirchen, ständig oder für seine Dauer einen nationalen Charakter anzunehmen.

Diese staatliche Grenze der Moralität der Staatenwelt ist aber keine starre. Schon Begriffe wie „Christenheit“, „Völker Europas“ und „Zivilisation“, für die unsere Gegner zu kämpfen vorgeben, fluten über die Landesmarken hinaus und schlingen ein loses Band um größere Gruppen. In Umrissen ist eine Universalgemeinschaft als Träger einer Moralität bereits angelegt und internationale Vereinbarungen, Friedenskonferenzen sind, wenn auch noch schwankend, Stufen zur Verwirklichung der idealen Forderung in der Staatenwelt. Für den einzelnen kommt diese Erscheinung darin zum Ausdruck, daß sein moralisches Gefühl auch den niedrigsten Südeinsulaner als Mensch und nicht mehr zu Zeiten der Sklaverei als Tier oder Sache anspricht. Die Individualmoral ist insoweit auch unter den Staaten zur Anerkennung gelangt, als keine Schädigung für ihre Existenz daraus erwächst. Ist aber das Staatsinteresse bedroht, so wird sie fast bis zum Nullpunkt aufgesogen und findet im Krieg nur noch in wenigen Einrichtungen, wie in der Genfer Konvention, einen Stützpunkt in der Wirklichkeit. Denn die Staatsgemeinschaft, nicht die Menschheit ist der reale Träger der Moralität.

*

*

Wir kehren nun zu der Frage zurück, von der wir ausgingen. Bedeutet der Gegensatz der Staatsmoral zur Individualmoral eine Teilung der Ethik in zwei Regelsysteme, von denen eines dem Staat die Macht zum Zweck setzt und die Mittel frei gibt (Scholz), oder ist der Staat auf dem Wege zum einheitlichen Ideal nur zurückgeblieben und dürfen wir von der Zukunft erhoffen, daß er den Standpunkt der Individualmoral einmal erreichen oder gar überholen wird? (v. d. Pfordten.) Aus den vorausgeschickten Betrachtungen ergibt sich die Antwort: keines von beiden. Das Ideal kennt theoretisch nur Gut und Böse ohne Unterschied, ob es sich um einzelne oder Gemeinschaften handelt, das Leben aber, die Wirklichkeit ist bedingt und der Grad der möglichen Verwirklichung des Ideals hängt von den Bedingungen dieser Welt ab. Auch ein Kunstwerk wird das Schönheitsideal nie erreichen, schon weil die dem Künstler zu Gebote stehenden stofflichen Ausdrucksmittel Grenzen haben. Diese Grenzen berücksichtigen wir aber in unserem ästhetischen Urteil und werfen einem Maler nicht vor, daß seine Schöpfungen nicht plastisch sind, und einem Bildhauer, daß die feintigen keine

Farben aufweisen. Die Grenzen der Staatsmoral beruhen nicht auf einer Unvollkommenheit des ethischen Denkens, sondern sind im Wesen des Staates zu suchen, der ohne Abgrenzung gegen andere Gemeinschaftsgruppen unmöglich ist. Wie es für den Handelnden nur eine ethische Norm geben kann, so kann für ihn auch nur eine sittliche Gemeinschaft vorhanden sein, die von ihm moralisches Verhalten fordert, und das ist in der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der Staat. Da die Individualmoral letzten Grundes die Erhaltung und Förderung des Staatswesens zum Zweck hat, so kann der sittliche Staat kein anderes Ziel als die Selbstbehauptung verfolgen. Er erkennt keine ihm übergeordnete sittliche reale Macht an, deren Forderungen selbst mit Aufhebung seiner Existenz zu erfüllen ihm Pflicht wäre. Jede Steigerung der Staatsmoral hierüber hinaus, hebt ihn als sittliche Gemeinschaft auf und läßt ihn nur als Verwaltungsorganisation bestehen, wie die Gemeinwesen eines Bundesstaates. Das setzt aber eine andere Stufe der Menschheitsentwicklung voraus, als diejenige, welche gegenwärtig besteht, wie das Vorhandensein des Krieges beweist.

Hieraus ergibt sich nun die Stellung derer, die zugleich als Individuum und im Namen eines Staates wollen und handeln, des Staatsmannes und des Soldaten. Beide sind einem ähnlichen Konflikt unterworfen, der für den Soldaten am deutlichsten zutage tritt. Nach den Grundsätzen christlicher Ethik, auf der sich die Individualmoral aufbaut, darf er höchstens in der Selbstverteidigung töten; diese liegt aber im Kriege für den einzelnen nicht immer vor. Trotzdem kann für ihn kein Zweifel darüber bestehen, daß die Erhaltung seines Staates für ihn höchste Pflicht ist, die er wollen muß. Wenn er aber den Zweck will, so muß er auch die Mittel wollen, die ihm durch die Strategie vorgeschrieben werden.

Beim Staatsmann ist die Frage mitunter schwieriger zu lösen. Auch bei ihm ist der Zweck, die Erhaltung und Förderung des Staates, der gleiche, aber die Zahl der friedlichen Mittel ist eine größere. Die Idee einer sittlichen Gesamtmenschheit fordert von ihm, daß er die beste Erreichung der Staatsziele mit möglichst geringen Verstößen gegen die Individualmoral zu vereinigen sucht. Geht das nicht, so heiligt der Zweck, wenn er tatsächlich für die Erhaltung des Staates erforderlich ist, hier allerdings die Mittel. Niemand wird einen Staatslenker für gut halten, der sich auf den rauchenden Trümmern seines Landes damit brüstet, sich niemals gegen die Normen der Ethik vergangen zu haben.

Ist nun der Gewissenskonflikt, in der ein Politiker oder Soldat geraten kann, ein tragischer? Tragik erwächst aus dem Widerstreit zweier Pflichten und ist ein ethischer Begriff (v. d. Pfordten a. a. O. S. 33 scheidet ihn als ästhetischen Begriff aus diesem Zusammenhang aus!). Der Widerstreit ist aber nur möglich, wenn beide Forderungen an den gleichen sittlichen Willen herantreten. Staatsmann und Soldat handeln aber als solche nicht nach eigenem Willen, sondern sind ausführende Organe des Staatswillens, der, auch wenn er nicht durch eine Volksvertretung zum Ausdruck gebracht wird, aus seinen Lebensbedürfnissen sich ergibt. Die Mittel, die für seine Erhaltung und Förderung notwendig sind, kommen auf Rechnung des Staates, dem er für die zweckentsprechende Wahl der Mittel verantwortlich ist. Denn Verantwortlichkeit dem gegenüber, der das Amt verliehen hat, gehört zum Begriff des Amtes, und Absolutismus und Parlamentarismus unterscheiden sich nur darin, daß jener Gott, dieser das Volk als Verleiher der Regierungsgewalt auffaßt. Man kann also Labours Wort: „Ich weiß nicht einmal, ob ich mich noch zu den Ehrenmännern zählen darf, weil ich die Einheit meines Vaterlandes gründete“ bejahen in der Voraussetzung, daß ihm andere Mittel nicht zur Wahl standen. Dann aber kann ihm ein Gewissenskonflikt nicht daraus entstehen. Denn sein Schaffen für den Staat hat ja eben den Zweck, auf den auch die Individualmoral letzten Endes abzielt; nämlich die Erhaltung der höchsten Gemeinschaftsform, die für ihn eine reale sittliche Welt darstellt: seines Vaterlandes.

Wirtschaft, Horatio!



n einprägsamer und unauslöschlicher Flammenrundschrift sollten in den Schreibstuben derer, die über uns walten, Weltgeschichte machen und Verordnungen erlassen, die Grundsätze zu lesen sein, die niemals, unter keinen Umständen, verletzt werden dürfen. Als da sind: „Fordere nie von anderen etwas, das durchzusetzen du nicht die Macht und den festen Willen hast!“ und: „Hüte dich vor denen, die sich ohne Resonanz schneuzen!“ und „Versuche nie moralische Eroberungen zu machen!“ und: „Verzichte auf die schöne Geste!“ und: „Erlaß nie Verordnungen, die den Naturgesetzen widersprechen“, so etwa: „Vom 1. Oktober ab ist bis auf weiteres die Schwerkraft und die Kausalität aufgehoben. Zuwiderhandelnde usw.“ oder: „Vom 15. September ab ist die Preisbildung verboten. An ihre Stelle tritt die Preiserzwingung, Zuwiderhandelnde usw.“

Dieser weise Rat kommt zu spät wie alles Gute. Von dem, was nach außen wirkte und nicht wirkte an Forderungen ohne Macht und Willen des Durchsehens, von den schönen Geste[n] und moralischen Eroberungen, von allem dem soll hier nicht die Rede sein, das gehört in das Gebiet der hohen Politik. Es mag hier nur einiges gesagt sein über das einen Komparativ verdienende Gebiet, auf dem bis heute 8400 Kriegsgesetze und 33 000 Verordnungen erwachsen sind, und über dessen Organisation wir in der Ruß unterrichtet werden durch den vierzehn Bogen starken „Wegweiser durch die Deutsche Kriegswirtschaft, Systematisches Verzeichnis der deutschen amtlichen und privaten Kriegswirtschafts-Organisationen sowie der übergeordneten und zusammenfassenden Organisationen der Bundesstaaten“. Uff!

Den üppigen Leiden der Zwangswirtschaft sind der Wucher, der Schleichhandel und die Schleichversorgung entsprossen, und anderes und mehr: ein Sinken der öffentlichen Moral, eine beispiellose Korruption. Wer unsere Friedens-Strafgesetze abfaßt, den Wucherer, den Dieb, den Betrüger zur Strecke bringt, anklagt, verurteilt, der kann reinen Gewissens sich seiner Pflicht getrösten, da er selbst nicht wuchert, stiehlt, betrügt. Welcher Gendarm aber, welcher Staatsanwalt, welcher Richter, der sich mit Intulpaten des Schleichhandels zu befassen hat, und wer von all den Unzähligen und Unseligen, die strenge Verordnungen gelaicht haben, oder die mit erhabenem Schwulst in Wort und Schrift auf die hehre sittliche Pflicht des Staatsbürgers hinweisen, durch Genügen an den zugewiesenen Nationen ein Beispiel zu geben, wer von allen diesen, er sei ein Hoher oder ein Veringer, ist nicht ein Uebelthäter, ein Heuchler, mindestens ein Schleichversorger? Der mit stolzem Bewußtsein an die tönende Brust schlägt, weil er der ihn betreuenden Mutter, Gattin, Haushälterin strengste Beachtung aller Gesetze und Verordnungen ein für allemal empfohlen, eingeschärft, geboten hat, und nunmehr alles Fette und Magere guten Gewissens mit stillen oder lauten Lobgesängen auf die wohlgefügte Ordnung der Dinge verzehrt, ohne Arg der reine Tor. Oder der wegen Gesundheit oder Krankheit, oder Alter oder Jugend, wegen Arbeit oder Muße, wegen Schlaf oder Schlaflosigkeit, wegen Ruhe oder Bewegung, wegen Hitze oder Kälte, wegen Trockenis oder Feuchtnis, zur Erhaltung seines für das Gemeinwesen so kostbaren Lebens Pfade der Versorgung einschlägt, deren Beschreiten zwar, wenn andere es tun, in hohem Grade verwerflich, für ihn selber aber nach seiner tiefinnersten Ueberzeugung unabweisbare sittliche Pflicht ist. Wir alten armen Sünder haben ja stets recht, vor uns selber. Korrelat der Sittlichkeit sind hohe Preise, wenn wir verkaufen, niedrige, wenn wir kaufen wollen. Wir entrüsten uns, wenn uns die Schaffnerin nicht in den besetzten Wagen einsteigen lassen will; wir entrüsten uns mit derselben so wohlthätigen Inbrunst, wenn „dieses Weiß“ in den beeengten Wagen noch einen Unglückswurm zu uns hereinläßt. So sind wir. Im Krieg wie im Frieden.

Der leidige Schleichhandel! Der Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt Dr. Müller war vor einiger Zeit so lieb zu sagen, der Schleichhandel habe insofern seine Aufgabe erfüllt, als er einen großen Teil der Bevölkerung gut über den Winter hinweggebracht habe. Da ein ungeschriebenes Gesetz besagt, daß ein jedes wahre und offene Wort mit der Dementierspritze bearbeitet werden müsse, damit es zu einem feuchten Brei werde, so berichtigte Müller dahin, er habe nur eine Tatsache feststellen, keineswegs aber den Schleichhandel billigen oder gar ihm ein Verdienst zuerkennen wollen. Na ja! Als Bismarck einmal einem Abgeordneten unangenehme Dinge gesagt hatte, meinte er nachher verfühlich, er habe den Herrn durchaus nicht beleidigen, sondern nur einer Überzeugung Ausdruck geben wollen. Was Bismarck recht war, ist Müllern billig. Wir wissen, wie's gemeint war.

Und schlimm springt des Kriegsernährungsamtes Herr Staatssekretär mit der zahmeren Schwester des Schleichhandels, der Schleichversorgung um. Keine Duldung für sie, sagt er, denn sie wirkt vergiftend auf die Moral und die kriegswirtschaftliche Pflichttreue der Erzeuger. „Wer schleicht hinter mir?“ Die jetzige geringe Fettration ist, so fährt er fort, zum guten Teil dadurch bedingt, daß die Schleichversorgung dem Erzeuger Butterpreise bezahlt, gegen die ihm die amtlich festgesetzten Höchstpreise überaus niedrig und unbillig erscheinen müssen.

Wie wahr! Besonders wenn wir z. B. sehen, wie eine Amtshauptmannschaft für die Moral und kriegswirtschaftliche Pflichttreue der deutschen Erzeuger sich heiß bemüht, indem sie polnische Butter, die „zum Brotaufstrich meist wenig geeignet“ ist, zum Preise von 36 Mark fürs Kilogramm anbietet. Der beschränkte Untertanenverstand könnte nun allerdings fragen: wie darf eine Behörde, die jede Höchstpreisüberschreitung von Amts wegen zu verfolgen hat, minderwertige Auslandsbutter zu Wucherpreisen, zum vierfachen des Höchstpreises für inländische gute Butter kaufen und verkaufen? Zwingt sie hierdurch dem deutschen Buttererzeuger die sehr verkehrte Ansicht, daß die inländischen Höchstpreise überaus niedrig und unbillig billig seien, nicht geradezu auf?

Nein doch, geliebter Erzeuger und Verbraucher! „Du mußt verstehen: aus Eins mach Zehn!“ Dies gilt fürs Ausland. Die Einfuhr teurerer polnischer Butter verletzt deutsche Rechtsgüter nicht. Denn die allgemeine Ration wird durch solche Käufe nicht verringert.

Ja so! — Wie ist es nun aber mit jenem Rinderfett, das ein Mann aus Holland einfuhrte und an einen deutschen Bürger verkaufte? Straßammer und Reichsgericht verurteilten den Käufer des nicht von einem deutschen Ochsen stammenden Fettes, das niemanden entzogen war. Fiat justitia — Tut nichts, der Jude wird verbrannt. Beispiel und Gegenbeispiel! Quid licet Jovi —

Wie mit der Butter, so mit dem Zucker! Dem deutschen Zuckersachhandel war ukrainischer Zucker zu 170 Mark für den Zentner angeboten. Die R.E.G. dagegen zahlte den unverschämten Wucherpreis von 270 Mark, sparte dabei allerdings ihrer Selbstherrlichkeit die Befragung von Vertretern des deutschen Zuckergroßhandels. Und während man deutschen Zucker zum Preise von 90—96 Pfennigen fürs Kilogramm zuteilt, wird ukrainischer Zucker zum Preis von 6,50 Mark an die Zuckerwarenfabriken abgegeben. In Deutschland hält man die Erzeugerpreise niedrig, nach dem Ausland zahlt man, was begehrt wird, und mehr. Das Geld geht aus dem Land. Zum Schutze der Valuta vermutlich! Quousque tandem — Zum Teufel, Büchmann, hör auf!

Um dem vierdimensionalen Schleichhandel ein Ende zu machen, mit dem die Schwerindustrie notgedrungen ihre Arbeiterschaft versah, wurde die „Industrieverversorgung“ begründet. Vorbedingung für die Belieferung aus diesem Institut ist die eidesstattliche Versicherung, daß das Werk vorher Lebensmittel für die Arbeiter durch Schleichhandel beschafft habe. Die Nichtgesetzesverlezer gehen leer aus. Eine staatliche Prämie auf Gesetzesübertretungen! Die Industrieverversorgung beschafft die Zusatzen Mengen an Nahrungsmitteln zu Verbraucherpreisen. Sie beansprucht demnach für sich den ganzen Großhandels- und Kleinhandelsnutzen. Und verschiebt die Waren doch lediglich auf dem Papier. Sie

bot der Arbeiterschaft einer Fabrik Rindfleisch ohne Knochen zum Preis von 22 Mark fürs Kilogramm und Schweinefleisch-Blockwurst zu 26—29 Mark an. Der Arbeiterausschuß lehnte dies vorteilhafte Geschäft ab und schrieb der Industrieberversorgung u. a. folgendes ins Stammbuch: „Wenn der Staat den sogenannten Schleichhandel unterdrückt, könnte er uns doch die aus dem Schleichhandel beschlagnahmten Waren billiger liefern; denn diese Waren kosten ja dem Staate infolge der Beschlagnahme nichts, während die Firmen früher die Schleichhandelspreise bezahlen mußten. Wie ist es denn nur menschenmöglich, daß jetzt die Industrieberversorgung diese Preise verlangt!“ Ist es der freie Handel, der hier die Waren verteuert, oder sind es die mit allerlei Gewalten ausgestatteten Beauftragten des Staates? Doch solche Verteuerung wird tausendfältig wieder eingebracht. Die Obrigkeit sorgt dafür, daß andere Gegenstände des täglichen Bedarfs, zu denen nach einer Reichsgerichtsentscheidung auch Nyrholinseife gehört, zum Schutze der Gesamtheit und zur Ermöglichung des Durchhaltens durch übermäßigen Gewinn nicht verteuert werden. Ein Angeklagter, der ein Stüchchen dieses allgemein so unentbehrlichen Schönheitsmittels für 95 statt für 80 Pfennige verkauft hatte, wurde des Kriegswuchers schuldig befunden. Von Rechts wegen! Und wie wohltuend wirkt die von Unverständigen soviel bespöttelte Ueberorganisation auf die Verbilligung gerade der edelsten Lebensmittel. Die Zentralweißrübennichtkohlrübenfauerkrautherstellungsbundvertriebsgesellschaft ist von Herzen bereit, 500 000 Pfund ihres Erzeugnisses, beste gesunde Ware, zu verschenken, wenn man ihr nur für das Pfund fünf Pfennige Unkosten vergütet. Ach, aber ach! Diese Schwalbe macht keinen Sommer. Sollte solche Freigebigkeit unter dem Zwang des veralteten und geachteten Gesetzes von Angebot und Nachfrage zustande gekommen sein?

Von den bekannt gewordenen realen Schiebungen (im Gegensatz zu solchen auf dem Papier) unreeller Beamter einer für die Kommunalverbände von vier Regierungsbezirken errichteten Einkaufsgesellschaft soll hier nicht näher die Rede sein, und nur gesagt werden, daß einzelne Gemeindevorstände sich arglos (hm!) auf Dedadressen einließen, nur um für ihre Pflegebefohlenen ja was Rechtes zu erhalten. Aus dem Brief eines Angestellten der öffentlich-rechtlichen Nahrungsmittelwirtschaft an einen Bürgermeister: „Unter Bezug auf Ihre Anfrage bei meiner Mutter (!) gestatte ich mir — (folgt Offerte auf Klippfische, Fischklöße, Fischpudding, Sardinen, Sardinen in Brühe, kondensierte Milch, getrocknete Preiselbeeren, Stodfische, Marmelade, Blockwurst, Mettwurst). Ich würde Ihnen empfehlen, Ihre Auswahl zu treffen und mir persönlich die Bestellscheine von Ihnen unterzeichnet und gestempelt an meine Adresse einzusenden. Ich werde dann nach Möglichkeit Sorge tragen, daß Ihrer Gemeinde größere Zuweisungen zugestanden werden.“ Unterschleife in großem Maßstabe waren möglich, ohne daß die Leitung der Gesellschaft sie bemerkte.

Doch dies will nicht viel bedeuten. Schauderfame Beispiele sittlicher Verwilderung auf Seite der Verbraucher! So das arme Weiblein, das im Bäckerladen bescheidenen Mundraub beging und das Brottarten-Äquivalent nicht auf dem Tische hinterließ; es mußte die Folgen tragen. Sonst als ehrsam geltende arme Frauen lesen von einem zum Teil schon umgepflügten Stoppelsfeld Ähren; Vergehen gegen die Reichsgetreideordnung: Aneignung von Brottorn ohne Abtrennung eines Abschnittes von der Brottarte. Das muß gerochen werden. Das Direktorium der Reichsgetreidestelle hat inzwischen Erwägungen darüber eingeleitet, ob in absehbarer Zeit etwa dem Gedanken näher getreten werden könne, Vorarbeiten in Aussicht zu nehmen zu einer Prüfung darüber, wo, wann und wie gegebenenfalls eine althergebrachte, bei der Bevölkerung in kirchlich-religiösen Ueberlieferungen wurzelnde Sitte zu schonen sei. Bis dahin wird gestraft.

Der Schweiß der Edeln lohnt sich für und für. Einträchtig zusammenwirkend haben irgendwo in zehn Tagen hundert Gendarmen, Hilfsgendarmen und Soldaten 46,5 Kilogramm gehämterte Kirzchen beschlagnahmt. Für den Mann und den Tag 46,5 Gramm. So werden mit glänzendem Erfolg die

gefährdeten Rechtsgüter der deutschen Nation geschützt. Milde ist nicht angebracht. Der Gerechtigkeit hat Genüge zu geschehen. Jene schwerarbeitende fünfundsiebzehnjährige Frau mit krankem sechsundsiebenzighährigen Mann, drei Söhne im Feld, versäumte es, als ihr erkranktes einziges Pferd notgeschlachtet werden mußte, ja, sie versäumte es, die Verblendete, die Zuweisung von Futterhafer beim Magistrat abzumelden. Mit Recht wollte ein Strafbefehl dies Verbrechen gegen die geheiligte Satzung mit 4000 Mark Geldstrafe ahnden, oder mit einem Jahre Gefängnis. Doch das matte Gericht setzte die Strafe auf hundert Mark herab.

Strafe! Strafe! Strafe! Dies ist der Weisheit letzter Schluß.

Voraussetzung für die Annahme des Sachwuchers ist im gemeinen Strafrecht die gewerbs- und gewohnheitsmäßige Ausbeutung der wirtschaftlichen Notlage eines andern und die Absicht der Erzielung übermäßigen Gewinnes. Im Kriegswucherrecht ist auch das vorteilhafte Einzelgeschäft als Kriegswucher strafbar, Ausbeutung nicht nötig, nur „Gefährdung des erstrebten gemeinsamen Durchhaltens“. Und dennoch „Wucher“ mit dem ganzen Odium der Verächtlichkeit, das an diesem Worte klebt, man mag aus- und unterlegen, was man will.

Eine Preis- und Gewinnberechnung, die einmal nicht genau nach den höchst klaren, niemals sich widersprechenden, niemals abweichender Interpretation zugänglichen behördlichen Vorschriften kalkuliert wurde, ist Kriegswucher. Die Tatbestandsmerkmale des Wuchers sind im Gesetz scharf umrissen, die des Kriegswuchers nicht. Du erfährst erst vom Straffenat des Reichsgerichts, ob du ein Kriegswucherer bist oder ein tadelloser Ehrenmann. So will es die Gelegenheitsgesetzgebung, die alles dem Richter überläßt, weil sie selber keine Zeit hatte zu Begriffsbestimmungen.

Wenn die Inhaber zweier Firmen, Nachbarn, dieselben Waren in denselben Mengen zu je 14 und 10 Mark für die Gewichtseinheit gekauft haben, auf den richtigen Durchschnittspreis von 12 Mark einen angemessenen Gewinn schlagen und zu dem so gebildeten Preis verkaufen, so kann der eine ein Kriegswucherer, der andere ein ehrbarer Kaufmann sein, denn entscheidend ist für die Beurteilung des Verkaufspreises als erlaubt oder unerlaubt, ob „der zahlen- und buchmäßige Nachweis dafür erbracht wird, daß die Durchschnittsberechnung vor der Forderung des Preises und erst recht vor seiner Beanstandung einwandfrei vorgenommen worden ist“. So dekretiert die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes. Nicht der Preis ist entscheidend, sondern die Tagesangabe auf einem Blatt Papier. Wer dem Staate den vortrefflichen Motor zu 18 000 Mark liefert, um 8000 Mark billiger als der Wettbewerber, der seine teinenfalls höherwertige Maschine für 26 000 Mark verkauft, gehört dem nicht Dank und Anerkennung? Ja! Sofern er, der billigere, nichts oder nur wenig oder höchstens „angemessen“ verdient. Verdient er „unangemessen“ oder „übermäßig“, dann dreimal wehe über ihn, denn vom Rechte, das nach ihm geboren ist, von dem ist leider hier die Frage! Der ehrbare Kaufmann und der Kriegsgewinnstler, der im Pfuhl als Blase in die Höhe gestiegen ist, sie werden über denselben Kamm geschoren. Und wozu der Lärm? Vater Staat steckt ja doch, mit Recht, wir gönnens ihm, den größten Teil der Gewinne als Steuer ein. Da mag er denn, so die Preise angemessen sind, sich der Gewinne Leistungsfähiger freuen und nur dafür sorgen, daß Schwindler ihren Mitbürgern nicht das Fell über die Ohren ziehen. Das Mitglied des Beirates im Kriegsernährungsamt Syndikus Georg Listle sagte irgendwo: „Das Grundprinzip der freien individualistischen Wirtschaftsordnung hat in dieser Kriegszeit einen entscheidenden Sieg errufen. Es hat sich — — — als das allein Mögliche, als das Grundprinzip jeder modernen Wirtschaftsordnung herausgestellt.“ — — — „Die allgemeine Desorganisation des Marktes — — ist erwachsen einzig und allein aus den übernormalen Ansprüchen und Forderungen derjenigen Konsumentenzreise, die durch die Preispolitik der Heeresverwaltung zu einer übernormalen Kaufkraft gelangt sind. — — — Man zählt in der Kriegsindustrie

Löhne, die etwa dem Preisstande der im Schleichhandel vertriebenen Verbrauchsgüter entsprechen, und hat nicht bedacht, daß dadurch der Schleichhandel geradezu auf allen Gebieten großgezüchtet werden muß."

Sehr richtig! Es sind nicht nur die Kriegsgewinnstler, deren Prozentum und Genußsucht die Preise hochtreibt. Auch die Löhne der Kriegsindustrie wirken mit. Unnütz zu fragen, was in dem fehlerhaften Kreis Ursache und Wirkung sei, Löhne oder Preise. Solche Wechselbeziehungen sind schon in gesunden Friedenstagern schwer zu erforschen, geschweige an dem im Fieber sich bäumenden kranken Wirtschaftskörper. Mit den Nominallöhnen steigern sich die Lebensansprüche, mit den Lebensansprüchen die Preise, mit den Preisen hinwiederum die Nominallöhne, und so geht es im ewigen Zirkel. Das Spiel begann: die Militärbehörden schlossen Wertverträge ab, die den Unternehmern die Selbstkosten mit prozentualen Zuschlägen vergüteten. Da war kein Interesse mehr an billigem Einstand. Im Gegenteil, mit den höheren Gestezungskosten stieg der Verdienst des Unternehmers, und so zog, da Arbeiter „gestragt“ waren, endloses Überbieten immer weitere Preise.

Sind die Reallohne der deutschen Arbeiterschaft im Kriege gestiegen? Sollten wir als Maßstab die rationierten Lebensmittel zugrunde legen, so wäre die Frage unbedingt zu bejahen. Doch solche Rechnungsweise ist aus naheliegenden Gründen nicht erlaubt. Der Versuch, den durch Schleichhandel gedeckten Bedarf mit einzubeziehen, muß scheitern. Das Orakel der Wissenschaft schweigt, alle Maßstäbe fehlen. Es bleiben nur die Symptome, und diese alle künden, daß, gemessen an den Preisen irgendwie erreichbarer, nach Vernunft begehrter und beschaffter Lebensmittel, die Kaufkraft der industriellen Löhne im Kriege gestiegen ist. Wer Augen hat, zu sehen, und Ohren, zu hören, der kann dies nicht bezweifeln. Durchschnitt ist nicht Verallgemeinerung.

Materiell sind die Arbeiter sehr viel besser daran als die Festbesoldeten. Berechtigte Wehklage des bayerischen Kultusministers von Knilling: „Wir treiben der völligen Proletarisierung des Beamtenstandes zu, und was das Schrecklichste ist, die Integrität wird auf eine harte Probe gestellt. Der deutsche Beamtenstand, der ehrlichste der Welt, ist in allen Schichten der Korruption ganz nahe, und man muß fast wehrlos zusehen. Alle staatliche Hilfe kann unmöglich Schritt halten mit der Verteuerung der Lebenshaltung und dem Sinken des Geldwertes.“

Es ist eine andere Art von Versuchungen, denen die Arbeiter unterliegen. Ihre Führer wissen es und steuern, wo sie können. Die Versuchung ist erwacht, die Überschätzung von Genüssen, die ihnen früher versagt waren, und die sie jetzt, hochentlohnt für schwere Arbeit, sich glauben leisten zu dürfen. In der Zukunft, daß sie niemals mehr zu verzichten brauchen.

Bekennen wir es offen: wir alle haben vor dem Kriege zu gut gelebt und uns namentlich allzu üppig ernährt, in gesteigertem Maße auch in der ersten Kriegszeit. Wie enthirnte Tauben ihre Körner picken, so lebten wir und verzehrten, was gut und teuer war, bewußtlos, gedankenlos, in den Tag hinein, als seien wir, Kinder und Kleinkinder, der vollen Töpfe versichert bis in die fernsten Aeonen. Von Wirtschaftsstruktur wußten wir nichts oder wenig. Heute muß ein jeder, der auf Bildung oder Bildung Anspruch erhebt, dreimal täglich von Valuta sprechen, von denen er wenigstens so viel weiß, daß jener Landgerichtsrat sich irrte, als er Anno dazumal bei seinem Freunde, dem Bankdirektor, Valuta, die er für ein festverzinsliches Papier hielt, sehen und kaufen wollte (ebenso irrte wie jener Regierungsassessor, der als Dombaureferent im Berichtsentwurf des Baumeisters den Ausdruck „Fiale“ in „Phiole“ umänderte, weil er einen Schreibfehler des „nur“ auf dem Realgymnasium vorgebildeten Technikers vermutete).

Wir sind alle pralle Äpfel gewesen und geknitterte Mispeln geworden. Und doch fühlen wir uns — rein physisch — wohler in unserer Haut als vor dem, mit Ausnahme des gut versorgten, höchst mißvergnügten Calcagno, dem wir jeden Tag an jeder Straßenecke begegnen. Wir sind nicht mehr schwer von

Odern, wenn wir fünf Treppen emporsteigen oder aus freier Hand den Kreuzberg erklettern. Sollten wir je einmal den Humor verlieren, ein Gang durch die Straße stellt ihn wieder her. Rechts und links prangen, appetitlich verpackt, in den reichen Auslagen die verlockendsten Dinge, als da sind: Badin, Badan, Badon, Badnur, Badsee, Badfreude, Ei-Ei, Violin, Eialei, Götterspeise, Grützwunder, Mirwas, Allerlei mit Vanille-, Zitronen-, Mandel-, Kümmer-, Erdbeer-, Baldrian-, Benzingeruch, ölfreies Salatöl, alkohol- und zuckerfreie Bowlen, Punsch und Schnäpse. Und Hunderte von anderen Köstlichkeiten. Von denen — leider, leider! — viele nicht Gnade gefunden haben vor den gestrengen Ersatzmittelstellen, so daß sie Ende September verschwunden sein werden. Doch sei nicht bange: rastlose Menschenfreunde, die obrigkeitliche Klippen zu umschiffen verstehen, werden dir noch der Herrlichkeiten genug schaffen, denn nach dem Wortlaut der Bekanntmachung vom 8. April d. Js. ist die Frage, ob und inwieweit ein Mittel tatsächlich geeignet ist, ein anderes (sic!) Lebensmittel zu ersetzen, unerheblich für seine Zuordnung zu den Ersatzmitteln. Da nach diesem Gedankengang auch ungeeignete Mittel zum Ersatz anderer (nochmals: sic!) Lebensmittel geeignet erscheinen können, so bleibt dem Finder- und Erfindergeist ein weites Feld geöffnet. Allerdings dünkt es mir recht hart, daß eine hohe Reichsbehörde auf Grund angestellter Versuche Nusschalen, Holzmehl, Lorf, Trebern, Gerberlohe nicht als Kaffee-Ersatz anerkennen wollte. Bei so glänzenden Aussichten wird denn auch das Klageklage einer Fachzeitung verstummen, die da schrieb: „Wer den Kriegerfrauen und anderen wenig mit Gütern gesegneten Müttern die Hoffnung nimmt, die rationierten Winzigkeiten des Kriegsstisches derart (d. i. mit Maun, Kreide, Gips, kohlensaurem Natron, Leim, Wasser, Farbstoff usw. Der Verf.) zu strecken, der reizt, unbewußt, mindestens zu tieffter Trostlosigkeit über das Unglück der Zeit auf.“

Was wir vor allem bedürfen, das ist Brot, Kartoffeln, Fett. Fett ist sehr, Brot und Kartoffeln sind manchmal recht knapp. Zwar die Wissenschaft bekennt von Zeit zu Zeit in bußfertigen Leitartikeln, daß sich in den Grenzzahlen des Bedarfs an Eiweiß, Fett und Kohlehydraten gründlich geirrt habe, der Maßstab sei beträchtlich zu kürzen, der Mensch könne mit einer viel bescheideneren Anzahl von Kalorien auskommen. Doch diese ex post Erkenntnis hilft uns ebensowenig wie die Weisheit Fletchers. Wenn wir nur etwas zwischen die Zähne kriegen, mit dem Rauhen wollen wir schon fertig werden! Und „breite Schichten der Bevölkerung“ sind vor dem Kriege satt geworden, ohne jemals eine Kalorie auf dem Tisch gesehen zu haben.

Der Antrag Rösides „Rationierung plus Freihandel“ hätte im Reichstage ein besseres Schicksal verdient. Sein Vorschlag war unbehaglich, daher „inopportun“, folglich „undurchführbar“. So scheiterte vor dem Kriege das Arbeitskammergesetz, weil die Beteiligung der Gewerkschaftsbeamten unbehaglich, inopportun, undurchführbar erschien. Auf einmal ging es. Die Sonnenpferde der Zwangswirtschaft rasen unaufhaltbar dahin. Wer mag und kann die schäumenden in die Zügel fassen und sie sacht zurückleiten? Mögen sie mit goldenen Hufen alles Zeitliche zerstampfen, wenn wir nur ein ewiges in Ragnarök hinüberretten, das unüberwältliche Bewußtsein: Die Regierung irrt nie!

So schleiche denn auch der alte ehrliche Schleichhandel weiter. Er gehört zur Zwangswirtschaft, so sagt die „Deutsche Handelsmarke“, wie der Gestank zur Fäulnis. Dies ist ein häßlicher Vergleich. Sagen wir lieber: wie zur Rose der Duft, der Dedel zum Löff, zum Zipfel die Wurst.

Funtus.



Die Entwertung des Geldes

Von Dr. jur. und phil. Dalberg



ohl wenige Erscheinungen der Kriegswirtschaft haben so stark die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen, wie die Tatsache, daß die Einheit unserer Währung, die Mark, heute nur ein halb oder ein Drittel so viel Waren zu kaufen vermag wie vor dem Kriege. Mit Recht spricht man von einer Entwertung des Geldes.

Die Wirkung dieser schon in früheren Kriegszeiten beobachteten Erscheinung auf die einzelnen Bevölkerungsklassen ist eine ganz verschiedene. Während alle Besitzer von Waren und Produktionsmitteln erheblichen Vorteil daraus ziehen, da ihr Besitz, in Mark ausgedrückt, im Werte ansteigt, sind die Besitzer von Forderungsberechtigungen, die Hypothekengläubiger, die Eigentümer von Staatspapieren, Kommunalanleihen, Industrieobligationen, aufs schwerste geschädigt, da ihr Besitz zwar, in Mark ausgedrückt, noch denselben Ertrag bringt, dieser Ertrag aber zu den gestiegenen Preisen nur eine viel geringere Menge an Gütern zu kaufen fähig ist, und demgemäß nicht mehr die Beibehaltung früherer Lebensgewohnheiten ermöglicht. Dies ist um so schwerwiegender, als viele Vermögen, gerade um sie so sicher zu stellen wie möglich, mündelsicher in Staatspapieren oder Hypotheken angelegt sind oder sogar kraft gesetzlicher Vorschrift angelegt werden mußten und als gerade Witwen und Waisen nun ohne ihre Schuld ihren Kapitalertrag entwertet sehen. Was die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung anlangt, so passen diese sich der Geldentwertung an, wenn auch in verschiedenem Maße und in verschiedenem Tempo. Während die Arbeitslöhne sehr stark und wohl im allgemeinen entsprechend der Geldentwertung angestiegen sind, sind die Angestellten-Einkommen durchaus nicht so stark gestiegen, und am wenigsten ist das der Fall bei den Beamtengehältern.

Um nun klar zu sehen, ob es Hilfsmittel gegen diese bedrohliche soziale Umschichtung gibt, ist eine Untersuchung geboten, auf welchen Gründen sie beruht. Hier zeigt sich ein weitgehender Zwiespalt der Meinungen. Während ein Teil der Wirtschaftspolitiker den Grund lediglich in den veränderten Verhältnissen der Warenwirtschaft erblickt, in der Aufzehrung und entsprechendem Minderangebot von Waren, das die Preise treibt, steht der größere Teil der Autoren, die sich zu der Frage geäußert haben, auf dem Standpunkt, daß die Geldpolitik im Kriege der größte Teil der Verantwortung trifft, da diese durch uferlose Vermehrung des Papiergeldes die Golddeckung der Noten verschlechtert habe, oder daß sie dadurch eine zusätzliche Kaufkraft, eine Nachfrage nach Gütern geschaffen habe, die aus der Wirtschaft selbst heraus keine Berechtigung habe, und immer weitergehende Preiserhöhungen nach sich ziehe. Beide Ansichten erscheinen nicht zutreffend.

Wohl ist es richtig, daß die Verminderung unserer Warenbestände im Kriege und der Mangel ausreichender Zufuhr von außen stark mitspricht, aber daneben muß doch erklärt werden, wie es möglich ist, daß der sich aus verringertem Angebot ergebenden Tendenz zur Preiserhöhung auch von der Käuferseite aus ausgesprochen werden und die höheren Preise auch bewilligt und bezahlt werden können. Wenn man diesem Problem nachgeht, so muß man, wie ich in meinem neuen Buche „Die Entwertung des Geldes“*) eingehend dargelegt habe, zu dem Ergebnis kommen, daß die Erklärung, welche dem vermehrten Papiergeld die Schuld zuschiebt, und die sich gern des Schlagwortes der Inflation bedient, an der Oberfläche der Erscheinungen haften bleibt.

Der letzte Grund, welcher die Nachfrage den steigenden Preistendenzen des verminderten Angebots folgen läßt, liegt in der Kreditanspannung des Reiches

*) Dalberg, „Die Entwertung des Geldes“. Eine Untersuchung der Einwirkungen von Kreditanspannung und Geldumlauf auf Preisniveau und Salustand mit besonderer Rücksicht auf Kriegs- und Übergangswirtschaft. Berlin 1918.

im Kriege. Nur als Teil und Ausfluß der Kreditanspannung ist auch die vorhandene Geldmenge zu würdigen. Indem der Staat seinen Kredit anspannt und Schulden eingeht, sei es bei der Reichsbank in Form von Wechseln, sei es bei den Privaten in Form von Kriegsanleihen und Schatzanweisungen, erwirbt er immer erneut Geldsummen, sei es in Form von Banknoten oder von Bankguthaben, die ihn in die Lage setzen, immer erneut die Geldanforderungen der Kriegsführung zu befriedigen. Diese aus der Kreditanspannung herrührende zusätzliche Kaufkraft ist es, welche die Preise treibt, da der daraus sich ergebenden praktisch unbegrenzten Nachfrage ein begrenztes Warenangebot gegenübersteht. Nun ist gesagt worden, daß die Geldsummen, die der Staat durch Kriegsanleihen aus dem privaten Verkehr herauszieht, ja für den Privaten nicht mehr verfügbar sind, und somit durch diese bloße Verschiebung der Gelder keine Preissteigerung eintreten könne. Das ist aber ein Trugschluß, in dem nur ein Körnchen Wahrheit steckt. Die Privaten tauschen doch ihren Gelbbesitz um in Anleiheforderungen, und diese Anleiheforderungen rechnen sie zu ihrem Vermögen. Das Vermögen ist aber die Grundlage der Kaufkraft, und wenn ein Mann, der etwa nur Kriegsanleihen besitzt, einen Warenkauf machen will, so ist bei der heutigen Bankorganisation für ihn nichts leichter, als seine Anleihe zu verkaufen oder zu beleihen und so viel Waren zu kaufen wie er will. Wohl ist die Tatsache, daß er Kriegsanleihe zeichnet, ein Symptom dafür, daß er vorläufig keine größeren Ankäufe von Gütern beabsichtigt, aber dies ist ihm doch in keiner Weise unmöglich, und außerdem kann er mit den fortlaufenden Zinserträgen seiner Anleihen immer erneut Nachfrage ausüben und so zur Preissteigerung beitragen. Durch seine im Kredit wurzelnde Kaufkraft vermittelt nun weiter der Staat allen an der Kriegswirtschaft beteiligten Schichten gesteigerte Einkommen; das Geld fließt vom Staat an die Kriegsmaterialproduzenten, von diesen weiter an die Rohproduktbesitzer, an Arbeiter und Angestellte, und von diesen an die Lebensmittelverkäufer usw., bis es durch tausende kleiner Kanäle wieder bei den Banken zusammenfließt und vorwiegend mittels der Kriegsanleihen an den Staat zurückgeleitet wird. Die Erfahrung zeigt, daß bei diesem Kreislauf des Geldes im Kriege alle Beteiligten gut verdienen und in die Lage gesetzt werden, für ihre Bedürfnisse höhere Preise anzulegen, die sich wellenartig auf die ganze Volkswirtschaft ausbreiten.

Nach allem ist es also ein Irrtum anzunehmen, daß man durch künstliche Verkürzung der Geldmenge das Übel bessern könnte; entweder wären Produktionskrise die Folge oder die Schaffung von Ersatzgeld (z. B. von Städten, Straßenbahnen), auch die viel empfohlene Hebung des bargeldlosen Verkehrs vermag in dieser Hinsicht nichts auszurichten. Wenn man theoretisch annähme, daß alle Umsätze bargeldlos beglichen würden durch Umschreibung auf zentralen Bankkonten, so blieben doch immer noch die preistreibenden Ursachen, wie oben geschildert, bestehen. Auch die Aufsaugung des Geldes durch Kriegsanleihen ist wohl ein durchaus zweckmäßiges Verfahren, vermag aber doch der Geldentwertung nicht wirksam beizukommen, da sie das fiktive, nur in Papierforderungen an den Staat bestehende Kapital, bestehen läßt, und also die Grundlage der Kaufkraft nicht verengt. Als wirksamstes Mittel kann nur scharfe, direkte Besteuerung angesehen werden, wie solche ja durch die verschiedenen Kriegssteuern in Angriff genommen ist. Diese Besteuerung löst das fiktive Kapital wieder auf und nimmt den Privaten einen Teil der im Kriege erworbenen zusätzlichen Kaufkraft wieder weg, leitet sie endgültig an den Staat zurück, von dem sie ausgegangen ist. Diese Besteuerung, die die Aufblähung des Wirtschaftslebens durch den Kredit (die Kreditinflation) mildert, wirkt also einmal unmittelbar einer Tendenz weiterer Preissteigerung entgegen und bahnt sogar für die Zukunft einen Abbau des Preisniveaus an; zum anderen wirkt sie, wenn in Form der Kriegsteuer erfolgend, ausgleichend gegen die im Kriege erfolgten und allseitig als unbillig empfundenen starken Verschiebungen der Vermögenslage.

Wenn man nun auch theoretisch der Ansicht sein könnte, daß eine völlige Deckung der Kriegsausgaben durch Steuern von vornherein die heutige Preis-

entwicklung unmöglich gemacht hätte, so wird man dem aber praktisch entgegenhalten müssen, daß das nicht ausführbar gewesen wäre, und daß es nötig war, zunächst die heimische Arbeit, ohne sie mit Steuern und zu scharfen Preiskalkulationen zu schrecken, in die angespannte Kriegstätigkeit einzuführen, die wir zur erfolgreichen Bewältigung der Riesenschwierigkeiten eines Kampfes gegen die Welt brauchten. Es war gewissermaßen zunächst das kleinere Übel, durch staatliche Finanzpolitik eine allgemeine Preißeigerung zu begünstigen gegenüber einer nicht voll zu Kriegszwecken ausgenutzten Volkskraft. Die Verhältnisse liegen nicht so einfach, wie es nach diesen Ausführungen scheinen möchte; doch glaube ich auch die gegenteiligen Ansichten in meiner oben erwähnten Schrift eingehend gewürdigt und ihre Argumente widerlegt zu haben.



Randglossen zum Tage

An den Herausgeber



un, unsere Staatsmänner haben die Sprache gefunden und die Streithämmer und neunmalgescheiterten Überkritiker haben sie vorläufig verloren. Dem Ochsen, der da leeres Stroh drischt, ist das Maul verbunden. Ob er's leiden mag, oder nicht, der Spießer, was ihm nächst Hamstern und Reiden das Liebste, war, mit hochgezogenen Augenbrauen von sich zu geben, was ihm ein Herr erzählt hat, dessen Better eine Frau hat, die einmal beinahe in derselben Straße gewohnt hätte, wie eine Dame, die vor zwanzig Jahren fast einen Generalstabsoffizier geheiratet hätte, wenn er sich um sie beworben hätte, — der Spießer muß jetzt das Maul halten, wenn er nicht etwas so bestimmt weiß, daß er's beweisen kann. Es hat sich ausgeraut. Er wird seufzen und sagen: Hier geht's ja jetzt beinahe so streng zu wie in Amerika. Das ist aber nicht wahr, denn er, der deutsche Spießer mit dem labilen Maulwerk, hätte im freien Lande Wilsons längst zehn Jahre Rittchen weg, oder wäre in einem Kostüm von Leer und Federn auf einer Wagendeichsel zum Städtchen hinausgeritten. Nur eins fehlt an der neuen Bestimmung: „Anonymes, Papierkorb“. Darüber fällt mir ein, daß der Diplomat, dessen Heiratsgesuch hier gebührend glossiert ward — denn es stand ja in der Frankfurter Zeitung und mußte bis auf Gegenbeweis für echt gehalten werden —, nach offizieller feierlicher Feststellung nicht existiert. Es hat sich also jemand mit der Frankfurter und dem Publico und den Diplomaten einen Witz gemacht, der ihm die Inseratengebühr wert war. Oder jemand mit minderen Vorzügen hat sich, um auf ahnungslose Jungfrauen besonders anziehend zu wirken, Diplomaten-eigenschaft beigelegt, was wieder ein Kompliment für die Diplomaten ist. Also: Vorsicht, Kriegsgewinnlertöchter! Papa soll erst eine Detektei in Bewegung setzen, ehe es zu spät ist und soll keinen Diplomaten im Sack kaufen. Ein amtliches Dementi eines Heiratsinferates, das ist auf dem Gebiet der Publizistik, das im heutigen Hochbetrieb täglich etwas Unerwartetes bietet, jedenfalls das Noch-nicht-dagewesenste. Wir sind eben ein ernstes Volk und die Frivolität findet bei uns keinen Boden. Sonst wäre die Geschichte mit einem Gelächter der Beteiligten und Unbeteiligten erledigt gewesen. Wären wir nicht so ernsthaft, hätten sich weniger gute Leute und schlechte politische Musikanten in der Welt von der Propaganda gegen uns einfangen lassen. Wer die Franzosen nicht näher kennt, dem sind sie sympathisch, weil Grazie, Heiterkeit und Frechheit anziehend und vortreffliche Masken für böseartige Politik sind. Franzosen und Amerikaner berühren sich darin, daß ihnen alles, auch das Ernsteste, leicht und schnell zum Witz wird. Nur ein amerikanischer

Zeitungsschreiber konnte das Aufgehängtwerden eines Menschen mit der allitterierenden Witz-Überschrift bringen „Jerked to Jesus“ und ein Franzose würde den Geist dieses fremden Witzes zuerst erfassen. Uns gibt das einen Schock. Mit dem Engländer versteht sich der Yankee sofort und tief, wo die religiöse und sittliche Heuchelei ins Spiel kommt. Wir stehen außerhalb der beiden Paradiese, desjenigen der Frivolität und desjenigen der Heuchelei. Darum haben wir auch so wenig Glück in der Propaganda, müssen es immer und immer mit der positiven Leistung machen und auf die Anständigkeit und Ehrlichkeit in der Welt hoffen.

Inzwischen dementieren wir diplomatische Heiratsgesuche und freuen uns, daß die Reutötter des häuslichen Kleinrieges im Ernst dieser Stunde verstummt sind. Der Sommer meteorologischen Witzvergnügens wird bald unter gelben Blättern vergraben sein. Morgens und abends rückt empfindliche Kühle die Witzgriffe der Kohlenversorgung vor die ahnende Seele und außer durch die kühlen Vorherbsttage wirft der fünfte Kriegswinter seine Schatten voraus in Gestalt zunehmenden Gedränges in Theatern und Kinos und in zunehmender Kühnheit der Zerschmetterung, die die Entente in Wort und Schrift an uns verübt. Nie waren wir so zerschmettert, zertrampelt, in Stücke gerissen, den Hundstagen zum Fraße vorgeworfen, wie jetzt, da die Feinde endlich und unwiderruflich die Ernte in die Scheune bringen wollen. Alle Räder der Verbandsmaschinerie surren, das ganze Getriebe raffelt, bröhnt, poltert, stampft — alles, um das deutsche Gemüt noch vor dem Winter klein, zag, matt und schwach zu machen. Alles muß heran: von der großen, staatsmännischen, rednerischen Dampfwalze bis zum kleinsten, unscheinbarsten Straßeneinsatz in einem subventionierten pseudoneutralen Blättchen, aufgeblasene Seeresberichte, rollende Rubel, Sovereigns, Dollars und andere Münzsorten zu Millionen, alles unterstützt von dem ganzen entfesselten militärischen Apparat — und die Zielscheibe ist die deutsche Seele. Ehe die letzten Blätter von den Bäumen geweht sind, soll sie endgültig erschlaft sein, diese merkwürdige deutsche Seele, die so zäh und geduldig, so reizbar und kritisch, so streitsüchtig und uneinig und doch so fest und unerschöpflich in ihrer Stärke ist. Die der Menschheit in allen Wissenschaften und Künsten das Tiefste gegeben hat und ihr Verkehrsmittel und Instrumente schenkte, mit denen erst die moderne Oberflächenkultur errichtet werden konnte. Die die schönsten Märchen und die furchtbarsten Geschöpfe schuf. Die das, was sie nicht selbst schuf, so klug verbesserte, daß es neugeschaffen in den Gebrauch der Völker überging. Die die meiste Arbeit aus sich heraustrieb, die irgendwo auf Erden geleistet wurde, und es doch nicht zuließ, daß der Mensch, der ihr Gefäß war, in der Arbeit zum Sklaven und zur Maschine wurde, wie die Arbeitsmenschen anderer Völker. Die deutsche Seele, die in dem schlummernden Märchenleben kleiner alter Städtchen wohnt, wie vor hundert Jahren, die ihre stillen, ephemerüberspannten Winkel mit alten Gassen, Häusern und Burgen unberührt hielt und Großstädte so schnell heranwachsen ließ, wie die seelenlose neue Welt. Die im verborgenen Bauerndorf alten Brauch und malerische Tracht nicht verloren gehen ließ und im Dampfer „Waterland“ den ungeheuersten, luxuriösesten schwimmenden Palast schuf, den je der Ozean trug. Die — in dem Ansturm einer tollgewordenen Welt, in der Hölle der blutigsten, entsetzlichsten Kämpfe nicht schwach wird, weil sie, rätselhafteste, reichste, tiefste Seele, das reichste Erbe des Weltgeistes zu verwalten hat. In diesem Sinne!

Ihr

Nemo



Neue Bücher

Dr. Karl Riefel, „*Petershüttly, ein Friedensziel in den Vogesen*“, mit 16 Textbildern und 10 Tafeln. Dietrich Reimer (Ernst Vohsen). Berlin 1918. 216 Seiten. Preis geb. 8 Mf.

Es war schon längst eine bekannte geschichtliche Tatsache, die man namentlich an der Alpengrenze gemacht hatte, daß ein Meer leicht über den steil abfallenden Gebirgskamm in die Ebene, aber nur schwer über schräg abfallendes Gebirge in die dahinter liegende Hochebene eindringen kann. Doch daß Deutschland die ungünstige steile Vogesengrenze, Frankreich die schräg abfallende besitzt, war ganz unbeachtet geblieben. An der rumänisch-siebenbürgischen Grenze lag die Sache ähnlich zugunsten Rumäniens, und der Friede von Bukarest hat hier die entsprechende Verbesserung vorgenommen.

Da ist es nun ein Verdienst des Verfassers nachgewiesen zu haben, daß der Vogesenkamm niemals die Rolle einer Grenze gespielt hat, die ihm durch den Frankfurter Frieden zugemutet wurde. Der poetische Name Petershüttly bildet die Bezeichnung einer Alm etwa 10 Kilometer südlich Gerardmer und 10 Kilometer westlich Hohenack auf der westlichen Vogesenabdachung. Aber es handelt sich nicht nur um Petershüttly, sondern um die ganze westliche Abdachung etwa 12 bis 15 Kilometer von der Kammgrenze. Der Verfasser weist nach, wie über beinahe neun Jahrhunderte von der Karolingerzeit an die Hirten des Münstertales über den Kamm hinaus ihre Weiden im Gebiete der Mosel- und Wörthquelle hatten. Daneben bestand im Quellgebiete der Mosel der von Lothringen ziemlich unabhängige Ordensstaat von Reimersberg. Nur das Eingreifen der Lothringischen Herzöge verhinderte, daß der natürlichen Entwicklung entsprechend diese Gebiete auch politisch an das Münstertal angegliedert wurden.

Hat der Krieg deutlich gezeigt, daß das Oberelsaß militärisch eines besseren Schutzes bedarf, als sie ihm der Vogesenkamm darbot, so finden wir hier den überzeugenden Nachweis, daß der Kamm überhaupt keine geeignete Grenze bildet, sondern die Gebiete östlich und westlich des Kammes volkswirtschaftlich zusammengehören, wie es schon seit Jahrhunderten der Fall gewesen ist. Demgemäß hat denn auch die Bevölkerung in dem oberlothringischen Vogesendreieck mit dem Franzosentum herzlich wenig zu tun, wie denn auch ihre Sprache eher an das Rätioromanische der Graubündner als an das Französische erinnert. Von jeher hat sich aber, dem wirtschaftlichen Zusammenhange entsprechend, ein breiter Strom von Einwanderern aus dem Oberelsaß nach dem Quellgebiete von Mosel und Wörth ergossen.

Die fesselnde Darstellung des Verfassers liefert den überzeugenden Beweis, wenn es eines solchen nach den militärischen Ergebnissen noch bedürfte, daß die bisherige Grenze zwischen Deutschland und Frankreich auf dem Vogesenkamme eine verfehlte war. Mit Recht hat er daher an die Spitze als Leitwort den Satz Balfours an Wilson gestellt: „Die bisherigen Ursachen internationaler Unruhen müßten soweit als möglich beseitigt oder abgeschwächt werden.“ Möge in diesem Sinne auch dem Petershüttly der Erfolg beschieden sein.

Professor Dr. Conrad Bornhak

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Bichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.

Fernsprecher des Herausgebers: Amt Bichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Sögelow 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 88/87.



Was wollen die Polen?

Don Georg Kleinow



er vor dem Kriege noch nicht Skeptiker war, sollte es während des Krieges geworden sein. Ohne eine starke Dosis Skepsis ist heute die Lektüre der Zeitungsnachrichten, soweit sie sich mit politischen Fragen befassen, noch gefährlicher wie in normalen Zeiten. Das Nachrichten-Durcheinander in der polnischen Frage war besonders geeignet, die lesende Welt zu Skeptikern zu erziehen.

Vor etwa vier Wochen konnte es dem den polnischen Dingen Fernerstehenden scheinen, als sei die Polenfrage durch den Willen einiger klar blickender Männer hüben und drüben endlich auf den rechten Weg gebracht. Infolge der recht optimistisch gehaltenen Telegramme aus dem Großen Hauptquartier und entsprechender Äußerungen, die nur aus der Wilhelmstraße stammen konnten, ging sogar ein gewisses Aufatmen durch das Zeitung lesende Publikum.

Als Herr von Hinge nach Wien reiste, blieb Berlin mit der Hoffnung zurück, daß an der Donau alles in schönste Ordnung gebracht werden würde. Nun ist der neue Herr des Auswärtigen Amtes längst wieder in Berlin und — Optimisten glauben, es werde weiter verhandelt, in ihrem Glauben gestärkt durch die völlig unorientierten Artikel des Herrn Dombrowski im „Berliner Tageblatt“. Ich bin in allen polnischen Dingen immer gut gefahren, wenn ich Mitteilungen über polnische Entschlüsse zunächst mit größter Vorsicht aufnahm und solchen Mitteilungen überhaupt nicht glaubte, sofern sie von einer Annäherung der Polen an Deutschland erzählten. Und — ich bin damit gut gefahren und habe auch in den letzten Wochen eine Enttäuschung nicht erlebt. Gegenwärtig wird wegen der Lösung der Polenfrage nicht verhandelt! Einmal würde die Regierungskrise in Warschau solche Verhandlungen ohne weiteres unterbrochen haben, dann aber bedarf es vor allen Dingen einer Zustimmung Österreich-Ungarns zu Verhandlungen unter Ausschaltung der austro-polnischen Lösung. Diese Zustimmung ist nicht da. In Wien wird aber ein Memorandum ausgearbeitet, das Vorschläge für neue Grundlagen zu Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bringen soll. Wird aber nicht verhandelt, so ist anzunehmen, daß in gewissen Amtsstuben in

Warschau und Berlin tiefes Sinnen darüber herrscht, warum es wohl wieder einmal nichts mit der „Lösung der Polenfrage“ geworden ist. (Eigentlich ist die Frage sehr einfach zu beantworten, wenn man nur nicht überliest, daß die polnische Frage nicht mit einer Winterbirne verwechselt werden darf. Die Winterbirne wird vom Baum genommen, ehe sie reif ist; die Reife erhält sie bei pfleglicher Behandlung im Keller! — die Polenfrage muß dagegen völlig reif am Baum sein, ehe sie mit Nutzen abgenommen werden kann. Und die Polenfrage ist noch nicht reif, sie bedarf wohl gar noch einiger Nachfröste, ehe sie für Europa verdaulich wird.)

Es sei versucht, die wichtigsten, nicht alle Gründe für die neueste Enttäuschung darzulegen.

Wie waren doch die äußeren Vorgänge? Während der Verhandlungen in Brest-Litowsk versuchte die polnische Regierung, wie wir uns erinnern, Teilnehmer daran zu werden. Herr von Kühlmann scheint ihr auch entsprechendes Entgegenkommen gezeigt zu haben. Schließlich ist es nicht dazu gekommen: Herr von Kühlmann stattete vielmehr einen Besuch in Warschau ab und hat sich dort über die Wünsche der Polen unterrichten lassen. Dann folgten ziemlich schnell aufeinander der Abschluß des Friedens mit der Ukraine, der den Polen das Cholmer Land und Gebiete weiter nördlich abspach, und die große deutsche Frühjahrsoffensive, die unsere Linien so schnell nach Westen vorstieß. Die polnische Regierung reagierte auf den ersten Akt durch den Rücktritt des Kabinetts Rucharszewski und auf den zweiten durch die Note vom 29. April, in der sie dem Wunsch einer engen Verbindung mit Deutschland Ausdruck gab. Beide Äußerungen der polnischen Regierung wurden von uns sehr ernst behandelt. Das hätte für die Polen eigentlich das sicherste Zeichen sein müssen, daß die deutsche Regierung durchaus loyal und wohlwollend an der Aite vom 5. November 1916 festhält, und daß sie nicht — wie ihr von polnischer Seite vielfach untergeschoben wird — auf einen Anlaß wartet, jene, wir dürfen es unumwunden aussprechen, sehr unbequeme Festlegung ihrer Politik zu beseitigen. Bald nach Übermittlung der Note in Berlin und Wien erkrankte der neue Ministerpräsident Steczkowski, der mit dem Inhalt der Note nicht einverstanden war, so ernsthaft, daß er es vorzog, den ganzen Sommer in einem galizischen Bade zuzubringen. Die wichtigsten Verhandlungen führte in Warschau Prinz Janusz Radziwill, in Berlin Graf Ronikier im Sinne eines Zusammengehens mit Deutschland, während Graf Przegbiecki sie in Wien in österreichischem Sinne behandelte. So nahte der August und der fünfte Jahrestag des Kriegsausbruches heran. Im Augenblick, wo Prinz Radziwill bereit schien, mit der deutschen Regierung abzuschließen, und er daher ins Große Hauptquartier eingeladen ward, trat an unserer Westfront der jähe Wechsel ein, der Hindenburg zwang, die Errungenschaften seiner Angriffsschlachten an Bodengewinn aufzugeben und den Entschluß zu fassen, die Armee auf die Linien zurückzunehmen, die die Ausgangsstellung der Märzoffensive gebildet hatten. Aus dem Großen Hauptquartier geht Radziwill nach Wien und Kraslau, während dort Kaiser Karl und Graf Burian eintreffen. Dann geht Herr von Hinz nach Wien und kehrt daher zurück mit dem Bekenntnis, daß nichts spruchreif geworden sei. In Warschau bereitet sich inzwischen ein Kabinettswechsel vor, der den Prinzen Radziwill zum Ministerpräsidenten machen soll. Die „Nowa Gazeta“, nicht das Blatt der Linken, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ihren

Lesern vermittelt, sondern das Blatt der jüdischen Assimilatoren, der jüdischen freisinnigen Bankrotte, widmet den beiden scheitenden und dem kommenden Kabinett folgende beachtenswerten Worte: „Das Kabinett Stęczyński ging aus eigener Ohnmacht zugrunde, es ist von derselben Krankheit wie das Kabinett Rucharszewski hinweggerafft worden. Beide Kabinette haben kein deutliches politisches Programm gehabt. Beide vereinigten in sich Männer von auseinanderlaufenden Bestrebungen. Noch ein Merkmal ist beiden Kabinetten eigen: das mangelnde Verständnis dafür, daß eine unerläßliche Bedingung für das Bestehen einer jeden Regierung das Vertrauen der Nation bildet. Deshalb geht Stęczyński, ebensowenig bedauert wie seinerzeit Rucharszewski. Jetzt war es an der Zeit, die Bildung eines Ministeriums zu versuchen, das die im Lande vorhandenen politischen Richtungen zusammenfaßt. Doch darf man annehmen, daß auch das dritte Kabinett nach den bisherigen Mustern aufgebaut sein wird.“

Sonach würde also ein Ministerium Radziwiłł nicht imstande sein, „die im Lande vorhandenen Richtungen“ zusammenzufassen? Auf wen stützt sich Radziwiłł? Die Frage zu stellen ist wichtig, weil Prinz Radziwiłł der deutschen Regierung als diejenige Persönlichkeit gilt, die den festen Willen und auch den Einfluß besitzen soll, das werdende Polen mit dem Deutschen Reiche zusammenzuführen, obwohl seine bestimmten Versicherungen vor zwei Jahren, daß Polen nach der Selbständigkeitsklärung eine Million Soldaten stellen werde, sich nicht verwirklicht haben.

Prinz Radziwiłł ist Aktivist. Das will sagen, daß er zu jener kleinen Schar tapferer Männer gehört, die nach dem Rückzuge der Russen aus Polen nicht mit gefalteten Händen dabeistehen wollten, während deutsche Offiziere und Beamte einen polnischen Staat organisierten. Prinz Radziwiłł ist der Organisator und Chef der mustergültigen Warschauer Miliz, deren Vorhandensein es der deutschen Besatzung ermöglichte, von vornherein auf mancherlei Härten zu verzichten, die sonst einer eroberten Stadt gegenüber am Plage sind. Radziwiłł ist ein Mann der Tat, der den Nutzen seines Volkes gegenüber der Besatzung sehr wohl wahrzunehmen versteht und auch nicht davor zurückschreckt, mit kühnen List zu gewinnen, was zu erreichen sonst nicht in seiner Macht stünde. Im übrigen ist er einer der begütertesten Magnaten Polens, und seine Familie hat ausgedehnte Besitzungen in der Ukraina, in Litauen und Weißrußland. Er ist somit wirtschaftlich und sozial ein Vertreter des Großgrundbesitzes. Parteimäßig wird man ihn am richtigsten einer konservativ-klerikalen Gruppe zurechnen dürfen, die vor dem Kriege dank der Einwirkungen der russischen Politik immer mehr aufgelöst wurde von einer Partei der reinen Wirtschaftsinteressen, die des Schutzes des Staates, damals des russischen, bedurfte. Die klerikalen Neigungen und Beziehungen schufen mancherlei Verbindungen zu Krakau, Wien und Rom, — der wirtschaftliche Konservatismus verhinderte dabei aber doch das Entstehen einer lebhafteren Hinnäherung zu Galizien und Österreich. Dieser innere Zwiespalt in dem gekennzeichneten Kreise erklärt seine Ohnmacht. Der wirtschaftliche Konservatismus mag es sein, der Männer wie Radziwiłł, Fürst Lubomirski, Graf Ronikier und andere für die Idee des engeren Zusammenhanges mit Deutschland in erster Linie vorbereitet hat. Die klerikalen Verbindungen sind in dieser Richtung

eher hinderlich als nützlich. Die polnischen Bischöfe, mit Einschluß, wenn nicht unter Führung des Erzbischofs Ratowski, standen den Besatzungsmächten, insbesondere der deutschen Besatzung, bis in die jüngste Zeit geradezu feindselig gegenüber.

Der polnische Klerus befand sich vor dem Kriege in einer Krise, die so schwer war, daß die mächtige Organisation der katholischen Kirche in Polen in Gefahr geriet, durch das Zusammenwirken des staatlichen, russischen und sozialen Radikalismus zerrieben zu werden. Die niedere Geistlichkeit, die noch Einfluß auf die bäuerlichen Massen hatte, mußte in allen Wirtschaftsfragen radikal mit den Sozialisten und gegen den kirchlich gesinnten Großgrundbesitz gehen. Da aber die russischen Staatsorgane den Agrarradikalismus gegen die polnischen Herren unterstützen mußten, verlor der Geistliche, also auch der Bischof, der sich dennoch auf die Seite der Bauern stellte, jeden Einfluß. Vor dieser Gefahr suchte der polnische Episkopat die katholische Kirche vor allen Dingen durch peinlich bewahrte Korrektheit gegen die russische Regierung zu bewahren, was ihn von vornherein in einen tiefen Gegensatz zur deutschen Besatzungsmacht bringen mußte, die aus praktischen Gründen der Wirtschaft, aber auch aus verwaltungstechnischen Gründen ihren Einfluß mit Hilfe des Großgrundbesitzes zu festigen suchte. Erst im abgelaufenen Sommer vollzieht sich ziemlich unvermittelt eine Wandlung zur Versöhnlichkeit beim Klerus, nachdem die Bischöfe ihren Widerstand gegen eine politische Konzentrierung der wirtschaftlich führenden Klassen aufgegeben hatten. Der unter österreichisch-ungarischer Zensur in Lublin erscheinende „Dziennik Lubelski“ Nr. 286 vom 21. Juli d. J. führt diesen Stimmungsumschwung auf den Besuch des päpstlichen Delegaten Achilleo Ratti in Polen zurück und stellt fest, daß der polnische Episkopat „von einem dem Aktivismus feindlichen Standpunkte zu einer Politik übergeht, die Deutschland und Österreich gegenüber ausgesprochen freundlich ist.“

Dieser Frontwechsel des Episkopats wurde und wird wohl auch noch bei der deutschen Verwaltung in Warschau als eine erfreuliche Erscheinung aufgefaßt, weil er eine wichtige Änderung in der Haltung des Interparteilichen Klubs zur Folge hatte. Anderenfalls wäre ein hochoffiziöser Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ von Paul Roth, der diese Schwenkung begrüßt und im „Monitor Polski“ lebhaften Widerhall hervorrief, nicht recht verständlich.

Der Interparteiliche Klub ist eine Sammlung politisch heterogener Elemente, die miteinander nur verbunden sind durch ihre wirtschaftlichen Interessen, deren Hauptteil vor dem Sieg der Bolschewiki in Rußland lag. Solange für sie die Hoffnung besteht, daß die Bolschewiki sich nicht halten werden, finden sich in ihnen auch noch genügend einflußreiche Elemente, die Beziehungen zur alten Realistenpartei und zum bürgerlichen Rußland unterhalten. — Wenn dieser Kreis die Verbindung mit den Aktivisten in einem bestimmten Augenblick dennoch bewirkte, so muß er sowohl die Hoffnung auf einen Sturz der maximalistischen Regierung verloren haben, wie auch allmählich zu dem Glauben gekommen sein, daß die deutschen Waffen den Sieg über die der Entente in Frankreich davontragen, und daß es daher Zeit war, sich mit Deutschland zu verständigen, ehe dieses sich mit den Russen und Ukrainern neuerdings im Gegensatz zu den polnischen Interessen verband. Nach der Wendung durch die zweite Marneeschlacht tritt dann auch, wie wir zeigten, der Rückfall in der Politik der Zurückhaltung, in den Pessimismus ein!

Aus Warschauer Pressestimmen wird es natürlich schwer fallen, den Beweis für die Richtigkeit dieser Beurteilung zu erbringen, die sich in erster Linie auf die Geschichte des Klubs und die Geschichte der Parteien und Gruppen stützt, denen die Klubmitglieder früher angehörten. Aber wir finden, was wir brauchen in der von Österreich überwachten polnischen Presse, die jede Annäherung des polnischen und deutschen Standpunktes zu hintertreiben sucht. Sie gibt uns auch eine Erklärung dafür, warum gegenwärtig, wie die „Nowa Gazeta“ schreibt, kein Kabinett ins Leben treten werde, „das die im Lande vorhandenen politischen Richtungen zusammenfaßt.“ So schreibt die Krakauer „Nowa Reforma“ vom 2. August: „... Die Ereignisse, die im Westen und Osten die Geburt des fünften Kriegsjahres begleiten, sind derart, daß sie immer mehr zu der Annahme zu berechtigen scheinen, daß noch ein neuer ... Abschnitt in der Entwicklung der polnischen Frage kommen wird — der wirklich internationale. Die westliche Entente hat schon ihren Willen und ihr „Interessament“ in der polnischen Frage kundgetan. Man muß abwarten, ob und in welchem Grade sie die Kraft und die Möglichkeit zur praktischen Anwendung dieser Kundgebung finden wird.“ (Nr. 332). Aber schon am 28. Juli stand im „Dziennik Lubelski“ zu lesen: „Die polnische öffentliche Meinung verfolgt die gegenwärtigen Riesenkämpfe im Westen mit Interesse. ... Es ist genau bekannt, daß gerade an der Marne und Wisne unser Schicksal entschieden wird. Die politischen Strömungen in Polen zeichnen sich durch eine sprichwörtliche Herzlichkeit für Frankreich aus, sie trauen England und hegen eine traditionelle Freundschaft für Amerika. ... In den polnischen politischen Rechnungen muß das deutsche Volk berücksichtigt werden und die Strömungen, die in ihm eine entscheidende Rolle spielen. ... Diese Strömungen sind uns unbequem. ... Diejenigen, die das Staatsschiff leiten, verlangen eine Sicherung auf beiden Fronten, indem sie Belgien als Faustpfand betrachten, den skandinavischen Separatismus unterstützen, Kurland kolonisieren, Litauen an sich fesseln und Interessensphären in Rußland bilden. Eine solche Politik entspricht den Polen nicht: Ein polnisch-deutsches Kompromiß kann für längere Zeit nur im Falle eines deutschen Desinteressements in Osteuropa bestehen. ... Unter solchen Verhältnissen kommt die französische Offensive an der Westfront, und die polnische öffentliche Meinung ist vor die Frage gestellt, ob sie der Stimme der alten französischen Sympathien oder einer anderen Stimme folgen soll. ...“ (Nr. 298). In Petrikau ist es ein offizielles Blatt, der „Dziennik Narodowy“, das am 2. August die Vorgänge in Frankreich begrüßt, indem es feststellt, „daß die Ereignisse im Westen die Aufmerksamkeit des ganzen polnischen Volkes, das die letzte Wendung des Kriegsglückes ... im allgemeinen mit einem Gefühl der Erleichterung aufgenommen hat,“ auf sich lenken. (Nr. 171).

Fassen wir das Gesamtbild der Stimmungen in Polen als Ganzes ins Auge, so sehen wir in der kultivierten Oberschicht aus Geistlichkeit, Großgrundbesitz und Bürgertum drei egozentrische Ringe übereinanderliegen, deren Eigen Tendenzen so stark sind, daß sie aus innerpolitischen Notwendigkeiten sich auf ein gemeinsames Zentrum nicht zu vereinigen vermögen. Dank dem Vorhandensein einer starken deutschen Besatzungsmacht in Polen wird jeder soziale Druck gegen

die Besitzenden, wie er von seiten des städtischen Proletariats ebenso wie von bäuerlicher Seite jeden Augenblick ohne eine besondere Propaganda einsetzen könnte, ferngehalten, und die Autorität der Kirche wird gegen den zersetzenden Einfluß des extremen Freisinn geschützt. Infolgedessen können sich alle Sorgen und Hoffnungen der führenden Schichten auf die Fragen der auswärtigen Politik richten! Daher die russischen Sorgen und Hoffnungen, daher das trampfhafte Festhalten an den Möglichkeiten, den ein Sieg der Entente oder wenigstens das Zustandekommen eines allgemeinen Friedenskongresses für die Polen verspricht, solange die Polenfrage nicht durch Abmachungen mit Deutschland oder Österreich-Ungarn erledigt und von der Tagesordnung abgesetzt ist.

Bei solcher Stimmung vermag ich in dem Eintreten des Interparteilichen Klub in die positive Arbeit an der Seite der Aktivisten eine Stärkung des deutschen Einflusses nicht mehr zu erkennen, wohl aber eine starke Behinderung der Wirksamkeit der deutschfreundlichen Aktivisten. Für die polnische öffentliche Meinung ist nicht mehr die Frage aktuell, ob österreichische oder deutsche Lösung, sondern wie vor dem Brestler Frieden, ob Mittelmächte oder Entente. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Tatsachen aufmarschieren lassen, die seit der Note vom 29. April d. J. durch die Diplomatie der beteiligten Staaten geschaffen worden sind, um richtig zu beurteilen, wie weit die polnische Frage der Lösung entgegengeschritten ist.

Die Note der Warschauer Regierung vom 29. April d. J., in der u. a. die Wünsche der Polen an die Mittelmächte dargelegt waren, schien die Meinung zu rechtfertigen, als seien die Polen entschlossen, ihr Geschick mit dem des Deutschen Reiches zu verbinden. Aus den sich daran knüpfenden Verhandlungen im Zusammenhang mit gewissen Verschiebungen in der Stellungnahme der Parteien des Staatsrats zu Warschau hat dann die deutsche Regierung Anfang August d. J. gefolgert, daß die Polen in ihren Entschlüssen fest auf unserer Seite stünden und unter gewissen Garantien bereit seien, sowohl auf die Verbindung mit Galizien, wie mit Posen, Westpreußen und Oberschlesien zu verzichten, d. h. sich auch von der österreichischen Lösung der Polenfrage zu trennen. Nach einer Wiener Meldung der „Frankfurter Zeitung“ vom 2. September, (Nr. 243 Morgenbl.), soll die deutsche Regierung sich durch den Mund des Herrn von Hinzpfe bereit erklärt haben, die Integrität des polnischen Königreichs zu verbürgen und den Polen eine Expansionsmöglichkeit nach Osten zu gewähren; seine unmittelbare Grenze mit Rußland, volle Befreiung des Desinteresses in der Angelegenheit der polnisch-ukrainischen Grenze, Zutritt zum Meer durch Neutralisierung des Weichselunterlaufes und Danzigs, Aufhebung der Okkupation, Übergabe der Zivil- und Finanzverwaltung an die polnischen Behörden, Zustimmung zur Rekrutenausshebung bis zu 20000 Mann, Berufung des Erzherzogs Karl Stefan auf den polnischen Thron, — alles das gesteht die deutsche Regierung angeblich unter obiger Voraussetzung zu!

Herr von Hinzpfe soll aber keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß die austro-polnische Lösung für die deutsche Reichsleitung unannehmbar sei. „Im Falle der austro-polnischen Lösung“, so erklärte nach Warschauer Meldungen der deutsche Staatssekretär dem Prinzen Radziwiłł, „müßte Deutschland an der Linie Warthe—Narew als polnisch-preussischer Grenze festhalten“, die Polen erfuhren somit aus autoritativem Munde, daß sie die Vereinigung mit Galizien nur durch

eine neue Teilung Kongregpolens und den endgültigen Verlust Litauens erkaufen können (vgl. Heft 19 der „Grenzboten“ d. Z.).

Nun erklärt Prinz Radziwill, in der polnischen Frage sei nichts fest gemacht, „kategorisch“ stellt er fest, daß er „keine verbindlichen Gespräche geführt habe, die auch nur Vorverhandlungen sich nähern“, das Ergebnis der Zusammenkunft der beiden Kaiser im Großen Hauptquartier lasse sich dahin zusammenfassen: „Polen wurde die freie Entscheidung in der Frage der Besetzung des Thrones überlassen. Es wurde anerkannt, daß die Entscheidung der polnischen Frage ohne Teilnahme der Polen nicht erfolgen kann. Weitere Unterhandlungen über die Regelung der polnischen Frage werden bereits zusammen mit der Vertretung der Polen stattfinden.“

Weiterhin versichert der Prinz, daß keine Rede davon sein könne, daß in Berlin Graf Ronkier eine andere Politik treibe, wie Graf Przewdzicki in Wien, was um so auffälliger erscheint, als Graf Ronkier als ein tatkräftiger Förderer der deutschen Lösung gilt, während Graf Przewdzicki ein eifriger Fürsprecher der der austro-polnischen Lösung ist.

Der augenscheinliche Widerspruch, der in Radziwills letzter Bemerkung liegt, wird sich auflären, wenn es erst feststeht, welcher der beiden polnischen Gesandten lediglich Kulisse für die Politik des andern gewesen ist. Bis dahin müssen wir uns an die vorher geschilderten Tatsachen halten, um zu einem zutreffenden Bilde über die Ziele der polnischen Politik zu gelangen. Will Prinz Radziwill die Mehrheit des Staatsrats gewinnen, so wird er keine aktivistische Politik treiben dürfen, sondern wird eine abwartende Haltung einnehmen müssen und sich darauf beschränken, wie es ihm schon in diesem Sommer gelang, aus der Verschiedenartigkeit der Auffassungen in Berlin und Wien möglichst viel für seine Regierung herauszuholen, ohne sich selbst festzulegen. Prinz Radziwill und sein Freund Ronkier müßten außerordentlich starke Persönlichkeiten sein, wollten sie unter den einmal obwaltenden Umständen es wagen, eine aktive deutschfreundliche Politik zu treiben. Sollte die deutsche Regierung nicht noch Mittel in der Hand haben, die es ihr ermöglichten, den Widerstrebenden unter den Polen die Vorteile eines ehrlichen Zusammenfügens der polnischen mit den deutschen Interessen klarer zu machen?



Deutsche Bauernsiedlung in den baltischen Provinzen

Von Dr. Karl Keller



or dem Kriege war „Weltpolitik“ das beliebteste Schlagwort in den politischen Erörterungen unserer Presse und Parlamente. Man verstand darunter im wesentlichen Förderung der gewerblichen Ausfuhr, Mitarbeit des deutschen Kapitals bei der Ausnutzung der Naturschätze überseeischer Gebiete, Ausbau unseres Kolonialreiches und Schutz unserer überseeischen Interessen durch die Flotte. Aber mit Recht sagt Bülow in seiner „Deutschen Politik“, daß wir Weltpolitik nur treiben könnten auf der festen Basis unserer europäischen Großmachtsstellung. Diese Basis gilt es in erster Linie zu verbreitern. Hierzu hat uns der Friede von Brest-Litowsk und der zu diesem kürzlich abgeschlossene Ergänzungsvertrag in den Stand gesetzt, indem er uns die Angliederung der baltischen Provinzen und Litauens an das Deutsche Reich ermöglicht. Diese Länder werden selbständige Staaten werden, die aber, dem Wunsche der Landesvertretungen entsprechend, durch ein ewiges Bündnis mit dem Deutschen Reiche verbunden werden. Es ist wahrscheinlich, daß die Beziehungen so geregelt werden dürften, daß Deutschland die Vertretung der neuen Staaten gegenüber dem Auslande übernimmt, daß eine Militärkonvention geschlossen wird, die neuen Staaten in das deutsche Zollgebiet einbezogen werden, die deutsche Währung, Post und Telegraphie auf sie ausgedehnt wird, ihre Eisenbahnen dem preussischen Eisenbahnnetz angegliedert werden und eine Vereinheitlichung gewisser Rechtsgebiete in Aussicht genommen wird. Es ist wohl auch anzunehmen, daß es zu der von der Bevölkerung gewünschten Personal-Union zwischen den baltischen Provinzen und Preußen kommen wird.

Die Anlehnung an Deutschland liegt natürlich in erster Linie im eigenen Interesse der neuen Staaten. Aber auch Deutschland hat von der Verbindung mannigfache Vorteile zu erwarten. Diese liegen in dreifacher Richtung. Die neuen Gebiete werden durch Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse unsere Abhängigkeit vom Auslande mildern. Nach Tornius erzeugten die baltischen Provinzen im Jahre 1910 276 Kilogramm Getreide auf den Kopf der Bevölkerung, d. h. 106 Kilogramm über den eigenen Verbrauch, was für eine Bevölkerung von 2 664 000 Einwohnern einen Überschuß von fast 282 000 Tonnen ergibt, während Deutschland im Jahre 1913 an Roggen, Weizen, Hafer und Gerste eine Mehreinfuhr vom Auslande in Höhe von 4,2 Millionen Tonnen hatte. Der Überschuß der baltischen Provinzen ist aber erheblicher Steigerung fähig, denn der Boden wurde bisher im Vergleich mit dem benachbarten Ostpreußen nur sehr mangelhaft ausgenutzt. Der prozentuale Anteil der verschiedenen Nutzungsarten an der Gesamtfläche war in Kurland bei den Aedern und Gärten fast 26 Prozent (Ostpreußen 55,3 Prozent), bei den Wiesen und Weiden 32 Prozent (18,1), beim Wald 31 Prozent (17,4), bei den Södländereien 11 Prozent (9,2). Diese Zahlen erscheinen sogar für Kurland noch so günstig, da unter den Weiden sich große Flächen befinden, die richtiger als Södländ zu bezeichnen wären. Das Aderland kann auf Kosten von Weide und Wald noch beträchtlich ausgedehnt werden. Nach Warmbold könnte im Baltikum und Litauen den Quadratkilometer landwirtschaftlicher Nutzfläche, welcher heute nur die Nahrung für 30 bis 35 Menschen erzeugt (gegen 166 in Deutschland) neben ausreichender Versorgung der Bebauer einen Überschuß liefern, der für 80 bis 100 Menschen genügt. Unter Zugrundelegung der von Warmbold ermittelten künftigen nutzbaren Fläche würden sich dann mindestens folgende Überschüsse ergeben: in Kurland für 1 496 000, in Litland für 2 160 000, in Estland für 920 000, im ganzen Baltikum also für 4 576 000, ferner in Litauen für 3 360 000, im ganzen Osten also für 7 936 000 Menschen. Bedenkt man, daß es in Deutschland vor dem Kriege an der einheimischen Nahrung für 10 000 000 Menschen

gebracht, so ergibt sich, daß die neuen Gebiete in erheblichem Umfange dazu beitragen könnten, uns künftig vor ähnlichen Entbehrungen, wie wir sie uns jetzt auferlegen müssen, zu schützen. Auch gewerbliche Rohstoffe können uns die neuen Staaten in großem Umfange liefern, z. B. Flachs, Leinsamen und Holz. Die Leinen-Industrie hat deshalb großes Interesse an der Besiedelung Kurlands. Noch mehr Wert wird sie aber vermutlich auf die Förderung des Flachsbaues in Livland und Estland legen, da dort die Aussichten noch günstiger sind.

Zweitens kommen die neuen Staaten als Absatzgebiet für die deutsche Industrie in Betracht. Schon bisher war die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen nach dem Baltikum nicht unbedeutend. Sie wurde nur durch den Einfuhrzoll und die Transportkosten behindert. Der Fortfall des Zolles, die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und die erhebliche Verdichtung der Bevölkerung wird die Einfuhr außerordentlich steigern. Ähnliches gilt für Düngemittel. Ferner wird eine erhebliche Nachfrage nach Baustoffen und Eisenbahnbaumaterial entstehen; müssen doch, wenn die baltischen Provinzen dieselbe Bahndichtigkeit auf die Fläche wie Ostpreußen erreichen wollen, 5400 Kilometer Bahnen gebaut werden. Zum Vergleich sei angeführt, daß die Luftlinie zwischen New York und San Francisco nur 4200 Kilometer beträgt, und daß sich die Länge der Bagdadbahn von Konstantinopel bis zum Persischen Golf nach ihrer Vervollendung nur auf 3000 Kilometer belaufen wird. Von sachverständiger Seite ist der deutsche Gesamtabsatz, der sich nach der vollen Besiedelung der baltischen Provinzen und Litauens dorthin ergeben dürfte, auf jährlich eine Milliarde Mark geschätzt worden, d. h. ein Zehntel unserer gesamten Ausfuhr im Jahre 1913 und erheblich mehr als unsere Ausfuhr nach den drei Erdteilen Asien, Afrika und Australien zusammengenommen.

Drittens würde das Baltikum als Ansiedelungsland in Frage kommen. Es handelt sich um ein Gebiet von 94 000 Quadratkilometer, das an Größe den beiden Königreichen Bayern und Württemberg gleich kommt, aber nur 29 Einwohner auf 1 Quadratmeter hat gegen 56 in Ostpreußen und 120 in Deutschland. Wenn das Baltikum die Bevölkerungsdichtigkeit von Ostpreußen erreichen will, muß es noch mehr als 2,5 Mill. Menschen aufnehmen. Nun könnte man vielleicht meinen, Deutschland brauche gar kein Siedelungsland mehr; denn seine Auswanderung sei von 100—200 000 Personen in den Jahren 1880 bis 1890 auf 26 000 im Jahre 1913 zurückgegangen. Aber dieser Rückgang ist nur aus der glänzenden wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands vor dem Kriege, namentlich dem Aufschwung unserer Industrie, zu erklären. Und ob diese Entwicklung nach dem Kriege sich in gleicher Weise fortsetzen wird, ist angesichts der uns angedrohten Rohstoffsperrung und der Zerstörung vieler Handelsbeziehungen durch den Krieg für die erste Friedenszeit nicht ganz sicher. Eine Wiedernahme der Auswanderung liegt daher nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Vor allem aber findet seit Jahrzehnten in Deutschland eine außerordentlich starke Binnenwanderung von dem Lande in die Städte statt. Der normale Wanderverlust unseres Landvolkes während eines Jahres wird auf 170 000 Familien geschätzt. Ferner muß damit gerechnet werden, daß von den 250—260 000 ländlichen Familien deutscher Nationalität, die in Rußland leben, etwa die Hälfte, durch die Gefahren für Leben und Eigentum aus Rußland vertrieben, in ihrer alten Heimat Zuflucht suchen wird, und daß auch aus Übersee Tausende von Familien nach Deutschland zurückkehren werden. Den Deutsch-Russen ist das Recht der Rückkehr und ein Anspruch auf Entschädigung durch das 6. Kapitel des Zusatzvertrages zum Brest-Litovsker Friedensvertrage vom 3./7. März 1918 gewährleistet. In Deutschland aber könnten, selbst wenn es möglich wäre, durch freihändigen Ankauf zu erträglichen Preisen in allen Bundesstaaten den Anteil des Großgrundbesitzes an der Fläche auf den Durchschnitt des Deutschen Reiches zu reduzieren, von der Kolonisationsabgabe abgesehen, überhaupt nur 260 000 neue Stellen von 10 Hektar geschaffen werden. Tatsächlich ist jedoch, zumal bei den erheblich gesteigerten Bodenpreisen, ein Erwerb so großer Flächen in Deutschland selbst ausgeschlossen; keinesfalls ist er in der

kurzen Zeit möglich, in der die Unterbringung der russischen Rückwanderer erfolgen muß. Wird das jetzige Tempo der inneren Kolonisation beibehalten, dann werden im Jahrzehnt nach dem Kriege nur 39 000 Familien angesiedelt werden können. Große Flächen Land, die sofort verfügbar und auch billig genug sind, gibt es nur in den baltischen Provinzen. Will man daher die deutschen Rückwanderer nicht den Agenten Kanadas in die Arme treiben und verhüten, daß deutsche Kraft wieder einmal zur Verstärkung der Macht der Feinde dient, dann muß die Besiedelung der baltischen Provinzen unverzüglich in Angriff genommen werden. Eine Verschärfung der Leutenot auf dem Lande ist von dem Unternehmen nicht zu befürchten, da die Personen, welche angesiedelt werden, als Landarbeiter nicht in Frage kommen.

Das Siedlungsunternehmen wird sehr erleichtert durch den weitblickenden und hochherzigen Beschluß der kurländischen Ritterschaft, ein Drittel des Großgrundbesitzes für Siedlungszwecke zur Verfügung zu stellen. Es ist zu hoffen, daß dieser Beschluß auch in Livland und Estland Nachfolge finden wird. Das Land wird zu den Preisen des Jahres 1914 zur Verfügung gestellt; diese werden vermutlich nur etwa die Hälfte der Preise betragen, die nach Einbeziehung der neuen Staaten in das deutsche Zollgebiet gezahlt werden dürften. Auf Wunsch der Ritterschaft hat der Generalquartiermeister am 17. Juni 1918 für Kurland eine Verordnung erlassen, wonach jeder Rittergutsbesitzer, der mehr als 1000 Loffstellen (= 360 Hektar) hat, verpflichtet ist, an die neugegründete Landgesellschaft Kurland m. b. H. zunächst 25 Prozent seiner Fläche abzutreten. Der Lieferungsanspruch der Landgesellschaft erlischt zehn Jahre nach dem allgemeinen Friedensschlusse. Die Zahlung des Kaufpreises erfolgt zu 85 Prozent in bar und zu 15 Prozent in Anteilen der Landgesellschaft. Der gegenüber einem Drittel der Fläche zunächst verbleibende Fehlbetrag soll nach Möglichkeit freihändig zum Friedenspreise durch die Landgesellschaft erworben werden. Soweit dieses in Ansehung der Fläche nicht bis zum Ende des Jahres 1922 gelingt, erhöht sich die Landleieferpflicht des einzelnen Gutes nach Maßgabe des Fehlbetrages. Soweit es in Ansehung des Preises nicht gelingen sollte, sind die Gutsbesitzer zur Deckung des Preisunterschiedes nach Maßgabe ihrer durch den freihändigen Ankauf erzielten Entlastung an abgabepflichtigem Areal verbunden. Ferner hat die Landgesellschaft bis Ende 1948 das Vorkaufsrecht auf alle ländliche Liegenschaften, also auch Bauerngüter. Als Kaufpreis gilt nach Wahl der Landgesellschaft entweder der Vertragspreis oder der Friedenspreis zuzüglich 25 Prozent. Für Bodenverbesserungen wird das Doppelte der Selbstkosten, für Neubauten das Anderthalbfache der Selbstkosten vergütet. Fideikommissarische Bindungen stehen der Ausführung der Verordnung nicht im Wege. Es ist bemerkenswert, wieviel schärfer dieser Erlaß den Großgrundbesitz ansaßt als den bäuerlichen Besitz. Während der Großgrundbesitz mindestens ein Drittel des durch die Angliederung an Deutschland hervorgerufenen Wertzuwachses abgeben muß, behält der Bauer, soweit er nicht sein Gut veräußert, den Wertzuwachs unverfälscht. Es ist das im praktischen Ergebnis eine wohl nicht gerechtfertigte Bevorzugung des Bauern vor dem Großgrundbesitzer. Da auf diese Weise ein großer Teil des Wertzuwachses der Gesamtheit entgeht, käme in Frage, ob nicht für die Güter unter 360 Hektar eine Wertzuwachsteuer eingeführt werden sollte, ebenso für Litauen, wo eine Landleieferpflicht überhaupt nicht besteht.

Wieviel Land steht nun in Kurland zur Verfügung? Durch den Erlaß vom 17. Juni 1918 kommen etwa 360 000 Hektar in den Besitz der Landgesellschaft. Von den kurländischen Domänen in Größe von 500 000 Hektar, die durch den Frieden von Brest-Litowsk in den Besitz des Deutschen Reiches übergegangen sind, können vielleicht 200 000 Hektar besiedelt werden. Das gleichfalls jetzt im Besitze des Deutschen Reiches befindliche Land der russischen staatlichen Bauern-Agrarbank in Größe von 20 000 Hektar dürfte auch der Landgesellschaft überwiesen werden. Das sind zusammen annähernd 600 000 Hektar. Hierzu treten die Flächen, die sich später vielleicht aus dem Vorkaufsrecht ergeben. Schneidet man aus diesem Areal Bauerngüter von 15 bis 20 Hektar und

Handwerkerstellen von 3 Hektar, so können darauf etwa 50 000 Bauern- und Handwerkerfamilien angesiedelt werden, oder wenn man die Familie zu sechs Köpfen rechnet, 300 000 Menschen. Die Bevölkerungsdichtigkeit würde dadurch von 27 auf rund 40 Menschen auf 1 Quadratkilometer gesteigert werden. In Livland würde die Abtretung von einem Drittel des Areals der Rittergüter 700 000 Hektar ergeben; rechnet man dazu ein Drittel der Domänen (100 000 Hektar), so erhält man 800 000 Hektar oder rund 65 000 Familien mit 390 000 Köpfen und eine Steigerung der Bevölkerungsdichtigkeit auf 39 Menschen auf 1 Quadratkilometer. Für Estland sei wegen des rauheren Klimas, schlechteren Bodens und fast völligen Fehlens von Domänen eine verhältnismäßig geringere Zahl von neuen Stellen angenommen als für Kurland und Livland, nämlich etwa 30 000 mit 180 000 Köpfen. Danach erhalten wir für das gesamte Baltikum 145 000 Stellen mit 870 000 Köpfen. Daß so viele Siedler innerhalb der nächsten dreißig Jahre aus Deutschland und dem Auslande beschafft werden können, wurde bereits oben nachgewiesen. Die Entwicklungsmöglichkeiten des lettischen und estnischen Volkes würden durch die deutsche Siedlung nicht ernstlich beschränkt werden, da im Baltikum immer noch für mindestens 1,6 Millionen Menschen Platz bleiben würde und sich nach wie vor hinreichend Land in lettischem und estnischem Besitz befindet.

Wer soll nun Träger der Siedlungstätigkeit werden? Man kann an eine staatliche Stelle nach dem Muster der preussischen Ansiedlungskommission oder an gemeinnützige Landgesellschaften denken, wie sie in allen preussischen Provinzen bestehen und kürzlich auch in Bayern und Sachsen gegründet worden sind. Von beiden Rechtsformen verdient die zweite den Vorzug. Die privaten Gesellschaften sind leichter beweglich und weniger bürokratisch, der Ansiedler bleibt vor der demoralisierenden Gefahr bewahrt, sich als Staatspensionär zu fühlen. Die Gesellschaften sind freier in der Anwerbung der Ansiedler, bei welcher Agenten nicht entbehrt werden können; Unzufriedenheit der Ansiedler, die bei den unausbleiblichen Schwierigkeiten der ersten Jahre nach der Ansiedlung leicht entsteht, richtet sich nicht gegen den Staat selbst, ferner ist bei einer privaten Gesellschaft die Beteiligung der baltischen Kreise und der Siedlungsgesellschaften des Mutterlandes mit ihren reichen Erfahrungen leichter möglich als bei einer staatlichen Stelle. Würde eine staatliche Stelle geschaffen werden, so würde das Siedlungswerk allzu sehr dem Einfluß der wechselnden politischen Strömungen und Stimmungen ausgesetzt sein, wodurch die Stetigkeit der Arbeit leiden könnte.

Vorstehende Erwägungen haben dazu geführt, daß als Träger der Ansiedlung zunächst die Landgesellschaft Kurland m. b. H. und die Neuland A.-G. ins Leben gerufen wurden. Die Landgesellschaft Kurland hat ein Kapital von 30 Mill. M., das demnächst auf 40 Mill. M. erhöht werden soll. Die Gesellschafter zerfallen in drei Gruppen; die erste umfaßt die kurländischen Grundbesitzer und Kreditinstitute, die zweite die Neuland-A.-G. und die gemeinnützigen deutschen Siedlungsgesellschaften, die dritte alle übrigen reichsdeutschen Gesellschafter. Auf jede der drei Gruppen entfällt in der Generalversammlung ein Drittel der Stimmen. Innerhalb der Gruppen werden die Stimmen nach Maßgabe der Höhe des Stammkapitals der einzelnen Gesellschafter verteilt. Dieser etwas komplizierte Aufbau ist gewählt worden, damit der gleichmäßige Einfluß der drei Gruppen innerhalb der Gesellschaft dauernd gesichert ist. Die Neuland-Aktien-Gesellschaft ist als Zentral-Finanzierungsgesellschaft für alle im Osten neu entstehenden Landgesellschaften gedacht; selbst siedeln darf sie nicht. Sie hat vorläufig ein Kapital von 300 000 M., das aber nach den Beschlüssen der letzten Generalversammlung bis zu 30 Mill. M. erhöht werden soll. Sie gibt Aktien von 10 000 und 1000 M. aus, ermöglicht also auch kleinen Kapitalisten die Beteiligung, während bei der Kurland-Gesellschaft der geringste Anteil 50 000 M. beträgt. Die Neuland-Gesellschaft hat sich bereits mit 15 Mill. M. an der Kurland-Gesellschaft beteiligt. Es ist zu hoffen, daß nach den Aktien der neuen Gesellschaft namentlich in den Kreisen von Handel und Industrie lebhaftere Nachfrage entstehen wird, zumal da die Beteiligung der Gesellschaft an der Wert-

steigerung des Bodens in den neuen Gebieten eine Verzinsung von 6 Prozent mit Sicherheit erwarten läßt; eine höhere Verzinsung ist mit Rücksicht auf die Gemeinnützigkeit nicht zulässig. *)

Mit der Besiedlung der baltischen Provinzen setzt das deutsche Volk die großartige Siedlungstätigkeit fort, die im 13. Jahrhundert deutsche Kultur über das ganze Gebiet östlich der Elbe bis zu den Grenzen des Reiches und darüber hinaus getragen hat. Fast die Hälfte des heute deutschen Gebietes verdanken wir den Kolonisatoren der Staufer-Zeit, darunter die Kernlande der preussischen Monarchie. Was ihnen gelang, muß uns um so mehr gelingen, als wir jetzt den Schutz des mächtigen Deutschen Reiches hinter uns haben, der jenen ver-sagt war.



Der preussische „Obrigkeitsstaat“



ie Eigenart unserer Regierungsform ist eine Tatsache, mit der man rechnen muß. Das monarchisch-konstitutionelle Regiment ist eine typisch deutsche, insbesondere preussische Erscheinung. Nur die österreichischen Verfassungsverhältnisse (Zisleithanien) könnte man zum Vergleich heranziehen, allenfalls auch noch Schweden mit seinem Dualismus zwischen König und Reichstag. Aber schon bei diesem Beispiel sind die Ansichten geteilt. Neueste Beurteiler sehen hier eine Variante der parlamentarischen Regierungsform verwirklicht, deren englische Schablone sonst für ganz Europa und weit über seine Grenzen hinaus in mehr oder weniger geglücktem Abdruck Anwendung gefunden hat.

Abweichungen von der Regel, Durchbrechung der Sitte und Konvention reizen zur Kritik. Beim Freunde drückt man die Augen zu, wagt sie der Konkurrenz und Gegner, so ist das Urteil um so schärfer.

Die Staatsmänner des Vielverbandes werden nicht müde, in immer neuen Zerrbildern das Wesen unserer innerpolitischen Struktur zu verunglimpfen. Es ist ja auch ein zu dankbares Agitationsmittel, wenn man den eigenen Vätern Sand in die Augen streuen kann, so daß sie vor lauter Autokratie und Unfreiheit, Preussianismus und Potsdamer Reiterstiefel beim Gegner die Mißstände bei sich zu Hause nicht mehr merken.

Wir wären nicht Deutsche, wenn wir nicht selber von jeher über das Problem unseres politischen „Andersseins“ ernst und gewissenhaft nachgedacht hätten. Das Ergebnis drückte man in der Regel so aus, daß der Übergang zur modernen Verfassung bei uns nicht jene Identität zwischen Volk und Staat verwirklicht habe, wie sie in den meisten anderen Ländern durch die parlamentarische Herkunft der „Regierung“ nun einmal mindestens äußerlich und formell — schon das aber ist wirksam — hergestellt ist. In Preußen-Deutschland sind durch die völlig singuläre Macht der Krone und ihrer Bureaucratie starke Elemente der früheren absolutistischen Regierungszeit in die konstitutionelle Periode mit hinübergenommen worden. Der genossenschaftliche Gedanke, obwohl natürlich seit der Reformzeit vor hundert Jahren wieder lebendig — wie könnte es anders sein, handelt es sich doch um eine uralte germanische Rechtsanschauung — hat bisher gegenüber dem Autoritätsprinzip nicht diejenige Geltung erringen können, die dem Ideal moderner Staatsbildung entspricht. Dieses Resultat ist je nach der politischen Stellung des Beurteilers mit mehr oder weniger Leidenschaft und dementisprechender

*) Die Geschäftsstelle der beiden Gesellschaften befindet sich Berlin W., Schöneberger Ufer 21.

Färbung verkündet worden. An ihm vorübergehen konnte niemand, der die Dinge ohne Scheuflappen betrachtete. Wenn ein so preußisch fühlender Historiker wie Otto Hinz im Jahre 1913 schreibt: „Der genossenschaftliche Gegenpol der starken Herrschergewalt ist in diesem Militär- und Beamtenstaat einigermaßen verkümmert; die Selbstverwaltung ist nur eine Ergänzung der im wesentlichen bürokratischen Verwaltungsorganisation, und die Volksvertretung ist eigentlich auch mehr nur eine Ergänzung der monarchischen Staatsordnung als ein wirklich ganz gleichberechtigtes, selbständiges Staatsorgan neben der Krone“ — so läßt diese Zeichnung an Schärfe nichts zu wünschen übrig und unterscheidet sich nur dem Wortlaut nach von Äußerungen, wie sie, schon vor dem Kriege, auf den Bänken der Linken laut wurden und literarisch besonders eindringlich von Hugo Preuß formuliert worden sind.^{*)} Wir haben in der Tat die moderne Staatsform nicht unter Verdrängung der Obrigkeitsregierung, sondern mit dem unausgeglichenen Widerspruch des alten und des neuen Organisationsprinzips übernommen. Das Wesen des „Obrigkeitsstaates“ zeigte sich nicht nur darin, daß der Weg zu staatsmännischem Wirken Vorbehalt der Obrigkeitsregierung war. Das Kaiserwort des 4. August wirkte doch darum so erlösend, weil es den ungeliebten Gegensatz zwischen den „Staatsbehaltenden“ und jenen anderen aus der Welt schaffte, die den Staat nicht als den ihren betrachteten, in zwingendem Wechsel von ihm ausgeschlossen wurden und sich selbst ausschlossen. Eine der bösesten Folgen der Verkümmern des genossenschaftlichen Prinzips — so hat man die Dinge von konservativem Standpunkte aus ganz richtig gesehen — war die abnorme Entwicklung der Sozialdemokratie, die gerade deswegen bei uns stärker und staatsfeindlicher wurde, als in irgendeinem anderen Lande. Es hat keinen Zweck, den Sachverhalt zu verhüllen. Das allerdings muß gleich hinterdrein gesagt werden. Die angeordnete Form seiner innerpolitischen Entwicklung war dem preußischen Staate von den Mächten der Geschichte vorgeschrieben, also im wesentlichen Teile nicht die Schuld reaktionärer Gewalten, und, wohl gemerkt, wir reden von einer Entwicklung, die mit dem Zeitalter des Weltkrieges ihren Abschluß finden wird. Ausdrücklich mag auch erwähnt werden, daß wir den Vergleich mit anderen Staaten absichtlich beiseite lassen. Der kategorische Imperativ verlangt die gewissenhafte Prüfung des eigenen Wesens ohne Rücksicht auf die moralischen Qualitäten der Umwelt. Auch politische Fehler entschuldigt man nicht durch den Hinweis, daß es wo anders nicht besser bestellt ist.

Der „Obrigkeitsstaat“ ist das Produkt unserer Geschichte, das politische „Anderssein“ Preußens-Deutschlands wurzelt in dem historisch-politischen Schicksal des Landes. Ohne zu verkennen, daß sich Naturanlage und geschichtliche Entwicklung eines Volkes untrennbar verketten, wird man doch auf diese den Nachdruck legen müssen. Denn es ist nicht nationale Voreingenommenheit, wenn man feststellt, daß wohl kein Volk der Erde einen dornigeren Weg zu seiner Bestimmung schreiten mußte als das unserige. Die Spuren dieses Leidensweges aber mußten sich dem deutschen politischen Wesen tief eindrücken, und es ist kein Wunder, daß sich seine Züge von denen glücklicherer Nachbarn unterscheiden. Auch sie haben ihre absolutistische Periode gehabt, auch sie kennen also das Wesen des eigentlichen Obrigkeitsstaates. Nirgends mußte man aber doch diese den kontinentalen Macht- und Rivalitätskämpfen, der machistaalichen Konsolidierung angepaßte Regierungsform so rein und nachhaltig ausbilden, wie in dem von Feinden und Konkurrenten umgebenen Preußen, dem die unendlich schwierige Aufgabe zufiel, an einem Orte politischer Luftdünnheit, wo sich die Stürme Europas ihr Stellbischein zu geben pflegten, ein neues staatliches Zentrum durchzusetzen. Das konnte nur durch eine raffinierte Ökonomie der verfügbaren Kräfte und durch ihre resloße Ausnutzung geschehen, wobei dann allerdings zu sonstiger freier Betätigung nicht viel Raum blieb. Und dieser außenpolitische Druck, in der Vergangenheit ganz sicher der Gradmesser innerpolitischer Freiheit, hat sich auch in der Folge nicht

^{*)} Schon vor dem Kriege, dann besonders 1915 in seinem Buche „Das deutsche Volk und die Politik“.

verändert. Als die anderen schon längst den Prozeß ihrer staatlichen und nationalen Einigung beendet hatten und sich in bequemer Rentnerstimmung dem wohlthätigeren Ausbau des Inneren zuwenden konnten, führten wir noch immer mitten in den Spannungen der europäischen Lage schwere Existenzkämpfe und suchten eine Antwort auf die Frage: Was ist des Deutschen Vaterland? Zwar hatte inzwischen insbesondere der preussische Staat sein Reformzeitalter erlebt, das die scharfe Ständescheidung des ancien régime aufhob und den freien Bauer und Bürger aus passiven Untertanen zu bewußten und interessierten Mitgliedern des staatlichen Verbandes umschuf, wie die nationale Begeisterung der Befreiungskriege zeigte. Aber die damalige Renaissance des Genossenschaftsgedankens, die Emanzipation der Gesellschaft vom obrigkeitlichen Staate ist auf halbem Wege ins Stocken geraten. Wenn wir die programmatischen Forderungen des Freiherrn vom Stein, wie er sie in seinem politischen Testamente niedergelegt hat, mit dem vergleichen, was unter Hardenberg und weiterhin verwirklicht wurde, so zeigt es sich, daß die Entwicklung, abgesehen von dem Ausbau der Selbstverwaltung in den siebziger und achtziger Jahren, doch andere Bahnen eingeschlagen hat. Der Schöpfer der Städteordnung hat in seinem idealistischen Bestreben, den Geist der Freiwilligkeit, des Gemeinfinnes und der genossenschaftlichen Verpflichtung an die Stelle obrigkeitlich-militärisch-bureaucratischen Zwanges zu setzen, die internationalen Spannungsverhältnisse zu gering eingeschätzt, die von Preußen fortgesetzte Berücksichtigung heischten. Und schließlich hat doch diese Kraft der Selbstorganisation aus dem Schoße der Nation heraus versagt (Paulskirche) und nicht sie, sondern die Politik des ferro ignique, mit den Machtmitteln des Obrigkeitsstaates den großartigen Bau der nationalen Einheit vollendet. Nicht ist, wie der Großdeutsche Stein es wollte, Preußen in Deutschland aufgegangen, sondern von ihm als festem Kern hat sich die Reichsbildung vollzogen. Die beispiellosen Erfolge der Bismarckschen Politik haben den bürokratischen Obrigkeitsstaat, das monarchisch-konstitutionelle Regime auf Jahrzehnte hinaus fest in den Sattel gesetzt und die friederizianischen Traditionen auf einer neuen Linie wieder aufgenommen.

Man kann gegenüber diesen fundamentalen Entwicklungsstatsachen der preussischen Geschichte ein doppeltes Verhalten beobachten. Wer ihnen unwillig, über ihre Herbittheit erbittert und pessimistisch entgegentritt, gewahrt nur die dunklen Partien des Bildes und endet in leidenschaftlicher Kritik und hoffnungslosem Verzweifeln. Wer sich aber mutig mit den Realitäten abzufinden sucht und „nun erst recht“ dem Mühsamen und Schwierigen die gute Seite abgewinnt, der entdeckt genug, was ihm das Herz aufzurichten vermag. Diese Stimmung ist weit davon entfernt, den Kopf in den Sand zu stecken und die vorliegenden Probleme auf die leichte Schulter zu nehmen. Im Gegenteil, sie fühlt die Verantwortung, den Finger auf brüchige Stellen zu legen, ebenso stark wie jene andere Richtung, aber sie geht nicht mit griesgrämigem Gesicht ans Werk, sondern voll Zuversicht, weil sie Fundamente sieht und kennt, auf denen sie aufbauen kann. Nichts ist jedenfalls fruchtloser und bei ruhiger Überlegung beschämender als hinter Schicksalsnotwendigkeiten menschliche Unzulänglichkeit und Schuld aufzuspüren und an dem Brügelfeisch des Obrigkeitsstaates seinen Arger über schlechtere Existenzbedingungen in der Gesellschaft der Nationen auszulassen.

Bestimmten Schriftstellern unserer demokratischen Presse bleibt der traurige Ruhm vorbehalten, den politischen „Berläufer und Renegaten zu spielen, und zum Gaudium des höhnisch-zufriedenen Auslandes das eigene Nest zu beschmutzen. So neuerdings wieder der sozialdemokratische Abgeordnete Girsch in der „Globe“. Er erklärt, das alte Preußen habe sich unfähig erwiesen, seine historische Mission zu erfüllen, und zur Erläuterung entwirft er das bekannte maßlos verzerrte Bild des Zuchthausstaates. Das Land, ein erweiterter Kasernenhof, wo an Stelle des Unteroffiziers der allmächtige Beamte seinen Batel schwingt. Die Bewohner in „weiten Streifen“ feige Bedientenseelen, die vor dem uniformierten Schinownit zittern oder ihn wie ein höheres Wesen anstaunen. Auf ihre trüben Sammergehalten, die „gar kein Gefühl für das Entwürdigende ihres Zustandes haben“, fällt dann —

ein bekannter Sichteffect dieser politischen Malerei — der Glanz des „sich in berechtigter Empörung aufbauenden freien Mannes“, dessen Typus, obwohl das nicht gesagt wird, natürlich jenseits der Grenzen zu finden ist. Um dergleichen Zensurenreden zu widerlegen, brauchte man nur — die Glocke des Herrn Parvus zu zitieren, in deren Spalten wiederholt in sehr vernünftiger Weise der krankhaften Kritikucht an heimischer Art entgegengetreten wurde, sei es, daß ein französischer Sozialist den wahren „Korporalismus“ bei sich zu Hause entdeckte, sei es, daß an Scheidemanns Stockholmer Warnung vor den maßlosen Übertreibungen der Ohnmacht deutscher Demokratie und der Übermacht preussischer Obrigkeit erinnert wird. Erst die unmittelbar vorhergehende Nummer (vom 10. August) hatte eine „Zuschrift“ veröffentlicht, die sich gegen „die in deutschen Köpfen spulende Vorstellung von dem in Deutschland besonders anmaßenden Beamtentum und dem vor ihm besonders würdelos kriechenden Volk“ wendet, und das Urteil des Dänen West anführt, daß unser Volk in seinem öffentlichen Leben in vielem weit demokratischer sei, als die mit Vorliebe die „freien“ genannten Ententevölker. Wie paßt übrigens bei Herrn Girsch das fanatische Eifern gegen alles Bureaokratische zu dem sozialistischen Programm, das naturnotwendig für einen starken Staatszwang eintreten muß und dessen „angestrebte systematische Regelung der Güterzeugung und Güterverteilung gleichbedeutend wäre mit der Aufrichtung eines ungeheuerlichen Systems von Bevormundung, Überwachung und Freiheitsbeschränkung“, wie der jetzige Kanzler als Professor es einmal ausdrückte. Von der Probe aufs Exempel durch den Verfassungsentwurf der föderativen Sowjetrepublik*) ganz zu schweigen! Bei einem individualistischen Manchesterliberalen könnte man eine solche Gesinnungsfeindschaft wohl verstehen, bei dem Sozialisten Girsch paßt sie wie die Faust aufs Auge. Oder sollte er die Trauben nur deshalb sauer nennen, weil sie seiner Partei zu hoch hängen?

Es ist das gute Recht einer radikalen Partei, mit dem Bestehenden nicht zufrieden zu sein und in nie rastendem Fortschritt dem Ziele einer Vervollkommenung der staatlichen Zustände nachzustreben. Muß sie aber zu diesem Zwecke die Vergangenheit mit Fußtritten bedecken, muß sie das in einer Zeit, wo auch dem parteiverblendeten Auge klar gemacht wird, welche moralischen Energien aus dieser Vergangenheit quellen und in einem Riesenkampfe das Vaterland aufrecht erhalten?! Oder ist es nicht das verächtliche „alte Preußen“ gewesen, dessen Kräfte uns über die Schwelle gehoben haben, die ins Reich der Bewährung und der Erfolge führte? In England gestand man schon 1915, der eigene Staat wäre an Deutschlands Stelle längst zusammengebrochen. Wir schätzen den nationalen Willen der sozialdemokratischen Massen wahrlich nicht gering ein, aber daß diese Massen es allein gewesen sind, die unser Land gerettet haben, wird auch Herr Girsch schwerlich beweisen können, wenn auch das Berliner Zentralorgan seiner Partei die kühne Behauptung wagt, daß deren Interessen ohne weiteres mit denen des gesamten Vaterlandes gleichzusetzen seien.

Girsch ist leider nur ein Beispiel für viele. Erst jüngst berief sich der „Figaro“ wieder auf die Klage der Fortschrittler, daß Preußen nach den Methoden des achtzehnten Jahrhunderts regiert werde, eine Ansicht, die sich Girsch ja in jeder Zeile seines Aufsatzes zu eigen macht. Ist man sich im Lager unserer Demokraten nicht klar, wie verhängnisvoll die verletzende Kritik an den heimischen Zuständen in den langen Jahren vor dem Kriege und nicht minder während desselben gewirkt hat, wie jedes abfällige Wort im Ader unserer Feinde hundertfältig Frucht trug und ihre Propagandaausrüstung verstärkte? Jene Leute klagen über das verantwortungslose Treiben der Uldeutschen, die den Mühlen der Entente das Wasser zutreiben; aber wenn diese dazu beigetragen haben, unser Staatswesen in den Geruch des Welteroberers zu bringen, ist darum die Schuld ihrer sich so pharisäerhaft gebärdenden Gegner geringer, die demselben Staatswesen das Stigma absolutistischer Willkür und obrigkeitlichen Zwanges an die Stirn schreiben? Viel-

*) Bgl. Heft 34 der „Grenzboten“.

mehr nicht eher noch größer, da doch das Beispiel Englands zeigt, wie man die Welt zu beherrschen vermag, ohne daß sich die Völker darüber erregen, weil sie sich durch die Phrasen von Freiheit und Verfassung betäuben lassen?!

Der Artikel des Herrn Girsch legt aber auch eine Frage an die Zeitschrift nahe, die ihm ihre Blätter zur Verfügung gestellt hat. Man wird den Kreuzartikeln schwerlich den Vorwurf machen können, daß sie dem sozialistischen Problem nicht das gebührende Verständnis entgegenbringen. Wir haben im Gegenteil keine Gelegenheit vorüber gelassen, ohne auf die positiv schaffenden Kräfte im Lager der Sozialdemokratie hinzuweisen und ihre kritiklose Vermengung mit der intransigenten Parteischlache zu bekämpfen, ein Verfahren, das jene vor den Kopf stößt und geeignet ist, dem Vaterlande kaum gewonnene wertvolle Kräfte wieder zu entziehen. Zu ihnen gehört der Kreis wissender und im allgemeinen gemäßigter Männer sozialistischen Glaubens, die sich in den kleinen grauen Heften der „Glocke“ ihr literarisches Organ geschaffen haben. Wer die hier erscheinenden Artikel der Heilmann, Lensch, Ründe, Teschemacher u. a. zu lesen pflegt, der glaubte, das Morgenrot einer besseren Zukunft unseres an bössartigem Zwiespalt leider so reichen innerpolitischen Lebens zu sehen. „In den Veröffentlichungen dieser sozialdemokratischen Wochenschrift ist wahrlich dem Reiche gegeben worden, was dem Reiche gehört, nicht aus irgendeinem gewissen Zweckgedanken, einer klugen Berechnung heraus, sondern aus einem reinen, selbstlosen Gefühl hingebender Liebe zum deutschen Vaterlande. Wir haben uns bekannt, und bekennen uns zu ihm, weil deutsche Erde unsere Mutter ward und deutsche Söhne unsere Heimat sind, weil deutsche Kultur, Gesittung und Gesinnung uns als ein heiliges Völkergut dünken, das wir verteidigen mit dem Blute unseres Herzens gegen das Wort der Verdächtigung, wie gegen Waffengewalt.“ Dieses Bekenntnis findet sich in einer Antwort der „Glocke“ auf die neuesten Veröffentlichungen antisozialdemokratischer Kampforganisationen, auf ihre zum Teil — vergleiche den Aufruf der Kaiserfreuen — mit dem häßlichen Mittel der Verleumdung arbeitenden Methoden. Die unbeirrte Antwort der „Vandessvorräter“ bestätigt nur das über die Zeitschrift von uns gefällte Urteil. In Stunden der Entfremdung und des Schmerzes über erlittene Wunden quillt zur Rechtfertigung heiß aus der Tiefe des Herzens, was für gewöhnlich unausgesprochen bleibt. Aber gerade, weil wir uns dieses Geständnisses ehrlich freuen, fragen wir seinen Verfasser Alwin Saenger und die Zeitschrift, in der es sich findet: Wie verträgt sich die Harmonie solcher echten Vaterlandsliebe mit den gleich darauf folgenden schrillen Mißtönen des Herrn Girsch über das unfähige, absolutistische Obrigkeitsystem Preußens? Will man etwa den spitzfindigen Unterschied machen zwischen dem farblos-abstrakten Begriff des „Vaterlandes“ und der lebendig-konkreten Erscheinung des preussischen Staatswesens? Bildet nicht vielmehr dieser Staat in Art und Unart einen und zwar recht bedeutenden Bestandteil jenes Vaterlandes und ermöglicht nicht erst seine robuste Existenz die gesicherte Ausbreitung und Förderung des „heiligen Völkergutes“ deutscher Kultur, Gesittung und Gesinnung?“

Der Reichskanzler traf den Nagel auf den Kopf, als er die deutsche Form der Kriegspsychose geißelte, die sich in verstärkter Neigung zur Kritik der heimischen Zustände äußere, während sie bei den Feinden sich als Schmähung und Verleumdung Deutschlands Luft macht. Die Sucht, am eigenen Herbe zu nörgeln, ist in der Tat ein Kennzeichen des Deutschen, das sich aus historischen Schicksalen zur Genüge erklären läßt. Da wo sich, wie in Preußen, Gelegenheit zu politischem Handeln bot, zwang die Spannung der internationalen Lage die Obrigkeitsregierung, das Steuer selbst fest in die Hand zu nehmen. Durch solche Vormundschaft in die Negative gedrängt, entwickelte „das regierbarste Volk der Welt“ (le peuple le plus gouvernable du monde) gleichsam als Ersatz den Hang zum Raisonieren, dessen oft übergroße Schärfe nicht nur Graf Hertling, sondern Politiker der Oppositionsparteien anerkannt haben. Außerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle mangelte selbst jene Gelegenheit, und die Folge war ein Verkümmern des Rationalgefühls, das mit einer kritiklosen Bewunderung des Fremden Hand

in Hand ging. „Zur Nation Euch zu bilden. Ihr hofft es, Deutsche, vergebens“, riefen die Dichterbroskuren 1796 ihrem Volke entgegen. Wie sollte dieses das naiv-selbstverständliche Gefühl von der Überlegenheit heimischer Institutionen erwerben, das zum Beispiel der Engländer sein eigen nennt? Freilich hat auch unser Nationalfehler seine Tugend. Ist jener ein Produkt geschichtlicher Entwicklung, so führt diese zu den tiefsten Gründen unseres Wesens. Die stete Unzufriedenheit mit dem Selbst, das immer strebend Sichbemühen, die Philosophie des Werdens ist deutsch im Gegensatz zu den auf abgeschlossene Klarheit und Fertigkeit sehenden Westvölkern. Doch die maßlos gehässige Kritik des politischen Partei-mannes genießt nicht den Schutz psychologisch-nationaler Deutung, zumal in Zeiten, wo das Vaterland in Gefahr ist. Drum war gegen sie scharfer Protest am Blake.

Das darf nicht mißverstanden werden. Auch wir trennen Vergangenheit und Zukunft. Der Obrigkeitsstaat war eine historisch-politische Notwendigkeit, doch einmal kommt die Stunde, wo auch der beste Lehrer sich als solcher überflüssig machen soll. In der Weltrevolution von 1914 hat sie geschlagen. Die katastrophalen Ereignisse der Gegenwart haben eine Entwicklung beschleunigt, die mancher von uns lieber langsamer ausreifen sähe. Genug, die Forderung ist da und muß erfüllt werden. Man hat nicht mit Unrecht gemeint — und daß es von konservativer Seite geschah, erhöht den Wert des Wortes —, bei uns sei im Drange der gefährdeten geographisch-politischen Lage das herrschaftliche Prinzip einseitig überspannt worden. Ehrliche Erkenntnis kommt nie zu spät. So fühlen wir heute die Notwendigkeit, unser staatliches Leben nach jenem anderen Pole, dem des Genossenschaftsgedankens hin, stärker zu orientieren, als es bisher geschah und damit eine Entwicklung zu fördern, deren Keime und Elemente auch in unserer politischen Gemeinschaft — nur das vor Haß stiere Auge des Feindes kann es leugnen — in reicher Fülle vorhanden sind. Damit sollen die Gedanken des Freiherrn vom Stein eine neue Blüte erleben, und diesmal darf nicht der Reiz einer kurzfristigen und engherzigen Reaktion ihre Entfaltung verhindern, denn es steht mehr auf dem Spiele als vor hundert Jahren. Der zur Sache aller gewordene Staat muß ein Volksstaat in wahrsten Sinne des Wortes werden. Was hier Wahrheit bedeutet, werden die Kämpfe der Zukunft lehren. Vor der Hand denkt man sich selbst im Lager der Linken noch recht verschiedenes darunter, wie wiederholte scharfe Absagen von sozialistischer Seite an die Adresse der angeblichen oder wirklichen Verfechter des parlamentarischen Partei Staates beweisen. Volksstaat und „party system“ ist nach Ansicht dieser Stimmen eben zweierlei. Wie die Würfel auch fallen mögen, im Kampfe zwischen Autorität und Freiheit, Herrschaft und Genossenschaft, Bureaucratie und „national government“ darf es — wenigstens in Deutschlands prekärer Lage — keine Sieger und Besiegte geben. Hier ist der so oft geschmähte Kompromiß besser als sein Ruf und die Lehre der Alten vom Ideal der gemischten Verfassung noch unwiderlegt, wenn auch das Mischungsverhältnis sich gegen früher beträchtlich verändern wird. Der friderizianische und der Bismarckische Obrigkeitsstaat gehören der Vergangenheit an, aber wie ihre Rudimente nur deshalb in die moderne Zeit hineinragen konnten, weil ihre Gediegenheit unzweifelhaft war, so wird auch die Zukunft getrost auf solchem Grunde sichere Wohnstätten bauen dürfen.



Der Bauer und der Adelsstand

Litauisches Märchen

Von Maria Schade



achdem Adam und Eva aus dem Paradiese vertrieben waren, führten sie ein saures, mühevolltes Leben. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeitete Adam im Schweiße seines Angesichts auf dem Acker, der Dornen und Disteln trug. Eva mußte den ganzen Tag im Hause schaffen, denn die Familie wurde immer größer. Gebar sie doch jedes Jahr nicht ein Kind, sondern zwei, auch drei. Und diese Kinder kamen bereits als Riesen zur Welt. Kaum waren sie zu sättigen: auf einen Schluck tranken sie vier Liter Milch. Und nun die Bekleidung! Zu einer Windel war so viel Linnen nötig, als sonst ein ausgewachsener Mann zum Hemde braucht. Das wollte beschafft sein. So saß denn Eva bis tief in die Nacht am Spinnrad, am Webstuhl. Und doch war es ihr nicht möglich, alle Kinder zu bekleiden; die meisten mußten nackend umherlaufen.

Eines Tages, als Adam wieder im Schweiße seines Angesichts das Feld pflügte, erschien ihm der liebe Gott. Ergriffen von Schreck, sank der Arbeitende auf die dunkle Scholle der Erde nieder: hatte er doch seit dem Sündenfalle den Herrn des Himmels nicht mehr gesehen.

Was würde nun geschehen? Er und sein Weib waren ja gestraft genug. Aber die Kinder...! Gewiß war der Allmächtige gekommen, um auch diese seine Strenge, seinen Zorn fühlen zu lassen. Und bebend in Angst um die Seinen, wagte Adam nicht, sich zu rühren.

Aber mild, voller Güte sprach der Herr:

„Steh auf, Adam, und fürchte dich nicht: ich bin eigens vom Himmel hinabgestiegen, um deine Kinder zu segnen.“

Strahlenden Auges erhob sich der aus dem Glücke Vertriebene, groß war die Freude seines Herzens. Doch nicht lange glänzte der Blick, düster senkte er sich wieder zur Erde in unendlicher Sorge. Dachte doch der Arme an seine und seines Weibes Nacktheit nach der ersten Sünde. Und nun sah er seine unbekleideten Kinder... Und fürchtete sich.

„Herr“, sagte er, „ich weiß nicht, wie ich dir für deine Barmherzigkeit danken soll. Doch bevor du zu uns eintrittst, gönne mir und meinem Weibe Zeit, daß wir uns auf deinen Besuch vorbereiten.“

„Gut, bereitet euch heute den ganzen Tag vor. Morgen komme ich zu euch.“

Und der Herr des Himmels verschwand.

Eilig lief Adam nach Hause, so eilig, daß er vergaß, die Ochsen auszuspannen. Eva saß gerade wieder am Webstuhl, als er ihr die wunderbare Botschaft brachte. Und gleich ihrem Manne erstarrte sie zuerst in großer Freude; doch dann bewegte auch ihre Seele dieselbe Furcht. Sie sah die Nacktheit ihrer Kinder...

„Wo... wo nehme ich die Hemden her, um alle zu bekleiden?“

Angstvoll erwogen die Eltern, was zu tun sei. Endlich kamen sie auf einen Gedanken.

„Ja, laß uns nur die Kinder dem lieben Gott zeigen, die ich ankleiden kann!“ rief Eva.

„Die Nackenden will ich in der Kammer verstecken, hinter dem Ofen“, sagte Adam.

Und nun begannen die Eltern, das Haus in Ordnung zu bringen, die Stube aufzuräumen. Darüber ward es Abend. Am nächsten Morgen wusch Eva in aller Frühe die Kinder, die sie Gott zeigen wollte, und hüllte sie in reine Kleider. Dann buk sie im Ofen Bröthen aus gutem Mehl und breitete weißes

Dinnen auf den Tisch. Als sie diese Arbeiten beendet hatte, kleidete sie sich selbst sorgsam an. Doch nicht müßig erwartete sie den Herrn des Himmels: gleich setzte sie sich wieder an den Wehstuhl. Adam lehnte indessen untätig an der Wand — harrend, sorgend.

Da stand Gott vor ihnen. In Glück, in Furcht stürzten sie zu seinen Füßen. Gnädig hob der Allmächtige die Zitternden auf und segnete sie. Darauf setzte er sich an den sauber gedeckten Tisch und brach eines der weißen Bröckchen durch, um es zu kosten. Dann durften die Kinder hereinkommen.

„Sind das alle eure Kinder?“ fragte der Herr.

Und wieder stürzten Adam und Eva zu seinen Füßen nieder, das Angesicht verbergend. Was sollten sie tun? Die Unwahrheit sagen? Nein, das getrauten sie sich nicht. Und die Wahrheit bekennen? Dazu hatten sie nicht den Mut. Also schwiegen sie.

Gott verstand ihr Schweigen. Nicht wiederholte er seine Frage. Mild legte er jedem der Kinder, die man vor ihn geführt hatte, seine heiligen Hände aufs Haupt und segnete sie.

Als Adam solches sah, zuckte sein Herz in tiefem Weh und die Seele war ihm voll Pein: hatte er doch so viele seiner Kinder dem Segen Gottes entzogen. Warum? Weil sie nackt waren? Und hatten denn die Unglücklichen schuld, daß sie ohne Kleider einhergehen mußten und sich versteckten?

Tief seufzte Adam auf. Gott hörte den Seufzer und fragte:

„Dein Herz ist schwer. Sage mir, was du wünschst.“

Und Adam sprach:

„Herr, du hast meine Kinder gesegnet. Zürne mir nicht, wenn ich frage, welche von ihnen in den Himmel kommen werden.“

„Fürwahr, ich sage dir, Adam, alle die Hungrigen und Nackten, die du in der Kammer und hinter dem Ofen versteckt hast, werden ewiglich den Herrn im Himmel sehn.“

Und als Gott so gesprochen, verschwand er.

Lange standen Adam und Eva schweigend da: sie dachten über die Worte des Herrn nach und verstanden sie nicht. Und weiter grubelten sie, aber kein Begreifen wollte ihnen kommen.

Und es geschah, daß die Kinder Adams, die gesegnet waren, immer stolzer und stolzer wurden. Eine eigene Kraft lebte in ihnen und ließ sie die Erde beherrschen. Sie nährten sich von den besten, ausgesuchtesten Speisen, gingen in feinen, weichen Kleidern daher. Gott gewährte ihnen alles: war doch sein Segen mit ihnen.

Aber die nackten, die versteckt waren, blieben demütig. Im Gefühl ihrer Blöße, ihrer Armut, wagten sie sich nicht hinaus in das Treiben der Welt. Mitummer nährten sie sich von dem Ader, der Dornen und Disteln trug. Nicht besaßen sie die Erde, wie ihre gesegneten Geschwister. Aber wenn sie von der Erde schieden, gehörte ihnen das himmlische Reich.

So ist es auch geblieben. Die Gesegneten, das sind die Herren. Und die anderen, denen damals der Segen entzogen wurde, das sind die Bauern, schlichtweg — die Menschen.



Neue Bücher

Zur Geschichte deutscher Universitäten. Man darf es mit Recht als einen Beweis deutscher Lichthafteit empfinden, daß das wissenschaftliche Leben durch den Krieg nicht ertötet ist. Nicht nur Medizin, Chemie und Technik, die naturgemäß kräftig sich entwickeln, — auch so scheinbar weltabgewandte Stoffe, wie die Geschichte der Universitäten, haben durch gründliche Forschungen lebhafteste Förderung erfahren. Eine Anzahl Unternehmungen und Darstellungen, die in den letzten beiden Jahren erschienen sind, laden zu einer kurzen Übersicht ein.

Der Ausspruch, den vor fünfzig Jahren Lorenz Stein im fünften Bande seiner Verwaltungslehre tat, daß, trotz der hohen Wichtigkeit, welche das deutsche Universitätswesen für das ganze Volk hat, und trotz des sehr lebendigen Bewußtseins von derselben, die Literatur über das Universitätswesen geradezu die dürftigste im gesamten Gebiet des Bildungswesens sei, besteht, wenigstens soweit er sich auf die Geschichte der Universitäten bezieht, nicht mehr zu Recht. Nicht weniger als vier umfangreiche Darstellungen über die Geschichte der Universitäten Wittenberg, Wien, Erlangen und Kiel sind mitten im Weltkrieg ganz kurz aufeinander gefolgt.

Nach Paris, der ersten großen Hochschule des Abendlandes, wurden in der zweiten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts an der Dürrenz des deutschen Kulturgebietes zuerst zwei deutsche Universitäten begründet: Prag 1348 und Wien 1365*). Das Entstehen zahlreicher Universitäten in fast allen Landesteilen des Deutschen Reiches infolge der aus Italien kommenden Renaissance, dann — seitdem 1517 durch Martin Luther in Wittenberg das folgenreichste Ereignis der germanischen Kulturwelt getan war — infolge der Reformation, ist den alten Hochschulen höchst schädlich gewesen; Paris, Bologna und Padua haben damals ihren alten Ruf eingebüßt. Auch Wien hatte unter den neuen Gründungen von Universitäten in Bayern, Schwaben, Franken und der Rheingegend, von wo der größte Zuzug von Scholaren stattgefunden hatte, sehr zu leiden, dazu kamen die Pestgefahr, die Türkengefahr, die allgemeine Teuerung und die überaus kärgliche Dotation der Universität. — Als 1524 Erzherzog Ferdinand die Universität aufforderte, die theologischen Streitpunkte über Luthers Lehre für den nach Speier ausgeschriebenen Reichstag zusammenzustellen, lieferte sie, da die Fakultäten uneins waren, diese Arbeit nicht. Dieses Versagen lenkte seine Aufmerksamkeit auf die Universität, welche nach seiner Ansicht „dermaßen in unordentlichem Wesen, Mangel an Vorträgen und gelehrten Leuten, täglicher Minderung der Studenten und Abfall“ war, daß er sich zu einer „neuen Reformation und Ordnung“ veranlaßt sah.

So ist Luther der Urheber des neuen Lebens, das damals in die alte Hochschule einzog, gewesen; am 4. November 1520 geschieht zuerst in den Akten der theologischen Fakultät seiner Erwähnung, als Dr. Eck die Universität aufforderte, die päpstliche Bulle gegen Luther und seine Schriften zu publizieren.

Wie die Stiftungsurkunde den Zeitraum von 1365 bis 1554 beherrschte, so ist die „neue Reformation“ bis zur pragmatischen Sanction (1623) maßgebend gewesen. Der moderne österreichische Staat, den Ferdinand geschaffen, konnte die Universität nicht entbehren. Damit sank die alte akademische Autonomie dahin; die Hochschule trat unter die Leitung des Staates, sie erhielt die Doppelaufgabe, Pflanzstätte der Religion und der Staatsverwaltung zu sein. — Von Ferdinand dem Ersten ging die Anregung zur Gründung eines Jesuitenkollegiums in Wien aus. Ohne Rücksicht auf Sympathie und Antipathie von oben, jeden Vorteil klug benützend und stets eingedenk ihrer großen und verantwortungsvollen Mission, entfalteten die Jesuiten in ihrem Konvikt und Kollegium eine rastlose Tätigkeit.

*) Artur Goldmann hat in der vom Altertumsvereine zu Wien herausgegebenen „Geschichte der Stadt Wien“ die Geschichte der Wiener Universität von 1519 bis 1746 behandelt. Wien, Gilhofer und Manschburg, 1917, VI, 206 S. fol.

Durch die Sanctio pragmatica vom 9. August 1623 wurde die Vereinigung des Jesuitenkollegiums mit der Universität für alle Zeiten vollzogen. Die Jesuiten übernahmen die theologische und philosophische Fakultät. Die Katholisierung der Universität war glänzend gelungen; mit der Lösung „cedere aut catholice credere“ (weichen oder katholisch glauben) ward man der Feinde Herr; die Universität war reine Lehranstalt geworden.

Durch den Thesenanschlag vom 31. Oktober 1517 hatte Luther in Wittenberg die weltgeschichtliche Auseinandersetzung mit dem mittelalterlichen Geist begonnen, neun Jahre, nachdem er als Bruder Martinus Luder de Mansfeldt Augustinianus in Wittenberg immatrikuliert, fünf Jahre, nachdem er zum Doktor der Theologie promoviert war und dadurch das Recht und die Pflicht, Theologie zu lehren, übernommen hatte*). Waren die alten Universitäten territoriale Gründungen gewesen, so sind seit Luthers Tat im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert konfessionelle Universitäten begründet worden. Nach Erlangen, das 1743 die Universität der fränkischen Fürstentümer wurde, ist in seinen Anfängen eine konfessionelle Gründung. Hermann Jordan hat es unternommen, die langwierige Geschichte der Entstehung dieser Universität darzulegen**). Freilich wird diese gründliche Darstellung mit ihrer Fülle von genauen Einzeluntersuchungen unter den besprochenen Werken trotz ihrer methodischen Vorbildlichkeit am wenigsten auf einen weiteren Leserkreis rechnen dürfen. Ausgehend von einer Untersuchung der wissenschaftlichen Bestrebungen und Universitätsstudien im Markgrafenland Ansbach-Bayreuth vor 1528 und der Anregungen zu einer Universitätsgründung 1525 bis 1529 stellt er die Ansbacher Hochschule in der kurzen Zeit ihres Bestehens von 1528/29 bis 1539/40, dann die Universitätsversuche in Feuchtwangen 1530 bis 1554 dar. Später ist Erlangen zu einem wichtigen Mittelglied zwischen dem Norden und Süden Deutschlands geworden.

Ein Werk anderer Art als die bisher genannten ist M. Liepmanns Sammlung „Von Kieler Professoren“, wie „Friedensburgs Geschichte der Universität Wittenberg“, eine Jubiläumsgabe***). Es ist ein eigenartiges Verhängnis, daß die Kieler Universität am 5. Oktober 1665 von Herzog Christian-Albrecht von Holstein-Gottorp begründet, seine Erinnerungsfeier ihres Bestehens hat begehen können; in der Geschichte des Landes sind bei dem 50-jährigen, dann 100-, 150-, 200- und jetzt 250-jährigen Gedenktage Ereignisse eingetreten, welche eine große Feierlichkeit verboten. Nun hat Liepmann zur Erinnerung an das 250-jährige Bestehen der Christian-Albrecht-Universität einen stattlichen Quatband mit 292 Briefen von und an Kieler Professoren und akademische Körperschaften zusammengestellt; sie reichen von den Zeiten des ersten Rectors Petrus Musaeus bis zum Dankschreiben, welches B. W. Forchhammer nach seinem neunzigsten Geburtstag an Georg Hansen richtete (1892). Es ist ein glücklicher Gedanke, das Leben einer Universität, das sich, mag es vom Schreibtisch oder vom Katheder aus wirksam werden, in einer individuellen und persönlichen Tätigkeit einzelner äußert, in Briefen literarisch festzuhalten und widerzuspiegeln. Freilich wäre es wünschenswert gewesen, wenn zur Erklärung der Briefe, die — mit sehr wenigen Ausnahmen — bisher unveröffentlicht waren, mehr geschehen wäre, namentlich das beigegebene Register sammelt von schwersten Irrthümern. Provinzielle Enge und Beschränktheit der Zeit ist den Briefen aus dem siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert anzumerken;

*) Walter Friedensburg hat die Geschichte der Universität zur Jahrhundertfeier der Vereinigung von Wittenberg und Halle dargestellt. Halle a. S., Max Niemeyer, 1917, XII, 646 S. Das schöne Werk ist den Lesern des „Grenzboten“ durch die Würdigung von A. Werminghoff in Heft 39 des Jahrganges 1917 nahegebracht worden.

**) Hermann Jordan, „Reformation und gelehrte Bildung in der Markgrafschaft Ansbach-Bayreuth“. Eine Vorgehichte der Universität Erlangen, I. Teil (bis gegen 1660). Leipzig, A. Deichert, 1917.

***) M. Liepmann. „Von Kieler Professoren“. Briefe aus drei Jahrhunderten zur Geschichte der Universität Kiel. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlagsanstalt, 1916, XVIII, 480 S.

so beschuldigt ein Professor seinen Kollegen wegen Behinderung des Kollegs und Beschimpfung, ein anderer wird wegen „unternommenen Schatz Grabens“ angezeigt, ein dritter meldet dem Herzog „welcher gestalt ich zu meines Vaters Bruders in Nürnberg Hans Wolff Franden, eheliche Tochter, Zfr. Anna Maria, eine sonderbare affection und Liebe trage, und dieselbe zu heuraten gedenke“; zu diesem Zweck bittet er um „consens und dispensation“. — Das rege geistige Leben, welches seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts in den Herzogtümern erblühte, fand an der Universität lebhafteste Anteilnahme und Förderung. Freilich über den mangelnden Eifer der Studenten wurde vielfach geklagt, wobei gelegentlich zwischen Schleswiger Begabtheit und Holsteiner Pfligma unterschieden wird. „Die Seelen sind so feist, wie der Körper, sie scheinen sich ganz in Rindfleisch und Grütze verkörpert zu haben“, klagt Anselm Feuerbach. Und 1798, als eine Ruhrepidemie wütete, schrieb Reinhold seinem Schwiegervater Wieland: „Allein wenigstens fünfzehn von den hier zurückgebliebenen gehörten unter meine Zuhörer und hätten ohne Gefahr sich in der Asie oder Metaphysik die Ruhr zu holen ihr Semester zu Ende hören können wenn sie — keine Schleswigholsteiner gewesen wären, deren Widerwillen vor aller Geistesfähigkeit jeder Vorwand willkommen ist“.

150 Jahre seit der Gründung der Hochschule waren dahingegangen, ohne daß sie eine hervorragende Rolle im Geistesleben der Zeit und im politischen Leben Deutschlands gespielt hatte. Dann kam der schwere, sieggekrönte Kampf der Herzogtümer und mit ihnen der Landesuniversität gegen Dänemark. „Auch wir sind brave Dänen“, hatte es im Kampfe Dänemarks gegen England geheißt; dann begann die Mißstimmung gegen Dänemark, ausgehend von der Ritterschaft und der Universität. 1806 bis 1815 sind die Jahre der Vorbereitung, 1816 bis 1865 der Kämpfe und der Vollenbung. — Schwer lastete auf der Universität das Mißlingen der Erhebung von 1848 bis 1851; 1852 mußten acht Professoren in die Verbannung ziehen. Endlich 1864 schlug die Stunde der Befreiung; die Briefe geben Schilderungen des „kriegerischen Treibens und der Freude über die Befreiung von den Dänen“. Seit 1866 ist Kiel preussische Universität; nur in ganz geringem Maße sind Briefe aus dieser Zeit zugänglich geworden, freilich sehr schöne von Otto Ribbeck und Erwin Rohde. Dank der Freizügigkeit der deutschen Professoren haben selbst an der kleinen, entlegenen Universität Kiel Geister ersten Ranges, wie Dahlmann, Droysen, Feuerbach, Bland, Treitschke gewirkt. Ihre Briefe werden der Sammlung Liepmanns viele Leser zuführen.

Als Berthold Delbrück 1908 seine Rede zur Feier des 350jährigen Bestehens der Universität Jena hielt, begann er mit dem Hinweis, daß unter den vielen Vorzügen, die, wie wir meinen mit Recht, der thüringischen Landesuniversität nachgerühmt werden, einer ist, den kein Streit der Meinungen und kein Wechsel der Anschauungen ihr rauben kann, die Tatsache nämlich, daß Goethe ihr Minister und Schiller ihr Professor gewesen ist. Goethes Beziehungen zu Jena hatte Viktor Michels in einer feinsinnigen Rede zur Nachfeier von Goethes 150. Geburtstag in der Jenaer Kollegienkirche 1899 behandelt, jetzt ist sie gedruckt und an die im Kriegsdienst stehenden Angehörigen der Universität Jena versandt worden*).

Manche, die sich auf des Kallimachos Ausruf: μέγα βιβλίον μέγα κακόν (ein großes Buch, ein großes Übel) berufend die großen Darstellungen von Friedensburg, Goldmann, Jordan und Liepmann nicht lesen wollen, werden gerne unter der meisterhaften Führung von Viktor Michels, der die amtlichen und gemüthlichen Beziehungen Goethes zu Saalathen genau kennt, eine Stunde mit dem Dichter in dem „lieben närrischen Nest“ verweilen,

Wo Jahr um Jahr die Jugend sich erneut,
Ein frisches Alter würd'ge Lehren deut.

Dr. Thomas Otto Achelis

*) Viktor Michels, „Goethe und Jena“. Jena, Verlag von Gustav Fischer 1916, 30 Seiten. M. 0.60.

Joachim Kühn, „Aus französischen Kriegstagebüchern“. I. Stimmen aus der deutschen Gefangenschaft. II. Der „Poilu“ im eigenen Urteil. Mit je 16 Faksimilebeilagen. Berlin 1918. Ernst S. Mittler u. Sohn.

Wenn es gestattet ist Kleines mit Großem zu vergleichen, so möchte man an die ingrimmige Wut erinnern, mit der der Frontsoldat feindliches Artilleriefeuer aushält, das die eigenen Batterien aus irgend welchen Gründen nicht wirksam bekämpfen. Eine ähnliche Empfindung hatte wenigstens, wer die glänzend inszenierte Propaganda der Franzosen mit Hilfe der von ihnen erbeuteten Kriegstagebücher deutscher Offiziere und Mannschaften kannte und die rechte Antwort von unserer Seite vermissen mußte, obwohl uns gegen die Verleumdung die besten Waffen zur Verfügung standen. Zwar die Schmähschrift des Professors am Collège de France, Joseph Bédier, der aus handschriftlichen Zeugnissen unserer Feldgrauen „deutsche Verbrechen“ zu beweisen suchte, hat Max Ruttner als glatte Fälscherarbeit nachgewiesen (Deutsche Verbrechen? Viesefeld und Leipzig. Velhagen u. Klasing 1915, 50 Pf.). Als aber Herr Bédier mit seinem Verfahren Nachahmer fand, die seine alten Legenden immer wieder aufsticht, hat man auf deutscher Seite allzu lange geschwiegen und die buchtechnisch ebenso vorzüglich wie inhaltlich ansehbaren Produkte französischer Propaganda auf dem heimischen und neutralen Boden einwurzeln lassen. Jetzt endlich nach vier Kriegsjahren nehmen die beiden oben genannten Veröffentlichungen Kühns die Ruttnersche Trabition wieder auf. Offenlich kommt ihr Eingreifen nicht zu spät. Nach Inhalt und Form erfüllen sie alle Forderungen, die man an den recht diffizilen Begriff einer Propagandaschrift stellen muß, nahezu reiflos — ist doch der Verfasser auf dem Gebiete kein Neuling; wir machen bei dieser Gelegenheit auf das seiner Feder entflammende Bändchen: Französische Kulturträger im Dienste der Völkerverhetzung, Diederichs, 1917, aufmerksam. Das in unserer Kriegsbeute bereitliegende reiche Material ist von ihm in größter Vollständigkeit herangezogen und durchgearbeitet worden. Was das besagen will, kann nur der voll ermessen, dem der Charakter dieser oft flüchtig und unleserlich geschriebenen, von Bitterungs- und Kriegseinflüssen arg geschädigten „Quellen“ bekannt ist. In der Einleitung zum ersten Teile unterstreicht Kühn den Widerspruch, in dem sich diejenigen französischen Gefangenen bewegen, die zwar alle möglichen Klagen über ihre Schicksale aufzeichnen, gleichzeitig aber anerkennende Bemerkungen nicht unterdrücken können. Die hierdurch schon geweckten Zweifel des Lesers, so meint der Verfasser, verstärken sich angesichts der Überlegung, daß die Berichte dieser nach Frankreich zurückgekehrten Kriegsgefangenen mannigfachen entstellenden Einflüssen unterlegen haben, bis sie im Druck erschienen. Eben deswegen werde das Verlangen nach unverfälschten Zeugnissen um so stärker. Solche haben wir aber in den vorliegenden rein privaten, mit keinerlei Nebenabsicht niedergeschriebenen Notizen vor uns, die man ihren Verfassern aus bestimmten zwingenden Gründen meist gegen Ende des ersten Kriegsjahres abgenommen hat.

Die „Stimmen aus der deutschen Gefangenschaft“ beziehen sich auf die Aufnahme hinter der Front, den Transport, die Behandlung in den deutschen Lazaretten, das Leben in den Offiziers- und Mannschafslagern. Die Quellenstellen sind sorgfältig exzerpiert und mit deutscher Übersetzung versehen. Für die Echtheit bürgt neben sprachlichen Kriterien die photographische Wiedergabe ausgewählter Stücke im Anhang. Wer diese untrüglichen Urteile aus Feindesmund über die Deutschen liest, wie sie die in ihre Hand gefallenen verwundeten Franzosen verbinden und ihre oft knappen Rationen mit ihnen teilen oder später auf dem Transport die ihnen zugebadeten Erfrischungen des Roten Kreuzes an die Gefangenen weitergeben; wer die spontane Anerkennung sieht, die hier den deutschen Ärzten, Schwestern und dem gesamten Pflegepersonal — oft unter wenig schmeichelhaftem Vergleich mit französischen Zuständen —, der Verpflegung und Sauberkeit in Lazarett und Gefangenenlager gezollt wird, dem muß es bei einer Spur von Gerechtigkeitsgefühl so gehen, wie jenem bei Dammariin gefangenen Offizier, der unter dem Eindruck einer ritterlichen Handlung erklärt, sie habe „certainement

changé l'opinion de beaucoup d'officiers français sur les Allemands". Während die erste Broschüre das verleumderische Bild des „boche“ im neutralen Auslande korrigieren soll, verfolgt die zweite gewissermaßen die ergänzende Aufgabe, der ebenso einseitigen Verhimmelung des „poilu“ entgegenzutreten, indem sie die menschlichen, allzu menschlichen Eigenschaften des französischen Soldaten einmal ins rechte Licht rückt. Was unbefangene Geister im stillen sich denken werden, ist doch nicht überflüssig, an der Hand unerschütterlicher Beweise der Welt eindringlich vor Augen zu stellen, denn die fortgesetzte Arbeit der französischen Literaten, die mit einem Schwall von exaltierten Phrasen sich selbst und ihr Volk betrunken machen, muß auch auf Fernerstehende abfärben, wenn ihr nicht andere Maßstäbe zur Seite gestellt werden.

Der Hauptwert und -zweck der Kühn'schen Broschüren liegt in der Beeinflussung des neutralen Auslandes, nicht im Sinne einer künstlichen Stimmungsmache, sondern indem man die Quellen für sich sprechen läßt. Aber auch der deutsche Leser wird sie mit Nutzen zur Hand nehmen. Braucht er auch nicht — wie leider in der Regel sein westlicher Nachbar — das Narkotikum des Selbstlobes und das Stimulans des erniedrigten Feindes, so werden ihm doch die französischen Tagebuchblätter eine willkommene Waffe und Genugtuung im Kampfe der Propaganden bieten.

H. O. M.



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a
Druck „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 86/87.

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

den Bezug zum IV. Vierteljahr 1918
erneuern zu wollen. — Bestellungen
nimmt jede Buchhandlung und jede
Postanstalt entgegen. Preis 9.— M.

Verlag der
Grenzboten

G. m. b. H.

Berlin SW 11



Das politische Weltgleichgewicht als Ziel des Weltkrieges

Von Dr. Karl Wilhelm Friederichs



Is Duell zwischen England und Deutschland hat vor kurzem der Minister einer befreundeten Macht den Weltkrieg in seinem jetzigen Stadium bezeichnet. Ein sicherlich wahres Wort, das aber ebenso fraglos der ergänzenden Auslegung bedarf. Oder kämpft etwa Deutschland nur für sich? Hängt nicht von seinem Durchhalten zum mindesten auch das endgültige Schicksal seiner Verbündeten ab? Und ergibt sich nicht ebenso in bezug auf England die zwingende Frage, welche Rolle seine Verbündeten, vor allem aber Amerika in diesem Duell spielen? Sind ferner diejenigen Staaten, die trotz maßloster Verheerung, trotz Vöding und Drohpeitsche von seiten des Verbandes der einmal beschlossenen Neutralität treu geblieben sind, nur als müßige Zuschauer des Riesenkampfes zu betrachten? Ist endlich Japans und Chinas Politik so fest umrissen, sind ihre Interessen durch ihre Kriegsteilnahme so unabänderlich bestimmt, daß man sie als dauernde Parteigänger unserer Gegner bezeichnen darf? Wie man sieht, Fragen über Fragen, deren Wichtigkeit und Spannweite jene knappe Deutung des Weltkrieges ohne Frage als auslegebedürftig erweisen und zugleich den Wunsch erstehen lassen, Bedeutung und Ziel des Krieges in seinem jetzigen Stadium einer umfassenden Nachprüfung zu unterziehen.

Zunächst ist zuzugeben und festzuhalten, daß der Krieg in seinem Verlaufe seine ursprüngliche innere Struktur durchaus geändert hat. In seinem

Der neunte Gang

zu den Altären des Vaterlandes! ⁴

Leg dein Scherflein in die Opferschalen!

Die anderen,

Größere wie Du, Herrliche,

Glorreiche,

füllten sie mit ihrem Blute.

Sie zu ehren, gib zur „Neunten“.

Anfange stellt er sich als rein europäischer Konflikt dar, als Versuch Englands, Frankreichs und Rußlands, das durch die Entwicklung des Deutschen Reiches bedrohte europäische Gleichgewicht zu erhalten. Zum mindesten muß man der maßgebenden englischen Politik diese ursprüngliche Absicht als Hauptzweck zuschreiben, mit der sich der Nebenzweck, das britische Kolonialreich bei dieser Gelegenheit durch Erwerb deutschen Kolonialbesitzes und Vorschiebung seiner Grenzen im Orient zu erweitern, sehr wohl verbinden ließ. Die selbstischen Beweggründe der beiden anderen Interessenten sind in jenem Hauptzweck ohne weiteres eingeschlossen; eine Besiegung Deutschlands bedeutete für Frankreich Befriedigung der Revancheidee, Rückeroberung des im Jahre 1871 verlorenen Elsaß-Lothringen; Rußland aber konnte hoffen, durch einen Sieg sein mittel-ländisches, vielleicht auch sein ozeanisches Programm zur Durchführung zu bringen, nachdem das pazifische im Japanischen Kriege wahrscheinlich für immer gescheitert war — man hielt an der Kewa, in dem Wahn, die englische Politik einmal als Vorspann benutzen zu können, die günstige Gelegenheit für gekommen, die Germanen schlankweg zu überrennen und so, auf dem Wege über Berlin nach Konstantinopel, bis zum Mittelmeer, gegebenenfalls über Skandinavien bis zur Nordsee vorzustößen. Daß England mit diesen weitsehenden Plänen des Slavenreiches im Herzen einverstanden gewesen sei, ist billig zu bezweifeln. Eine derartige Stärkung der slawischen Vormacht lag ebensowenig in seinem Interesse wie eine völlige Zertrümmerung der germanischen; beide vielmehr gegen einander auszuspielen, mußte naturgemäß das stehende Leitmotiv der englischen Politik bleiben. Die Worte, die Lord Grey im August 1914 dem scheidenden deutschen Botschafter mit auf den Weg gab, daß England in seiner Eigenschaft als Kriegsteilnehmer Deutschland vielleicht noch mehr nützen könne denn als neutrale Macht, gehören sicherlich nicht weniger in diesen Zusammenhang als der Eifer, den derselbe englische Minister bei dem verunglückten Dardanellenunternehmen entwickelt hat, um die englische Fahne vor der russischen auf der Hagia Sophia zu hissen. Für Downing Street handelte es sich, wie gesagt, an erster Stelle um eine Neuauflage des Napoleonischen Krieges; wie man damals mit Hilfe der Festlandsstaaten sich des lästigen französischen Nebenbuhlers auf die Dauer entledigt hatte, so wollte man dieses Mal mit der gleichen Hilfe Deutschland stürzen. Seinen machtvoll emporstrebenden Wuchs für immer zu kniden war einfacher und einträglicher als sich mit ihm in Güte auseinanderzusetzen, wie hüben und drüben von einflussreichen Kreisen erstrebt wurde. Ein beschleunigtes Handeln aber war geboten. Denn nicht nur nahm das Deutsche Reich als Militärmacht eine beherrschende Stellung ein, es schien auch in Begriff zu sein, in Handel und Industrie die unumschränkte Führung Europas an sich zu reißen und durch den Ausbau seiner Flotte die bislang unbestrittene englische Vorherrschaft zur See je länger je mehr ernstlich in Frage zu stellen.

Und die Aussichten in dem beabsichtigten Kampfe waren dem Anschein nach für die Entente durchaus günstig. Einmal war die militärische Leistungsfähigkeit der beiden Koalitionsgenossen aufs höchste gesteigert — in Frankreich durch Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, in Rußland durch den mit französischem Gelde durchgeführten Ausbau des strategischen Bahnnetzes — und so dann glaubte man die Schlagkraft der Zentralmächte durch Abdrängung Rumäniens und Italiens, die beide bereits durch Begünstigung ihrer Orientpolitik in das Fahrwasser der Entente gelockt waren, lähmen zu können. Den Millionen-aufgebotenen Rußlands und Frankreichs aber trat als Ergänzung die Wirksamkeit der englischen Flotte zur Seite: sie sollte als Beherrscherin der Ozeane die deutsche Flagge vom Meere vertreiben, die Küsten der Mittelmächte blockieren und durch Sperrung jeglicher Kriegszufuhr jene zum baldigen Zusammenbruch bringen, während sie anderseits den ungehemmten Zustrom der Hilfsmittel der ganzen Welt für die Heere der Verbündeten gewährleistete. Diese Tätigkeit der britischen Flotte wog nach Ansicht der englischen Politiker alle Leistungen der Volksheere Rußlands und Frankreichs auf, sie und die Verwendung eines Teiles der Kolonialarmee in Flandern — sechs Divisionen nach den neuesten Befundungen —

sollten daher den einzigen Einsatz Englands bei dieser Neuordnung der europäischen Verhältnisse darstellen. Die bekannten Worte Greys, die er in der entscheidenden Unterhausitzung äußerte, daß England, wenn es am Kriege teilnehme, nicht schlimmer daran sein werde, als wenn es neutral bliebe, entsprachen völlig den obigen Erwägungen und gaben sicherlich auch die Grundanschauungen des englischen Volkes wieder.

Aber alle diese Berechnungen, jede Voraussicht überhaupt hat der Verlauf des Krieges sehr bald als fehlerhaft erwiesen. Nur sein unmittelbarer Beginn stimmte zu den gehegten Erwartungen: die beiden Zentralmächte blieben isoliert, Italien wie Rumänien entzogen sich, wie man erwartet, ihrer Bündnispflicht. Dann aber veränderte der Beitritt Japans zur Entente, gleichsam als Auftakt zum bevorstehenden Konzert, sogleich seine ganze Signatur, der Krieg machte sichtbar Miene, über den europäischen Rahmen hinauszuwachsen. Mit untrüglichen Instinkt erkannten die zellsicheren japanischen Diplomaten sofort die Schwere und Bedeutung der europäischen Verwicklung, und ihr ehrgeiziger Wille, zur Erweiterung der eigenen Macht sich einzumischen, stand wohl von vornherein fest. Weniger bestimmt war, ihrer Beuteluft entsprechend, die Wahl der Partei. Die Verbindung mit den Zentralmächten verhiess im Falle des Sieges eine gewaltige Bereicherung: die Mandschurei, die sibirische Küste mit Vladivostok; der Beitritt zur Entente nur Kautschuk und die deutschen Inseln im Pazifik. Man entschied sich für die kleinere Beute. Die Entscheidung ist lehrreich, sie beweist, daß man auch in Japan im Anfang sicher an den Sieg der Entente geglaubt hat. Zwei Monate später fand ein anderer bedeutsamer Anschluß statt, die Türkei trat an die Seite der Mittelmächte. Auch dieser Anschluß ist und zwar in doppelter Hinsicht lehrreich: einmal zeigt er, daß die Entwicklung des Konfliktes zum Weltkrieg inzwischen einen weiteren Fortschritt gemacht, und sodann, daß der Kurs der Parteien sich bereits geändert hatte. Denn wenn damals das Osmanenreich sein Schicksal, über das schon im Jahre 1908 von Seiten Englands und Rußlands bei der Kaiserzusammenkunft in Reval selbstherrlich und freudlos entschieden war, an das Geschick des Zweibundes kettete, so sprach es damit dieser neuen Macht die überlegene Kraft zu, entgegen dem verderblichen Machtwillen jener beiden Staaten den Schutz der Türkei zu übernehmen und ihren Besitzstand zu gewährleisten. Den Grund zu dieser hohen Bewertung bildeten natürlich die bis dahin erzielten Erfolge Deutschlands auf beiden Kriegsschauplätzen. Und die weitere Fortführung des Festlandskrieges hat dieser Auffassung der osmanischen Diplomaten recht gegeben. Sehr bald ward es zur Gewißheit, daß das sogenannte europäische Gleichgewicht schon vor dem Kriege nur eine gefällige Selbsttäuschung der zeitgenössischen Diplomatie gewesen, daß in Deutschland eine neue, weit über Europa hinausweisende planetarische Weltmacht herangewachsen sei. Schon Ende des Jahres 1914 war die deutsche Front unverrückbar fest in Frankreichs Boden verankert, war die Völkerflut Rußlands für immer zum Stehen gebracht. Und wie sich England in den militärischen Leistungen seiner Bundesgenossen geirrt hatte, so sah es sich auch in seinen eigenen Erfolgen zur See getäuscht. Wohl verschwand Deutschlands Flagge von den Ozeanen, wohl wurden die Küsten der Mittelmächte blockiert und jeder Stoff, der nur im entferntesten zur Kriegführung Verwendung finden konnte, als Warenware gesperrt, aber der erwartete Zusammenbruch ihrer Kriegsindustrie blieb aus. Denn auch die Wissenschaft der Zentralmächte erwies sich als durchaus überlegen, die deutsche Kriegschemie feierte durch passende Erzeugung der Grundstoffe und durch Beschaffung immer neuer, immer wirkungsvollerer Verbindungen dauernde Triumphe. Hinzu kam, daß Deutschland schon im Frieden die unbedingte Führung auf dem Eisenmarkte übernommen hatte. „Es hat uns überaus viel genützt, daß die Eisenindustrien Englands, Frankreichs, Italiens und Rußlands zusammengenommen nicht mehr Eisen und Stahl im Kriege zu schaffen vermochten als Deutschland allein und daß die österreichische Leistung der belgischen gleichkam.“ (F. Reichert, Aus Deutschlands Waffenschmiede.) Wie eine ungeheure Kraftmaschine, deren Strom-

erzeugnis durch die streng geregelte, trotz steigender Entbehrung willig geleistete Heimarbeit gesichert wurde, während ihre gewaltigen Entladungen an den Fronten alle Anstrengungen der Feinde zunichte machten, arbeitete das Herz Europas gegen den ungeheuren Druck seiner Glieder. Dieser Kraftfülle gegenüber schien es nichts auszumachen, daß den Mittelmächten immer neue Feinde erstanden, daß unter ihnen sogar das früher verbündete Italien und Rumänien, der Verheerung und Lockung Englands schmachvoll erliegend, sich ihren Gegnern zugesellten, während auf der anderen Seite nur Bulgarien dem Beispiele der Türkei folgte und so den in die weite Zukunft deutenden geographischen und wirtschaftlich-politischen Begriff von Mitteleuropa möglich machte. Das Schicksal der schwächeren Staaten, wie Belgien, Serbien, Rumänien, die machtlos unter dem Tritt des Krieges in den Staub sanken, zeigte dem Einsichtigen an, daß die Bedeutung der kleinen politischen Einheiten unwiederbringlich dahin sei, daß künftig nur mehr Weltmächte das Recht hätten, in die politische Arena zu treten, und über dem versinkenden Rand des weißen Erdteiles die Bildfläche des Gesamtplaneten sich in das Licht der Weltgeschichte hob.

Man kann nicht sagen, daß England der wachsenden Erkenntnis von der Überlegenheit Deutschlands, die seine ursprüngliche Ansicht vom Kriege durchaus umgestaltete, sich gern erschlossen hätte. Im Anfang begnügte es sich, den bekannten Sinnsspruch Palmerstons „Recht oder Unrecht, mein Land“ ausschließlich in Betätigung des Unrechts zu befolgen, indem es in ausgiebigster Weise mit den vergifteten Waffen der Lüge, der Verleumdung, der Verheerung gegen den verhassten, unerwartet starken Nebenbuhler zu Felde zog. Als Beherrscherin der gesamten Stabellene versuchte es, und leider mit einem gewissen Erfolg, den Haß der ganzen Welt gegen Deutschland zu erregen und dauernd zu unterhalten, indem es nicht nur plangemäß den „vertierten Sonnen“ die scheußlichsten Verbrechen andichtete, sondern auch durch klug berechnete, immer neue Schlagworte für sich Stimmung zu machen, seine politischen Ziele schlau zu verstecken und die Sinne der Mitläufer und Neutralen zu benebeln versuchte. Wer kennt nicht die Parole vom Schutze der überfallenen kleinen Nationen, den Sturmruf gegen den preußischen Militarismus, die Aufforderung zur Wahrung und Rettung der Zivilisation und Demokratie, die Mahnung zur Bildung des Weltvölkerbundes unter Ausschluß des Deutschen Reiches? Dieser ideellen Propaganda folgte dann erst ganz allmählich die Ergänzung durch die sich selbst einsehkende Tat. Noch als die deutschen Freiwilligen-Regimenter mit dem Gesänge „Deutschland über alles“ in Flandern dem Tode entgegenstürmten, pflegte die englische Jugend in gewohnter Weise Fußball und Krieket und überließ in vornehmer Zurückhaltung die Kriegführung den bezahlten Söldnern. Dann aber änderte sich mit der zunehmenden Schwere der Aufgabe das Bild des englischen Zivillebens, die eindringlichen Werbeplakate Lord Kitcheners begannen auf die öffentliche Meinung zu wirken, und mit den Freiwilligenmassen der Kolonien, die Abenteuerlust und der geschürte Deutschenhaß unter die Fahnen führte, traten zugleich ungezählte Tausende aus dem Mutterlande in das Festlandsheer ein. Jetzt erkannte man endlich, daß nicht ein vornehmlich von den Verbandsagenossen zu führender Kontinentalkrieg, sondern ein Weltbrand entfesselt war, in dem England selbst um die Zukunft seines Imperiums zu kämpfen hatte. Und mit dieser Erkenntnis erwachte denn auch von neuem jene bekannte zähe Bulldoggennatur des englischen Volkes, die stete Nothelferin seiner gewaltigen geschichtlichen Erfolge. Jetzt galt der Krieg plötzlich nicht mehr der Wahrung des europäischen Gleichgewichtes, jetzt galt er offen der mitleidslosen Vernichtung des Gegners, dessen Gefährlichkeit durch einen deutschen Sieg ins Ungemessene wachsen mußte. Einem solchen Gegner gegenüber war jedes, auch das schmachlichste Mittel recht. Der Baralongfall zeigt diese Gesinnung im kleinen. Aber man arbeitete auch im großen. Im Februar 1915 wurden alle Lebensmittel für Banntware erklärt, Deutschland und Österreich sollten erbarmungslos durch Hunger zur bedingungslosen Ergebung gezwungen werden, und als auch dieses Mittel nicht versagte, entschloß man sich im Mai 1916 zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Antwort Deutschlands auf die erste

Maßregel war die Verschärfung des U-Bootkrieges, die auf die zweite der Siege am Skagerrak, der auch die deutsche Überlegenheit zur See aller Welt deutlich vor Augen rückte.

So wuchs in der Tat der Krieg, zumal mit seiner längeren Dauer bei den verbündeten gegnerischen Großmächten deutliche Spuren der Ermattung sichtbar wurden, sich allmählich zu einem Duell zwischen England und Deutschland aus. Und dieses Duell hätte sich, trotzdem bei uns im Innern die Not der Entbehrung ständig stieg, längst bereits zu unserem Vorteil entschieden, wenn nicht gerade in der Zeit, wo sich die Wage zu unseren Gunsten senkte, eine neue Weltmacht, Amerika, als Gegnerin auf dem Kampfplatz erschienen wäre. Das geschah im Frühjahr 1917, und dieses Kriegsjahr wird daher insofern in Zukunft ein Hauptinteresse beanspruchen können, als sich in ihm die planetarische Eigenart des ganzen Krieges am deutlichsten geoffenbart hat. Die bestimmende Triebkraft aber dieser weiteren Entwicklung bildet der Zusammenbruch Rußlands. Das Sclawenreich scheidet in jenem Jahr als erste erlebte Großmacht aus dem Ringen aus, seine Maschine, aus zum Teil sich wesenfremden, zum Teil schadenhaften Stücken seelenlos zusammengeschweißt, vermag den ungeheuren Druck der inneren Spannung nicht mehr auszuhalten, sie zerpringt, und an Stelle seines unförmigen, riesenhaften Staatsmechanismus tritt ein ebenso riesenhaftes Chaos. Ein gewaltiger Erfolg für die Mittelmächte, deren gesamte Ostfront nunmehr von dem wuchtenden Druck befreit wird, aber ein Erfolg, zum mindesten eine starke Zukunftsentlastung, auch für England. Rußland, der langjährige slawische Rivale, der unentwegte Bedroher Indiens, zusammengebrochen — zerschmettert, o Ironie der Weltgeschichte! von Deutschland, dem andern, dem germanischen Rivalen des britischen Reiches! Wenn tatsächlich einmal die Verwirklichung der englischen Zukunftssträume von einem unumschränkten britischen Weltimperium erreicht werden sollte, so schien jetzt der Augenblick dafür gekommen zu sein; das eine europäische Hemmnis, Rußland, war ohne eigenes Zutun aus dem Wege geräumt, es blieb nur noch das zweite Hemmnis, Deutschland, zu beseitigen. Unter diesem Gesichtspunkte versteht man die Leichtigkeit, mit der die englische Diplomatie über den Sturz Rußlands hinwegging, versteht man die Zielstrebigkeit, mit der sie unter Verwerfung jeder Friedensanbahnung unentwegt an der Vernichtung Deutschlands festhielt. War man allein zu schwach, das grandiose Ziel zu erreichen, nun, so war man nicht abgeneigt, die stammverwandte Weltmacht jenseits des Ozeans, die gleiche weltumfassende Ziele im Herzen trug und mit der man sich doch einmal dieserhalb auseinandersehen mußte, am Siege und an der Weltherrschaft teilnehmen zu lassen. In kluger Voraussicht hatte man sich ihrer bereits vor dem völligen Zusammenbruch Rußlands versichert. Sie war willig. Im Mai 1917 erklärte auch die zweite angelsächsische Weltmacht, indem sie den am 1. Februar neu begonnenen verschärften U-Bootkrieg als Vorwand benutzte, Deutschland den Krieg und nahm nicht lange darauf gleichfalls die Last der allgemeinen Wehrpflicht auf ihre starken Schultern.

Man hat lange und oft gefragt und die Fragen sind noch immer nicht verstummt, welche Gründe die Union, die bis dahin nur durch sehr umfangreiche Kriegslieferungen ihre Anteilnahme an der Entente bekundet hatte, zum Eintritt in den Krieg und zumal zur Übernahme der durchaus nicht beliebten Wehrpflicht veranlaßt haben. Klar dürfte es ohne weiteres sein, daß nicht vermeintlich ethische Beweggründe, wie sie Präsident Wilson in seinen verschiedenen Erlassen als treibende Ursache bezeichnet hat, die Veranlassung gewesen sein können. Mag ein einzelner Mensch Ideologe sein, mag auch Präsident Wilson in einem Winkel seines Herzens phantastischen Anschauungen huldigen, mag endlich eine urteilslose Masse sich eine Zeitlang durch Schlagworte betören lassen, nie wird eine gesetzgebende Körperschaft wie der amerikanische, aus harten Tatmenschen bestehende Kongreß sich durch bloße Gefühlsregungen zu einer solchen opferreichen und weitsehenden Politik bestimmen lassen. Einer realistischen Politik müssen unbedingt reale Ziele, müssen Tatsächlichkeiten entsprechen. Diese Tatsächlichkeiten lagen einmal in dem schreienden Widerspruch, der zwischen den hohen poli-

tischen Aspirationen der Union — auch die Amerikaner halten sich wie ihre englischen Vettern für das auserwählte Volk, das zur Weltherrschaft berufen ist — und den geringen Mitteln zu ihrer Verwirklichung bestand, und sodann in dem latenten Kriegszustande, in dem die Vereinigten Staaten seit langem sich zu Japan befanden. Es ist in Amerika wie in Japan ein unverrückbarer Glaubenssatz, daß der nächste Weltkrieg zwischen beiden Völkern um die Herrschaft im Pazifik entbrennen wird. Amerika mußte nun während des Krieges mit steigender Besorgnis erkennen, wie Japan, ohne sich um den Kontinentalkrieg ernstlich zu kümmern, aus der Gebundenheit der europäischen Staaten nur persönlichen Vorteil zog, wie es die deutschen Kolonien im Pazifik besetzte, wie seine Klassen infolge der gewaltigen Materiallieferungen an Rußland sich füllten, wie die halb friedliche, halb erzwungene Durchdringung Chinas, seines ungeheuren Hinterlandes, das ihm unermehliche Massen für den Zukunftskrieg zur Verfügung stellen konnte, stetige Fortschritte machte, wie endlich ein neues, gewaltiges Flottenprogramm seine maritime Überlegenheit immer mehr zu befestigen drohte. Es ist kaum zu bezweifeln: jenes Bewußtsein der eigenen militärischen Schwäche und jene Besorgnis vor Japans ständig steigender Stärke haben für die Entscheidung des Kongresses den Ausschlag gegeben. Eine Teilnahme am Weltkriege änderte mit einem Schlage die gesamte politische Stellung Amerikas, sie gab dem jungen Riesen mit einem Male die Waffen in die Hand, deren er im kommenden Lebenskampf unbedingt bedurfte! Und neben diesem persönlichen Vorteil trug ihm diese Teilnahme noch den nicht zu verachtenden Dank Englands ein; die Verbindung mit England ist sicherlich als Dauerbündnis geschlossen worden — sie sollte ja nach Auffassung der englischen Diplomaten dem verbündeten Angelsachsentum die Weltherrschaft ermöglichen — und verpflichtete demgemäß England auch zur Hilfeleistung gegen Japan. Ob noch andere Zugeständnisse bei der Aufrechnung von den britischen Diplomaten gemacht sind, entzieht sich der Beurteilung; man könnte etwa an die Abtretung Kanadas denken, das schon mehrfach eine bedenkliche Einneigung zu seinem Nachbar gezeigt hat und dessen allmähliche Amerikanisierung zweifellos zu erwarten ist. Zu groß wäre auch dieser Preis nicht; man bedenke, es geht in dem Weltkriege, wie er sich jetzt entwickelt hat, um die Teilung der Welt! „Die vereinigten Angelsachsen Herren der Welt!“ das müßte der Wappenspruch unserer Gegner sein, wenn bei ihnen nicht die Lüge registierte. „Die Engländer nach Zertrümmerung Deutschlands Herren des Indischen Ozeans und seiner sämtlichen Gestade, die Amerikaner nach Zertrümmerung Japans Herren des Pazifik, beide gemeinsam Herren des Atlantik!“ das ist das Zukunftsprogramm des angelsächsischen Völkerbundes. Sein erster Teil ist bis auf die Zertrümmerung Deutschlands von den Briten so ziemlich zur Ausführung gebracht; wenigstens haben sie die deutschen Kolonien in Afrika, Ägypten, große Teile Arabiens, Palästinas, Mesopotamiens und Persiens erobert. Die alten dünn klingenden Lösungsworte „Vom Kap bis Kairo“, „Von Kairo bis Kalcutta“, sind während des Weltkrieges unter der Gunst der Ereignisse zu der schmetternden Fanfare umgetont worden, die die Umwandlung des Indischen Ozeans zu einem britischen Binnensee, seiner Gestade zu britischem Besitz verkündet. Die mächtigen Grundsäulen dieses unermehlichen Kolonialreiches wurden Australien und Südafrika bilden, Indien seine schimmernde Kuppel, das Raubgut dieses Krieges oder der Besitz britischer Helotenstaaten die starkgefügteten Seitenwände. Nicht von Japan her droht den holländischen Kolonien Gefahr, sondern von diesen Plänen Englands.

So sehen wir, was aus dem ursprünglichen Kontinentalkrieg, aus dem Duell Englands und Deutschlands in seinem letzten Stadium geworden ist: ein Kampf um die Herrschaft der gesamten Welt auf der einen Seite, ein Kampf um die Erhaltung der eigenen und der Weltfreiheit auf der anderen. Was die harten Angelsachsen als unumschränkte Herren aus der Welt machen würden, ist nicht schwer zu sagen: ein riesiges Ausbeutefeld für Trusts und Unternehmer, die, unter Verachtung jeglicher Sozialpolitik das Recht des Stärkeren verkündend, das goldene Zeitalter der Monopole, der ungehemmten Plutokratie, des Massen-

reichtums und des Massenelends heraufführen würden. In politischer Hinsicht gäbe es neben den beiden Herrenstaaten nur Sklavenvölker, das Schicksal Indiens, Irlands, Griechenlands dürfte für ihre Behandlung bezeichnend sein. Daß im besondern Deutschland im Falle eines englischen Sieges für alle Zeiten völlig niedergetreten würde, bedarf bei dem grimmigen Haß, bei dem rohen Wesensforn unserer Gegner keiner weiteren Ausführung. Auf der anderen Seite schenkt ein deutscher Sieg der Welt die schon halb verlorene Freiheit zurück. Denn Deutschland kann keine Weltherrschaft wollen, weil es gar nicht die Mittel hat, eine solche Herrschaft auszuüben. Nie ist eine sinnlosere Lüge in die Welt gesetzt als die, daß Deutschland nach der Weltherrschaft strebe. Man bedenke die ungeheuren Massen, die die in die Wege geleitete Politisierung der Gesamtwelt ins Leben gerufen hat und weiter rufen wird, man beachte, daß neben den Weltstaaten England und Amerika, die jetzt nach Einführung der Wehrpflicht einer noch viel größeren dauernden Machtenhaltung als früher fähig sind, die Entwicklung einer Mongolenmacht von fast fünfshundert Millionen Seelen mit Riesenschritten vor sich geht. Was Deutschland gegen diese Massen durch seinen Sieg erstreben und erreichen kann, ist die Herrschaft des Rechts, der Gerechtigkeit und unter ihrer Herrschaft die selbständige Lebensmöglichkeit einer jeden staatlichen Gemeinschaft. Recht und Gerechtigkeit werden an letzter Stelle nie durch die Entscheidung eines einzelnen Staates, geschweige denn eines einzelnen Menschen gewährleistet werden, sondern nur durch das sorgliche Abwägen gleichgeordneter, weil gleichgewichtiger Glieder. Das politische Gleichgewicht der Weltstaaten also ist nötig, damit die Menschheit wieder des Segens der Gerechtigkeit, der Güter eines gesicherten Friedens teilhaftig werde, und die Schaffung dieses Gleichgewichtes, seine Übertragung gleichsam vom politischen Sehfeld Europas auf das politische Gesamtgesichtsfeld der Welt ist das letzte Ziel des jetzigen Krieges.

Daß Deutschland dieses Ziel entgegen dem scheinbar unerbittlichen Machtwillen seiner Gegner erreichen wird, steht fest zu erwarten. Den Ausschlag im Kampfe wird endlich doch die Überlegenheit des deutschen Meeres und seiner Führung, sowie der U-Bootkrieg geben. An jener werden schließlich die Kräfte unserer Gegner auch an der Westfront erlahmen und zermürben, dieser wird den Schiffsraum unserer Feinde stetig weiter vermindern, dadurch die Schranke, die die maßgebende Natur im Atlantik zwischen Europa und Amerika aufgerichtet hat, immer mehr für die Hilfe der Union zum entscheidenden Hemmnis werden lassen und eine hinreichende Ergänzung der feindlichen Machtmittel, sowie ihre glatte Überführung auf andere Kriegsschauplätze endlich unmöglich machen. Eine fernere Steigerung aber der feindlichen Kräfte durch Hinzutritt neuer Verbündeter erscheint ausgeschlossen, es ist kein Staat mehr vorhanden, der sich für England zu opfern tüchtig genug wäre. Die kluge Politik Japans, die den Ernst der Weltlage wohl durchschaut und die Notwendigkeit eines mächtigen Deutschland für seine eigene Sicherheit nicht verkennet, hat sich seit vier Jahren mit Geschick und Kraft jeder Einsetzung für die eigentlichen Absichten der Entente entzogen; auch in Sibirien geht es augenblicklich offenbar nur seine eigenen Wege. Die Neutralen aber sind hellsehtig geworden; wenn uns am Anfang des Krieges die Lüge geschadet hat, so scheint uns an seinem Ende die Wahrheit zu nützen. Nicht nur die Neutralen Europas, sondern auch die Amerikas begreifen augenscheinlich allmählich, daß auch ihr Schicksal durch deutsches Opferblut entschieden wird. Vor allem lassen in Amerika die drei führenden Staaten spanischen Ursprunges ebenso wie ihr europäisches Mutterland ein steigendes Selbstgefühl erkennen und geben bei uns der Hoffnung Raum, daß im kommenden Zeitalter des politischen Weltgleichgewichtes gegenüber der angelsächsischen Union ein unter sich verbündetes, starkes lateinisches Amerika als Stütze dieses Gleichgewichtes sich machtvoll entfalten wird.

Vorerst aber gilt es bei uns allein der eigenen Hoffnung, der eigenen Sorge. Es gilt das Haus zu zimmern, das unsere Zukunft und die unserer Bundesgenossen tragen und schirmen soll, das Haus Mitteleuropa, das Herz und den Kern des weißen Erdteiles, dessen einzelne Glieder, wenn sie bei der fort-

geführten Politisierung der Weltmassen irgend welche Geltung behaupten wollen, nur im Anschluß oder im Einbernehmen mit diesem Herzen Wert behalten können. Je stärker demnach Mitteleuropa ist, um so stärker wird die Stellung Ganzeuropas im Rate der Völker bleiben. Darum muß dieses Haus hell, fest und licht gefügt werden, aufs große gerichtet, wenn auch darin jede einzelne Halle ihre eigene Welt umschließt, der Ozeanwind muß von der flandrischen Küste bis zum Indischen Meere ungehindert hindurchstreichen und Weltluft und Weltverkehr in seine Räume führen. Und Kolonien und Handelsstützpunkte in Übersee muß dieses Haus besitzen, vor allem große Rohstoffgebiete, damit keine Spindel, keine Esse, die uns den verlorenen Reichtum wiederbringen müssen, in seinen Werkstätten zu ruhen braucht; wir wissen ja, es ist die wohlermogene Absicht unserer Feinde, auch nach dem Kriege uns die Rohstoffzufuhr aus ihren eigenen Kolonien vorzu-enthalten.

Daß wir auch dieses Ziel, die Aufrichtung eines starken Mitteleuropa als Gegenpol zum herrschsüchtigen Angelsachsentum, voll erringen, dafür müssen wir schonungslos selbst die letzten Kräfte einsetzen. Nicht ohne Kampf wird uns die Krönung des Gebäudes gelingen, wenn auch die Aussichten für Aufbau und Bestand des Werkes günstig sind. Was die einzelnen Bundesglieder anlangt, so hat Deutschland, Österreich und die Türkei dieselbe Not zusammengeführt, der Vernichtungswille unserer Feinde; jener Wille wird bleiben, also auch unser Gegenwille, unsere Freude am gemeinsamen Bau; Bulgarien untersteht nicht ganz demselben Zwange, sein dauernder Anschluß bedarf daher sorgfamer Pflege. Was seine Grenzen betrifft, so scheint im Osten das Werk gesichert; die Abtrennung der früher russischen Randstaaten, darunter der alten germanischen Siedlungsgebiete, ihre Selbständigmachung und Einbeziehung in die deutsche Kultur geben hier dem Germanentum den Slaven gegenüber auf lange Zeit das Übergewicht. Darüber hinaus muß uns an einer Stabilisierung der russischen Verhältnisse durchaus gelegen sein; unser Handel und das Weltgleichgewicht bedürfen in gleicher Weise eines gefesteten Großrusslands.

Auch der Westen wird Mitteleuropa in Zukunft kaum Schwierigkeiten bereiten. Die endgültige Grenzregelung wird erst der Friede bringen können. Viele sachverständige Stimmen befürworten die Erwerbung der Erzbeden von Longwy und Briey, da unsere Eisenvorräte in fünfundvierzig Jahren erschöpft sein werden; Mitteleuropa wird länger bestehen sollen, für den Frieden einer ganzen Reihe von Geschlechtern haben wir in diesem Kriege hinreichenden Blutzoll entrichtet, sorgen wir beizeiten für ihren genügenden Schutz. Darüber hinaus wird lediglich beim französischen Volke, das bei den übermäßigen Verlusten seine Großmachtsstellung kaum wird bewahren können, die Entscheidung liegen, ob es auch weiter England Sklavendienste leisten oder in fernerer Zukunft an der Seite Mitteleuropas eine eigene Weltgeltung erstreben will.

Schwieriger liegen die Verhältnisse an der Südgrenze, in der Türkei. Große Gebiete sind hier an die Engländer verloren gegangen, vor allem Ägypten, Teile Palästinas und Mesopotamiens, mit dem letzteren Lande leider auch Bagdad und der Ausgang der Bagdadbahn. Wenn Mitteleuropa in vollem Umfange lebensfähig sein soll, müssen diese Gebiete zurückerobert werden, denn gerade ihr Besitz erst verleiht dem Bunde der Mittelmächte die über Europa hinausweisende substantiell-planetarische Weite. Die Bagdadbahn muß ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückgeführt werden, ein Ausfalltor Mitteleuropas in den freien Indischen Ozean zu sein. Palästina und Ägypten müssen wieder feste Bestandteile der Türkei werden. Gerade im Besitz dieser Länder mit dem zwischen ihnen liegenden Kanal liegt der Angelpunkt der im Weltkriege wesentlich erhöhten Machtsstellung Englands im Orient, nur hier kann jener Plan seiner Diplomatie, den Indischen Ozean zum britischen Binnenmeer zu machen, tödlich getroffen, nur hier durch eine breite Bresche der ganze Bau jenes gewaltigen ozeanischen Reiches für immer in Trümmer gelegt werden. Auch die deutschen Kolonien in Afrika, die unbedingt zurückerstattet, ja als Rohstoffgebiete vergrößert werden müssen, würden durch die Rückeroberung Ägyptens gesicherter

erscheinen; denn im Notfall ließe sich von dort aus eine Landverbindung mit ihnen herstellen.

Alle diese Gründe lassen es sehr wohl als möglich erscheinen, daß nach hinreichender Zermürbung der feindlichen Westfront der Schlußakt des ganzen furchtbaren Völkerdramas sich im Orient als dem Hauptkriegsschauplatz abspielen wird. Im Gebiete also der uralten Kultstätten, wo so manche Antwort auf die hoffenden Fragen der Menschheit erteilt wurde, würde auch die neue Schicksalsfrage entschieden werden, ob als Frucht des ungeheuren Völkerringens die harte Welt der Angelsachsen erstehen soll mit ihrer Weltherrschaft, Weltknechtung und neuen Kriegen oder aber die Kulturwelt der Germanen, der „weltordnenden Rasse“ (Gobineau), in der die schwergeprüften Völker unter dem Schutze des politischen Weltgleichgewichtes sich der neuerrungenen Freiheit und des wohlverdienten Friedens erfreuen können.



Die Behandlung der Letten und Esten

Don Hadubert



Die großen Völker Europas, die seit Jahrhunderten ihr Geschick in die eigenen Hände genommen haben, haben im Verlauf dieser langen Geschichte ein politisch-kulturelles System herausgestaltet, das ihrer völkischen Eigenart derart auf den Leib geschnitten ist, daß eines aus dem andern erklärbar ist und beide gewissermaßen zur Deckung gelangen. Aus den bestehenden politischen und kulturellen Zuständen läßt sich dann ebenso die nationale Eigentümlichkeit der Deutschen etwa ablesen, wie man aus diesem Charakter des deutschen Volkes die Notwendigkeit und Berechtigung seines Lebenssystems herleiten kann. Diesen Zustand sind wir geneigt, nach unseren eigenen Erfahrungen für den normalen zu halten, daher liegt uns die irrige Anschauung nahe, auch bei den kleinen Grenzvölkern des Ostens liege das gleiche Verhältnis zwischen Volkscharakter und Lebenssystem vor. Auch bei uns besteht freilich bei näherem Hinblicken zwischen beiden eine Spannung, die zum treibenden Moment des historischen Fortschritts wird. Bei den Randvölkern Rußlands, insbesondere bei den Letten und Esten, die dauernd unter einer Fremdherrschaft gestanden haben, muß sich aber diese Spannung naturgemäß wesentlich verschärft haben. Die Erkenntnis dieser Spannung und ihrer Gesetze bietet recht eigentlich den Schlüssel für die Behandlung dieser Völker, weil darin das Verständnis für ihre gesamte seelische Lage gipfelt.

Aber dieser Zauberschlüssel ist eben doch nicht so leicht zu handhaben, wie mancher mehr oder minder leitende Staatsmann sich das vorstellen mag. Durch die allzu billige Rechnung unserer „Befreiungs-ideologie“ hat bereits die russische Revolution namentlich in ihrem früheren Stadium einen kräftigen Strich gezogen, wennschon das zynische Schalten des Bolschewismus uns im Augenblick recht günstig ist. Auch im Elsaß erwarteten wir Triumphpforten der „wiedergewonnenen Brüder“ und fanden 45 Jahre lang allzu viele Herzen, die sich immer sichtlicher schlossen. Vor Enttäuschungen und daraus erwachsenden Behandlungsfehlern ähnlicher Art werden wir uns auch im Osten nur bewahren können, wenn wir uns rechtzeitig von allen Vorurteilen frei machen, uns ganz an das Studium der vorgefundenen Lage hingeben und dann unsere Konsequenzen fest und folgerichtig ziehen und sie gradlinig durchführen.

Es ist bekannt, daß die baltischen Lande zwar eine deutsche Oberschicht haben, daß jedoch die zahlenmäßig weit überlegene Unterschicht des Landes in Estland und dem nördlichen Livland aus Esten, in Südlivland und Kurland aus

Letten besteht. Beide Völker, die eine lebhaftere Antipathie gegeneinander empfinden, haben sprachlich und ethnisch nichts miteinander zu tun, vielmehr sind die Esten mit den Finnen verwandt und gehören zur finnisch-ugrischen Sprachfamilie. Die Letten stehen den Litauern nahe, sind aber von diesen ebenfalls durch völkische Abneigung und durch den kulturellen und konfessionellen Gegensatz scharf geschieden. Wollte sich die Behandlung der Letten und Esten vornehmlich auf ihren ursprünglichen Volkscharakter stützen, so hätte eine Erörterung dieser Behandlungsfragen die beiden Volksstämme scharf voneinander zu unterscheiden, wie auch unsere Okkupationsbehörden mit beiden durchaus verschiedene Erfahrungen gemacht haben. Für die Deutung und Erfassung dieses originären Nationalcharakters beider Völker bietet aber das vorgefundene politische und soziale Lebenssystem wenig Anhalt, weil es nicht den schöpferischen Kräften dieser Nationalitäten entsprossen, sondern ihnen von außen her auferlegt ist. Durch jahrhundertelange Gewöhnung an diese Einrichtungen und Zustände und durch bestimmte historische Schicksale der letzten Jahrhunderte ist aber die Sinnesart dieser beiden Völker einheitlich beeinflusst worden. Wenn also auch nicht für den ursprünglichen Volkscharakter, so doch für die politische Mentalität der Esten und Letten ist ihr Verhältnis zu diesem politischen Lebenssystem die unentbehrlichste und wichtigste Verständnisvoraussetzung.

Beim Versuche seiner Aufrollung stoßen wir wiederum auf eine Spannung zwischen zwei oder wenn man will sogar drei Systemen, die in den letzten Jahrzehnten im Lande um Geltung rangen. Das älteste historisch am festesten eingewurzelte, aber zugleich auch geschichtlich am stärksten belastete System war das der feudal-ständischen deutschen Herrschaft. Ihre Einrichtungen und Gesetze waren geboren aus der Notwendigkeit, durch eine zahlenmäßig geringe, aber national und kulturell hoch entwickelte und weit überlegene deutsche Oberschicht eine fremdstämmige breite Masse zu kultivieren und zu beherrschen. Die erstaunliche organisatorische Leistung des Deutschbaltenums, auf die jeder Deutsche als Deutscher stolz sein darf, heißt es in keiner Weise herabsetzen, wenn man aus Gründen objektiver Gerechtigkeit anerkennt, daß dies in sich notwendige System sozialer Bevormundung den emporstrebenden Schichten des lettischen und estnischen Volkes drückend, ja unleidlich werden mußte. Die baltischen Lande haben mit den europäischen Mächten, in deren Händen sie seit Jahrhunderten ein Spielball waren, heldenmütig um das Recht ihrer Selbstverwaltung gerungen. Diese Selbstverwaltung war auf dem ständischen Prinzip aufgebaut und zog die bislang fast ausschließlich bäuerliche Unterschicht zu Verwaltungstätigkeiten heran, die dem sozialen Horizont dieser Kreise entsprachen. Eine Steigerung des Einflusses der Letten und Esten war in den Reformvorschlägen der Ritterschaften in den achtziger Jahren vorgesehen, wurde aber durch die Gegenmaßnahmen der russischen Regierung vereitelt.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß das überkommene deutschbaltische System für die Letten ein patriarchalisch und humanitär gemildertes System der Fremdherrschaft bedeutete, das der Kritik der aufstrebenden Intelligenz mit ihrem junglettischen und jungestnischen Nationalismus und Radikalismus noch weit mehr Angriffsflächen bot, als der viel geschmähte preussische „Obrigkeitsstaat“ unsern deutschen Radikalen. Trotzdem ließ jahrhundertelange Gewöhnung den breiten Massen der Letten und Esten dies System keineswegs so unleidlich erscheinen, wie unsere doktrinaire Linke das den junglettischen Demagogen so willig und kritiklos glaubt. Wäre das baltische Land vor etwa 50 Jahren an Deutschland gefallen, so wäre eine schrittweise Ueberleitung dieses Systems in das wesentlich liberalere des modernen Deutschen Reiches verhältnismäßig einfach gewesen. Inzwischen aber ist dem Baltikum ein anderes System ohne den Willen der Letten und Esten und sehr gegen den Willen der Deutschbalten aufgedrängt worden: das System des bürokratischen Zarenismus. Bei der namenlosen Unkenntnis, mit der die breite deutsche Öffentlichkeit den russischen Verhältnissen gegenübersteht, ist dies System bekanntlich als der Hort der Reaktion verschrien. Daher denn auch das Befreiungsprogramm, das gerade bei unserer

Linken die Bethmannsche Ostpolitik populär machte. Hier jedoch werden wesentliche Punkte übersehen, vor allem der kryptodemokratische Charakter des Petrinischen Zarismus, der folgerichtig in die Revolution und den Bolschewismus mündete. Dieser Zarismus, wie er durch Peter den Großen und seinen ebenfalls bereits westlich orientierten Vorläufer Iwan den Schrecklichen begründet war, war nämlich selber seinem Wesen nach umstürzlerisch: er war Revolution von oben her. Er begann mit einer Niedertwerfung des russischen Feudalismus, der Bojarenherrschaft, und erhob eine in die bekannten Rangklassen gestufte Bureaucratie zur Allmacht, die das soziale Emporkommen außerordentlich erleichterte. Er ging mit einem erbarmungslosen politischen Rationalismus den heiligsten Traditionen des Russentums zu Leibe und loderte dadurch allenthalben das organische Gefüge des überkommenen Staates so weit auf, daß er für die ihm entgegenarbeitende Revolution von unten her selber die besten Voraussetzungen schuf. Er setzte die politische Willkür an die Stelle der heiligen Ueberlieferungen, er errichtete einen hyperautoritären Ueberbau auf einem revolutionären Fundament. Im Zeichen dieser rationalistischen Willkür reichen sich Peter der Große und Lenin über die Jahrhunderte hinweg die brüderliche Rechte.

Schon für Katharina die Zweite, die Kaiserin der russischen Aufklärung, waren die westlich fortgeschrittenen baltischen Provinzen ein Versuchsfeld liberalisierender Neuerungen. Der Nationalismus, dies Kind des 19. Jahrhunderts, war damals noch nicht geboren. Der Gedanke einer Russifizierung der Ostseeprovinzen war erst dem panslawistischen Zarismus in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhundert vorbehalten. Er oktroyierte dem Lande eben jenes radikal-bureaucratische System, das aus seinem wahren Ziele, der Ausrottung des Deutschtums, auch gar kein Hehl machte. Dies System war der Todfeind alles organischen Fortschritts, wie ihn die Einsichtigen unter den Deutschbalten wollten und forderten, aber es wurde von den Letten als echter Fortschritt begrüßt, denn da es keine Selbsterhaltungsinteressen der kleinen deutschen Oberschicht zu berücksichtigen brauchte, konnte es sich wesentlich liberaler und paritätischer geben, als die ständische deutsche Landesverfassung. Darüber hinaus aber begünstigte es inoffiziell die lettischen und estnischen Ansprüche, da es zu den Kampfmethoden des Panslawismus gehörte, den inneren nationalen Spader der eigenen Sache nutzbar zu machen. Der Lette und Este also — und das darf nicht übersehen werden — sieht im Zarismus nicht sowohl den Unterdrücker, als viel eher den Befreier. Die russische Konstitution, unter deren Einwirkung das Land über ein Jahrzehnt gestanden hat, gab vollends der Unterschicht eine willkommene Gelegenheit, ihre zahlenmäßige Ueberlegenheit zuungunsten der Deutschen in den Wahlen für die Duma auszunützen. Da in diesen noch so unreifen Völkern die politisch besonnenen Kreise, die hauptsächlich der ländlichen Mittelschicht angehören, sozusagen politisch stumm sind und als „Vertreter“ die dünne gänzlich radikalisierte Intelligenz und das Proletariat der Städte allein in Frage kommen, ist es natürlich, daß die übelsten Hezer in den erregten Zeiten unmittelbar nach der Revolution den Weg auf die Tribünen des Parlaments fanden. Und schließlich erfreuten sich zu Anfang des Krieges die nationalen Ansprüche der baltischen Unterschicht weitgehender Tuldung von seiten des Zarismus, während beide in der Verfolgung des baltischen Deutschtums gemeinsame Sache machten.

Will man neben diese beiden Systeme, das deutsche ständisch-feudale und das russische bureaucratisch-liberalere, noch ein drittes stellen, so muß man freilich das Gebiet der politischen Realitäten mit dem der Programme und Ideologien vertauschen. Fragt man etwa diejenigen Vertreter der lettischen Intelligenz, die heute in der Schweiz eine rührige deutschfeindliche Propaganda betreiben, so treten sie für keines der beiden ein, sondern fordern — etwa im Sinne der russischen Revolution in der Ära Kerenski — ein selbständiges Lettland im freien Rußland. Wie sie sich die Durchführung einer solchen Verfassung im einzelnen denken, werden einem freilich die Handvoll Agitatoren kaum jagen

können, denn daß noch auf Jahre und Jahrzehnte hinaus das Lettentum mehr noch als das etwas reifere Estentum außerstande sein würde, seinen „autonomen“ Verwaltungsapparat im demokratischen Rußland selber zu stellen, ist jedem Einsichtigen klar. Letten und Esten können zu all solchen Tätigkeiten langsam und unter guter Führung herangezogen werden, sind aber von heute auf morgen dieser Aufgabe nicht im entferntesten gewachsen. In ihrer großen Masse sind sie noch immer nicht das Führen, sondern das Geführtwerden, allenfalls daneben das politische Demonstrieren und Randalieren nach gut russischem Muster gewohnt. Aber durch Straßenumzüge und Meetings ist eine Großstadt wie Riga wahrhaftig nicht zu verwalten, und die schönsten Programme helfen nicht über den fundamentalen Mangel an Sachkenntnis, Erfahrung und politischer wie gesellschaftlicher Reife hinweg, der bei diesen politisch traditionslosen Völkern in ihrer großen Masse vorliegt.

Wie haben wir Reichsdeutschen, insbesondere unsere politische Leitung und unsere Beamtenschaft, uns gegenüber dieser inneren Verwirrung des lettischen und estnischen politischen Bewußtseins zu verhalten? Zunächst ist es ganz klar, daß der Lette in uns den Wahceits, den Deutschen, sieht, den er an Hund jahrhundertelanger Erfahrung kennt oder zu kennen glaubt, und den er daher nicht eben mit den Augen einer überschwänglichen Liebe anzusehen vermag. Mag man sich in Deutschland noch so hartnäckig der nationalen Solidarität mit dem Deutschbaltentum entziehen: dort im Lande wird man in den Augen der Letten und Esten diese Solidarität nicht los. Man könnte natürlich — zum Schaden des Deutschtums und zum Schaden des Landes — willkürlich eine extrem antibaltische Politik unter Verschmähung und Mißachtung der Landeskenntnis und Erfahrung des einheimischen Deutschtums in die Wege leiten. Aber man soll nur nicht meinen, dadurch im lettischen und estnischen Volksempfinden die gefühlsmäßige Belastung loszuwerden, die der deutsche Name dort nun einmal, namentlich in den Kreisen der städtischen Intelligenz und des städtischen und ländlichen Proletariats, trägt. Ein Versuch, in den Augen der Letten und Esten die bisherige Politik der Deutschbaltentum gescheitert heruntersuchen, wäre gleichbedeutend mit einer Minderung des deutschen Prestiges überhaupt und daher im höchsten Grade gefährlich und verwerflich. Die Letten wissen, daß sie den Deutschen ihre Kultur verdanken. Es gilt ihnen durch alle Verwaltungsmaßnahmen deutlich zum Bewußtsein zu bringen, daß das Land wieder deutsch ist, ja man kann beinahe sagen, daß es deutsch bleibt. Denn für das lettische Empfinden wird sich das kaum ein paar Jahrzehnte währende Russifizierungsintermezzo sehr bald in seinem wahren Charakter als historische Episode darstellen, wenn nicht von deutscher Seite der überaus wichtige Gesichtspunkt außer acht gelassen wird, daß auf die Erweckung dieses Kontinuitätsbewußtseins beim Letten und Esten alles ankommt. In jedem wesentlich agrarischen Volke liegen starke konservative Instinkte. Die besitzlichen Kreise der Bauernschaft sind es, auf die wir uns noch auf lange hinaus politisch im wesentlichen stützen müssen. Der Sinnesart dieser Kreise gilt es also vornehmlich Rechnung zu tragen und sie nicht durch überstürzte Neuerungen oder gar durch Anlehnung an das letzte russische System zu verwirren, sondern durch Anknüpfung an die abgebrochenen deutschen Traditionen ihnen keinen Zweifel darüber zu lassen, daß das neue deutsche System eine direkte Fortsetzung des alten ist.

Eine Fortsetzung und zugleich freilich ein deutlich erkennbarer Fortschritt. Das ist allerdings eine Forderung, um die wir nicht herumkommen. Denn die nationale Solidarität mit dem Deutschbaltentum anerkennen und damit ein gewisses Minus an Sympathien von vornherein auf das Konto des neuen Reichsdeutschentums übernehmen: das heißt nun doch nicht, jede reaktionäre Velleität der dortigen äußersten Rechten mit Fatalismus hinnehmen oder gar durch betonte rückschrittliche „Neuerungen“ das volleidium des feudalen Systems sich aufhelfen. Der Kurs des neuen Regimes ist hier überaus schwierig, er führt auf einer schmalen Linie zwischen Scylla und Charybdis hindurch. Es gilt faktisch, so weit es möglich ist, mit der deutschen Oberschicht zu regieren, es gilt aber auch

taktisch mit aller politischen Vorsicht eine gewisse Distanz vom alten hyperfeudalen System zu wahren. Bestünde in Rußland noch der Zarismus, so lägen die Dinge anders und für uns in mancher Hinsicht weit bequemer. An der Grenze des ultrademokratischen Rußland können wir nicht auf die Werbekraft des Tropfens demokratischen Oeles verzichten, der das neue Regiment des mächtigen Deutschen Reiches vor der mühsam behaupteten Herrschaft einer kleinen deutschen Minderheit auszeichnet und ruhig ohne Schaden für die deutsche Sache auszeichnen kann. Eine überstürzte und haltlose Demokratisierung freilich — etwa nach dem Rezept von Hans Vorst im „Berliner Tageblatt“ —, die alle Unterschiede des Standes und des Volkstumes, die einstweilen von größter politischer Wichtigkeit bleiben, kurzerhand verschmieren würde, wäre natürlich der verhängnisvollste Fehler, den wir begehen könnten.

Auf welchen Gebieten hat nun der Fortschritt, den das deutsche Regiment bringen soll, vor allem eindrucksvoll in Erscheinung zu treten? Wo erwartet der Volkscharakter der Letten und Esten vor allem Fortschritte? Beide Völker sind durch die Vorgänge der letzten Jahrzehnte künstlich fanatisiert und im Sinne der sozialrevolutionären Ideemwelt Rußlands ausgehekt. Ihrem Grundcharakter nach neigen beide zu einem wirtschaftlichen Opportunismus. Und die besonnenen Elemente haben auch in der Revolution von 1905/06 diesen Standpunkt gar nicht oder nur vorübergehend und unter dem Drucke des revolutionären Terrors aufgegeben. Ein Lieblingskind der lettischen sozialistischen Propaganda ist die Frage der landlosen Feldarbeiter, die die Unzufriedenheit aus den Kreisen des städtischen Proletariats auch auf das Land tragen. Eine agrarische Neuordnung, die die Rechte und Interessen des völkisch zuverlässigen deutschbaltischen Großgrundbesitzes, die national überaus wichtigen deutschen Siedlungsbestrebungen und die wirtschaftliche Hebung des lettischen Landproletariats möglichst reibungslos gegeneinander ausbalanciert: das ist die schwierigste, aber zugleich die dringendste und entscheidendste Aufgabe der deutschen Verwaltung. Sie sollte möglichst nach einheitlichen Gesichtspunkten für das ganze baltische Land durchgeführt werden. Dabei wird der auch für die Beamtenpolitik wichtige Gesichtspunkt erwägenswert, ob nicht durch Schaffung einer estnischen Diaspora in Kurland und Südlivland und umgekehrt einer lettischen in Nordlivland und Estland das kompakte zahlenmäßige Übergewicht einer fremden Nationalität in den einzelnen Wahlkreisen des Landes gebrochen werden und dadurch dem Deutschum auf zwanglose Weise ein Vorteil verschafft werden kann. Auch wird dadurch die Erlernung der deutschen Sprache durch die Unterschicht, die übrigens schon jetzt in allen Teilen des Landes außerordentliche Fortschritte macht, in günstigem Sinne beeinflusst werden. Der besitzende lettische und estnische Bauer wird sich natürlich nicht ohne Not von seiner Scholle trennen, der Besitzlose, dem in dem räumlich nahen, nur halb als Fremde empfundenen Gebiet seiner weiteren Heimat die Gewinnung von Landbesitz und damit der Weg zu wirtschaftlichem Wohlstand offen steht, wird sich leichter dazu entschließen, als etwa nach Deutschland auszuwandern. Und auch der schreckende Gedanke einer Ausfiedlung, den die lettische Auslandpropaganda eifrig benußt, findet hierauf keine Anwendung.

Wir brauchen — nicht aus parteipolitischen, sondern aus rein nationalen Gründen — eine Stärkung des konservativen Elementes gerade unter den Letten und Esten. Der Bauer wird im selben Maße auch politisch konservativer, als er Besitz und damit Interesse an dessen Erhaltung und Mehrung gewinnt. Auch allen bolschewistischen Aufwiegelungsversuchen wird dadurch am wirksamsten der Boden entzogen. Zum Kommunismus neigt man nur, wenn man nichts zu verlieren hat. Freilich ist der deutschbaltische landwirtschaftliche Großgrundbesitz, an dessen Erhaltung wir schon aus nationalen Gesichtspunkten interessiert sind, auf wirtschaftlich unselbständige Arbeitskräfte angewiesen, an dessen berechtigten Interessen finden natürlich die Landversorgungsbestrebungen eine Grenze, wie ja auch sonst noch eine Reihe technischer landwirtschaftlicher Gesichtspunkte bei den fraglichen Entscheidungen eine wichtige Rolle spielen. Das Uebermaß an

Landlosen, so weit ein solches vorhanden ist, soll herabgemindert werden, der Rest aber ist — und das führt unsere Erörterungen zum Arbeiterstand überhaupt weiter — auf demselben wirtschaftlichen Umwege dem deutschen Reichsgedanken zu gewinnen, wie das in Deutschland der Fall war: durch die Arbeiterschutz- und Sozialgesetzgebung, die bei uns dem Klassenkampf recht eigentlich das Rückgrat gebrochen hat.

Auch hier freilich ist das Tempo des in dieser Richtung einzuleitenden Fortschritts vorsichtig und besonnen abzumessen. Bekanntlich ist unsere Sozialgesetzgebung auf gemeinsame rechtlich geregelte Pflichten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebaut. Auf die Industrie im wesentlichen berechnet, löste bei uns dies System nicht sowohl den Patriarchalismus, als vielmehr das Manchesterium mit seinen strupellosen Ausbeutungstendenzen ab. Der Industrialismus der wenigen größeren Städte ist im Baltikum überhaupt erst ein Kind der letzten Jahrzehnte. Dagegen sind trotz der Revolution von 1905/06 in den übrigen Dienstverhältnissen vor allem auf dem Lande noch vielfach patriarchalische Tendenzen wirksam. Und die lettische Unterschicht hat, wo sie sich auf den trassen Rechtsstandpunkt stellt, im Grunde genommen die freche Haltung des „Esklaven, wenn er die Kette bricht“. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, den Größtenwahn und die Überheblichkeit namentlich der lettischen Jugend zu fördern, die in den schlechten Schulen der Russifizierungsperiode sittlich verwildert ist. Wir müssen vielmehr auch hier vorerst mehr die Pöbeligkeit dämpfen, die das russische Regime bewußt groß zog, um das Deutschtum durch den revolutionären Geist der Unterschicht zu untergraben. Das lettische Volk muß dauernd das Bewußtsein haben, daß die im Vergleich zum alten Rußland liberaleren Institutionen des Deutschen Reiches bei uns erworben sind und dort nur erworben werden können durch politische Reife und Besonnenheit, und daß die deutsche Regierung unbeugsam entschlossen ist, sich keinerlei Reformen durch die allzu östlichen politischen Kadavermethoden abtrogen zu lassen.

Damit ist bereits der Weg vorgezeichnet, den unser Reformwille im Baltikum überhaupt zu gehen hat: vom Wirtschaftlichen zum Politischen. Unbekümmert um bloße Worte der Parteien, der Journalisten, der Agitatoren und der Vertreter wollen wir fest und zielsicher darauf vertrauen, daß wir durch unsere Taten auf dem Wege wirtschaftlicher Hebung des Landes und aller seiner Stände und Nationalitäten die Unterschicht auch politisch gewinnen. In langsamem Fortschritt wird sich dann der Letzte und Erste auch politisch-ideologisch dahin selbstbestimmen, wohin ihn seine wirtschaftlichen Interessen mit Naturnotwendigkeit führen. Freilich darf diese wirtschaftliche Hebung des Landes nun nicht Programm bleiben, sondern muß so bald wie möglich durch tatkräftige und laut werbende Maßnahmen in Wirksamkeit treten. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes ist schwer erschüttert. Der Vermögensbestand der größeren deutschen Kreditinstitute und der vielen kleineren lettischen und estnischen Banken ist vielfach nach Rußland verschleppt worden, die Rückkehr dieser Kapitalien steht dahin. Wir waren und sind genötigt, dem Lande zu unserer Selbsterhaltung in ausgedehntem Maße Rohstoffe und Lebensmittel zu entziehen. Wir müssen und können das Land dafür entschädigen, indem wir ihm nach Möglichkeit Waren und weiterhin in großzügiger Weise den Kredit des deutschen Großkapitals zuführen. Es darf nicht bei den Letten und Esten die Meinung und das Mißtrauen Wurzel fassen, die Angliederung des neuen Baltikums an das Deutsche Reich habe lediglich die wirtschaftliche Ausbeutung zum Zweck. An der Gesundung der dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die durch die Valutaverluste eine schwere Störung erfahren haben, sind wir ja selber im höchsten Maße interessiert. Nicht nur die amtliche, sondern auch die private Initiative des deutschen Großkapitals hat hier eine auch politisch ungemein wichtige Aufgabe vor sich.

Doch es wäre verfehlt, nun auf die eine, die wichtigste wirtschaftliche Karte alles zu setzen und darüber die politischen und vor allem die ideellen Gesichtspunkte zu vernachlässigen. Die politische *fable convenue* des Letten- und

Estentums ist der politische Separatismus, der Traum der Brihwa Latwija, des freien Lettland und ebenso des freien selbständigen Eesti. Es gibt politisch besonnene und kluge Köpfe in beiden Völkern, die in diesen schäumenden Wein schon jetzt den nötigen Schuß Wasser gießen und auf die Undurchführbarkeit einer völligen Selbständigkeit der kleinen Länder hinweisen. Aber sie finden beim Ehrgeiz der dünnen Intelligenz, die von künftigen Ministeresseln träumt, und bei den unreifen Pubertätsinstinkten ihres Zeitungspublicums begreiflicherweise nicht eben allzu großen Widerhall. Insbesondere liebt es dieser von englischen Agenten genährte politisch ahnungslose Separatismus, sich auf die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker von deutscher Seite zu berufen. Wir brauchen diese Stimmungen nicht zu überschätzen, aber wir müssen mit ihnen als beachtlichen politischen Faktoren rechnen und es gilt ihnen in der Fassade des neu zu errichtenden Staatswesens Rechnung zu tragen und ihnen die parlamentarischen und publizistischen Auspuffventile nicht ohne Not und über Gebühr zu entziehen. Kein Mensch, der politische Probleme nach der Eigenart der örtlichen Verhältnisse statt an Hand starrer Doktrinen ermißt, wird verlangen, daß man dem baltischen Lande in nächster Zeit schon unser demokratisches Wahlrecht oder eine unbeschränkte Pressfreiheit gäbe. Das verbietet schon die Nähe des revolutionär zermühlten Rußland und der in Deutschland fortbestehende Kriegszustand noch auf lange hin. Aber es wäre unklug, auf die Dauer die oppositionellen Stimmen von der Öffentlichkeit ganz abzusperren, weil damit der geheimen Verheerung lediglich Vorschub geleistet würde. Nachdem die wichtigsten Beschlüsse endgültig gefaßt sind, steht nach einer Konstituierung des baltischen Gesamtstaates und einer Durchorganisierung einer einheitlichen deutschen Landesverwaltung der maßvollen Gewährung demokratisierender parlamentarischer Zugeständnisse nichts im Wege, sofern das deutsche Regiment im Land, das sich im weitgehenden Maße mit Deutschbalten und, soweit möglich und angängig, auch mit Letten und Esten zu ergänzen hätte, sich seines Zieles, der politischen Eingliederung des Baltienstaates in die deutsch-mitteleuropäische Interessensphäre, fest und unberrückbar bewußt bleibt. Eine weitere, vielleicht die schwierigere Voraussetzung ist freilich, daß die deutsche publizistische und parlamentarische Öffentlichkeit endlich davon Abstand nimmt, ihre Parteischaablonen auf die ihr gänzlich unbekannte politische Wirklichkeit des Baltienlandes zu übertragen und durch unverständige Kritik der deutschen Gewalt im Lande in den Rücken zu fallen, der radikal-demokratischen lettisch-estnischen Opposition dagegen den Rücken noch mehr zu steifen. Es gilt, die nüchtern denkenden und arbeitamen Elemente der Unterschicht des Landes nach Möglichkeit für die neue Organisation zu erfassen und sie möglichst zwanglos in die neue politische Blickrichtung einzustellen. Das ist eine Aufgabe, die an den kasuistischen Takt der im Lande entscheidenden Instanzen große Anforderungen stellt, durch doktrinäres Dazwischenreden von außen her aber mehr gehemmt als gefördert wird.

Als dritte Behandlungssphäre ist schließlich neben dem wirtschaftlichen und politischen das kulturelle Gebiet zu würdigen. Man soll sich gerade nach den elsass-lothringischen Erfahrungen nicht über die starken Rückwirkungen der kulturellen Haltung auf die politische täuschen. Im übrigen versagt aber gerade hier die Analogie zwischen Ost und West vollkommen. Die elsässische Bourgeoisie fand ihren Rückhalt an der einflußreichen französischen Weltkultur. Der Lette hat mit der russischen Kultur nichts zu tun; was er will, ist eine Ausgestaltung seiner eigenen noch ganz in den Anfängen stehenden lettischen Nationalkultur, die im Grunde deutschen Ursprungs ist. Wir lächeln darüber, wenn wir kürzlich in einer lettischen Zeitung lesen konnten, die lettische Kultur könne es mit jeder anderen europäischen Kultur aufnehmen, wobei als Argument angeführt wurde, daß bereits ein lettisches Konversationslexikon existiere. Den Uebersetzungsseifer der lettischen Literaten in allen Ehren: aber es wäre vielleicht ganz gut, wenn solche typischen Aeußerungen dieses kulturell unreifen Größenwahns allgemeiner in Deutschland bekannt würden. Dann würde man diese „Intelligenz“, die sich

als Trägerin des lettischen Volkswillens ausgibt, nach ihrer wahren Bedeutung etwas richtiger bei uns einschätzen, als das häufig der Fall ist. Es ist keine Frage, daß auch der politische Separatismus der Letten und Esten nach wie vor aus diesen kulturellen Sonderbestrebungen neue Kräfte ziehen wird. Andererseits aber ist die kulturelle Sphäre als Ablenkungsgebiet des politischen Selbständigkeitsstrebens so wertvoll und die Gefahr eines Überwucherns dieser Duodezulturen so gering, daß man gerade im Gebiet der Kulturpolitik nicht ohne Not das Idium des Unterdrückten auf sich laden sollte. Vor Sprachenparität in der Verwaltung ist zu warnen. Wir haben keinen Grund, im Lande tschechische Verhältnisse groß zu ziehen. Die Letten sind eine fremde Behördensprache, bis vor kurzem die deutsche, in den letzten Jahrzehnten die russische, gewohnt und sind übrigens sehr sprachbegabt, so daß ihnen das Erlernen des Deutschen keine Mühe macht. Wenn wir diese Tradition nicht selbst mutwillig zerstören, so wird auch fernerhin am Deutschen, als der Sprache der Behörden und der gesellschaftlich führenden Schicht, der Glanz des Vornehmen haften bleiben. Kurländische Pastoren berichten, wie noch jetzt die lettischen Eltern ihre Kinder gerade in den deutschen Konfirmandenunterricht bringen. Ein vortrefflicher Beweis für die wahre Schätzung, die das Deutschtum bei den Letten genießt. Ein Este erzählte mir kürzlich, daß seine Volksgenossen sich zu den deutschen Kursen geradezu drängen, und daß alle Lehrbücher des Deutschen ausverkauft seien. Die Lettisierung und Estisierung der Staatschulen wäre darum ein Fehler, vor dem man sich hüten sollte. Andererseits ist die Duldung lettischer und estnischer höherer Privatschulen, die die letzte Schulordnung unserer Okkupationsbehörde vorsieht, als ein erfreulich liberaler Akt zu begrüßen. Und wenn auch die Ansprüche auf eine paritätische Ausgestaltung der Universität Dorpat haltlos und undurchführbar sind, so wäre doch auch da die Schaffung einiger national-lettischer und estnischer Professuren, z. B. in der lettisch-litauischen und in der ugrofinnischen Sprachwissenschaft und Altertumskunde, sehr wohl zu erwägen. Um der Intelligenz des Letten- und Estentums auch einen Wirkungskreis in Deutschland zu öffnen und sogleich die studierende lettisch-estnische Jugend möglichst mit deutschen Kulturverhältnissen vertraut zu machen, wäre die Schaffung ähnlicher Professuren auch an deutschen Universitäten, z. B. in Königsberg oder Breslau, und die Besetzung dieser Lehrstühle, sowie zahlreicher Lektorate an anderen Universitäten mit Letten und Esten lebhaft zu begrüßen. Zugleich wäre das eine Möglichkeit, unruhige Elemente der dortigen Intellektuellen nach Deutschland abzuleiten und ihrem Widerpruchsgeist durch Pöstchen, Titel und Würden das Wasser abzugraben. Wie ein reicher Zustrom reichsdeutscher Studenten nach Dorpat, so wäre auch der Ausstrom deutsch-baltischer, lettischer und estnischer Studenten auf reichsdeutsche Universitäten mit allen Mitteln, namentlich auch in der Richtung des Examens- und Berechtigungs- sowie des Stipendienwesens zu fördern und zu beleben. Auch hier winkt unserem privaten Großkapital eine politisch gar nicht zu unterschätzende Aufgabe. Unter steter Berücksichtigung der deutschen politischen Interessen sollte das deutsche Regiment jedenfalls in der Duldung der kulturellen Sonderbestrebungen der Letten und Esten möglichste Nachsicht und Weitherzigkeit walten lassen.

Wir stellten zu Anfang unserer Betrachtung die Mentalität eines Volkes als selbständiges Behandlungsmoment dem System seiner politischen und kulturellen Gewohnungen gegenüber. Die ausführliche Aufrollung des letzteren Fragenkomplexes hat bereits mannigfache Gelegenheit gegeben, auch auf diese ethnopsychologischen Gesichtspunkte in Einzelfragen Bezug zu nehmen. Die übertragende Bedeutung des bisher behandelten Gesichtspunktes für den Sinn und Zweck dieser Darlegung erhellt auch daraus, daß man das Verständnis einer verwickelten geschichtlichen Lage sozusagen logisch gewinnen kann, auf dem gleichen Wege aber schwerlich zum Verständnis eines Volkscharakters durchdringen wird, wenn dieser nicht eben an Hand eines objektiv ausgeprägten Lebenssystems dargestellt und zur Anschauung gebracht werden kann. Ein solches Lebenssystem fehlt beim lettischen wie beim estnischen Volke. Was an dessen Stelle stand,

haben wir uns bereits vor Augen geführt. Es sei daher hier zum Schlusse nur mehr auf die Gefahren hingewiesen, die dem Versuche einer psychologischen Orientierung über das Lettentum und Estentum drohen. Hier werden wir unsere Erfahrungen im wesentlichen selber machen müssen und mancherlei Irrungen und Fehlschlüsse werden unserer psychologischen Naivität dabei ganz sicher nicht erspart bleiben. Für ein Studium dieser Psychologie fehlt es bisher fast ganz an zuverlässigen Quellen. Die Literatur über die Letten und Esten ist gering. Europa hatte bisher kaum einmal Gelegenheit, mit diesen kleinen zahlenmäßig unbedeutenden Volkssplittern in Berührung zu kommen. Allein der Deutschbalte verfügt über eine intime Kenntnis der lettischen und estnischen Psyche, aber sein Urteil ist gerade durch die Erlebnisse der letzten Jahrzehnte durch nationalen Kampf und soziale Verheerung stark getrübt.

Man kennt und schätzt den Letten als arbeitsam und rührig, als intelligent und sehr anpassungsfähig. Im Innern Rußlands verrückt er erfahrungsgemäß schnell. Für eine gewisse wirtschaftlich-rationale Nüchternheit spricht die auch in völkischem Sinne für uns beachtliche Tatsache, daß das Zweikindersystem bei ihm Eingang gefunden hat. Andererseits will man Hinterhältigkeit und Unzuverlässigkeit im lettischen Wesen festgestellt haben. Zur Erkenntnis des estnischen Volkscharakters gibt das stammverwandte finnische Volk einige Anhaltspunkte. Der Este ist weniger leidenschaftlich als der Lette, in noch ausgeprägterem Maße wirtschaftlicher Opportunist, energisch und nüchtern veranlagt. Die Mäßigkeitsbewegung hat in Estland bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Bezeichnend für den Esten ist seine Besonnenheit und sein außerordentlich starkes Mißtrauen. Die Revolution von 1905/06 ist in den estnischen Teilen des Baltenslandes ruhiger und unblutiger verlaufen, als in den lettischen. Auch in der bolschewistischen Revolution spielt das Lettentum eine größere Rolle, wie ja noch jetzt die lettischen Bataillone die eigentlichen marxalistischen Leibgarden stellen.

Wie bei allen Völkern, die jahrhundertlang unter gewissermaßen anormalen Lebensverhältnissen ihr Dasein geführt haben, ist es schwer zu entscheiden, wie weit diese und andere an ihnen bemerkte Eigenschaften urtümlich, wie weit sie anerzogen und daher abgewöhnbar sind. Als Grundlage einer Politik sind diese psychologischen Kenntnisse zu dürftig und zu schwankend. Und schließlich: wenn sich dort im Lande durch Jahrhunderte die Verhältnisse als stärker erwiesen haben, als der einheimische Menschengeschlag, wenn konkrete historische Mächte vornehmlich deutschen Ursprungs dem Land und seinen Bewohnern ihr Gepräge aufgedrückt haben, dann ist nicht zu befürchten, daß eben dies Land sich fürderhin deutscher Führung und deutscher Erziehung entziehen werde, wenn diese in zeitgemäßen neuzeitlichen Formen auftreten und einen sichtlichen historischen Fortschritt bringen. Aber leicht ist die Aufgabe nicht, die dem Deutschtum im Osten bevorsteht, und da die ersten Schritte so unendlich vieles entscheiden, sollten gerade sie besonnen, darum freilich noch lange nicht zaghaft und unsicher, sondern zusehends und überlegen gegangen werden.



Neue Parteiprogramme



n jüngster Zeit haben sich Sozialdemokratie und Zentrum veranlaßt gesehen, ihre parteidogmatischen Erklärungen einer Revision zu unterziehen. Der „Entwurf zu einem Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie“ ist das Werk einer Achter-Kommission, die auf Veranlassung des Würzburger Parteitages zusammentrat und der unter anderen auch Cunow-Berlin, der bekannte Herausgeber der „Neuen Zeit“, angehörte. Für die andere parlamentarische Massenvertretung hat ihre höchste Instanz der kurz vor dem Kriege gegründete „Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei“ mit den Vorsitzenden Gröber, Porck und Feld sogenannte „Richtlinien für die Parteiarbeit“ entworfen. Zwar gibt es ein spöttisches Wort von Karl Marx, der erklärte: Jeder Schritt wirklicher Bewegung sei wichtiger als ein Duzend Programme, aber schließlich bilden diese den Pegel, an welchem man den Stand jener ablesen kann; auch die größeren Verbände der Staaten können auf eine Fixierung ihrer inneren Verfassung nicht verzichten, wiewohl schon dem Auge des Laien nicht verborgen bleibt, daß sich die wirklichen Machtverhältnisse und Bewegungen nicht immer in Paragraphen einfangen lassen.

1. Die „Richtlinien“ der Zentrumspartei

Die 25 Richtlinien des Zentrums machen ihrem Namen alle Ehre, bestehen sie doch eigentlich nur aus knappsten Schlagworten im Telegrammstil, die noch nicht eine einzige der schmalen „Germania“-Spalten füllen. Daß in der Kürze auch stets die Würze liegt, kann man schwerlich behaupten; wie es bei dem komplizierten Charakter der Partei geboten war, hat man auch diesmal dem bewährten Grundsatz des „juste milieu“ gehuldigt und scharfe Formulierungen nach Möglichkeit vermieden. Der „Vorwärts“, allerdings als Konkurrent im Kampfe um die Seele der Massen kein objektiver Kritiker, redet doch an der Wahrheit nicht weit vorbei, wenn er von dem Zentrumsprogramm behauptet, daß in ihm die Verschommenheit Trumpf geblieben sei und eine gewollte Unklarheit alles gestattet, dem Grundherrn und Fabrikanten nicht wehe tut, dem Mittelstand höfliche Verbeugungen macht, den Bauer ans Herz drückt, den Arbeiter unveränderten Wohlwollens versichert. In der Polemik, die sich um die neuen Feldzeichen in der Presse beider Lager entsponnen hat, wird von sozialdemokratischer Seite dem Gegner zum Vorwurf gemacht, daß er gelegentlich die Richtlinien als „Programm“ bezeichne; das Zentrum sei gar nicht in der Lage, ein Programm aufzustellen, wie solle ein wirkliches Programm aussehen, das all den in der Partei vereinigten auseinanderstrebenden Elementen gerecht würde: den Verbrauchern und den Produzenten, den Arbeitern und den Unternehmern, den Industriellen und den Zünftlern, den Großkapitalisten und dem Mittelstand, den Großagrariern und den Kleinbauern, den Proletariern und den Grafen? Die „Germania“ pariert zwar den Hieb durch Gegenangriff, indem sie auf die Verlegenheiten hinweist, die der Sozialdemokratie „zu ihrem eigenen größten Leidwesen“ aus ihrer starren Bindung an die Dogmen des Erfurter Programms entstanden sind, muß aber zugeben, daß die in allen Farben schillernde Erklärung des Zentralausschusses eben dieser Eigenschaft Zustimmung und Begeisterung in den Reihen der Partei verdankt.

Der ausgleichende Charakter, dessen sich die Politik des Zentrums gern — und ohne Zweifel mit Recht — rühmt, zeigt sich schon in der Art, wie man dem Kardinalproblem unserer Regierungsform gegenübertritt. Die Richtlinien verlangen auf der bekannten föderalistischen Grundlage „Erhaltung einer starken Monarchie und einer kraftvollen Volksvertretung“, gehen also der Frage: parlamentarisch- oder monarchisch-konstitutionell, aus dem Wege, indem sie auch hier dem juste milieu das Wort reden, und zwar in Gestalt jenes Dualismus, wie ihn etwa Schwedens „Regeringsform“ von 1909 angestrebt hat. Die Erläuterung des

Begriff: kräftvolle Volksvertretung durch die spätere Forderung: volkstümliche und freiheitliche Ausgestaltung der Verfassung, ist beßbar genug — der „Vorwärts“ nennt sie einen „Schwamm“, — und zeigt die Parteizeiten als Meister der Taktik. Für die „Germania“ wird allerdings die Beziehung zur Wahlrechtsfrage „ohne weiteres klar“, aber gerade die bisherige Behandlung dieser Frage ist ein Musterbeispiel für die außerordentliche Manövrierfähigkeit der Partei, die ein Janusgesicht zeigt und zeigen muß. Bekämpfen sich doch gerade hierbei in ihrem Schoße die schärfsten Gegensätze von rechts und links, die jeden gewöhnlichen politischen Verband sprengen würden und nur durch jene transzendenten Bindemittel, wie sie eben nur dem Zentrum zur Verfügung stehen, zusammengehalten werden. Auf der einen Seite scheinen zwar die fünfzigjährigen Überlieferungen der Partei, das Vermächtnis Windthorst's, in der Angelegenheit des gleichen Wahlrechts die Entscheidung außerhalb jedes Zweifels zu stellen, und die Haltung eines großen Teiles der Presse während der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses bestätigt diese „Prädestination“. Andererseits stimmt es doch bedenklich, wenn man sieht, wie nicht nur die Gruppe dissentierender Elemente bis zur vierten Lesung auf ein Drittel der Stimmen angewachsen ist, sondern mehr noch, welchen Wert und welche Bedeutung gerade demokratische Beurteiler diesen Elementen der Partei zuschreiben. So hat der Kölner sozialistische Redakteur und Reichstagsabgeordnete Meerfeld in seiner durch Gerechtigkeit und Sachlichkeit ausgezeichneten Geschichte der Zentrumsparlei deren Wahlreformmeister, wie er in den Anträgen von 1873 und 1907 zum Ausdruck gelangte, sehr gering angeschlagen und auch angesichts der neueren Ereignisse an der Meinung festgehalten, daß sich seit Gründung der Partei an ihrem streng konservativen Charakter nichts geändert habe.* Er zitiert eine Äußerung der Dortmunder Tremonia aus dem Jahre 1908: Unendlich wichtiger als eine zwecklose Demonstration (für das Wahlrecht) sei der Kampf gegen die große Gefahr, daß eine liberale Mehrheit im Abgeordnetenhaus die Leitung des Kultusministeriums übernehme. Nun hat sich ja in einem Jahrzehnt viel geändert; heute schreibt dasselbe Blatt, das Episkopat stehe nicht hinter Kardinal von Hartmann, der kein Freund des gleichen Wahlrechts sei, und die katholische Arbeiterschaft stehe mit der Zentrumsmehrheit auf der Seite von König und Staatsregierung. Man mag auch angesichts der Wahlrechtsänderung der christlich-nationalen Arbeiterschaft Westdeutschlands (26. Mai) oder der Kölner und Essener Reden des Generalsekretärs Stegerwald (Ende Juli) von der Tatsache Kenntnis nehmen, daß die demokratische Flut innerhalb des Zentrums ebenso im Steigen begriffen ist wie anderswo — mit einer „Demokratisierung“ der Partei dürfte es trotzdem noch gute Weile haben, vollends eine „secessio plebis“ ins sozialdemokratische Lager liegt jenseits aller Befürchtungen oder Hoffnungen; darüber sind sich interessierte und neutrale Kreise einig. Und gerade der außerordentlich geschickte Kampfzug: Volkstümliche und freiheitliche Ausgestaltung der Verfassung wird hier das Seinige dazu beitragen.

Auch in der Außenpolitik (Abschnitt 2) haben die Richtlinien den Stein des Anstoßes wohlweislich umgangen. Zwar ist vom Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit die Rede, davor steht jedoch die Forderung, in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht die deutsche Weltstellung zu sichern und auszubauen, als deren Bedingung die Freiheit der Meere besonders genannt ist. Nirgends eine Erwähnung der Juliresolution, als deren geistiger Vater doch Herr Erzberger zu gelten hat, sowie des Schlagwortes vom Verständigungsfrieden. Der „Vorwärts“ ist denn auch sehr ungehalten darüber, daß sich die Bundesgenossen der Reichstagsmehrheit über die von Leo dem Dreizehnten und früheren Katholikentagen so energisch vertretene Frage der Abrüstung und vor allem über die Notwendigkeit eines „die Wiederholung ähnlicher Katastrophen“ ausschließenden Friedens so völlig ausschweigen. Er kann sich diese „beflagenswerte Zurück-

*) Sie selbst bezeichnet sich allerdings offiziös lieber als „Mittelpartei“ mit der Maxime vom Interessenausgleich unter den verschiedenen Ständen (f. „Germania“ Nr. 427).

haltung" nur aus dem Umstande erklären, daß der vaterlandsparteiliche Bazillus im Zentrumskörper hause und man die annexionistischen Elemente der Partei nicht habe vor den Kopf stoßen wollen.

Im letzten, größten Abschnitt (Innenpolitik) sind die religiös-sittlichen, sozialen und wirtschaftlichen, die Finanz- und Steuerfragen mit der „Stellungnahme zu den Kriegsfolgen“ zusammengefaßt. Unter der ersten Kategorie findet sich neben der bekannten scharf antisozialistischen Kirchen-, Schul- und Ehechutzpolitik des Zentrums der Satz: Freiheit für die christliche Liebestätigkeit und paritätische Förderung ihrer Einrichtungen. Man sollte meinen, daß diese an die Adresse der Staatsgewalt gerichtete Forderung im Rahmen der Partei eine Selbstverständlichkeit darstellt. Doch scheint es hier mit der „Parität“ eine eigentümliche Verwandtnis zu haben. Vor einiger Zeit erregte der Sieg des katholischen Pfarrers Greber über den offiziellen Zentrumskandidaten General von Steinäder bei der letzten Reichstagsersatzwahl im Rheinland Aufsehen. Der Geistliche war daraufhin vom Bischof von Trier seines Amtes entsetzt worden, und die Fraktion des Reichstages hatte sein Aufnahmegeßuch abgewiesen mit der Begründung, erst müsse das gegen ihn eingeleitete kirchliche Verfahren abgewartet werden, worauf Greber sich dem elsässischen Zentrum anschloß. Später erfuhr man Genaueres über die eigentlichen Beweggründe der kirchlichen Behörden. Greber ist der Vertreter einer Richtung innerhalb der Partei, die sich zu einer Art von „Christlichem Sozialismus“ bekennt. Die vom Mayener „Ständehaus“ ausgehende Bewegung will praktische sozial-caritative Arbeit auf demokratischer Grundlage leisten, sie ist antikapitalistisch und antistaatssozialistisch orientiert. Derartige Strömungen waren in der Partei schon früher lebendig; ein Vorkämpfer der freien sittlichen Liebestätigkeit gegenüber staatssozialistischen Bestrebungen, wie sie der katholische Sozialpolitiker Franz Hitze vertrat, war der damalige Freiherr von Hertling, der, wie die Mehrzahl seiner Fraktion, zum Beispiel von staatlicher Arbeiterversicherung nichts wissen wollte. Später haben sich die Gegner versöhnt, der Staatssozialismus wurde anerkannt und die erdrückende Mehrheit der Zentrumsbekenner hat den Kapitalismus, wie Meersfeld es ausdrückt, mit Haut und Haar geschluckt. In Übereinstimmung mit dieser Wandlung lehnt man jetzt von maßgebender Seite die praktische christliche Caritas der Ständehausleute ab, man will sie nicht, weil sie die guten klerikalen Beziehungen zu Großkapital und Staatsgewalt stören könnte und legt infolgedessen dem Pfarrer Greber in sehr unparitätischer Weise das Handwerk.

Auf dem wirtschaftlich-sozialen Gebiete zeigt sich der universale Charakter der Zentrumspolitik besonders deutlich. Man hat unsere Parteien oft mit wirtschaftlichen Interessengruppen verglichen, beim Zentrum versagt diese Möglichkeit. Hier soll und — muß jeder Stand auf seine Rechnung kommen, wirkt doch die christlich-katholische Weltanschauung*) im Herrenschloß ebenso wie in der Bauernstube, in Fabrik, Kontor und Bureau ebenso wie an den Arbeitsstätten der freien Berufe ihre Anhänger. So muß sie sich denn eine „ausgleichende Förderung von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie, Handel und Verkehr“ anlegen sein lassen, und darf dabei die „Schaffung eines lebenskräftigen Mittelstandes“, zugleich aber auch die „Ausgestaltung der Rechtsstellung des Arbeiterstandes als gleichberechtigten Gliedes der Volksgemeinschaft“ und eine „zeitgemäße Fortbildung des Beamtenrechtes“ nicht vergessen. Hier gilt das Wort: Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen, zugleich aber das Bedenken: Multum, non multa; und man kann es dem „Vorwärts“ von seinem Standpunkte nicht übel nehmen, wenn er die Neuschaffung eines Mittelstandes in einer Zeit „neu anhebender sozialer Kämpfe und unerhörten Machtzuwuchses des Großkapitals vorläufig als das Geheimnis der Urheber des Programms“ betrachtet.

*) Daß diese trotz aller anderweitigen Hilfskonstruktionen die einzige „Plattform“ der Partei ist, zeigte sich jüngst wieder in einem Germania-Artikel („Konstruktionsfehler und Plattform“, Nr. 427.)

Die Richtlinien verlangen: „Gesetzliche Anerkennung der berufsständischen Organisationen und Ausbau ihrer Rechte“. Nun gehören ja wohl auch die katholischen Arbeitervereine — der drei großen Gruppen Süd-, West-, Mittel- und Nordostdeutschland — zu den „berufsständischen Organisationen“. Was aber gerade die jüngste Zeit über die Behandlung dieser Vereine seitens der kirchlichen Autoritäten zutage fördert, ist alles andere als „Ausbau ihrer Rechte“. Wenn man die Vorgänge betrachtet, die sich in der Kölner Erzdiözese abspielten und in der Amtsentsetzung des Diözesanpräses des dortigen Verbandes katholischer Arbeitervereine Dr. Müller gipfelten, so kann man der Zentrumsparlei nur empfehlen, zunächst in ihr näherstehenden Kreisen für die Durchsetzung ihrer programmatischen Grundsätze zu sorgen, bevor sie sich mit ihnen an die politische Öffentlichkeit wendet. Handelt es sich doch bei jener Fehde zwischen dem Kardinal von Hartmann und der München-Glabbacher Arbeitervereinszentrale in Wirklichkeit um nichts anderes als ein Wiederaufleben des alten „Richtungsstreites“ im katholischen Lager. Dr. Müller hat dem *genius loci* seiner Wirkungsstätte München-Glabbach gehuldigt, von wo aus einst Julius Bachem „das öffentliche Leben des katholischen Deutschlands vom Einfluß des Episkopats und der Orthodogie befreien“ wollte, wie die gegnerischen Anhänger des Autoritätsprinzips behaupteten. Die auch von Stegerwald proklamierte Emanzipation der katholischen Arbeiterschaft von klerikaler Leitung und Bevormundung, das Eindringen politischer Bestrebungen in diese Kreise will die Kurie unter allen Umständen verhindern. Da sich aber berufsständische Rechte schwerlich „ausbauen“ lassen ohne zum mindesten standespolitische Mittel, so läuft das Verhalten des Kölner Kardinals, der die Traditionen des streitbaren Fürstbischofs von Breslau, Kopp, wieder aufnimmt, den Richtlinien der Zentrumsparlei schnurstracks zuwider.

In der eigentlichen Dogmenfrage der Wirtschaftspolitik erklären sich diese mit der Forderung: Schutz der nationalen Arbeit schroff gegen das System Brentano und wählen damit den alten Standpunkt der Partei, wie er sich bereits unmittelbar nach Bismarcks plötzlicher Schwendung zum Schutzoll im Wahlaufwurf von 1879 geltend gemacht hatte. Auch die sonstigen, in diesem Zusammenhange begegnenden Thesen sind bereits anerkannt, so etwa die Fortführung der sozialen Versicherungsgesetzgebung — die Abneigung gegen den Staatssozialismus ist bei der Partei, die 1911 für die große Privatversicherungsbill stimmte, längst verschwunden —, ferner: die Erhaltung des Privateigentums als einer „wesentlichen Grundlage der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung“, Bekämpfung nur der „Auswüchse“ des Kartell- und Syndikatswesens.

Ganz dürftig findet man sich mit den Finanz- und Steuerfragen ab; hier muß „gerechte Verteilung der Steuerlasten unter Schonung der minderleistungsfähigen Volksschreife und Berücksichtigung der Gesamlasten in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden“ als Zauberformel für die divergierenden Interessen der so verschiedenen Abgabenzahler und -empfänger genügen.

Für die Übergangswirtschaft endlich ergibt sich das bekannte aus einer Verneinung der Kriegsverhältnisse gewonnene Bild; also Beseitigung des von äußeren und inneren Faktoren geübten Zwanges: Wiederaufbau des Wirtschaftslebens durch Erneuerung der Handelsbeziehungen und Ausschließung des Wirtschaftskrieges, sowie Abbau der Kriegsgesellschaften und monopolistischen Syndikate.

Überblicken wir die Gesamtheit der Richtlinien, so bestätigt sich die alte Erfahrung, daß die Stärke der Zentrumsparlei nicht in der Theorie, sondern in der Praxis liegt und, will sie ihr wirkliches „Programm“ durchführen, auch liegen muß.



Materialien zur Polenpolitik

Falsche Informationen in der Polenfrage wirft die „Gazeta Poranna“ zu Warschau (Nr. 205 vom 29. August 1918) der deutschen Presse vor:

„Das polnische Volk hat eine große Menge weit wichtigerer, realerer Fragen vor sich, als es die Umschau nach Kandidaten für den polnischen Thron ist. Diese Sache ist um so weniger aktuell, als die Frage der zukünftigen Bündnisse und Konventionen, durch die die Beziehungen des polnischen Staates zu den benachbarten Völkern geregelt werden, nur durch einen Landtag entschieden werden kann, der auf demokratischer Grundlage einberufen werden und den freien Willen des Volkes darstellen würde. Abgesehen ist die gegenwärtige Lage sehr unsicher und unbestimmt und kann sich bedeutend ändern, so daß sie zur Entscheidung über die unbekannte und ungewisse Zukunft nicht geeignet ist. Das polnische Volk ist im Laufe der langjährigen Knechtschaft vorfristig, ausdauernd und geduldig geworden.“

Die Lemberger „Gazeta Poranna“ (Nr. 4818 vom 28. August 1918) schreibt über die Beratungen im deutschen Hauptquartier: „Es ist schon heute klar, daß wir es mit einer deutschen Intrige zu tun hatten, die darauf hinausging, die polnische Angelegenheit durch Schaffung eines „selbständigen“, aber mit Deutschland durch eine Reihe von Konventionen verbundenen Königreiches zu lösen, und zwar ohne Galizien und — mit Erzherzog Karl Stephan auf dem Thron. Die Deutschen wollten in dieser Weise die für sie angeblich gefährliche austro-polnische Lösung verhindern und durch Scheinkonzessionen die Polen für ihr Projekt gewinnen. Glücklicherweise ist dieser Plan nicht gelungen, und er hat auch nicht gelingen können. Das Streben nach Vereinigung des Königreiches mit Galizien ist in weiten Kreisen des Gemeinwesens so stark festgewurzelt, das Verständnis für die Wichtigkeit dieses Postulates ist bei den verantwortlichen Faktoren so stark, daß von einer Verzichtleistung demgegenüber nicht die Rede sein kann. Der Regenschaftsrat oder die polnische Regierung werden nie an einem solchen politischen Paratiri teilnehmen, der

Polenklub in Wien wird mit dieser Möglichkeit unter keiner Bedingung einverstanden sein.“

„Instinkt der Massen und politischer Rationalismus“, so betitelt der „Kurjer Poznański“ (Nr. 197 vom 29. August 1918) einen Artikel, in dem es heißt: „Wenn die riesige Mehrheit der Volksgemeinschaft instinktiv die Gefahr fühlt, die sich in der Tätigkeit der aktivistischen Vertreter birgt, so entspricht das der schließlichen Überzeugung, daß die momentanen Vorteile in keinem Verhältnis zu dem Preise stehen würden, wenn man sie mit Verpflichtungen politischer Natur bezahlen müßte, welche die ganze Zukunft Polens nach einer einseitigen Richtung gestalten würden, bei welcher die freie Entwicklung der Nation von fremden, teilweise uns gegnerischen Interessen abhängig wäre.“

Statistische Ziffern über Umfang und Einwohnerzahl des neuen polnischen Staates veröffentlicht die „Gazeta Pznanaska“ (Nr. 194 vom 28. August 1918) mit durchsichtiger Absicht: „Angesichts der Gerüchte, daß der polnische Staat nur aus Kongreßpolen gebildet werden soll, verlohnt es sich, eine vergleichende Statistik über den eventuellen Umfang sowie über die Einwohnerzahl dieses Staates aufzustellen.“

Der ehemalige Freistaat Polen hatte im Jahre 1772, also vor der ersten Teilung Polens, einen Umfang von 780 000 Quadratkilometern, einschließlich des Lehnländes Rußland hatte er einen Umfang von mehr als 780 000 Quadratkilometern.

Nach der ersten Teilung Polens betrug das Gebiet des polnischen Staates 520 000 Quadratkilometer.

Selbst nach der zweiten Teilung Polens, durch die der polnische Staat so sehr gekürzt wurde, hatte dieses Gebiet noch einen Umfang von 200 000 Quadratkilometern. Und es hieß doch damals schon, daß der polnische Staat nicht mehr existiere.

Das gegenwärtige Kongreßpolen hat einen Umfang von 123 000 Quadratkilometern. Es stellt somit nur den sechsten Teil des früheren Gebietes des polnischen Freistaates dar.

Im Falle der Vereinigung Kongreßpolens

mit Galizien würde der polnische Staat einen Umfang von 201823 Quadratkilometern haben. Er würde also ungefähr so groß sein wie der frühere polnische Staat nach der zweiten Teilung Polens (1893) und kleiner als der dritte Teil des Gesamtgebietes Polens vor der ersten Teilung.

In den gesamten Landesteilen, die zum früheren polnischen Staate gehört haben, wohnten vor dem Kriege ungefähr 51 Millionen Seelen. Es würde somit auf den polnischen Staat, der aus Kongreßpolen gebildet werden würde, nur der vierte Teil dieser Einwohnerzahl entfallen, denn Kongreßpolen zählte vor dem Kriege 13 Millionen Seelen. Im Falle der Vereinigung Kongreßpolens mit Galizien würde der künftige polnische Staat 21 Millionen Einwohner zählen. Er würde dann somit mehr als den dritten Teil und weniger als die Hälfte der Einwohner des früheren polnischen Staates haben."

Die Forderungen der preussischen Polen faßt der „gemäßigte“ „Kraj“ zu Wissa i. P. (Nr. 182 vom 27. August 1918) in einer Polemik gegen die „Deutsche Tageszeitung“ folgendermaßen zusammen:

„Wir schlagen deshalb auch der „Deutschen

Tageszeitung“ vor, sie möchte zum Beweise dafür, daß sie den bisherigen falschen Weg verlassen und den aufrichtigen Willen hat, mit dem polnischen Volke in Eintracht zu leben, z. B. dafür eintreten, daß die Zustände in unseren polnischen Landesteilen, wenn auch nur auf dem Gebiete des Schulwesens, der Gerichtsbarkeit und der Verwaltung eine Änderung erfahren. Sie möchte also dafür eintreten, daß wir eine polnische Schule — von oben bis unten — erhalten und daß die polnische Sprache in dem Gerichtswesen und in jedem Verwaltungszweig als vollständig gleichberechtigt anerkannt werde. Oder sie möchte dafür eintreten, daß ein Nationalitätenkataster mit einer Selbstverwaltung im Schulwesen, in der Gerichtsbarkeit und in der Verwaltung eingeführt werde. Oder sie möchte weiter dafür plädieren, daß der Gedanke des Wiener Kongresses, betreffend die kulturelle, wirtschaftliche und politische Einheit der Polen, in seiner Reinheit durchgeführt werde, selbstverständlich auch in allen preussischen Landesteilen, wo die Polen in einer ansehnlichen Anzahl sich befinden. Oder sie möchte schließlich dafür eintreten, daß den Polen eine wirkliche Autonomie mit einem Statthalter an der Spitze gewährt werde."



Neue Bücher

Staatsbewußtsein und Dichtung. Während in unser Tagesgeschehen in der Heimat die Macht des Staates tausendfältig hineingreift und der Kampf um das Bestehen dieses Staates seine roten Blitze herüberleuchten läßt, lassen wir gern unseren Blick zurückwandern in die Zeiten, da der Gedanke vom Staate zuerst Wort und das Wort Fleisch wurde in Denkern und Helden, und in die Zeiten des abgelaufenen Jahrhunderts, das die Freiheit Welt, Volk und Ich in immer neuen Konstellationen uns zeigt. Zu der Betrachtung Friedrich Meinedes über den gedanklichen Schritt vom Weltbürgertum zum Nationalstaat ist eine Ergänzung als erwünscht empfunden worden, eine Wanderung durch die dichterischen Zeugnisse, die dieser Gedankenarbeit zur Seite gegangen sind; für viele ein gangbarer Weg als der durch die Wandlungen der Staatsphilosophie. Der Dichter erweist sich ja nicht nur als ein Dolmetscher des Fühlens seiner Zeit, sondern als ein Prophet, ja indem er die politischen Probleme seiner Zeit in die Sphäre der Kunst hebt, gewinnen sie auch zeitlose, allgemeine Bedeutung. Auch heute ist der Kampf der drei erwähnten Elemente um die Vorherrschaft nicht beendet, und indem wir das Ringen der Vergangenheit um den nationalen Staatsgedanken belauschen und die Ansprüche des Individuums und der Gesamtheit gegeneinander klingen hören, werden uns viele Stimmen in den politischen Kämpfen unserer

Zeit verständlich, nach denen bei aller Aufopferungsfähigkeit für den nationalen Staat doch auch der Kosmopolit und der reine Individualist ihre Sache nicht aufgegeben haben.

Zwei Bücher sind es, die ich in diesen Zeilen anzeigen möchte. Der bekannte Schillerbiograph Karl Berger hat eine Sammlung seiner Aufsätze veranstaltet und unter dem Titel „**Vom Weltbürgertum zum Nationalgedanken**“ erscheinen lassen (München 1918, Bed., gebunden 8,50 Mark). Sie alle, meist Parerga und Studien zu des Verfassers Büchern über Schiller und Körner, bieten Einzelausführungen und Lebensbilder aus der großen Zeit des politischen Umdenkens vor und nach dem Jahre 1800 und zeigen an einer Reihe von typischen Beispielen (nicht nur aus dem Kreis der Dichter), wie die verschiedenen Persönlichkeiten der großen Frage der Zeit gegenüber sich verhalten. Alle Schattierungen und Übergänge — reines Weltbürgertum, nationales Kulturgefühl, Sympathie mit nationalen Befreiungskämpfen, Anerkennung des Nationalstaatsgedankens bei anderen Völkern, deutsches nationales Selbstbewußtsein und seine politische Folgerung — werden in diesen Blättern irgendwie beleuchtet. Bergers glänzende Darstellungsgabe ist bekannt, und wie eng er sich selbst mit dem Dargestellten verbunden weiß, zeigt sein Bekenntnis, daß einst Schiller ihn von der dünnen Weide vager Menschheitsideale heimgeführt habe zu den ewigfrischen Quellen des Volkstums. In dieser Richtung will auch sein Buch wirken.

Ist Bergers Werk somit ein didaktisches Buch, ohne doch im Hinblick auf die Schule geschrieben zu sein, so ist Joh. Gg. Sprengels Schrift „**Das Staatsbewußtsein in der deutschen Dichtung seit Heinrich von Kleist**“ (Leipzig 1918, Teubner, geheftet Mark 2,80 + 30 Prozent Zuschlag) von einem Lehrer für Lehrer geschrieben, aber für jeden wertvoll, der im Spiegel der Dichtung die Wandlungen des deutschen politischen Denkens verfolgen will. Von Kleist ab, in dem sich die Umwälzung von weltbürgerlicher Humanität bis zu nationalistischer Leidenschaft am gedrängtesten vollzogen hat, finden wir die Dichter mit ihren politischen Problemdichtungen gewürdigt: Hebbels „Agnes Bernauer“, Grillparzers „Jüdin von Toledo“ und „Libussa“. Meyers „Jürg Jenatsch“ zeigt den Typus des Staatsmannes, Keller hat im „Fähnlein“ und in „Frau Hegel Amrain“ in seiner lehrhaften Weise die Pflichten des Staatsbürgers dargestellt (wozu noch ein „echter Keller“ käme: „Der Wahltag“, zuletzt „Süddeutsche Monatshefte“, Dezember 1916). Von Liliencron kommt Sprengel zur Lyrik des Weltkrieges und behandelt dann in kurzem Zuge die Reihe der neueren Dichtungen von patriotischer oder staatsbürgerlicher Färbung. Wenn er hiermit auch für die Schulerziehung manchen wertvollen Wink gegeben hat, so scheint mir doch die Fragestellung im letzten Teil der Schrift einigermaßen verschoben zu sein; zu den Staatsdichtungen gehören die meisten hier genannten Werke nicht. Sie sind Anzeichen dafür, daß das Staatsbewußtsein in breiten Schichten unseres Volkes bodenständig geworden ist. Damit ist aber nicht gesagt, daß uns Modernen der Staat und unser Verhältnis zu ihm kein Problem mehr wäre. Der Boden für eine Staatsdichtung großen Stils ist also vorhanden. „Die Poesie ist eine kriegsführende Macht“, hat einst Adam Müller gesagt. In diesem Kriege scheint dies nur von der Dichtung des Jcherlebens, der Lyrik der Selbsthingabe, zu gelten. Die beiden Versuche zur dramatischen Bewältigung des Erlebnisses der Staatsübermacht über den einzelnen, Görings „Seeschlacht“ und Unruhs „Geschlecht“, gewähren jedenfalls keine reine Befriedigung.

Prof. Dr. W. M. Becker

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: der Herausgeber Georg Ciesmow in Berlin-Nichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85 a.

Fernsprecher des Herausgebers: Amt Richterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Nögow 6610.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85 a

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Desfauer Straße 38/37.

RETURN CIRCULATION DEPARTMENT
TO → 202 Main Library

LOAN PERIOD 1	2	3
HOME USE		
4	5	6

ALL BOOKS MAY BE RECALLED AFTER 7 DAYS

1-month loans may be renewed by calling 642-3405

6-month loans may be recharged by bringing books to Circulation Desk

Renewals and recharges may be made 4 days prior to due date

DUE AS STAMPED BELOW

APR 20 1986		
REC. CIL MAR 20 1986		
JUN 16 1989		
MAY 19 1990		

YD 11455

GENERAL LIBRARY - U.C. BERKELEY



8000994973

467734

Gringbotten

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY

